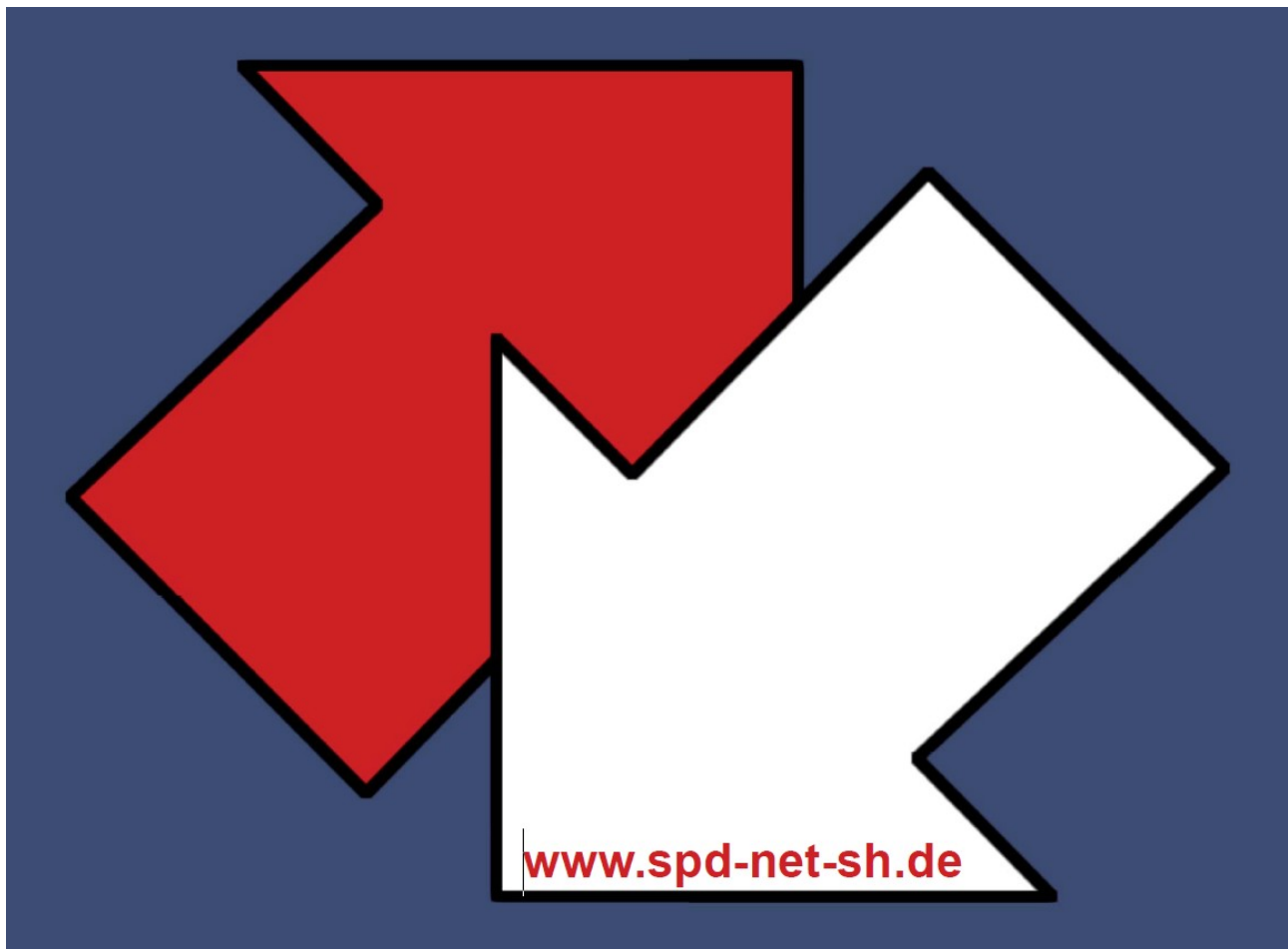


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2010, September bis Dezember

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2015

Stärkeres Engagement in der Forschung nötig Fischereiausschuss wehrt sich gegen geplante Mittelkürzungen

Brüssel/Kiel: Der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments hat sich hinter die Forderungen der schleswig-holsteinischen SPD-Europa-abgeordneten Ulrike Rodust gestellt, der Fischerei- und Meerespolitik im Gesamthaushaltsplan 2011 ein stärkeres Gewicht beizumessen. Die im Rahmen der Finanziellen Vorausschau für 2007-2013 beschlossenen Haushaltsmittel trügen der politischen Bedeutung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) nicht ausreichend Rechnung, betonte der Ausschuss in der unter Rodusts Federführung verfassten Stellungnahme, die in den im Oktober vom Plenum zu verabschiedenden Haushaltsentwurf einfließt.



Insbesondere was ein stärkeres Engagement der Europäischen Union in den Bereichen der Fischereikontrolle und der sozialen Abfederung des notwendigen Kapazitätsabbaus betrifft, sieht Rodust die politischen Handlungsspielräume durch die geplanten Kürzungen bedroht. „Außerdem gehe ich davon aus, dass mittel- und langfristig eine signifikante Erhöhung der Ausgaben für die Fischereiforschung unabdingbar für eine erfolgreiche Reform der GFP ist“, betont die fischereipolitische Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion.

Der Fischereiausschuss wendet sich mit seiner Stellungnahme gegen Kürzungspläne des Rates im Bereich der Fischereikontrolle, die nach Ansicht der SPD-Politikerin in die genau falsche Richtung weisen: „Die Kommission kann bereits heute nur 20 Kontrolleure finanzieren“ erläutert Rodust „angesichts des Ausmaßes der Fischereitätigkeit und der Größe der europäischen Gewässer müsste hier dringend aufgestockt werden!“

Auch den Vorschlag des Rates, die Mittel zur Sammlung wissenschaftlicher Daten massiv zu kürzen hält Rodust für falsch: „Die Datenbasis für fischereipolitische Entscheidungen wird zurzeit von allen Beteiligten als äußerst unbefriedigend empfunden.“ Da die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen zur Erhebung und Übermittlung von Fischereidaten nicht immer in zufrieden stellendem Maße nachkämen, sei hier die Unterstützung der Europäischen Kommission weiterhin nötig.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion legt Eckpunkte für Wahlgesetz vor

Die SPD-Landtagsfraktion hat heute Eckpunkte für ein neues Landeswahlgesetz beschlossen. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende Peter Eichstädt:

Das Landesverfassungsgericht hat dem Landtag in seiner Entscheidung vom 30.08.2010 aufgegeben, bis zum 31.05.2011 eine Änderung des LWahlG vorzunehmen und bis spätestens zum 30.09.2012 Neuwahlen herbeizuführen. Zur Begründung dieser Entscheidung führt das Gericht aus:

„6. Die festgestellten Verfassungsverstöße im Landeswahlgesetz führen zu mandatsrelevanten Wahlfehlern. Die Fehler sind so schwerwiegend, dass die Legislaturperiode zu beschränken und der Gesetzgeber zu verpflichten ist, zur Vorbereitung vorgezogener Neuwahlen unverzüglich ein verfassungskonformes Landeswahlrecht zu verabschieden. (Leitsatz 6)“

Hierzu hat sich die SPD-Fraktion auf folgende Eckpunkte verständigt:

1. Die SPD-Fraktion strebt an, auf der Basis des Urteils des Landesverfassungsgerichts und der bereits durchgeführten Anhörung zum Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen zeitnah zu einem neuen Wahlgesetz zu kommen. Dieses neue Wahlgesetz soll dem Wahlfrieden dienen und daher mit möglichst breiter Mehrheit beschlossen werden. Große wie kleine Fraktionen sollen es mittragen können. Dies setzt Kompromissbereitschaft bei allen voraus.
2. Die Zahl der Abgeordneten des Landtages i.S. Art. 10 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung soll auch künftig 69 betragen.
3. Um die von der Verfassung vorgegebene Zahl der Abgeordneten des Landtages möglichst nicht wesentlich durch die Entstehung von Überhang- und Ausgleichsmandaten zu überschreiten, wird die jetzige Zahl von 40 Wahlkreisen reduziert.
4. Unter Bezug auf den Hinweis des Verfassungsgerichts zur erforderlichen Herstellung der Erfolgsgleichheit (gleiche Anzahl von Stimmen für ein Mandat) und um auch hierdurch das Entstehen von Überhang- und Ausgleichsmandaten zu begrenzen, werden wir prüfen, ob das Zweitstimmenwahlrecht wieder durch ein Einstimmenwahlrecht ersetzt werden sollte.
5. Die künftige Anzahl der Direktwahlkreise soll die der Listenmandate möglichst übersteigen und soll damit die Zahl 35 nicht unterschreiten. So wird auch sichergestellt, dass die Anzahl der von einer oder einem Abgeordneten zu vertretenden Bürgerinnen und Bürger nicht wesentlich erhöht wird und damit der besonders in einem Flächenland zu berücksichtigende Anspruch der Bürgernähe und Erreichbarkeit gewahrt bleibt.
Über Parteilisten entscheiden nur die Parteien.
6. Um eine korrekte Abbildung des Wahlergebnisses in der Zusammensetzung des Landtages zu ermöglichen, sind bei untypischen Wahlergebnissen entstehende Überhangmandate vollständig durch Ausgleichsmandate auszugleichen.
7. Die maximale Abweichung von der durchschnittlichen Zahl der Bevölkerung in den Wahlkreisen beträgt nach dem geltenden Wahlgesetz 25 %. Das Verfassungsgericht hat auch hier auf das damit verbundene Problem der Erfolgsgleichheit hingewiesen, da dadurch erhebliche Abweichungen in der Größe der Wahlkreise und damit der erforderlichen Zahl der Stimmen zur Erlangung eines Direktmandates verbunden sind. Die zulässige Abweichung ist daher auf unter 25 % zu begrenzen.
8. Bei der Sitzverteilung werden wir prüfen, ob statt des Zählverfahrens nach d`Hondt künftig das Verfahren nach Sainte-Lague/Schepers anzuwenden ist.
9. Das aktive Wahlalter ist auf 16 Lebensjahre herabzusetzen.
10. Für die vom Landesverfassungsgericht verordnete Neuwahl des Landtages werden wir prüfen, ob der Termin im Gesetz festgeschrieben werden kann. Damit würden sich alle Diskussionen um die Frage, auf welchem Weg rechtssicher eine Neuwahl erreicht werden kann, erübrigen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 01.09.2010, 16:16 Uhr - 3716 Clicks - Nr. 782

SPD im Umfragehoch

Ralf Stegner zur aktuellen Umfrage des NDR

Die SPD hat nach dem schlechten Wahlergebnis vom letzten Jahr wieder deutlich an Vertrauen gewonnen. Eine Steigerung um 7 %-Punkte zeigt, dass sich harte Oppositionsarbeit lohnt und wir auf dem richtigen Weg sind.

Wir freuen uns, dass sich die absolute Mehrheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner eine SPD-geführte Landesregierung wünscht.

[SPD im Umfragehoch](#)

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 01.09.2010, 17:34 Uhr - 8470 Clicks - Nr. 783

HDJ bleibt verboten. Richtig so!

Zur Bestätigung des Verbots der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)“ erklärt der Sprecher der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix, MdB:

Richtig so! Die Ziele der HDJ richteten sich eindeutig gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung. Die Bestätigung des Verbots durch das Bundesverwaltungsgericht ist folgerichtig.



Diese Gruppierung war im Sommer 2008 durch ein Jugendlager in Mecklenburg-Vorpommern aufgefallen. Kindern zwischen 8 und 14 Jahren wurde unter dem Deckmantel einer Ferienfreizeit nationalsozialistisches Gedankengut eingetrichtert. Neben theoretischen Unterricht haben die Kinder auch Ehrenwachen und Fahnenappelle abgehalten. Das ganze Lager war durchzogen von Runen und Hakenkreuzen.

Ähnlich wie die im Jahre 1994 verbotene "Wiking Jugend" (WJ) zielte auch die HDJ mit ihrem sog. Lebensbund-Konzept darauf ab, Freizeitangebote für Familien und Kinder anzubieten, welche der Verbreitung antisemitischer und völkischer Ideologie dienen. Nach Eigendarstellung der HDJ sollten bereits "Kleinstkinder", aber auch Jugendliche für den Rechtsextremismus gewonnen und nach Familiengründung ein Ausscheiden aus der rechtsextremistischen Szene verhindert werden. Die HDJ war bemüht, für Kinder und Jugendliche eine völkisch-nationalistische Parallelwelt zu schaffen. Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen versuchte die HDJ mit "scheinbar harmlosen Freizeitangeboten Kinder und Jugendliche an sich zu binden". Im Rahmen von Zeltlagern wurden ideologische Schulungen durchgeführt und militaristische Rituale praktiziert. Die Auftritte der HDJ zeichneten sich durch Uniformen oder uniformähnliche Pflichtkleidung, oftmals mit Verbands- und Sonderabzeichen, aus. Die HDJ strebte eine Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung an - sie stellte also eine Gefahr für Deutschland und unsere Demokratie dar.

Keine Kommentare

Thönnies zur Resolution der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz

Konferenz der Ostseeparlamentarier fordert mehr Engagement für den Meeresschutz sowie den Abbau von Hindernissen bei Reisen und in Arbeitsmärkten in Grenzregionen.

Zu der von den gut 150 Teilnehmern aus den nationalen und regionalen Parlamenten der 11 Ostseeanrainerstaaten, die dem Ostseerat angehören, auf der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz am 31. August 2010 in Mariehamn/Åland einstimmig verabschiedeten Resolution erklärt Franz Thönnies, MdB und Staatssekretär a.D., sowie Leiter der 5-köpfigen Delegation des Deutschen Bundestages und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss:



Die sozialdemokratischen Delegierten aus den teilnehmenden Parlamenten der Ostseeparlamentarierkonferenz sind zufrieden damit, wie einmütig die Konferenz die Regierungen der Ostseeregion auffordert die Aktivitäten zum Schutz des Meeres zu verstärken. Gleichzeitig sind sie erfreut darüber, dass eine Vielzahl ihrer Positionen Eingang in die Abschlussresolution gefunden haben.

So werden bezüglich des Fischmanagements weitere aktive Maßnahmen gefordert um bedrohte Arten zu schützen, Beifang zu minimieren und die Entsorgung von Fischereiabfällen im Meer zu beenden sowie dafür zu sorgen, dass die kommerzielle Fischerei Fangquoten und Fischgründe beachtet. Darüber hinaus soll mit intensiveren Kontrollen auf dem Meer und bei der Anlandung verstärkt gegen illegale Fischerei vorgegangen werden. Zur Reduzierung schädlicher Emissionen fordern die Ostseeparlamentarier die aktiv Unterstützung von Projekten, die der Reduzierung der von Schiffen ausgehenden Schadstoffen und der Entwicklung von Auffangmöglichkeiten für Schiffsabwässer in den Ostseehäfen dienen. Gleiches gilt für die Umsetzung verbesserter Sicherheits- und Brandverhütungsmaßnahmen für Schiffe, Terminals, Häfen, Baumaßnahmen auf See und an Land sowie die Nutzung umweltfreundlicher Stoffe zwecks Abmilderung der durch Unfälle verursachten Schäden.

Vor dem Hintergrund, dass das Frachtvolumen auf der Ostsee bis 2020 um 60 Prozent steigen soll und damit auch das Risiko von weiteren Schiffsunfällen erhöht wird, fordern die Politiker den verpflichtenden Einsatz von Lotsen in gefährlichen Gewässern der Ostsee auszuweiten und das Verbot des Transports von Öl in Einhüllentankern strikt umzusetzen. Um die Sicherheit im Schiffsverkehr weiter zu verbessern, wird gleichfalls die Forderung nach der Verwendung von nur einer Sprache im grenzüberschreitenden See- und Landverkehr, wie es bereits im Flugverkehr Praxis ist, erhoben.

Da es immer noch Mobilitätsbehinderungen in der Ostseeregion gibt und die Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte weiter zunimmt, werden die Regierungen aufgefordert, sich für den Abbau von Hindernissen für Arbeitnehmer, Unternehmen und Touristen, z.B. Visa- und Meldebestimmungen, einzusetzen und weiterhin die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität von Arbeitnehmern in den Grenzregionen zu unterstützen sowie für ein qualitativ hochwertiges Informationsangebot zur Gewährleistung sozialer Sicherheit bei grenzüberschreitender beruflicher Tätigkeit zu sorgen.

Der deutsche Text der Resolution der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz kann auf

www.thoennes.de unter Arbeitsschwerpunkte/Ostseepolitik oder direkt [hier](#) heruntergeladen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 02.09.2010, 15:41 Uhr - 5127 Clicks - Nr. 785

Was bedeutet die Fehmarnbelt-Querung für Flensburg?

Neue Zahlen zur JVA – Regierung rechnet auf falscher Grundlage

Vor politischen Weichenstellungen auf Landesebene führt die SPD Fachkonferenzen vor Ort durch, denn, so ihr Vorsitzender Ralf Stegner, „die SPD lebt von den Ideen, den Meinungen und dem Engagement ihrer Mitglieder.“ Rund 60 Teilnehmer nutzten jetzt im „weichehuus“ diese Möglichkeit.

Zusammen mit Ralf Stegner und einer Reihe von Landtagsabgeordneten wurden strukturpolitische Fragen im Bereich der Verkehrspolitik sowie des Bildungswesens erörtert. Außerdem wurden die Auswirkungen der schwarzgelben Streichungspolitik auf Flensburg und den Norden des Landes beleuchtet. Dabei wurden auch die landesweite Auswirkungen der geplanten Fehmarnbeltquerung herausgearbeitet. Bekannt wurden neue Informationen zu den Schließungsplänen für die Flensburger Justizvollzugsanstalt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Bildungspolitik.

Fehmarnbeltquerung: Gerät Flensburg in den toten Winkel der Verkehrspolitik?

Verkehrspolitisch waren es insbesondere drei Fragen, die die Flensburger Sozialdemokraten bewegen und von ihrem Vorsitzenden Helmut Trost in die Diskussion eingebracht wurden. „Wenn sich alle Anstrengungen in Schleswig-Holstein auf die Verwirklichung der Fehmarnbelt-Querung und der Wirtschaftsachse Hamburg - Kopenhagen - Malmö konzentrieren, gerät dann der Norden des Landes nicht in den „toten Winkel“ der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik?“ fragte Trost. „Werden infolge der unkalkulierbar hohen Kosten nicht so viele finanzielle Mittel verbraucht, dass wichtigere Maßnahmen auf der Strecke bleiben?“ Für vordringlicher würden im Norden die neue Elbquerung bei Glückstadt, die Verbesserung der Nord-Süd-Verbindungen sowie – perspektivisch – eine schnellere Bahnquerung für den Nord-Ostsee-Kanal gehalten. Unbeantwortet sei angesichts des immensen Finanzbedarfs auch die Frage, was übrig bleibe, um die Verknüpfung des nördlichen Landesteils mit dem dänischen Verkehrsnetz zu verbessern.

Der SPD-Landesvorstand wird dem nächsten SPD-Parteitag eine neue Beschlussfassung vorschlagen. „Die Entscheidung über den Bau der festen Fehmarnbeltquerung muss überprüft werden“, heißt es darin: „Die SPD fordert deshalb die Bundesregierung auf, von der Möglichkeit des Staatsvertrages Gebrauch zu machen, mit dem Königreich Dänemark wegen veränderter Voraussetzungen in neue Erörterungen über die Planung und den Bau der Querung einzutreten.“ In der Bundesverkehrswegeplanung müsse auf jeden Fall der Weiterbau der A 20 mit Elbquerung Vorrang haben.

Neues Gutachten: JVA-Schließungspläne beruhen auf falschen Annahmen

Deutlich wurde in der Konferenz eines: Die Schließungspläne der Landesregierung beruhen auf falschen Annahmen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Ein angeblicher Sanierungstau von 12 Millionen Euro besteht überhaupt nicht, wie Helmut Trost aus dem Rathaus berichtete. Die Stadt Flensburg habe den notwendigen Aufwand gutachterlich exakt geprüft – er liege unter 5

Millionen Euro. Wenn man jetzt schließe, hätte man außerdem 2,5 Millionen Euro Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen, denn dieser Betrag sei in den letzten vier Jahren investiert worden. Kopfschüttelnd bezeichnete Trost die Planungen als „Akt der Tourismusförderung“ - denn es werde ein völlig unsinniger „Justiztourismus“ geschaffen- mit Gefangenentransporten, Anwaltsfahrten und Dienstreisen von Staatsanwaltschaften und Polizei. Gleichzeitig werde das Prinzip des heimatnahen und sozialen Strafvollzugs über Bord geworfen.

Bildung: Längeres gemeinsames Lernen ohne soziale Hürden – Bekenntnis zur Universität Flensburg

Die SPD will im September auf ihrem Landesparteitag bildungspolitische Bilanz ziehen und ihr bildungspolitisches Langzeitprogramm fortschreiben. Darüber berichtete der Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch. Der Öffentlichkeit im Land solle gezeigt werden, was die unveränderten bildungspolitischen Langzeitperspektiven sind. Die Schwerpunkte der SPD würden benannt, wenn sie in der nächsten Zeit unter den Bedingungen der Verschuldung des Landes wieder Regierungsverantwortung tragen sollte. „Die SPD steht für Gebührenfreiheit im Bildungswesen, von der Kita bis zum Erststudium“ heißt es dazu in einem in Weiche vorgestellten Leitantrag. Ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Flensburger Universität findet sich darin ebenfalls.

Ralf Stegner: Die Flensburger Sozialdemokraten sind wieder da!

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner in seinem Fazit zur Konferenz: „Die Beratungen haben gezeigt, dass sich die Flensburger SPD intensiv den Zukunftsfragen ihrer Stadt widmet. Man sieht, dass die Flensburger Sozialdemokraten wieder da sind. Vieles spricht dafür, dass sie mit Thede Boysen den nächsten Oberbürgermeister stellen – einen Verwaltungsexperten, der Stadt und Region kennt und aufgrund seiner Kompetenzen überall hohes Ansehen genießt.“

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 02.09.2010, 16:17 Uhr - 1399 Clicks - Nr. 786

Was soll die Schuldenbremse, wenn kein Benzin im Tank ist?

Zur Forderung einzelner CDU-Politiker in Schleswig-Holstein, die für Bund und Land geltende Schuldenbremse auch für die Kommunen verpflichtend zu machen, erklärt Andreas Breitner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und Bürgermeister der Stadt Rendsburg: „Rechnen sollte man schon können: Wer Kredite vermeiden will, muss für Kontoeingänge sorgen. Bevor auf die Schuldenbremse gedrückt werden kann, müssen solide Einnahmen her, um die notwendigen Investition und Leistungen in den Städten auf diesem Wege zu finanzieren. Denn die Bürger erwarten zurecht von uns leistungsstarke Kitas und Schulen, soziale Netze, intakte Straßen und vieles mehr. Ich begrüße es daher, dass Innenminister Schlie in Erwiderung auf die Pläne einzelner CDU-Politiker gesagt hat, die in der Landesverfassung verankerte Regelung lasse sich „nicht eins zu eins auf die Kommunen übertragen“. Den Kommunen sei es nicht so leicht möglich, Einnahmen zu erhöhen oder Ausgaben zu senken. Genau so ist es, und deshalb sollte die Landesregierung dieser Erkenntnis nun auch Taten folgen lassen: Wir brauchen einen fairen Lastenausgleich, um die Städte und Gemeinden aus der Schuldenfalle zu befreien. Mit Recht hat der Gemeindetag davor gewarnt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Schulden nur einfach nach unten weiterzureichen. Die Zentren nehmen ihren finanzstarken Nachbargemeinden eine Menge Probleme ab. Sie tragen die Verkehrsbelastungen und bieten eine soziale Infrastruktur

für alle – und genau dafür nehmen sie Kredite auf. Leider trägt auch der Landesentwicklungsplan nicht dazu bei, die Städte stärker zu machen. Eine Schuldenbremse ist das falsche Einbauteil, wenn kein Benzin im Tank ist. Ich erwarte, dass die Landesregierung – auch angesichts positiver Wirtschaftsdaten – endlich Anstrengungen unternimmt, um die Unterfinanzierung der Städte zu beenden.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 02.09.2010, 18:19 Uhr - 3702 Clicks - Nr. 787

01.09.2010: KV -Sitzung nach Sommerpause

Gut erholt traf sich der Kreisvorstand zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Kreisvorsitzende Anette Langer zur Arbeit des Kreisvorstandes:

Mitentscheiden, mitreden, mitgestalten!

Die sozialdemokratische Partei ist die traditionsreichste deutsche Partei. Wie keine andere Partei steht die SPD für Demokratie und Fortschritt - und setzt sich für Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein. Ihre Wurzeln reichen bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurück. Seit Mai 2005 bin ich Vorsitzende des SPD Kreisverbandes Plön. Mit einem engagierten Vorstandsteam organisieren wir die Rahmenbedingungen für unsere politische Arbeit im Kreis Plön.



Dazu gehören u.a. die Unterstützung der Ortsvereine, die Organisation von Wahlkämpfen, die Mitgliederbetreuung und -werbung, politische inhaltliche Arbeit durch Veranstaltungen und Parteitage. Gemeinsam mit einer starken und gut aufgestellten Kreistagsfraktion formulieren wir politische Ziele und Forderungen für den Kreis Plön und kämpfen für deren Umsetzung. Der Kreisverband hat ca. 1500 Mitglieder, die in 47 Ortsvereinen organisiert sind.

Um die Zusammenarbeit der Ortsvereine zu verbessern, gibt es vier Arbeitsgebiete im Kreisverband, in denen benachbarte Ortsvereine zusammengeschlossen sind, um ortsübergreifende politische Handlungsfelder zu bearbeiten.

Neben den Organisationen der SPD gibt es im Kreis Plön auch einen aktiven, engagierten und gut aufgestellten Kreisverband der Jusos. Die Jusos machen wichtige politisch inhaltliche Arbeit, leisten aber auch eine unverzichtbare Nachwuchsarbeit für die SPD.

Auch die Interessen der älteren Generation sind im Kreis Plön in guten Händen. Eine engagierte und mitgliederstarke AG 60plus der SPD steht für zuverlässige Seniorenpolitik. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Kreis Plön hat nach intensiver Vorbereitung im März 2009 mit einer Gründungsveranstaltung ihre Arbeit aufgenommen.

Unsere wichtigsten Ziele sind zur Zeit die Präsenz der SPD vor Ort zu stärken, der SPD ein Gesicht zu geben und die Menschen davon zu überzeugen, dass sich die SPD um die wichtigen Probleme kümmert. Die Zeit ist reif für sozialdemokratische Antworten!

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 03.09.2010, 10:32 Uhr - 3319 Clicks - Nr. 788

Jürgen Weber: Pairing-Verabredung basiert auf unseren Erfahrungen

Zur Debatte um Pairing-Abkommen erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Bevor der Politologe Joachim Krause sich über den angeblichen Verfall der Sitten bei der Aufkündigung von Pairing-Abkommen auslässt, sollte er sich zumindest informieren! Dann würde er erfahren, dass die CDU-Fraktion sich – anders als die FDP-Fraktion – in ihren Oppositionszeiten nie auf eine Pairing-Verabredung mit uns eingelassen hat. Auch nach der Landtagswahl 2005 hat sie unmissverständlich klar gemacht, dass im Falle einer rot-grünen Regierung ein Pairing-Abkommen für sie nicht in Frage käme. Dagegen war die FDP, auch als sie in der Opposition war, dazu bereit. Deshalb war es für die SPD-Fraktion nach der letzten Landtagswahl selbstverständlich, diesen guten parlamentarischen Stil mit der FDP weiterhin zu pflegen und mit ihr Pairing zu verabreden.

Wir sehen vorerst keinen Anlass, die Verabredung mit der FDP zu ändern.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 03.09.2010, 11:46 Uhr - 8935 Clicks - Nr. 789

Bürgerversicherung – Für ein bezahlbares und solidarisches Gesundheitssystem Diskussionsveranstaltung am 7.9.2010 um 19.30 Uhr in Norderstedt

Gesundheitspolitik ist ein Dauerthema der deutschen Politik, weil es jeden betrifft, der im Krankheitsfall darauf angewiesen ist, dass eine hochwertige medizinische Versorgung zur Verfügung steht. Die Menschen beurteilen das Gesundheitswesen aber nicht nur aus Patientensicht, sondern auch als Beitragszahler.

Sie erwarten, dass mit ihrem Geld wirtschaftlich umgegangen wird und sie auch in Zukunft alle medizinisch notwendigen Leistungen zu tragbaren Bedingungen erhalten.



Daher laden der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Elke Ferner, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?“ ein zu einer Diskussionsveranstaltung

„Bürgerversicherung – Für ein bezahlbares und solidarisches Gesundheitssystem“ am 7. September 2010, 19.30 Uhr im Sportlerheim des TuRa Harksheide, Am Exerzierplatz 14, 22844 Norderstedt.

Mit Fachleuten aus der Praxis wollen die beiden Sozialdemokraten die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren, die Gesetzliche Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterzuentwickeln, mit der die Finanzierung der Versorgung langfristig gesichert und die Lasten gerecht verteilt werden sollen. Elke Ferner ist Bundestagsabgeordnete aus Saarbrücken, war Staatssekretärin und stellvertretende SPD-Vorsitzende. Derzeit ist sie Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für Gesundheit und Soziales.

Franz Thönnies: „Eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik muss die Einnahmen- und

Ausgabenseite berücksichtigen. Die Politik der Bundesregierung ist dagegen bestimmt durch Belastungsverschiebungen, statt jetzt den notwendigen Systemwechsel im Gesundheitswesen vorzunehmen."

Medienvertreter sind herzlich willkommen. Weitere Informationen finden Sie hier: [Einladung](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.09.2010, 15:43 Uhr - 1210 Clicks - Nr. 790

Ideenwettbewerb zum ZOB

Der verkehrspolitische und stellvertretende baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Achim Heinrichs, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dirk Scheelje, und Ratsfrau Antje Danker erklären zum Ergebnis des Ideenwettbewerbes zum ZOB (Zentralen Omnibus-Bahnhof):

"Der Siegerentwurf des Hamburger Architekturbüros Gerkan, Marg und Partner (GMP) ist in jeder Hinsicht gelungen: Er setzt am Besten die Forderungen an eine funktionstüchtige Lösung des ZOBs um. Nachdem alle Versuche, den ZOB an eine andere Stelle in Bahnhofsnähe zu verlagern, gescheitert waren, musste dies die wichtigste Bedingung sein und sie wurde hervorragend umgesetzt. Aber auch die Gesamtgestaltung des Konferenzzentrums neben dem "Atlantic"-Hotel (besonders in der Ausbauvariante) und dem in Richtung Stresemannplatz sich anschließenden Parkhaus, weiß zu überzeugen. Durch großzügige, gläserne Öffnungen zum Hafen hin hat das Kongresszentrum einen der schönsten Ausblicke in Kiel auf die Förde. Das Ensemble aus "Atlantic"-Hotel, Kongresszentrum und Parkhaus bildet eine ansehnliche und markante Grenze zwischen Stadt und Hafen. Man könnte durchaus von "hanseatischer Sachlichkeit" sprechen, bei der eine schnelle Realisierbarkeit durchaus wahrscheinlich ist.

Aus der Kritik von CDU und FDP spricht die eigene Konzeptlosigkeit in Sachen Stadtentwicklung, von der durch das Hochloben eines zwar ästhetisch gelungenen aber auch - gerade was die Funktionsfähigkeit des ZOBs betrifft - unpraktischen Lösung aus parteitaktischen Gründen nur abgelenkt werden soll.

Nun gilt es, voran zu gehen und schnellstmöglich die Investorensuche zu starten, damit wir diese prägende Stelle des Kieler Stadtbildes baldmöglichst zu einem echten Aushängeschild machen können. Die Zeiten des maroden, alten ZOBs sind nun wirklich vorbei."

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 03.09.2010, 20:11 Uhr - 2045 Clicks - Nr. 791

Solaranlage verhindert – Chance vertan

Pressemitteilung

Solaranlage verhindert – Chance vertan

„Der Schulverband hat eine Chance verpasst und den Anschluss an die Zeit verloren.“ So formuliert die AG „Nachhaltiges Reinfeld“ des SPD-Ortsvereins seine Enttäuschung. Die SPD-Mitglieder im Schulverband für die Matthias-Claudius-Schule hatten den Antrag eingebracht, bei der energetischen Sanierung des 50er-Jahre-Baues der MCS auch gleich eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach zu setzen – vergeblich.

„Die momentan erforderlichen Investitionskosten waren wohl einen Tick zu hoch. Dafür verzichtet man dann lieber auf Einnahmen aus dem Verkauf von umweltfreundlich erzeugtem Strom und damit auf eine Verringerung der eigenen Energiekosten. Das muss man dem Publikum erstmal erklären.“ Gerd Herrmann, der Sprecher und Initiator der AG ist sich sicher, dass auf der ziemlich genau nach Süden ausgerichteten Dachfläche der MCS der größte Teil des Strombedarfs der Schule in Eigenproduktion erzeugt werden könnte. Umso ärgerlicher sei es, dass diese optimale Situation der Dacherneuerung nicht genutzt wurde.

Die AG beschäftigt sich mit den Möglichkeiten, die Stromversorgung in Reinfeld mittelfristig komplett auf erneuerbare Quellen umzustellen. Zu einem solchen Ziel hätte Photovoltaik auf dem Schulgebäude als Vorzeigeobjekt gut gepasst.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe findet am Dienstag, dem 7. September statt. Beginn ist um 19.30 Uhr im Lilienweg 11.

Kommentar von [Jochen Witt](#) vom 07.09.2010, 20:54 Uhr:

RE: Solaranlage verhindert – Chance vertan

Bedauerlich, dass die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der MCS nicht umgesetzt wird. Gerade jetzt, wo auf Bundesebene die Atomenergie eine lebensverlängernde Maßnahme erfahren hat, wäre die weitere Förderung der alternativen Energien die richtige Antwort. Ich freue mich um so mehr, dass es uns in Hamberge gelungen die Sanierung des Sporthallendaches mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage zu verbinden. Insbesondere, da auch Mitbürger als Investoren und Anteilseigner gewonnen werden konnten. Hier wird seit dem Jahreswechsel umweltfreundlich Energie gewonnen und ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Hoffentlich findet sich sehr bald ein weiteres geeignetes Objekt in Reinfeld, um die Nutzung der Sonnenenergie doch noch erfolgreich umzusetzen. Jochen Witt

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 04.09.2010, 13:17 Uhr - 3191 Clicks - Nr. 792

Peter Casper neuer Vorsitzender der AfA Schleswig-Flensburg

Auf der Mitgliederversammlung der AfA, der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, des Kreises Schleswig-Flensburg, stand am 02. September 2010, neben vielen aktuellen Themen zu aktuellen Arbeitnehmerfragen, die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung.

Die AfA traf sich im „Ruhekrug“ in Lürschau. Ralf Wrobel, der den Vorsitz bereits seit 1998 innehatte, erklärte den Mitgliedern, dass er bereits bei seiner Wahl zum SPD-Kreisvorsitzenden SL-FL am 12. Juni 2010 erklärt hat, dass die Arbeit auf viele Schultern verteilt werden müsse. Seine Vorstandsarbeit als SPD-Kreisvorsitzender sei sehr umfangreich und zeitaufwendig und da er sie neben seiner Berufsausübung auch noch eine Familie habe, sei er damit am Rande der Belastungskapazität angelangt. Als seinen Nachfolger schlug er Peter Casper aus Kropp vor. In der anschließenden Wahl wurde Peter Casper einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Der neue Vorsitzende erklärte in seiner Antrittsrede, dass er sein Augenmerk besonders auf die Gewerkschaften richten wird, wo er sich in der nächsten Zeit vorstellen wolle. Ralf Wrobel bleibt der AfA weiterhin herzlich und innerlich verbunden und wird diese wichtige Arbeit unterstützen.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 04.09.2010, 19:52 Uhr - 3125 Clicks - Nr. 793

Gerecht geht anders

Die AfA Schleswig-Flensburg unterstützt den Aufruf des DGB und ver.di zur Demonstration in Kiel am 8. September 2010 von 15.00 bis 17.00 Uhr unter dem Motto: "Für Schleswig-Holstein

- gerecht geht andres - unser Schleswig-Holstein muss sozial und gerecht bleiben". Die Sparpolitik der Bundesregierung und der Kieler Landesregierung ist unsozial und nicht ausgewogen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird in unserem Land noch größer. Die Sparpolitik trifft alle abhängig Beschäftigten, aber auch Beamte, Familien, Kinder, Studenten und diejenigen, die von einem Existenzminimum leben müssen. Betroffen sind Städte und Gemeinden, Wohlfahrtsverbände, soziale Projekte, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer. Auch die Verdichtung der Arbeit im Öffentlichen Dienst durch dauerhaften Stellenabbau schaden dem Dienst an alle Bürger dieses Landes. Die Demonstration startet am 8. September um 15.00 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz in Kiel und endet mit einer Abschlusskundgebung vor dem Landeshaus. Informationen zur gemeinsamen Busfahrt ab Schleswig erteilt der ver.di Beirk Nordost SH unter E-Mail BZ.S-H-NO@verdi.de oder über Telefonnummer (04621) 969610.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 06.09.2010, 11:38 Uhr - 3123 Clicks - Nr. 794

SPD will Masterplan für Minderheiten

Zu den geplanten Kürzungen bei der Förderung der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe, der Sinti und Roma und der Deutschen Minderheit in Nordschleswig erklären die minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls, und der europapolitische Sprecher Rolf Fischer:

Der Arbeitskreis Europa und Minderheiten der SPD-Landtagsfraktion hat sich in Schleswig mit den Vertretern der Minderheiten zu den von der Regierung geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Minderheitenpolitik des Landes ausgetauscht.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt auf einen Neuanfang in der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik. Wir wollen Bewährtes bewahren, aber wir müssen auch angesichts von Haushaltszwängen und politischen Veränderungen Neues auf den Weg bringen. Die aktuelle Situation ist gekennzeichnet durch einen massiven Angriff auf die mühsam errungenen minderheitspolitischen Prinzipien der Gleichstellung und Gleichbehandlung der Minderheiten in der Politik unseres Landes, den wir so nicht hinnehmen können und wollen. Die geplanten Einsparungen führen zum Beispiel dazu, dass dänische Schulen geschlossen werden müssen. Kulturelle und soziale Angebote aller Minderheiten müssen erheblich zurückgefahren werden.

Die Kürzungen bei den Minderheiten wird Hauptthema eines Gespräches zwischen Sozialdemokraten nördlich und südlich der Grenze sein, das in der kommenden Woche stattfinden wird. Denn neben den landesinternen Auswirkungen auf die Minderheiten ist auch ein außenpolitischer Schaden in Bezug auf das deutsch-dänische Verhältnis entstanden, der vollkommen überflüssig war. Man hat den Eindruck, dass die Regierung sich dessen nicht bewusst war, was an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbieten ist. Erst denken, dann handeln!

Besonders verstörend ist, dass die Regierung es offenbar nicht nötig hatte, mit den Betroffenen vorher zu sprechen; auch die Minderheitenbeauftragte des Landes war nicht informiert, geschweige denn involviert. Auch an der bisherigen Praxis einer parteiübergreifenden Befassung mit Minderheitenthemen scheint die Regierung nicht mehr interessiert. Stattdessen hat sie wertvolles Vertrauen zerstört. Vertrauen, das dringend wieder hergestellt werden muss, soll die Minderheitenpolitik des Landes auch weiter Modellcharakter für andere europäische Regionen haben.

Wir schlagen deshalb einen Masterplan für Minderheiten vor, der sich an drei zentralen Aspekten ausrichtet:

* Zusammen mit den Minderheiten müssen in den drei Bereichen Finanzen, Organisation und Politik neue Perspektiven für eine offensive Minderheitenpolitik entwickelt werden. Ziel muss es sein, den Minderheiten Planungssicherheit für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren zu eröffnen. Wir werden außerdem der europäischen Dimension von Minderheitenpolitik eine hohe Priorität zuordnen.

* Die Gremien müssen effektiver zusammen arbeiten und die Minderheitenbeauftragten müssen ihre aktive Rolle wieder übernehmen. Die Minderheitenpolitik muss als Aufgabe des ganzen Landes akzeptiert werden.

* Der Bund muss seine Verantwortung für die Minderheiten übernehmen. Dies werden wir einfordern!

Es ist jetzt wichtig, wieder zu einem parteiübergreifenden Konsens in der Minderheitenpolitik zurückzufinden. Dies ist auch ein ausdrücklicher Wunsch der Minderheiten, den wir gerne unterstützen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.09.2010, 13:53 Uhr - 1039 Clicks - Nr. 795

Trotz Defizitsenkung: Städte brauchen einen finanziellen Neustart!

Zum Finanzbericht des Stadtkämmerers zum 30.06.2010 erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Der aktuelle Finanzbericht von Stadtkämmerer Gert Meyer vom 30.06.2010 stellt ein Haushaltdefizit von 69,9 Mio Euro in Aussicht. Dies bedeutet eine erfreuliche Verringerung des bislang angenommenen Haushaltsdefizits für das Jahr 2010 von 84 Mio. Euro, immer unter dem Vorbehalt, dass sich die Prognosen für das laufende Haushaltsjahr auch verwirklichen.

Das nun in dieser Höhe erwartete Defizit ist nach wie vor unerträglich hoch und ist vor allem unerwartet höheren Steuereinnahmen und Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich geschuldet (rd. 8,3 Mio. Euro), sowie niedrigen Sozialausgaben (rd. 3,5 Mio. Euro), weil es weniger Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger gibt als befürchtet.

Der Konjunkturverlauf und die staatliche Steuergesetzgebung bestimmen derzeit vor allem die Höhe des Kieler Haushaltsdefizits. Um das zu ändern braucht Kiel, brauchen alle Städte in Schleswig-Holstein

- eine gesetzliche Neuordnung des kommunalen Steueraufkommens, um die Erträge dauerhaft zu stabilisieren und dem Bedarf anzupassen,
- eine gesetzliche Neuregelung der besseren und sparsameren Aufgabenwahrnehmung in von Städten durch Kooperationsmöglichkeiten untereinander, und
- einen staatlich zu veranlassenden Entschuldungsfonds für überschuldete Städte, um mit dem Abbau der Altschulden zu beginnen.“

Keine Kommentare

Mit öffentlichen Aufträgen Arbeit und Wirtschaft stärken!

Zum Bericht des Stadtkämmerers über die Umsetzung der Konjunkturprogramme in Kiel zum 30.06.2010 (Drs. 0679/2010) erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Bis zum 30. Juni 2010 hat die Landeshauptstadt Kiel zwei Drittel (rd. 14,5 Mio. Euro) der zusätzlichen Mittel aus der Konjunkturförderung des Bundes (21,6 Mio. Euro) über öffentliche Aufträge vergeben. Mehr als 60 % dieser Aufträge (rd. 8,7 Mio. Euro) gehen an mittelständische Unternehmen aus der Region Kiel! Das Geld wird für Schulgebäude, energetische Sanierungen, Fassadenarbeiten und Straßenbaumaßnahmen verwendet. Damit unterstützt die Stadt die regionale Wirtschaft und sorgt für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Stadt und im Umland. Das ist aktive und sinnvolle Wirtschaftspolitik, von der Beschäftigte, Unternehmen und die Kielerinnen und Kieler durch bessere Schulen, Straßen und öffentliche Gebäude gleichermaßen profitieren.“

Keine Kommentare

„Härten für Agrar-Erzeuger gehen auch zu Lasten der Verbraucher“

Europäisches Parlament fordert gerechte Einnahmen für Landwirte

Das Europäische Parlament will Landwirten gerechte Einnahmen garantieren. Das machten die Europaabgeordneten mit ihrem am Dienstag in Straßburg angenommenen Initiativbericht deutlich. Dabei kritisieren die Parlamentarier auch, dass die EU-Kommission diesem Thema bisher nur geringen Stellenwert einräumt.

Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust sieht die Europäische Union durch die teilweise dramatischen Schwankungen der Rohstoffpreise im Agrar- und Lebensmittelsektor dazu aufgefordert, wirkungsvolle Regeln gegen die weltweite Spekulation mit Grunderzeugnissen durchzusetzen. „Gleichzeitig müssen wir uns aber auch die Lebensmittelversorgungskette besser ansehen und dafür Sorge tragen, dass nicht die Gewinne ausschließlich in der Verarbeitung, im Handel und in der Vermarktung realisiert werden, während die Landwirte kaum die Erzeugungskosten decken können“, betont die agrarpolitische Expertin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.

Rodust weist in diesem Zusammenhang auch auf die Auswirkungen der zunehmenden Konzentration der Verarbeitungsbetriebe, Großhändler und Supermarktketten hin: „Es kann doch nicht sein, dass die Erzeugerpreise für Landwirte in fast allen Sektoren sinken, die Verbraucher aber gleichzeitig konstante oder sogar steigende Preise für Lebensmittel zahlen müssen.“

Für mehr Preistransparenz und Gerechtigkeit innerhalb der gesamten Versorgungskette spricht aus Sicht von Rodust dabei zweierlei: „Als Sozialdemokratin ist mir zunächst einmal wichtig, dass alle Menschen für ihre Arbeit einen fairen Lohn erwarten können - und das gilt natürlich auch für Landwirte. Außerdem müssen wir befürchten, dass sich Dumpingpreise negativ auf die Produktionsverfahren auswirken und damit auch auf die Lebensmittelqualität sowie auf den Tier- und Umweltschutz.“

Mehr Demokratie wagen!

SPD-Kreisvorstand will die Partei öffnen und positioniert sich in der Debatte um ein neues Wahlgesetz. „Beim neuen Wahlgesetz darf Sparpolitik nicht demokratische Argumente überlagern“, so der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix.



„Weniger Wahlkreise und weniger Landtagsabgeordnete bedeuten auch weniger Wahlkreisbetreuung und weniger Bürgernähe.“

Rendsburg-Eckernförde könnte statt gegenwärtig von mindestens vier Vertretern im Landtag künftig nur noch durch mindestens zwei oder drei Abgeordnete vertreten sein. Als Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 04 weiß Sönke Rix, was es bedeutet einen großen Raum zu betreuen. „Ich kann ich leider nicht immer überall dort sein, wo ich sein möchte. Bisher haben es die Landtagsabgeordneten da noch leichter.“

Der SPD-Kreisvorstand ist deshalb grundsätzlich für eine Wahlkreisreduzierung offen, will die Zahl der Wahlkreise im Land aber möglichst hoch halten. Hier müssen andere Möglichkeiten geprüft werden, den Landtag auf eine angemessene Größe zu bringen, z. B. die Rückkehr zum Einstimmenwahlrecht.

„Wichtig ist uns auch, dass mit dem neuen Wahlgesetz endlich eine Senkung des Wahlalters auf 16 durchgesetzt wird“, so Götz Borchert, Mitglied der Kreisvorstände von SPD und Jusos im Kreis. „Es ist nicht einsehbar, dass 16- und 17jährigen bisher ein Grundrecht verwehrt bleibt.“

Der Kreisvorstand kritisierte die frühe Bewerbung Torsten Albigs über die Medien für die Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl. „Es wäre besser gewesen, wir hätten zunächst ein neues Wahlgesetz beschlossen, dann den Wahltermin festgelegt und wären dann in die Wahlkampf vorbereitungen gestartet, so wie wir es eigentlich auch verabredet hatten“, bedau-ert der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix.

Auf der Klausurtagung in Bad Malente ging es weiter um das Arbeitsprogramm des neu gewählten SPD-Kreisvorstandes. Wir haben auf dem Kreisparteitag Ende Mai einige gute Beschlüsse zur Optimierung unserer Parteiarbeit gefasst. Die wollen wir nun konsequent umsetzen“, so Sönke Rix. Der SPD-Kreisverband möchte mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Debatten anregen und diese in der Partei und im öffentlichen Raum führen.

Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit wird das Thema „Ländlicher Raum“ sein. „In den nächsten Monaten werden mit uns mit den Bildungsmöglichkeiten, Wohnen und Pflege sowie der Situation des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Integration mit dem Schwerpunkt auf der jeweiligen Situation in Rendsburg-Eckernförde beschäftigen. Hier liegen große Herausforderungen für die Zukunft“, so Rix.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion: Verantwortungsvolle Politik bedeutet verantwortungsvolle Arbeit

Die Linkspartei im Segeberger Kreistag ärgert sich über die vielen Sitzungen der beiden großen Parteien im Segeberger Kreistag und beantragt nun, die Gesamtzahl der Sitzungen pro Fraktion und Jahr auf 25 zu beschränken. Die SPD-Kreistagsfraktion stimmt der ohnehin geplanten Reduzierung der Höhe von Sitzungsgeldern zu. Aber die Beschränkung der Sitzungsanzahl ist populistisch und verantwortungslos.



Dem Populismus verfallen, will die LINKE so ihren Teil zu den Einsparvorschlägen des Kreises beitragen und verweist darauf, dass ihre Fraktion lediglich 21-mal in den vergangenen zwölf Monaten getagt habe. „Der Vorwurf an die SPD-Fraktion, sich durch häufige Sitzungen an Steuergeldern zu bereichern und bewusst die Partei durch höhere Mandatsabgaben zu finanzieren, ist eine gewaltige Frechheit und eine Absage der LINKEN an den Anspruch einer verantwortungsvollen Politik auch auf Kreisebene“, so Alexander Wagner, Pressesprecher der SPD-Fraktion.

Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit mehreren Jahren in Arbeitskreisen, die sich an den Themenfeldern der Ausschüsse des Kreistages orientieren. In diesen Arbeitskreisen werden die Ausschusssitzungen durch die jeweiligen Mitglieder intensiv vorbereitet, aber auch neue Themen, die für die Kreispolitik von Wichtigkeit sind, erörtert und Initiativen für den Ausschuss und Kreistag vorbereitet. An diesen Arbeitskreissitzungen sind nur die Mitglieder des jeweiligen Ausschusses beteiligt. Zudem holt sich die SPD-Fraktion regelmäßig Meinungen von Verbänden, Verwaltung und diversen Einrichtungen zu aktuellen Themen ein. Die Gesamtfraktion mit allen Mitgliedern tagt in der Regel nur einmal im Monat, in den seltensten Fällen häufiger.

„Nicht zuletzt die fachliche Auseinandersetzung unserer ‚Experten‘ in den Arbeitskreisen hat dazu geführt, dass wir neue Themen wie die Bezuschussung von Mahlzeiten in Schulen oder die Erarbeitung eines demografischen Leitfadens für den Kreis Segeberg besetzen und in den Kreistag einbringen konnten“, erklärt Arnold Wilken, SPD-Fraktionsvorsitzender. „Dass die LINKE zu wenige Mitglieder hat, um Arbeitskreise zu bilden, bleibt unbenommen. Aber vielleicht sollte sie, die wie alle Fraktionen einen Wählerauftrag hat, erst Mal damit anfangen, in den Ausschusssitzungen des Kreises nicht mehr regelmäßig mit Abwesenheit zu glänzen, als sich Gedanken über die Arbeit anderer Fraktionen zu machen. Meine Fraktion ruht sich nicht auf gegebenen Mehrheitsverhältnissen im Kreistag aus. Wir wollen gestalten, Themen besetzen, die Probleme der Menschen im Kreis Segeberg lösen und mit unserem politischen Handeln das Leben der Bürgerinnen und Bürger im Kreis verbessern. Dass das nicht ohne politische Arbeit möglich ist, sollte sogar der LINKEN bekannt sein“, so Wilken abschließend.

Kommentar von [Heinz-Michael Kittler](#) vom 09.09.2010, 01:15 Uhr:

RE: SPD-Fraktion: Verantwortungsvolle Politik bedeutet verant

Wir haben in diesem Jahr von 27 Ausschusssitzungen leider eine verpasst. Wer behauptet, dass wir mit regelmäßiger Abwesenheit glänzen würden, beweist erstens dass er selbst bei den Sitzungen unaufmerksam war und zweitens dass er auch die Protokolle nicht gelesen hat. Vor diesem Hintergrund wird die Frage, warum bei gleichem Themenvolumen die FDP 8 mal, die Grünen 20 mal, die Linken 21 mal, die CDU 43 mal und die SPD 102 mal jährlich tagen, nicht gerade uninteressanter. Wir freuen uns über eine anregende Diskussion beim nächsten Kreistagstermin. Viele Grüße Heinz-Michael Kittler Fraktion DIE LINKE im Segeberger Kreistag

Teure Aussichten für Gemeindestraßen?

Der Kreisverband der SPD Schleswig-Flensburg hat sich am 1. September 2010 im Bürgersaal des Kreishauses in Schleswig mit dieser Frage beschäftigt und Aspekte über EU Förderungsmöglichkeiten für ländliche Wegenetze von den Referenten Hermann-Josef Thoben, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Werner Detlefsen, Schwarzdeckenunterhaltungsverband (SUV) Süd und Wolfgang Baier (SUV Nord) erläutert.



Herr Thoben erläuterte in seinem Eingangsreferat die Fördermittel der EU. Nach einer EU-Verordnung sind 50% der Fördermittel für Gemeindewege vorgesehen. Nachdem der Landesrechnungshof eine Prüfung vorgenommen hatte über Unterhaltungs- Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen wurde dem Land SH lediglich 135.000 € pro Jahr mit einem Gesamtvolumen von 1 Million € für die Zeitspanne von 2007 bis 2013 zur Verfügung gestellt. Nach massiver Kritik und der Durchführung einer Studie durch die gemeinsame Trägerschaft der Akademie für die Ländlichen Räume, dem Bauernverband und dem Gemeindetag in Schleswig-Holstein zur Zukunftsfähigkeit des ländlichen Wegenetzes in Auftrag gegeben. Die Dokumentation der Studie „Wege mit Aussichten“ kann im Internet unter [Dokumentation der Studie](#)

eingesehen und heruntergeladen werden.

Für die Jahre 2009 bis 2013 wurden von der EU zusätzliche Mittel in Höhe von 13 Millionen € für SH zugewiesen.

Anschließend nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen an die Referenten zu stellen. Es wurden Fragen zum privilegierten Bauen von Biogasanlagen und Schweinemastbetriebe und zu Kernwegenetzen gestellt. Sie werden oft dort gebaut, wo die Straßen viel zu eng seien. Herr Thoben erklärte, dass privilegiertes Bauen Bundesrecht sei. Die Gemeinden müssten in dem Verfahren nur gehört werden. Die Gemeinden haben kein Einflussrecht bei Infrastrukturfragen.

Zum Thema Kernwegenetze empfiehlt Herr Toben, dass Anliegerleistungen in den Gemeinden „gebunkert“ werden.

Da die EU nur 50% Fördermittel bereitstellt werden und der Rest für die Sanierung der Kernwege die Anlieger tragen müssen, empfanden die Anwesenden als ungerecht. Anlieger haben für diese Wege keinen Nutzen, da diese zumeist von Lohnunternehmern mit ihren 50-Tonnen-Lastzügen kaputt gemacht werden. Es werden immense Kosten auf die Gemeinden zukommen, zumal die Schwarzdeckenwege schon über 30 Jahre alt seien.

Herr Baier berichtet, dass in einigen Gemeinden im Kreis SL-FL Hansegrat verwandt wird, ein Gemisch aus gebrochenem Stein, Muschel- und Splittmaterial. Die Kosten für Hansegrat betragen 10 bis 13 € pro qm.

Jürgen Augustin, Bürgermeister von Nübel, berichtet, dass Tonnenlasten nicht kontrolliert werden. In der Gemeinde Nübel hat die Gemeinde zusammen mit den Betreibern von Biogasanlagen ein Wegekonzept erarbeitet. Gemeindewege lassen es nicht zu, höhere Lasten als 50 Tonnen zuzulassen. Bei der Traglasthöhe haben die MdL keinen politischen Einfluss. Dieses regelt der Bund und die EU.

Es wird empfohlen, dass die Gemeinden eine Satzung für Kernwege erstellen. Das Recht über die Wege regelt das Kommunalabgabegesetz § 8.

Kernwege ausweisen bedeutet nicht, dass die Wege verbreitert werden müssen. Wenn Fördermittel beantragt werden, müssen die Wege breiter angelegt werden.

Es wird empfohlen, sich von den Fördermitteln frei zu machen, wichtig ist es, sich mit den Bürgern zusammzusetzen und ein Wegekonzept zu erarbeiten, wo die Wege für die Bevölkerung Vorrang haben und dann erst in zweiter Linie die Industriewege berücksichtigt werden. Im Fall der Gemeinde Nübel gibt es die Lösung der Einbahnwege für Schwerlastfahrzeuge.

Ein weiterer Konsens wurde auf der Veranstaltung gefasst, dass über die MdL eingewirkt werden sollte, politisch das Modell aus Niedersachsen für das Land SH zu übernehmen. Hier sammeln die Gemeinden 10 Jahre ihre Eigenleistungen an, bevor die Wege saniert werden. Die Kosten für die Wegesanieerung werden zu etwa 50% von der EU gefördert und den Rest bringen die Gemeinden als Eigenleistungen auf. Diese 50% Eigenleistungen werden auf die Landwirte z. B. pro Hektar 25 bis 30 € und pro Anlieger pro 1000qm mit 100 € in der Satzung festgeschrieben.

[Pressemitteilung der Kreistagsfraktion](#)

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 08.09.2010, 15:42 Uhr - 50708 Clicks - Nr. 801

Europäisches Parlament stimmt neuer Tierversuchsrichtlinie zu "Voraussetzungen für Tierversuche europaweit deutlich verschärft"

Das Europäische Parlament will die bestehenden Voraussetzungen für Tierversuche deutlich verschärfen. Einem entsprechenden Richtlinienentwurf haben die Europaabgeordneten am Mittwoch im Straßburger Plenum mit großer Mehrheit zugestimmt. Damit steht der Einsetzung der neuen Richtlinie, die auf das Prinzip - Vermeidung, Verminderung, Verbesserung setzt und die sich an den neuesten Erkenntnissen aus Tierschutz und Forschung orientiert, nichts mehr im Wege.

Ulrike Rodust, agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten, hätte gerne noch strengere Bedingungen in die Richtlinie geschrieben: „Die nationalen Regierungen wollten leider partout nicht über die nun gefundene Einigung hinaus. Der Kompromiss ist aber immer noch besser, als es bei der alten Regelung zu belassen“, merkte Rodust kritisch an. Durch die neue Richtlinie sollen in Zukunft in ganz Europa höhere Standards für Tierversuche gelten. „Wichtig ist es jetzt, darauf zu achten, dass diese Standards auch von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt und eingehalten werden“, so Rodust weiter.

Laut den neuen Voraussetzungen dürfen Tierversuche künftig nur unter strengen Auflagen und nach vorheriger Prüfung durchgeführt werden. Dafür sollen eigene Kontrollbehörden in den Mitgliedsstaaten eingerichtet werden. „Solange es noch nicht möglich ist, komplett auf Tierversuche zu verzichten, müssen wir für den größtmöglichen Schutz der Tiere sorgen“, bekräftigte die SPD-Politikerin Rodust.

Als positiv bewertet Rodust, dass Deutschland seine höheren Standards bei Tierversuchen beibehält. „Deutschland ist Vorreiter in Sachen Tierschutz und wird dies auch mit der neuen Richtlinie bleiben. Denn die zurzeit hier geltenden Standards sind durch diese Änderungen ausdrücklich nicht gefährdet.“ Im Vorfeld hatte dieser Punkt in einigen Mitgliedsstaaten für Diskussionen gesorgt.

Mitgliedsstaaten, deren Gesetzgebung unter dem europäischen Niveau liegt, müssen nun ihre

Gesetze an die neue Richtlinie angleichen.

Eine Verbesserung gibt es auch in Bezug auf die Versuche an Menschenaffen. Die neue Richtlinie verbietet grundsätzlich Versuche mit Primaten. Diese sind nur noch in Ausnahmefällen, etwa bei dem Ausbruch einer weltweiten Epidemie, zulässig. „Mit dieser Richtlinie schaffen wir es, den Tierschutz bei Tierversuchen in ganz Europa zu verbessern, ohne den Forschungsstandort EU in Frage zu stellen“, so Rodust abschließend.

Kommentar von [Niklas](#) vom 15.09.2010, 20:46 Uhr:

RE: Europäisches Parlament stimmt neuer Tierversuchsrichtlin

„Solange es noch nicht möglich ist, komplett auf Tierversuche zu verzichten, müssen wir für den größtmöglichen Schutz der Tiere sorgen“ 1. Warum soll es nicht möglich sein, auf Tierversuche zu verzichten? 2. Wer um Tierschutz besorgt ist, freut sich nicht über einen Kompromiss. Ist ja alles schön und gut, aber auch noch keine Revolution, was?

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.09.2010, 16:22 Uhr - 1375 Clicks - Nr. 802

Strategische Selbständigkeit der Stadtwerke sichern!

Der Mehrheitseigner der Stadtwerke Kiel AG, die MVV AG aus Mannheim (51 % MVV, 49 % Stadt Kiel), betreibt derzeit das umfangreiche Projekt "Einmal gemeinsam". Neben weiteren Bemühungen zur Optimierung der Abläufe und Rationalisierung, die sich in dem sich weiter verschärfenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt auch nicht vermeiden lassen, steht mittlerweile zu befürchten, dass aus Kiel zentrale Steuerungsfunktionen abgezogen werden sollen.

So schreibt der Online-Dienst Dow Jones Energy Daily in seiner Ausgabe vom 2.9.2010: "Ziel ist es, wichtige Steuerungsfunktionen bei den mehrheitlich zur MVV Energie gehörenden Töchtern in Kiel und Offenbach einzusparen und diese künftig vom Standort der Konzernmutter in Mannheim aus zentral zu lenken."

Bisher war das Bündnis aus den drei Stadtwerken in Mannheim, Offenbach und Kiel als ein Stadtwerkeverbund auf Augenhöhe angelegt. So haben wir die Zusammenarbeit mit Mannheim und Offenbach gewollt und so wollen wir sie auch weiterhin. Wenn aber die Stadtwerke Kiel in Zukunft nicht mehr aus Kiel gesteuert werden sollen, so wird das auf unseren erbitterten Widerstand stoßen.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich am vergangenen Montag, 30.8.2010, vor Ort bei den Stadtwerken Kiel intensiv über die Situation informiert und anschließend eine interfraktionelle Initiative gestartet, mit der sich die Kieler Ratsversammlung am 16.9.2010 befassen soll. In diesem Antrag werden die beiden Vertreter der Landeshauptstadt Kiel aufgefordert, im Konsortialausschuss (der Konsortialausschuss ist ein auf Konsens angelegtes Gremium, in dem die Partner aus Mannheim und Kiel die wichtigen Dinge für die Stadtwerke Kiel für den Aufsichtsrat vorbereiten) die Streichung der geplanten Beschlussfassung über das Zentralisierungskonzept "Einmal gemeinsam" vorzuschlagen bzw. dem Konzept nicht zuzustimmen.

Aus unserer Sicht wäre das Konzept nur zustimmungsfähig, wenn

- keine steuerungsrelevanten Funktionen aus der Stadtwerke Kiel AG abgezogen und nach Mannheim verlagert werden,
- die Steuerung der Stadtwerke Kiel AG auch weiterhin durch den Kieler Vorstand erfolgt (Das betrifft z. B. das Controlling sowie alle Steuerungsfunktionen und Kernprozesse in den

Wertschöpfungsstufen (Erzeugung, Netze und Vertrieb) und die Querschnittsfunktionen.),
- für die Bündelung und Zentralisierung von Aufgaben lediglich Massenprozesse herangezogen werden (z. B. Verbrauchsabrechnung, Callcenter), wobei eine ausgewogene, partnerschaftliche Aufgabenverteilung in der MVV Energie Gruppe gewährleistet sein muss,
- eine gleichberechtigte Eigentümerstruktur sowie der Einfluss der Stadtwerke Kiel AG auf Kosten und Servicequalität in gemeinsamen Serviceunternehmen sichergestellt wird.

All das ist bisher nicht erkennbar, so dass die SPD-Ratsfraktion Kiel heute (6.9.2010) den Antrag "Strategische Selbständigkeit der Stadtwerke Kiel sichern!" beschlossen hat. Den Inhalt des Antrages geben wir hier wieder und hoffen, dass diejenigen, die das Projekt "Einmal gemeinsam" betreiben, unsere Bedenken sehr ernst nehmen und die notwendigen Korrekturen vornehmen. In jedem Fall werden wir verhindern, dass die Stadtwerke Kiel AG zu einer Filiale der Zentrale in Mannheim wird.

Antrag zur Ratsversammlung 16.9.2010: Strategische Selbständigkeit der Stadtwerke Kiel sichern!, beschlossen von der SPD-Ratsfraktion Kiel am 6.9.2010:

Die Vertreter der Landeshauptstadt Kiel im Konsortialausschuss für die Stadtwerke Kiel AG werden aufgefordert

- vorzuschlagen, jeden Tagesordnungspunkt, der sich mit der Beschlussfassung über das Konzernprojekt „Einmal gemeinsam“ befasst, von der Tagesordnung der folgenden Aufsichtsratssitzung zu nehmen;
- andernfalls entsprechende Anträge inhaltlich abzulehnen.

Die Landeshauptstadt Kiel setzt sich dafür ein, die Stadtwerke Kiel AG als eigenständiges, voll integriertes Energieunternehmen zu erhalten. Hierfür sind die konsortialvertraglichen Optionen der Landeshauptstadt Kiel konsequent zu nutzen.

Es bedarf gravierender Nachbesserungen des Konzeptes, die in den nächsten Monaten unter enger Einbindung der Landeshauptstadt Kiel zu erarbeiten sind. Das ist die Basis für eine Fortführung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der MVV Energie AG und der Landeshauptstadt Kiel.

Begründung:

In ihrer Sitzung am 10. Juni 2010 hat die Ratsversammlung den Oberbürgermeister mit einem interfraktionellen Antrag einstimmig aufgefordert, alle der Stadt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um sicherzustellen, dass es infolge des Restrukturierungsprojektes „Einmal gemeinsam“ der MVV Energie AG zu keiner Schwächung des eigenständigen, integrierten Energieversorgers Stadtwerke Kiel AG kommen kann.

Diese Aufforderung erfolgte vor dem Hintergrund von Befürchtungen, dass

- die für die Unternehmenssteuerung notwendigen Prozesse in Mannheim zentralisiert werden sollen,
- Arbeitsplätze zu Lasten der Stadtwerke Kiel AG und der Energieversorgung Offenbach nach Mannheim verlagert werden und
- der Stadtwerke Kiel AG die Fähigkeit genommen wird, kommunale und regionale energiepolitische Gestaltungen voranzutreiben.

Nach den nunmehr bekannten Ergebnissen des Restrukturierungsprojektes „Einmal gemeinsam“ sollen in der Tat wesentliche Funktionen der Stadtwerke Kiel AG in Mannheim

zentralisiert werden. Aus den bisherigen Informationen geht hervor, dass sich die MVV Energie AG mit ihren Partnern in Kiel und Offenbach von der bisherigen Strategie eines Stadtwerke-Netzwerks verabschieden und sich zu einem zentral gesteuerten Konzern entwickeln will. Die Stadtwerke Kiel AG verlöre damit ihre eigenständige Steuerungsfähigkeit und würde zu einer Kieler Niederlassung der MVV degradiert werden. Damit verlässt die MVV das bewährte Prinzip einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Durch die Verlagerung wesentlicher steuernder Prozesse und Berichtswege im Controlling sowie in den Bereichen Erzeugung, Netze und Vertrieb kommt es zu einem Abbau von Kernkompetenzen bei der Stadtwerke Kiel AG. Damit dürfte die Werthaltigkeit des Unternehmens empfindlich zu Gunsten der Werthaltigkeit der MVV Energie AG herabgesetzt werden.

Die MVV Energie AG plant offenbar, das Projekt "Einmal gemeinsam" in den September-Sitzungen der Aufsichtsräte der MW Energie AG, der Energieversorgung Offenbach AG und der Stadtwerke Kiel AG beschließen zu lassen.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.09.2010, 17:42 Uhr - 5481 Clicks - Nr. 803

Jubilarehrung bei der Flensburger SPD Auszeichnungen für 755 Jahre politische Arbeit Parteiratsvorsitzender Claus Möller kommt nach Flensburg

Die SPD ist eine stolze und traditionsreiche Partei – eine Partei, die sich ihrer historischen Wurzeln immer bewusst ist.

Aus den Erfahrungen und Hinweisen derer, die das politische Leben über viele Jahrzehnte beobachtet, begleitet oder aktiv mitgestaltet haben, können wir auch für die heutige Arbeit vieles lernen. Die SPD ist ihre Jubilare. Sie haben ein Stück Flensburger Zeitgeschichte in und mit der SPD erlebt. Das wollen wir in gebührendem Rahmen feiern.

Die SPD wird mit allen Mitgliedern, die dieses Jahr 25, 40, 50 oder 60 Jahre dabei sind, diese Jubiläen gemeinsam begehen. Stolz können wir an diesem Nachmittag auf insgesamt 755 Jahre Parteierfahrung zurückschauen.

Mit großer Freude hat sich Claus Möller bereit erklärt, den Jubilaren persönlich die Ehrenurkunde und das Ehrenabzeichen zu überreichen. Er war von 1993 bis 2003 Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein und von 2003 bis 2007 Landesvorsitzender der SPD. Claus Möller ist Vorsitzender des Parteirates auf Bundesebene und wurde erst vor wenigen Monaten in diesem Amt bestätigt.

Keine Kommentare

Bericht aus Berlin*: Sicher ist nur das Risiko

Zwölf Jahre länger dürfen die alten Atommeiler am Netz bleiben; der letzte geht frühestens im Jahre 2040 vom Netz. Dies ist das Ergebnis des „großen Energiegipfels“ im Kanzleramt. Die Bundesregierung bezeichnet dies als „Energierévolution“.

Ist es wirklich eine Revolution, alte Meiler länger am Netz zu lassen? Ist es revolutionär, wenn sich die Kanzlerin mit den Chefs von E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW nachts um 23 Uhr in einer Telefonschaltkonferenz abspricht?



Dies mag bei Frau Merkel gängige Praxis sein, doch entscheidet man so über die energiepolitische Zukunft unseres Landes?

Wie begründet man eine solche Entscheidung, die mehr Atommüll, mehr Gefährdung und mehr Belastung für nachfolgende Generationen bedeutet?

Ich meine, dass ein Gesetz, das ohne Zustimmung des Bundesrates durchgebracht werden soll, nicht der richtige Weg sein kann! Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigt dies: „Für Laufzeitverlängerungen beziehungsweise die Wiedezulassung der dauerhaften Nutzung der Atomenergie ist eine Gesetzesänderung erforderlich, die der Zustimmung des Bundesrats bedarf“.

Es ist offensichtlich, dass sich die Bundesregierung nur dem Druck der Atomlobby beugt. Darüber kann auch nicht die Brennelementesteuer hinwegtäuschen.

Diese bringt zwar möglicherweise 2,3 Milliarden Euro jährlich für erneuerbare Energien, doch ist diese Steuer auf ein paar Jahre begrenzt und macht bei knapp einer Milliarden Euro Gewinn im Monat nicht gerade den Löwenanteil der großen Energiekonzerne aus.

Wer die konsequente Energiewende will, muss sie jetzt vollziehen und darf nicht unsichere und alte Meiler am Netz lassen.

Die Tatsache, dass immer wieder Reaktoren aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden, scheint bei der Entscheidung keine Rolle gespielt zu haben. Allein das Kraftwerk in Brunsbüttel ist seit über drei Jahren außer Betrieb, da eklatante Sicherheitsmängel bestehen, die der Betreiber Vattenfall nicht beheben kann. Allein in den Jahren 1995 bis 2006 kam es zu durchschnittlich 132 meldepflichtigen Ereignissen, die die Sicherheit von Atomkraftwerken in Deutschland betreffen.

Die SPD hat mit den Grünen dafür in ihrer Regierungszeiten dafür gesorgt, dass die Energieversorgung Deutschlands gewährleistet und ökologisch vertretbar ist und auch von den großen Energiekonzernen der Republik mitgetragen wurde.

Es ist völlig unverständlich, dass die Bundesregierung den mit der Atomindustrie geschlossenen Ausstiegspakt wieder aufbricht, zumal im Juni diesen Jahres bereits 62% des Ausstieges vollzogen waren.

Manche im schwarz-gelben Lager mögen die Atomkraft als Brückentechnologie bezeichnen. Ich sehe dies als eine Brücke ins Nichts, die zudem noch auf einem sehr wackeligen Fundament errichtet ist.

* Der "Bericht aus Berlin" ist eine Kolumne, in der die Eckernförder Zeitung den Bundestagsabgeordneten aus Rendsburg-Eckernförde in 14-tägigem Rhythmus Platz zur Kommentierung aktueller Themen einräumt.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 08.09.2010, 18:24 Uhr - 3867 Clicks - Nr. 805

Wer an Bildung spart, schadet der Volkswirtschaft!

Zum aktuellen Bericht der OECD „Bildung auf einen Blick 2010“ erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Trotz der Anerkennung der OECD für das erfolgreiche deutsche Berufsbildungssystem bleibt es dabei, dass viele junge Menschen statt in der beruflichen Ausbildung im Übergangssystem landen, weil ihnen grundlegende Kompetenzen fehlen.

Die OECD bestärkt uns darin, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen zu erweitern. Wenn sich weniger als 3 % der beruflich Qualifizierten ohne Abitur für ein Hochschulstudium entscheiden, muss nach Wegen gesucht werden, um das Studium attraktiver und leichter absolvierbar zu gestalten.



Wenn mittlerweile 25 % eines Abschlussjahrgangs ein Hochschulstudium absolviert haben, ist das ein Fortschritt, bleibt aber hinter dem Durchschnittswert der OECD mit 38 % weit zurück. Es kann niemanden zufrieden stellen, wenn Deutschland bei der Studierneigung nur noch vor der Türkei, Belgien und Mexiko liegt.

Hoch qualifizierte Arbeitskräfte sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft, zugleich bestätigt die OECD die bekannte Tatsache, dass eine hohe Qualifikation die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist. Wenn in Deutschland nur noch 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts öffentlich und privat für Bildung ausgegeben werden, zeigt das, dass dieser Zusammenhang bei vielen Verantwortlichen noch nicht erkannt worden ist auch in Kiel. Eine Bildungsrepublik muss anders aussehen!"

Keine Kommentare

Veränderungen im Schulsystem müssen behutsam und verlässlich sein

Über die aktuelle Situation der Schulen im Kreis diskutierten die Mitglieder der SPD Stormarn auf einer Konferenz in Bargtheide. Eingeladen waren auch Schülerinnen, Eltern und Lehrer, um von der konkreten Situation vor Ort zu berichten. Susanne Danhier, stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende: „Es waren leider nur wenige Nicht-SPD-Mitglieder unserer Einladung gefolgt. Aber die wenigen, die doch kamen, und zahlreiche SPD-Mitglieder, die sonst nicht an Parteiveranstaltungen teilnehmen



und ihre Erfahrungen als Elternbeiräte, stellvertretende Schulleiter oder Schülerinnen einbrachten, halfen uns, ein gutes Bild von der aktuellen Lage zu bekommen.“

Die Einführung der Profiloberstufe, die Unsicherheiten in der Frage, ob das Abitur nach acht oder nach neun Jahren abgelegt werden soll und die Sorge um die Zukunft der Gemeinschaftsschulen waren die bestimmenden Themen des Abends.

Bildungsminister Klug (FDP) scheint es sich zum Ziel gesetzt zu haben, die neu eingeführten Gemeinschaftsschulen wieder zurück zu entwickeln. Abschlussbezogene Klassen seien ein Schritt zurück ins dreigliedrige Schulsystem, stellten die Sozialdemokraten fest. Schritte nach vorne wurden im zweiten Teil der Veranstaltung diskutiert: Am 11. September möchte die Landespartei in Kiel bildungspolitische Thesen für die Zukunft beschließen. Unter anderem soll die Lehrerausbildung dem Schulsystem angepasst werden. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und im Landtag Mitglied des Bildungsausschusses erläuterte: „Wenn es keine Haupt- und Realschulen mehr gibt, müssen wir auch keine Haupt- und Realschullehrer mehr ausbilden. Stattdessen wollen wir Stufenlehrer, jeweils für die Sekundarstufe I und die Primarstufe, oder die Sekundarstufe 1 und die Sekundarstufe II. Alle Lehrkräfte sollen gleichgestellt sein, wir brauchen größere Praxisanteile in der Ausbildung und mehr Kompetenzen im Bereich der Binnendifferenzierung.“

Nach einer Vergrößerung der SPD-Landesparteitage schicken die Stormarner Genossen 14 Delegierte nach Kiel, Delegationsleiterin ist Susanne Danhier. Die Stormarner Sozialdemokraten wollen sich dafür einsetzen, Veränderungen im Schulsystem künftig nur behutsam und langfristig verlässlich stattfinden zu lassen. Über eine Wiedereinführung des Schülerbafög sollen die Chancen für Schülerinnen und Schülern verbessert werden, die sonst aus finanziellen Gründen Probleme auf dem Weg zum Abitur hätten.

Keine Kommentare

Wechsel muss schmerzfrei erfolgen!

Der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker, SSW, zum bevorstehenden Wechsel des IFM-GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft:

„Wir freuen uns sehr, dass sich nach dem gefährlichen Schnellschuss der Landesregierung nun eine gute Lösung für das Institut für Meereswissenschaften abzeichnet! Die Landesregierung und die Bundesforschungsministerin haben das Problem leider erst nach lautem Aufbegehren der CAU, des IFM und Kiels erkannt, doch wenigstens hier haben sie sich lernfähig gezeigt. Nun gilt es den Prozess tatsächlich ohne Nachteile für das Institut, die Universität und die Landeshauptstadt zu Ende zu führen. Denn der Wechsel muss schmerzfrei erfolgen!“

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 09.09.2010, 11:46 Uhr - 4835 Clicks - Nr. 808

Jusos Kiel jagen die Totspärer

Am 08. September fand in Kiel die Demonstration des DGB "Gerecht geht anders" statt. Mit dabei waren auch die Jusos. Ziel der Demonstration war es deutlich zu machen, dass durch die unsoziale Sparpolitik der Landesregierung ganze Bereiche "tot gespart" werden. Auch wenn natürlich Sparbedarf im Landeshaushalt besteht, so wird man mit der Rasenmäheraktik nicht zum Ziel gelangen. Es muss auch Tabus geben. So zum Beispiel der Bereich Bildung.



Wir Jusos stellen uns dagegen, dass die Universitäten, aber auch die Schülerbeförderung so wie viele weitere soziale Bereiche zu Tode gespart werden. Auch in Zukunft werden wir weiter nach den Totspärern in den Reihen der Landesregierung fahnden. Weitere Infos zu Totspäreraktionen findet ihr [hier](#)

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 09.09.2010, 13:42 Uhr - 10069 Clicks - Nr. 809

SPD Segeberg: Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist zentrale Aufgab

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen soll im Kreis Segeberg wieder belebt werden. Im SPD-Kreisverband Segeberg zeigen die Jungsozialisten (Jusos), die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus seit vielen Jahren Flagge und sie haben sich aktiv in die politische Willensbildung der Partei eingeschaltet. Jetzt soll eine weitere Arbeitsgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA – www.afa.spd.de) im Kreis Segeberg wieder belebt werden. Das Leitmotiv der politischen Arbeit der AfA ist zugleich einfach, knapp und klar: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit! Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen bilden den historischen Kern der Sozialdemokratie. Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen, bleibt die zentrale Aufgabe der SPD. In der AfA engagieren sich politisch interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Jugendvertreter und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Ihr gemeinsames Ziel ist die Schaffung existenzsichernder und sozial abgesicherter Arbeitsplätze, die Sicherung des Sozialstaates sowie seine Anpassung an die Herausforderungen in der globalisierten Wirtschaft

und Arbeitswelt.

Der SPD-Kreisverband lädt herzlich ein zur Gründungsversammlung der AfA im Kreisverband Segeberg am 22. September, 19.30 Uhr in Juhls Gasthof, Schützenstraße 2, in Itzstedt

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 09.09.2010, 14:38 Uhr - 2576 Clicks - Nr. 810

Neue Jugendaktivitätsfläche in Sünderup!

Vorstellung des Vorentwurfs

Die geplante Jugendaktivitätsfläche in Sünderup Hochfeld am Übergang Sünderuper Weg/ Pielweg (von Sünderup Dorf kommend gleich links hinter dem Bahndamm) soll in diesem Jahr neu gestaltet werden.

Am 26. Mai fand vor Ort ein Planungsgespräch statt, um die künftigen Nutzerinnen und Nutzer an der Planung zu beteiligen. Der Vorentwurf, in den die Wünsche aus dem Beteiligungsverfahren eingearbeitet wurden, ist mittlerweile fertig gestellt. Um möglichst viele Anregungen und Ideen von Jugendlichen, Eltern und AnwohnerInnen in die Gestaltung des Platzes einfließen zu lassen, lädt das Kinder- und Jugendbüros alle Interessierten am Montag, dem 13. September um 17 Uhr zur abschließenden Besprechung der Entwürfe auf dem Gelände der geplanten Jugendaktivitätsfläche ein.

Jugendaktivitätsflächen in Flensburg sollen Treffpunkte Jugendlicher und junger Volljähriger für Sport, Spiel und Geselligkeit sein.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.09.2010, 17:50 Uhr - 6128 Clicks - Nr. 811

Zukunft der Bundeswehr mit Kiel

Der Arbeitskreis Bundeswehr der Kieler SPD hat am vergangenen Donnerstag einen einstimmigen Beschluss zum Bundeswehrstandort Kiel gefasst.

„Bei der jetzt von Verteidigungsminister Guttenberg (CSU) vorgeschlagenen Truppenreduzierung sollte unbedingt berücksichtigt werden, dass der Standort Kiel alles bietet, was die Bundeswehr und insbesondere die Marine für eine zukünftige Ausrichtung brauchen – eben einen idealen Standort.“ heißt es darin.

Des weiteren werden 7 Punkte genannt, die für Kiel sprechen:

1. Die Landeshauptstadt Kiel mit ihren 234.000 Einwohnern ist der zweitgrößte Marinehafen der Bundesrepublik Deutschland, für die Bevölkerung unseres Landes gleichbedeutend mit „Marine“.

2. Eine sehr gute verkehrliche Erschließung zu Land (Autobahn und Schiene), zu Wasser (Förde und Nord-Ostsee-Kanal) und aus der Luft (Flughafen). Bedingt durch den NOK ist die schnelle Verlegung von Material und Personal von der Ostsee in die Nordsee möglich. Damit ist die Lage kein Hinderungsgrund für weltweite UN mandatierte Einsätze.

3. Der einzige Tiefwasserhafen im deutschen Ostseeraum ermöglicht das Anlaufen von internationalen Schiffsverbänden. Das zeigt auch die Beteiligung der NATO an der grundlegenden Erneuerung der Tirpitzmole im Marinestützpunkt. Deutsche und ausländische Soldaten sind froh, wenn Kiel als Zielhafen angegeben ist. Dies wird während der jährlich stattfindenden Kieler Woche, dem größten Segelereignis der Welt, eindrucksvoll belegt.

4. Ausreichend freie Bundeswehrliegenschaften ermöglichen die Aufnahme weiterer Einheiten und Verbände sowie von Bundeswehrverwaltung.

5. Industrie und Forschung (Zivil und BW-eigen: WTD 71/FWG) bilden einen weiteren Standortvorteil. HDW, EADS, Raytheon-Anschütz, Rheinmetall, ElacNautik und viele kleinere Zulieferer gewährleisten eine enge Vernetzung der maritimen Wirtschaft mit der Forschung.

6. Beide Einsatzflottillen in Nord- und Ostsee benötigen einen nahegelegenen Arsenalbetrieb. Das Marinearsenal Kiel, mit seinem hochqualifizierten Personal, betreut Schiffe, Boote und Marine-Landanlagen im gesamten Ostseebereich sowie in den weltweiten Einsätzen.

7. Die Landeshauptstadt Kiel ist für die Soldaten, Zivilbeschäftigten und ihre Familien attraktiv. Die Stadt verfügt z.B. über ein gutes Angebot an Kinderbetreuung, hat eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen, Schulen, eine Universität und Fachhochschulen. Familienangehörige finden hier unter anderem qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das Kultur-, Sport- und Freizeitangebot ist gut.

Abschließend stellt der Arbeitskreis fest:

„Die Landeshauptstadt ist ein hervorragend geeigneter Standort für unsere Bundeswehr und muss es bleiben.“

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 10.09.2010, 17:59 Uhr - 2400 Clicks - Nr. 812

Sachsenwaldau völlig ungeeignet zur Unterbringung von Sexualstraftätern

Mit "Erleichterung und Sorge" reagiert die Reinbeker SPD auf den Verzicht der Stadt Hamburg, auf die Unterbringung eines aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Sexualstraftäters in einer Einrichtung in Reinbek-Sachsenwaldau zu verzichten. SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls: "Wir sind erleichtert, dass Hamburg verzichtet, und wir sind besorgt, weil das offenbar nur halbherzig geschieht."

Der Hamburger Senat habe den Verzicht auf die geplante Unterbringung ausdrücklich als "bedauerlich" bezeichnet, da die von einem Hamburger Träger in Sachsenwaldau betriebene Einrichtung "eine gute Lösung" wäre. Dem müsse, so Puls, auch in Vorsorge auf mögliche künftige Fälle deutlich widersprochen werden, "weil eine Unterbringung in Sachsenwaldau die Gefährdung der Bevölkerung nicht bestmöglich begrenzen, sondern unzumutbar steigern würde". Die Lage Sachsenwaldaus mit einem unmittelbar angrenzenden unübersichtlichen Waldgelände, das von Wanderern, Spaziergängern, Touristen und Erholungssuchenden, in Vielzahl auch Frauen und Mädchen, ausgiebig genutzt werde, mache eine effektive Überwachung praktisch unmöglich. Und: Die Gefahr erhöhe sich unkalkulierbar noch weiter, wenn es sich - wie im vorliegenden Fall - um Unterzubringende handelt, die bereits in der Sicherungsverwahrung jedes Therapieangebot verweigert haben. Puls hofft, "dass Hamburg seine Unterbringungsabsichten in Sachsenwaldau für die Zukunft generell aufgibt". Im

aktuellen Fall sei Reinbeks Bürgermeister Barendorf "ein ausdrückliches Dankeschön" auszusprechen, weil er mit seinem Brandbrief an die Landesregierung in Kiel die in Sachsenwaldau konkret drohende Unterbringung eines nicht therapiewilligen Sexualstraftäters verhindert hat.

Keine Kommentare

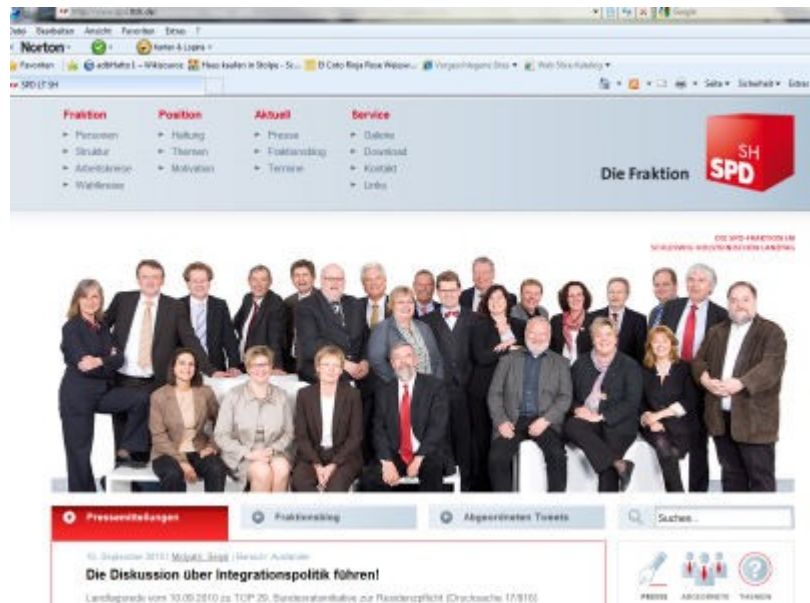
[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.09.2010, 18:05 Uhr - 4663 Clicks - Nr. 813

Neue Webseite der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion hat ab sofort ein neues Internet-Angebot. Im Internet ist unter www.spd.ltsh.de die neu gestaltete Homepage der Fraktion freigeschaltet worden. Nach zehn Jahren hat die SPD-Landtagsfraktion ihr Corporate Design neu gestaltet. Mit neuem Logo, in dem der rote Würfel das Quadrat ablöst, ist nicht nur das Geschäftspapier, sondern sind auch die Pressemitteilungen und e-mails gestaltet.

Eine Reihe von Themenflyern wird in Kürze erscheinen und in

kompakter Form politische Inhalte darstellen, für umfangreichere, grundsätzliche Darstellungen wurde die Reihe „Positionen“ konzipiert, in der bereits das Konsolidierungskonzept der Fraktion erschienen ist.



Herzstück der Neugestaltung ist der Internet-Auftritt unter www.spd.ltsh.de. Abgeordnete können nach Namen, aber auch nach Arbeitskreisen sowie mit Hilfe einer interaktiven Karte der Wahlkreise aufgerufen werden. Im Fraktionsblog werden sich künftig in regelmäßigen Abständen Abgeordnete in Kurzform zu verschiedenen Themen äußern. Unter einem weiteren Menüpunkt sind Twitter-Einträge von SPD-Landtagsabgeordneten zu sehen. Aussagen zu verschiedenen politischen Themen sind unter „Position“ abrufbar. Die heute ins Netz gestellte Homepage ist ein Anfang, der kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 12.09.2010, 11:10 Uhr - 2149 Clicks - Nr. 814

Arnold Wilken zur Namensgebung GS Trappenkamp:

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,
sehr geehrte Damen und Herren aus der Lehrerschaft der Gemeinschaftsschule Trappenkamp,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

lieber Werner Schultz,

ich bin heute sehr gern in die Gemeinde Trappenkamp gekommen, um als Kreispolitiker und früherer Landespolitiker an dieser Feierstunde teilzunehmen.

Die Gemeindevertretung Trappenkamp hat als Schulträger der Integrierten Gesamtschule entschieden, die zur Gemeinschaftsschule umgewandelte Schule nach „Richard Hallmann“ zu benennen.

Die Kreis SPD begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

Ich will einige Gründe nennen, die unsere Überzeugung belegen:

Als der Junglehrer Richard Hallmann im Jahr 1974 seinen Dienst an der Grund- und Hauptschule Trappenkamp antrat, überzeugte mich der spätere SPD Ehrenkreisvorsitzende Erwin Wengel, in die SPD einzutreten. So lernte ich auch Richard Hallmann sehr schnell kennen.

Sein Motto „Ein besseres soziales Miteinander im Einklang mit der Natur“ bestimmte Richard Hallmanns ehrenamtliches Arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger in Trappenkamp.

Richard Hallmann überzeugte die Mitglieder der SPD Kreistagsfraktion davon, die Bildungschancen für alle Schüler im ländlichen Raum zu verbessern. Daher unterstützten wir seine mitbegründete Gesamtschulinitiative in Trappenkamp im Jahr 1984.

Er war mit seinen Mitstreitern angetreten, dicke Bretter zu bohren. Er wusste, dass es ein langer, schwieriger Prozess sein würde.

Die damaligen Konservativen und die Liberalen im Lande, im Kreis Segeberg und im Unterzentrum erklärten die Gesamtschule zum „Teufelszeug“.

Die Gesamtschulinitiative Trappenkamp ließ nicht locker. Auch der damalige Landrat des Kreises Segeberg, Graf Schwerin von Krosigk, konnte Richard und seine Mitstreiter nicht beirren. Als er nämlich vorschlug, im Nord-Osten des Kreises einen Schulverband zu gründen, der Träger der neuen Schulform werden könnte.

Richard Hallmann kämpfte für Trappenkamp. Die junge Gemeinde sollte sich als lebenswerte Gemeinschaft für junge Familien weiter festigen.

Richard Hallmann war ein Gegner der sich breit machenden Bewegung, immer mehr kommunalpolitische Selbstverwaltungsaufgaben auf den Kreis, die Ämter und die Zweckverbände zu übertragen.

Als im Jahr 1988 die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein die Mehrheit errungen hatten, bohrten Richard und seine Mitstreiter weiter. Die Landesregierung wurde bedrängt, die Aussagen aus dem Landeswahlprogramm „weitere Gesamtschulangebote in SH“ in die Tat umzusetzen.

Im Jahr 1989 freuten sich die SPD-Kommunalpolitiker mit Richard und den Trappenkämpfern. Endlich! Es war geschafft.

Der Andrang der Eltern bei der Anmeldung der Kinder zur Integrierten Gesamtschule Trappenkamp war von Beginn an groß. Aus Trappenkamp und der weiteren Umgebung suchten die Eltern die neue Schulform zum Wohle ihrer Kinder, auch viele Eltern darunter, die das „Teufelszeug“ bekämpft hatten.

Richard Hallmann erfährt durch die Benennung eine angemessene Ehrung.

Ich wünsche der Familiengemeinde Trappenkamp als Träger der Gemeinschaftsschule Richard Hallmann weiterhin viel Erfolg.

Der Lehrerschaft wünsche ich, die im Kreisgebiet unter den Fachleuten anerkannte Qualität der Schule zu erhalten.

Arnold Wilken
Vorsitzender der SPD Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 12.09.2010, 15:53 Uhr - 8958 Clicks - Nr. 815

Mehr Demokratie wagen – SPD Basis entscheidet über Spitzenkandidaten

Mehr innerparteiliche Demokratie und Öffnung zur Bürgerbeteiligung so bewertet Hannes Birke das vom Landesparteitag am 11.Sept. 10 einvernehmlich verabredete Findungsverfahren.



„Mehr Demokratie wagen“ Das Zitat von Willy Brandt ist für den SPD-Kreisvorsitzenden Hannes Birke die Botschaft vom Landesparteitag am letzten Samstag. Bei dem von allen Kreisverbänden unterstützte Verfahren zur Wahl eines Spitzenkandidaten, mit dem die SPD die nächste Wahl gewinnen will, ist sichergestellt, dass die Mitglieder entscheiden werden, wer Spitzenkandidat wird. Es stellt weiter sicher, dass auch Nicht-Mitglieder sich am Meinungsbildungsprozess beteiligen können. Für Birke eine deutliche Stärkung der innerparteilichen Demokratie und eine Öffnung zur Bürgerbeteiligung.

Im Vorfeld des Mitgliederentscheides wird es zur innerparteilichen Willensbildung auch im Kreis eine Vorstellung der beiden Kandidaten geben. Zu dieser Veranstaltung -so Birke- werden nicht nur alle Mitglieder persönlich eingeladen, sondern es wird auch intensiv um die Teilnahme aus der Bevölkerung geworben. „Wir wollen“ –so Birke- „einen möglichen zukünftigen Ministerpräsidenten nicht durch einen engen parteiinternen Führungszirkel auswählen lassen, sondern auch der Bevölkerung die Gelegenheit ermöglichen, sich an der Meinungsbildung zu beteiligen“.

Konkret will Birke in seiner Partei dafür werben, dass am Ende der Veranstaltung alle Teilnehmer mit einem vertraulichen Votum ihre Einschätzung über den jeweiligen Kandidaten abgeben können.

Sollte es am Ende der Willensbildung, die in allen Kreisen durchgeführt wird, noch mehr als einen Kandidaten geben, dann werden die Mitglieder über den Spitzenkandidaten entscheiden. Diese Entscheidung ist für Birke politisch bindend. Auch wenn das Wahlgesetz vorschreibt, dass

die Wahl auf einer Landesdelegiertenkonferenz erfolgen muss, wird der Landesvorstand der Konferenz eine Wahlempfehlung für den Kandidaten geben, der dem Mitgliederentscheid entspricht. Birke geht davon aus, dass der unterlegene Bewerber seine Bewerbung zurückziehen wird.

Öffentliche Vorfestlegungen auf einen Kandidaten im Vorfeld des Findungsverfahrens sind für Birke bei der innerparteilichen Willensbildung wenig hilfreich. Er teilt die Meinung von Ex-Ministerpräsidentin Simonis. Sie hatte gefordert, dass die Mitglieder unvoreingenommen sich eine Meinung über die beiden Kandidaten in den Vorstellungsrunden bilden sollen. Eine öffentliche Vorfestlegungen auf einen Kandidaten sieht für sie im Widerspruch zu dem verabredeten ergebnisoffenen und basisorientierten Meinungsbildungsprozess in der Partei. Kommentar von [Hans-Jürgen Peter](#) vom 25.09.2010, 13:08 Uhr:

RE: Mehr Demokratie wagen – SPD Basis entscheidet über Spitz

Hallo Hannes Birke, ich bin der Meinung, dass sich die Kandidaten einem Entscheid nur durch die Parteimitglieder stellen müssen. Abstimmungen und Wertungen von Nichtparteimitgliedern halte ich für nicht sinnvoll, denn diese Abstimmung ist eine parteiinterne Angelegenheit. Mit freundlichen Grüßen Hans-Jürgen Peter

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 12.09.2010, 17:23 Uhr - 7044 Clicks - Nr. 816

Arbeitsintensiver Landesparteitag in Kiel

Auf dem Landesparteitag (LPT) in Kiel am 11. September 2010 beschäftigten sich 200 Delegierte mit umfangreichen Anträgen und Änderungsanträgen zu den Schwerpunktthemen Bildung, Fehmarn-Belt-Querung und Innerdemokratische Demokratie. Die Delegierten des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg reichten eine Resolution zum Thema „Die Kinder der dänischen Minderheit sind 100% wert“ ein, die vom LPT angenommen wurde. Hier der Wortlaut der Resolution:

Resolution

Kinder der dänischen Minderheit sind 100% wert!

Die SPD in Schleswig-Holstein erklärt sich am 11. September 2010 auf ihrem Landesparteitag solidarisch mit der dänischen Minderheit bei ihrer Forderung nach Anerkennung auf Gleichbehandlung mit anderen Schulen in Schleswig-Holstein. Für Schülerinnen und Schüler dänischer Schulen will das Land nur noch 85 % des üblichen Betrages zahlen. Andere öffentliche Schulen erhalten weiterhin 100 %.

Der Landesparteitag der SPD lehnt eine Diskriminierung der dänischen Schulen ab und fordert die Landesregierung zur Gleichbehandlung mit den anderen öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein auf.

Die Eltern der Schülerinnen und Schüler in der dänischen Minderheit sind deutsche Staatsbürger. Sie bezahlen in Deutschland ihre Steuern zu 100% und haben daher auch einen Anspruch an eine 100%ige Anerkennung der Schülerkostensätze.

Mit einer Kürzung der Zuschüsse an dänischen Schulen um 15 Prozent verstößt die Landesregierung gegen das Schulgesetz von 2007, worin festgelegt wurde, dass Schülerinnen und Schüler der dänischen Schulen 100%ige Schülerkostensätze gewährt werden wie Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen. Außerdem verstößt eine Kürzung für Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit den vom einstigen CDU-Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten Text in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955.

Im Kapitel I ist für die dänische Minderheit das „Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.“ verankert. Im Kapitel II heißt es weiter „Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus Öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 12.09.2010, 19:19 Uhr - 3888 Clicks - Nr. 817

Kostenfreies Mittagessen für alle

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg

Gitta Neemann-Güntner äußert sich zum Mittagessen an den Schulen im Lauenburgischen. Sie moniert dabei zu hohe Preise an einzelnen Standorten und betont dabei die Wichtigkeit der mittäglichen Verpflegung. "Ein leerer Bauch studiert nicht gern", stellt die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion fest.



Wie in den Presse am 3. September zu lesen war, gibt es erfreulicherweise immer mehr Ganztagschulen im Kreis Herzogtum Lauenburg. Das ist ein schulpolitisch ein wichtiges Signal und ein richtiger Schritt für die Ausbildung unserer künftigen SchülerInnen," so äußerte sich Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion zu den Pressemeldungen der vergangenen Woche.

„Was mir allerdings negativ auffällt, ist die Willkür der Preisgestaltung für ein Mittagessen an den Schulmensen. Es gibt Schulen, da bezahlen Eltern 1 Euro pro Mittagessen, die Differenz wird bezuschusst und dann gibt es Catering Unternehmen, die bis zu 3,20 Euro pro Mahlzeit, wie am Gymnasium Schwarzenbek; einnehmen. Das geht so nicht! Es muss auch im Interesse der Schulen bzw. Schulträger sein, dass möglichst alle Kinder an Ganztagschulen mittags die Chance auf eine warme Mahlzeit bekommen. Jeder kennt den Satz „Ein leerer Bauch studiert nicht gern.“

Diese Differenzen in der Preisgestaltung können nicht im Interesse einer guten Bildungspolitik sein und müssen unbedingt unabhängig gehalten werden von der jeweiligen Haushaltslage der Städte und Gemeinden.

Wir werden uns als Delegierte am kommenden Samstag auf den SPD-Landesparteitag zum Thema Bildung dafür einsetzen, dass mittelfristig ein kostenfreies Mittagessen an den Mensen bereitgehalten wird. In der Zwischenzeit appellieren wir an die verantwortlichen Schulen und Schulträger, die Mensenpreise mit Augenmaß anzusetzen, um soziale Ungerechtigkeiten an den Schulen auszuschließen.

Die SPD vertritt nach wie vor die Auffassung, dass Bildung für jeden zugänglich sein muss und nicht abhängen darf von den finanziellen Verhältnissen in den Familien. Ein kostenloser Kita-Besuch, keine Kostenbeteiligung an Fahrkarten bis zum Abitur, keine Studiengebühren, kostenfreies Mittagessen – das ist der richtige Weg für eine vernünftige Bildungspolitik in Schleswig-Holstein, so Neemann-Güntner abschließend.

Keine Kommentare

Anti - Atom - Demo in Berlin

Vor wenigen Tagen hat die schwarz - gelbe Koalition stolz bekannt gegeben, dass endlich ein Kompromiss im Streit über die Atomlaufzeitverlängerungen gefunden wurde. Bis zu weitere 14 Jahre länger sollen die AKW's am Netz bleiben.



Doch darüber kann sich nur die Atomlobby freuen, die weitere Milliardengewinne für die eigentlich schon längst abgeschriebenen Kernkraftwerke einfährt. Konkret bedeutet der Ausstieg aus dem Ausstieg, dass neben der Produktion von Unmengen neuem Atommüll ohne Endlager sowie dem Weiterbetrieb von störanfälligen Kraftwerken, auch der Ausbau der regenerativen Energien behindert wird.

Doch wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Energiepolitik. Am 18. September findet hierzu in Berlin eine Großdemonstration statt. Viele tausend Menschen werden das Regierungsviertel umzingeln und lautstark ihre Meinung kundtun. Komm auch Du mit und demonstriere für den Ausstieg aus der Atomkraft und für regenerative Energien !

Fahrkarten für den Bus nach Berlin am 18. September gibt es für Jusos, SchülerInnen und StudentInnen für nur 5€. Melde dich einfach unter info@jusos-kiel.de. [Hier](#) noch ein nettes Video.

www.anti-atom-demo.de

Kommentar von [Timm](#) vom 14.09.2010, 18:28 Uhr:

RE: Anti - Atom - Demo in Berlin

Aber wer sagt denn, dass wir das nicht tun ? Also zumindest wir Jusos haben gerade vor einer Woche zur Demo "Gerecht geht anders" aufgerufen, zudem ist für mich auch Atomkraft bzw. Energiepolitik im Allgemeinen ein sozialdemokratisches Thema.

Kommentar von [Günther](#) vom 13.09.2010, 12:38 Uhr:

RE: Anti - Atom - Demo in Berlin

Es ist schon gut und richtig, dass wir an Demonstrationen und Kundgebungen gegen Kernkraft teilnehmen, aber fischen wir da nicht zu sehr in grünen Gewässern? Wir sollten auch unsere sozialdemokratischen Positionen höher halten und zu Demonstrationen für unsere sozialen Themen aufrufen, z.B. Bildung, Mindestlohn oder gegen das unsoziale Sparpaket.

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 13.09.2010, 12:47 Uhr - 8247 Clicks - Nr. 819

Jusos Neumünster stellen sich neu auf!

Die Jusos in der SPD in Neumünster haben sich anlässlich ihrer Jahreshauptversammlung neu aufgestellt. Notwendig wurde die Neuwahl des Vorstandes, da der bisherige Vorstand um Torben Delfs aus zeitlichen Gründen die Arbeit nicht fortsetzen konnte.

Neu gewählt wurden Christian Richter, Swaantje Heeren, Nils Kanter und der Jan Diedrigkeit als Schatzmeister.

Ebenso verabschiedete die Jahreshauptversammlung ein Arbeitsprogramm, dass nun Zug um Zug umgesetzt werden soll.



"Wir wollen die SPD in Neumünster noch attraktiver für junge Menschen machen. Dies ist unser Hauptanliegen für die kommenden Monate. Auch werden wir uns in die inhaltlichen Diskussionen der SPD einmischen", so der neugewählte Vorstand unisono.

Für Rückfragen und Informationen rund um die JUSOS Neumünster steht Vorstandsmitglied Christian Richter gern unter der Telefonnummer 0160/96038251 und via E-Mail: richernms@web.de zur Verfügung.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 13.09.2010, 14:42 Uhr - 5792 Clicks - Nr. 820

Andreas Hering bleibt ASG-Landesvorsitzender

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) in Schleswig-Holstein haben den Neumünsteraner Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Hering auf der ASG-Landeskonferenz am 09.09. in Neumünster einstimmig im Amt des ASG-Landesvorsitzenden bestätigt.

Der 41jährige Krankenkassenfachwirt übt dieses Amt seit 2008 aus. Hauptberuflich ist Andreas Hering in der Direktion der AOK in Schleswig-Holstein in Kiel beschäftigt. Seit 1994 ist er Ratsherr der Stadt Neumünster. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Neumünsteraner Stadtrat. Im Oktober 2000 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD in Neumünster gewählt.



Seit September 2007 ist er zusätzlich Kreisvorsitzender der SPD Neumünster.

In der ASG engagieren sich Mitglieder der SPD aus den Bereichen Medizin, Pflege, Wohlfahrtsverbänden und Krankenversicherungen. Die ASG hat sich zum Ziel gesteckt, den Sachverstand ihrer Mitglieder und die Ergebnisse von Expertenanhörungen für die Schleswig-Holsteinische SPD nutzbar zu machen. Die ASG Schleswig-Holstein ist eine von acht Arbeitsgemeinschaften der SPD und gilt als Forum für sozialdemokratische Gesundheitspolitik.

Sie gibt mit ihrem Fachwissen Impulse für die gesundheitspolitische Meinungsbildung in der Landes-SPD und orientiert sich an einer bürgernahen und solidarischen Gesundheitspolitik.

Als stellvertretende ASG-Landesvorsitzende wurden der frühere Neumünsteraner Landtagsabgeordnete Arno Jahner und Rainer Schramm aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde in ihren Ämtern bestätigt. Beide wurden auch zu Delegierten des Landesparteitages der Nord-SPD gewählt.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.09.2010, 15:37 Uhr - 3904 Clicks - Nr. 821

S4 - nur mit Hamburg wird es gehen Sigrid Kuhlwein, Kolumne für Stormarner Tageblatt

Lässt man die Presseberichte über eine S-Bahn bis Ahrensburg (S4) der letzten Wochen Revue passieren, muss man sich fragen, was denn nun eigentlich Sache ist. Erst hieß es, der Ausbau einer S4 sei dringend erforderlich, weil der Hauptbahnhof durch Fernverkehr überlastet sei und die S-Bahngleise noch Kapazität frei hätten. Wenig später, aus der S4 wird nichts, weil das Bundesverkehrsministerium nicht weiß, dass es sich bei der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck um eine stark frequentierte Strecke handelt, auf der sich Güter- und Personenfernverkehr und Nahverkehr "tummeln". Im Ministerium scheint man auch nicht zu wissen, dass gerade die Strecke Hamburg-Lübeck boomt, nicht nur in Bezug auf Fahrgastzahlen, sondern auch beim Güter- und Personenfernverkehr. Richtig eng würde es mit dem Bau der Fehmarnbeltquerung, obwohl es sich bereits heute schon um eine "engbelegte Strecke" mit vielen Verspätungen im Zugverkehr handelt.



Im Ministerium scheint man auch nicht zu wissen, dass gerade die Strecke Hamburg-Lübeck boomt, nicht nur in Bezug auf Fahrgastzahlen, sondern auch beim Güter- und Personenfernverkehr. Richtig eng würde es mit dem Bau der Fehmarnbeltquerung, obwohl es sich bereits heute schon um eine "engbelegte Strecke" mit vielen Verspätungen im Zugverkehr handelt.

Nun überschlagen sich CDU-MdBs, allen voran Norbert Brackmann aus dem Nachbarkreis Lauenburg und sein Pinneberger Kollege mit ihren Ankündigungen, dass das alles nicht so gemeint sei und sie sich für zwei zusätzliche Gleise bis Bargteheide einsetzen wollten. Das ist lobenswert, dann ist der Stormarner Kreistag ja endlich nicht so ganz allein, wenn er sich fraktionsübergreifend immer wieder - und das seit rund 20 Jahren - für den Ausbau des Schienennetzes zwischen Hamburg und Lübeck engagiert.

Gewundert hat uns nur, wo die Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten geblieben sind, denn ohne die Hamburger geht nichts. Bislang scheiterten alle Initiativen für die S4 am schwarz-grünen Senat in Hamburg, der lieber für viele Millionen Euro die U4 in die Hafen-City bauen lässt und dem grünen Koalitionspartner GAL, der eine Stadtbahn von Bramfeld nach

Winterhude haben möchte.

Wie uns Vertreter der LVS (landesweite Verkehrsservice Gesellschaft Schleswig-Holstein mbH) in der letzten Verkehrsausschuss-Sitzung erklärt haben, ist der Bau eines zusätzlichen Gleises entlang der Strecke Hamburg-Lübeck weiterhin von hoher Priorität, allerdings ist die Finanzierung noch nicht gesichert. Schleswig-Holstein und Hamburg bereiten die Beauftragung einer Vorentwurfsplanung - Kosten etwa 2 Mio. Euro - vor, die die bisherigen Kostenschätzungen konkretisieren sollen. Erst wenn dieses Gutachten vorliegt, sollen die Gespräche mit dem Bund aufgenommen werden.

Mit anderen Worten: Wer an den Ausbau bis 2018 glaubt, ist blauäugig. Was uns ärgert, ist, dass der Bund die 400 - 500 Millionen Euro für den Ausbau der S4 nicht bereit stellen will, aber Milliarden-Beträge für Stuttgart 21 verschleudert. Das passt nicht zusammen.

Sigrid Kuhlwein
Verkehrspolitische Sprecherin
der SPD-Kreistagsfraktion Stormarn
Tel. 04102.-42574
mail(a)skuhlwein.de

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 13.09.2010, 17:54 Uhr - 2511 Clicks - Nr. 822

SPD Reinbek für den Erhalt der Stadtteilbücherei in Neuschönningstedt

Die Reinbeker SPD setzt sich weiter dafür ein, die Stadtteilbibliothek in Neuschönningstedt als Kinder- und Jugendbücherei zu erhalten. „Die von anderen Fraktionen in der letzten Kulturausschuss-Sitzung beschlossene Schließung dieser Außenstelle der Stadtbücherei im nördlichsten Stadtteil Reinbeks macht aus mehreren Gründen keinen Sinn“, erläutert SPD-Fraktionsvorsitzender Volker Müller die Position der SPD

1. Kinder und Jugendliche müssen heute stärker denn je systematisch an das Lesen herangeführt werden. Dazu gehört auch, dass die Angebote möglichst wohnortnah verfügbar sein müssen. Während Erwachsene und ältere Schülerinnen und Schüler problemlos auf die Büchereiangebote in Reinbeks Stadtmitte oder in Glinde zurückgreifen können, gilt das für die jüngsten Neuschönningstedter nicht. Zudem würde die Schließung des Büchereistandorts in Neuschönningstedt die gute Kooperation zwischen den dortigen Kindertageseinrichtungen und der Bücherei sowie der Gertrud-Lege-Schule und der Bücherei zerschlagen.

2. Die Stadt hat sich in den letzten Jahren immer stärker aus Neuschönningstedt zurückgezogen, viele Neuschönningstedter fühlen sich von Reinbek abgehängt. Wenn die Büchereifiliale mit dem Schwerpunkt „Kinder- und Jugendbücherei“ erhalten bliebe, behielten auch ältere Neuschönningstedter die Möglichkeit, per Fernleihe weiterhin Bücher aus der Büchereizentrale in der Stadtmitte zu bestellen. Diese Möglichkeit muss auch im Interesse der älteren Neuschönningstedter als Minimum erhalten bleiben.

3. Die von anderen Fraktionen geplante Überführung der Bücher in den Bestand der Gertrud-Lege-Schule ist eine Mogelpackung. Damit ist die fachliche Betreuung des Bücherbestandes in Zukunft nicht mehr gewährleistet, Neuanschaffungen, Pflege und Beratung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgen in Zukunft nicht mehr durch Fachleute oder gar nicht.

4. Die von anderen Fraktionen geplante Überführung der Bücher in den Bestand der Gertrud-
Lege-Schule macht auch finanziell keinen Sinn: Das Personal der Bücherei-Zweigstelle
Neuschönningstedt soll nach dem erklärten Willen aller Fraktionen nicht entlassen werden, wird
also weiterhin bezahlt werden. Die Kinder- und Jugendbücher der Zweigstelle
Neuschönningstedt sollen ohnehin in Räume der Gertrud-Lege-Schule verlagert werden; diese
Räume werden also auch weiterhin bewirtschaftet werden und entsprechende Kosten
verursachen. Selbst wenn man nur die Finanzen betrachtet und alle bildungspolitischen und
kulturpolitischen Gesichtspunkte beiseiteschiebt, macht die geplante Schließung der
Zweigstelle der Stadtbücherei in Neuschönningstedt somit keinen Sinn, weil sie keine
Einsparungen mit sich bringt.

„Die geplante Schließung der Neuschönningstedter Zweigstelle der Stadtbücherei wäre
bildungs- und kulturpolitisch sowie regionalpolitisch verheerend und macht finanziell keinen
Sinn“, so Volker Müller zusammenfassend. Man könne nur hoffen, dass sich in
Neuschönningstedt jetzt Widerstand gegen die drohende Schließung der Zweigstelle bilde und
in den anderen Fraktionen ein Prozess des Umdenkens einsetze.

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 13.09.2010, 21:02 Uhr - 2192 Clicks - Nr. 823

Frauenhaus Wedel

SPD steht zum Frauenhaus in Wedel:

Mit Entsetzen und Unverständnis hat die SPD Fraktion die Pläne der schwarz-gelben
Landesregierung zur Schließung des Frauenhauses in Wedel zur Kenntnis genommen. Aus den
regelmäßigen Berichten in den städtischen Gremien wissen wir von der leider nach wie vor
dringenden Notwendigkeit dieser Einrichtung und der engagierten Arbeit für die bedrängten
Frauen. Aus diesem Grunde hatten wir in der Ratssitzung vom letzten Donnerstag (9.9.2010)
auch dem Dringlichkeitsantrag der Linken zur Diskussion einer Resolution gegen die falsche
Entscheidung der Landesregierung zugestimmt. Die CDU-Fraktion hat aber gegen alle anderen
Ratsmitglieder die Aufnahme dieser Diskussion in die Tagesordnung verhindert. Nun wird das
Thema in der nächsten Sitzung des
Jugend- und Sozialausschusses am 21.9. beraten werden.
Stephan Bakan (SPD-Fraktion)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 14.09.2010, 09:49 Uhr - 3364 Clicks - Nr. 824

Mitgliederentscheid zur Findung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl

Der Kreisvorsitzende der SPD im Herzogtum Lauenburg Peter Eichstädt begrüßt
die Entscheidung der Landes-SPD, vor der Nominierung des Spitzenkandidaten
für die nächste Landtagswahl einen **Mitgliederentscheid** durchzuführen.

Peter Eichstädt: „Damit stellt die SPD in Schleswig Holstein ein transparentes
und modernes Verfahren vor, das bisher so noch von keiner Partei praktiziert
wurde. Beide Kandidaten, der Kieler Bürgermeister Thorsten Albig wie Ralf
Stegner, sind geeignete Kandidaten, von denen einer aufgrund der Verärgerung der
Bevölkerung über die jetzige Politik der Landesregierung mit hoher Wahrscheinlichkeit der neue



Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein wird.

Vor dem Mitgliederentscheid, an dem alle 20.000 SPD-Mitglieder teilnehmen können, werden sich beide Kandidaten in den Kreisen vorstellen. Dies wird auch im Kreis Herzogtum Lauenburg der Fall sein. Wir planen, dies an einem Sonntagvormittag zu machen, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, die beiden Kandidaten kennen zu lernen.

Im Anschluss an die Veranstaltung soll ein Meinungsbild erstellt werden, an dem sich alle Besucher, auch Nichtmitglieder, beteiligen können.

Die SPD wird rechtzeitig über Ort und Termin informieren.

Jetzt kommt es darauf an, dass nach dem Verfassungsgerichtsurteil, das dem Landtag zügige Neuwahlen verordnet hat, umgehend die Voraussetzungen für einen baldigen Wahltermin geschaffen werden.

Trotz aller Streitigkeiten im Vorfeld dieser Entscheidung rechne ich damit, dass es schon bald zu einem einvernehmlichen Zeitplan aller Fraktionen kommen wird, der Wahlen bis spätestens September 2011 ermöglicht."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.09.2010, 16:01 Uhr - 1137 Clicks - Nr. 825

MVV hat verstanden – Ratsfraktionen begrüßen neue Gespräche

Die Vorsitzenden der Ratsfraktionen in der Kieler Ratsversammlung, Ratsfrau Gesa Langfeldt (SPD), Ratsherr Stefan Kruber (CDU), Ratsherr Lutz Oschmann, (Bündnis 90/Die Grünen), Ratsherr Helmut Landsiedel (FDP), Ratsherr Florian Jansen (Die Linke) und Ratsfrau Antje Danker (SSW) begrüßen die Verschiebung der Verabschiedung des Konzepts „Einmal gemeinsam“ bei den Stadtwerken Kiel, die ursprünglich für die Aufsichtsratssitzung am 27. September 2010 vorgesehen war:

„Wir verneinen keinesfalls die Notwendigkeit, das Unternehmen im Rahmen des MVV-Verbundes mit einer neuen Strategie für die kommenden Jahre und den härter werdenden Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu rüsten. Wir sind jedoch der Meinung, dass das Konzept in der vorliegenden Form fast ausschließlich dem Anteilseigner MVV zugute kommt und nicht im Sinne des Erhalts eines eigenständigen Stadtwerks in der Landeshauptstadt ist.

Aus unserer Sicht ist das Konzept „Einmal gemeinsam“ nur zustimmungsfähig, wenn für das Kieler Unternehmen im Verbund nachgebessert wird. Es dürfen weder steuerungsrelevante Funktionen aus der Stadtwerke Kiel AG abgezogen und nach Mannheim verlagert noch die Prozesse so gestaltet werden, dass die Steuerung der Stadtwerke Kiel AG nicht mehr durch den Kieler Vorstand erfolgt. Für die Bündelung und Zentralisierung von Aufgaben dürfen lediglich Massenprozesse herangezogen werden. Der Einfluss der Stadtwerke Kiel auf Kosten und Servicequalität in gemeinsamen Serviceunternehmen muss auch zukünftig sichergestellt bleiben. Und schließlich muss es eine ausgewogene Aufteilung der Arbeitsplätze auf Mannheim, Kiel und Offenbach geben.

Im Interesse der Kunden wie der Arbeitnehmer im Unternehmen begrüßen wir, dass augenscheinlich auch in Mannheim diesbezüglich neu nachgedacht wurde - besser spät als nie.

Diese Auffassung ist auch Grundlage des interfraktionellen Antrags, mit dem wir einen entsprechenden Beschluss der Ratsversammlung herbeiführen wollen und den Oberbürgermeister auffordern, diese Haltung im Konsortialausschuss und Aufsichtsrat des Unternehmens zu vertreten. Es darf nicht sein, dass die Stadtwerke Kiel zu einer Außenstelle der MVV AG herabgestuft werden. Wir haben immer gesagt, dass wir das verhindern werden. Dabei bleibt es. Der Kieler Vorstand muss weiterhin in der Lage bleiben, das Unternehmen zu steuern. Das betrifft etwa das Controlling sowie alle Steuerungsfunktionen und Kernprozesse in den Wertschöpfungsstufen (Erzeugung, Netze und Vertrieb) und die Querschnittsfunktionen, die in Kiel verbleiben müssen.

Jetzt müssen schnell Gespräche mit den Anteilseignern und den Arbeitnehmervertretern geführt werden. Das ist aus unserer Sicht der einzig gangbare Weg, für das Projekt „Einmal gemeinsam“ auch innerhalb der Belegschaft eine möglichst große Unterstützung zu erhalten. Am Ergebnis dieser Gespräche werden wir die Führungs- und Aufsichtsgremien des Unternehmens messen – unser Wille, ein Stadtwerk in Kiel als Außenstelle der MVV AG in keinem Fall zu akzeptieren, ist in den vergangenen Wochen mehrmals klar und deutlich herausgestellt worden. Wir erwarten, dass die Unternehmensleitung und die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat jetzt zu ihrem Wort stehen. Das ist sowohl für die Zukunftsfähigkeit des Kieler Energieversorgers von fundamentaler Bedeutung als auch im Interesse der mehr als 1.000 Stadtwerke-Beschäftigten.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 14.09.2010, 21:53 Uhr - 3485 Clicks - Nr. 826

Einrichtung von Informationspunkten in Osterrönfeld

Im Juni 2009 hat die Osterrönfelder Gemeindevertretung beschlossen, dass Veröffentlichungen der Gemeinde nur noch über das Internet, sowie den Schaukasten vor der Amtsverwaltung bekannt gemacht werden. Damit wurden fünf der sechs gemeindlichen Bekanntmachungskästen faktisch stillgelegt.



Insbesondere Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Internetanschluss sowie ältere Menschen beschwerten sich seitdem zunehmend über fehlende Informationen zu gesellschaftlichen und kommunalpolitischen Themen. Insbesondere wird beklagt, dass Informationen über Termine und Tagesordnungen der kommunalpolitischen Organe ohne Internetanschluss nur noch mit erhöhtem Aufwand zugänglich sind.

Ferner fühlen sich die Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder zunehmend von der ständigen und massenhaften Werbung und Plakatierung entlang der Hauptverkehrsstraßen belästigt. Häufig wird die Meinung geäußert, dass die zahlreichen behelfsmäßig angebrachten Werbeträger massiv das Ortsbild stören und unter Umständen sogar die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer ablenken können.

Um auf diese Kritik aus der Bevölkerung einzugehen, hat die SPD-Fraktion Osterrönfeld den Antrag gestellt, in der Gemeindevertretersitzung am 23.09.2010 über die Einrichtung von

„Informationspunkten“ an mehreren zentralen Stellen in Osterröfnfeld zu beraten.

An diesen Orten könnten sowohl wichtige behördliche Veröffentlichungen auch für Mitmenschen ohne Internetanschluss zugänglich gemacht werden als auch die gewerblichen Veranstaltungshinweise und Werbung konzentriert werden. Daneben könnten die „Informationspunkte“ auch als „Schwarzes Brett“ für private Anzeigen sowie Vereinsnachrichten dienen und die Funktion als Standort für Wahlplakate übernehmen.

Die Konzentration von behördlichen, gewerblichen und privaten Informationen an zentralen Stellen im Ort, würde es somit allen Osterröfnfelderinnen und Osterröfnfeldern ermöglichen, auch außerhalb der elektronischen Medien auf einfache Weise, z. B. während des Sonntagsspazierganges, an wichtige und interessante Informationen zu gelangen.

Der Antrag der SPD wurde von OWG und CDU/FDP abgelehnt. Bisher noch stehende Bekanntmachungskästen (insgesamt fünf) in der Gemeinde sollen abgebaut werden, obwohl diese leicht wieder als Informationspunkt einsetzbar wären. Dies hatte die SPD als Kompromiss vorgeschlagen, doch auch dies wurde abgelehnt. Informationen der Gemeinde sollen weiterhin nur über das Internet veröffentlicht werden, so die Meinung von OWG und CDU/FDP. Lediglich der Bekanntmachungskasten vor der Amtsverwaltung soll teilweise mit Infos bestückt werden, der wiederum jedoch vor allem von älteren Bürgern aus anderen Ortsteilen schlecht erreichbar ist.

Mehr zum Antrag der SPD lesen Sie hier [[mehr](#)]

--

Kommentar von [SPD Osterröfnfeld](#) vom 18.09.2010, 15:51 Uhr:

RE: Einrichtung von Informationspunkten in Osterröfnfeld

Hallo Dieter, da gebe ich Dir Recht! Unsere Idee mit den Informationspunkten soll ja jetzt erstmal der Anstoß dazu sein, dass überhaupt über diesen mangelhaften Zustand und die stillgelegten Schaukästen beraten und diskutiert wird. Und weil wir ja gleich mehrere "Problemchen" mit diesen Infopunkten anpacken wollen, kommt es nachher eigentlich nur auf unsere Kollegen der anderen Fraktionen an, ob die Schaukästen (an welchen Standorten auch immer) wieder aktiviert und mit Informationen bestückt werden. Daher wird die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung am 23.09.10 (19 Uhr, Amtsverwaltung, Schulstr. 36) genau hierüber Aufschluss geben, ob sich da was tut. Komm doch einfach vorbei und beteilige Dich mit an der Diskussion. Du bist herzlich eingeladen! Viele Grüße Jan-Niklas

Kommentar von [Klaus-Dieter Schedler](#) vom 17.09.2010, 19:48 Uhr:

RE: Einrichtung von Informationspunkten in Osterröfnfeld

Hallo Jan-Niklas, warum werden die vorhanden Aushangkästen im Dorf weiter benutzt? Sie stehen jetzt ungenutzt an vielen Stellen: zb Bushalte Stelle Dorfstraße/Wehrau, Am Holm, Am Kamp, um nur einige zu nennen. Mit freundlichen Grüßen Dieter Schedler

Stadtteil im Wandel

Auf der Sitzung des Ortsbeirates Ravensberg/Brunswik/Düsterbrook im September wurde die Initiative [Kiel im Wandel](#) vorgestellt, dabei handelt es sich um die lokale Gruppe der „Transition Town Movement“. Diese Initiative will den Übergang hin zu einer ölonabhängigen, regionalen

Wirtschaft in Kiel unterstützen.

Hintergrund dieser Transition Town Movement sind Befürchtungen und Kritik daran, dass nicht entschieden genug auf die Herausforderungen des Klimawandels und des bevorstehenden globalen



Ölfördermaximums ("Peak Oil") reagiert wird und daher die Kommunen von sich aus mit ersten vorbereitenden Maßnahmen auf eine Zukunft knapper werdender Roh- und Treibstoffe reagieren müssen. Hierzu gehören etwa Maßnahmen zur Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft. In Kiel soll mit einer Apfelbörse am 30.10. auf dem Asmus-Bremer-Platz das Interesse für regionales Obst geweckt werden und der Obstanbau im städtischen Gebiet thematisiert werden.

Ebenfalls auf positive Resonanz stieß das Projekt für einen Sport- und Gewerbeparks im Grasweg. Der Investor, die Firma Faktor X new energy, möchte auf dem Gelände der Eisen- und Stahlbau GmbH Beachvolleyball-Felder und eine Multifunktionshalle errichten und betreiben. Der Ortsbeirat begrüßte dieses Vorhaben, da hier auf ehemaligen Gewerbeflächen im Stadtteil eine neue langfristige Nutzung geplant ist und dort bis zu 12 neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

Ebenfalls wurde ein Antrag des SPD Ortsvereins Kieler Mitte in den Ortsbeirat eingebracht, mit dem die Verkehrssicherheit für Fußgänger im Bereich Holtenauerstraße/Wrangelstraße verbessert werden soll. Ein erstes Ergebnis ist, dass es zu einer Verkehrsschau mit Beteiligung des Ortsbeirates kommen soll und dann gemeinsam mit der Verwaltung eine passende Lösung vor Ort gesucht wird.

Die nächste Ortsbeiratssitzung findet am 13.10. um 19:30 Uhr im Altenzentrum St. Nicolai im Erdgeschoss statt.

Keine Kommentare

Schwarz-gelbe Atom-Pläne gehen auch zu Lasten Kiels!

Zu den schwarz-gelben Plänen, den Atom-Konsens zu zerstören und die Laufzeiten für Atomkraftkraftwerke zu verlängern, erklären der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister und der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Lutz Oschmann:

„Hier greift die schwarz-gelbe Bundesregierung wirklich ins Volle. Nicht nur, dass hier für die Optimierung privaten Gewinns, unberechenbare Gefahren für Mensch und Umwelt in Kauf genommen werden, nein, mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke werden auch der Ausbau regenerativer Energieerzeugung gebremst und die Vorherrschaft der großen

Energiekonzerne zementiert. Gerade Stadtwerke, die in – zumindest relativ – kleine Gaskraftwerke und dezentrale Energieerzeugung investiert haben, werden zu Gunsten der „großen Vier“ benachteiligt. Der Ministerpräsident und sein Kronprinz haben derweil nichts Besseres zu tun, als diese gefährliche Klientelpolitik zu loben.

Auch die Kieler Stadtwerke haben bereits erklärt, dass sie bei der Umsetzung dieser Pläne erhebliche Nachteile für ihre Arbeit erwarten. Wir sind sehr optimistisch, dass die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke scheitern wird. Der Bundesrat muss beteiligt werden, dort hat Schwarz/GELB keine Mehrheit und die Bevölkerung lehnt die Laufzeitverlängerung ab. Das Kieler Energiekonzept ist auf dem richtigen Weg, da ohne den Neubau eines Kohlekraftwerks und mit Strom- und Wärmeerzeugung unter kommunaler Beteiligung geplant wird. Mehr dezentrale Anlagen der Kraftwärmekopplung, die Nutzung von biogenen Reststoffen und der Neubau eines Gaskraftwerks sind zukunftsfest und sichern eine ausgeweitete Fern- und Nahwärmeversorgung.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.09.2010, 17:10 Uhr - 3977 Clicks - Nr. 829

SPD Stormarn stellt den künftigen Ministerpräsidenten vor

Torsten Albig (47), Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, und Dr. Ralf Stegner (50), Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, bewerben sich um die Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl. Diese muss nach einem Urteil des Landesverfassungsgerichts spätestens am 30. September 2012 stattfinden. Weitere Bewerber können sich bis zum 1. Oktober beim Landesvorstand melden, sie alle stellen sich auf Veranstaltungen in allen SPD-Kreisverbänden des Landes vor.



Der Kreisvorstand der SPD Stormarn hat auf seiner jüngsten Sitzung beschlossen, zu dieser Veranstaltung alle interessierten Bürgerinnen und Bürger einzuladen. Sie sollen gemeinsam mit den anwesenden SPD-Mitgliedern an der Diskussion teilnehmen und im Anschluss an die Veranstaltung ein Stimmungsbild erstellen. Über die Spitzenkandidatur befindet im Frühjahr 2011 ein Mitgliederentscheid.

Martin Habersaat (33), SPD-Kreisvorsitzender und Mitglied des Landtages: „Der Kreisvorstand hat einstimmig beschlossen, allen Anwesenden die Chance zu geben, mitzudiskutieren und anschließend ihren Eindruck von der Vorstellung der Kandidaten zu äußern. Wer über die Spitzendkandidatur dann mitentscheiden will, ist herzlich eingeladen, in die SPD einzutreten.“ Die Vorstellungsveranstaltungen werden möglichst bald nach den Herbstferien stattfinden, die meisten vermutlich im November. Die Stormarner Sozialdemokraten haben beschlossen, die Vorstellung in Bad Oldesloe stattfinden zu lassen. Da jedem Kreisverband vermutlich nur wenige Termine angeboten werden, würde man aber auch nach Ahrensburg oder Reinbek ausweichen, wenn die Raumsituation es erfordert. Habersaat: „Wir rechnen mit vielen Gästen,

schließlich geht es ja um etwas: Sehr wahrscheinlich kann man auf dieser Veranstaltung den nächsten Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins treffen.“

Die SPD Schleswig-Holstein strebt eine zügige Entscheidung über die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl an. Bewerberinnen und Bewerber sind gebeten, sich bis zum 1. Oktober 2010 beim Landesvorstand zu melden. In allen 15 Kreisverbänden finden möglichst bald nach den Herbstferien öffentliche Mitgliederversammlungen statt, auf denen sich die Kandidaten, vielleicht auch Kandidatinnen, der Diskussion stellen. Gemeinsame Veranstalter sind der Landesverband und der jeweilige Kreisverband. Für den Landesverband entwickeln die stellvertretenden Landesvorsitzenden (Bettina Hagedorn und Andreas Breitner), der Landesschatzmeister (Jörg Wenghöfer), der Vorsitzende des Landesparteirats (Andreas Beran) und der Vorsitzende der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (Ernst Dieter Rossmann) Leitlinien für die Durchführung der Mitgliederversammlungen. Terminabsprachen und Verfahrensregeln werden im Einvernehmen mit den Kandidatinnen und Kandidaten gefunden.

Beide bisherigen Bewerber haben sich mit dem Verfahren einverstanden erklärt. Sowohl Ralf Stegner als auch Torsten Albig hatten sich auf dem Landesparteitag der SPD am vergangenen Samstag lobend über die in Stormarn geplante Einbindung der interessierten Bürgerinnen und Bürger geäußert.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.09.2010, 19:22 Uhr - 5614 Clicks - Nr. 830

Flensburger SPD auf dem Landesparteitag

Mit vier Delegierten war die Flensburger SPD auf dem Landesparteitag vertreten. Gemeinsam mit ihren Genossinnen und Genossen aus den Nachbarkreisen unterstützten sie die Resolution gegen die Diskriminierung dänischer Schulen und forderten die Gleichbehandlung mit den anderen öffentlichen Schulen.

Unser Foto zeigt die Flensburger Delegation: Kreisvorsitzender Helmut Trost (OV Flensburger Mitte), Simone Lange - später dann auf dem Parteitagspräsidium (OV Adelby-Engelsby), Inge Krämer (OV Nord) und Christian Reimer (OV Nord).



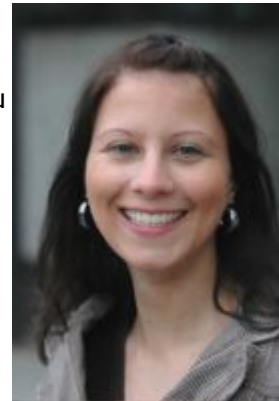
Besonders begrüßt wurde die Mitgliederbefragung zur Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl. Auch in Flensburg werden sich die bisherigen Bewerber Torsten Albig (Oberbürgermeister von Kiel) und Ralf Stegner (Landes- und Fraktionsvorsitzender) in einer öffentlichen Mitgliederversammlung vorstellen.

Doch zunächst liegt der Arbeitsschwerpunkt der Flensburger SPD auf dem OB-Wahlkampf: Der Sozialdemokrat Thede Boysen ist für uns "der Neue" an der Spitze des Rathauses und davon wollen wir noch eine möglichst große Mehrheit der Flensburgerinnen und Flensburger überzeugen.

Keine Kommentare

Kürzungspolitik der Landesregierung: Vor allem Frauen tragen die Last!

Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) im Kreis Stormarn kritisiert die Sparpläne der Landesregierung aufs Schärfste. Dazu erklärt die Vorsitzende der AsF Stormarn, Sabrina Bosse:



„Mit der Ankündigung, Frauenhäuser zu schließen, bricht die Landesregierung aus CDU und FDP nun auch noch die einzige feste frauenpolitische Zusage, die ihr Koalitionsvertrag überhaupt enthielt.

In der Öffentlichkeit wird dies mit notwendigen Umstrukturierungen begründet und damit, dass andere Bereiche ‚gestärkt‘ werden müssten. Welche das sind, wird nicht erklärt. Fakt ist: Bei den ambulanten Gewaltberatungsstellen wird seit Jahren gekürzt, der kommunalen Gleichstellungsarbeit soll die gesetzliche Grundlage entzogen werden, im ganzen Land schließen Mädchentreffs, dezentrale Arbeit für Frauen mit Behinderung entfällt und die Berufsberatung speziell für Frauen steht vor dem Aus. Dafür kostet das dritte Kindergartenjahr wieder richtig Geld, und mit den Folgen des ministeriellen Schulchaos dürfen sich in erster Linie die Mütter herumschlagen. Damit steht fest, dass die Kürzungspolitik dieser Landesregierung ganz wesentlich zu Lasten von Frauen geht. Gerechtfertigt sieht anders aus!

Im Kreis Stormarn sind momentan sowohl das Frauenhaus in Ahrensburg, als auch die Beratungsstelle Frau und Beruf in Bad Oldesloe betroffen. Geht es nach den Plänen der Haushaltsstrukturkommission, in der übrigens sieben Männer und nur eine Frau saßen, bekommen die Beratungsstellen Frau und Beruf ab 2014 kein Geld mehr, was das Aus bedeuten würde. Auch bei den Frauenhäusern und –einrichtungen soll gespart werden. Die Sparpläne der schwarz-gelben Landesregierung sehen ab 2012 eine Kürzung der Gelder für die 16 Frauenhäuser in Schleswig-Holstein um jährlich 500 000 Euro vor. Daher ist geplant, das Stormarner Frauenhaus in Ahrensburg mit dem Frauenhaus in Schwarzenbek im Nachbarkreis Herzogtum Lauenburg zusammenzulegen.“

Die stellvertretende AsF-Vorsitzende Susanne Danhier bringt es auf den Punkt: „Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP steht: ‚Die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen bleibt für uns ein zentrales Thema.‘ Welch ein Hohn!“

Keine Kommentare

Kinderarmut im Kreis Schleswig-Flensburg – auch im Amt Hürup?

Unter diesem Titel hatten der SPD-Amtsverband Hürup und der SPD-Ortsverein Husby eingeladen. Und so kamen Interessierte, um den Ausführungen des Jugendhilfeplaners des Kreises Schleswig-Flensburg, Kurt Hegner, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Hegner stellte in seinem einstündigen Vortrag den von ihm erstellten Bericht zur Kinderarmut im Kreis Schleswig-Flensburg vor. Darunter fand sich auch die aktuelle Zahl (Stichtag 30.06.2010) von 28.067 Kindern im Alter von 0-14 Jahren im Kreis SL-FL, von denen 3.881 in Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV leben; das entspricht einer Quote von 13,8 %. Im Vergleich hierzu gibt es natürlich in den Ämtern und Städten andere Prozentzahlen. So liegen die Prozente in der Stadt Glücksburg (14,1%), der Stadt Kappeln (25,1%), dem Amt Süderbrarup (15,2%), der Gemeinde Harrislee (17,7%) und der Stadt Schleswig (36,6%) zum

Teil deutlich über dem Durchschnitt. Unter den Ämtern mit unterdurchschnittlichen Zahlen findet sich das Amt Hürup mit dem niedrigsten Wert (5,5%), dahinter verbergen sich jedoch 74 Kinder mit je einem eigenen Schicksal. Kurt Hegner berichtete weiter über Maßnahmen, die in den sogenannten Brennpunkten eingeleitet worden sind, wie zum Beispiel Zuschüsse für den Mittagstisch, Kochkurse für Eltern, Hausaufgabenhilfe etc.

Im sich anschließenden Diskussionsteil, der von der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Antje Schümann moderiert wurde, kamen die Themen Ganztagschule, Kosten für Klassenfahrten, Mitgliedschaften in Sportvereinen, Ausgrenzung von armen Kindern zur Sprache. Übereinstimmung gab es unter den Anwesenden aus Jugendarbeit, politischen Vertretern aus Gemeinde, Kreis und Land in drei Punkten. 1. Kinder sind nicht arm; sie werden in Armut hineingeboren, Verantwortung tragen sie hierfür nicht, leiden aber an den Folgen. 2. Armut ist mit einem großen Schamgefühl verbunden und es gibt einen Spagat zwischen der Verantwortung der Eltern und des Staates. Und 3. Es muss ausreichend Geld für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden.

„Das Thema Kinderarmut ist im Amt Hürup nicht beendet“, so Antje Schümann, es werden sich Interessierte weiter treffen, um über Möglichkeiten der Verbesserung vor Ort zu arbeiten.

Antje Schümann
SPD-Ortsverein Husby, Vorsitzende

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 16.09.2010, 22:36 Uhr - 6168 Clicks - Nr. 833

Mit Smileys besserer Verbraucherschutz

Zu den Forderungen nach bundesweit einheitlichen Kennzeichnungen der Hygienestandards in Restaurants über ein „Smiley-System“ sagt der Verbraucherschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Andreas Beran:

Das Smiley-System in Restaurants, Kantinen und Lebensmittelläden ist auf dem Vormarsch. Gute Erfahrungen in Dänemark und Berlin wirken, die Stimmen aus vielen Bundesländern und auch von Verbraucherschutzministerin Aigner werden lauter und fordern ein bundesweit einheitliches Vorgehen. Das ist gut so und sollte auch in Schleswig-Holstein zu einem Umdenken führen.



Ich hoffe sehr, dass sich Schleswig-Holstein auf der Konferenz der VerbraucherschutzministerInnen in dieser Woche überzeugen lässt und nicht wie in der letzten Legislaturperiode die Chance ungenutzt verstreichen lässt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher können nicht verstehen, dass die amtlichen Kontrollen zwar stattfinden, die positiven oder negativen Ergebnisse aber nicht transparent für sie dargestellt werden.

Ansatzpunkt für das Smiley-System ist das Verbraucherinformationsgesetz, das jedoch insgesamt dringend verbraucherfreundlicher gestaltet werden muss. Die Skandale um Gammelfleisch, Dioxin-Eier und Analogkäse fordern uns alle zum Handeln auf. Moderner Verbraucherschutz muss endlich Vorrang vor den Lobby-Interessen der Unternehmen erhalten.

Keine Kommentare

Klares NEIN zu einem neuen Schulgesetz

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg

Die Lauenburgische SPD lehnt den Entwurf des Schulgesetzes von Bildungsminister Klug (FDP) ab. Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, äußert sich kritisch über das Vorgehen der Landesregierung.



„Der FDP-Bildungsminister Klug richtet in Schleswig-Holsteins Bildungslandschaft großen Schaden an, wenn er weiterhin daran festhält, nun doch noch ein neues Schulgesetz zu verabschieden“, so kommentierte Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD- Kreistagsfraktion die Kieler Bestrebungen.

Ein Landtag, der nicht verfassungsgemäß ist, sollte sich vor weitreichenden Entscheidungen in der Bildungspolitik hüten. Außerdem hat Ministerpräsident Carstensen vor wenigen Wochen noch vollmundig Interviews gegeben, wie wichtig es sei, Ruhe und verlässliche Planungen an die Schulen zu bringen. Was die Landesregierung mit dem neuen Schulgesetzentwurf allerdings vorschlägt, widerspricht allen öffentlichen Erklärungen und ist kontraproduktiv in jede Richtung.

Der SPD-Landesparteitag hat vergangenes Wochenende den Dringlichkeitsantrag der Lauenburger Delegierten unterstützt, dass die SPD-Landtagsfraktion dem CDU/FDP Schulgesetzentwurf nicht zustimmt. „Ich kann nicht glauben, dass alle Abgeordneten der Regierungsparteien diesem Bildungspapier zustimmen werden und ich hoffe auf die Einsicht einzelner Abgeordneter, wie bei der Schließung der Uni Lübeck, dieses vorprogrammierte Chaos zu stoppen“, so Neemann-Güntner abschließend.

Keine Kommentare

„755 Jahre politische Erfahrung sind ein unschätzbare Kapital“

Es war ein Nachmittag, an dem sich politische Traditionen mit der Moderne verbanden, an dem viele Erinnerungen ausgetauscht und aktuelle Entwicklungen debattiert wurden. Claus Möller, früherer Finanzminister in Schleswig-Holstein und Landesvorsitzender der SPD, ehrte viele Sozialdemokraten, die ihrer Partei über Jahrzehnte die Treue gehalten haben.



Auf insgesamt stolze 755 Jahre Mitgliedschaft können die 19 Jubilare der Flensburger SPD zurückblicken – ein unschätzbare politisches Kapital, wie der Kreisvorsitzende Helmut Trost meinte. Am längsten dabei ist Günter Schaade, der im Mai 1950 Sozialdemokrat wurde. Claus Möller machte deutlich, was für eine stolze und traditionsreiche Partei die SPD ist. Viele Geschichten und Anekdoten aus dem politischen der letzten Jahrzehnte illustrierten

anschaulich, was die Jubilare in ihrer politischen Arbeit alles erlebt haben.

25 Jahre:

- Jan Willi Degen, Ortsverein Adelby-Engelsby, Mitglied seit dem 1. April 1985, ehem. Bürgermeister von Arnis
- Martina Krohn-Haut, Ortsverein Süd, Mitglied seit dem 1. Februar 1985
- Ralf-Günter Schröder, Ortsverein Mürwik, Mitglied seit dem 1. März 1985 und Ratsmitglied 1990 – 2008

40 Jahre:

- Gunter Braun, Ortsverein Mürwik, Mitglied seit dem 1. Mai 1970 und Kreisvorstandsmitglied 2001 – 2003
- Uwe Langholz, Ortsverein Adelby-Engelsby, Mitglied seit dem 1. Januar 1970, Ratsmitglied 1978 – 1998, über viele Jahrzehnte hinweg in unzähligen Funktionen aktiv, u.a. OV-Vorsitzender, z.Z. Vorsitzender der AG 60 plus, Träger der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- Gerd Mankowski, Ortsverein Adelby-Engelsby, Mitglied seit dem 1. Januar 1970
- Harald Neumann, Ortsverein Mürwik, Mitglied seit dem 1. Januar 1970
- Dr. Ingo Schultz, Ortsverein Mürwik, Mitglied seit dem 1. März 1970
- Anneliese Birkenbach-Jensen, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. Mai 1970
- Jens Jacobsen, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. Juni 1970, 1995 – 2003 Vorsitzender des OV West
- Wilfried Porath, Ortsverein Adelby-Engelsby, Mitglied seit dem 1. August 1970, 1986 – 2006 Vorsitzender des OV Adelby, langjähriges Ratsmitglied bis 2003
- Margot Duus, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. September 1970, Kreisvorstandsmitglied in den 70er und 80er Jahren, Ratsmitglied 1977 – 1986
- Ilse Agnes-Becker, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. Januar 1970
- Marlies Clausen-Grossmann, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. Januar 1970
- Karl-Heinz Reichardt, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. Juli 1970

50 Jahre:

- Rolf Weilbye, Ortsverein Flensburger Mitte, Mitglied seit dem 1. August 1960, und
- Elke Klose, Ortsverein Adelby-Engelsby, Mitglied seit dem 1. Januar 1960

60 Jahre:

Besonders stolz können wir darauf sein, dass Günther Schaade, Ortsverein Mürwik, Mitglied seit dem 1. Januar 1960, uns über sechs Jahrzehnte die Treue gehalten hat.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.09.2010, 10:48 Uhr - 1768 Clicks - Nr. 836

CDU verhindert in der RV die schnelle Umsetzung der Befreiung von Kita-Gebühren

Dazu erklären der jugendpolitischen Sprecher von SPD, Volkhard Hanns, der sozialpolitische Sprecher der GRÜNEN, Sharif Rahim und Antje Danker vom SSW:

„Mit Hilfe der Geschäftsordnung der Ratsversammlung und formalen Argumenten hat die CDU mit ihrem Vertagungsantrag dafür gesorgt, dass sich die notwendige Anpassung der Gebührensatzung für die Kitagebühren verzögert. Zurzeit müssen Familien im Hartz IV-Bezug bis zu 30% der Gebühren bezahlen, weil sich die Höhe der Transferzahlungen erhöht hat und sie somit über der derzeitigen Einkommensgrenze für eine Gebührenbefreiung liegen. Obwohl die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen verweigert sich die CDU der raschen Anpassung der Gebührensatzung und damit der schnellen Befreiung von Familien mit niedrigem Einkommen von den Kita-Gebühren.“

Dies ist angesichts der mehr als 2000 Familien in Kiel, die davon betroffen sind, ein Ausdruck von verantwortungsloser Ignoranz.

Die CDU hat zu verantworten, wenn Kinder aus einkommensschwachen Familien aus Geldmangel vom Kita-Besuch ausgegrenzt werden.

Materielle Armut darf nicht zu Bildungsarmut führen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gebührenbefreiung rückwirkend ab dem letzten Quartal 2010 gelten wird.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung bei Rückfragen in den nächsten Wochen die Eltern mit niedrigem Einkommen darüber informiert, wann sie mit einer Gebührenbefreiung auf der Grundlage unseres Ratsantrages rechnen können."

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 28.09.2010, 17:25 Uhr:

RE: CDU verhindert in der RV die schnelle Umsetzung der Befr

Lieber Herr Hanns, ich bin in meinem Urteil sicher unabhängiger als Sie, da ich keiner Partei oder Fraktion angehöre. Dass Sie die SPD-Linie verteidigen müssen verstehe ich aber sehr gut. Ich will nun auch nicht weiter klagen, wenn die SPD denn schon einmal etwas Richtiges machen. Das ist selten genug. Gruß, Thilo Pfennig

Kommentar von [Volkhard Hanns](#) vom 17.09.2010, 14:20 Uhr:

RE: CDU verhindert in der RV die schnelle Umsetzung der Befr

Hallo Herr Pfennig, schön, dass Sie sich mal wieder melden, um die DD bei uns zu verteidigen. Inhaltlich ignorieren Sie aber Wesentliches. Z.B. war der Antrag der DD-Ratsfraktion im Juli nicht zustimmungsfähig, da er zwar alle Hatz IV-Bezieher entlastete, aber nicht z.B. die Discountverkäuferin mit dem gleichen Einkommen. Die alleinerziehende Verkäuferin hätte also bis zu 72 Euro bezahlen müssen, die ALG II- Bezieherin, ebenfalls alleinstehend und mit demselben Geld im Monat (das gibt es leider), aber nicht. Das ging schonmal gar nicht. Und alle Anträge der DD hatten solche Schwächen. Außerdem muss sich zuerst der Jugendhilfeausschuss mit diesen Themen befassen, gerade weil dort viele Nicht-Politikerinnen und Nicht-Politiker Mitglied sind. Man kann nicht einfach in der Ratsversammlung den besonderen Charakter des Jugendhilfeausschusses ignorieren. Das gehört zur Demokratie und ist demokratisch direkter als der Weg der DD in den Rat. Natürlich hat es zu lange gedauert. Es waren aber noch viele Vorarbeiten von Verwaltung und Selbstverwaltung zu leisten, die dann immer wieder durch neue Entwicklungen im Land konterkariert wurden. Ich habe persönlich seit 1,5 Jahren dieses Thema auf der Agenda und arbeite angestrengt an einer großen Lösung. Im Februar hatten wir erst belastbare Fakten, die einen Beschluss ermöglichten, im Mai wollten wir es vom Tisch haben, dann sagt das Land, wir machen alles sowieso landeseinheitlich. Dann war eine Übergangslösung, die praktikabel war, zu erarbeiten. Wie gesagt, eine Reihe ungünstiger Faktoren, verschlafen haben wir aber gar nichts. DD hat es sich leicht gemacht und stets nicht belastbare Vorschläge vorgelegt, auf den letzten konnten wir dann zeitlich reagieren, und haben unsere Lösung vorgeschlagen. Die Hausaufgaben sind erledigt, man hätte gestern beschließen können, den armen Familien helfen können, das hat die CDU aber verhindert. Und das ist in der Tat ignorant. Die Kooperation macht vielleicht weniger Wind als DD, arbeitet aber intensiv an einer Lösung, der erste Baustein ist ja nun da. Übrigens hat Frau Zimmermann selbst fairerweise eingeräumt, dass unser Antrag weitgehender und für die Betroffenen besser ist, daher auch das Zurückziehen des eigenen. Herr Pfennig, Sie mögen Sympathie für DD haben, in dieser Sachfrage ist es aber Rot-Grün zu verdanken, dass eine gute und belastbare Lösung gefunden worden ist, wobei allerdings auch gesagt werden muss, dass einiges noch zu tun ist. Liebe Grüße Volkhard Hanns

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 17.09.2010, 12:04 Uhr:

RE: CDU verhindert in der Ratsversammlung am 16.9.2010 die s

Wenn das Verhalten der CDU tatsächlich "ein Ausdruck von verantwortungsloser Ignoranz" ist, wie sehen Sie dann im Vergleich dazu die monatelange Weigerung der SPD ähnlichen Lösungen zuzustimmen? Ich finde es ganz schön frech jetzt so zu tun, als wäre die SPD in irgendeiner Form Vorreiter. Auch wenn Sie den Vorschlägen der Direkten Demokratie aus Ihren Gründen heraus nicht zustimmen konnten oder wollten. PS: Die Überschrift ist abgeschnitten

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 17.09.2010, 11:34 Uhr - 7917 Clicks - Nr. 837

SPD-MdB Thönnies zum Weltkindertag am 20.9.: Schwarz-gelbe Kürzungen für Familien und Kinder sind fatal

In diesem Jahr besteht in Deutschland kaum ein Grund, den Weltkindertag zu feiern: Das von der Bundesregierung vorgelegte Kürzungspaket wird Familien, Kinder und Jugendliche erheblich belasten. Einsparungen nach dem Rasenmäher-Prinzip drohen und werden vor allem Familien mit geringen Einkommen treffen.



Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant zum Teil drastische Kürzungen auf dem Rücken von Familien: Den Rotstift will sie beispielsweise bei der Jugendpolitik, der Arbeitsmarktförderung, dem Elterngeld, dem Wohngeld und dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt ansetzen. Allein die geplante komplette Streichung des Elterngeldes wird für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, 3.600 Euro weniger pro Jahr ausmachen. Die Kieler Landesregierung aus CDU und FDP verschlimmert dies, indem sie beispielsweise die Zuschüsse für die Arbeit des Kinderschutzbundes sowie der Beratungseinrichtungen massiv kürzen will und die von der SPD erstrittene Beitragsfreiheit des letzten Kita-Jahres wieder abschafft.

Das ist unsozial und wird die soziale Schieflage für viele junge Menschen verschärfen. Allein die Streichung des Elterngeldes für ALG II-Bezieher trifft im Kreis Stormarn gut 200 und im Kreis Segeberg gut 300 Familien und Alleinerziehende. Die Folge: Zahlreiche Kinder und Jugendliche sowie junge Familien werden ausgegrenzt und das Armutsrisiko steigt. Zurecht wird beispielsweise der Deutsche Kinderschutzbund am Montag ganztägig mit einer „Fächchenaktion“ am Alten Markt in Ahrensburg auf die seit Jahren konstante Kinderarmut aufmerksam machen. Protestaktionen gegen die Sparpläne und für eine kinderfreundliche Gesellschaft unterstütze ich ausdrücklich.

Quelle: hofschlaeger / www.pixelio.de

Kommentar von [K.Schmieder](#) vom 20.09.2010, 13:07 Uhr:

RE: SPD-MdB Thönnies zum Weltkindertag am 20.9.:

Trauerfeiern sind auch Feiern! So ist man im Kreis Segeberg dabei, sich von einer ohnehin schon niedrigen Geschwisterermäßigung für überdurchschnittlich hohe Kitagebühren zu verabschieden. Und wie es mit der Förderung für "Kein Kind ohne Mahlzeit" weitergeht, steht ebenfalls in den Sternen.

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 17.09.2010, 13:23 Uhr - 3895 Clicks - Nr. 838

Beispiel Amflora beweist: Gentechnik ist unkontrollierbar!

Zu den in Schweden festgestellten Verunreinigungen von gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffeln mit nicht zugelassenen Amadea-Kartoffeln und dem Stopp in Mecklenburg-

Vorpommern erklärt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:
Der Verdacht, dass wie in Schweden auch in Mecklenburg-Vorpommern statt der Kartoffel Amflora die nicht zugelassene Sorte Amadea angebaut worden ist, zeigt die Unkontrollierbarkeit der Gentechnik im weltweiten Verbund. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Wir brauchen einen Anbaustopp für gentechnisch veränderte Pflanzen.

Der Vorschlag der EU-Kommission, nach dem die Mitgliedstaaten künftig selbst über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf ihrem Boden entscheiden können, ist eine Chance für Schleswig-Holstein. Ich fordere die Regierungskoalition auf, endlich unserem Antrag, dies über eine Bundesratsinitiative einzufordern, zuzustimmen. Diese Chance muss genutzt werden und darf nicht auf der langen Bank verstauben. Das sind wir der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schuldig, die die grüne Gentechnik ablehnt.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 17.09.2010, 19:22 Uhr - 3234 Clicks - Nr. 839

Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?

Angeregt durch einen Antrag der SPD-Fraktion hatte der Bürgermeister (OWG) in einem wenig auffälligen Aufruf um Hinweise gebeten, wo behinderte Menschen in Osterrönfeld mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Da in den vergangenen Wochen weder kritische Hinweise noch Verbesserungsvorschläge zur Barrierefreiheit eingegangen sind, kam der Verkehrs- und Werkausschuss zu der einfachen Schlussfolgerung, dass in Osterrönfeld alles zum Besten bestellt sei und kein weiterer Handlungsbedarf bestehe.



Der Ausschuss sah deshalb auch keine Notwendigkeit, trotz der fehlenden Hinweise auf Defizite, eine Begehung des Dorfes mit Fachleuten zu organisieren. Somit bleibt es weiterhin im Dunkeln, was Ortsfremde und Schwerbehindertenbeauftragte zur Frage „Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?“ zu sagen hätten.

Sollten Sie dennoch Problemstellen in öffentlichen Gebäuden, Straßen oder anderen gemeindlichen Einrichtungen kennen, die für Menschen mit Behinderungen unüberwindliche Hürden darstellen, melden Sie sich bitte bei uns. Schreiben Sie uns eine E-Mail an info@spd-osterroenfeld.de oder richten Sie Ihre schriftlichen Hinweise und Verbesserungsvorschläge an:

SPD-Ortsverein Osterrönfeld
Grothlin 16c
24783 Osterrönfeld

Beschreiben Sie bitte Ort und Problem, damit sich die Kommunalpolitiker in den Ausschussberatungen mit Ihren konkreten Hinweisen auseinandersetzen und Lösungen finden können. Alle eingehenden Hinweise werden von uns selbstverständlich vertraulich behandelt.

Weitere Infos zum Antrag der SPD finden Sie hier [[mehr](#)]

--

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 18.09.2010, 16:20 Uhr - 2880 Clicks - Nr. 840

Besichtigung der Spielplätze in Glücksburg

Sowohl Vorstandsmitglieder der SPD Glücksburg als auch Mitglieder und Vorstand des Stadtjugendringes besichtigten die Spielplätze; dies insbesondere, um bekannte Mängel erneut gemeinsam mit der SPD Stadtvertreterin Gisela Nürnberger und den Vorstandsmitgliedern Hermann Jobben und Michael Schulz zu dokumentieren.

Vorangegangen war die Teilnahme von Michael Schulz (Stellvertr. OV Vorsitzender) an der Vorstandssitzung des Stadtjugendringes am 16. September 2010. Dabei informierte er sich über die Vorstandsarbeit und stellte mit großer Freude fest, dass mit viel Optimismus und Engagement, die in Glücksburg spürbaren Probleme in der Jugendarbeit versucht wird, zu bewältigen. Michael Schulz sagte dem Vorstand des Stadtjugendringes Glücksburg die volle Unterstützung der SPD Glücksburg zu.

Die bei der Besichtigung erstellte Mängelliste wird für die kommende politische Arbeit der SPD Glücksburg eine Arbeitsgrundlage sein.

Für den OV Vorsitzenden Hermann Jobben stellte sich im Verlauf der Besichtigung die Frage, ob die besichtigten Spielplätze mit deren Mängel überhaupt noch den Kriterien einer Kinder- jugend-und familienfreundlichen Gemeinde entsprechen.

Dem Stadtjugendring wurde eine finanzielle Unterstützung für die Beseitigung der Sprayer Tags auf dem EVENTplatz an der Flensburger Strasse zugesagt.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 18.09.2010, 18:19 Uhr - 2843 Clicks - Nr. 841

Ortsverein Steinfeld-Ulsnis bringt Antrag zum Bundesparteitag ein

Für den a. o. Bundesparteitag vom 25. bis 26.09.2010 in Berlin hat der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis einen Antrag eingereicht, der u. a. die „Rente mit 67“ zum Inhalt hat. Hintergrund des Antragsbegehrens war die Ortsvereinsbefragung im Frühjahr 2010, wo u. a. Gründe für die verlorene Bundestagswahl ermittelt wurden. Als erstes wurden die Gründe der neoliberalen Politik zur Agenda 2010 und die Rente mit 67 genannt.

Der Antrag und die Empfehlung der Antragskommission ist im Antragsbuch zum a. o. Bundesparteitag auf der Seite 122 nachzulesen:

http://www.spd.de/de/pdf/pt-beschluessse/Antragsbuch_BPT2010_neu.pdf

Die Antragskommission empfiehlt „Überweisung wie Empfehlung zum Antrag S 1 an die Kommission „Zukunft der Alterssicherung – Schutz vor Altersarmut“.

Nachfolgend der Wortlaut des Antrags:

Antragsteller: Ortsverein Steinfeld-Ulsnis

Der a. o. Bundesparteitag wird aufgefordert, Teile der „Agenda 2010“ zu behandeln und zusammen mit dem Thema „Rente mit 67“ zu überdenken und zurückzunehmen
„Verlorengegangenes Vertrauen ist schwer zurückzugewinnen, denn Vertrauen wächst nicht nach, wie ein Zehennagel.“

(Johannes Brahms deutscher Komponist)

Der Beschluss der Großen Koalition zur Einführung der Rente mit 67 als auch das ganze Paket zur AGENDA 2010 hat der SPD im Superwahljahr 2009 viele Wählerstimmen gekostet. Die aktuelle Diskussion um den Renteneintritt erschwert weiterhin das Vertrauen in die SPD. Die SPD Basis hat dies in den verschiedenen Wahlkämpfen im Jahr 2009 zu spüren bekommen, wie schlecht die Stimmung zu den sozialen Einschnitten in der Bevölkerung ankommt. Viele Parteimitglieder haben sich daher aus Enttäuschung der unsozialen Politik entschlossen, dass sie den neoliberalen Kurs der SPD nicht mehr mittragen können und als einige Konsequenz gesehen, aus der Partei auszutreten. Viele Mitglieder sahen sich in sozialen Belangen besser vertreten in der Partei „Die Linke“. Vor allen Dingen konnten gewerkschaftlich orientierte Mitglieder die großen Einschnitte in sozialer Sicht nicht mittragen und sind in die „Linke“ übergetreten.

Mit der Einführung einer Rente mit 67 und jetzt durch die aktuelle Diskussion der Parteispitze als auch von Arbeitgeberseite den Rentenanspruch auf das 70. Lebensjahr zu erhöhen wird es bedingt durch die enorm zu erwartenden Kürzungen des Rentenbezuges beim früheren Eintritt in die Rente eine Altersarmut hervorrufen, wovon besonders Frauen betroffen sein werden. Nur 10 % der Erwerbstätigen finden noch eine sozialversicherte Beschäftigung ab dem 50. Lebensjahr.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis fordert den a. o. Bundesparteitag am 26. September 2010 auf, als erstes die Rente mit 67 zurückzunehmen und Korrekturen in den Gesetzen zur Modernisierung auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Betroffenen zurückzunehmen. Dazu gehört die Erhöhung des Leistungsanspruches für ALG II-EmpfängerInnen genauso wie Abschaffung der Leiharbeit, Mini-Jobs und Verbot aller Arbeitsplätze in der geringfügigen Beschäftigung. Die SPD muss sich für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen in allen Branchen und Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit Übernahmegarantie einsetzen.

Auf der einen Seite gehört Deutschland zu den führenden Exportländern mit riesen Gewinnen für Unternehmen. Auf der anderen Seite aber nutzen diese Unternehmen die Möglichkeiten aus den Gesetzen zur Modernisierung am Arbeitsplatz, nämlich Leiharbeit und Subunternehmen, die ihre Beschäftigten unter Wert entlohnen. Diese ArbeitnehmerInnen in solchen Beschäftigungsverhältnisse zahlen keinen Cent in die Sozialkassen ein und die Unternehmen müssen ihren Pflichtanteil mit ihrem Beitrag in die Sozialsysteme nicht mehr leisten. Die SPD muss sich wieder dafür einsetzen, dass Arbeit sich wieder lohnt. Vollbeschäftigung mit realen Löhnen sind das Gebot der Stunde.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 19.09.2010, 17:11 Uhr - 2422 Clicks - Nr. 842

Mitgliederversammlung der SPD Reinbek

Der SPD-Ortsverein lädt zur nächsten öffentlichen Mitgliederversammlung am 29. September 2010 (Beginn 19.30 Uhr in der Kantine, Rathaus Reinbek) ein.

Neben der Wahl der Delegierten zum Kreisparteitag der SPD Stormarn am 1. Oktober stehen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Neues aus Bund und Land:

Laufzeitverlängerung in Krümmel: Berlin verschiebt Atomausstieg

Laufzeitverkürzung in Kiel: Landesverfassungsgericht verordnet Latndtagsneuwahl

- Rathaus aktuell: Bericht der SPD-Fraktion, u. a. zur anstehenden Entscheidung über die Zukunft des Freizeitbades

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 19.09.2010, 20:08 Uhr - 8464 Clicks - Nr. 843

Sparen an der falschen Stelle

SPD will Sportstättenförderung für Vereine erhalten, erklärt Nicolai Overbeck, bildungs- und sportpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion

Sparen an der falschen Stelle. Mit Kritik reagiert die SPD-Kreistagsfraktion auf die von CDU und FDP beschlossenen Kürzungen im Bereich der Sportstättenförderung des Kreises. Mit ihrer Mehrheit im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport haben die beiden Fraktionen eine 17%tige Kürzung beschlossen, die der Kreistag noch „absegnen“ muss.

Die Kürzungen treffen die ehrenamtlich geführten Sportvereine in einer Zeit des Umbruchs –so Nicolai Overbeck- sportpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion. Viele der vereineigenen Anlagen sind „in die Jahre“ gekommen. Es besteht ein hoher Sanierungsbedarf, insbesondere bei Energie einsparenden Maßnahmen. Für Overbeck ein wesentlicher Punkt, um an den bestehenden Förderrichtlinien im vollen Umfang festzuhalten. „Wir müssen verhindern“ –so der sportpolitische Sprecher- „dass die Vereine bei den stetig steigenden Energiekosten finanziell nicht überfordert werden“.

Den Vorstoß von SPD und den Bündnis-Grünen, mit einer 5%tigen zusätzlichen Förderung an den Gesamtkosten für bauliche Maßnahmen beim Umwelt- und Klimaschutz, lehnten CDU und FDP ohne weitere Diskussion ab. Für Overbeck eine verpasste Chance, die Richtlinien den zukünftigen Anforderungen anzupassen. "Die Vereine sind schon aus Eigeninteresse bereit, mehr als nur das gesetzlich vorgeschriebene Maß zur Energieeinsparung oder bei alternativer Energiegewinnung zu tun", ist sich Overbeck sicher. Beispielhaft verwies er auf Solaranlage bei der Hallensanierung.

Größer Projekte werden in Zukunft nur noch in erheblich reduziertem Umfang gefördert. CDU und FDP haben die Zuschüsse auf 700.000,00 € begrenzt. Der Elmshorner MTV ist der letzte Verein, der noch von den bestehenden Richtlinien profitiert. Die Verlagerung seiner Sportstätten an die Wittenbergerstraße will der Kreis mit rd. 1.4 Mio € fördern. Der Vorschlag der SPD, auf die pauschale Deckelung zu verzichten und stattdessen eine Einzelfallprüfung vorzunehmen und die Förderungswürdigkeit auf den unabwendbaren Bedarf zu begrenzen, wurde abgelehnt. "Es ist offensichtlich, dass die Mehrheitsfraktionen schon im Vorfeld ohne nähere Prüfung eine Förderung verhindern wollen, um mögliche Auseinandersetzung mit Sportvereinen, die in Zukunft größere Projekte planen, zu verhindern", ärgert sich Overbeck.

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 19.09.2010, 22:35 Uhr - 1641 Clicks - Nr. 844

Hauptausschuss der Gemeinde am 15. September 2010

Am 15. September 2010 hat der Hauptausschuss der Gemeindevertretung Lutterbek getagt.

Auf der Tagesordnung stand auch die geplante Biogasanlage in Lutterbek. Nähere weiterführende Informationen gab es leider nur von dem zufällig anwesenden Wolf

Mönkemeyer, der den Betrieb einer solchen Anlage beabsichtigt. Der vom Bürgermeister in Aussicht gestellt Beschluss zu einem Meinungsbild wurde vom Hauptausschuss nicht gefasst.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 20.09.2010, 08:49 Uhr - 3942 Clicks - Nr. 845

Für unsere Kinder ist uns nichts zu teuer!

Pressemitteilung

Für unsere Kinder ist uns nichts zu teuer!

16. 9. 2010

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich in der Vergangenheit massiv dafür eingesetzt, dass wir im Kreis Plön einen über 90%igen Versorgungsgrad an Kinderbetreuungsplätzen haben. Der Kreis Plön liegt im Landesvergleich ganz weit vorn. Gemeinsam mit Gemeinden, Trägern, Kirche und Elterinitiativen ist es gelungen, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gemeinsam umzusetzen.

Die bisherige Bezuschussung des Kreises hat der unterschiedlichen Betreuungsangebote Rechnung getragen und den Eltern mit bezahlbaren Beiträgen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im ländlichen Bereich ermöglicht.

„Die dafür eingesetzten Kreismittel sind gut angelegtes Geld. Wir haben damit vielen Kindern die Möglichkeit der bestmöglichen Betreuung und Förderung eröffnet. Diese frühe pädagogische Begleitung hat auch dazugeführt, dass dem Kreis spätere Reparaturkosten im Jugendhilfebereich erspart geblieben sind, das soll auch so bleiben“ so die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

Vor diesem Hintergrund sind zum jetzigen Zeitpunkt politische Schnellschüsse nach Veränderung unserer Förderkulisse nicht sinnvoll. Nach dem konfusen Streichkonzert der Landesregierung haben die Eltern ein Recht darauf, dass tragfähige und langfristige Lösungen geschaffen werden. Die SPD- Fraktion ist der Auffassung, erst einmal abzuwarten, welche Veränderungen von Seiten des Landes in Sachen Sozialstaffelausgleich und Kindergartenförderung vorgenommen werden.

Erst dann wäre es angebracht zu reagieren.

Die SPD-Fraktion wird jedoch weiterhin ihr besonderes Augenmerk auf die Förderung von Kitas legen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie auch die Förderung unserer Kinder hat Priorität.

„Vorausseilende Festlegungen und Vorschläge seitens der CDU dürfen zurzeit nicht berücksichtigt werden und lassen den Verdacht aufkommen, dass die CDU den Kreishaushalt über Einsparungen zu Lasten der Eltern sanieren will. Das wird mit der SPD-Fraktion nicht zu machen sein.

Bevor nicht alle Fakten vorliegen, wird die SPD-Fraktion keiner Veränderung im Kita-Bereich zustimmen. Mögliche Änderungen müssen sehr sensibel gemeinsam mit den Beteiligten beraten werden. Hier muss unbedingt mit allen ein Konsens hergestellt werden“ stellt der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen dar.



Keine Kommentare

SPD und GRÜNE suchen Mitstreiter für den Langen Tag der StadtNatur in Kiel

Naturschönheiten mit allen Sinnen erleben – das soll bei einem „Langen Tag der StadtNatur in Kiel“ möglich sein. Morgendlicher Streifzug durch die erwachende Stadt, Paddeltour über die Förde oder Tierbeobachtung unter Kiels nächtlichem Himmel soll spannende Eindrücke auf das „wilde“ Kiel garantieren.

Die umweltpolitischen Sprecher von SPD, Lars Juister, und GRÜNEN, Björn Sander sind die Initiatoren eines Kieler „Langen Tags der StadtNatur“, der in 2011 erstmalig stattfinden soll. Vorbild ist eine gleichlautende Veranstaltung in Berlin, die bereits zum vierten Mal erfolgreich durchgeführt wurde. Akteure aus dem Bereich „Natur und Umwelt“ sollen allen Interessierten ihre Arbeit präsentieren und sich mit Wanderungen, Mitmachprogrammen und Kinder- und Familienveranstaltungen beteiligen.

Dazu erklären Juister und Sander:

„Wir haben heute über 150 Briefe verschickt, mit denen wir bei Vereinen und Institutionen anfragen, ob sie bei einem solchen Tag mitmachen wollen. Wir rufen darüber hinaus auf diesem Wege alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich zu melden, wenn Sie einen eigenen Beitrag zum ersten Langen Tag der Kieler StadtNatur leisten wollen.“

Keine Kommentare

Moderne Energieversorgung in Kiel

Zu den nun vorgelegten Empfehlungen der Gutachter erklären Gesa Langfeldt, Fraktionsvorsitzende der SPD, Rolf Fischer, Kreisvorsitzender der SPD, Lutz Oschmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen, Willi Voigt, Kreisvorsitzender der Grünen und Antje Danker vom SSW:

"Die Empfehlungen und die dahinter stehenden Gutachten liefern der Stadt Kiel eine sehr gute Grundlage für ein Energieversorgungskonzept der Landeshauptstadt Kiel.

Mit dem Bau eines 400 MW GuD-Heizkraftwerkes, dem Ausbau der Fernwärme, dem massiven Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetze und dem Einsatz regenerativer Energieträger werden wir die Grundlage für eine klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung der kommenden Jahrzehnte schaffen. Zugleich greifen wir die Empfehlungen des Gutachtens auf und werden die Wärmedämmung im Gebäudebestand von Kiel deutlich verbessern.

Diese hier vorgelegten Maßnahmen werden zu einem Zuwachs von neuen, sicheren Arbeitsplätzen in unserer Region führen - ganz im Gegensatz zu den bislang von E.ON verfolgten Plänen, ein überdimensioniertes Kohlekraftwerk zu bauen.

Wir hoffen stark, dass die Pläne der Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke um 12 Jahre zu verlängern, noch verhindert werden können. Auch der geplante Einbruch der Fördermittel der Bundesregierung bei der energetischen Gebäudesanierung muss zurückgenommen werden.

Das Energieversorgungskonzept wird nun intensiv auf mehreren öffentlichen und parteiinternen Veranstaltungen beraten. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an dieser Diskussion aktiv zu beteiligen.

Erst dann wird das Energieversorgungskonzept von der Stadtverwaltung erstellt."

Keine Kommentare

90 Jahre SPD Stormarn

2010 feiert die SPD Stormarn ihr 90jähriges Bestehen - dieses Jubiläum wollen die Sozialdemokraten nicht verstreichen lassen ohne einen Rückblick auf einige Erfolge aber auch Rückschläge für Arbeit der hiesigen Sozialdemokratie 1920 - 2010.



Am 1. Oktober laden die Genossinnen und Genossen ein zu einem außerordentlichen Kreisparteiabend in Bargtheide (19.00 Uhr, Ganztagszentrum, Am Markt 2).

Auf dem Programm stehen ein Sektempfang, eine Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, sozialdemokratisches Liedgut mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Eckart Kuhlwein und eine Festrede von Dr. Klaus Klingner.

Klaus Klingner war von 1988 bis 1996 Justizminister des Landes Schleswig-Holstein. Seit 1966 ist er Mitglied der SPD und konnte somit knapp die Hälfte der Geschichte der SPD Stormarn aktiv miterleben. 1990 war Klingner in Mecklenburg-Vorpommern Spitzenkandidat der SPD bei der ersten Landtagswahl nach der Wende. 1971 bis 1996 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein.

Neben den Rückblick gibt es aber auch einen Blick nach vorne: Die SPD Stormarn beschließt ihr Arbeitsprogramm 2010 - 2012. Martin Habersaat augenzwinkernd: „Das Programm heißt ‚90plus‘ - nicht wegen des gestiegenen Durchschnittsalters der Sozialdemokraten, sondern wegen des Starts in die nächsten 90 Jahre.“

Kreisvorsitzende der SPD Stormarn

1920 - 1933: Louis Biester, Hoisbüttel

1933 - 1945: Verbot der Partei

1945: Georg Seeler, Ahrensburg

1945 - 1958: Hans Ekstrand, Ahrensburg

1958 - 1960: Roland Seeger, Großhansdorf

1960 - 1968: Otto Gramcko, Ahrensburg

1968 - 1980: Alfred Schulz, Reinbek

1980 - 1982: Manfred E. Poppe, Reinbek

1982 - 1986: Willi Piecyk, Reinfeld

1986 - 1992: Franz Thönnies, Ammersbek

1992 - 1997: Uwe Teut, Trittau

1997 - 2002: Heiko Winckel-Rienhoff, Westerau

2002 - 2004: Ulrich March, Bad Oldesloe

2004 - heute: Martin Habersaat, Barsbüttel

Keine Kommentare

SPD-MdB Thönnnes besorgt über die Situation der Hebammen: Arbeit der Hebammen ist wichtig für junge Familien im Kreis Segeberg



Hebammen sind die einzigen unter den medizinischen Berufen, die ihrer Arbeit nachkommen, ohne verpflichtet zu sein, einen Arzt mit hinzuzuziehen. Diese Sonderstellung haben sie der Jahrhunderte alten Tradition der Geburtshilfe zu verdanken. Doch jetzt droht diesem Berufsstand eine völlig unmedizinische Gefahr:

Die Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen, die Hausgeburten durchführen, steigen massiv – durchschnittlich um 60 Prozent. Da auf der anderen Seite die Vergütungen nur minimal angehoben werden, ist die flächendeckende Versorgung durch Hebammen gefährdet. Auch jetzt arbeiten viele freie Geburtshelferinnen schon für Einkommen, die kaum der erbrachten Arbeitsleistung gerecht werden. Sie stehen nun vor den Alternativen, die höheren Kosten an die jungen Familien weiterzugeben, wodurch Hausgeburten letztlich nur für höhere Einkommensschichten möglich würden, oder das Angebot ganz einzustellen. Bundesweit gab es erste Proteste der Hebammen. Dies nahm der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes zum Anlass, sich über die Arbeitssituation der Hebammen in seinem Wahlkreis zu informieren. Mit Besorgnis erfuhr er, dass beispielsweise die Hebammenpraxis Norderstedt den Eigenanteil für die werdenden Eltern bereits anheben musste, weil die Betreuung sonst nicht aufrecht erhalten werden konnte. Die Bad Segeberger Hebamme Christa Ebbeler, die bereits seit 1965 Geburten betreut, erinnert sich, dass Geburtshelferinnen früher für ihre Arbeit Unterstützung vom Land Schleswig-Holstein erhalten hätten. „Jetzt ist die finanzielle Lage für viele eine echte existentielle Bedrohung“, fügt sie hinzu.

Franz Thönnnes sieht daher auch die Politik gefordert: „Gerade junge Familien müssen die Wahlfreiheit behalten. Hausgeburten dürfen kein Luxusartikel werden“, sagt der SPD-Politiker. Daher habe die SPD vorgeschlagen, einen Fonds zu gründen, mit dem für eine angemessene Vergütung der Hebammen sowie eine gute, flächendeckende und bezahlbare Versorgung gesorgt werden könne. „Längerfristig müssen die Verbände ein vernünftiges System entwickeln, das eine existenzsichernde Vergütung möglich macht“, fordert Thönnnes.

Quelle: unopaella / www.pixelio.de

Keine Kommentare

SPD Glinde Jubiläum

Die SPD Glinde lud zum 65zigsten....und viele gratulierten.

Die SPD Glinde ist 65 geworden...und kein bisschen leise. Zum Geburtstag trafen sich die Gliner Genossinnen und Genossen am 14.09.2010 und konnten viele Gäste begrüßen. Ob Sozialverband Deutschland, Stadtmarketing, SNP Stiftung oder AWO und natürlich unsere lokale Presse, um nur einige zu nennen. Alle trafen sich im Kaminzimmer des



Gutshaus, um gemeinsam ein paar nette Stunden zu verbringen, zu klönen und sich an alte Zeiten zu erinnern. Besonders freuten wir uns über „unsere Reinbeker“ SPD Delegation. Anne Becker überbrachte nicht nur liebe Grußworte und ein leckeres Präsent, sondern machte einmal mehr die enge Verbundenheit der Ortsvereine deutlich. Nicht zuletzt Alfred Schulz, unser langjähriger LT-Abgeordneter, der aus Krankheitsgründen nicht mit uns feiern konnte, aber uns auch herzlich gratulierte, ist ein Motor dieser Verbundenheit. Wir wünschen Dir, lieber Alfred, auch von hier aus alles Gute, schnelle Genesung und das Du uns bald wieder einmal besuchst. Ein später, aber umso herzlicher empfangener Besucher war unser Bürgermeister, Herr Zug. Er ließ es sich nicht nehmen, auf ein Plauderstündchen reinzuschauen. Gott sei Dank hatte er schon gut gegessen, denn unser leckeres Büffet war schon ziemlich geräubert. Den „Nachtwächter“ , der uns die Leviten las, verpasste er leider.

Eine besondere Ehrung wurde schließlich noch unserem Fraktionsvorsitzenden, Hannes Kröger, zu teil. Stolze 30 Jahre aktive Kommunalpolitik hat er nun schon auf dem Buckel. Danke, Hannes.

So ging denn ein gemütlicher, schöner Abend viel zu schnell zu ende.

Mein herzlicher Dank gilt allen fleißigen Helferinnen und Helfern, die zum Gelingen beitrugen. Wir können glaube ich frohen Mutes ... und hoffentlich mit ein paar jüngeren neuen Mitgliedern, in die Zukunft blicken. Es gibt viel zu tun.

Ihr wisst ja, nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf , jedenfalls hier bei uns in Schleswig Holstein :)

Frank Lauterbach
(1.Vorsitzender SPD Glinde)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.09.2010, 20:10 Uhr - 8610 Clicks - Nr. 851

Altenholz hat eine gute Wahl getroffen - Herzlichen Glückwunsch Carlo Ehrich!

Die Bürgerinnen und Bürger in Altenholz haben sich mit 68,39% für Carlo Ehrich als neuen Bürgermeister für ihre Gemeinde entschieden. Dieses Votum wird getragen von einer vergleichsweise guten Wahlbeteiligung von 53,11%. Mit seinen umfangreichen Erfahrungen in der Kommunalpolitik und in der Verwaltung sowie seiner Ortskenntnis ist er die beste Wahl für die kommenden Herausforderungen.

Die SPD Rendsburg-Eckernförde freut sich sehr, dass nun in kurzer Zeit hintereinander zwei engagierte und kompetente Sozialdemokraten sich als Bürgermeister in Rendsburg und Altenholz durchsetzen konnten.

Wir wünschen Carlo Ehrich einen guten Start im neuen Amt und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Ulf Daude für den SPD Kreisvorstand

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 21.09.2010, 22:23 Uhr:

RE: Altenholz hat eine gute Wahl getroffen - Herzlichen Glück

Ich möchte auf diesem Wege meinen Glückwunsch aussprechen, denn ich kenne Carlo noch aus der Zeit, als er im Kreis Steinburg tätig war.

Vergessenes Hanse-Office?

Zum 25-jährigen Jubiläum des Hanse-Office erklären die europapolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Rolf Fischer, und der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Günter Frank:

In Sonntagsreden oft gelobt, im politischen Alltag anscheinend vergessen: Mit Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass das 25-jährige Jubiläum des Hanse-Office in Brüssel der Landesregierung in Kiel und dem Senat in Hamburg keine Erwähnung wert ist. Die Institution leistet für uns in Norddeutschland wichtige Arbeit und hat sich überaus bewährt. Sie steht für 25 Jahre erfolgreiche Geschichte der Interessenvertretung unserer beiden Länder in der Europäischen Union. Dass die Landesregierungen es nicht für nötig halten, die Arbeit des Hanse-Office zu würdigen, ist Ausdruck mangelnden Respekts vor der Leistung dieses gemeinsamen Büros.

Keine Kommentare

Mehr Demokratie wagen!

In der Kreisvorsitzenden-Runde am 9.9.2010 wurde der Beschluss des Landesvorstandes vom 4.9.2010 über das Verfahren für die Spitzenkandidatur zur vorgezogenen Landtagswahl einvernehmlich wie folgt modifiziert:

1. Die neue politische Situation macht eine zügige Entscheidung der SPD über die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl erforderlich.
2. Der Landesvorstand bittet alle Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für dieses Amt bewerben wollen, ihre Bewerbung bis spätestens zum 1. Oktober 2010 an den Landesvorstand zu richten.
3. Der geschäftsführende Landesvorstand (ohne Landesvorsitzender) bereitet unter Beteiligung des Landesparteiratsvorsitzenden und des Vorsitzenden der Landesgruppe im Deutschen Bundestag („5er-Gruppe“) ein Auswahlverfahren vor, das die aktive Beteiligung der Mitgliedschaft der schleswig-holsteinischen SPD im Sinne lebendiger innerparteilicher Demokratie maximiert.
4. Im Falle mehrerer Kandidaturen finden in allen 15 Kreisverbänden möglichst rasch nach den Herbstferien öffentliche Mitgliederversammlungen statt, zu denen alle Parteimitglieder der jeweiligen Kreisverbände eingeladen werden und in denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Diskussion stellen. Zusätzlich findet eine solche gemeinsame Versammlung aller Arbeitsgemeinschaften der SPD statt.
5. Alle diese Veranstaltungen sind öffentlich und auch Nichtmitglieder haben Frage- und Rederecht.
6. Die Kreisverbände können im Anschluss an diese Versammlungen ein Meinungsbild unter den anwesenden SPD-Mitgliedern erstellen (Empfehlung des Landesvorstandes), ein solches unter allen anwesenden Personen erstellen oder auf ein solches gänzlich verzichten.
7. Die Vorbereitung, Leitung und ordnungsgemäße Durchführung der Versammlungen und gfls. des Meinungsbildes obliegt je einem Mitglied des Landesvorstandes und des betreffenden Kreisvorstandes.
8. Bei mehreren Bewerbungen findet nach den Mitgliederversammlungen ein Mitgliederentscheid statt. Dieser wird durch den Landesvorstand vorbereitet und dient als Wahlempfehlung für die Landesdelegiertenkonferenz, die gemäß Wahlgesetz über die Landesliste der SPD entscheidet.
9. Die Landesdelegiertenkonferenz, die die Landesliste zur vorgezogenen Landtagswahl wählt,

findet entsprechend den nach neuem Wahlgesetz und der neuen Wahlkreiseinteilung möglichen Fristen entweder gleichzeitig mit dem ordentlichen Landesparteitag oder wenn nötig später statt. Der ordentliche Landesparteitag ist für April geplant und wird bei Bedarf vorgezogen. 10. Zum 10. Oktober 2010 legt der Landesvorstand Leitlinien für die Durchführung der Mitgliederversammlungen vor. Terminabsprachen und Verfahrensregeln werden im Einvernehmen mit den Kandidatinnen und Kandidaten und dem Landesvorstand (5er-Gruppe) durchgeführt.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 22.09.2010, 14:17 Uhr - 50814 Clicks - Nr. 854

Ulrike Rodust begrüßt Streik der Krabbenfischer gegen Dumpingpreise

„Verheerendes Signal für umweltverträglichere Fischerei“

Straßburg/Kiel: Zusammen mit ihren Berufskollegen in den Niederlanden und Dänemark sind die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Krabbenfischer in den Streik getreten, um gegen den Verfall der Erzeugerpreise zu demonstrieren. „Drei Euro für ein Kilo Krabben müssen die Fischer bekommen, um davon leben zu können“, ist die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust überzeugt, die gut verstehen kann, dass die Krabbenfischer für die zu erzielenden 2,25 Euro nicht auslaufen wollen. Hunderte Kutter liegen nach Angaben des Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen Nordseekrabben- und Küstenfischer Niels Friedrichsen deshalb seit Anfang der Woche in den Häfen zwischen Südholland und Dänemark.

Rodust, die als fischereipolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Europäischen Parlament um die schwierige Situation der Krabbenfischer weiß, unterstützt diese Aktion: „Nordseekrabben sind ein hochwertiges Produkt. Ihre Erzeuger auf Dumpingpreise von unter drei Euro drücken zu wollen ist eine Unverschämtheit.“ Dass die beiden marktbeherrschenden Großhändler sich offensichtlich bei den Discountern unterbieten, dürfe nicht zu Lasten der Krabbenfischer gehen. Die SPD-Fischereiexpertin ist auch deshalb über die aktuelle Entwicklung besorgt, weil sich die Krabbenfischer derzeit um die so genannte MSC-Zertifizierung für nachhaltig und umweltgerecht gefangene Meerestiere bewerben: „Im Rahmen der gerade anstehenden Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik stehe ich in ständigem Dialog mit den Fischern und Fischereiexperten in Europa und versuche eine umweltverträgliche Fischerei durchzusetzen. Wenn ausgerechnet jetzt den Krabbenfishern, von denen viel verlangt wird, was etwa den Einsatz meeresbodenschonender Fanggeräte angeht, kein angemessener Preis mehr für ihr Produkt gezahlt wird, ist das ein verheerendes Signal.“

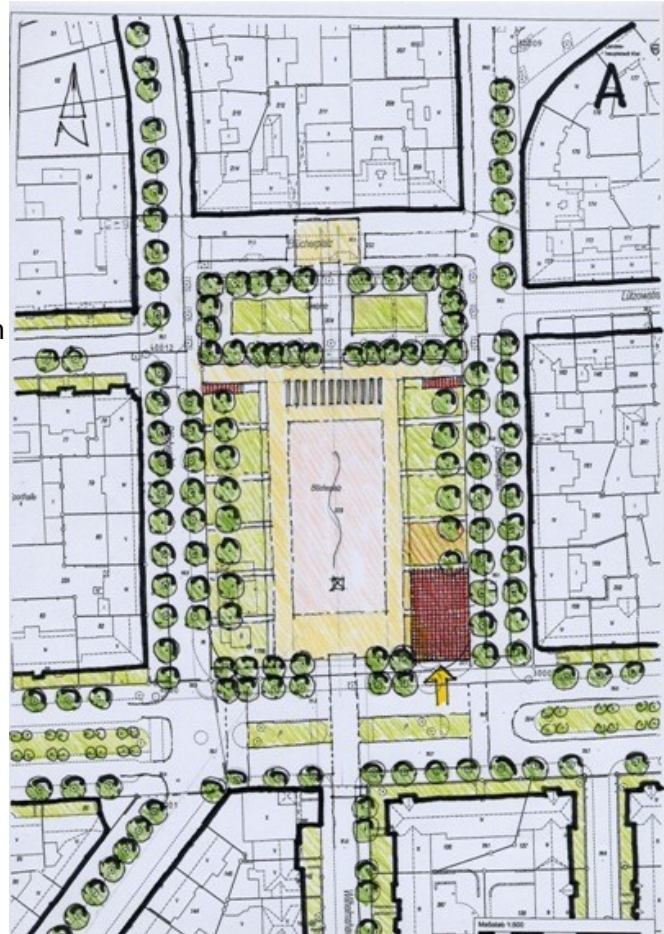
Hintergrund: Der Großhandel hat angekündigt, den Krabbenfischer nur noch 2,25 Euro Erzeugerpreis zahlen zu wollen. Der Großhandelspreis für Nordseekrabben liegt um die 20 Euro pro Kilo geschälter Krabben (das entspricht etwa 3 Kilo ungeschälter Krabben), der Einzelhandelspreis zwischen 30 und 40 Euro.

Keine Kommentare

Wie geht es weiter mit dem Blücherplatz?

Zu diesem Thema lädt der Ortsverein Kieler Mitte am Mittwoch, den 29.09.2010, ab 19:00 Uhr im Regionalen Berufsbildungszentrum Wirtschaft, Standort Ravensberg, Rankestraße 2 ein.

Als Referenten sind eingeladen: Wolfgang Kuessner, Torsten Lampe, 1. Vorsitzender des Blücher e.V. sowie Dieter-Jürgen Mehlhorn. Ebenfalls haben die interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit in Arbeitsgruppen weiter ins Gespräch zu kommen. Projekte wie die Neugestaltung des Berliner Alexanderplatzes oder Stuttgart 21 treffen mehr und mehr auf Widerstand der Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen haben die Nase voll von austauschbarer Kommerzarchitektur. Um in unserem Stadtteil nicht, wie bei den Straßenumbauten, von ähnlichen Entwicklungen überrascht zu werden, möchte der SPD Ortsverein Kieler Mitte zusammen mit den Nachbarinnen und Nachbarn und Gewerbetreibenden im Stadtteil überlegen, was wir wollen und was wir ablehnen.



Das erste Thema ist der Blücherplatz, um den verschiedene Ideen der Umgestaltung kreisen. Die Gründung des Interessenvereins Blücherplatz, die neuangelegte Parkordnung, die Modernisierung der Esmarchstraße aber auch die Bauvorhaben in der Umgebung, in der Gefionstraße oder in der Sternwartensiedlungen zeigen, wie sehr der Stadtteil in Bewegung ist. Ein Plan zur Umgestaltung des Blücherplatzes geschweige denn ein konkretes privates Investitionsangebot gibt es zu Zeit noch nicht. Das gibt uns den Freiraum und die Zeit, uns gemeinsam Gedanken für die Zukunft zu machen.

Keine Kommentare

Maritimes Zentrum ist Chance zur gemeinsamen Industriepolitik in Kiel!

Zu den Planungen eines neuen maritimen Zentrums auf dem Gelände der Lindenau-Werft in Pries-Friedrichsort erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, Grüne und SSW begrüßen die Planungen zur Errichtung eines neuen maritimen Zentrums an der Uferlinie des Stadtteils Pries-Friedrichsort. Es bietet die Chance für eine gemeinsame Industriepolitik in Kiel, mit der Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können – sowohl bei den Werften als auch bei Zuliefererbetrieben. Damit wird die maritime Verbundwirtschaft in Kiel gestärkt.“

Besonders fortschrittlich ist der Vorschlag, eine Genossenschaft zu gründen, in welcher die drei Werften Lindenau, Gebr. Friedrich und Rathje Mitglieder sind und so durch Zusammenarbeit und gemeinsame Anlagennutzung Betriebskosten sparen können. Für alle drei Werften kann ein solches Vorgehen eine Verbesserung der Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Betätigung werden: mehr Platz für die Werften Gebr. Friedrich und Rathje, eine bessere Ausnutzung der Werkhallen für die Lindenau-Werft. Das Interesse anderer Unternehmen aus der maritimen Wirtschaft wie die Knierim Yachtbau GmbH und der Fachhochschule Kiel sowie die Mitwirkung hochrangiger Fachleute wie Prof. Dr. Constantin Kinias (Fachhochschule Kiel) und Wolfgang Mädels (ehemaliger 1. Bevollmächtigter der IG Metall Kiel) zeigen eine gute Perspektive auf."

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 22.09.2010, 21:13 Uhr - 8792 Clicks - Nr. 857

Resolution zum Erhalt des LTG 63 in Hohn

Die Fraktionen von SPD, CDU, SSW und FDP haben im Kreistag Rendsburg-Eckernförde am 20.09.2010 gemeinsam die folgende Resolution verabschiedet:

Der Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde bittet die Landesregierung Schleswig-Holsteins, sich bei dem Bundesverteidigungsministerium nachdrücklich für den Erhalt des Lufttransportgeschwaders 63 in Hohn einzusetzen und das Bundesverteidigungsministerium aufzufordern, das LTG 63 in seine weiteren Planungen als einen aktiven Standort einzubeziehen

und das Bundesverteidigungsministerium aufzufordern, das LTG 63 in seine weiteren Planungen als einen aktiven Standort einzubeziehen und von einer Schließung abzusehen.

Begründung:

Das Lufttransportgeschwader befindet sich in einem strukturschwachen Gebiet und einer wirtschaftlich wenig entwickelten Region mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote. Die rund 1500 Arbeitsplätze des Flugplatzes, davon ist jeder fünfte ein ziviler, sind für die gesamte Region von überragender Bedeutung. Durch die Schließung der Eiderkaserne, den Abzug des Nato Stabes und die Schließung der Feldwebel Schmidt Kaserne hat die Region bereits einen großen Beitrag zum Truppenabbau geleistet.

Aus unserer Sicht kann es keinen Sinn machen, auf Ausweichmöglichkeiten für die Lufttransport-Aufgaben zu verzichten und sich bundesweit auf einen Standort zu beschränken. Pläne für den weiteren Ausbau und die weitere Nutzung des Standortes Hohn liegen vor. In den vergangenen Jahren wurden Millionen von Steuergeldern in die Modernisierung der Infrastruktur des Flughafens und seiner Anlagen gesteckt. Die am Standort ansässigen Soldatinnen und Soldaten brauchen Planungssicherheit und die Gewissheit, dass ihr gefährlicher Einsatz im Ausland hier anerkannt und ihre Lebenssituation mit dem Lebensmittelpunkt LTG 63 gesichert ist.

Das Lufttransportgeschwader ist weiterhin immens wichtig im Hinblick auf den Katastrophenschutz und den Brandschutz in unserem Küstenland. Ohne die militärischen Ressourcen wären Katastrophenschutz und Brandbekämpfung in der Region nur noch sehr eingeschränkt gesichert.

Die vom Bundesverteidigungsministerium geforderte „Verbundenheit in der Fläche“ und „Rückkopplung in der Gesellschaft“ sind beim Lufttransportgeschwader 63 gegeben: das LTG ist beteiligt an den Durchführungen von Großveranstaltungen wie dem EON-Hanse-Cup, dem Rendsburger Herbst, bei der Ausrichtung von Konzerten, Benefizveranstaltungen, kommunalen Jubiläen, kirchlichen Veranstaltungen und unterstützt soziale Projekte mit Sponsoring und dem bürgerschaftlichen Engagement ihrer Soldaten im zivilen Leben.

Das LTG 63 ist ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität unseres Kreises. Wir dürfen es nicht aufgeben und müssen uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt und die weitere Nutzung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen dafür einsetzen.

Kommentar von [Werner Klinger](#) vom 18.08.2013, 08:36 Uhr:

RE: Resolution zum Erhalt des LTG 63 in Hohn

Werner Klinger 1. SPD-Vorsitzender Owschlag Am See 6 bs-411@t-online.de 04336/3384 Militär - Airbus auch in Hohn stationieren !!!!! Für das LTG 63 in Hohn !!! Der neue Airbus sollte/muss auch in Hohn mit 27 Transportmaschinen bestückt/ausgerüstet werden! Massnahme eilt !!!!! Werner Klinger

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.09.2010, 12:05 Uhr - 1378 Clicks - Nr. 858

Weiterhin niedrige Gebühren für Abfallsammlung und Straßenreinigung!

Zum Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) für das Jahr 2009 erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, Grüne und SSW stimmen dem Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) für das Jahr 2009 gerne zu. Die Erträge konnten gegenüber den Erwartungen des Wirtschaftsplans um mehr als 806.000 Euro übertroffen werden: rd. 338.000 Euro aus dem nicht aus Gebühren finanzierten Bereich und rd. 468.000 Euro Gebührenüberschuss, der der Gebührenausgleichsrückstellung zugeführt worden ist. Auf diese Weise werden die Abfall- und Straßenreinigungsgebühren in unserer Stadt auch auf längere Sicht so niedrig wie heute gehalten werden können. Das ist gut für Hausbesitzer, Mieter und Betriebe, die so bei den Nebenkosten sparen.

Die Ertragssteigerungen quer durch alle Abteilungen des ABK zeigen, dass der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb wirtschaftliche und sparsame Verwaltungsabläufe verinnerlicht hat. Dies ist nur möglich, weil die Beschäftigten des ABK hoch motiviert und engagiert ihrer oft schweren Arbeit nachgehen. Gerade der letzte harte und lange Winter hat gezeigt, wie wichtig und wertvoll die Arbeit des ABK ist.

Der Jahresabschluss des ABK für das Jahr 2009 belegt erneut, dass der ABK ein moderner öffentlicher Betrieb ist, der für die im Jahr 2012 anstehende Rekommunalisierung der Restabfall- und Altpapiersammlung gut gerüstet ist.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 23.09.2010, 12:16 Uhr - 9261 Clicks - Nr. 859

Gesundheitsminister Rösler schadet den Kliniken im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Die Pläne des Gesundheitsministers, den sogenannten „Basisfallwert“ in Schleswig-Holstein nicht weiter an das Bundesniveau anzupassen, würde die Ostseeklinik Damp nach Angaben der schleswig-holsteinischen Krankenhausgesellschaft rund 450.000 Euro pro Jahr kosten.

Die imland-Kliniken Eckernförde-Rendsburg würden sogar rund 1 Million Euro verlieren. Darauf hat jetzt der Rendsburg-Eckernförder SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix hingewiesen.



Rix erinnert an die Einigung der Gesundheitsministerkonferenz im vergangenen Jahr, die eine Angleichung der Landesbasisfallwerte auf ein einheitliches Niveau vorgesehen hatte: „Der Kompromiss von Plön hätte das Ende der Ungleichbehandlung der schleswig-holsteinischen Kliniken bedeutet, die wirklich nicht mehr nachzuvollziehen ist.“ Die aktuellen Pläne des Gesundheitsministeriums sehen stattdessen ein Einfrieren des schleswig-holsteinischen Landesbasisfallwertes auf 1,5 Prozent unterhalb des Bundesdurchschnitts vor.

Rix fordert den schleswig-holsteinischen Gesundheitsminister Heiner Garg auf, die Pläne seines Parteifreunds Rösler zu stoppen und sich nicht auf vage Ankündigungen zu verlassen. „Die Behandlung in unseren Kliniken ist genauso viel wert, wie anderswo in der Republik“, so Rix.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.09.2010, 15:12 Uhr - 7379 Clicks - Nr. 860

Kreisparteitagantrag „Lotsenpflicht in der Kadetrinne“ findet Gehör

Zwischen Rügen und Dänemark liegt die Kadetrinne. Sie ist mit rund 60.000 Schiffsdurchquerungen eine der meist befahrenen Wasserstraßen der Welt.

Der Kreisparteitag des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg am 12. Juni 2010 in Schaalby hat sich mit der Problematik beschäftigt und ein Antrag zur „Lotsenpflicht in der Kadetrinne“ wurde angenommen.

Die Anträge wurden an die Landtagsfraktionen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, an die Bundestagsfraktion und an die Europafraktion weitergeleitet.

Unser Kreisbüro in Schleswig hat nunmehr Antworten der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktion aus Mecklenburg-Vorpommern erhalten, die wir nachfolgend als Information veröffentlichen:

[Antwort Bundestagsfraktion Seite 1](#)

[Antwort Bundestagsfraktion 2. Seite](#)

[Antwort Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern](#)

Keine Kommentare

Landesparteitag AG60+plus in Neumünster

Am 22. September fand in der Holstenhalle der Landesparteitag der AG60+plus statt. Anwesend waren 101 Delegierte und nach dem Referat von Dr. Thilo Weichert (Datenschutzbeauftragter des Landes SH) standen Wahlen auf der Tagesordnung. Gertrud Ehrenreich wurde als Landesvorsitzende wiedergewählt. Vom Kreisverband Flensburg-Schleswig wurde Erika Wollitz als Beisitzerin des Landesvorstandes und unser Vorsitzender Uwe Langholz wurde als Ersatzdelegierter für den Bundesausschuss der AG60+plus gewählt.



Insgesamt standen neu (9) Anträge zur Entscheidung, die nach reger Diskussion verabschiedet wurden; darunter der Initiativantrag an den SPD Landesvorstand worin gefordert wird, dass die Mitglieder des SPD Landesverbandes SH in einer " Urwahl " den Spitzenkandidaten wählen sollen.

Autor: Hermann Jobben

Keine Kommentare

Schüler simulieren im Planspiel die Vereinten Nationen

Seit 2005 simulieren regelmäßig mehrere hundert Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein in einem Planspiel (Model United Nations Schleswig-Holstein - MUN-SH) die Arbeit der Vereinten Nationen (UN).

Die Teilnehmer übernehmen dabei die Rolle von Diplomaten eines Mitgliedsstaates der UN und müssen dessen Interessen in Gremien vertreten, die den tatsächlichen Aufbau der Staatengemeinschaft möglichst authentisch nachahmen. Nach einer ausgearbeiteten Tagesordnung werden Resolutionen verfasst, diskutiert und verabschiedet. Zudem berichten simulierte Presseteams täglich von der Arbeit auf der Konferenz.



Dazu sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes, der sich als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses häufig mit den Vereinten Nationen beschäftigt: „Ein vertrauensvoller und partnerschaftlicher internationaler Austausch ist in fast allen Politikbereichen enorm wichtig. Dieses Planspiel vermittelt den Teilnehmern aber nicht nur Wissen über die Vereinten

Nationen. Es weckt auch Interesse an gesellschaftlichem sowie politischem Engagement. Darüber hinaus erfahren junge Menschen, dass Politik bedeutet, Ziele gemeinsam friedlich zu erreichen. Diese Erfahrung wird ihnen im Laufe ihres Lebens immer wieder hilfreich sein.“

Vom **7. bis zum 11. April 2011** wird erneut eine fünftägige, von Schülern und Studenten organisierte Konferenz im Kieler Landtag stattfinden. Dabei stehen Themen wie „Reform des UN-Sicherheitsrats“, „Die Situation im Nahen Osten“ oder „Die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser“ auf der Tagesordnung.

Weitere Informationen stehen unter www.mun-sh.de zur Verfügung, genauso wie ein Formular, mit dem sich Interessierte bis zum **31. Oktober 2010 anmelden** können.

Thönnies: „Über eine starke Beteiligung aus meinem Wahlkreis würde ich mich sehr freuen.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.09.2010, 20:13 Uhr - 9259 Clicks - Nr. 863

Gertrud Ehrenreich als Landesvorsitzende bestätigt

Die Arbeitsgemeinschaft der SPD AG 60 plus hat auf der Landeskonferenz in Neumünster Gertrud Ehrenreich aus Ehndorf mit großer Mehrheit (95 %) für weitere 2 Jahre als Landesvorsitzende gewählt.

101 Delegierte diskutierten über die vorgelegten Anträge der Kreisverbände. So wurde u. a. die SPD Landtagsfraktion dazu aufgefordert, auf Antrag der AG 60 plus Kreisverband Rendsburg – Eckernförde, sich dafür einzusetzen, dass die im Pflegeerweiterungsgesetz geforderten Pflegestützpunkte endgültig realisiert werden.

Längere Diskussionen rief ein Antrag zur Findung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl hervor. Die große Mehrheit der Konferenz fordert die Landes SPD auf, die Entscheidung über eine Mitgliederbefragung auf den Weg zu bringen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.09.2010, 13:29 Uhr - 3656 Clicks - Nr. 864

Gastschulabkommen - Erinnerungen an Kafka und Murmeltiere

Und täglich grüßt das Murmeltier... Während Bill Murray in der Filmkomödie aus dem Jahr 1993 wieder und wieder denselben Tag erleben muss, ergeht es den Mitgliedern des Bildungsausschusses im schleswig-holsteinischen Landtag so mit einem Tagesordnungspunkt, der wieder und wieder auf dem Programm steht.

Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, ist Mitglied des Bildungsausschusses. Er berichtet: „Seit einem Jahr gehöre ich nun dem Landtag an. Und seit fast einem Jahr vergeht keine Sitzung des Bildungsausschusses, in der Bildungsminister Dr. Klug oder sein Staatssekretär Zirkmann (beide FDP), nicht über den Stand der Verhandlungen mit Hamburg berichten. Immer hängt es an denselben Problemen und immer wird eine baldige Lösung in Aussicht gestellt.“

Darum geht es: 2009 besuchten 6226 Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein eine Schule in Hamburg, aber nur 1993 Schülerinnen und Schüler aus Hamburg wurden in



Schleswig-Holstein unterrichtet. Dafür möchte Hamburg gerne eine Ausgleichszahlung haben. Seit 2004 zahlt Schleswig-Holstein jährlich 8,5 Millionen Euro an Hamburg, künftig möchte die Hansestadt mehr Geld sehen - 20,5 Millionen stehen im aktuellen Konsolidierungskonzept des Finanzsenators. Solange sich die beiden Länder nicht einigen können, hängen Schüler, Eltern und Schulen in der Luft. In Hamburg wurden bereits die ersten Schülerinnen und Schüler zurück über Landesgrenze geschickt. Schleswig-Holstein macht aber auch eine weitere Rechnung auf: ca. 5000 Kinder und Jugendliche leben in Schleswig-Holstein im Heimen und anderen Betreuungseinrichtungen, davon 2500 aus anderen Bundesländern, von diesen wiederum 750 aus Hamburg. Diese Kinder werden in Schleswig-Holstein beschult, was aufgrund des oftmals besonderen Förderbedarfs besonders kostspielig ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat wiederholt gefordert, die Verhandlungen über die Heimkinder vom Gastschulabkommen zu trennen, weil das primäre Interesse auf einer schnellen Einigung im Gastschulstreit liegen müsse. Martin Habersaat: „Es gab da kafkaeske Zustände: Es brauchte Monate, um überhaupt herauszufinden, über wie viele Heimkinder wir überhaupt sprechen. Selbst heute ist noch nicht klar, wie viele dieser Kinder überhaupt schulpflichtig sind, da die benannten 750 ein Alter von fünf bis 21 haben. Das Bildungsministerium hat uns bisher auch nicht schlüssig erklären können, warum die 750 Kinder aus Hamburg in das Gastschulabkommen hinein verhandelt werden müssen, es aber bei den anderen 1750 Heimkindern aus anderen Bundesländern untätig bleibt.“ Nicht besser werde die Situation dadurch, das Ministerium und Schulbehörde sich regelmäßig gegenseitig beschuldigen, auf vorliegende Angebote nicht einzugehen oder notwendiges Zahlenmaterial nicht vorzulegen. Eine zweite Forderung der SPD ist, die Heimatgemeinden der Gastschüler künftig an den entstehenden Kosten zu beteiligen. Besucht beispielsweise ein Schüler aus Reinbek heute das Gymnasium in Wentorf, muss Reinbek einen Schulkostenbeitrag an die Nachbargemeinde überweisen. Besucht der Schüler aber ein Gymnasium in Bergedorf, entstehen Reinbek keine Kosten. Habersaat: „Ich habe auf meiner Sommertour mit allen Bürgermeistern in meinem Wahlkreis über dieses Thema gesprochen, dort gibt es viel Verständnis für diesen Vorschlag. Bei den privaten Schulen, etwa der Waldorf-Schule in Bergedorf, ist eine solche Beteiligung des Wohnortes längst Praxis.“

Der Bildungsausschuss äußerte am 23.9. den Wunsch, dieses Problem endlich gemeinsam mit dem Hamburger Schulausschuss zu beraten. Habersaat: „Wenn Schulsenatorin Goetsch, Staatsrat Vieluf, Bildungsminister Klug und Staatssekretär Zirkmann in einem Raum und unter Zeugen miteinander reden, entfallen hoffentlich die gegenseitigen Schuldzuweisungen, die wir bisher im Ausschuss und in der Presse ertragen mussten und wir kommen einer Lösung endlich näher.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.09.2010, 14:01 Uhr - 7695 Clicks - Nr. 865

Besuch bei der Netzleitstelle

Bei einem Besuch in der E-On-Hanse Netzleitstelle in Rendsburg ließen sich Mitglieder des SPD-Arbeitskreises Energie und Landesplanung die Funktion und Steuerung des Stromnetzes in Schleswig-Holstein erklären.

„Fortbildung in angewandter Physik“ - so fasste Martin Habersaat den Vormittag zusammen. Thomas Jaquet, Leiter der Netzleitstelle, und Klaus Lewandowski, Mitglied des Vorstands von E-On Hanse, zeigten die Einrichtung und berichteten von technischen Herausforderungen der



Zukunft.

Aus Rendsburg können die Mitarbeiter alle Netzleistungen steuern, Fehler lokalisieren und den Strom so umsteuern, dass trotz eines Fehlers möglichst wenige Haushalte ohne Strom sind. Auch die E-On-Netze in Stormarn werden von hier aus gesteuert. Diskutiert wurde mit den Netzexperten auch die Aufnahmefähigkeit von Netzen und die Rolle des Leitungsnetzes in einer Zukunft, die auf regenerative Energien, vor allem Windenergie, setzt. gefragt sein werden „intelligente Netze“, die es beispielsweise verkraften, wenn bei starkem Wind viel Strom von den Offshore-Windparks in die Netze geleitet wird, bei Flaute oder Sturm aber gar keiner.

Um den Strom aus der Windkraft aufnehmen zu können, sei ein Ausbau der Netze notwendig, aber auch ein Ausbau lokaler Speichermöglichkeiten, waren sich alle Beteiligten einig. Offen blieb, wer die notwendigen Investitionen tragen muss.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.09.2010, 15:44 Uhr - 7920 Clicks - Nr. 866

Rot macht attraktiv!

Eine Studie der University of Rochester hat es bewiesen: Rot macht attraktiv!

In einer Serie von Experimenten wurden Probandinnen Bilder von unterschiedlich gekleideten Männern gezeigt. Ergebnis: „Die Frauen in den „roten“ Gruppen fanden die Männer attraktiver und waren eher bereit, mit ihnen auszugehen.“

Ähnliches gilt für Frauen: rot gekleidet oder mit rotem Hintergrund (!) wirkten sie attraktiver.

(Aus: Psychologie heute, Heft 10, Oktober 2010, Seite 10)

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.09.2010, 17:30 Uhr - 5869 Clicks - Nr. 867

Blutspende: "Rote gaben Rotes"

Am Donnerstag spendete Thede Boysen, zukünftiger Flensburger Oberbürgermeister, Blut: "Das ist für mich eine selbstverständliche Bürgerpflicht. Blutspenden retten Leben."

Das fanden auch noch sieben weitere Genossinnen und Genossen, die zusammen mit Boysen spendeten. Boysen: "Es ist für den Spender nur ein kleiner Pieks, der aber Leben retten kann. Der Krankenhaus-Blutspendedienst ermöglicht mit seinen bürgerfreundlichen Öffnungszeiten jedermann die Spende, vorausgesetzt man ist gesund."



Die Sozialdemokraten werden ihre gesammelten Aufwandsentschädigungen für die Blutspenden dem Katharinenospiz übergeben: "Das ist als eine kleine Verbeugung für das hervorragende Engagement des Hospizes gedacht und zeigt gleichzeitig, wie man schon im Kleinen ‚Miteinander mehr möglich machen‘ kann."

Kommentar von [Simone Lange](#) vom 25.09.2010, 18:40 Uhr:

RE: Blutspende: *Taten sagen eben mehr als 1000 Worte! Gut gemacht, Thede und danke an alle Unterstützer/innen. Simone*

Biogasanlage in Lutterbek? Wie geht es weiter? Infoveranstaltung 23. September

Informationsveranstaltung am Donnerstag 23. September 2010

Über 100 Personen waren zu unserer Info-Veranstaltung zum Thema Biogasanlage in den LUTTERBEKER gekommen. Wir freuen uns, dass aus Lutterbek und auch aus vielen umliegenden Gemeinden Besucherinnen und Besucher teilnahmen. Es bestätigt das enorme Interesse an diesem Vorhaben und die große Betroffenheit von einer solchen Anlage. Eben auch überörtlich.

Als Gäste auf dem Podium konnte unsere Vorsitzende Susanne Hanebuth den Landtagsabgeordneten der GRÜNEN, Bernd Voß, den Kreisvorsitzenden des NABU, Fritz Heidemann, den zukünftigen Betreiber Wolf Mönkemeier sowie unseren Bürgermeister Jens Peters begrüßen. Zentrale Ergebnisse der interessanten und sachlich geführten Diskussion sind aus unserer Sicht:

1. Wolf Mönkemeier ist in die konkrete Planung einer Anlage mit einer Leistung von 500 kw eingetreten. Der Bauantrag soll noch in 2010 eingereicht werden. Die Gemeinde muss dann innerhalb von 6 Wochen über das gemeindliche Einvernehmen entscheiden. Sie hat nur einen sehr geringen Entscheidungsspielraum im Rahmen der baurechtlichen Bestimmungen. Dieses Vorhaben ist in dieser Größenordnung ohne ein umfassendes Genehmigungsverfahren als privilegierte Maßnahme im Außenbereich einer Gemeinde genehmigungsfähig. Eine Begrenzung der jetzt entstehenden großen Anzahl von Biogasanlagen insbesondere aus ökologischen Gründen kann nicht erfolgen, weil der Bund und das Land dafür leider keine rechtliche Grundlage getroffen haben.

2. In Lutterbek haben sich über 150 Einwohnerinnen und Einwohner gegen die Biogasanlage ausgesprochen. Weitere Lutterbeker Landwirte werden sich an dem Vorhaben nicht beteiligen. Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen lehnen die Zusammenarbeit mit dem Vorhaben ab.

3. Wolf Mönkemeier schließt eine Realisierung der Anlage ohne Nutzung der anfallenden Wärme aus.

Nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen soll die meiste Wärme in Wendtorf in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Kiel für die dort bereits bestehenden Fernwärmenetze produziert werden. Das heißt für uns als Gemeinde: Die wesentlichen Entscheidungen über das Projekt werden außerhalb Lutterbeks getroffen: in der Gemeinde Wendtorf mit der Entscheidung des Leitungsrechtes und bei den Stadtwerken, ob sie sich an diesem Vorhaben beteiligen.

Wärme für Lutterbek wird unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zur Verfügung stehen.

4. Große Teile des erforderlichen Maises sollen von Flächen in den Gemeinden Laboe und der Kurhessischen Stiftung als Eigentümerin der Güter Panker und Schmoel angeliefert werden. Zusätzlich zu der eigenen Gülle sollen einige 1.000 Kubikmeter Gülle von dem großen Schweinestall in Fiefbergen angefahren werden. Damit wird die größte Verkehrsbeeinträchtigung voraussichtlich nicht die Lutterbeker Bevölkerung betreffen, sondern von den umliegenden Gemeinden Brodersdorf, Barsbek, Wisch, Krokau und Fiefbergen getragen werden müssen. Des Weiteren können Probsteierhagen und Prasdorf belastet werden.

Die kürzesten und schnellsten Transportwege führen eben durch diese Gemeinden. Sollte auch Mais von den gepachteten Flächen in Salzau angeliefert werden, so wären auch die Gemeinden Stoltenberg, Fahren und Passade betroffen.

Es ist dringend erforderlich, dieses Vorhaben seitens der Gemeindevertretung frühzeitig und intensiv zu begleiten. Dafür werden wir uns einsetzen. Die Informationen und Beratungen müssen öffentlich erfolgen, weil dieser Bauantrag erhebliche Auswirkungen auf das Gemeinwohl über Lutterbek hinaus hat.

Wir stellen die Informationen dann gerne über unseren Internet-Auftritt bereit.

Jürgen Brockmann

Sprecher der SPD-Fraktion

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 27.09.2010, 16:19 Uhr - 4798 Clicks - Nr. 869

"Dänische Kinder sind nicht soviel wert wie Deutsche!"

Wenn es nach der schwarz-gelben Regierung geht stimmt das so. Die Jusos und der SSW haben sich am 25. September auf die Straße begeben um klarzumachen, dass wir das ganz anders sehen! Die Sparpläne der Regierung mähen für die Bildung radikal und ohne Verstand die Zuschüsse nieder. Dänische und deutsche Schulen sind gesetzlich ebenbürtig als öffentliche Schule angesehen. Auch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 betonen, dass die Minderheiten gleichberechtigte Bürger im Herbergstaat sind.

Das besonders Schizophrene ist nun, dass bei den dänischen Schulen 15% eingespart werden sollen, obwohl die Regierung sich europaweit mit dem guten Zusammenleben der beiden Kulturen brüstet. Die dänischen Eltern zahlen die gleichen Steuern wie alle Anderen. Die Zuschüsse aus Dänemark finanzieren nur die Mehrkosten, die durch die Minderheitenregelung entstehen. Die Einsparungen würden dafür sorgen, dass bis zu 22 der 47 dänischen Schulen in SH bedroht sind. Wir wollen Vielfalt und das bestmögliche Bildungssystem. Da könnten wir uns bei den dänischen Schulen noch ein Pisa-Stück abschneiden. Die Kieler Jusos unterstützen die Aktion "Unsere Kinder sind auch 100% wert".

Mehr Informationen dazu findet ihr auf www.100prozent.dk .



Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.09.2010, 16:52 Uhr - 3503 Clicks - Nr. 870

Die AfA stellt sich immer besser auf

Im Kreis Plön wurde ein AfA-Kreisverband gegründet
AfA – Neugründung im Kreis Plön

In Anwesenheit von der Kreisvorsitzenden Anette Langner und dem AfA-Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler wurde letzte Woche in Preetz ein AfA-Kreisvorstand gegründet.

Zum Vorsitzenden wurde Jürgen Gieselmann aus Preetz und zu Beisitzern Klaus Jans aus Schönkirchen und Eckhard Voss aus Lütjenburg



gewählt. Wir wünschen dem neu gewählten AfA-Kreisvorstand viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 27.09.2010, 16:53 Uhr - 7990 Clicks - Nr. 871

SPD fordert: Planung der S 4 jetzt in Angriff nehmen!

Das Projekt S 4, der Bau einer S-Bahn-Strecke auf eigenen Gleisen von Hasselbrook nach Ahrensburg und darüber hinaus nach Bargteheide und Bad Oldesloe, zählt zu den wichtigsten Infrastrukturprojekten der nächsten zehn Jahre.

250.000 Menschen in der Metropolregion Hamburg würden vom Anschluss der Achse Hamburg — Ahrensburg — Bad Oldesloe an das Hamburger S-Bahn-Netz profitieren. Mit der S 4 nach Stormarn würde eine neue umsteigefreie und umweltfreundliche Verbindung zwischen Stadt und Region entstehen, die auch die Fahrzeiten zwischen vielen Zielen schrumpfen lässt.

Stand anfangs der Wunsch nach einem attraktiven Nahverkehrsangebot für den Osten Hamburgs und Stormarn im Vordergrund, kommen seit Längerem weitere, sehr gewichtige Argumente hinzu: Nur mit der S 4 auf separaten Gleisen kann den Kapazitätsengpässen bei Fern- und Nahverkehr im Hamburger Hauptbahnhof wirksam begegnet werden. Und sie ist erforderlich, um für den zunehmenden Schienengüterverkehr, nicht zuletzt im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.

Das Projekt S 4 stellt sich wie folgt dar: Zwei neue Gleise bis Ahrensburg, ein neues Gleis bis Bargteheide ermöglichen den dichten S-Bahn-Takt und die Errichtung von vier neuen Stationen auf Hamburger Gebiet. So ergeben sich gute Verbindungen zwischen Hamburg und Ahrensburg und darüber hinaus von und nach Bargteheide und Bad Oldesloe — umsteigefrei bis in die Hamburger Innenstadt. Die Baukosten für die neue Infrastruktur werden auf 350 Mio. Euro geschätzt, erwartet wird ein Fahrgastzuwachs von wenigstens 50 Prozent.

Als nächster Schritt auf dem Weg zur Realisierung des Projekts S 4 muss nun die Vorentwurfsplanung erfolgen. Doch in diese Situation platzt der Bund mit der Nachricht, dass er den Bau eines dritten Gleises zwischen Wandsbek und Ahrensburg nicht mehr für erforderlich hält. Dabei wurde dieses Vorhaben immer auch als möglicher Finanzierungsanteil des Bundes am Projekt S 4 angesehen. Der Bund beruft sich dabei auf eine Passage im Gutachten zum Eisenbahnknoten Hamburg, das an anderer Stelle jedoch zu außerordentlich positiven Bewertungen des Projekts S 4 kommt und dem Bund eine anteilige Finanzierungsverantwortung zuweist, indem es feststellt, dass der Nutzen des Projekts S 4 nur zu 40 % auf den Schienenpersonennahverkehr entfällt, aber zu 60 % auf den Schienengüter- und -personenfernverkehr. Damit ist das Projekt S 4 weit mehr als ein bloßes Nahverkehrsprojekt, der Bund steht hier unmittelbar mit in der Pflicht.

Dem weiteren Ausbau der Strecke Hamburg — Lübeck steht die Wirtschaftlichkeit schon heute quasi auf der Stirn geschrieben. Die S-Bahn Hamburg GmbH strebt eine Realisierung der S 4 bis 2018 an. Dieses ehrgeizige Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

1. Hamburg und Schleswig-Holstein sollen noch in diesem Jahr die Vorentwurfsplanung für das Projekt S 4 in Auftrag geben und diese anteilig finanzieren.
2. Bei der anstehenden Aktualisierung des Bundesverkehrswegeplans muss das Vorhaben „Bau eines dritten Gleises zwischen Hamburg-Wandsbek und Ahrensburg“ zur Schaffung



ausreichender Kapazitäten für den Schienengüter- und -personenfernverkehr infolge der festen Fehmarnbelt-Querung im vordringlichen Bedarf bleiben.

3. Zur vollständigen Trennung des Vorort- vom Güter-, Fern- und Regionalverkehrs zwischen Hamburg und Ahrensburg soll dieses Vorhaben dergestalt realisiert werden, dass sich der Bund in Höhe des anteiligen verkehrlichen Nutzens für den Schienengüter- und -personenfernverkehr an den Kosten des Projekts S 4 beteiligt.

4. Gleichlautende, fraktionsübergreifende Beschlussfassungen der Hamburgischen Bürgerschaft und des Landtags Schleswig-Holstein, um auf diesem Weg die Vorentwurfsplanung zügig zu initiieren.

Bildunterschrift: v.l.n.r. Ole Thorben Buschhüter, Franz Thönnies, Michael Sarach, Martina Koeppen, Olaf Schulze, Sigrid Kuhlwein, Bernd Schröder, Aydan Özgüs und Martin Habersaat.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 11.10.2010, 17:50 Uhr:

RE: SPD fordert: Planung der S 4 jetzt in Angriff nehmen!

Es ist schon erstaunlich, wie lange die Planungsstäbe brauchen, um die Realität zu erfassen. Als noch Dampfzüge auf der Hauptstrecke nach Lübeck fuhren, wurde die Notwendigkeit eines zusätzlichen Gleises für den Nahverkehr festgestellt. Spätestens mit Gründung der Deutsche Bahn AG kam der Rückbau. Statt die Grundstücke längs der Bahn in kommunaler Hand zu nehmen und somit zu blockieren, wurde weiterveräußert. Der Neubau in Ahrensburg-Gartenholz läßt z.B. kein drittes Gleis zu. Der Ausbau der Strecke droht am Eigennutz der Grundstückbesitzer zu scheitern, siehe Ausbau der S3 nach Elmshorn. Aber sowas verkauft sich ja nicht gut. Unser Bauordnung für öffentliche Infrastruktur gehört geändert! Zum anderen gehört die gesamte Strecke Hamburg-Lübeck dreigleisig ausgebaut. Der zukünftige vorrangige FehmarnBeltVerkehr wird sonst den Nahverkehr zum Erliegen bringen. Hier sind Hamburg und Schleswig-Holstein gefordert in Vorleistung zu treten, jedenfalls planerisch.

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.09.2010, 16:58 Uhr - 2614 Clicks - Nr. 872

AfA ist fast komplett in Schleswig-Holstein

Auch im Kreis Segeberg gibt es jetzt einen AfA-Kreisverband

Neugründung der AfA im Kreis Segeberg

Zur Eröffnung der Gründungsveranstaltung gab der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler in Anwesenheit des Kreisvorsitzenden Andreas Beran einen Überblick über Sinn und Zweck von AfA-Arbeit.

Bei den anschließenden Wahlen wurde Gottlieb Förster aus Itzstedt zum AfA-Kreisvorsitzenden gewählt. Zu seinem

Stellvertreter wählte die Versammlung den DGB-Sekretär Klaus Kasch aus Hennstedt-Ulzburg.

Es wurden dann noch mehrere Beisitzer gewählt. Allen Gewählten wünschte Wolfgang Mädler ein erfolgreichen Arbeiten für die Zukunft.



Keine Kommentare

Bildungslandschaft im ländlichen Raum erhalten!

SPD-Kreisvorstand diskutierte mit Genossinnen und Genossen aus dem Amt Schlei-Ostsee und thematisierte die Bildungssituation im Kreis.

„Frühkindliche Bildung bleibt eines der großen Zukunftsthemen“, so der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix, selbst seit 2005 Mitglied im Ausschuss Familien, Frauen, Senioren und Jugend. Ein ausreichendes Angebot an Krippen und Kitas in jeder Kommune müsse gewährleistet sein.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende Ulf Daude machte deutlich: „Für uns gilt weiterhin -Je kürzer die Beine, desto kürzer die Wege!-, jedes Amt braucht mindestens eine eigene Grundschule.

Mindestgrößen und Kapazitätenerlasse sind dabei Bildungskiller im ländlichen Raum.“Daude freute sich auch, dass die Zahl der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein und im Kreis ständig ansteige. „Hier stimmen die Eltern mit den Füßen ab. Die Gemeinschaftsschule ist und bleibt die Schule der Zukunft.“ Längeres gemeinsames Lernen sei gerade im ländlichen Raum nicht nur pädagogisch richtig, sondern auch eine Antwort auf die demographische Entwicklung.



[mehr ...](#)

Keine Kommentare

Fest für die neuen Nachbarn

Etwa 2000 Einwohnerinnen und Einwohner wird das ehemalige Depot-Gelände in Glinde eines Tages haben. Die ersten sind seit über einem Jahr bereits da, viele beziehen gerade ihre fertigen Häuser an der Alten Wache oder legen auf der Baustelle letzte Hand an. Grund genug für die SPD-Glinde, ihr jährliches Kinderfest ins Depot zu verlegen und die neuen Glinderinnen und Glinder mit einem Grillfest zu begrüßen.

Die Begrüßung vor Ort übernahm der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Oliver Sendzig, der als „Olander“ einige Erfahrung mit Glinder Neubaugebieten mitbringt. Auch Martin Habersaat war mit von der Partie, um sich als SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Glinde, Reinbek, Barsbüttel und Oststeinbek vorzustellen.

Wie eine Oase steht eine Baumgruppe mitten im größten Neubaugebiet Glindes. Direkt neben der noch nicht ganz fertig gestellten Kindertagesstätte gibt es so eine kleine Rasenfläche, die von der SPD für verschiedene Spiele, die obligatorische „Maltonne“ einen Kuchenstand, den Grill und gemütliche Zelt pavillons genutzt werden konnte. Viele der neuen Bewohner des Depots nutzten die Gelegenheit, sich gegenseitig und die SPD kennenzulernen, und auch viele „Alt-Glinderinnen und Glinder“ waren der Einladung gefolgt.

Bei relativ guten Wetter konnte das NeubürgerInnenfest gefeiert werden. Martin Habersaat freute sich: „Das Baugebiet ist noch nicht ganz fertig, und schon stellt sich die SPD mit einem Grillfest den neuen Nachbarn vor. Das ist Bürgernähe, die Spaß macht.“



Keine Kommentare

Norbert Schicketanz schreibt Chronik der SPD Glinde

Bei dieser „Chronik“ des SPD-Ortsvereins von Glinde (Kr. Stormarn) handelt es sich um die zweite, deutlich erweiterte Auflage einer erstmals 2006 erschienenen Broschüre. Sie ist wie auch schon die Erstauflage eine private Arbeit. Ihr liegt weiterhin kein „Parteiauftrag“ zugrunde. Dennoch hat sich ihr Autor, seit 1971 in der SPD und bis kürzlich über viele Jahre als Pressemensch der Gliner SPD aktiv, weitgehend um Objektivität allen Akteuren gegenüber bemüht.



Die Objektivität hält sich aber auch jetzt wieder und besonders dort in Grenzen, wo ihm – sach- und nicht personenbezogen - eine subjektive Stellungnahme möglich oder gar nötig schien! Die Zeiten sind „härter“ geworden, nicht nur für die SPD, für alle politischen Parteien.

Im September 2009 standen sowohl im Land wie auch im Bund die unvermeidbar gewordenen Großen Koalitionen von CDU und SPD auf dem Prüfstand – der Wähler hat die Sozialdemokraten dabei schwer „abgestraft“ und zur Rekonvaleszenz in die Opposition geschickt. Möge sie diese Zeiten nutzen und in sich gehen. Nur Köpfe auszutauschen, wäre garantiert der falsche Weg.

Der Gliner SPD-Ortsverein hat diese schwierigen Zeiten besser als erwartet gemeistert, seine Geschicke liegen heute sogar in deutlich jüngeren Händen als bisher. Einige Neueintritte lassen gar Hoffnung aufkommen, dass die Parteiarbeit vor Ort auch 65 Jahre nach Gründung des Gliner Ortsvereins nicht aufhört.

Für neue Mitglieder mag diese kleine Chronik ein Weg sein, sich ein Bild von der lokalen Parteigeschichte zu machen, ohne die bekanntlich jede Gegenwart nichts wäre; für „die Alten“ bietet sie vielleicht einen „nostalgischen Blick“ in ihre eigene Vergangenheit. Jedenfalls soll mit ihr auch und besonders all jenen „kleinen und größeren Helfern“, die in den vergangenen Jahrzehnten unserer SPD ihre Zeit gewidmet haben, ohne dass sie dafür auch nur einmal in einer unserer Lokalzeitungen erwähnt wurden, ein herzliches „Dankeschön“ für ihren Einsatz gesagt werden. Die bekannteren unter den heimischen SPD-Mitgliedern (selbst die "befreundeten Parteigenossen aus Kreis und Land) kommen darüber dennoch nicht zu kurz, wie sie bei Lektüre schnell feststellen werden.

[Kontakt zu Norbert Schicketanz](#)

Keine Kommentare

20 Jahre Margot Sinning im Kreistag

Am vergangenen Freitag wurde die Kreistagsabgeordnete Margot Sinning aus Ahrensburg für ihre 20 jährige Mitgliedschaft von der Kreispräsidentin Christa Zeuke geehrt. „Lass dir von keinem Fachmann imponieren, der dir erzählt: „Lieber Freund, das mache ich schon seit zwanzig Jahren so!“ Man kann eine Sache auch zwanzig Jahre lang falsch machen“. Dieses Zitat von Kurt Tucholsky trifft auf viele alteingesessene Politiker zu, aber gewiss nicht auf Margot Sinning. Die SPD Politikerin wurde 1990 in den Stormarner Kreistag gewählt und wirkte zunächst als stellvertretende Kreispräsidentin und Vertreterin in diversen Ausschüssen mit. Vor allem im damaligen Personal- und Sozialausschuss sah sie die größten Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sowie der Behebung von Missständen.

Anfang der neunziger Jahre übernahm sie die Leitung des Ausschusses, der nach dem Wegfall der Personalangelegenheiten an den Landrat in Sozial- und Gesundheitsausschuss umbenannt wurde und blieb diesem bis heute als Ausschussvorsitzende treu.

Nicht nur aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungswerte und Kompetenz in sozialpolitischen Fragen wird die examinierte Altenpflegerin von Vereinen, Verbänden, Organisationen, Parteien und der Verwaltung hoch geschätzt, sondern vor allem dafür, dass sie ein Auge darauf hat, was für die Stormarner Bürger sinnvoll, aber vor allem auch machbar ist.

Die Kreispräsidentin lobt, dass Frau Sinning dabei nie die Finanzen des Kreises außer acht gelassen habe und sie selber im Ausschuss geblieben sei aufgrund der harmonischen und sachlichen Zusammenarbeit mit der SPD Politikerin. Frau Sinning ist angesichts der Laudatio gerührt und hebt hervor: „Ich bin eine Freundin deutlicher Worte. Rumeiern bringt nichts.“ Deutliche Worte stoßen zwar nicht immer auf Gegenliebe, aber zeigen allen Beteiligten auf, was möglich ist und wo gegebenenfalls nachgebessert werden muss. So wird den Menschen im Kreis wirklich geholfen und keine Luftschlöser gebaut. Auch der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel hebt hervor: „ Margot Sinning gebührt Respekt und Anerkennung ihren Einsatz für die Bürger in Stormarn. Sie ist geschätzt und geachtet über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg und damit ein Vorbild für eine an der Sache orientierte Politik. In diesem Sinne schließen wir uns den Worten der Kreispräsidentin an und danken Frau Sinning für die geleistete Arbeit der letzten 20 Jahre und wünschen ihr alles Gute für die kommende Arbeit.“

Keine Kommentare



SPD-Gipfel fordert: Planung der S4 jetzt in Angriff nehmen!

Zu einem „S4-Gipfel“ trafen sich SPD-Politiker aller politischen Ebenen im Hamburger Rathaus. Aus Stormarn nahmen der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies, der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, Sigrid Kuhlwein als Vorsitzende des Stormarner Verkehrsausschusses und Ahrensburgs Bürgermeister Michael Sarrach teil. Dabei war auch S-Bahn-Chef Arnecke. In einer Resolution fordern die Sozialdemokraten, die Planung der S4 zwischen Hamburg und Ahrensburg jetzt in Angriff zu nehmen.



Martin Habersaat: „Die Zeit, nur die Wichtigkeit des Ausbaus zu betonen, ist nun vorbei. Jetzt brauchen wir konkrete Schritte, um einen 20- oder sogar 10-Minuten-Takt zwischen Ahrensburg und Hamburg zu erreichen.“ Hier könnten Hamburg und Schleswig-Holstein einen Meilenstein in Sachen Kooperation bewältigen.

S-Bahn-Chef Arnecke betonte die möglichen positiven Folgen auch für den Güterverkehr und den Hamburger Hauptbahnhof, der um etwa 100 Regionalzüge am Tag entlastet werden könne: „Das Herz Hamburgs wird dann besser schlagen können.“ Die Fahrgastzahlen könnten sich von 20.000 auf 30.000 Fahrgäste am Tag erhöhen.

Die Resolution im Wortlaut:

Das Projekt S 4, der Bau einer S-Bahn-Strecke auf eigenen Gleisen von Hasselbrook nach Ahrensburg und darüber hinaus nach Bargteheide und Bad Oldesloe, zählt zu den wichtigsten Infrastrukturprojekten der nächsten zehn Jahre.

250.000 Menschen in der Metropolregion Hamburg würden vom Anschluss der Achse Hamburg — Ahrensburg — Bad Oldesloe an das Hamburger S-Bahn-Netz profitieren. Mit der S 4 nach Stormarn würde eine neue umsteigefreie und umweltfreundliche Verbindung zwischen Stadt und Region entstehen, die auch die Fahrzeiten zwischen vielen Zielen schrumpfen lässt.

Stand anfangs der Wunsch nach einem attraktiven Nahverkehrsangebot für den Osten Hamburgs und Stormarn im Vordergrund, kommen seit Längerem weitere, sehr gewichtige Argumente hinzu: Nur mit der S 4 auf separaten Gleisen kann den Kapazitätsengpässen bei Fern- und Nahverkehr im Hamburger Hauptbahnhof wirksam begegnet werden. Und sie ist erforderlich, um für den zunehmenden Schienengüterverkehr, nicht zuletzt im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.

Das Projekt S 4 stellt sich wie folgt dar: Zwei neue Gleise bis Ahrensburg, ein neues Gleis bis Bargteheide ermöglichen den dichten S-Bahn-Takt und die Errichtung von vier neuen Stationen auf Hamburger Gebiet. So ergeben sich gute Verbindungen zwischen Hamburg und Ahrensburg und darüber hinaus von und nach Bargteheide und Bad Oldesloe — umsteigefrei bis in die Hamburger Innenstadt. Die Baukosten für die neue Infrastruktur werden auf 350 Mio. Euro

geschätzt, erwartet wird ein Fahrgastzuwachs von wenigstens 50 Prozent.

Als nächster Schritt auf dem Weg zur Realisierung des, Projekts S 4 muss nun die Vorentwurfsplanung erfolgen. Doch in diese Situation platzt der Bund mit der Nachricht, dass er den Bau eines dritten Gleises zwischen Wandsbek und Ahrensburg nicht mehr für erforderlich hält. Dabei wurde dieses Vorhaben immer auch als möglicher Finanzierungsanteil des Bundes am Projekt S 4 angesehen. Der Bund beruft sich dabei auf eine Passage im Gutachten zum Eisenbahnknoten Hamburg, das an anderer Stelle jedoch zu außerordentlich positiven Bewertungen des Projekts S 4 kommt und dem Bund eine anteilige Finanzierungsverantwortung zuweist, indem es feststellt, dass der Nutzen des Projekts S 4 nur zu 40 % auf den Schienenpersonennahverkehr entfällt, aber zu 60 % auf den Schienengüter- und -personenfernverkehr. Damit ist das Projekt S 4 weit mehr als ein bloßes Nahverkehrsprojekt, der Bund steht hier unmittelbar mit in der Pflicht.

Dem weiteren Ausbau der Strecke Hamburg – Lübeck steht die Wirtschaftlichkeit schon heute quasi auf der Stirn geschrieben. Die S-Bahn Hamburg GmbH strebt eine Realisierung der S 4 bis 2018 an. Dieses ehrgeizige Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

1. Hamburg und Schleswig-Holstein sollen noch in diesem Jahr die Vorentwurfsplanung für das Projekt S 4 in Auftrag geben und diese anteilig finanzieren.
2. Bei der anstehenden Aktualisierung des Bundesverkehrswegeplans muss das Vorhaben „Bau eines dritten Gleises zwischen Hamburg-Wandsbek und Ahrensburg“ zur Schaffung ausreichender Kapazitäten für den Schienengüter- und -personenfernverkehr infolge der festen Fehmarnbelt-Querung im vordringlichen Bedarf bleiben.
3. Zur vollständigen Trennung des Vorort- vom Güter-, Fern- und Regionalverkehrs zwischen Hamburg und Ahrensburg soll dieses Vorhaben dergestalt realisiert werden, dass sich der Bund in Höhe des anteiligen verkehrlichen Nutzens für den Schienengüter- und -personenfernverkehr an den Kosten des Projekts S 4 beteiligt.
4. Gleichlautende, fraktionsübergreifende Beschlussfassungen der Hamburgischen Bürgerschaft und des Landtags Schleswig-Holstein, um auf diesem Weg die Vorentwurfsplanung zügig zu initiieren.

Foto v.l.n.r.: Ole Thorben Buschhüter, Lars Pochnicht, Franz Thönnies, Michael Sarach, Martina Koeppen, Olaf Schulze, Sigrid Kuhlwein, Bernd Schröder, Aydan Özuguz und Martin Habersaat.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.09.2010, 12:48 Uhr - 1502 Clicks - Nr. 878

Sportpolitik: Bürgersprechstunde mit Torsten Stagars (SPD)

Am Freitag, 1. Oktober 2010 von 17.00 bis 20.00 Uhr führt der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Torsten Stagars eine Bürgersprechstunde zum Thema Sportpolitik durch. Er ist in dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 0431 901-2527.

Dabei sollen die Schwerpunkte auf folgenden Themen liegen:

- das geplante Sport- und Freizeitbad (z.B. Warum benötigt Kiel ein neues Schwimmbad?,

Eintrittspreise, Was geschieht mit den anderen Bädern?)

- Sportförderung (z.B. investive und nichtinvestive Maßnahmen, Sportstättenanierung, Kooperation von Sportvereinen und Schulen)
- Sportentwicklungsplanung (z.B. Entscheidungsgrundlagen für oder gegen neue Sporthallen, Hallenzeitvergaben, Optimierung der Belegung von Sporthallen)

Dazu Torsten Stagars: „Nur im Austausch mit Ihnen können wir erfahren, wo Ihre Anregungen für unsere Politik liegen, was Sie befürworten, kritisieren oder auch ablehnen. Das können Sie uns selbstverständlich mit einem Brief oder per E-Mail mitteilen. Allerdings möchten wir Ihnen auch die Möglichkeit bieten, mit uns persönlich ins Gespräch zu kommen.“

Wir wollen Probleme aus erster Hand erfahren und helfen, sie schnellstmöglich zu lösen. Dadurch ist eine bürgernahe Politik erst möglich.“

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 28.09.2010, 17:20 Uhr:

RE: Sportpolitik: Bürgersprechstunde mit Torsten Stagars (SP

Was mich mal interessieren würde ist die Begründung für die erhöhten Eintrittspreise, bzw. wo überhaupt nach oben die Grenze ist? Im Ratsbeschluss wurde nämlich vor allem festgehalten, dass es auch bei dem neuen Zentralbad keine Erhöhung der Zuschüsse geben wird. D.h. bei geringerem Einnahmen bleibt nur eine Erhöhung als Ausweg. Und was passiert, wenn bei der Planung herauskommt, dass das schöne neue Bad nicht für 17 Millionen zu haben sein wird? Und was passiert in der Zwischenzeit? So weit ich mitbekomme ist gerade das Schulschwimmen derzeit sehr problematisch, da die Lessinghalle ja ausfällt. Wann soll die neue Halle denn stehen?

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 28.09.2010, 16:47 Uhr - 3682 Clicks - Nr. 879

Nachhaltige Abfallwirtschaft im Kreis

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Lauenburgischen Kreistag, Gunar Schlage, und der SPD-Kreisvorsitzende, Peter Eichstädt, zeigen sich zufrieden mit dem Kreistagsbeschluss über die energetische Nutzung der anfallenden Bioabfälle. Der Beschluss geht zurück auf eine Initiative von SPD und Grünen.



Der Beschluss des Kreistages zur energetischen Nutzung (Vergärung) der Bioabfälle ist nach Ansicht der SPD-Kreistagsfraktion ein überfälliger Schritt in eine neu ausgerichtete Abfallwirtschaft.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Gunar Schlage, hierzu: „Dabei war das Thema im Kreis Herzogtum Lauenburg politisch fast schon tot. Gut, dass wir so beharrlich waren und das Projekt am Leben gehalten wurde.“

Schlage erinnert: „Das Thema war zu Beginn des Jahres bei uns im Kreis politisch fast tot. Trotz anders lautender Aussagen in ihrem Wahlprogramm wollte die CDU-Fraktion im Kreistag das Thema beerdigen. Vehemente Unterstützung fand sie bei Verhinderung einer ökologischen Ausrichtung der Abfallwirtschaft bei der FDP.“

SPD-Kreistagsvorsitzender Peter Eichstädt ergänzt: „Wir haben uns in dieser Frage zu Beginn des Jahres an die Öffentlichkeit gewandt. Wir wollten wissen, wie die Bürgerinnen und Bürger dieses Thema sehen. Damals wurde ganz deutlich, dass eine überwältigende Mehrheit dieses

Thema positiv beurteilt."

Zur Kreistagssitzung im März haben dann SPD und Bündnisgrüne einen gemeinsamen Antrag eingereicht, dass bei der Neufassung des Abfallwirtschaftsprogramms 2011 - 2015 die Vergärung von Bioabfällen als anzuwendende Verwertungstechnik vorgeschrieben werden soll.

Peter Eichstädt: „Dieser Antrag stand in der Kreistagssitzung in Sandesneben kurz vor der Ablehnung durch CDU und FDP, ohne inhaltliche Auseinandersetzung seitens dieser Fraktionen. Erst nach einer Sitzungsunterbrechung konnte durch uns erreicht werden, dass dieser Antrag zumindest noch einmal im Fachausschuss beraten werden sollte. Nur die dadurch ermöglichten intensiven Beratungen haben es ermöglicht, die jetzige Beschlussfassung herbeizuführen. Statt der Entwicklung hinterher zu laufen, ist der Kreis jetzt in der Abfallwirtschaft auf Augenhöhe. "Vorne Abfall rein - hinten Energie raus" - das ist eine guter Beitrag auch zum Klimaschutz."

Schlage und Eichstädt abschließend: „SPD und Bündnisgrüne können zufrieden sein. Wir haben damit gemeinsam CDU und FDP aufgezeigt, dass ihre zeitweilige Blockadehaltung einen Anachronismus darstellt. Die jetzige Beschlussfassung ist jedenfalls eine gute Basis dafür, eine ökologische Ausrichtung unserer Abfallwirtschaft zu gewährleisten."

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 29.09.2010, 13:33 Uhr - 5543 Clicks - Nr. 880

SPD Rathausfraktion wählt zur Halbzeit

Die SPD-Rathausfraktion hat in ihrer Sitzung am vergangenen Montag (27.09.) turnusgemäß zur Mitte der laufenden Wahlperiode den Fraktionsvorstand neu gewählt. Andreas Hering wurde mit einem Ergebnis von 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen im Amt des Vorsitzenden der SPD-Fraktion bestätigt. Er ist seit dem 09.10.2000 im Amt und damit „dienstältester“ Fraktionsvorsitzender in der Ratsversammlung.

Ebenfalls wiedergewählt wurden die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Helga Hein und Hans-Werner Zahnow. Auch Andreas Kluckhuhn und Dr. Helmut Kettler wurden als Beisitzer wieder in den Fraktionsvorstand gewählt.



"Dass der komplette Fraktionsvorstand bestätigt wurde, ist ein deutlicher Vertrauensbeweis in die bisher geleistete gute Arbeit des Fraktionsvorstandes", freut sich der wiedergewählte Vorsitzende Andreas Hering.

Die SPD-Fraktion hat am Montag Abend noch weitere Beschlüsse über Ausschussumbesetzungen gefasst. So soll u.a. der für die aus beruflichen Gründen aus der Ratsversammlung ausgeschiedene Jessica Kummerfeldt nachgerückte Ratsherr Reinhard Arens den Vorsitz im Schul-, Kultur- und Sportausschuss übernehmen. Der Tungendorfer Ratsherr Jürgen Böckenhauer wechselt vom Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in den Brandschutzausschuss und soll dort den Vorsitz übernehmen.

Für den Aufsichtsrat der Wohnungsbau GmbH wurde anstelle des früheren Oberbürgermeisters

Hartmut Unterlehberg der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Süd, Wolfgang Radzko, nominiert. Für die ausgeschiedene Jessica Kummerfeldt schlägt die Fraktion Christian Wigger, den Geschäftsführer der C. J. Wigger KG, für die Wahl in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsagentur vor.

Die Umbesetzungen ergaben sich, weil neben der Neuwahl des Fraktionsvorstandes auch Mitglieder aus der Fraktion und dem Kreisverband sich gemeldet hatten, die zur Halbzeit der Wahlperiode andere Aufgaben übernehmen wollten. Deshalb kam es zu einigen Gegenkandidaturen.

„Ein völlig normaler „Verwaltungsvorgang“ sei dies“, erläutert Fraktionsvorsitzender Andreas Hering.

Alle Beteiligten hatte SPD-Fraktionschef Andreas Hering in der vergangenen Woche im Vorwege über die Kandidaturen in persönlichen Gesprächen informiert. Mit Ex-OB Hartmut Unterlehberg habe er letzten Donnerstag telefoniert. "Die Entscheidungen der Fraktion sind demokratisch erfolgt", so Hering weiter, "und wir gehen davon aus, dass alle auch weiterhin ihre Erfahrungen in die Fraktionsarbeit einbringen werden."

Weitere Entscheidungen über freie Ausschussplätze, etwa für den von Jürgen Böckenhauer frei gemachten Sitz im Bauausschuss und den Sitz von Jessica Kummerfeldt im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, werden in der Fraktionssitzung am kommenden Montag getroffen. Hering kündigte an, mit Delfs und Nötges weiter das Gespräch zu suchen, um gemeinsam Möglichkeiten zu vereinbaren, wie die beiden langjährigen Ratsmitglieder ihre Erfahrungen auch weiterhin einbringen können.

Die Umbesetzungen werden jetzt als Vorschläge in die nächsten Ratsversammlung am 05.10. eingebracht. Über die Umbesetzungen in den Aufsichtsräten der Wirtschaftsagentur und der WOBAU muss der Hauptausschuss entscheiden .

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.09.2010, 15:33 Uhr - 3596 Clicks - Nr. 881

Gute Arbeit - Sicherheit - Mitbestimmung

Die AfA Kreisverbände Flensburg und Schleswig-Flensburg erwarten den stellvertretenden AfA Bundesvorsitzenden Klaus Barthel, MdB und Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, zu einer gemeinsamen Veranstaltung am 6. Oktober 2010 um 19.30 Uhr im Weichehuus, Alter Husumer Weg 222 in Flensburg. Der SPD OB-Kandidat für die Stadt Flensburg Thede Boysen hat seinen Besuch ebenfalls angekündigt.

Es werden die Themen Leiharbeit, Mindestlohn, Tariftreue, prekäre Beschäftigungsverhältnisse behandelt. Diese Begriffe prägen die Diskussion über die Arbeitswelt von heute. Wie sich die aktuelle Berliner Politik auf das Arbeitsleben auch hier in unserer Region auswirkt wollen wir untersuchen.

Wir freuen uns besonders über die Teilnahme von Betriebsräten unserer Region. Aber auch alle interessierte Genossinnen und Genossen und besonders Gäste sind ganz herzlich eingeladen.

Jens Seelbach (Vorsitzender AfA Flensburg) und Peter Casper (Vorsitzender AfA Schleswig-Flensburg)

Keine Kommentare

Gesundheitsversorgung von Menschen „ohne Papiere“

Aus Anlass der heutigen Eröffnung des Medi-Büros in Kiel haben der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, und die integrationspolitische Sprecherin Serpil Midyatli eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt.

Sie fragen darin nach dem „anonymen Krankenschein“ für illegal in Schleswig-Holstein lebende Menschen.

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Anonymer Krankenschein

Auch in Schleswig-Holstein leben Menschen in der Illegalität. Gleichwohl haben auch diese Menschen nach der UN-Konvention ein Recht auf gesundheitliche Vorsorge und medizinische Hilfe.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Haltung hat die Landesregierung zu dem Vorschlag „Anonymer Krankenschein“, mit dem z. B. Menschen ohne Papiere ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen könnten?
2. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, auch in Schleswig-Holstein diesen Vorschlag zu realisieren und wenn ja, in welcher Form?
3. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung generell zur Unterstützung und zur Sicherstellung des Gesundheitsschutzes von Menschen ohne Papiere?

Keine Kommentare

HartzIVplus ist ein Schlag in das Gesicht der Betroffenen

Der Kreisvorstand der AG 60plus Kreisverband Segeberg drückt sein Unverständnis über die Entscheidung der Bundesregierung bezüglich der Regelsätze im Sozialgesetzbuch aus, "HartzIVplus".

Die eindeutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde von der Regierung mißachtet.

Die Vorgaben zur Ermittlung der Regelsätze wurden zwar offen gelegt, aber durch die Einschränkung des Ermittlungshorizontes auf eine manipulierte Ebene gestellt.

Der Kreisvorstand der AG 60plus Kreisverband Segeberg drückt sein Unverständnis über die Entscheidung der Bundesregierung bezüglich der Regelsätze im Sozialgesetzbuch aus, "HartzIVplus".

Die eindeutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde von der Regierung mißachtet.

Die Vorgaben zur Ermittlung der Regelsätze wurden zwar offen gelegt, aber durch die Einschränkung des Ermittlungshorizontes von 20 auf 15% und Ausschließung bestimmter Bevölkerungsgruppen auf eine manipulierte Ebene gestellt. Ganz zu schweigen von den menschenverachteten Ansätzen, wie das Ausschließen von Alkohol- und Nikotinkranken. Es wurde nicht der tatsächliche Bedarf ermittelt, wie es die Sozialverbände Caritas, Sozialverband Deutschland und die Arbeiterwohlfahrt getan haben. Die tatsächlichen Bedarfe

der Kinder und Jugendlichen wurden gar nicht erst ermittelt. Die angezweifelte Altersstaffel wurde erst recht nicht in Frage gestellt. Selbst aus unternehmensfreundlichen Forschungsinstituten wird die Ermittlung angezweifelt.

Der Bundesgerichtshof hat erneut von einer deutschen Bundesregierung eine Ohrfeige erhalten, wie schon bei der Aufforderung geschehen, die Abgaben für die Altersversorgung bei den Ausgaben voll anzuerkennen.

Wie soll ein Volk an ein Rechtssystem glauben, wenn eine Bundesregierung die Entscheidung des obersten Gerichtes missachtet?

Der Kreisvorstand fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf gegen diesen Beschluß der Regierung zustimmen und einen geänderten Gesetzentwurf einzubringen.

Zudem fordern wir die Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand der SPD auf, erneut Karlsruhe wegen der Missachtung des Bundesgerichtsbeschlusses anzurufen.

Kommentar von [wolfgang d. witt](#) vom 04.10.2010, 02:16 Uhr:

RE: HartzIVplus ist ein Schlag in das Gesicht der Betroffenen

Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hat die Debatte über die 5 € Hartz IV Erhöhung angestoßen. Nach dem Gutachten der DIW schrumpft die Mittelschicht, zudem haben Menschen mit niedrigeren Einkommen immer weniger in der Tasche. Sozialverbände und Gewerkschaften fordern daher, das Sparpaket von CDU/FDP zu stoppen. Zwischen 2000 und 2009 nachzeichnet, stiegen die Zahlen der Armen als auch die der Reichen an. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Menschen mit niedrigem Einkommen auf 22 Prozent. Zugleich sank der durchschnittliche Nettoverdienst eines alleinstehenden Armen laut DIW-Studie von 680 Euro im Jahr 2000 auf 645 Euro Monatseinkommen! Ein politischer Skandal! Der Sozialverband VdK forderte daraufhin, das Sparpaket umgehend zu stoppen. Es sei "unverantwortlich", die Ärmsten weiter zu belasten und die Wohlhabenden zu schonen, erklärte VdK-Präsidentin Ulrike Mascher. Bei Arbeitslosen und Beziehern von Niedriglöhnen zu sparen ist eine Kriegserklärung an diese Menschen. Allerdings gab es noch kein Protest der Betroffenen! Armen, den Arbeitern, den Arbeitslosen und Hartz IV Empfänger. Dieses Land verkommt zum Armenhaus für die Betroffenen. Willkommen im zukünftigen Klub der Tafelgänger. Weiter so Deutschland mit 5 € (Erhöhung für Hartz IV im Monat) bist Du dabei.

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 30.09.2010, 11:37 Uhr - 10917 Clicks - Nr. 884

Kandidatur Dieter Schnau

Der Kreisvorstand distanziert sich von der Bewerbung und wird diese nicht mittragen oder unterstützen

Zur Kandidatur von Dieter Schnau sagt der Kreisvorsitzende Horst Deyerling:

"Der Kreisvorstand wurde vor 4 Tagen von Dieter Schnau unterrichtet, dass er sich für um die Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl bewerben wird.

Natürlich ist es jedem SPD-Mitglied offen, sich Herausforderungen durch Kandidaturen zu stellen.

Das Abgeben seiner Bewerbung, die Rücknahme und nun wieder die Aufrechterhaltung sorgt im Kreisvorstand für Irritationen und Unverständnis.



Der SPD-Kreisverband Nordfriesland wurde in die Entscheidung des Genossen Dieter Schnau, sich für die Spitzenkandidatur zu bewerben, nicht einbezogen und nicht beteiligt.

Die Bewerbung bewerten wir als Alleinentscheidung des Bewerbers. Der Kreisvorstand distanziert sich von der Bewerbung und wird diese nicht mittragen oder unterstützen".

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 02.10.2010, 18:49 Uhr:

RE: Kandidatur Dieter Schnau

ich kann den KV Nordfriesland zur Entscheidung, ihren Schriftführer Schnau bei der Kandidatur NICHT zu unterstützen, nur beglückwünschen. Er hat sich kurz vor der Europawahl im Juni 2004 dem damaligen allseits sehr geschätzten Kandidaten Willy Piecyk gegenüber äußerst unsolidarisch verhalten, indem er in einen Presseartikel ankündigte, Willy nicht zu unterstützen

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 30.09.2010, 22:23 Uhr - 1442 Clicks - Nr. 885

Kurzbericht von der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport, Kultur und Sozial

Kurzbericht unserer Gemeindevertreterin Maren Kampz.

Cai Lamp als Ausschussvorsitzender hatte mit folgender Tagesordnung eingeladen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls vom 03.05.2010
3. Einwohnerfragestunde
4. Spielplatz

Es wurde u. a. das Thema „ Spielplatz“ erörtert. Aufgrund der desolaten finanziellen Situation der Gemeinde, zeichnete sich schon im vergangenen Jahr ab, dass nicht ausreichend Geld für eine Sanierung des Spielplatzes vorhanden sein werden würde.

Im Frühjahr 2010 gab es einen Spendenaufruf im Dorf, zusätzlich trat man an verschiedenen Firmen und Unternehmen heran. Mit Stand vom 03.09.2010 belief sich der Bestand an Zuwendungen auf 4.624 €. Dies wird für die Spielgeräte(Neukauf, wie Reparatur) ausreichen. Voraussichtlich wird es noch weitere Spenden geben. Diese sollen für die notwendigen Dinge, wie Rasen, Zement, Holz genutzt werden. Im Februar soll ein genauer Zeitplan erstellt werden. Auch werden die Eltern mit angesprochen werden, um dann im Frühjahr, sobald die Witterung dies erlaubt, mit der Arbeit zu beginnen.

5. Adventsfeier

Ein weiteres Thema war die Adventsfeier. Die Gemeinde lädt wie jedes Jahr am 2. Mittwoch im Dezember, 08.12., zur Weihnachtsfeier die Senioren und Seniorinnen ein.

6. Lutterbeker Anzeiger

Der nächste Lutterbeker Anzeiger soll in diesem Jahr ein weiteres Mal erscheinen. Textbeiträge können bis zum 14. November 2010 an Cai Lamp gegeben werden.

7. Verschiedenes

Der Volkstrauertag fällt auf den 14.11. Die Kranzniederlegung wird um 14.00 Uhr am Ehrenmal stattfinden, anschließend lädt die Gemeinde zu Kaffee und Kuchen ins DGH.

Keine Kommentare

Abschlussfest der 10. Stormarner Kindertage

Seit 2001 organisiert der Kinderschutzbund Stormarn rund um den Weltkindertag die Stormarner Kindertage. Vereine, Verbände, Institutionen und Personen, die mit Kindern und für Kinder arbeiten, stellen dann ihre Anliegen besonders deutlich dar: Es geht darum, die Lebenssituation von Kindern zu verbessern, Kinderarmut zu bekämpfen und die Rechte von Kindern zu stärken. Auf dem Abschlussfest der Stormarner Kindertage war die SPD Stormarn „traditionell“ mit einem Luftballonwettbewerb vertreten.



Susanne Danhier, stellvertretende Vorsitzende der SPD Stormarn: „Wessen Ballon den weitesten Flug zurücklegt, gewinnt eine Familienkarte für den Hansapark.“ Für die SPD sei es selbstverständlich, die Kindertage zu unterstützen, sowohl die politischen Ziele betreffend, aber auch bei der Ausrichtung eines tollen Festes für Kinder in Stormarn, das auch dazu beitrage, auf politische Anliegen hinzuweisen.

3545 Kinder leben im Kreis Stormarn von Hartz IV, nach einer Schätzung des Kinderschutzbundes weitere 3500 Kinder in Haushalten, in denen die Eltern zu Geringverdienern gehören, die aber aus Scham oder Unkenntnis keine Ansprüche bei den Ämtern geltend machen. Danach wäre im reichen Stormarn jedes sechste Kind von Armut betroffen. Ingo Löding, Geschäftsführer des Kinderschutzbundes: „Der Maßstab für Kinderfreundlichkeit ist die UN-Konvention über die Rechte der Kinder. Die gelten für Deutschland schon seit dem 5. April 1992. Es stellt sich aber immer wieder heraus, dass sie noch lange nicht umgesetzt sind.“

Foto: Martin Habersaat, MdL (SPD-Kreisvorsitzender), Halina Waltz (Mitglied des SPD-Kreisvorstands), Susanne Danhier (stv. SPD-Kreisvorsitzende)

Keine Kommentare

AGS Kiel mit neuem Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung der AGS Kiel am 27.09.2010 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender der AGS bleibt Guenther Hansen.

Die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind: Margit Pelzer, als stellvertretende Vorsitzende, Schatzmeister Dr. Gunnar Tietze und die Beisitzer Serpil Midyatli, Torsten Meyer-Bogia und Jürgen Frommholz.

Arbeitsschwerpunkte des neuen Vorstandes sind u.a. die Themenfelder Demographischer Wandel, Spin-Offs, Alternative Energien, Maritime Wirtschaft und Kreativwirtschaft.

Keine Kommentare

Freizeitbad gerettet!

"Die SPD Reinbek freut sich mit allen Nutzern und Beschäftigten über die Rettung des Freizeitbades." - Mit diesen Worten kommentiert Reinbeks SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls das Ende der Monate langen Unsicherheit über den Fortbestand der Einrichtung durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auf einen interfraktionellen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Puls zur Antragsbegründung in der Stadtverordnetenversammlung: "Wir haben versucht, für einen Grundsatzbeschluss zur Erhaltung und Fortführung des Freizeitbades eine möglichst breite Mehrheit und eine gemeinsame Beschlussfassung möglichst aller Fraktionen zu erreichen. Wir freuen uns, dass es jedenfalls gelungen ist, einen interfraktionellen Antrag einzubringen, der von drei Fraktionen des Hauses in allen Punkten getragen wird."

Der Antrag ist in namentlicher Abstimmung mit 26 Ja- gegen 9 Neinstimmen angenommen worden. Zugestimmt haben alle Mitglieder der SPD-Fraktion (9), die Grünen (5), die FDP (5) und in Teilen auch die CDU-Fraktion (mit 7 Stimmen). Abgelehnt haben 5 Mitglieder der CDU und alle 4 Mitglieder von Forum 21. Puls wies in seinem Wortbeitrag auf die schwierige Haushaltslage der Stadt hin. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei die dauerhafte finanzielle Förderung des Freizeitbades jedoch "keine beliebig verzichtbare freiwillige Leistung, sondern kommunalpolitische Verpflichtung für den Erhalt einer sozialen Einrichtung - auch in Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern."

Der interfraktionelle Antrag im Wortlaut:

1. Das Freizeitbad Reinbek wird über den 30.09.2010 hinaus fortgeführt.
2. Grundlagen für die Fortführung des Freizeitbades sind
 - 2.1. die konzeptionelle Neuausrichtung des Betriebs entsprechend den Arbeitsergebnissen im Forum Freizeitbad des Hauptausschusses zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.2010
 - 2.2. die mittelfristige Wirtschaftsplanung der Freizeitbad-Betriebsgesellschaft für die Jahre 2011 - 2020, vorgelegt zur Stadtverordnetenversammlung am 30.09.2010 als aktualisierte Anlage zur Verwaltungsvorlage 2010/50/015
3. Maßgabe für die Fortführung des Freizeitbades ist die Begrenzung ("Deckelung") der städtischen Betriebskostenzuschüsse auf jährlich 500.000 Euro.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, in Verhandlungen mit der Firma NORD-direkt GmbH auf eine einvernehmliche Beendigung der Vertragsbeziehungen zum 31.12.2011 hinzuwirken (= Ausscheiden NORD-direkt aus der Betriebsgesellschaft und Abwicklung der bestehenden Dienstleistungs-, Betriebs- und Geschäftsführungsverträge).
5. Bis zum 31.03.2011 wird nach Beratung im Hauptausschuss über die Veränderung der Betriebs- und Rechtsform des Freizeitbades als selbstständiges Unternehmen entschieden.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 11:33 Uhr - 4888 Clicks - Nr. 889

Holtenauer Badeanstalt wieder für Alle zugänglich

Zur Entscheidung für den Erhalt der Holtenauer Badeanstalt durch die Lighthouse Foundation:



„Wir begrüßen den Zuschlag der Stadt Kiel für die gemeinnützige Stiftung, die den Badebetrieb in Holtenau wieder beleben und sichern will. Dieser Entscheidung holt die Bürgerinnen und Bürger wieder an die Förde und schafft gleichzeitig Bademöglichkeiten nicht nur für die Holtenauer, sondern für alle Kielerinnen und Kieler“, so SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

"Zusätzlich ist auch die Erhaltung der optischen Öffnung zum Wasser gesichert und wird nicht durch eine privatwirtschaftliche Nutzung versperrt.

Der im Ortsbeirat Holtenau einstimmig beschlossene Antrag der SPD-Ortsbeiratsmitglieder, die Stadt möge sich für das Konzept der Lighthouse Foundation entscheiden, trifft nicht nur den Wunsch der Holtenauer, sondern passt gleichzeitig in die Rahmenplanung Kieler Förde."

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 14:15 Uhr - 2514 Clicks - Nr. 890

Großes Interesse am Blücher

Am vergangenen Mittwoch fand die Zukunftswerkstatt des Ortsvereins Kieler Mitte zum Blücherplatz statt. In den Räumlichkeiten des Regionalen Berufsschulzentrums am Ravensberg fanden sich etwa 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, um gemeinsam über die weitere Gestaltung zu beraten. Der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Henning Groskreutz machte deutlich, dass man sich nicht erneut von der Verwaltung überrumpeln lassen wolle, wie dies bei den Planungen für die Mensa in der



Hansastraße oder dem Umbau der Esmarch- und Blücherstraße geschehen sei. "Der SPD Ortsverein Kieler Mitte will zusammen mit den Nachbarinnen und Nachbarn und Gewerbetreibenden im Stadtteil überlegen, was wir wollen und was wir ablehnen," so Benjamin Raschke (Ortsvereinsvorsitzender).

Nach einer Einführung in die Entwicklungsgeschichte des Platzes durch Wolfgang Kuessner ([Bluecherplatz-Kiel.de](#)) und einem Impulsreferat über mögliche Gestaltungsvarianten von Dieter-Jürgen Mehlhorn, erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Vorschläge in Arbeitsgruppen zu den Themen Wirtschaft, Gestaltung und Verkehr.

Die Ergebnisse werden nun vom Ortsverein aufbereitet und im Internet unter dem [Thema Blücherplatz](#) für alle Interessierten eingestellt. In der weiteren Diskussion soll dann ermittelt werden, was berücksichtigt werden soll und kann und was nicht. Ziel soll es dann sein, die Alternativen weiter zu entwickeln und auf zwei Varianten zu beschränken. Auf dieser Grundlage soll schließlich ein gemeinsamer Antrag an den Ortsbeirat formuliert werden mit der Aufforderung an die Stadtverwaltung in der weiteren Planung die erarbeiteten Ergebnisse für

die zukünftige Planung zu berücksichtigen.

Ein konkretes Ergebnis kann schon verzeichnet werden, so sollen sich nach Auskunft einiger Bürger noch Reste einer Bunkeranlage unter dem Platz befinden, was bei den Planungen noch zu berücksichtigen sein wird.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 15:01 Uhr - 8715 Clicks - Nr. 891

Erklärung zum internationalen Tag der älteren Menschen

Anlässlich des internationalen Tages der älteren Menschen, den die UN für den 1. Oktober ausgerufen hat, schließt sich der Vorstand der SPD-Kreis AG 60 plus der nachfolgenden Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft an.

Kreisvorsitzender Hans Peter Robin ergänzt dazu: „Die Älteren in der Partei werden sich zu den seniorenrelevanten Themen nicht nur zu Wort melden, sondern auch Vorschläge unterbreiten und Anträge auf den Weg bringen !“ Zukunft braucht ältere Menschen. Wir fordern, dass in Deutschland eine Kultur der Weiterbildung für alle Altersgruppen entwickelt wird. Bildung rechnet sich für jedes Lebensalter.



Der gesellschaftliche Wandel geht in Richtung älter werdende Gesellschaft. Noch nie konnten Menschen so alt werden wie heute und dies ist ein Grund zur Freude.

Viele Faktoren haben zu dieser deutlich längeren Lebenserwartung geführt. Diese Tatsache wird das Zusammenleben als auch den Arbeitsmarkt verändern.

Unternehmen, die innovativ- und zukunftsfähig bleiben wollen, müssen sich darauf einstellen, diese Ziele mit einer älter werdenden Belegschaft zu erreichen.

Dies kann aber nur funktionieren, wenn die Betriebe gemeinsam mit ihren Beschäftigten die Arbeitsbedingungen und die Laufbahnplanung so gestalten, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum Renteneintrittsalter im Beruf bleiben können und sie nicht von der Weiterbildung ausgeschlossen werden. Wichtig ist es, die Arbeit in altersgemischten Teams anzustreben, in welchen Ältere und Jüngere miteinander arbeiten und voneinander lernen können.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 19:07 Uhr - 24530 Clicks - Nr. 892

Die neue Homepage des SPD Umweltforums

Die SPD Schleswig-Holstein war immer auch besonders ökologisch ausgerichtet. Sie hat als einer der ersten Landesverbände gegen den Ausbau der Atomenergie Stellung bezogen.

Sie hat in Worten und Taten Windkraft und Solarenergie ausgebaut.

Sie hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung ein modernes Naturschutzgesetz geschaffen.

Sie hat den Anstoß für die Nachhaltigkeitsstrategie in Schleswig-Holstein gegeben.

Diese ökologische Tradition gilt es fortzusetzen.

In unserem Umweltforum können auch Nicht-Mitglieder mitarbeiten,

die bei uns ihre Kenntnisse und Erkenntnisse einbringen wollen. Wir freuen uns auf Ihre / Eure Mitarbeit.

[HIer geht es zur Homepage...](#)



Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 22:31 Uhr - 2350 Clicks - Nr. 893

Einladung zur 120 Jahrfeier der SPD Wedel

Einladung zur 120 Jahrfeier der SPD Wedel

Einladung

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 22:49 Uhr - 3853 Clicks - Nr. 894

Grundsicherung - Wie geht es weiter?

Olaf Scholz im Gespräch - 9. Oktober 2010,

15.30 - 17.30 Uhr, Altes Rathaus, Beer

Yaakov Weg 17/18, 23843 Bad Oldesloe

Die Sozialgesetzgebung war eines der umstrittensten Reformfelder der Regierung Schröder. Noch heute ringt die SPD um ihr Verhältnis zu „Hartz IV“. Die Zukunft der Grundsicherung ist dieser Tage wieder Thema in allen Medien - das Bundesverfassungsgericht hatte eine Neuberechnung verordnet und CDU/FDP wollen die Grundsicherung um fünf Euro erhöhen.



Die Grundsicherung für Kinder, sagen sie, hätte eigentlich reduziert werden müssen. Die SPD Stormarn hat zu diesem Themenkomplex einen kompetenten Gast eingeladen: Olaf Scholz. Der ehemalige Arbeitsminister (und künftige Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg?) kommt nach Bad Oldesloe.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender: „Die SPD war immer die Partei, die Alle mitnehmen wollte. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass es in unserem Land Kinder gibt, die in einer Form von Armut betroffen sind, die ihre Zukunftschancen gefährdet.“ Auf der anderen Seite müsse aber auch immer die Finanzierung von Sozialleistungen mit im Auge behalten werden - eine Konzentration nur auf eine der beiden Seiten greife zu kurz. „Immer geht es um Menschen und die Frage, wie sie ihr Leben gestalten können und die Frage, wie wir unsere Gesellschaft organisieren können und wollen.“

Olaf Scholz, MdB, war von November 2007 bis Oktober 2009 Bundesminister für Arbeit und Soziales. Seit Oktober 2009 ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD Bundestagsfraktion. Seit November 2009 Landesvorsitzender der SPD Hamburg und stellvertretender Parteivorsitzender der Bundes-SPD. Dabei sein wird auch der Stormarner Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies, einst Parlamentarischer Staatssekretär in Scholz' Ministerium. In einem zwanzigminütigen Talk mit Olaf Scholz führt Susanne Danhier, stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, in das Thema ein, dann wird das Publikum mit einbezogen.

Foto: Olaf Scholz, Sigmar Gabriel, Martin Habersaat (auf dem Bundesparteitag 2007 in Hamburg)

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 02.10.2010, 23:11 Uhr - 2093 Clicks - Nr. 895

SPD Mitgliederversammlung

Artikel aus dem Wedel Schulauer Tageblatt

Artikel

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 03.10.2010, 13:05 Uhr - 3710 Clicks - Nr. 896

Pressemitteilung zum SHZ Artikel "Kreis muss den Gürtel enger schnallen"

01.10.2010: Pressemitteilung zum SHZ Artikel "Kreis muss den Gürtel enger schnallen"

SPD Kreistagsfraktion: Kein blindes Sparen ohne Gespräche mit den Betroffenen !

Die SPD-Kreistagsfraktion Plön wird die Vorschläge der Verwaltung zum Haushalt 2011 intensiv prüfen, so der Vorsitzende der Plöner Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen. Er macht jedoch deutlich, dass hierzu intensive Gespräche mit den Betroffenen geführt werden müssen. Wir lehnen eine Politik der „Verkündung von Oben“ ab.

SPD Kreistagsfraktion: Kein blindes Sparen ohne Gespräche mit den Betroffenen !



Der Haushalt 2011 wird erst im Februar 2011 verabschiedet. Bis dahin gibt es ausreichend Gelegenheit mit den betroffenen Verbänden zu sprechen. „Erste Gespräche haben wir seitens der SPD bereits auch schon geführt“, ergänzt Schlüsen, weitere sind in der Planung. Es darf keine Unsicherheit entstehen, dass bestehende Verträge mit Vereinen und Verbänden nicht eingehalten werden. Hier wird die SPD die Verlässlichkeit einfordern. Daß auch die SPD Kreistagsfraktion Verantwortung übernimmt und auch schmerzhaft Entscheidungen trifft, hat sie auch in den letzten Jahren bewiesen, aber mit „blinden Sparen“ zerstört man insbesondere in der Ehrenamtlichkeit bei Vereinen und Verbänden manchmal mehr an Strukturen und Wirken, was die „bloßen Zahlen“ der Verwaltung eben nicht hergeben.

Lutz Schlüsen

Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

AG 60plus der SPD Stormarn fährt nach Lübeck

Willy-Brandt-Haus, Gänge, Kohlmarkt, St.Marien - das sind die Stationen der Exkursion der AG 60plus der SPD Stormarn nach Lübeck am 20. Oktober. Los geht es um 10.15 Uhr in Bad Oldesloe. „Wissen Sie noch, wo und warum es an einem Gebäude in den Neuen Bundesländern eine Leuchtschrift „Willy Brandt ans Fenster“ gibt?“, fragt Jürgen Schneider, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft 60plus.

Die Antwort gibt es sicher im Willy-Brandt-Haus. Schneider: „20 Jahre Wiedervereinigung sind auch ein guter Zeitpunkt, an Willy Brandt zu erinnern, der als SPD-Vorsitzender und Begründer der neuen Ostpolitik einer der Väter der Einheit war.“

Das Programm: Los geht es am Mittwoch, dem 20.10. um 10:15 Uhr in Bad Oldesloe. Von dort aus geht es nach Lübeck zu einer Führung durch das Willy-Brandt-Haus. Es folgen ein gemeinsames Essen im „Kartoffel-Keller“, eine Besichtigung der berühmten Lübecker „Gänge“, ein Bummel über den Kohlmarkt und schließlich eine Führung durch St. Marien, eine der schönsten Kirchen Norddeutschlands. Der Kostenbeitrag beträgt 20 Euro, das Mittagessen kommt hinzu. Anmeldung bei Juergen Schneider 04531/84603 - juergen.schneider@spd-badoldesloe.de.



Keine Kommentare

„In der Kraft zur Erneuerung liegt die Stärke dieser Partei“

Eckart Kuhlwein führte musikalisch durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, Dr. Klaus Klinger berichtete aus der 90jährigen Geschichte des SPD-Kreisverbands Stormarn und der aktuelle Kreisvorstand um den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat legte sein Programm 2010 bis 2012 vor - das war der außerordentliche Kreisparteitag der SPD Stormarn in Bargtheide. In seiner Eröffnungsrede erzählte Habersaat von seiner Entscheidung, 1998 in die SPD einzutreten:

„Die Geschichte dieser Partei war ein wichtiger Grund. Und ich bin sicher, jeder im Saal kann viele Ereignisse nennen, die stolz auf diese Partei machen. Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann 1918, das von Otto Wels begründete ‚Nein‘ zum sogenannten Ermächtigungsgesetz 1933 und der Friedensnobelpreis für Willy Brandt 1971 sind nur drei Beispiele von vielen.“



Für die Landesebene nannte Habersaat als Beispiele die „schon vor dem Grünen grüne Energiepolitik“ von Berndt Heydemann und Günther Jansen, und am 19. Mai 1993 die Wahl von Heide Simonis als erste und für lange Zeit einzige Frau an der Spitze einer Landesregierung. Eckart Kuhlwein unternahm mit seinen Zuhörern einen musikalischen Streifzug durch die Geschichte der Arbeiterbewegung. Er erinnerte an einen Stormarner Bezug zu einem wichtigen Teil Sozialdemokratie. „Wann wir schreiten Seit' an Seit“ - ein noch heute auf SPD-Parteitag zu hörendes Lied der deutschen Arbeiterbewegung, entstammt der Feder von Hermann Claudius (1878-1980), eines gebürtigen Hamburgers, der später bis zu seinem Tod in Grönwohld lebte.

„In der Kraft zur Erneuerung liegt die Stärke dieser Partei“ - unter diese Überschrift stellte Dr. Klaus Klinger, ehemaliger Justizminister des Landes Schleswig-Holstein und langjähriger Landtagsabgeordneter für Nordstormarn, sein Referat „90 Jahre SPD Stormarn“. Einige dieser Neuanfänge untersuchte Klinger exemplarisch näher - die Reaktion der Sozialdemokraten auf die Sozialistengesetze Bismarcks, die Übernahme der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik, das Verbot durch die Nationalsozialisten, die Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg und den Wandel zur Volkspartei nach dem Parteitag von Bad Godesberg 1959. Klinger verknüpfte an vielen Stellen seines Vortrages die Geschichte Deutschlands mit Ereignissen in Stormarn. 1920 wurde der SPD-Kreisverband Stormarn gegründet, nachdem es schon länger einzelne Ortsgruppen im Kreis gegeben hatte. In diesen Jahren hatte die Partei sich erstmals auch für Beamte geöffnet, vielleicht ein Grund dafür, warum so viele Lehrer Vorsitzende der SPD Stormarn wurden. Erster Kreisvorsitzender wurde Louis Biester, ein in Hoisbüttel wohnhafter Lehrer, der 1920 maßgeblichen Anteil daran hatte, die „Räterepublik Bargteheide“ zu beenden und den Kapp-Putsch von Stormarn aus zu bekämpfen. 1932 sammelten sich bewaffnete Gewerkschafter und Sozialdemokraten zum Kampf gegen die „Machterschleichung“ in Ahrensburg - das Signal zum Kampf blieb aber aus und die Nationalsozialisten konnten ihre Macht ausweiten.

Die längste Amtszeit als Kreisvorsitzender nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Alfred Schulz aus Reinbek, ein Lehrer für Deutsch und Geschichte, von 1968 bis 1980 Kreisvorsitzender der SPD Stormarn und Landtagsabgeordneter von 1971 bis 1992. Klinger berichtete von einer frühen Initiative Schulz', auf einem Parteitag in Glashütte einen Antrag zur Unterstützung der Ostpolitik Willy Brandts zu unterstützen - zu früh, zu diesem Zeitpunkt war die Mehrheit in der Partei noch eine andere.

An einer weiteren Erneuerung arbeitet die SPD dieser Tage. Nach der Wahlschlappe bei der Bundes- und Landtagswahl 2009 wollen die Sozialdemokraten sich neu aufstellen. Beständiger Wandel sei notwendig, erläuterte Martin Habersaat den Delegierten das Arbeitsprogramm 2010 - 2012. Dann könne man auch zuversichtlich in die vorgezogene Landtagswahl gehen, die aus seiner Sicht deutlich vor September 2012 stattfinden wird: „Wenn CDU und FDP 2009 Neuwahlen binnen 70 Tagen, begründet durch Umfrageergebnisse, verantworten konnten, wird es ihnen schwerfallen zu begründen, warum die vom Verfassungsgericht jetzt gesetzte Frist September 2012 für einen nicht verfassungsgemäß gewählten Landtag bis zum letzten Tag ausgenutzt werden muss.“

Keine Kommentare

[AfA Flensburg](#) - veröffentlicht am 03.10.2010, 21:16 Uhr - 3555 Clicks - Nr. 899

Gute Arbeit – Sicherheit – Mitbestimmung MdB Klaus Barthel am 06.10.2010 in Flen

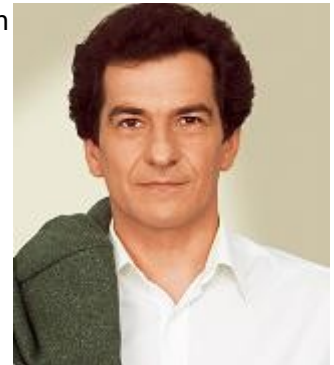
Unter dem Titel „Gute Arbeit – Sicherheit – Mitbestimmung“ diskutieren die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD aus den Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-Flensburg mit dem MdB und stellv. AfA-Bundesvorsitzenden Klaus Barthel die Auswirkungen der Berliner Politik auf unsere Region.

Klaus Barthel wird als Mitglied des Wirtschafts- und

Technologieausschusses des Deutschen Bundestages und

stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) einen Einblick in die aktuelle Berliner Politik geben und wie die dort beschlossenen Gesetze von Leiharbeit über

Mindestlohn bis Kündigungsschutz das Arbeitsleben und den Arbeitsplatz jedes Einzelnen in unserer Region beeinflussen.



Die Veranstaltung beginnt am 6. Oktober 2010 um 19:30 Uhr im Weichehuus im Alten Husumer Weg 222 in Flensburg.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 03.10.2010, 22:05 Uhr - 1776 Clicks - Nr. 900

„Global Work Party 10/10/10 – We go to work“

Pressemitteilung

„Global Work Party 10/10/10 – We go to work“ - wir machen uns an die Arbeit, um den Regierenden zu zeigen, wo es lang geht bei Klimaschutz und erneuerbaren Energien! So lautet das Motto von 350.org. Dies ist ein internationales Netzwerk, das Politiker und Regierende dazu bringen will, den CO²-Ausstoß durch wirksame Maßnahmen bis 2050 um 80% zu senken.

Eine dieser Maßnahmen ist der Einsatz von erneuerbaren Energien und der möglichst vollständige Verzicht auf das Verbrennen z.B. fossiler Schätze wie Kohle, Öl und Gas.

Am 10.10.2010 werden in einer weltweit koordinierten Kampagne lokale Aktionen durchgeführt, die auf die Einsatzmöglichkeiten der Erneuerbaren hinweisen. Bislang gibt es über 300 Aktionen in mehr als 150 Ländern der Erden.

Ebenfalls teilnehmen will die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld“ der Reinfelder SPD.

Um 10.10 Uhr startet am Rathaus eine Fahrrad-Tour zu verschiedenen

Demonstrationsobjekten, an denen man die Erzeugung erneuerbarer Energien am realen

Beispiel sehen kann. Dazu gehören Windkraft und Photovoltaik-Anlagen, ein Biomasse-

Kraftwerk, eine Wasserkraftanlage und ein Niedrig-Energie-Haus in und um Reinfeld. Nach der Rückkehr gibt es am Rathaus kostenlos Gegrilltes und erfrischende Getränke. Eine Anmeldung ist nicht zwingend erforderlich, würde aber bei der Organisation helfen: Tel. 1837.

„Wir möchten zeigen, dass es an jedem Ort der Welt – also auch bei uns – möglich ist, Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Und wir möchten mithelfen, dass es noch mehr Mitstreiter gibt.“ sagt Gerd Herrmann, Sprecher der AG.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - veröffentlicht am 04.10.2010, 11:35 Uhr - 8732 Clicks - Nr. 901

HSH Nordbank muss von der Politik kontrolliert werden

Zu der "sagenumwobenen" Situation der HSH Nordbank hielt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin Birgit Herdejürgen folgende Rede.



Der heikle Auftrag kommt ausgerechnet aus dem Haus des geheimnisumwitterten "Dr. No", dem Hofmarschall in einer kleinen, aber starken Festung zwischen zwei Fürstentümern und einer fremdländischen Handelsmacht.

Wichtige Unterlagen sind vor den Augen von Fürst, Volk und Herold verborgen, in eine andere Festung zu transferieren. →

Aber kann man allen oberen Hofchargen trauen?

Zu groß die Gefahr, dass einer Vizeoberschlosshauptmann an Stelle des Vizeoberschlosshauptmanns werden will.

Nur wer greift da heimlich nach Macht und Einfluss?

Nichts leichter, als nächstens die Hofkanzlei ein zu bestellen und einen falschen Brief vorzubereiten, der, versehen mit dem Siegel des Hofmarschalls, auf den Weg geht.

Zur Sicherheit wird der festungslose Ritter U* engagiert, um kleine Spione in den Räumen des Verdächtigen einzuschleusen. Und prompt wird eine obere Hofcharge als Überbringer der gefälschten Unterlage ausgemacht, geächtet und mit Schimpf und Schande aus der Festung gejagt.

Aber ist der Übeltäter überhaupt der Übeltäter? Liegt der Verrat vielleicht ganz wo anders? War der richtige Brief gefälscht? Was weiß der Hofmarschall?

Egal. Zu gut hat die Intrige funktioniert, als dass man künftig darauf verzichten will.

Und weil ein weiterer gefälschter Brief auffallen würde, greift man dazu, einem unliebsamen Statthalter in fernen Landen fehlgeleiteter Minne zu bezichtigen und ihm, wo das nicht reicht, verfängliche Dinge unterzuschieben, die eine von der Hofkanzlei angeführte Gesandtschaft in höchster Entrüstung ans Licht der Öffentlichkeit zerrt.

Und so leeren sich nach und nach die fürstlichen Schatullen, während (ich gebe die Kurzfassung) die Festung mit der Bewältigung ihrer inneren Befindlichkeit befasst ist.

So etwas würde niemand wirklich lesen wollen. Wenn ich dieses Storyboard für einen Wettbewerb einreichen würde → den Preis bekäme jemand anderes. Zu Recht.

Die Zustände, die über die HSH Nordbank berichtet werden, sind erschütternd: Lügen, gegenseitige Schuldzuweisungen, Verdächtigungen, Intrigen. Vermischt mit undurchsichtigen Geschäftsvorgängen, von denen einige nur den Zweck hatten, Managern höhere Einkommen zuzuschancen.

Als wir scheinbar die finanzielle Situation der HSH Nordbank mitgeteilt bekamen und sehr kurzfristig über Kapitalerhöhungen und Garantien entscheiden mussten, war es schon innerhalb der eigenen Fraktion sehr schwierig zu vermitteln, dass es nicht im Interesse der Bank und des Landes ist, allzu deutlich Kritik zu üben. Inzwischen wird die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit geführt, und das geschieht nicht durch Versäumnisse der Politik, sondern ist einzig und allein von denen zu verantworten, deren Aufgabe darin besteht, die HSH Nordbank verantwortlich zu leiten.

In Bezug auf den Umgang mit diesen empörenden Berichten unterscheidet uns Sozialdemokraten von der CDU, dass wir unsere Bank gern weiter durch die Politik kontrollieren lassen möchten. Wir sind nicht der Meinung, dass die Kontrolle von Managern durch Manager besser und zuverlässiger ans Ziel führt. Das hat bereits innerhalb der Bank nicht funktioniert, und wir halten es auch bei der Überprüfung des Vorstands durch den Aufsichtsrat für problematisch.

Nach der Entfernung der Minister aus dem Aufsichtsrat hat die Bank mittlerweile auch die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen aus dem Beirat geworfen → übrigens ohne dass mit diesen vorher gesprochen worden wäre. Im neuen politikbefreiten Aufsichtsrat hielt das offenbar niemand für notwendig. Dieser Umgang mit dem Anteilseigner liegt ganz im Stil der Bank, → akzeptabel ist er dennoch nicht.

Nach all der Kritik ist zum Abschluss noch ein Wort des Lobes angebracht: Wie die Leitung des HSH Vorstands es bewältigt, neben der Rettung der Bank auch noch all diese Ränkespiele zu organisieren, verdient schon fast Bewunderung. Es spricht für eine gute Arbeitsteilung.

Eine Utopie bleibt wohl, was wäre, wenn all diese beachtliche Energie statt für die Koordinierung von Intrigen für das Wohl der Bank verwendet würde.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 04.10.2010, 12:34 Uhr - 9352 Clicks - Nr. 902

Sparkasse auf gutem Weg – SPD unterstützt Geschäftspolitik

Sparkasse auf gutem Weg – SPD unterstützt Geschäftspolitik –Hannes Birke: Kooperation mit der Haspa noch nicht entscheidungsreif

Wir befinden uns auf einem guten Weg, müssen aber unseren Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen. Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Südholstein Ralph Schmieder zog als Gast bei der SPD-Kreistagsfraktion eine insgesamt positive Zukunftsperspektive für die Sparkasse.

Nach dem für die Sparkasse schwierigen Jahr 2009 hatte der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke den Vorstandsvorsitzenden gebeten, der Fraktion über die zukünftige Geschäftsstrategie der Sparkasse und den Stand der Kooperation mit der Haspa zu informieren.

Auch für Schmieder war das Jahr 2009 „extrem turbulent“. Als erste größere Sparkasse in Schleswig-Holstein wurde sie im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Stützungsfall. Mit finanzieller Unterstützung des Sparkassen- und Giroverbandes und der Haspa in Verbindung mit einem Konsolidierungskonzept konnte –so Schmieder– die Zukunftsfähigkeit der Sparkasse

auf einen guten Weg gebracht werden. Die ersten Ergebnisse seien ermutigend. Im Geschäftsjahr 2009 waren die Betriebsergebnisse besser als die Konsolidierungsaufgaben und für 2011 erwartet Schmieder, dass die Sparkasse im operativen Geschäft wieder in die Gewinnzone fährt.

Zukünftig will sich die Sparkasse auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Priorität hat das Kundengeschäft mit langfristiger stabiler Bindung, Steigerung der Erlöse, Qualität bei Beratung und dem Service bei weiterem Abbau von Finanzrisiken im Wertpapiergeschäft. „Wir sind“ –so Schmieder- „eine Sparkasse für den Mittelständler um die Ecke, den wir mit dem notwendigen Finanzbedarf für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit ausstatten wollen“.

In einer bis zu 25%tigen Beteiligung der Haspa an seinem Institut sieht Schmieder eine weitere Stärkung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse. Auch die Auflagen des so genannten „Basel III“ Abkommens könnten problemlos erreicht werden. Das Abkommen sieht eine Verdoppelung der Eigenkapitalquote von 4% auf 8% und verschärft die Auflagen für die durch Eigenkapital gedeckte Kreditgewährung.

Für eine mögliche Beteiligung der Haspa sieht Schmieder „keine Eile“. Dieser Schritt müsse sorgfältig vorbereitet und in enger Kooperation mit Trägern der Sparkasse, den Kreisen Pinneberg, Segeberg und der Stadt Neumünster erfolgen. Als möglichen Termin für eine Beteiligung könnte das 1. Quartal 2011 infrage kommen.

„Die von Herrn Schmieder aufgezeigte Geschäftspolitik der Sparkasse“ –so Fraktionsvorsitzender Hannes Birke- „wird die SPD unterstützen“. Bei der Kooperation will die SPD sich erst festlegen, wenn die Verhandlungsergebnisse mit der Haspa vorliegen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 04.10.2010, 15:07 Uhr - 57963 Clicks - Nr. 903

Wiegard und Carstensen erneut belastet

Zur heutigen Vernehmung von Dr. Werner Marnette vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber:

Werner Marnette belastet Carstensen und Wiegard erneut schwer. Die Vorwürfe unterlegte er plausibel mit zahlreichen erheblichen Details.

Ausführlich und detailreich schilderte der ehemalige Wirtschaftsminister Dr. Marnette seine erfolglosen Initiativen, mit seiner Einschätzung der äußerst kritischen Lage der HSH Nordbank bereits vor und nach der Pleite der Lehman-Bank beim zuständigen Finanzminister Wiegard und Ministerpräsident Carstensen Gehör zu finden.

Seine begründete Kritik und seine Bedenken hinsichtlich der Geschäftspolitik der Bank seien bei Carstensen und Wiegard auf taube Ohren gestoßen. Auch sei von beiden versucht worden, die Lage der Bank dem Kabinett und dem Landtag gegenüber zu vertuschen und die Versuche von Dr. Marnette zur Aufklärung aktiv zu behindern.

Die Schilderung der Vorgänge vermitteln den Eindruck, dass der Vorstand der HSH Nordbank die Anteilseigner über die bereits vor der Finanzkrise bedrohliche Lage der Bank und die erheblichen Risiken ihrer Geschäftspolitik bewusst im Unklaren ließ, dass der Ministerpräsident

und sein Finanzminister bestenfalls Desinteresse an diesem Vorgang zeigten und den damaligen Kabinettskollegen als Störenfried gern zum Schweigen bringen wollten.

Wir werden daher beide mit den Angaben von Dr. Marnette konfrontieren müssen, um herauszufinden, inwieweit diese Darstellungen vollständig zutreffen. Ggf. werden hier auch noch weitere Zeugen, wie z.B. der damalige Chef der Staatskanzlei, Heinz Maurus, vernommen werden müssen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 04.10.2010, 19:12 Uhr - 2928 Clicks - Nr. 904

Wahlbenachrichtigungen werden verschickt Vier Wahllokale an neuen Standorten

Bis Sonnabend, 9. Oktober werden alle Wahlberechtigten ihre Wahlbenachrichtigungskarte zur Wahl der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters am 31. Oktober 2010 erhalten. Mit dem Versand der Wahlbenachrichtigungen wurde am Freitag, dem 1. Oktober begonnen. Um für alle Bürgerinnen und Bürger einen barrierefreien Zugang zu den Wahllokalen zu gewährleisten, sind vier Wahllokale in andere Räumlichkeiten umgezogen. Die Wahllokale für die Wahlbezirke 9 und 10 befinden sich im Gesundheitshaus in der Norderstraße, das Wahllokal für den Wahlbezirk 26 in der Jörgensby-Skolen und das Wahllokal für den Wahlbezirk 41 in der Jens Jessen-Skolen.

Nach den abgeschlossenen Umbauarbeiten an der Comenius-Schule steht dort wieder das Wahllokal für den Wahlbezirk 4 zur Verfügung.

Auf der Internetseite der Stadt Flensburg www.flensburg.de können die Standorte der [Wahllokale](#) angezeigt und Routenberechnungen vom Wohnort durchgeführt werden.

Das Wahlbüro der Stadt Flensburg bittet alle Bürgerinnen und Bürger anhand der Wahlbenachrichtigung darauf zu achten, in welchem Wahllokal sie wahlberechtigt sind.

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 04.10.2010, 20:43 Uhr - 2258 Clicks - Nr. 905

SPD begrüßt den neuen Jugendbeirat

Gratulation für den neuen Jugendbeirat

Die SPD Wedel gratuliert den neuen Mitgliedern des Jugendbeirates zur Wahl und wünscht ihnen ein gutes Gelingen bei der Neugestaltung der Jugendbeteiligung in Wedel. Wir hoffen auf anregende und konstruktive Gespräche und Initiativen für die Kommunalpolitik. Wir werden den Jugendbeirat bei der Umsetzung seiner Ziele und Vorschläge gerne unterstützen.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 04.10.2010, 21:55 Uhr - 2633 Clicks - Nr. 906

Kein beitragsfreies 3. Kindergartenjahr in Quickborn

SPD-Ratsfrau Astrid Huemke kritisiert die Ablehnung der CDU, ein beitragsfreies 3. Kindergartenjahr in Quickborn einzuführen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales hat am 28.09.2010 getagt. Die CDU hat mit ihren vier Gegenstimmen dazu beigetragen, dass der Antrag der SPD für das 3. beitragsfreie Kindergartenjahr rückwirkend zum 01.08.2010 abgelehnt worden ist.

Die Begründungen der CDU drehten sich wie immer um die Finanzen der Stadt. Der Haushalt sei so belastet und man müsse erst mal abwarten, ob in den nächsten Jahren die Steuereinnahmen genauso hoch werden wie in 2010.

Hier reichen Lippenbekenntnisse der CDU: „Wir finden das auch gut, es darf Quickborn aber kein Geld kosten!“ nicht aus.

Liebe CDU, wenn wir als Quickborn wachsen wollen, um auch für junge Leute und junge Familien attraktiv zu sein, ist dies ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Quickborn ist auf dem besten Weg zu überaltern.

Das Wohnungsmarktkonzept, welches bis zum Jahre 2026 greifen soll, fängt heute schon an und nicht erst in ein paar Jahren.

Wenn man es hier ehrlich meint und Quickborn wachsen soll, dann wird man dafür zukünftig finanzielle Mittel bereitstellen müssen.

Mit der Bereitstellung der Mittel für das letzte beitragsfreie Kitajahr hätten wir den ersten Schritt getan.

Schade, diese Chance haben Sie, liebe CDU, verpasst.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 05.10.2010, 07:29 Uhr - 1737 Clicks - Nr. 907

„10/10/10 – Wir zeigen der Welt, dass wir bereit sind für Klimalösungen.“

Pressemitteilung

„10/10/10 – Wir zeigen der Welt, dass wir bereit sind für Klimalösungen.“

Dieser Gedanke steckt hinter dem internationalen Aktionstag am 10. Oktober.

5943 Aktionen in 183 Ländern dieser Erde sind bereits für diesen Tag gemeldet, und zwar von den unterschiedlichsten Veranstaltern.

Mitmachen wird an diesem Tag auch die AG „Nachhaltiges Reinfeld“ der SPD.

Die Mitglieder laden dazu ein, gemeinsam eine Fahrrad-Tour in und um Reinfeld zu unternehmen, bei der beispielhaft Orte besucht werden, an denen Energie gespart oder aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird.

Treffpunkt ist um 10 Uhr 10 das Reinfelder Rathaus. Erste Station der Tour ist das Biomasse-Kraftwerk in Stubbendorf, von da geht es zu einem Niedrig-Energie-Haus im Heilsauring. Es folgt eine Photovoltaik-Anlage auf einem Einfamilienhaus am Steinhof. Von da geht es zum Windenergie-Park in Feldhorst, wobei die lange Steigung Richtung Segeberg vermieden werden soll. Auf dem Rückweg steht die Wasserkraft-Anlage an der künftigen Senioren-Residenz am Herrenteich auf dem Programm, bevor man sich am Rathaus zu Gegrilltem und Getränken

trifft. Der SPD-Ortsverein lädt alle Teilnehmer dazu ein. Dort gibt es Gelegenheit zum Austausch von Meinungen und Informationen. Kurz informiert wird auch bereits während der Tour an den einzelnen Stationen. Man rechnet damit, dass die Tour einschließlich der Stopps an den Stationen gut zwei Stunden dauern wird, so dass man vermutlich zwischen 12.30 und 13.00 Uhr wieder am Rathaus ankommt. Dies dürfte auch für eher wenig geübte Radler möglich sein.

„Über das Netzwerk 350.org kann sich jeder Interessierte schnell im Internet informieren. Die Zahl 350 soll verdeutlichen, dass 350 ppm (also Teilchen pro 1 Million) CO² in der Atmosphäre die Obergrenze dessen bilden, was für die Erde und die Menschheit verträglich ist.“ erläutert Gerd Herrmann von der SPD-AG. „Die aktuelle CO²-Konzentration liegt aber laut wissenschaftlicher Meinung bereits bei knapp 390 ppm. Es kommt also darauf an, möglichst schnell wieder auf einen Wert unter 350 zurück zu kommen, damit die entstandenen Schäden nicht unumkehrbar werden – beispielsweise das Schmelzen des Grönland-Eises oder das Freisetzen von Methan aus den Permafrostböden.“

Die Fahrrad-Tour am 10.10. um 10 Uhr 10 soll anhand vorhandener Beispiele zeigen, dass es geht – dass die Reduzierung des CO²-Ausstoßes mit relativ einfachen Mitteln möglich ist. Es müssen nur genügend Menschen mitmachen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 05.10.2010, 12:09 Uhr - 7892 Clicks - Nr. 908

Abwasserverbot für Kreuzfahrtschiffe in der Ostsee Thönnies begrüßt Entscheidung der IMO:

„Die Beharrlichkeit der Parlamentarier und der Umweltorganisationen hat sich gelohnt“, so der schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies zu dem von der Internationalen Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation – IMO) in London beschlossenen Verbot für Kreuzfahrtschiffe ungeklärte Abwässer in die Ostsee einzuleiten.



Thönnies, Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz, verweist auf die hierzu erfolgten Beschlüsse der Konferenz in den letzten Jahren, die gerade noch einmal beim 19. Jahrestreffen im August 2010 in Mariehamn/Åland-Inseln bekräftigt wurden.

Das 2013 für Schiffsneubauten in Kraft tretende Verbot gilt ab 2018 dann für alle Passagierschiffe auf der Ostsee, wenn geeignete Entsorgungsanlagen in den Häfen verfügbar sind. Die Regelung wird erheblich zum Schutz der Ostsee beitragen. Bei jährlich 80 Mio. Passagieren auf Kreuzfahrtschiffen, die auf der Ostsee unterwegs sind, werden durch WC-Spülungen und Schmutzwasser ca. 340 Tonnen Stickstoff und 112 Tonnen Phosphor in eines der am meisten belasteten Meere der Welt eingeleitet. Algentepiche und Gebiete am Meeresboden, auf denen kein Leben mehr herrsche seien die Folge. So sei es denn auch zu begrüßen, dass die IMO erstmals Grenzwerte für Nitrat- und Phosphoreinleitungen aus Schiffskläranlagen festgelegt habe.

Bildunterschrift: Klaus Stricker / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 05.10.2010, 16:12 Uhr - 2655 Clicks - Nr. 909

20 Jahre Partnerschaft SPD Malchow und Quickborn

Ausstellung der beiden Ortsvereine beim Bundesparteitag in Berlin am 26. Sept. 2010

Am Vorabend des Bundesparteitages der SPD in Berlin fand in den Räumen des ehemaligen Bahnhofs Berlin-Dresden am Potsdamer Platz in Berlin eine Gedenkfeier zum 20-jährigen Bestehen der SPD in den neuen Bundesländern statt.

Prominente Politiker wie der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse, aber auch Joachim Gauck würdigten den Mut und die Ausdauer der Menschen in der ehemaligen DDR, die am Ende auch dazu führte, dass sich 1990 die SPD in den neuen Bundesländern gründen konnte.

In einer gut besuchten Ausstellung zeigten viele Ortsvereine, wie sich ihre Partnerschaft in den vergangenen 20 Jahren entwickelt hat. Interessante Dokumente aus der Zeit vor 1990, als sich SPD-Gruppen bildeten, dies aber noch unter strenger Geheimhaltung erfolgen musste, bis hin zu Dokumenten gemeinsamer Wahlkampfhilfen und Feiern unter Freunden.

Hier stellten auch die SPD Quickborn und Malchow ihre Partnerschaft vor. Hartmut Bendschus vom SPD Ortsverein Malchow, sowie Olaf und Ingrid Nuckel und Enno Hasbargen vom Ortsverein Quickborn zeigten in einer gemeinsamen Ausstellung Bilder und Dokumente der 20-jährigen Zusammenarbeit zwischen den Ortsvereinen Malchow und Quickborn.

Was mit ersten ganz konkreten Hilfsmassnahmen beim Aufbau einer neuen Partei und der städtischen Infrastruktur im Jahre 1990 begann, hat sich im Laufe von 20 Jahren zu einer festen Partnerschaft und Freundschaft entwickelt, die beide Ortsvereine auch in Zukunft weiterentwickeln wollen.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 05.10.2010, 16:44 Uhr - 3440 Clicks - Nr. 910

SPD für Wahltermin im November 2011

Zur Debatte um die vorgezogene Landtagswahl erklären der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner und Peter Eichstädt:

Nachdem der Ältestenrat festgelegt hat, dass das neue Landeswahlgesetz in der März-Tagung 2011 verabschiedet werden wird, ist ein Wahltermin für die Landtagswahl im November 2011 möglich und erreichbar.



Der Wahlkreis-Ausschuss braucht nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte für seine Arbeit maximal zwei Monate, so dass die Parteien mit der Aufstellung ihrer Kandidatinnen und Kandidaten Anfang Juni beginnen könnten. Damit bliebe auch für eventuelle neue Gruppierungen ausreichend Zeit, sich vorzubereiten, wie der Innenminister es gefordert hat. Eine z. B. am 13. November durchgeführte Landtagswahl würde zu einer konstituierenden Sitzung spätestens am 8. Dezember führen.

Dieser Zeitplan berücksichtigt sowohl den Wunsch der Bevölkerung nach einer möglichst raschen Wiederherstellung verfassungsgemäßer Verhältnisse in Schleswig-Holstein, lässt aber auch den Parteien ausreichend Zeit, alle Vorbereitungen zu treffen. Für die Vorbereitungen stünden damit gegenüber den 70 Tagen vor der 2009 von der CDU erzwungenen vorzeitigen Wahl jetzt 150 Tage zur Verfügung. Das müsste für alle reichen!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.10.2010, 16:52 Uhr - 1281 Clicks - Nr. 911

Ratsfraktionen: Geschlossenheit hat sich ausgezahlt

Die im Kieler Rat vertretenen Fraktionen haben die neuen Vorschläge der MVV AG zur Zukunft des Stadtwerke-Verbunds und damit der Stadtwerke Kiel mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Am Montag (4. Oktober 2010) hatten Vertreter der MVV AG in Anwesenheit der Kieler Stadtwerke-Vorstände das zwischen den Oberbürgermeistern aus Kiel, Offenbach und Mannheim unter dem Namen „Dritter Weg“ vereinbarte Projekt detailliert vorgestellt.

Dieser „Dritte Weg“ unterscheidet sich wesentlich von dem im Rahmen des Konzepts „Einmal gemeinsam“ ursprünglich vorgesehenen. Gegen die darin festgeschriebene Abgabe von zentralen Steuerungsfunktionen nach Mannheim und die Bündelung relevanter Konzernaufgaben in Mannheim waren alle im Rat vertretenen Fraktionen Sturm gelaufen und hatten in einem einstimmig verabschiedeten Ratsbeschluss am 16. September 2010 Bedingungen formuliert, unter denen ein Konzept zustimmungsfähig sein könnte. Hierzu erklären die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von SPD, Ratsfrau Gesa Langfeldt, CDU, Ratsherr Stefan Kruber, Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, FDP, Ratsherr Helmut Landsiedel, Linken, Ratsherr Florian Jansen, Direkte Demokratie, Ratsfrau Ingrid Zimmermann sowie das Ratsmitglied des SSW, Ratsfrau Antje Danker:

„Auf den ersten Blick sind unsere Forderungen, die wir am 16. September 2010 gemeinsam mit einem Ratsbeschluss zum Ausdruck gebracht haben, zum allergrößten Teil erfüllt worden. Die Stadtwerke bleiben als eigenständiges Unternehmen mit zentralen Steuerungsfunktionen am Standort Kiel erhalten und bewahren sich ihre Einflussmöglichkeiten auf die Shared-Service-Gesellschaften. Darüber hinaus sind die im ursprünglichen Konzept vorgesehenen Bündelungen außerhalb der Massenprozesse vom Tisch. Den Ausverkauf Kieler Interessen konnten wir so verhindern helfen“, ließen die Fraktionsvorsitzenden übereinstimmend verlautbaren. „Dennoch wollen wir das am Montag präsentierte neue Konzept zunächst fraktionsintern und interfraktionell prüfen. Wir sind sicher, dass die Ratsversammlung einen angemessenen Umgang mit diesem komplexen Thema findet.“

Mit einer abschließenden Bewertung werden wir uns aber dennoch einige Tage Zeit lassen: Am kommenden Mittwoch präsentiert die MVV AG ihre Pläne vor den kommunalen Repräsentanten in Offenbach. Erst nach einer Abstimmung mit der dortigen Politik und dem Vorliegen des Entwurfs für einen Aufsichtsratsbeschluss werden wir zu einem finalen Votum kommen. Schon jetzt können wir jedoch sagen: Wir sind auf einem guten „Dritten Weg“.“

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 06.10.2010, 08:56 Uhr - 3515 Clicks - Nr. 912

Die Besonderheiten des UKSH berücksichtigen

Zu dem von der Landesregierung vorgestellten Markterkundungsverfahren für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:



Um mehrere Modelle für das UKSH zu prüfen, ist ein Markterkundungsverfahren eine mögliche Vorgehensweise. Es kann auch wichtige Hinweise liefern, wie das Konzept des Klinik-Vorstandes zum Erfolg geführt werden kann. Wir erwarten, dass bei dem Markterkundungsverfahren die besondere Herausforderung, die das UKSH darstellt, berücksichtigt wird: d. h. ausschließliche Maximalversorgung in Schleswig-Holstein an zwei Standorten in Kiel und Lübeck, erhebliche Vorleistungen, die das Personal bisher schon erbracht hat, enge Verzahnung von Forschung und Lehre auf der einen Seite sowie Krankenversorgung auf der anderen Seite. Notwendig ist eine umfassende Information des Parlaments in einem transparenten Verfahren.

Es bleibt dabei: Die SPD lehnt eine vollständige Privatisierung des UKSH ab.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.10.2010, 10:16 Uhr - 1275 Clicks - Nr. 913

Hauptamtlich geführte Stadtteilbücherei Gaarden

Zur Vertragsunterzeichnung zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Verein „Gaarden liest e. V.“ erklären die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Lesen gehört zu den wichtigsten Kompetenzen, die insbesondere junge Menschen erwerben müssen, um in unserer Informationsgesellschaft erfolgreich bestehen zu können. Auch für Menschen mit Migrationshintergrund ist der Zugang zu Literatur in deutscher Sprache eine wichtige Unterstützung zur vollständigen Integration. Vor diesem Hintergrund hatte und hat die Stadtteilbücherei Gaarden für uns immer eine besonders herausragende Bedeutung. Deshalb freuen wir uns besonders, dass nun der vorliegende Vertrag geschlossen werden konnte.“

Auch wenn die Stadtteilbücherei nun hauptamtlich geführt wird, ist das Gesamtangebot ohne das ehrenamtliche Engagement der vielen Helferinnen und Helfer von „Gaarden liest e. V.“ nicht durchführbar. Wir sind all den guten Geistern, die den Verein „Gaarden liest e. V.“ mit Rat und Tat unterstützen und mit Leben erfüllen, sehr dankbar und wünschen dem ganzen Stadtteil viel Erfolg mit dem neuen hauptamtlich gestützten Konzept.“

Keine Kommentare

Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und Zukunft der Bioenergie

Stellungnahme des agrarpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay zu den Beschlüssen der **Konferenz der Agrarpolitischen Sprecher der SPD** aus der EU, dem Bundestag und der Länder vom 01.10.2010 in Berlin.

Lothar Hay: SPD beschließt klare Positionen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Zukunft der Bioenergie

Zu den Beschlüssen der Konferenz der Agrarpolitischen Sprecher der SPD aus der EU, dem Bundestag und der Länder vom 1.10.2010 in Berlin sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay:

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nach 2013 nimmt Konturen an. Angesichts der auch in Zukunft erforderlichen hohen Direktzahlungen der EU an die Landwirtschaft, die letztendlich von den Steuerzahlern erbracht werden müssen, sind neue Denkansätze erforderlich. Mit den Begründungen von gestern lassen sich diese Zahlungen in Zukunft nicht mehr rechtfertigen. Anders als die CDU und FDP, die sich nach dem Motto "möglichst keine Veränderungen" aus einer zukunftsgerichteten Diskussion verabschiedet haben, spricht sich die SPD für deutliche Veränderungen in den Grundlagen für die Direktzahlungen an die Landwirtschaft aus.

Das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft muss dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips in besonderer Form verpflichtet sein. Die Legitimation der Zahlungen wird sich aber umso stärker sichern lassen, je besser die Menschen vor Ort die Leistungen "ihrer" Landwirtschaft nachvollziehen können. Dafür muss ein System der echten Entlohnung von Leistungen, vor allem im Bereich Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt, der Bodenfruchtbarkeit sowie des Umwelt-, des Verbraucher- und des Tierschutzes geschaffen werden, das den Bürgerinnen und Bürgern einen über die Produktion von Nahrungsmitteln hinaus erkennbaren Mehrwert der Landwirtschaft aufzeigt.

In einem modularen System der 1. Säule dürfen Landwirte nur dann den vollen Förderbetrag erhalten, wenn sie klar definierte Leistungen für Umwelt, Natur und Gesellschaft erbringen. In diesem System muss auch der ökologische Landbau berücksichtigt werden. Hier ist der in Schleswig-Holstein angekündigte Stopp für die Beibehaltung im Ökologischen Landbau geradezu anachronistisch angesichts dieser besonders zukunftsfähigen Form der Landwirtschaft.

Große Zustimmung aus der Konferenz erhielt auch ein aus Schleswig-Holstein eingebrachtes Resolutionspapier, wie die Biogasnutzung im gesellschaftlichen Konsens nachhaltig gesichert werden kann. Es soll regional modifiziert in allen Parlamenten eingebracht werden.

Keine Kommentare

CDU und FDP sind ein Sicherheitsrisiko für Schleswig-Holstein

Zur Verweigerung von CDU und FDP, im Landtag der Dringlichkeit des SPD-Antrags für einen mündlichen Bericht zur Sicherheit von Atomkraftwerken bei der geplanten Laufzeitverlängerung zuzustimmen, sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Olaf Schulze:



In ganz Deutschland wird über die Sicherheit von Atomkraftwerken angesichts der geplanten pauschalen Laufzeitverlängerung auch für ältere und pannenanfällige Atomkraftwerke diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde der Streit zwischen FDP und CDU über die Sicherheit der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein bekannt: Minister Schmalfuß hatte in einem Schreiben an Bundesminister Röttgen auf künftig entstehende zusätzliche Risiken hingewiesen und u. a. eine geplante Abschwächung der nach dem gültigen Atomgesetz bestehenden weitreichenden Pflichten der Betreiber angeführt. Der Ministerpräsident stempelte dieses Schreiben als Einzelmeinung ab, die FDP stellte sich hinter Minister Schmalfuß.

Aus diesem Grunde haben wir unseren Dringlichkeitsantrag gestellt und wollten auf Basis eines mündlichen Berichts die parlamentarische Diskussion über die Sicherheit der Bevölkerung vor drohenden zusätzlichen Risiken der besonders pannenanfälligen AKW in Schleswig-Holstein führen. Diese Beratung kann nun in der aktuellen Tagung aufgrund der Verweigerung von CDU und FDP nicht stattfinden; diese scheuen sich wohl, dass ihre unterschiedlichen Ansichten über die Sicherheit der Bevölkerung in Schleswig-Holstein deutlich werden. Dies ist ein weiterer Baustein für die wachsende Politikverdrossenheit, die durch das kalte Ignorieren der Kerninteressen der Bevölkerung noch verstärkt wird.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass CDU und FDP als Sicherheitsrisiko für die Menschen in unserem Land schnell aus der Regierungsverantwortung genommen werden.

Keine Kommentare

„Klares Signal – nicht nur schöne Worte“

Brüssel/Kiel Ein eindeutiges Bekenntnis zu einer starken und nachhaltigen Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) fordert die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust von den Teilnehmern der derzeit in Lübeck tagenden Konferenz der Agrarminister des Bundes und der Länder.

Die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament betont, dass eine reformierte Gemeinsame Agrarpolitik, die gleichermaßen auf die verlässliche Versorgung mit qualitativ-hochwertigen Agrarprodukten ausgerichtet ist, wie auf ein nachhaltiges Wachstum, das die Umwelt schützt und zum Klimaschutz beiträgt, eine entsprechende finanzielle Grundlage benötigt: „Hier erwarte ich von Ministerin Aigner nicht nur schöne Worte in Lübeck, sondern auch ein eindeutiges Bekenntnis im Kabinett in Berlin und am Verhandlungstisch in Brüssel!“

Rodust ist bei der anstehenden Reform der GAP vor allem wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen entlohnt werden: „Eine Ausrichtung der Direktzahlungen an von den Landwirten erbrachten Leistungen – etwa dem

Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden – ist meiner Ansicht nach der einzig gangbare Weg.“ Nur so ließe sich die nötige Akzeptanz für die Gemeinsame Agrarpolitik erreichen, ist sich die SPD-Politikerin sicher: „Nur wenn wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass hier gesellschaftlicher Mehrwert entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, werden wir eine ausreichende Finanzierung des von der Landwirtschaft geforderten Zwei-Säulen Systems erreichen können.“

Hierzu schlägt Rodust ein freiwilliges Vertragssystem vor, bei dem die Höhe der Mittel innerhalb der ersten Säule – also die Zahlungen die direkt an die Landwirte gehen – an das Erfüllen festgelegter Standards gekoppelt ist. Innerhalb eines dreistufigen Modells soll dem Landwirt die Wahl gelassen werden, ob er bereit ist, für die maximale Förderung auch das Maximum an Auflagen zu erfüllen, oder ob er auf einen Teil der Zahlungen verzichtet, weil er nicht alle Auflagen erfüllen will.

Keine Kommentare

[SPD-Ellerau](#) - veröffentlicht am 07.10.2010, 14:43 Uhr - 2625 Clicks - Nr. 917

TOP 6 der Sitzung der Gemeindevertretung am 07. Okt. 2010

Bericht des Bürgermeisters

1. Für die Beseitigung der angemeldeten Winterschäden an den gemeindeeigenen Straßen haben wir eine Bewilligungsbescheid von 50% der angefallenen Kosten bis zur Höhe von € 75.000 erhalten. Die Gemeinde muss also hierfür Kosten von € 150.000 aufwenden und im Verwendungsnachweis entsprechend nachweisen. Aufgrund einer Sammelausschreibung zusammen mit Norderstedt haben wir preisgünstige Angebote erzielen können und inzwischen auch mit der Schadensbeseitigung an den vordringlichsten Stellen beginnen können. Die Arbeiten werden sich voraussichtlich noch 2 - 3 Wochen hinziehen. Allerdings reicht das Geld nicht aus, um Schadstellen in allen Straßen zu beseitigen.
2. Die öffentliche Auslegung der Planfeststellungsunterlagen für den 6-streifigen Ausbau der BAB A 7 ist inzwischen beendet. Viele Bürger haben von ihrem Informationsrecht Gebrauch gemacht. Die Stellungnahme der Gemeinde ist in den Fachausschüssen beraten worden, sie wird der Planfeststellungsbehörde fristgerecht zugestellt. In der gestrigen Sitzung des Nachbarschaftsausschusses sind eine gegenseitige Information und Austausch über die einzelnen Stellungnahmen verabredet worden. Ggf. wird es eine gemeinsame Stellungnahme zu den übergreifenden Themenbereichen geben.
3. Zur beabsichtigten Erhöhung der Kreisumlage habe ich im Namen der Gemeinde am 29.09.2010 eine Stellungnahme abgegeben, die an alle Mitglieder des Kreistages verteilt worden ist, wie mir die Landrätin per E-mail bestätigt hat. In der Stellungnahme habe ich die Ablehnung der Gemeinde zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen, dass Ellerau sehr erhebliche finanzielle Anstrengungen zum Ausbau und der Erhaltung der örtlichen Infrastruktur und der Einrichtungen für die Kinderbetreuung etc. unternehmen muss. Der Wortlaut der Stellungnahme ist der Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs- und Finanzausschusses vom 28.09.2010 beigefügt.
4. Vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag haben wir den Haushaltserlass 2011 vom 23.09.2010 zugeschickt bekommen. Er ist Grundlage für die Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen. Danach können wir in Bezug auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer in etwa mit den Beträgen des Jahres 2010 rechnen.

5. Die Umbauarbeiten am Parkplatz vor der Schule sind abgeschlossen, so dass jetzt wieder alle Parkplätze zur Verfügung stehen. In dem Zusammenhang musste eine marode und abgängige Entwässerungsleitung für Niederschlagswasser komplett erneuert werden, daher hatten sich die Arbeiten länger hingezogen als zunächst geplant.

6. Die Umbauarbeiten zur Einrichtung einer Krippengruppe bei „Uns Lütten“ sind noch im Gang, sie werden voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche abgeschlossen sein. Die Einrichtungsgegenstände sind bestellt, sie werden in der 43. KW geliefert. Die Betriebsaufnahme ist mit den ersten 5 Kindern für den 1. Nov. vorgesehen. Die auf der Warteliste stehenden Eltern werden jetzt entsprechend benachrichtigt.

7. Im August und September sind verdeckte Geschwindigkeitsmessungen jeweils über eine ganze Woche am Berliner Damm und in der Dorfstraße (direkt vor der Schule) durchgeführt worden. Am Berliner Damm war das Ergebnis, dass im gesamten Messzeitraum 85 % der Verkehrsteilnehmer nicht schneller als 53,9 km/h gefahren sind. Vor der Grundschule wurde hingegen ein Wert von 58,3 km/h ermittelt, also deutlich höher. Die Messergebnisse sind der örtlichen Polizei zugeleitet worden, damit ggf. Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

8. Termine:

- Die VHS-Kunstabend findet am 06. und 7. Nov. jeweils nachmittags im Bürgerhaus statt. Die Eröffnung ist am 05. Nov. um 19.30 Uhr.
- Zum Volkstrauertag, Sonntag 14. Nov. 2010 möchte ich zur Feierstunde der Gemeinde um 11.15 Uhr am Ehrenmal einladen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 07.10.2010, 15:02 Uhr - 2448 Clicks - Nr. 918

Große Politik im kleinen Kreis

Politischer U40-Stammtisch mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat. Freitag, 8. Oktober, 20.00 Uhr im John o´Groats in Reinbek (Bahnhofstraße 15).

Mit jungen Menschen in geselliger Runde über Politik diskutieren – das hat sich der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat vorgenommen. In unregelmäßigen Abständen möchte er künftig zu politischen U40-Stammtischen einladen, los geht es am 8. Oktober in Reinbek. Martin Habersaat: „Zunächst einmal ist es mir wichtig, junge Menschen für Politik zu interessieren. Eine ‚Ausweiskontrolle‘ gibt es aber nicht, alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Es gilt auch nach wie vor mein Angebot an Jeden, selbst eine Runde zu organisieren, zu der ich dann dazu komme und von meiner Arbeit in Kiel berichte. Kontakt: 040/67081528 oder mail@martinhabersaat.de“

Keine Kommentare

Thönnies: Widerspruch zwischen Anspruch und Realität vor Ort

8. Integrationsbericht der Bundesregierung vorgestellt



Am 7. Oktober hat die Bundesregierung im Deutschen Bundestag den 8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass die CDU-geführte Bundesregierung gerne von Integrationsverweigerern und deren Sanktionierung redet, aber gleichzeitig nicht ausreichend Mittel für Integrationskurse zur Verfügung stellt.

So ist es widersprüchlich, wenn Maria Böhmer, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, mehr Integrationskurse fordert, aber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, so dass in 2010 rund 15 Millionen Euro fehlen, um die Nachfrage nach Integrationskursen decken zu können. Damit wird rund 20.000 Migranten der Zugang zu Deutsch-Kursen versperrt. „Die Bundesregierung spart am falschen Ende und führt ihre öffentlichen Appelle an den Integrationswillen der hier lebenden Ausländer ad absurdum“, so Thönnies.

Die Folgen dieser verfehlten Sparpolitik sind auch im Kreis Segeberg sichtbar. An der Volkshochschule (VHS) Norderstedt müssen bereits jetzt Kurse gestrichen werden. „Zum Glück haben die Verantwortlichen dort die Situation erkannt und ermöglichen mit einer Ausnahmeregelung eine verbilligte Teilnahme. Es darf aber nicht sein, dass die aus dem integrationspolitischen Versagen der Bundesregierung resultierenden Defizite aus dem Budget der VHS aufgefangen werden müssen“, erläutert der Segeberger Bundestagsabgeordnete.

Bereits Mitte des Jahres hatte die SPD-Bundestagsfraktion davor gewarnt, dass die Mittel dank dem erfreulich starken Interesse an den Integrationskursen nicht reichen werden und forderte eine Aufstockung um 30 Millionen Euro. Die Bundesregierung hat jedoch nur halbherzig reagiert und den Integrationskurstitel lediglich um 15 Millionen auf 233 Millionen Euro angehoben. Dabei war bereits damals abzusehen, dass dies nicht reichen würde.

„Besonders ärgerlich ist, dass im Haushaltsentwurf für 2011 erneut nur 218 Millionen Euro vorgesehen sind. Wer aber Integration fordert, der muss auch ausreichend Mittel zu Verfügung stellen. Aus diesem Grund wird die SPD-Bundestagsfraktion das Thema in den aktuellen Haushaltsberatungen erneut aufgreifen“, stellt Thönnies klar.

Bildquelle: Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

Kommentar von [MaMaBo](#) vom 22.10.2010, 10:40 Uhr:

RE: Thönnies: Widerspruch zwischen Anspruch und Realität vor

Noch ärgerlicher ist, dass selbst die SPD dem "Trojaner" aufsitzt, die Integration scheitert an mangelhaften Deutschkenntnissen. Seit PISA 2001 wissen wir, die Integration scheitert an der Diskriminierung von Kindern nach Geschlecht und (sozialer) Herkunft in unseren Schulen... bei gleicher Leistungsfähigkeit. Helfen dagegen "Deutschkurse"? mfg

SPD-Kreistagsfraktion in Bönebüttel

8. 10. 2010

SPD-Kreistagsfraktion in Bönebüttel:

Vorbildlich, was diese Gemeinde alles macht
Sehr beeindruckt waren die Mitglieder der SPD
Kreistagsfraktion Plön beim Besuch der SPD
Fraktion und des Ortsvereins in Bönebüttel am
4.10.2010, was dieser 2000 Einwohnerort am
Rande des Kreises alles auf die Beine stellt.
Bürgermeister Udo Runow (SPD), der seit 1994
die Geschicke der Gemeinde lenkt, führt die



Fraktionsmitglieder durch die Grundschule, das Sportheim und die Sportanlagen.

Auch über die gute Ausrüstung der Feuerwehr berichtete er. Geschafft haben die Bönebüttler dieses mit vielen Förder- aber auch Eigenmitteln sowie mit dem Anpacken der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und Gemeindevertreter vor Ort. „ Dieses zeichnet eben ländliche Gemeinden aus und sollte bei allen Diskussionen um Gebietsreformen auch immer im Auge behalten werden“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Schlünsen. Natürlich hatte man sich intensiv über die Zusammenarbeit mit Neumünster ausgetauscht, was die Bönebüttler durch viel Widerstand letztendlich durchgesetzt haben. Udo Runow zieht als Resume, dass es sehr gut läuft und die Entscheidung nicht bereut wurde. Auch zum Amt Bokhorst-Wankendorf ist das Verhältnis nicht zerstört. Themen der überörtlichen Politik waren dann die Ausweisung von Windkraftanlagen aber insbesondere die Errichtung der vielen Biogasanlagen. Hier gingen die Meinungen auch sehr weit auseinander. Neben der sicher sinnvollen „sauberen“ Energieerzeugung sowie der Gewerbesteuerereinnahmen wurde bei vielen Anlagen das fehlende Wärmekonzept oder die Monokultur kritisiert. „ Die bestehende Biogasanlage in Bönebüttel habe ein solches Wärmekonzept ergänzt, die Arbeiten sind aber noch nicht abgeschlossen. Die Themen der Kreispolitik, wie Förderung von Kindergärten und Krippenplätzen oder aber das Auslaufen des Radwegebaus wurden diskutiert. Udo Runow und Lutz Schlünsen und die örtlich zuständige Kreistagsabgeordnete Ingrid Rusch resümierten einen guten und sinnvollen Austausch, den man wiederholen sollte. Die SPD-Kreistagsfraktion besucht seit vier Jahren jeweils zwei bis dreimal pro Jahr die Gemeinden vor Ort, um Kontakt zu halten, Probleme vor Ort und die Kreispolitik zu diskutieren.

Keine Kommentare

„Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt“

In anschaulicher Weise widerlegte der stellvertretende AfA Bundesvorsitzende und Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bundestages Klaus Barthel die Behauptung der Bundeskanzlerin: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der AfA Flensburg und der AfA des Kreises Schleswig-Flensburg, im „Weiche Huus“ in Flensburg, erklärte Klaus Barthel den interessiert zuhörenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Zusammenhänge der Wirtschaftskrise.



Auch die durch wirtschaftliche Zusammenhänge, wie etwa dem Wegfall der Gewerbesteuer, entstandene Gefahr eines wirtschaftlichen Kollapses der Kommunen, wurde sehr deutlich dargestellt. Hierzu gehört auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Regierung, weil dadurch den Kommunen noch mehr aus dem Haushaltssäckel genommen wird und das führt besonders zu Kürzungen im Sozialbereich.

Das wird von der jetzigen Bundesregierung aber anders dargestellt. Von der schwarz-gelben Koalition wird der Eindruck erweckt, dass der Sozialstaat zu teuer und somit Schuld an der Wirtschaftskrise sei. Aber, nicht die Bürgerinnen und Bürger haben über ihre Verhältnisse gelebt, die Ursachen liegen vielmehr bei unverantwortlichen und gar kriminell anmutenden Spekulationen durch Banken und Reiche auf dem weltweiten Markt. In den letzten 10 Jahren hat auch unsere Wirtschaft weltweit mehr Exporte getätigt als Importe. Überschüsse wurden erwirtschaftet, diese kamen aber nicht der Volkswirtschaft zu Gute. Der Großteil der erwirtschafteten Gewinne wurde spekulativ in den weltweiten Umlauf gebracht und hat so zum wirtschaftlichen Desaster beigetragen. Das neoliberale Konzept zur Standortphilosophie, bei gleichzeitiger Reduzierung der Unternehmenssteuer führte letztendlich auch zur Stagnierung der Reallöhne und mündete gar in prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Die Banken- und Unternehmensrettungen sowie Bürgschaften und Eurorettung von Griechenland haben den Schuldenberg im dreistelligen Milliardenbereich wachsen lassen. Dafür sollen wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr und Kultur geopfert werden: Investitionen in Schulen oder Verkehrswege sollen gestrichen werden. Der Ausbau der Betreuungsplätze ist gefährdet. Kindergärten müssen die Gebühren erhöhen. Müll- oder Abwasserentsorgung, die teurer werden. Wir werden erleben, dass Schwimmbäder im nächsten Sommer geschlossen bleiben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem „Rettungsschirm für die Kommunen“ konkrete Forderungen aufgestellt, wie den Kommunen geholfen werden kann. Gleichzeitig aber müssen Kommunen Alternativen erarbeiten in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften. Klaus Barthel ermuntert alle Anwesenden, sich den Herbstaktionen des DGB „Gerecht geht anders“ anzuschließen. Nur wenn es gelingt die Befindlichkeiten der Kolleginnen und Kollegen, der Menschen vor Ort, vorher zu erreichen um dann gemeinsam gegen die verbreitete Meinung anzutreten, dass die einzelne Stimme sowieso nichts bringt, dann wird man ein Einlenken der Politik erreichen. Im Umkehrschluss der alte Gewerkschaftswahlspruch: „Wer nicht kämpft hat schon verloren!“

Unter der Moderation von Reinhard Vieth, stellvertretender AfA-Vorsitzender im Kreis Schleswig-Flensburg, nutzten viele die Gelegenheit, im Anschluss der Ausführungen Fragen an Klaus Barthel zu stellen. Die Themenschwerpunkte umfassten Fragen zur Ampel-Koalition, Lobbyismus, wie vom Wirtschaftsausschuss die Regionen Unterstützung erfahren können, zu prekären Arbeitsbedingungen, Agenda 2010/Rente mit 67, die Neuregelung zum AIG II, SPD muss wieder glaubwürdiger werden und Bürgerbewegung „Stuttgart 21“, AfA und Gewerkschaften, SPD-Führung und Gewerkschaften, das Vertrauen der Gewerkschaften nach der Schröder-Regierung wieder gewinnen und Vereinbarung von Neoliberalismus mit den Zielen und Werten der SPD. Klaus Barthel blieb keine Antwort schuldig und hat durchaus auch die Kröten aufgezeigt, die unter der zurückliegenden Koalition von der SPD geschluckt werden mussten, dargestellt.

Foto: Helmut Ulbrand

Keine Kommentare

Berlin Fahrt SPD: Noch Plätze frei

Für die Berlinfahrt des SPD Ortsvereins Rendsburg vom 29.10. - 31.10.2010 sind noch ein paar Plätze frei.

Für Fahrt, Hotel mit Frühstück und umfangreichen Programm sind 165 Euro zu entrichten, für Einzelzimmer kommt ein Zuschlag in Höhe von 45 Euro hinzu. Zum Programm gehört u. a. ein Besuch im Reichstag, eine Stadtrundfahrt u. v. m.. Interessenten wenden sich bitte direkt an die Dienstwerker Ulrike Mehl und Andreas Schröter unter Tel. 03084722254 oder auch an Hans Peter Robin, 04331/42580.

Keine Kommentare

Klares Bekenntnis zur Zukunft des Ökolandbaus erforderlich

Landtagsrede vom 07.10.2010 zu TOP 19, Ökolandbau weiter fördern (Drucksache 17/888)

Die Landwirtschaft produziert in und mit der Natur, sie muss so produzieren, dass Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität in gutem Zustand erhalten bleiben. Dies ist unstrittig. Nachhaltigkeit ist das Leitmotiv einer europäischen Agrarpolitik geworden. Die Förderung der Landwirtschaft muss sich gesellschaftlichen Zielen orientieren. Die geplante Einstellung der Beibehaltungsförderung für den Ökolandbau steht im Gegensatz zu dem, was ich gerade eben sagte.

Schleswig-Holstein ist leider mal wieder ganz weit vorne und das erste Bundesland, das die Beibehaltungsförderung einstellen will. Ob andere Länder folgen werden, ist unwahrscheinlich. Wenn dies Wirklichkeit werden sollte, werden angesichts stets steigender Nachfrage die Regale in den Geschäften weiter voller Bioprodukte stehen – sie kommen dann aber von außerhalb unseres Landes, denn unsere Biobetriebe werden entweder aufgegeben oder auf konventionelle Landwirtschaft umsteigen müssen. Das gebietet leider ihre wirtschaftliche Lage, die die Mehrkosten für Ökolandbau ohne dauerhafte Förderung des Landes nicht abbilden kann.

Hinweisen möchte ich auf eine Forschungsarbeit des Johann Heinrich von Thünen-Instituts über die Wirtschaftlichkeit der ökologischen Landwirtschaft, in der darauf hingewiesen wird, dass die Gewinne der Ökobetriebe ohne Umstellungs- und Beibehaltungsförderung um 15 bis 20 % unter den Gewinnen der konventionellen Kollegen liegen.

Dass das Land Schleswig-Holstein überhaupt die nur geringen 18 % Kofinanzierungsmittel des Landes für den Ökolandbau in einer volkswirtschaftlichen Rechnung einsparen kann, haben die Verbände des Ökolandbaus eindrucksvoll widerlegt. Alleine durch Investitionen, die mit den Fördergeldern im Ökolandbau getätigt werden, entstehen Steuererträge, die die in Zukunft wegfallenden Landesmittel klar überschreiten. Ohne Förderung entfallen dann auch sie. Deshalb wird das Land im Ergebnis kein Geld sparen, aber die großen und unbestreitbaren Leistungen des Ökolandbaus für Natur und Umweltsowie den wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe im Land in der Erzeugung und Vermarktung von Ökoprodukten verlieren. Kluge Politik sieht sicher anders aus.

Erstaunlich für mich war die durch öffentliche Kritik und durch den Willen der

Regierungsfractionen erfolgte Kehrtwende bei der bereits angekündigten Gebietskulisse für die Umstellung auf den Ökolandbau. Nun kann in diesem Jahr doch auf allen Flächen in Schleswig-Holstein und nicht nur dort, wo das Grundwasser durch Nährstoffeinträge gefährdet ist, die Umstellung gefördert werden. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel kann das Landwirtschaftsministerium über die Nachschiebeliste aus dem Sparschwein aufbringen.

Das zeigt für mich ganz klar: Wir brauchen den politischen Willen zur Zukunft des Ökolandbaus und seiner dauerhaften Förderung für seine besonderen Leistungen. Wenn sich das Parlament hierfür ausspricht, wird es auch eine Finanzierungsmöglichkeit geben. So sind die im vorliegenden Antrag der Grünen enthaltenen Umschichtungsvorschläge sicher hilfreich für die Details der Haushaltsverhandlungen, sie reißen aber auch ein neues Haushaltsloch auf.

Ich spreche mich für meine Fraktion klar für die Überschrift des vorliegenden Antrags aus, der finanzielle Weg zur dauerhaften Förderung des Ökolandbaus sollte aber in den Haushaltsverhandlungen intensiv diskutiert werden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.10.2010, 19:53 Uhr - 3803 Clicks - Nr. 924

Olaf Scholz: „Wir dürfen uns nicht abfinden.“

In ruhiger Atmosphäre mit dem ehemaligen Bundesarbeitsminister große Fragen diskutieren - die SPD Stormarn machte es möglich. Olaf Scholz, heute Vorsitzender der SPD Hamburg und stellvertretender Vorsitzender seiner Partei auf Bundesebene, war zu Besuch in Bad Oldesloe. Im Gespräch mit Susanne Danhier und dem Publikum reflektierte Scholz die Sozialgesetzgebung der SPD aus den Jahren ihrer Regierung, kommentierte aktuelle Bemühungen der Bundesregierung und skizzierte Leitlinien für die Zukunft.



Dabei kamen auch Grundüberzeugungen zur Sprache. Scholz: „Menschen gehen arbeiten, weil dies der Normalfall ist und nicht, weil es sich im Vergleich zum Nichtstun lohnt. Für solche Menschen steht die SPD.“

Zu Beginn der Veranstaltung führte Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender, in das Thema ein: „Soziale Gerechtigkeit“ sei in der bald 150jährigen Geschichte der SPD immer ein Kernanliegen gewesen, allerdings gebe es für diesen Begriff keine einhellige und schon gar keine gleich bleibende Definition: „Wir müssen immer die Menschen im Blick behalten, die Hilfe brauchen und von der Gesellschaft mitgenommen werden müssen. Wir müssen uns aber auch um die kümmern, die diese Hilfe durch ihre Arbeit finanzieren.“ Im „Hamburger Programm“ der SPD werde diese Gruppe als „Solidarische Mehrheit“ angesprochen. In den letzte Wochen war die Grundsicherung wegen einer Neuberechnung viel diskutiert worden. Scholz ließ keinen Zweifel daran, dass die Grundsicherung unter dem Betrag liegen müsse, den ein Mensch mit einem Vollzeitberuf verdienen könne. Aber: „Um das sinnvoll zu erreichen, darf man nicht die Grundsicherung herunter rechnen, sondern man muss sich um einen vernünftigen Mindestlohn kümmern.“

Im Bundesrat werde die SPD Konzept und Zahlen der Regierung kritisch hinterfragen, kündigte

Scholz an. Das „Bildungspaket“ für Kinder helfe zum Beispiel nichts, wenn es nur Theorie bleibe. „Um das Recht auf einen Kindergartenplatz und ein warmes Mittagessen im Kindergarten umzusetzen, muss es beides vor Ort auch geben.“ Eine Fehlentwicklung sei es, wenn in einer Gesellschaft Schwimmen, Musikunterricht und Nachhilfe privat finanziert werden müssen. Scholz: „Das gehört in die Schulen.“ Außerdem wolle die SPD sich dafür einsetzen, übermäßigen bürokratischen Aufwand bei der Beantragung von Sozialleistungen abzubauen. Aber: Wo es darum gehe, Steuermittel auszugeben, weil der Einzelne sich selbst nicht mehr helfen kann, werde auch künftig geprüft werden müssen, ob diese Hilfe wirklich nötig ist.

„Wenn ich Arbeitsminister hätte bleiben dürfen“, erklärte Scholz, „wäre mein nächstes Ziel gewesen, in der Arbeitsvermittlung einen Schlüssel von einem Vermittler auf 75 Arbeitssuchende zu erreichen.“ Momentan sei das für Menschen unter 25 Jahren der Fall, bei den anderen liegt dieser Schlüssel bei 1:150. Scholz: „Die Idee ist, sich nicht damit abzufinden, dass ein Teil der Bevölkerung dauerhaft sein Leben nicht selbstständig bestreiten kann.“ Deshalb sei und bleibe Bildung für Deutschland ein Schlüsselfaktor. Scholz: „Auch Kinderarmut ist letztlich nur durch Arbeit für die Eltern zu bekämpfen!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.10.2010, 15:28 Uhr - 1138 Clicks - Nr. 925

Brand auf der „Lisco Gloria“: Knapp an der Ölkatastrophe vorbei

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zum erfolgreichen Einsatz gegen den Brand auf der „Lisco Gloria“:

"Wir danken allen Rettungskräften für ihre Hilfe bei der Brandbekämpfung auf der „Lisco Gloria“ und der Rettung der fast 250 Menschen an Bord. Wir können nicht alle Rettungseinheiten einzeln aufzählen, so viele unterschiedliche Kräfte waren im Einsatz: von Lübeck bis Flensburg, von Kiel bis Brunsbüttel; von Brandbekämpfungseinheiten bis zu Notärzten, von Marinefliegern bis zu Stressbewältigungsteams. Alle verfügbaren Kräfte wurden eingesetzt und alle verfügbaren Kräfte wurden auch benötigt, um größeres Unheil abzuwenden. Allem Anschein nach entgehen wir hier einer Umweltkatastrophe.

Das Unglück lenkt den Blick auf ein nur scheinbar Kieler Problem: Wie wollen wir zukünftig reagieren, wenn – anders als bei dem Brand auf der Lisco Gloria – tatsächlich Öl austritt und das in den entlang der deutschen Ostseeküste typischen flachen Küstengewässern? Bisher lautet die deutsche Antwort auf diese Frage: „Kiel“. Denn das Feuerweherschiff „Kiel“ kann aufgrund seines geringen Tiefganges von ca. 2,60 m als eines der wenigen geeigneten deutschen Ölbekämpfungsschiffe an der deutschen Ostseeküste auch in Küstennähe effektiv zur Ölbekämpfung eingesetzt werden. Die Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der „Kiel“ ist Teil der sicherheitsrelevanten Daseinsvorsorge. Bisher teilen sich die Stadt Kiel und das Land Schleswig-Holstein annähernd die Kosten von über 700.000 Euro. Die landesseitig entstehenden Kosten werden nun von der Landesregierung in Frage gestellt. Es sollen mindestens 100.000 Euro weniger für die Erfüllung dieser Landesaufgabe nach Kiel fließen. Wir sagen es ganz deutlich: aus Sicht der Stadt Kiel könnte es uns egal sein, ob wir die „Kiel“ weiter wie bisher einsatzklar halten. Eine Ölbekämpfung, die sich auf Kiel beschränkt, wäre wesentlich günstiger zu haben. Bisher tragen wir aber an dieser Stelle die gemeinschaftliche Aufgabe der Katastrophenbekämpfung und sind auch bereit, es weiterhin zu tun. Das Motto der

Landesregierung scheint aber zu sein: Wir sparen, koste es, was es wolle. Wir befürchten, dass das die Ostsee teuer zu stehen kommen wird. Wir können nur an die Landesregierung appellieren: Nehmen Sie von diesen unsinnigen Kürzungsvorschlägen Abstand. Das Gegenteil wäre richtig: Erhöhen Sie den Landesanteil an den Kosten der „Kiel“.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.10.2010, 20:29 Uhr - 4222 Clicks - Nr. 926

Die S 4 soll eine Erfolgsgeschichte werden

Nach dem Beschluss der Hamburger Bürgerschaft, in die Vorentwurfsplanung einer S-Bahn vom Hauptbahnhof über den Hamburger Osten nach Ahrensburg, Bargteheide und Bad Oldesloe einzusteigen, hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner jüngsten Sitzung nachgezogen: Auch hier wurde ein entsprechender Beschluss gefasst. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Stormarn, zeigte sich zufrieden mit diesem Ergebnis: „Beide Parlamente haben einstimmig entschieden.“



Das sei ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit beider Länder, aber auch für die Zusammenarbeit unter den Fraktionen. Alle Fraktionen hatten die Anträge gemeinsam eingebracht, mit einer Ausnahme: Die CDU in Hamburg und Schleswig-Holstein weigerte sich, die LINKE den Antrag mit einbringen zu lassen. Martin Habersaat: „Das ist aus meiner Sicht kleinlich.“ Sozialistische Umtriebe beim S-Bahn-Bau seien schließlich nicht zu befürchten. Die LINKE hatte in beiden Parlamenten trotzdem mit zugestimmt.

In seiner Landtagsrede hatte Habersaat die Stärkung der Metropolregion Hamburg betont, die durch die neue S4 zu erreichen sei. Auch für den Kreis Stormarn gebe es neue Impulse. Frei nach Edmund Stoiber improvisierte der Abgeordnete: „Ahrensburg, Bargteheide und Bad Oldesloe rücken näher an Hamburg heran!“ Täglich 20.000 Menschen nutzen heute die Regionalbahn R10, die nicht ganz regelmäßig getaktet werden kann und zu Verspätungen neigt. Die S-Bahn hat Aussicht auf 30.000 Fahrgäste. Eine Betriebssimulation hat bereits gezeigt, dass die S 4 ins S-Bahnnetz integrierbar ist. Martin Habersaat: „Wir wissen eigentlich schon jetzt, dass die S 4 eine Erfolgsgeschichte wird.“

Kommunalpolitiker in Hamburg und der Stormarner Kreistag setzen sich seit Jahren über Parteigrenzen hinweg für diese S-Bahn ein. Neben der besseren ÖPNV-Anbindung, Ahrensburg könnte im 10-Minuten-Takt angebunden werden, Bad Oldesloe im 20-Minuten-Takt, gibt es weitere Vorteile: Frei werdenden Kapazitäten im Güterverkehr, auch mit Blick auf die feste Fehmarn-Belt-Querung, mit deren Fertigstellung der Bahnverkehr auf der Strecke Hamburg-Lübeck-Puttgarden deutlich zunehmen würde. Und frei werdenden Kapazitäten im Hamburger Hauptbahnhof, wenn der „Stormarn-Verkehr“ künftig über den S-Bahnhof abgewickelt werden kann.

Die Kosten für die Vorentwurfsplanung belaufen sich auf etwa zwei Millionen Euro, die sich Hamburg und Schleswig-Holstein teilen müssten. Für den Ausbau der Strecke werden Kosten von 250 Millionen Euro erwartet. Habersaat: „Mit der Vorentwurfsplanung müssen die Länder dann beim Bund vorstellig werden. Dort kann eine Finanzierung über die Aufnahme in den

Bundesverkehrswegeplan sichergestellt werden. Das wird umso wahrscheinlicher, je einiger Hamburg und Schleswig-Holstein auftreten.“

Zur Landtagsrede von Martin Habersaat:

http://www.martinhabersaat.de/20101008_Rede_S4.html

Foto: Martin Habersaat im Landtag

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 12.10.2010, 12:12 Uhr:

RE: Die S 4 soll eine Erfolgsgeschichte werden

Hier wird ein richtiger Schritt getan. Es sind nun die Anlieger der Trasse gefordert. Die Grundstücke, die benötigt werden, werden korrekt entschädigt, aber nicht jede Forderung ist realistisch. Es darf nicht dazu kommen, daß ein Anlieger durch überzogene Forderung wie in Tornesch, Hitzacker oder Hamburg-Hohenfelde, Gemeinschaftsprojekte über 30 Jahre blockiert. Letztendlich haben alle Kläger verloren, und außer Kosten nichts erreicht. Nur weil nach 30 Jahren der Allgemeinheit das Geld und die Geduld ausging, sie dann doch noch gewonnen, aber zu welchem Preis. Jeder, der an dieser Bahntrasse wohnt, weiß, daß diese seit den 60er Jahren erweitert werden soll, also mindestens ein Drittes Gleis erhält. Er also damit rechnen muß, daß die Bauarbeiten jederzeit anfangen können. Die Forderungen täglichen Benutzer dieser Bahn gehen aber weiter, nämlich das Dritte Gleis bis Lübeck durchzubauen, denn bereits heute gibt es in der Rush-Hour Zugverspätungen wegen überholender Güterzüge auf der ganzen Strecke Hamburg-Lübeck.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.10.2010, 10:08 Uhr - 1133 Clicks - Nr. 927

SPD-Ratsfraktion gratuliert den Baltic Hurricanes zur Deutschen Meisterschaft

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Torsten Stagars, gratulieren den Baltic Hurricanes zur Deutschen Meisterschaft:

„Wir gratulieren den Baltic Hurricanes zum erstmaligen Gewinn des German Bowl im American Football. Damit sind sie nicht nur erstklassig sondern das Maß aller Dinge. Es zahlt sich die kontinuierliche und erstklassige Arbeit des letzten Jahres aus. Go Canes go!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.10.2010, 17:09 Uhr - 1065 Clicks - Nr. 928

Schleswig-holsteinische Kommunen brauchen einen finanziellen Neustart

Zur Forderung des Kieler Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck nach einem Rettungsschirm für die schleswig-holsteinischen Kommunen erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung unterstützen Oberbürgermeister Torsten Albig und seinen Lübecker Amtskollegen ausdrücklich in der Forderung nach einem Rettungsschirm für die schleswig-holsteinischen Kommunen und damit auch für Kiel. Der Konjunkturverlauf und die staatliche Steuergesetzgebung bestimmen derzeit vor allem die

Höhe des Kieler Haushaltsdefizits.

Um das zu ändern, braucht Kiel, brauchen alle Städte in Schleswig-Holstein

- eine gesetzliche Neuordnung des kommunalen Steueraufkommens, um die Erträge dauerhaft zu stabilisieren und dem Bedarf anzupassen,
- eine gesetzliche Neuregelung der besseren und sparsameren Aufgabenwahrnehmung von Städten durch Kooperationsmöglichkeiten untereinander und
- einen staatlich zu veranlassenden Entschuldungsfonds für überschuldete Städte, um mit dem Abbau der Altschulden zu beginnen.

Unverzichtbar ist die Ausweitung des Kreises der heutigen Gewerbesteuerzahler auf die Freiberuflerinnen und Freiberufler, um das Band der örtlichen Wirtschaft mit der Stadt zu festigen. Wir unterstützen die beiden Verwaltungschefs außerdem darin, gute und geeignete Kooperationen auf Verwaltungsebene auch zwischen den beiden schleswig-holsteinischen Großstädten zu finden.

Solange die Schere zwischen zu geringen Erträgen und zu hohen Aufwendungen nicht geschlossen wird, kann es keinen ausgeglichenen Haushalt geben. Und ohne ausgeglichenen Haushalt kann der Abbau der Altschulden nicht begonnen werden. Bund und Land tragen eine erhebliche Verantwortung am Anstieg der kommunalen Schulden und deshalb ist ihre Beteiligung an einem Entschuldungsfonds geboten.

Mit Blick auf das stetige Anwachsen der kommunalen Verpflichtungen wie z.B. die Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten, der auch die Landeshauptstadt Kiel nachkommen muss und will, ist das gesetzte Ziel, das Haushaltsdefizit 2011 deutlich zu begrenzen, ein großer Kraftakt, dem sich die Kooperation in ihrer Verantwortung stellt. Dies hat die Kooperation in ihren ersten beiden Haushalten bewiesen, und sie wird dies auch mit den folgenden Haushalten beweisen."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.10.2010, 20:08 Uhr - 5502 Clicks - Nr. 929

„Fest ohne Grenzen“ in Ahrensburg

Drei Preisträger gab es beim Olof-Palme-Friedenspreis 2010. Das Reinbeker Spendenparlament, Hans Peter Weiß mit dem interkulturellen Gesprächskreis Ahrensburg und Alfred Schulz gewannen jeweils 500 Euro. Hans Peter Weiß und der interkulturelle Gesprächskreis Ahrensburg organisierten nun von ihrem Preisgeld ein „Fest ohne Grenzen“ in und für Ahrensburg. Mit dabei war auch Birgit Kassovic, Kuratoriumsmitglied des Olof-Palme-Friedenspreises und der Walter-Jacobsen-Gesellschaft.



„Feste verbinden und schaffen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit“, deshalb fand Hans Peter Weiß es naheliegend, das Preisgeld entsprechend zu verwenden. Der interkulturelle Gesprächskreis hatte sich als Reaktion auf die terroristische Zerstörung des Welthandels-Zentrums in New York am 11. September 2001 unter dem Dach der VHS Ahrensburg gebildet,

um den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Für dieses Engagement war der Olof-Palme-Preis 2010 zu einem Teil nach Ahrensburg gegangen.

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme- Friedenspreis seit 23 Jahren an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle engagieren. Ein fünfköpfiges Kuratorium wählt aus den eingegangenen Vorschlägen die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren.

Foto: Birgit Kassovic

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 14.10.2010, 12:15 Uhr - 3114 Clicks - Nr. 930

Verantwortungslosigkeit setzt sich fort!

Zum Schiffsunglück der "Lisco Gloria" und den geplanten Kürzungen der Kostenzuschüsse seitens der Landesregierung für das Feuerlöschboot "Kiel" erklären die Kieler Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, Rolf Fischer und Bernd Heinemann:

Am Wochenende haben das Feuerlöschboot "Kiel" und seine Besatzung maßgeblich zur Schadensbegrenzung bei der Havarie der "Lisco Gloria" beigetragen. Dank des unermüdlichen Einsatzes konnten schlimme Folgen für die Umwelt vermieden werden. Unser Dank gilt in gleichem Maße dem Marinefluggeschwader 5, welches das Leben eines Passagiers retten konnte.

Unter diesem aktuellen Aspekt halten wir es für unverantwortlich, dass die Landesregierung offenbar plant, der Stadt Kiel den vertraglich vereinbarten jährlichen Kostenzuschuss für den Betrieb des Feuerlöschbootes unter dem Deckmantel der Haushaltssanierung zu kürzen. In unverantwortlicher Weise werden hier ebenfalls die Rettung von Menschenleben und der Schutz der Umwelt mit einem Promilleanteil der jährlichen Einsparungsforderungen des strukturellen Defizits aufgewogen. Die Stadt Kiel wird vor die Entscheidung gestellt, das Boot überwiegend selbst zu finanzieren und damit die Kosten einer Landesaufgabe zu tragen, oder die Schiffsbrandbekämpfung mit eigenen Mitteln in ihrem Zuständigkeitsbereich zu organisieren.

Auf die Frage, wie die Landesregierung fortan den dem Land obliegenden Schutz der Kieler Bucht und des Küstenmeers sicherstellen wird, konnte der damalige Umweltminister und heutige CDU-Fraktionsvorsitzende Christian von Boetticher bereits 2006 in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion nur auf "andere Kräfte und Einheiten", die im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen des Bundes und der Küstenländer vorgehalten werden, verweisen. (Drs. 16/833). Ob diese - so wie am vergangenen Wochenende - zügig und rechtzeitig vor Ort sind, darf bezweifelt werden.

Da auch das Marinefluggeschwader in Kiel-Holtenau 2012 aufgelöst und nach Nordholz verlegt werden soll, werden kommende Einsätze durch die unheilvolle Allianz der Landes- und der Bundesregierung zusätzlich erschwert.

Die SPD-Landtagsfraktion verlangt daher mittels einer kleinen Anfrage u.a. Auskunft von der Landesregierung, wie sie zukünftig einem derartigen Katastrophenfall begegnen und Schaden von Land und EinwohnerInnen abzuwenden gedenkt und ob sie sich im Bund für den Erhalt des

MfG-Standorts Kiel-Holtenau einsetzen wird. Auf die Antworten sind nicht nur wir gespannt, Herr Ministerpräsident!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.10.2010, 15:32 Uhr - 1191 Clicks - Nr. 931

Bye-Bye Sardinienbüchsen-Feeling

Zur Indienststellung des KVG-Schnellbusses 60 S und des Uni-Shuttle erklären die verkehrspolitischen Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Lutz Oschmann und Achim Heinrichs:

„Universität und Stadt verbessern in enger Abstimmung die Mobilität für fast 30.000 Studierende und Mitarbeiter der Kieler Uni. Mit der Schnellbuslinie 60 S kommen die Fahrgäste in 11 Minuten vom Hauptbahnhof zur Universität. Das ist ein Superangebot. Zusammen mit den Linien 6, 61/62 und 81 gibt es eine deutliche Verbesserung im Öffentlichen Verkehr. Dem Sardinienbüchsen-Feeling sagen wir bye-bye.

Verglichen mit dem Start der VerkehrsRegionKiel (VRK) 1998 werden ab dem 18.10.2010 die Bus-Fahrleistungen mehr als verdoppelt. Die Universität ist ein wichtiger Arbeitgeber und Zukunftsträger für unsere Stadt. Sie hat deshalb auch eine gute Bus-Anbindung verdient. Der nächste große Schritt wird dann die Einführung der StadtRegionalBahn (SRB) sein, die selbstverständlich auch die Universität anfahren wird!“

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 14.10.2010, 19:47 Uhr - 1904 Clicks - Nr. 932

Info: Welle Nord zur Biogasanlage in Lutterbek am 17. Oktober 2010

Am Sonntag, den 17.10.2010 von 18 bis 20 Uhr sendet der NDR im Radio auf Welle Nord einen längeren Beitrag auch zur Biogasanlage in Lutterbek.

Dafür hat der NDR heute einige Bürgerinnen und Bürger aus Lutterbek interviewt.

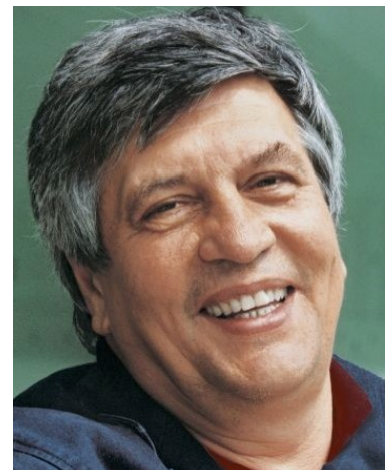
Keine Kommentare

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 15.10.2010, 09:13 Uhr - 2142 Clicks - Nr. 933

SPD-Umweltpolitiker Hermann Scheer gestorben

Der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete und Träger des Alternativen Nobelpreises, Hermann Scheer, ist tot. Er starb im Alter von 66 Jahren. Laut Medienberichten starb er an Herzversagen. Hermann Scheer trat 1965 der SPD bei. Er war seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Baden-Württembergische SPD, von 1993 bis 2009 war er auch Mitglied des SPD-Bundesvorstandes.

Hermann Scheer setzte sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem für den Einsatz erneuerbarer Energien ein und erhielt dafür zahlreiche internationale Auszeichnungen. So wurde Scheer 1998 mit dem Wertsolarpreis ausgezeichnet, 1999 erhielt er den Alternativen Nobelpreis.



Scheer war der herausragende Umweltpolitiker der SPD. Er schrieb zahlreiche Bücher. In Zeiten als Alternativen zur Kernenergie noch allgemein belächelt wurden, setzte er sich bereits vor allem für die Nutzung der Sonnenenergie ein. In den 80er-Jahren machte der SPD-Linken sich für eine aktive Friedenspolitik und Abrüstung stark.

Mit Äußerungen im SPD-Vorstand, das NATO-Vorgehen im Kosovo sei ein "Kriegsverbrechen", brachte Scheer Ende der 90er Jahre den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen sich auf. Dieser meinte seinerzeit sogar, Scheer gehöre aus der Partei geworfen.

Bei der Landtagswahl in Hessen 2008 war er im Schattenkabinett der hessischen SPD-Chefin Andrea Ypsilanti als Wirtschafts- und Umweltminister vorgesehen. Die Wahl Ypsilantis zur Ministerpräsidentin scheiterte jedoch am Widerstand von vier Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion gegen eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei.

In der derzeitigen Auseinandersetzung um Stuttgart 21 war Hermann Scheer vor kurzem noch bei einer Demonstration gegen das Milliarden-Bahnprojekt aufgetreten und hatte sich für einen Volksentscheid ausgesprochen.

Der SPD-Ortsverein Flensburg-Nord hat die Nachricht vom Tode Hermann Scheers mit Erschütterung zur Kenntnis genommen.

[Tagesschau dazu](#)

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.10.2010, 18:34 Uhr - 4911 Clicks - Nr. 934

SPD beschließt „Herbstinitiativen 2010“

Die Kieler SPD hat auf ihrer vergangenen Kreisvorstandssitzung die sog. „Herbstinitiativen 2010“, d.h. die politischen Schwerpunkte für die kommenden Monate beschlossen.



„Die Kieler SPD wird vier politische Schwerpunkte im Herbst 2010 setzen: Kommunale Energiepolitik, Regionale Bildungspolitik, Kulturperspektive Kiel und Integrationspolitik. Damit runden wir unser Spektrum nach den Entscheidungen zur Stadtentwicklungspolitik und zur Finanz- und Sozialpolitik ab“, erklärt Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

"Die Schwerpunkte sind:

1. Die Kieler SPD spricht sich nach wie vor für den Ausstieg aus der Atomenergie aus. Wir kritisieren aufs schärfste die CDU-FDP-Initiativen zur Verlängerung der Atomlaufzeiten. Gerade die Landeshauptstadt wird mit ihrem neuen Energie-Kurs ein Zeichen für eine verantwortbare und zukunftsstabile kommunale Energiepolitik setzen. Wir schaffen langfristig eine Versorgung ohne Kohle und Atom durch regenerative Energien und Energiesparen. Im ersten Quartal 2011 werden wir – nach der Beratung in den Ortsvereinen - die entsprechenden Beschlüsse auf einem Parteitag fällen.

2. Wir setzen weiter auf eine starke regionale Bildungspolitik. Der Ausbau der RBZ geht voran. Studiengebühren kommen mit uns nicht in Betracht. Die aktuell hohe Zahl der Studierenden in Kiel und in Schleswig-Holstein zeigt, dass dieser Weg der richtige ist. Nun muss es gelingen, diese späteren wichtigen Funktionsträger und Akteure auch in Kiel zu halten. Dies soll ein Schwerpunkt der Gespräche mit Dezernentin Ute Berg werden. Die Verlinkung der Bereiche Arbeit und Wissenschaft sehen wir als zentrale Zukunftsoptionen für die Stadt.

3. Wir werden die Kulturpolitik ideenreich und als Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten neu beleben. Dem Kulturforum der Sozialdemokratie in Kiel wird dabei eine wichtige Rolle zukommen. Im Frühjahr 2011 wollen wir einen Kreisparteitag zum Thema Kultur durchführen, um kulturpolitische Eckpunkte für unsere Stadt zu verabschieden.

4. Dazu kommt ein weiterer aktueller Punkt: Wir werden die Integrationsdebatte in Kiel offensiver als bisher führen. Wir werden dies über den Begriff der „Heimat“ tun. Gerade in den Städten wird die Frage, ob Integration gelingt, entschieden. Grundsätzlich gilt für uns: Kiel ist Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion. Es geht nun darum, das Zusammenleben zu organisieren. „Heimat“ ist Vielfalt und ist Einsatz für die eigenen Stadt oder Region. Dies setzt Entgegenkommen von allen Seiten voraus. Wir lehnen deshalb den Begriff der „deutschen Leitkultur“ ab und rufen die CDU auf, auf die Verwendung zukünftig zu verzichten. Er richtet Schaden an und ermutigt diejenigen, die nicht bereit sind Pluralität zu tolerieren. Richtschnur ist für uns das Grundgesetz, an ihm haben sich die jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen auszurichten. Die Abwägung von Toleranz und Einschränkung wird durch das Grundgesetz getroffen.“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 15.10.2010, 23:50 Uhr - 3481 Clicks - Nr. 935

Norderstedter Zeitung "Zweikampf um das Spitzenamt"

Anlässlich der Berichterstattung in der Norderstedter Zeitung über die Vorstellung der Kandidaten für den vakanten Dezernenten-Posten wurden polemische Zitate einzelner Stadtvertreter veröffentlicht, was die SPD-Ortsvereinsvorsitzende Katrin Fedrowitz sehr verärgert "Wir sind enttäuscht über das charakterlose Verhalten von Stadtvertretern, die in einer nicht öffentlichen Kandidaten-Vorstellung nur durch unsachliche Zwischenrufe auffallen und hinterher in der Öffentlichkeit das anonyme Inquisitionsgericht mimen. Eine derartige Herabwürdigung der Bewerber können wir nicht tolerieren."

[Leserbrief von Werner Schultz,Trappenkamp...](#)

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 15.10.2010, 23:53 Uhr - 5577 Clicks - Nr. 936

Rotes Wochenende vom 29. – 31. Oktober

Es ist wieder soweit: Vom 29. – 31. Oktober laden die Jusos Schleswig – Holstein zum "Roten Wochenende" nach Westensee. In der Jugendherberge Westensee (Am See 24, 24259 Westensee) treffen sich Jusos aus ganz Schleswig -Holstein, um ein Wochenende lang gemeinsam zu diskutieren, mit Aktionen auf sich aufmerksam zu machen und eine Menge Spaß zu haben. Die Gelegenheit also, um



im Verband inhaltliche Arbeit voranzutreiben und nebenbei noch viele politisch interessierte, neue Leute kennenzulernen.

Am Freitagabend wollen wir nach der Anreise bis 17:30 Uhr und dem Abendessen gemeinsam einen Film über die Geschichte des Irlandkonfliktes schauen. Anlass ist die im Frühjahr 2011 stattfindende Delegationsreise ins wunderschöne Irland und Nordirland.

Am Samstag wird es zunächst einmal wieder "aktionistisch". Peter-Harry wird sich freuen. Soviel sei verraten. Danach bieten wir die Mitarbeit in den Workshops Fehmarnbelt, Irland und Lernen! Für den Beruf an. Am Samstagabend haben wir eine Diskussionsrunde mit Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Matthias Stein organisiert. Die Spitzenkandidatenkandidaten werden sich bei uns eine Woche vor Beginn der offiziellen Vorstellungsrunden euren Fragen stellen.

Am Sonntag wird weiter an den Projekten gearbeitet. Abreise ist ca. 13:30 Uhr nach der Feedbackrunde.

Die Kosten betragen 15 € (inkl. Verpflegung). Für Neumitglieder ist das erste RoWo kostenlos und wir erstatten euch auch die Reisekosten. Ihr braucht nur Schreibzeug, Klamotten, Handtuch und Kulturtasche.

Meldet euch am besten sofort bei Einar unserem Landesgeschäftsführer an:
e.klinkicht@jusos-sh.de

Da der Juso – Kreisverband Kiel die Kosten für die Kieler Teilnehmer übernimmt, meldet Euch zudem bitte bei Timm (t.wuestenberg@jusos-kiel.de) an.

Anmeldeschluss ist der 20. Oktober. Gebt bitte an, welchen Workshop ihr besuchen möchtet, ob ihr vegetarisches Essen bevorzugt sowie ob ihr in der Jugendherberge übernachtet.

Wir freuen uns auf Euch !

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 16.10.2010, 09:00 Uhr - 2932 Clicks - Nr. 937

Osterrönfelder Hobbymarkt 2010

Der traditionelle Osterrönfelder Hobbymarkt der SPD Osterrönfeld am Samstag, 13.11.2010 (14:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Bürgerzentrum) soll auch in diesem Jahr wieder allen Hobbyhandwerkern und -bastlern die Möglichkeit geben, ihre handwerklichen Hobbies einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und einige der selbstgemachten Werke den Besuchern zum Kauf anzubieten.

So nutzen nicht wenige Besucher alljährlich die Möglichkeit, schon das ein oder andere Weihnachtsgeschenk vorab zu besorgen und sich bei Kaffee und Kuchen einen netten Nachmittag im Osterrönfelder Bürgerzentrum „Alter Bahnhof“ zu machen. Dass die Gewinne aus dem Kuchen- und Kaffeeverkauf immer an eine soziale Initiative bzw. Einrichtung in Osterrönfeld gespendet werden, macht das Kaffeetrinken dann gleich noch zu einer guten Sache. So konnten in den vergangenen Jahren schon Osterrönfelder Kitas, der Förderverein der Aukamp-Schule und die Osterrönfelder Tafel von den Spenden profitieren. In diesem Jahr

gehen nun die Gewinne an das Jugendzentrum (JUZ) Osterrönfeld.

Interessierte Aussteller, die ihr Handwerk beim Osterrönfelder Hobbymarkt vorstellen und eigene Werke zum Verkauf anbieten möchten, können sich bei Ilse Jasmer telefonisch unter 04331/88295 bis zum 01.11.2010 anmelden.

Hier finden Sie den Bericht vom Hobbymarkt 2009 [[mehr](#)]

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 16.10.2010, 17:52 Uhr - 8585 Clicks - Nr. 938

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus in Eckernförde gegründet

Uwe Fischer hatte sich zum Ziel gesetzt, nach seinem Eintritt in den Ruhestand im SPD-Ortsverein Eckernförde eine AG 60 plus zu gründen. Am 14.10.2010 war es soweit, die Senioren der Eckernförder SPD trafen sich zur Gründungsversammlung in der Stadthalle. Zur Veranstaltung war auch der Kreisvorsitzende der AG 60 plus Hans Peter Robin aus Rendsburg zugegen, der in einem Einführungsreferat darauf hinwies, dass die Senioren der SPD mit einer selbständigen Arbeitsgemeinschaft alle Mitglieder die das 60. Lebensjahr vollendet haben vertreten. Die SPD 60 plus gibt Ideen und Anregungen an die Partei und ist zugleich Vermittler zu den Älteren anderer Organisationen, Verbände und Institutionen

„Wir wollen unsere Erkenntnisse und Erfahrungen einbringen und vertreten unsere Interessen selbst, in der Partei und nach außen. Zur Veranstaltung war auch der Kreisvorsitzende der AG 60 plus Hans Peter Robin aus Rendsburg zugegen, der in einem Einführungsreferat darauf hinwies, dass die Senioren der SPD mit einer selbständigen Arbeitsgemeinschaft alle Mitglieder die das 60. Lebensjahr vollendet haben vertreten. Die SPD 60 plus gibt Ideen und Anregungen an die Partei und ist zugleich Vermittler zu den Älteren anderer Organisationen, Verbände und Institutionen

„Wir wollen unsere Erkenntnisse und Erfahrungen einbringen und vertreten unsere Interessen selbst, in der Partei und nach außen. Wir mischen uns ein, wenn politische Entscheidungen anstehen“, so der Kreisvorsitzende

Uwe Fischer stellte sein Konzept vor und wurde von den Senioren zum Leiter der AG bestimmt. Die AG 60 plus in Eckernförde wird zunächst mit einem Politischen Stammtisch beginnen, der jeweils am 2. Mittwoch eines Monats in der Geschäftsstelle in der Ottestraße nachmittags tagen wird. Unterstützung hat auch der Ortsvereinsvorsitzende Siegfried Schneider zugesagt. Die Veranstaltungszeiten werden u. a. auf der Homepage des Ortsvereins erscheinen. Nähere Einzelheiten können bei Uwe Fischer – Lütthörn 19 – Tel. 04351/43137 oder e-mail heuwe.fischer@t-online abgerufen werden.

Keine Kommentare

Große Politik in kleiner Runde

Junge Leute interessieren sich nicht für Politik? Diesem Vorurteil möchte Martin Habersaat (33), SPD-Kreisvorsitzender und seit einem Jahr Mitglied des Landtags, begegnen. Gemeinsam mit seinem Wahlkreismitarbeiter Jonathan Stahn (21) entwickelte er den „U40-Stammtisch“ und lädt junge Menschen ein, in gemütlicher Atmosphäre über Politik im Allgemeinen und den Landtag im Speziellen zu diskutieren. Los ging es im Oktober 2010 im Reinbeker „John o´Groats“.



Martin Habersaat: „Nicht zuletzt aus meiner Zeit als Lehrer weiß ich, dass es durchaus politische Themen gibt, die auch und gerade junge Menschen interessieren.“ Weil aber nicht jeder auf den ersten Blick den Charme von Parteiveranstaltungen zu schätzen wisse, fügt er augenzwinkernd hinzu, sei er auch auf der Suche nach anderen Foren. Weitere Stammtische, zunächst in Glinde und Reinbek, sind geplant. Jonathan Stahn berichtet: „Zunächst einmal ist es uns wichtig, junge Menschen für Politik zu interessieren. Eine ‚Ausweiskontrolle‘ gibt es aber nicht, alle Interessierten sind herzlich eingeladen.“ Habersaat ergänzt: „Es gilt auch nach wie vor mein Angebot an Jeden, selbst eine Runde zu organisieren, zu der ich dann dazu komme und von meiner Arbeit in Kiel berichte.“

Wer zur nächsten Veranstaltung persönlich eingeladen werden möchte oder selbst eine Runde plant, in der über Politik diskutiert werden soll, kann Kontakt zu Jonathan Stahn aufnehmen: Tel. 040/71498738. Weitere Kontaktmöglichkeiten finden sich unter www.martinhabersaat.de.

Keine Kommentare

Michael Jürgs kommt nach Großhansdorf

„Wie geht’s, Deutschland?“ - Das fragte Michael Jürgs in seiner 2008 erschienenen Bilanz der Einheit. Eine Antwort kann sich denken, wer den Untertitel liest: „Populisten. Profiteure. Patrioten.“ Deutlicher formulierte Jürgs in seinem 2009 erschienenen Buch: „Seichtgebiete. Warum wir hemmungslos verblöden.“ Auf Einladung der SPD und des Kulturforums der SPD Stormarn kommt Michael Jürgs am 19.11. um 19.00 Uhr in das Studio 203 (Schulzentrum Schmalenbek, Sieker Landstr. 203, 22927 Großhansdorf).

Reinhard Niegengerd, Organisator der Veranstaltung: „Michael Jürgs wird aus beiden Büchern lesen und anschließend mit dem Publikum diskutieren. Wir freuen uns auf einen unterhaltsamen und anregenden

**Michael
Jürgs Seicht
gebiete**

**Warum wir
hemmungs
los verblöden**

Abend!" Unterstützt wird der Abend von der Buchhandlung Kohrs.

Michael Jürgs, der in Hamburg lebt, war bereits mit 23 Jahren Feuilleton-Chef der Müncher Abendzeitung und von 1986 bis 1990 Chefredakteur des STERN. Heute ist er als Journalist und Autor tätig. Er verfasste unter anderem Biografien über Romy Schneider, Axel Springer, Günter Grass, Richard Tauber, Alois Alzheimer und Eva Hesse.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.10.2010, 16:45 Uhr - 1277 Clicks - Nr. 941

Kiel-Region:Strategische Gewerbeansiedlungen schaffen und erhalten Arbeitsplätze

Zu den Entscheidungen der Callcenterbetreiber adn und Perry&Knorr, an der Kieler Hörn zu investieren, und zu den Plänen von Parthena Reys für einen Gewerbepark in Suchsdorf erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Die Entscheidungen der Callcenterbetreiber adn und Perry&Knorr, an der Kieler Hörn zu investieren und dort kurzfristig 60 bzw. 200 zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, und der Verkauf des Geländes von Heidelberger Druck an der Dr.-Hell-Straße in Suchsdorf an das Luxemburger Unternehmen Parthena Reys, das hier einen Gewerbepark entwickeln will, bestätigen den wirtschaftspolitischen Ansatz von SPD, Grünen und SSW für die Stadtentwicklung. Wir wollen eine strategische Gewerbeansiedlung mit dem Schwerpunkt auf Dienstleistungsbranchen in der In-nenstadt und rund um die Hörn, mit wissenschaftsnahen Betriebsansiedlungen und Ausgründungen rund um die Hochschulen (wozu das Kieler Innovations- und Technologiezentrum und der Wissenschaftspark als Fördereinrichtungen helfen) und mit einem Schwerpunkt auf Gewerbeansiedlung an den Stadträndern mit guten Verkehrsverbindungen, z.B. in Wellsee, aber auch in anderen Stadtteilen. So unterstützen wir die Schaffung und den Erhalt von Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe und in Dienstleistungsberufen in unserer Stadt und - indem wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden der Kiel-Region vorgehen - in den umliegenden Kreisen. Der gemeinsame Auftritt unserer Stadt und der umliegenden Kreise als "Kiel-Region" hilft allen."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 18.10.2010, 17:00 Uhr - 3865 Clicks - Nr. 942

SPD-Bildungspolitiker besuchen Materialforschung

Besuch am Kieler Ostufer – Der Technischen Fakultät der CAU stattete nun der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion einen Besuch ab. Neben einer Besichtigung des neuen Reinraums und anderer Forschungsanlagen ging es im Gespräch mit Dekanat, Geschäftsführung und Servicezentrum um Ziele und Perspektiven der Fakultät, Chancen und Probleme der Bologna-Reformen und die gelungene Einführung der BA- und MA-Studiengänge.



Als Gesprächspartner standen den SPD-

Bildungspolitikern u.a. Dekan Prof. Dr.-Ing. Reinhard Knöchel, Prodekan Prof. Dr. Franz Faupel und Geschäftsführer Dr. Frank Paul zur Verfügung. Martin Habersaat: „Die Professoren sind hier vor Ort und jederzeit erreichbar, am Arbeitsplatz und an der Mensa. Die Studenten fühlen sich hier gut betreut und die Einführung der Bachelor- / Master- Studiengänge hat gut geklappt. Ich kann verstehen, warum. Hier hat man gemeinsam etwas Neues erarbeitet und nicht alte Studiengänge in neue Strukturen zu pressen versucht.“

Die derzeitige Zahl der Studierenden an der Technischen Fakultät der CAU liegt bei 1.650, etwa 600 Studienanfänger im Jahr können begrüßt werden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 18.10.2010, 17:50 Uhr - 2375 Clicks - Nr. 943

Kommunaler Beauftragter: "Gehen Sie zur Oberbürgermeister Wahl!"

Der Flensburger Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Gerhard Schmitz, appelliert an Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und an der Oberbürgermeisterwahl am 31. Oktober teilzunehmen. "Viele Entscheidungen, die für behinderte Menschen wichtig sind, werden in der Stadt Flensburg, also vor Ort, getroffen. Deshalb haben behinderte Menschen und ihre Angehörigen allen Grund, die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten nach ihren Zielen und konkreten Plänen zu befragen und natürlich auch wählen zu gehen. Damit können sie aktiv über die zukünftige Politik mitbestimmen", erklärte Gerhard Schmitz heute in Flensburg.

In vielen Bereichen entscheidet die Stadt oder ist für die Umsetzung der Vorgaben durch EU, Bund und Land zuständig. Ob nun die dringend notwendige Verbesserung der Teilhabe behinderter Menschen z.B. durch die Umsetzung der Barrierefreiheit, nötige Initiativen zur Förderung von Arbeitsplätzen oder Verbesserungen des Nahverkehrs durch entsprechende Verträge mit den Verkehrsunternehmen, die Stadt ist in allen Fällen gefragt. Dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin kommt hierbei die Leitungsaufgabe in der Stadtverwaltung zu.

Nach den Bestimmungen des Gleichstellungsgesetzes auf Bundesebene sind die Wahllokale barrierefrei einzurichten, so dass eine gleichberechtigte Wahl möglich ist. Dies ist in Flensburg jetzt umgesetzt worden.

Erfreulich findet es der Beauftragte, dass auch bei dieser Wahl einzelne Kandidaten Informationen in leichter Sprache verbreiten, so dass sich auch Menschen mit Lernschwierigkeiten über deren Ziele besser informieren können. "Von den Informationen in leichter Sprache profitieren letztlich aber alle Menschen", so Schmitz. Bedauerlich sei nur, dass dies offenbar immer noch keine Selbstverständlichkeit sei.

Außerdem böten Parteien Fahrten zu den Wahllokalen an. Anfragen hierzu sollten an die örtlichen Parteibüros gestellt werden. An die Wahlhelferinnen und -helfer appellierte der Beauftragte erneut, die Wahl so barrierefrei wie möglich zu gestalten und Hilfestellungen zu leisten, wo diese angefragt werden.

Keine Kommentare

Ließ Nonnenmacher auf eigene Faust bespitzeln?

Zu den Medienberichten über die Bespitzelung von Kritikern der HSH Nordbank erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Jürgen Weber:

Die laut Medienberichten vom HSH Vorstandsvorsitzenden in Auftrag gegebene Bespitzelung von Kritikern wirft Fragen auf: 1. Hat der Vorstandsvorsitzende mit Rückendeckung des Gesamt-Vorstandes und des Aufsichtsrates gehandelt? Falls nicht, wie lange wollen die Aufsichtsgremien Nonnenmacher sein Spiel noch treiben lassen? 2. Wurden auch diejenigen, die die politische Kontrolle über die HSH Nordbank ausüben, namentlich die Mitglieder der Landesregierung und des Hamburger Senats, bespitzelt? Das wäre dann in der Tat eine neue Dimension. 3. Wenn die Informationen über das ?Projekt Silence? zutreffen, steht dieses in direktem Zusammenhang mit Sachverhalten, die vom PUA untersucht werden. Sollten die öffentliche Kritik an Nonnenmacher und die Aufarbeitung der Fehler der Bank durch den Untersuchungsausschuss Anlass für die Bespitzelung gewesen sein, wäre zu überlegen, ob der Untersuchungsgegenstand des PUA nicht deutlich erweitert werden muss.

Keine Kommentare

Kreis Segeberg: SPD gründet Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer

Die SPD im Kreis Segeberg hat nach vielen Jahren Unterbrechung wieder eine Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA).

Damit bestehen im Kreis Segeberg jetzt vier sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaften. Neben der AfA gibt es die Jungsozialisten, die AG 60 plus und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Die Kreis-AfA wurde in Itzstedt in Anwesenheit des AfA-Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels und des SPD-Kreisvorsitzenden Andreas Beran ins Leben gerufen.

Zum Vorsitzenden wurde Gottlieb Förster aus Itzstedt gewählt, sein Stellvertreter wurde Klaus Kasch aus Henstedt-Ulzburg. Schriftführer wird Mario Florschütz aus Kaltenkirchen sein, Beisitzer Dirk Stock, Peter Kalbitz, Rudi G. Beth, Andrea Schuster und Bernd Kiehm.

Nachdem Wolfgang Mädels eingangs die Struktur der AfA vorgestellt hatte und auf die wichtige Funktion der Arbeitsgemeinschaft hingewiesen hatte, nahm Gottlieb Förster zur zukünftigen Aufgabenstellung der AfA im Kreis Segeberg Stellung.

In seiner Rede beschäftigte er sich mit den Plänen zur gesetzlichen Krankenversicherung, der Rente mit 67 und Fragen der Bildungspolitik.

Er verwies auf die Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Politik. Die deutliche Zunahme von Nichtwählern, aber auch die Schwäche von Schwarz/Gelb und die guten Prognosen für die Grünen könnten für die SPD kein Grund zum Jubeln sein.

Die SPD brauche wieder einen stärkeren Bezug zu den Beschäftigten in den Verwaltungen und den Betrieben. Förster: „Die AfA im Kreis Segeberg will sich als Schnittstelle zwischen Betriebs- und Personalräten sowie den Beschäftigten und der SPD verstehen – wir wollen uns für eine Politik von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark machen.“

Am 27. Oktober 2010 um 19.30 Uhr findet in Juhls Gasthof 23845 Itzstedt Schützenstraße 2 eine öffentliche Vorstandssitzung der AfA statt. Gäste sind zu der Veranstaltung sehr erwünscht und herzlich willkommen.

Keine Kommentare

Rolle rückwärts

Martin Habersaat, Kolumne für Stormarner Tageblatt

2007 wurde unser Schulgesetz mit großer Mehrheit beschlossen. In Stormarn gab es in der Folge ab Klasse 5 Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Geplanten Regionalschulen in Bargtheide und Bad Oldesloe fehlten die Anmeldungen. Als das geklärt war, investierten die Schulträger und die Schulen machten sich auf den Weg. Im Schuljahr 2010/11 sollte die Umstellung des Schulsystems abgeschlossen sein.



2010 haben wir es nun aber mit einem FDP-Minister zu tun, der das Rad zurück dreht:

In Gemeinschaftsschulen sollen künftig „abschlussbezogene Klassenverbände“ eingerichtet werden können, längeres Gemeinsames Lernen nicht mehr der Kerngedanke sein. Neue Oberstufen soll es eher nicht geben. An den Gymnasien wurde erst das Abitur nach acht Jahren (G8) eingeführt. Nun sollen Gymnasien zum Abitur nach neun Jahren (G9) zurück können, wenn sie wollen. Das Problem an G8, die Überlastung der Schüler, wird damit nicht gelöst. Dafür wird ein neues geschaffen: Für eine Handvoll G9-Klassen wird kein Schulbuchverlag eigene Bücher auflegen.

Aus Stormarner Sicht ist das alles halb so schlimm: Wir haben bereits eine hohe Dichte an Oberstufen. Der Wille des Ministers, keine neuen einzurichten, trifft uns nicht so hart wie andere. Gemeinschaftsschulen können an Schulprogrammen festhalten, die längeres gemeinsames Lernen vorsehen. Halb so schlimm ist aber nicht gut genug. Und es gäbe dringende Themen: Wir bilden noch Realschullehrer aus, ohne Realschulen zu haben, dafür keine Gemeinschaftsschullehrer mit dem Schwerpunkt Binnendifferenzierung. Städten und Gemeinden fehlen die Mittel, ihre Schulen so auszustatten, wie es heute möglich und wünschenswert wäre. Seit Monaten scheitern die Verhandlungen mit Hamburg zum Gastschulabkommen. Und Dr. Klug? Übt Rolle rückwärts...

Keine Kommentare

10/10/10 Teilnahme der SPD-AG "Nachhaltiges Reinfeld"

„10/10/10 – Wir zeigen der Welt, dass wir bereit sind für Klimalösungen.“

„Die Teilnahme am Aktionstag war ein voller Erfolg für die SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“. Entsprechend motiviert sind wir für weitere Taten.“

Dieses Fazit zieht die Gruppe, nachdem sich am 10. Oktober 20 Personen zusammengefunden haben, um gemeinsam eine Fahrrad-Tour in und um Reinfeld zu unternehmen, bei der beispielhaft Orte besucht werden, an denen Energie gespart oder aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird.

Erste Station der Tour war das Biomasse-Kraftwerk in Stubbendorf, von da ging es zu einem Niedrig-Energie-Haus im Heilsauring. Es folgte eine Photovoltaik-Anlage auf einem Einfamilienhaus am Steinhof. Von da ging es zum Windenergie-Park in Feldhorst. Auf dem Rückweg stand die Wasserkraft-Anlage an der künftigen Senioren-Residenz am Herrenteich auf dem Programm, bevor man sich am Rathaus zu Gegrilltem und Getränken traf. Der SPD-

Ortsverein lud alle Teilnehmer dazu ein. Bei schönem Wetter gab es Gelegenheit zum Austausch von Meinungen und Informationen. Kurz informiert wurde auch bereits während der Tour an den einzelnen Stationen.

„Über das Netzwerk 350.org kann sich jeder Interessierte schnell im Internet informieren. Die Zahl 350 soll verdeutlichen, dass 350 ppm (also Teilchen pro 1 Million) CO² in der Atmosphäre die Obergrenze dessen bilden, was für die Erde und die Menschheit verträglich ist.“ erläutert Gerd Herrmann von der SPD-AG. „Die aktuelle CO²-Konzentration liegt aber laut wissenschaftlicher Meinung bereits bei knapp 390 ppm. Es kommt also darauf an, möglichst schnell wieder auf einen Wert unter 350 zurück zu kommen, damit die entstandenen Schäden nicht unumkehrbar werden – beispielsweise das Schmelzen des Grönland-Eises oder das Freisetzen von Methan aus den Permafrostböden.“

Die Fahrrad-Tour am 10.10. hat anhand vorhandener Beispiele gezeigt, dass es geht – dass die Reduzierung des CO²-Ausstoßes mit relativ einfachen Mitteln möglich ist. Es müssen nur genügend Menschen mitmachen.

Das nächste Treffen der AG „Nachhaltiges Reinfeld“ findet statt am 26.10. um 19.30 Uhr im Lilienweg 11.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 20.10.2010, 22:06 Uhr - 3374 Clicks - Nr. 948

Keine Einflussnahme auf Rundfunksender durch die Hintertür!

Die Gebühren für die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten befinden sich derzeit in einer Neuordnung. Geplant ist eine Haushaltsabgabe statt der bisherigen Geräteabgabe.



Neuer Streit entbrennt um Äußerungen der thüringischen Landesregierung. Peter Eichstädt, SPD-Medienpolitiker, fürchtet, Thüringen wolle Einfluss auf die Rundfunkanstalten gewinnen. Der Sturz des ehemaligen ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender ist immer noch im Gedächtnis.

Zu Medienberichten, dass das Land Thüringen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Haushaltsgebühr zur Rundfunkfinanzierung angemeldet hat, erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Peter Eichstädt:

"Wir würden es sehr bedauern, wenn die Umstellung von der Gerätegebühr auf die Haushaltsabgabe in letzter Minute scheiterte! Es muss befürchtet werden, dass es u. a. der thüringischen Landesregierung weniger um die Gebühren geht als vielmehr um den – von einigen Ländern bereits angekündigten - Versuch, mehr Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Sender und ihre Programmgestaltung zu bekommen. Eine Steuer müsste in ihrer Höhe jeweils von Parlamenten beschlossen werden; damit ließen sich dann, so wohl auch die Hintergedanken einiger Länder, die öffentlich-rechtlichen Sender stärker an die Leine nehmen. Das wäre dann der bereits von einigen angekündigte Stoß gegen die Rundfunkunabhängigkeit. Schon deshalb lehnen wir dies ab. Eine Steuer zur Rundfunkfinanzierung ist zudem wegen der beihilferechtlichen Regelungen der EU höchst bedenklich.

Die angestrebte neue Struktur, nach der die Rundfunkabgabe pro Haushalt gezahlt werden muss, ist von dem Verfassungsrechtler Kirchhof geprüft und als verfassungsrechtlich möglich und sinnvoll bewertet worden. Sie sichert den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten eine von

der Politik unabhängige Entwicklung. Das ist unser zentrales Anliegen. Die von Unternehmen vielfach kritisierte Betriebsabgabe kann so gestaltet werden, dass die bisherigen ehrlichen Zahler auch künftig keine Nachteile haben. Die anderen werden möglicherweise mehr zahlen müssen als bisher. Das ist gerecht."

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 21.10.2010, 12:51 Uhr - 8805 Clicks - Nr. 949

Walter-Damm-Preis 2010 – Bewerbungen sind erwünscht

Zum 14. mal wird am 21. Nov. 10 in Appen im Bürgerhaus der „Walter-Damm-Preis“ im Rahmen einer Feierstunden verliehen. Die Würdigung des Preisträgers wird Olaf Scholz, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, Vorsitzender der SPD-Hamburg, Bundesminister für Arbeit und Soziales a.D. vornehmen.

Der vom SPD-Kreisverband gestiftete und mit 1.500,00 EUR dotierte Preis soll Menschen, Initiativen, Vereinigungen oder Verbände auszeichnen, die in ihrer ehrenamtlichen Arbeit Beiträge zum sozialen Ausgleich und Integration und der gesellschaftlichen Toleranz leisten oder geleistet haben.

Mit dem Preis würdigt die SPD das Lebenswerk des ersten frei gewählten Landrates des Kreises Pinneberg nach dem 2. Weltkrieg. Walter Damm gehörte nach politischem Widerstand gegen den Hitler-Faschismus und Gefangenschaft zu den sozialdemokratischen Männern und Frauen der ersten Stunde, die den demokratischen Wiederaufbau zu erst im Kreis Pinneberg und später als Landesminister verantwortlich mitgestalteten.

Kreisvorsitzender Hannes Birke hofft auf eine Vielzahl von Bewerbungen und weist darauf hin, dass die Vergaberichtlinien auch Eigenvorschläge ausdrücklich vorsehen. Die Bewerbungen sollten mit einer kurzen Beschreibung der Arbeit oder des Projektes erfolgen. Vorschläge sind bis zum 5. Nov. 10 an das Kreisbüro der SPD, Pinneberg, Am Drosteipark 5 per Post, per FAX (04101/20 46 15) oder per mail (KV-Pinneberg@spd.de) zu senden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 21.10.2010, 14:37 Uhr - 2350 Clicks - Nr. 950

Podiumsdiskussion im Rathaus Oberbürgermeisterwahl am 31. Oktober

Am 31. Oktober 2010 wählen die Flensburgerinnen und Flensburger die neue Oberbürgermeisterin oder den neuen Oberbürgermeister. Die Stadt Flensburg möchte zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag als Medienpartner die Kandidatin und die acht Kandidaten während einer Podiumsdiskussion am Dienstag, dem 26. Oktober 2010 ab 19 Uhr - Einlass ab 18.30 Uhr - in der Bürgerhalle des Flensburger Rathauses vorstellen.

Die spannende Podiumsdiskussion wird außerdem live vom Offenen Kanal Flensburg übertragen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 21.10.2010, 22:42 Uhr - 3787 Clicks - Nr. 951

SPD Schleswig-Holstein trauert um Loki Schmidt

Zum Tod von Hannelore Schmidt erklärt der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner:

Mit Loki Schmidt verlieren wir eine engagierte Naturschützerin und couragierte Frau. Bei allem Pflichtbewusstsein in ihrer Rolle als Repräsentantin an der Seite ihres Mannes hat sie ein eigenständiges, international anerkanntes Profil weit über ihre Vorträge und öffentlichen Einlassungen hinaus entwickelt. Sie war hoch geachtet und äußerst beliebt bei der Bevölkerung.

Wir trauern mit dem Altkanzler und Ehrenbürger Schleswig-Holsteins, Helmut Schmidt, und Tochter Susanne um einen liebenswerten, großartigen Menschen.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 22.10.2010, 08:35 Uhr - 1804 Clicks - Nr. 952

Ein Haushaltsplan, Zwei Hochzeiten und drei Monate Verzögerung

Einige Verwirrungen stiften im Moment drei Segeberger Kreistagsabgeordnete mit Landtagsmandat, der Kreispräsident und die CDU-Kreistagsfraktion als Ganzes. SPD: Unverständlich!

Am Donnerstag, den 24. Februar 2011, sollte nach Absprache der Fraktionsvorsitzenden der Segeberger Kreistag zusammenkommen, um mit Verspätung den Haushalt 2011 zu beraten und zu beschließen. Der Kreis Segeberg kann den Haushalt vor deshalb nicht im Dezember 2010 beschließen, weil die CDU- und FDP-Fraktionen eine öffentliche Debatte über die Streichvorschläge in den Juli-Sitzungen des Kreistages verhinderten und somit der Verwaltung keine Eckpfeiler für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes an die Hand gegeben wurden. Zudem konnte mangels politischer Grundlage bis zum Beschluss des Kreistages am 30.09. kein Anhörungsverfahren zur Erhöhung der Kreisumlage eingeleitet werden. Daher kann der Haushalt 2011 erst im Frühjahr verabschiedet werden.

Doch auch trotz interfraktioneller Vereinbarung kam es nicht dazu, die Streichliste Punkt für Punkt am 30.09. zu beraten: „Bereits im Juli sträubte sich die CDU dagegen, die von ihnen getragenen, unsozialen Streichvorschläge in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Doch die Begründung vom 30.09., man habe noch Beratungsbedarf, ist mehr als verwirrend, waren die Streichungsvorschläge doch bereits im Juni bekannt und sollten, wäre es nach der CDU gegangen, auch unkommentiert beschlossen werden. Hoffentlich hat die Denkpause wirklich dazu geführt, dass auch die CDU die Unverantwortlichkeit dieser Kürzungsvorschläge erkannt hat. Verzögerungstaktik ist dies allemal“, so Arnold Wilken, SPD-Fraktionsvorsitzender.

„Dass nun der Kreispräsident Winfried Zylka die vereinbarte Haushaltssitzung des Kreistages in den März verschieben will, weil sich der Termin mit der Landtagssitzung überschneidet, setzt dem Ganzen die Krone auf“, empört sich Jutta Altenhöner, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Zylka begründet dies damit, dass die Landtagsabgeordneten Wengler, Lödige und Rathje-Hoffmann die Möglichkeit erhalten sollen, ihr Kreistagsmandat wahrnehmen zu können. „Dieser Tanz auf zwei Hochzeiten ist nicht hinnehmbar, für andere berufstätige

Kreistagsmitglieder werden auch keine Termine verschoben. Die Vermutung liegt hier doch nahe, die CDU-FDP-Mehrheit im Landtag von nur einer Stimme nicht gefährden zu wollen. Und auch im Kreistag sind die Abstimmungsergebnisse oft sehr knapp“, so Altenhöner abschließend.

Für die SPD-Kreistagsfraktion

Arnold Wilken, Fraktionsvorsitzender
Jutta Altenhöner, stellvertr. Fraktionsvorsitzende
Alexander Wagner, Pressesprecher

Keine Kommentare

[Energiekonferenz SE](#) - veröffentlicht am 22.10.2010, 08:54 Uhr - 6709 Clicks - Nr. 953

Die Energiekonferenzen im Kreis Segeberg gehen weiter

Am 10. November 2010 um 19:00 Uhr informiert das Team Energiekonferenzen und der Kreisvorstand Segeberg im Gasthof zur Linde in Hartenholm zu Fragen der Konzessionen mit Energieerzeuger. Fachreferent ist Detlev Palm vom Verband der kommunalen Unternehmen (VKU).

In den nächsten Tagen werden vieler Orts die Konzessionen für Elektrizität fällig, d.h. sie stehen zur Verlängerung an. In einigen Orten ist dieses bereits geschehen.

Wir möchten es nicht versäumen zu diesem wichtigen Thema der Daseinsvorsorge umfassend zu informieren.

Am 10. November 2010 um 19:00 Uhr informiert das Team Energiekonferenzen und der Kreisvorstand Segeberg im Gasthof zur Linde in Hartenholm zu Fragen der Konzessionen mit den Energieerzeuger. Fachreferent ist Detlev Palm vom Verband der kommunalen Unternehmen (VKU).

Zum anderen berichten stellvertretend für viele Beispiele aus dem Bereich Energieversorgung im Kreis Segeberg Vertreter aus den Gemeinden berichten. Einmal wird Werner Schulz über das Gemeindewerk und dessen Energieversorgung der Gemeindefröhen Trappenkamp berichten. Dann folgt ein Bericht von Helmut Thran und Stefan Richter über das Biomasseheizwerk und die Biogasanlagen in Itzstedt und die entsprechenden Steuerungsmöglichkeiten im Planungsverfahren. Als Drittes haben wir einen Bericht von Horst Oswald aus der Großgemeinde Henstedt-Ulzburg. Dieser wird uns einen Überblick über die Arbeit des neuen Energieberaters verschaffen.

Näheres entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter Einladung und Konferenzen.

web: http://www.spd-segeberg.de/energiekonferenz_se

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 22.10.2010, 17:06 Uhr:

RE: Die Energiekonferenzen im Kreis Segeberg gehen weiter

Interessenten aus den Nachbarkreisen sind herzlich eingeladen. das Organisationsteam



[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 22.10.2010, 12:16 Uhr - 4061 Clicks - Nr. 954

Die Blumen werden Trauer tragen.

Wir trauern um Loki Schmidt erklärt die SPD-Ortsvereinsvorsitzende Katrin Fedrowitz:

„Mit Loki Schmidt verliert nicht nur unser Nachbarortsverein in Hamburg-Langenhorn, sondern die gesamte SPD eine bemerkenswerte Persönlichkeit, die uns alle in vielerlei Hinsicht

beeindruckt hat und auch international große Anerkennung genoss. Wir werden Loki Schmidt einen Ehrenplatz in unserem Herzen geben und wünschen der Familie, besonders dir Helmut, in dieser schweren Zeit viel Kraft.“

Katrin Fedrowitz
Ortsvereinsvorsitzende
Norderstedt

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 24.10.2010, 14:46 Uhr:

RE: Die Blumen werden Trauer tragen.

Ein trauriger Verlust, der bei vielen Menschen eine Lücke lassen wird. Mein Mitgefühl gilt den Verwandten und Freunden von Loki Schmidt.

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 23.10.2010, 12:59 Uhr - 56280 Clicks - Nr. 955

Wewelsflether Gespräche

Sündenböcke der Nation

Haben die Parteien ausgedient?

Den Parteien – vor allem den Volksparteien – laufen die Mitglieder weg. Die Wahlbeteiligung sinkt. Die Bürger betrachten das Tun der Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden mit wachsendem Unmut. Der Trend ist nicht neu, aber er verstärkt sich. Bei der Bundespräsidentenwahl zog der Kandidat Joachim Gauck viele nicht nur wegen seiner Lebensgeschichte und seiner persönlichen Ausstrahlung in seinen Bann, sondern auch, weil er keiner Partei angehört und anders redet als viele Berufspolitiker. In Hamburg stoppten Bürger per Volksentscheid die Schulreform. In Baden-Württemberg leisten Demonstranten anhaltenden Widerstand gegen das Projekt „Stuttgart 21“. Die Anti-Kernkraft-Bewegung gewinnt wieder an Stärke.

Von „Politikverdrossenheit“ kann also keine Rede sein. Die Vertrauenskrise trifft vor allem große Organisationen, allen voran die Parteien. Andere Formen der politischen Teilhabe sind durchaus für viele Menschen attraktiv:

Aktionen mit konkreter Zielsetzung, ehrenamtliches Engagement für soziale oder ökologische Projekte, Kampagnen via Internet. Aber die Bürger meiden langfristige Bindungen an eine Partei. Dabei ist Parteilarbeit Kernaufgabe unserer Demokratie, auch wenn sie oft unspektakulär und mühsam erscheint. Ohne Strukturen, ohne Willensbildung „von unten nach oben“ geraten wir in den Sog der Beliebigkeit und populistisch angeheizter Strohfeuer. Die führenden Repräsentanten der Parteien sind aufgerufen, ihre Verhaltensweisen zu ändern. Aber

Der  SPD Ortsverein Wewelsfleth
lädt ein zum

Wewelsflether Gespräch

Sündenböcke der Nation
– Haben die Parteien ausgedient? –

12. November 2010 – um 18 Uhr
25599 Wewelsfleth,
Mehrzweckhalle Am Sportplatz

wie?

Teilnehmer:

Reinhard Ueberhorst

Freiberuflicher Planer, Berater, Autor, Dozent
(Impulsreferat: Fünf Thesen zum Thema)

Moderation:

Prof. Rainer Burchardt

Freier Journalist

Auf dem Podium:

Björn Engholm

Ministerpräsident a.D.

Dr. Robert Habeck

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im Kieler Landtag

Wolfgang Kubicki

Fraktionsvorsitzender der FDP im Kieler Landtag

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast

Vorsitzende der „Aktion Gemeinsinn“

Dr. Henning Voscherau

Erster Bürgermeister a.D.

Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Parteienforscher

Medienvertreter sind herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.10.2010, 16:20 Uhr - 9132 Clicks - Nr. 956

Multi-Kulti ist gescheitert ??

Frau Dr. Merkel spricht, und die Junge Union ist begeistert: „Multi-Kulti ist gescheitert!“
Was sie damit meint, vergaß sie zu erklären, zumindest ihrer Ministerin Frau Dr. von der Leyen.
Die zeigt sich besorgt ob der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und dem völligen
Ausbleiben der Überfremdung durch hochqualifizierter Einwanderer: Laut „Zeit“ vom 21.10.
kamen davon im Jahre 2009 gerade noch 169 (!) nach Deutschland.

Das könnte tatsächlich daran liegen, das Multi-Kulti in Deutschland gescheitert ist.

Mono-Kulti heißt: Die immer gleichen Familien stellen den Nachwuchs in den Vorständen der
Dax-Unternehmen, Ärzte sind Ärzte, weil sie Arztkinder waren, Arme sind arm, weil sie arm
geboren wurden.

Mono-Kulti heißt: wer je als Türkin eingereist ist, wird bis in die 3. Generation türkisch bleiben,

egal mit welchem Pass, Aussiedler sind Aussiedler auch noch nach 50 Jahren.
Monokulturen sind beim Menschen wie bei seinem Gemüse unnatürlich und empfindlich, und nur beständiges giften gegen alles, was anders ist erhält sie künstlich aufrecht.
Vielleicht meinte Frau Merkel das mit ihrer Mahnung: Multi-Kulti ist gescheitert, darum ist Deutschland ein Auslaufmodell. Da jubelt die Junge Union!

Friederike Rupprecht

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 24.10.2010, 21:57 Uhr:

RE: Multi-Kulti ist gescheitert ??

Es wäre wirklich gescheitert, sich den Realitäten zu stellen. Aber damit kann man nicht immer gewinnen. Wer aber das Zusammenhalten der eigenen Anhängerschaft über den Anstand stellt, wie es zur Zeit einige CDU/CSU-Granden tun, der verliert die demokratische Bodenhaftung und den Bezug zum Grundgesetz. Deshalb ein dreifaches Pfui auf die rechten Parolen und ihre Verbreiter!

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 24.10.2010, 11:07 Uhr - 2014 Clicks - Nr. 957

Unterschriftenaktion zum Erhalt der Flensburger Justizvollzugsanstalt.

Am Freitag, den 29. Oktober 2010 findet eine Unterschriftenaktion für den Erhalt der Flensburger Justizvollzugsanstalt statt.

Von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr sammeln Justizvollzugsbeamte auf dem Flensburger Südermarkt Unterschriften für den Erhalt der JVA Flensburg.

Die Landesregierung plant die Schließung der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe, aus „wirtschaftlichen Gründen“.

Mit der geplanten Schließung gehen wieder rund 40 qualifizierte Arbeitsplätze für Flensburg verloren.

Die Resozialisierung für Flensburger Inhaftierte wird erschwert, wenn soziale Kontakte und Kontakte zu Behörden vor Ort nur noch sehr schwer wahrgenommen werden können.

Die Polizei wird durch Gefangenenzuführungen zu den JVA`en in Kiel und Neumünster personell belastet, das gefährdet gleichzeitig die Öffentliche Sicherheit in Flensburg.

Durch die Schließung der JVA Flensburg ist auch das Landgericht Flensburg in seiner Funktion gefährdet.

Berufsverbände und Gewerkschaften, Anwalts- und Richterverein, die Gerichtspräsidenten, der Oberbürgermeister und die Ratsversammlung der Stadt Flensburg haben sich für den Erhalt der Justizvollzugsanstalt Flensburg ausgesprochen.

Der SPD Ortsverein Flensburger Mitte ruft zur Unterschrift für den Erhalt der Flensburger Justizvollzugsanstalt auf.

Freitag, 29. Oktober 2010, von 11:00 bis 13:00 Uhr auf dem Flensburger Südermarkt.

Zusätzliche Unterschriftenlisten können angefordert werden bei: stephankienass@t-online.de

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 25.10.2010, 10:35 Uhr - 8883 Clicks - Nr. 958

Mitglieder entscheiden über Spitzenkandidaten und zukünftigen Ministerpräsidenten

Es ist eine Premiere. Der zukünftige Spitzenkandidat oder Kandidatin der SPD für die nächste Landtagswahl wird nicht mehr von einem engen parteiinternen Führungszirkel „ausguckt“.

Die SPD will ihren Spitzenmann oder ihre Spitzenfrau in einem demokratischen und transparenten Verfahren unter Beteiligung Öffentlichkeit auswählen.

Die Entscheidung, wer – so SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke – zukünftig mit sehr guten Aussichten als Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin Verantwortung für Schleswig-Holstein übernehmen soll, wird in zwei Stufen erfolgen.

Die erste Stufe gilt der Meinungsbildung über die Bewerber in Form von öffentlichen Mitgliederversammlungen in allen 15 Kreisverbänden. Der Startschuss fällt im Kreis Pinneberg. Im Pinneberger Rathaus stellen sich am 7. November um 11.00 Uhr Ralf Stegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender im Landtag, Thorsten Albig, Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn und Matthias Stein aus Kiel im Kreis vor.

Zu der Veranstaltung sind nicht nur alle Mitglieder des Kreisverbandes eingeladen, auch Gäste sind willkommen. Sie haben wie die SPD-Mitglieder ein Rede- und Fragerecht. Bei einer reinen Vorstellung will es Kreisverband nicht belassen. „Wir werden“ – so Hannes Birke – „alle Teilnehmer in Form einer schriftlichen Abstimmung um ihre Meinung zu den Bewerbern bitten“.

Sollten sich nach der Vorstellungsrunde noch mehr als zwei Kandidaten um den Spitzenplatz bewerben, dann werden die Mitglieder in Stufe zwei den Spitzenkandidaten oder die Spitzenkandidatin wählen. Der Termin für den Mitgliederentscheid steht noch nicht fest. Spätestens Mitte März 2011 soll die Entscheidung aber getroffen sein. Zwar schreibt das Wahlrecht vor, dass nur eine Landesdelegiertenkonferenz über den ersten Listenplatz entscheiden kann, für Birke ist aber der Mitgliederentscheid politisch ausschlaggebend. Er hält es für selbstverständlich und so werden sich nach seiner Meinung auch die Kandidaten erklären, dass sie die Basisentscheidung akzeptieren. Nur der Gewinner oder die Gewinnerin des Mitgliederentscheides wird sich zur Wahl auf der Landesdelegiertenkonferenz stellen.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 25.10.2010, 17:56 Uhr - 2243 Clicks - Nr. 959

SPD-Mitgliederversammlung am 1. November

Zu einer Mitgliederversammlung lädt der SPD-Vorsitzende Jörg Kiencke alle Genossinnen und Genossen aus Barsbüttel am 1. November 2010 ab 19:00 Uhr ins Fraktionszimmer des Rathauses Barsbüttel ein. Parallel tagt am selben Ort die SPD Fraktion Barsbüttel mit ihrem Vorsitzenden Hermann Hanser. Grund der „doppelten Einladung“ sind bedeutsame Entscheidungen für die Zukunft Barsbüttels.

Die SPD möchte am ersten Tag im November ihre Positionen zu verschiedenen Punkten festlegen, die im Kommunalwahlprogramm 2008 - 2013 noch keine Berücksichtigung gefunden hatten. Jörg Kiencke: „Was wir aus dem Rathaus? - Das ist eine Frage, die wir ebenso klären wollen die Planung eines Nahversorgungszentrums ‚Am AKKU‘. Außerdem wollen wir den Mitgliedern den aktuellen F-Plan-Entwurf vorstellen, auch hier geht es um die Frage, wie sich



unsere Heimatgemeinde künftig entwickelt.“

Ebenfalls befassen wollen sich die Sozialdemokraten mit dem Wunsch der Einwohnerversammlung, einen Elternbeirat für die gesamte Gemeinde Barsbüttel zu gründen. CDU und BfB hatten diesen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in den letzten Sitzungen des SKS-Ausschusses und der Gemeindevertretung abgelehnt. Aus dem SKS-Ausschuss wird Martin Habersaat berichten, der auch Mitglied des Landtages ist.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 25.10.2010, 18:00 Uhr - 2365 Clicks - Nr. 960

Wahlparty in der Bürgerhalle des Rathauses Oberbürgermeisterwahl am Sonntag

Die vorläufigen Ergebnisse der Oberbürgermeisterwahl werden am Wahlabend ab 18 Uhr in der Bürgerhalle im Erdgeschoss des Rathauses im Rahmen einer Wahlparty präsentiert.

Alle Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen dabei zu sein. Auf einer Projektionsfläche werden die eingehenden Ergebnisse aus den Wahlbezirken dargestellt. Topaktuell kann man sich so aus erster Hand über die Wahl in Flensburg informieren, die Reaktionen der anwesenden Kandidaten verfolgen und die Presse bei der Arbeit beobachten. Die Veranstaltung wird zusätzlich live vom Offenen Kanal übertragen.

Es sind alle Vorkehrungen für einen spannenden und erlebnisreichen Wahlabend im Rathaus getroffen. Regelmäßig aktualisierte Zwischenergebnisse und das vorläufige Endergebnis werden natürlich unverzüglich im Internet unter www.flensburg.de veröffentlicht.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 25.10.2010, 18:45 Uhr - 3826 Clicks - Nr. 961

Veranstaltung der AG 60 plus der SPD am 3.11.2010 in Schwarzenbek

Der Vorstand der AG 60 plus der SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg lädt herzlich zur einer Veranstaltung am **Mittwoch, 03. November 2010, 15.00 Uhr** in Schröders Hotel in Schwarzenbek, Compestraße 6, ein.

Nach einem Bericht des Vorstandes und der Delegierten über die ordentliche Landeskonferenz der AG 60 plus in Neumünster wird der Kreisvorsitzende, Hans-Peter Iversen, über die letzten Landesvorstandssitzungen informieren.

Gäste sind herzlich willkommen.

Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD im Kreis Hzgt. Lauenburg

Vorsitzender: Hans-Peter Iversen, E-Mail: iversenlb@aol.com, Tel + Fax 04153/81996

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.10.2010, 20:38 Uhr - 8650 Clicks - Nr. 962

SPD Rendsburg-Eckernförde unterstützt die Elterninitiative „Schulfrieden-S-H“

Die SPD Rendsburg-Eckernförde freut sich sehr über die Initiative der Eltern zur Verhinderung der von der CDU-FDP-Regierungskoalition geplanten Änderungen des Schulgesetzes.

Die geplanten Veränderungen sind der Versuch, eine moderne Schullandschaft in unserem Land zu verhindern, um sogar im Bildungsbereich eine freche Klientelpolitik durchzusetzen: Die Mittel, die zum Beispiel für das Y-Modell an Gymnasien benötigt werden, sollen schamlos aus anderen Schulbereichen, besonders der Gemeinschaftsschule abgezogen werden.

Das aktuelle Schulgesetz wurde erst 2007 beschlossen und seit dem arbeiten unsere Schulen an der Umsetzung mit neuen Konzepten, Unterrichts- und Organisationsformen. Es wurde von den Lehrerinnen und Lehrern mit viel Elan und Arbeitsstunden an einer Verbesserung unserer Schulen zum Wohle unserer Kinder gearbeitet. Das soll alles nun vom Tisch gewischt werden mit einer Rolle rückwärts in die 1960er Jahre – Ist das die richtige Antwort auf die Anforderungen der Zukunft?

Eine fachlich qualifizierte Bewertung der Entwicklung durch das Schulgesetz von 2007 kann noch gar nicht abgegeben werden, da noch kein Durchgang von Schülerinnen und Schülern das aktuelle System vollständig durchlaufen hat. Bildungsminister Klug hat seine Bewertung offensichtlich aus einer gelben Glaskugel. Deshalb: Finger weg vom aktuellen Schulgesetz bis Mitte 2013, dann eine fundierte Auswertung und ggf. Nachsteuerungen.

Nicht zuletzt haben die Städte und Gemeinden mit großem Einsatz ihre Schulen auf den Weg für ein modernes Schulwesen gebracht, bei dem niemand aussortiert, zurückgelassen oder abgestempelt werden soll. Das alles soll für die Katz gewesen sein? Es wäre verbranntes Steuergeld!

Für ein modernes Schulsystem für alle Kinder in Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Holstein: Deshalb unterstützt die SPD Rendsburg-Eckernförde die Initiative der Eltern.

Seien auch Sie mit dabei und unterstützen die Initiative mit ihrer Unterschrift!

Sie können bei jedem SPD Ortsverein unterschreiben oder sie laden sich Ihr Formular hier herunter: [Unterschriftenliste](#)

Ulf Daude

stv. Kreisvorsitzender SPD RD-Eck

Keine Kommentare

[SPD Kiel-Süd-West](#) - veröffentlicht am 25.10.2010, 21:46 Uhr - 2541 Clicks - Nr. 963

SPD diskutiert mit der Wirtschaft im Kieler Süden

Die Entwicklungspotentiale, die Neuansiedlung und die Vermarktung des größten Kieler Industrie- und Gewerbegebietes sowie die Auswirkungen der neuen Bundesautobahn A 21 diskutieren die Podiumsteilnehmer „Wir für Sie!“ auf Einladung der SPD am kommenden Mittwoch, ab 19 Uhr im Sporthotel AVANTAGE, Braunstraße 40.

Claus Harder (Vorsitzender Handels- und Industriepark Wellsee), Ute Berg (Stadträtin für Arbeit und Wirtschaft), Hans-Werner Tovar (Ratsherr und wirtschaftspolitischer Sprecher SPD) und Beate Friedrichs (Ortsbeiratsvorsitzende) werden unter der Moderation von Bernd Heinemann Landtagsabgeordneter für das Kieler Ostufer miteinander aktuelle Themen diskutieren.

- Was plant die Stadt für die kommunalen Steuern?
- Die Verbesserung der Infrastruktur, einschließlich Nahversorgung,
- das soziale Engagement der HIP und die Kinderbetreuung für die Arbeitnehmer/innen und
- Auswirkungen des „Gewerbegebietes mit Landebahn“ in Holtenau bilden weitere Themenbereiche für die Diskussion auf dem Podium und mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.10.2010, 09:14 Uhr - 5015 Clicks - Nr. 964

Kleiner roter Flitzer mit großen Ohren

Seit gestern Nachmittag ist Thede Boysen, Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl, mit seinem kleinen roten Flitzer in Flensburgs Straßen unterwegs. Über Lautsprecher wirbt er mit viel Schwung und Musik für sich und vor allem für die Teilnahme an der anstehenden OB-Wahl.



Unter dem Motto "Wir sind Flensburg" fordert er alle Flensburger/innen lautstark auf, am Sonntag wählen zu gehen, denn sie sind es, die die Geschicke der Stadt Flensburg durch ihre Wahl des neuen Oberbürgermeisters in der Hand halten. Und nur wer wählen geht, hat die Lizenz zum Meckern.

Miteinander mehr möglich machen. Geht wählen!

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 26.10.2010, 12:17 Uhr - 3047 Clicks - Nr. 965

Fahrradleihsystem für Norderstedt

„Wir bleiben in unseren Erwartungen realistisch. Durch die von der SPD Norderstedt unterstützte Einführung eines Fahrradleihsystems der Firma Nextbike wird es keine kurzfristig spürbaren Entlastungen des Autoverkehrs geben.

Fahrradleihsystem für Norderstedt

„Wir bleiben in unseren Erwartungen realistisch. Durch die von der SPD Norderstedt unterstützte Einführung eines Fahrradleihsystems der Firma Nextbike wird es keine kurzfristig spürbaren Entlastungen des Autoverkehrs geben. Die Gewohnheit Kurzstrecken vorwiegend mit dem Auto zu bewältigen ist unter den Norderstedtern immer noch sehr ausgeprägt.

Das Angebot soll einen „Einstieg in dem Umstieg“ auf das Fahrrad darstellen, sagt Katrin Fedrowitz Vorsitzende des Ortsvereins der SPD Norderstedt. Dazu ist es für uns sehr wichtig, dass an allen zentralen Ein- und Umsteigepunkten der Busse und Bahnen die Leihräder bereitstehen. Mit Blick auf den ökologischen Anspruch der Landesgartenschau 2011 muss auch am Veranstaltungsgelände eine Station eingerichtet werden. Die hoffentlich zahlreichen Besucher aus den Umlandgemeinden könnten dann mit Bus oder Bahn anreisen und ihren Weg zum Gelände mit dem Rad zurücklegen. Gleiches gilt für das Freizeitbad Arriba, das in unmittelbarer Nähe zu den U-Bahnhöfen Garstedt und Ochsenzoll und Norderstedt-Mitte liegt. Entscheidend ist für uns, meint Frau Fedrowitz, dass das Leihsystem auch am U-Bahnhof Ochsenzoll, also auf Hamburger Gebiet, verfügbar ist, da dieser Bahnhof der Einstiegspunkt für die Bewohner aus Glashütte ist. Hier muss die Stadtverwaltung jetzt zügig Gespräche mit dem Bezirksamt Hamburg-Nord für eine gemeinsame Planung aufnehmen. Nextbike hat zwar den Innenstadtbereich Hamburgs gut abgedeckt, aber gerade in Richtung Norden zeigt das Netz noch sehr große Lücken.“

Katrin Fedrowitz, Ortsvereinsvorsitzende



Keine Kommentare

Schluss jetzt!

Zur Debatte um den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, Dirk Jens Nonnenmacher, erklären der Obmann der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss HSH Nordbank, Jürgen Weber, und der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner:

Heute muss Schluss sein! Es gibt keinen Grund mehr, die Umtriebe des Dr. Nonnenmacher auch nur einen Tag länger hinzunehmen! Die SPD-Landtagsfraktion fordert die schwarz-gelbe Regierung in Schleswig-Holstein und den schwarz-grünen Senat in Hamburg auf, heute zu handeln – Nonnenmacher muss sofort von seinem Posten entfernt werden. Er hat bis heute keine akzeptable Begründung für die 7-Millionen-Spitzelaffäre geliefert und ist damit endgültig untragbar geworden; er belastet die Bank und deren Eigentümer, die mit Milliarden Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger für die Bank gerade stehen.

Quo usque tandem abutere...*, Prof. Nonnenmacher!

(*Wie lange noch, Dr. Nonnenmacher werden Sie unsere Geduld missbrauchen?)

Keine Kommentare

Haushaltsentwurf 2011

Zum nun vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Seit gestern liegt der Haushaltsentwurf 2011 vor. Er wird – wie jeder Haushaltsentwurf – genau von uns geprüft werden müssen.

Einige Tendenzen sind bereits deutlich. Der Haushalt steht unter schlechten Rahmenbedingungen, was die Einnahmeseite angeht. So werden beispielsweise die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben 2011 rund 33 Millionen Euro niedriger ausfallen als 2009. Dieser Trend wird sich mindestens noch 2012 fortsetzen, weil die Berechnung der kommunalen Einnahmen vor allem aus Einkommenssteuer und kommunalen Finanzausgleich erst mit einem Zeitverzug von zwei Jahren erfolgt. So wird die Finanz- und Wirtschaftskrise die Kommunen auch 2011 und 2012 beschäftigen. Der positive Effekt aus der Realwirtschaft kommt erst 2012 / 2013 an.

Trotz der negativen Rahmenbedingungen müssen zwei Aspekte gleichwohl Berücksichtigung finden: zum einen darf die Tatsache, dass die Kommunen mehr und mehr in die Lage gebracht werden, ihre zu erfüllenden Aufgaben nicht mehr finanzieren zu können, nach dem Motto „Nach mir die Sintflut!“ nicht dazu führen, dass eigene Konsolidierungsanstrengungen unterlassen werden. Zum anderen müssen politische Gestaltungsschwerpunkte erkennbar sein, damit Haushaltspolitik nicht zu sinnentleerter Sparpolitik verkommt.

Beiden Ansprüchen wird der nun vorliegende Entwurf grundsätzlich gerecht. Einerseits ist erheblicher Konsolidierungswille erkennbar: im Vergleich zur ursprünglichen Planung für 2011 ist im vorliegenden Entwurf eine Verbesserung von 23,9 Millionen Euro erkennbar. Da sind auch schmerzhaft Vorschläge der Verwaltung dabei, über die wir noch entscheiden müssen.

Andererseits sind es die Schwerpunkte der Kooperation, die deutlich werden: so werden wir 6,3 Millionen Euro mehr bei den Kindertagesstätten aufwenden und 1,8 Millionen Euro mehr im Schulbereich. Bei den RBZ werden 2011 4,3 Millionen Euro eingeplant. Durch kluge und kreative Ideen werden wir es möglich machen, für den Bau eines Sport- und Freizeitbades an der Hörn 4 Millionen Euro im nächsten Jahr bereit zu stellen.

Insgesamt machen wir uns über die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen, auch Kiels, erhebliche Sorgen. Der vorliegende Haushaltsentwurf nimmt durch seine Konsolidierungsbemühungen diese Bedenken auf und setzt darüber hinaus die richtigen Schwerpunkte."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 26.10.2010, 17:37 Uhr - 3436 Clicks - Nr. 968

Martin Habersaat: Keine Ausreden mehr!

Zu den Verhandlungen über das Gastschulabkommen mit Hamburg erklärt der stv. bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Der Landesrechnungshof hat nun alle Einwände des Bildungsministeriums, es fehlten für den Abschluss eines Gastschulabkommens mit Hamburg noch Zahlen, vom Tisch gewischt.

„Es stellt sich die Frage, wofür die aufwendige und teure Schulstatistik produziert wird, wenn auf die Ergebnisse nicht zurückgegriffen wird“, heißt es in einem Schreiben des Landesrechnungshofes an die Vorsitzende des Bildungsausschusses ([Umdruck 17/380](#)), das nachrichtlich auch an das Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein gegangen ist. Das Land dürfe, wenn es um die Datenlage in der Frage nach den Hamburger Schülern in Schleswig-Holstein gehe, nicht auf die Aussagen des Vertragspartners angewiesen sein.

Noch vor vier Wochen haben Bildungsministerium und FDP-Fraktion fehlende Zahlen aus Hamburg für die seit einem Jahr andauernde Erfolglosigkeit der Verhandlungen über ein neues Gastschulabkommen verantwortlich gemacht. Man hat versucht, den Schwarzen Peter in die Hansestadt zu schieben. Nach der peinlichen Belehrung durch den Landesrechnungshof geht das nun nicht mehr. Der Ball liegt im Feld der Herren Klug und Zirkmann und sollte nicht weiter verstopft werden.

Die SPD-Landtagsfraktion bleibt bei ihrer Forderung, die Verhandlungen über die Heimkinder vom Gastschulabkommen zu trennen, weil das primäre Interesse auf einer schnellen Einigung im Gastschulstreit liegen muss. Da es jetzt keine Ausreden mehr gibt, muss das umso schneller gehen.

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 26.10.2010, 19:33 Uhr - 2201 Clicks - Nr. 969

120 Jahre SPD Ortsverein Wedel

Geburtstagsfeier

120 Jahre SPD Ortsverein Wedel

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 07:19 Uhr - 5163 Clicks - Nr. 970

Komm in die Rote Ecke!

Am 31. Oktober findet im Rathaus der Stadt Flensburg um 18.00 Uhr in der Bürgerhalle die Wahlparty anlässlich der Oberbürgermeisterwahl statt. Thede Boysen, SPD-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, möchte Sie hiermit herzlich in die "Rote Ecke" einladen. Gemeinsam mit ihm können Sie sich über die eingehenden Ergebnisse aus den Wahlbezirken informieren und diskutieren.



Erleben Sie am Sonntag einen spannenden Wahlabend mit Ihrem SPD-Kandidaten Thede Boysen - in der Roten Recke! -

Gemeinsam mehr möglich machen!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 10:26 Uhr - 1152 Clicks - Nr. 971

Zentralisierungsbestrebungen bei der MVV vom Tisch

Die Vorsitzenden der Ratsfraktionen in der Kieler Ratsversammlung, Ratsfrau Gesa Langfeldt (SPD), Ratsherr Stefan Kruber (CDU), Ratsherr Lutz Oschmann (Bündnis 90/Die Grünen), Ratsherr Helmut Landsiedel (FDP), Ratsherr Florian Jansen (Die Linke), Ratsfrau Ingrid Zimmermann und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zum aktuellen Stand des „Dritten Weges“:

„Am 4. Oktober 2010 haben wir ein Gespräch mit dem Vorstand der MVV Energie AG und dem Vorstand der Stadtwerke Kiel AG geführt, in dem uns umfangreiche Zugeständnisse gemacht wurden. Die offenen Fragen und Kritikpunkte haben wir gemeinsam in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden der MVV Energie AG, Dr. Georg Müller, vom 7. Oktober 2010 formuliert. Mittlerweile liegt die Antwort vor. Wir freuen uns, dass der Vorstand der MVV Energie AG den Forderungen aus unserem interfraktionellen Ratsantrag vom 16. September 2010 in vollem Umfang Rechnung getragen hat. Wir halten fest: in allen wesentlichen Punkten haben wir uns durchgesetzt. Die Selbständigkeit der Stadtwerke Kiel AG wird vollumfänglich garantiert. Der Einfluss der Landeshauptstadt Kiel auf ihre wichtigste Beteiligung bleibt uneingeschränkt

erhalten. MVV versichert in dem nun vorliegenden Schreiben, dass sich alle relevanten Inhalte des Gespräches vollständig und umfassend in Beschlussvorlagen für den Konsortialausschuss und Aufsichtsrat der Stadtwerke Kiel AG wiederfinden werden. Was zunächst wie eine selbstverständliche Formalie klingt, ist für uns von entscheidender Bedeutung. Denn damit ist der aktuelle aber auch der zukünftige Einfluss der Landeshauptstadt Kiel auf die Entwicklung der Stadtwerke Kiel AG gesichert.

Wir betonen es erneut: eine weitere Optimierung der Abläufe innerhalb der Stadtwerke Kiel ist insbesondere vor dem Hintergrund des harten Wettbewerbs auf dem Energiemarkt ist unausweichlich. Gleichzeitig sind wir froh darüber, dass bis September 2016 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sein werden und auch danach sozialverträgliche Lösungen gefunden werden, wenn ein Stellenabbau unvermeidbar ist. Besonders wichtig ist uns jedoch, dass keine steuerungsrelevanten Funktionen aus Kiel abgezogen werden. Die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Stadtwerke Kiel AG bleiben dauerhaft erhalten. Wir freuen uns, dass die Kieler Kommunalpolitik hier über alle Fraktionsgrenzen hinweg an einem Strang gezogen hat und so einen wesentlichen Teil zu der Kehrtwende des Projektes beitragen konnte. Die Zentralisierung nach Mannheim ist gescheitert. Und das ist gut so, auch für den Stadtwerke-Verbund aus Offenbach, Kiel und Mannheim.“

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 11:07 Uhr - 1914 Clicks - Nr. 972

Volkstrauertag 2010

Auch 2010 finden anlässlich des Volkstrauertages, in diesem Jahr der 14. November, wieder in allen vier Ortsteilen der Gemeinde Barsbüttel Gedenkfeiern statt. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, an diesen Gedenkfeiern teilzunehmen. Die genauen Termine und Uhrzeiten der Feiern finden Sie hier:

Willinghusen: 9.00 Uhr, Ehrendenkmal „Katzenberg“

Stemwarde: 9.30 Uhr, Feuerwehrhaus „Dorfring“

Stellau: 10.00 Uhr, Ehrendenkmal „Am Dorfplatz“

Barsbüttel: 11.30 Uhr, Friedhofskapelle



Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 11:20 Uhr - 9126 Clicks - Nr. 973

Senioren- und Therapiezentrum vergrößert sich

Grundsteinlegung „Am Akku“ - HVVG-Geschäftsführer Wilhelm Kuhrt, seine Tochter und Geschäftsführerin Christina Kuhrt und Landrat Klaus Plöger (SPD) versenkten den Grundstein des Erweiterungsbaus für das Senioren- und Therapiezentrum „Am Akku“. Der bisherige Bau bietet derzeit 124 älteren oder pflegebedürftigen Menschen Platz und ist zu 100 Prozent ausgelastet.



Der Erweiterungsbau soll im Laufe des Jahres 2011 fertiggestellt werden. Durch den Neubau entstehen auch Räumlichkeiten für Praxen für Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie, auch ein Allgemeinmediziner wird hier einziehen.

An der Grundsteinlegung nahmen zahlreiche BewohnerInnen des Zentrums Teil, MitarbeiterInnen, Vertreter der Kommunalpolitik und des Seniorenbeirates. Auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (SPD) war gekommen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 12:26 Uhr - 4252 Clicks - Nr. 974

Kein Kind ohne Sport

Die Initiative „Kein Kind ohne Sport“ setzt sich derzeit auf Regionalveranstaltungen in ganz Schleswig-Holstein dafür ein, Kindern aus Familien mit schwierigen finanziellen Verhältnissen eine Mitgliedschaft im Sportverein zu ermöglichen. 76.000 Kinder und Jugendliche sind allein in Schleswig-Holstein von Armut betroffen.

Auf einer Veranstaltung in Bad Oldesloe erläuterten Steffi Schwarz von der Sportjugend Schleswig-Holstein und Peter Voss, der 1. Vorsitzende des KSV Stormarn, das ehrgeizige Vorhaben.



Zuvor stellte Ingo Löding, Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes in Stormarn, die Situation in unserem Kreis dar. Auch in einem der reichsten Kreise Deutschlands seien 3900 Kinder betroffen, noch mehr, wenn man die Familien mit niedrigem eigenen Einkommen hinzurechne. Er stellte die Situation für diese Familien dar, die nicht nur Schwierigkeiten mit Vereinsbeiträgen hätten, sondern auch bei der Ausrüstung oder Geburtstagesgeschenken für Mannschaftskameraden. Löding sprach sich dabei auch gegen staatliche Gutscheinsysteme aus, die Kinder aus armen Familien als solche erkennbar machten und diskriminierten.

Axel Schulz vom TSV Trittau und Heike Schröder TSV Reinbek stellten ihre Initiativen und Erfahrungen vor und zeigten Wege auf, Sport möglichst vielen Kindern zu ermöglichen. „Kids in die Clubs“ heißt das Programm in Reinbek, das vom Reinbeker Spendenparlament und der Sparkassenstiftung unterstützt wird. 100 Kinder konnten von diesem Programm seit 2006 profitieren, zur Zeit sind es ungefähr 40. Heike Schröder: „Jedes Kind darf sich eine Sportart aussuchen. Dabei erfährt nur unsere Geschäftsstelle, welche Kinder und Jugendlichen über dieses Programm dabei ist. Wichtig ist, niemanden bloßzustellen.“ Besonders wichtig sei, immer wieder für dieses Projekt zu werben und beharrlich zu sein.

Vor allem der Vernetzung mit den Schulen kommt bei solchen Projekten eine wichtige Rolle zu. Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat nahm als interessierter Gast an dieser Veranstaltung teil. Als ehemaliger Lehrer riet er: „In der Schule sind nun einmal alle Kinder zu erreichen. Wenn man ein gutes Angebot dort ‚an das Kind‘ bringen möchte, geht das vor allem bei Elternabenden oder über die Klassenlehrer.“

Foto: Peter Voss (KSV Stormarn und TSV Glinde, Heike Schröder, TSV Reinbek)

Links:

[TSV Reinbek](#)

[TSV Glinde](#)

[Kein Kind ohne Sport](#)

[Kreissportverband Stormarn](#)

[Peer Steinbrück beim TSV Glinde](#)

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 12:57 Uhr - 47443 Clicks - Nr. 975

**Tag der Entscheidung für EU-Fischereipolitik
Wissenschaftler setzen sich bei Fangmengen durch / Europäisches Parlament
beschließt Nachhaltigkeitsplan für Sardelle**

Der Rat der Fischereiminister hat am Dienstagabend über die Fischfangmengen in der Ostsee für das Jahr 2011 entschieden. Die Ministerrunde folgte dabei weitestgehend den Empfehlungen von Wissenschaftlern, die Dorsch-Fangmenge zu erhöhen, aber die Herings-, Sprotten- und Lachsfänge im nächsten Jahr empfindlich zu kürzen.

Die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Ulrike Rodust zeigt sich positiv überrascht über die Entscheidung: „Ich bin sehr froh, dass sich die sozialdemokratische Fischereikommissarin Maria Damanaki mit ihrer Forderung durchsetzen konnte, auf den Rat der Wissenschaftler zu hören. Ich bin zuversichtlich, dass diese Entscheidungen auch bei den Fischern auf Verständnis stoßen, denn langfristig wird die heutige Zurückhaltung zu größeren Fischbeständen und damit auch zu einem besseren Auskommen der Fischer führen. Hoffentlich hält die Vernunft auch für die nächsten Runden an, wenn es um die Fangmengen für Nordsee-, Atlantik- und Tiefseebestände geht“, so Rodust.

Zeitgleich mit dem Fischereirat hat in Brüssel der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments einen weiteren wichtigen Baustein für eine nachhaltige Fischereipolitik auf den Weg gebracht, nämlich einen Langzeitmanagementplan für den Sardellenbestand im Golf von Biskaya. Langzeitmanagementpläne werden Schritt für Schritt für alle problematischen Fischbestände in den EU-Gewässern eingeführt.

Managementpläne zwingen den Rat bei der Entscheidung über die jährlichen Fangmengen in ein 'Korsett' – die Minister dürfen dann nicht mehr nach beliebigen politischen Kriterien vom Rat der Wissenschaftler abweichen. „Die Verabschiedung dieses Plans ist ein großer Erfolg, für alle die es mit der Nachhaltigkeit in der Fischerei ernst meinen. Eine breite Koalition der Vernunft hat sich gegen die konservative Fraktion durchgesetzt, die gegen den Plan stimmte, weil er ihnen zu nachhaltig ist“, erklärte die Fischereiexpertin Rodust. „Dazu muss man wissen, dass die Sardellenfischerei in den letzten fünf Jahren wegen Überfischung geschlossen war. Wenn wir jetzt wieder mit dem Fischfang anfangen, dann bitte vorsichtig“, fügte die SPD-Politikerin hinzu. „Ich finde es allerdings schockierend, dass der Rat die Befugnis des Parlaments für die Verabschiedung der Managementpläne anzweifelt und die Entscheidungen alleine treffen will. Die Minister haben scheinbar den Lissabon-Vertrag nicht verstanden – seit 1. Dezember 2009 gilt auch in der Fischereipolitik das Mitentscheidungsverfahren!“, so Rodust abschließend.

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 14:22 Uhr - 2182 Clicks - Nr. 976

AG 60plus besuchte Willy-Brandt-Haus und St.Marien

„Das war ein sehr informativer Überblick – nicht nur über das Leben des Vaters der neuen Ostpolitik und damit Wegbereiters der Wiedervereinigung, sondern auch über 60 Jahre deutsche Nachkriegsgeschichte!“ Das war das Fazit der SPD-Kreistagsabgeordneten Angela Batty nach einer Führung durch das Willy-Brandt-Haus. Die AG 60plus der SPD Stormarn erfuhr auf ihrem Ausflug nach Lübeck aber auch eine Menge über die Geschichte der einst „reichsunmittelbaren“ Hansestadt.



Diesen Status haben die Nazi einst den Lübeckern entzogen, weil die Hanseaten 1932 eine Wahlkampfrede Adolf Hitlers nicht erlaubten. Interessant war auch die Entstehung der berühmten Lübecker „Gänge“, die mindestens so breit sein mussten, dass ein Sarg durch sie hindurch getragen werden konnte. „Besonders die Kreuz-Gewölbe bewundere ich immer wieder“, sagte der Oldesloer Architekt Steinau nach der Führung durch St.Marien, der größten

Backsteinkirche Norddeutschlands. „Das war meisterhaftes Bauhandwerk.“

Aber auch Kurioses erfuhren die 17 Teilnehmer. So erwarben sehr reiche Lübecker oft das Recht, in der Nähe des Altars begraben zu werden. Was in der Kirche „Friedhofsgerüche“ verursachte und im Volksmund zur Wortschöpfung „stinkreich“ führte. „Sehr interessierte Teilnehmer, lehrreiche Führungen, gute Stimmung und dann noch schönes Wetter“, fasste Jürgen Schneider vom Vorstand der AG 60plus zusammen: „Wir hatten einen schönen Tag.“

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus ist Teil des SPD-Kreisverbands Stormarn, jedoch auch offen für Menschen über 60 ohne SPD-Mitgliedschaft, die Interesse an politischer Diskussion, gemeinsamen Aktionen und an einer aktiven Gestaltung ihres Lebensumfelds haben.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.10.2010, 22:32 Uhr - 3420 Clicks - Nr. 977

Haushaltsklausur 2010 – SPD will Lebensqualität sichern

Die SPD Kreistagsfraktion traf sich zur diesjährigen Haushaltsklausur in Bad Oldesloe, um detailliert über den Haushalt 2011 zu beraten.

Die Sparmaßnahmen und Gesetzesänderungen des Landes und Bundes treffen den Kreis in vielen Bereichen 2011 hart. Um die Betreuungssituation trotz der Veränderungen beim Zivildienst an der Woldenhornscheule für Schüler mit Behinderungen zu gewährleisten, will die SPD dafür sorgen, die Vakanzen mit Kräften des freiwilligen sozialen Jahres sowie qualifizierten



Pflegehilfskräften sicherzustellen. Auch das Erfolgsmodell „Busbegleiter“ soll fortgesetzt werden. Verkehrspolitische Sprecherin Sigrid Kuhlwein: „Die beiden Busbegleiter sorgen für Ruhe und sind bei den Schülern beliebt.“ Darüber hinaus sollen 90.000 € für den ÖPNV mit der Maßgabe bereit gestellt werden, dass vom Verkehrsausschuss geprüft wird, ob wenig ausgelastete Buslinien durch kostengünstigere und flexiblere Anrufsammeltaxis ersetzt werden können.. Auch die 2010 erstmalig initiierte Kostenübernahme für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für geringfügig Verdienende, die aufgrund ihrer prekären Lebenssituation keine Mittel für die Familienplanung aufbringen können, soll fortgeführt werden. Besonders hervorzuheben ist der Ausbau des schon jetzt erfolgreichen Projektes Wefi Plus, bei dem Hartz IV Empfänger mit Süchten, psychosozialen Beeinträchtigungen und Schulden beraten und in den Arbeitsmarkt integriert werden. Fraktionsvorsitzender Reinhard Mendel: „Hier können wir nicht nur den Menschen Beistand leisten, die Hilfe dringend nötig haben, die bisherige Arbeit hat auch gezeigt, dass jeder vom Kreis investierte Euro zu Einsparungen von 1,20 bis 1,30 Euro im Bereich der sozialen Leistungen führt. Dieses Projekt hilft den Menschen und gleichzeitig auch dem Haushalt des Kreises.“

Keine Kommentare

Sanierungsarbeiten ziehen sich hin

Die Sanierungsarbeiten an den beiden Holzbrücken über Wehrau und Linnbek in Osterrönfeld ziehen sich hin. Grund hierfür ist, dass die ausführende Firma krankheitsbedingte Ausfälle zu verzeichnen hat, sodass die Arbeiten nicht wie geplant durchgeführt werden könnten.

Eigentlich sollte die Sanierung bereits in den Herbstferien abgeschlossen werden, um Beeinträchtigungen für Fußgänger und Radfahrer möglichst gering zu halten.



Wie die sanierten Brücken nach Fertigstellung aussehen werden, lässt sich bereits an der Brücke im Bereich des Baugebietes "Ohldörp" erkennen, wo nur noch Restarbeiten ausstehen. Um eine hohe Witterungsbeständigkeit zu gewährleisten, werden beide Brücken mit einer Kunststoff/Stahl-Kombination überarbeitet.

Hintergrund der Sanierung der über 20 Jahre alten Holzbrücken ist der teils marode Zustand der Brücken. Da beide Bauwerke stark von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden, wurde eine rasche Sanierung beschlossen. Dies vor allem, um Unfälle zu verhindern, da Holzplanken im Bodenbereich bereits durchgerottet waren.

[[Bauarbeiten werden am 22. November wieder aufgenommen!](#)]

Keine Kommentare

Lindenau – Zukunft gesichert?

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zu den neuen Aufträgen bei Lindenau:

„Lindenau ist aus dem maritimen Stadtbild Kiels nicht wegzudenken. Mit Freude haben wir daher zur Kenntnis genommen, dass durch die umfangreichen Überholungsaufträge 60 der nur noch 90 Arbeitsplätze bis Jahresende gesichert werden. Diese gute Nachricht kann aber nicht davon ablenken, dass Lindenau noch ein gutes Stück von einer positiven langfristigen Perspektive entfernt ist. Das brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Lindenau aber besonders: Gewissheit über ihre berufliche Zukunft. Wir beobachten die weitere Entwicklung daher mit Spannung und sagen insbesondere den Kolleginnen und Kollegen jede uns mögliche Unterstützung zu.“

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 28.10.2010, 16:16 Uhr - 2665 Clicks - Nr. 980

SKAT in Glinde

Frühes Kommen sichert guten Platz....

wie immer findet im November das traditionelle Skatturnier der SPD Glinde statt. Wir freuen uns, auch dieses Jahr wieder viele "Aktive" und Kiebitze begrüßen zu können.

Am 19.11.2010 um 19.00 Uhr laden wir herzlich ins Bürgerhaus ein. Es winken kulinarische Preise. Das Startgeld beträgt 10,00 €.

Anmeldungen bitte bei H.Thomsen (Tel. 7104708)
oder W.Kirsch (Tel. 7105970)



"Gut Blatt" wünscht Ihr/Euer

Frank Lauterbach
1.Vorsitzender SPD Glinde

Foto: Die Gewinner 2009

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 28.10.2010, 16:19 Uhr - 3255 Clicks - Nr. 981

Laternenumzug am 29. Oktober

Seit über 40 Jahren richtet der SPD-Ortsverein Glinde im Herbst einen Laternenumzug aus - so natürlich auch 2010.

Diesmal geht es los am Freitag, dem 29. Oktober, um 18.30 Uhr. Der Treffpunkt ist an der Gliner Kupfermühle, dann geht es einmal um den Mühlenteich.

Machen genug "Leuchten" mit, um den Kreis um den Mühlenteich einmal zu schließen?



Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.10.2010, 19:27 Uhr - 5187 Clicks - Nr. 982

Freitag ist Anpunschen...

...mit Thede Boysen (OB Kandidat Flensburg), Torsten Albig (Oberbürgermeister Kiel), Andreas Breitner (Bürgermeister Rendsburg) und Dieter Schönfeld (Bürgermeister Bad Segeberg).

"Nichts hilft besser bei diesen Temperaturen als ein heißer Punsch", sagt Thede Boysen.

Darum lädt er am Freitag alle Flensburgerinnen und Flensburger zum Anpunschen ein. Mit dabei: Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig und die Bürgermeister von Bad Segeberg, Dieter Schönfeld, und Rendsburg, Andreas Breitner.

Boysen: "Bitte vormerken: alkoholfreies, verhext leckeres und (ober)bürgermeisterliches Anpunschen am Twedter Plack um 12.30 Uhr und in der Neustadt um 13.00 Uhr."



Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 29.10.2010, 08:34 Uhr - 2825 Clicks - Nr. 983

Schweigen über „Projekt Silence“ brechen!

Zu einer Kleinen Anfrage an den Hamburger Senat (Drucksache 19/7612), derzufolge der zwischen der Firma Prevent und der HSH Nordbank geschlossene Vertrag auch „verdeckte Besuche von öffentlichen Veranstaltungen und geladener Gesellschaften zum Thema HSH“ sowie „Hintergrundgespräche zum Thema bei verantwortlichen Politikern aller in den Parlamenten vertretenen Parteien“ enthielt, erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im PUA HSH Nordbank, Jürgen Weber:

Die Bespitzelungsvorwürfe gegen die HSH Nordbank werden durch die Antwort auf die Kleine Anfrage an den Hamburger Senat gestützt. Man überschätzt den Ministerpräsidenten, wenn man ihm zutraut, mit einem Hilmar Kopper Tacheles zu reden. Man sollte aber erwarten, dass zumindest der Aufsichtsratsvorsitzende Kopper genug Verstand und Erfahrung hat, um die desaströsen Auswirkungen der Vorgänge in der Bank und vor allem ihrer scheinweisen Veröffentlichung realistisch zu beurteilen. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass er weiterhin an Nonnenmacher festhält. Nonnenmacher ist als Vorstandsvorsitzender mit dem Versprechen größtmöglicher Transparenz angetreten. Daran hat er sich nicht gehalten. Über das „Projekt Silence“ muss endlich das Schweigen gebrochen werden, bevor der Ruf der Bank noch weiter beschädigt wird.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 29.10.2010, 11:23 Uhr - 8266 Clicks - Nr. 984

Bürgersprechstunde in Hohenwestedt

Im Rahmen der Wahlkreisbereisung besucht der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix (SPD) Hohenwestedt.

Teil des Programms ist auch eine Bürgersprechstunde. Sönke Rix steht dabei allen Bürgerinnen und Bürgern zum Gespräch zur Verfügung.



Sie findet statt am Mittwoch, dem 3. November 2010 von 17.00 bis 18.30 Uhr im Hotel Landhaus, Itzehoer Str. 39.

Nach Möglichkeit wird um Anmeldung gebeten:

Tel.: 04331 - 86 85 765

Fax: 04331 - 86 85 745

Mail: soenke.rix@wk.bundestag.de

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 29.10.2010, 13:03 Uhr - 6865 Clicks - Nr. 985

**CDU/CSU und FDP schwächen Stadtwerke und schädigen die Kommunalhaushalte
Zur Verabschiedung des Gesetzes für längere Laufzeiten
von Atomkraftwerken und der Zeitungsanzeige von mehr
als 100 Stadtwerken erklärt der SPD-
Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies:**



CDU/CSU und FDP verschieben Gewinne von den Stadtwerken zu den großen Vier im Strommarkt. Am Ende fehlen diese Mittel im Kommunalhaushalt für die Finanzierung von Schwimmbädern und Büchereien.

Höhere Renditen bei RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON statt Freibad und Bildung – auch das ist das Ergebnis der Abstimmung über längere Atomlaufzeiten im Deutschen Bundestag.

Die Beschlüsse bedrohen vor allem Neuinvestitionen der Stadtwerke. Der Atomausstieg hat Investitionen in eine zukünftige Energieversorgung ausgelöst. Neue Anbieter und kommunale Versorger konnten damit rechnen, mit eigenen Kraftwerken die stillgelegten AKW zu ersetzen. Diese Investitionen sind nun faktisch verbrannt, denn die Wirtschaftlichkeit neuer Erzeugungsanlagen ist nicht mehr gegeben. Im Ergebnis werden geplante Investitionen sogar verschoben oder zurückgenommen.

Vorteile haben nur die großen vier Anbieter. Durch die zusätzlichen Gewinne wird ihre Marktmacht gefestigt. Das verhindert mehr Wettbewerb – mit absehbar negativen Folgen für die Strompreise. Die SPD befürchtet, dass die AKW-Betreiber die zusätzlichen Einnahmen nutzen werden, um auch den Markt der Erneuerbaren Energien zu übernehmen. Gerade über diesen wurde in den letzten Jahren jedoch das faktische Monopol von RWE, Vattenfall, EnBW und E.On aufgebrochen. Dies hat die aktuelle Bundesregierung nun gestoppt.

„Sollte der Bundespräsident dieses Gesetz unterschreiben, werden wir es vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall bringen. So offensichtlich verfassungswidrig war bisher kaum ein Gesetz,“ so Thönnies.

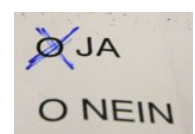
Viktor Mildenerberger / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 29.10.2010, 15:45 Uhr - 4941 Clicks - Nr. 986

SPD Kiel zum Mitgliederentscheid

Zum geplanten Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl bringt die Kieler SPD einen Antrag zur Kreis- und Arbeitsgemeinschaftenvorsitzendenrunde am 2. November 2010 mit folgendem Wortlaut ein:



Die Kreis- und Arbeitsgemeinschaftenvorsitzendenrunde beschließt zur Konkretisierung von Punkt 8 „Mitgliederentscheid“ des am 9. September 2010 gefassten Beschlusses „Mehr Demokratie wagen!“ folgende Eckpunkte:

1. Der Mitgliederentscheid soll zeitnah nach Ende der Vorstellungsrunden in den Kreisverbänden terminiert werden. Diese enden am 30. Januar 2011, so dass der Mitgliederentscheid im Februar 2011 anzustreben ist.
2. Ziel muss eine möglichst hohe Beteiligung am Mitgliederentscheid sein. Eine starke Wahlbeteiligung verleiht nicht nur der oder dem Gewählten ein starkes Mandat, sondern stärkt auch die SPD Schleswig-Holstein. Jedes Mitglied bekommt die Wahlunterlagen (einschl. Freiumschatz für Rücksendung) zugeschickt. Die Wahl findet ausschließlich als Briefwahl statt. Dadurch werden etwaige Nachzahlungen der Wahlergebnisse örtlicher Wahllokale entbehrlich. Alle Stimmzettel liegen am Ende des Wahltages zur Auszählung vor.
3. Der Mitgliederentscheid wird als Wahl mit gleichzeitiger Stichwahl durchgeführt. Dazu wird das Rangfolgeverfahren angewendet. Vorteile dieses Verfahrens sind:
 - Jede Stimme zählt.
 - Kostenintensive Stichwahlen sind überflüssig. Ein zweiter und ggf. dritter Wahlgang ist bereits im Wahlverfahren integriert.
 - Die Wahlbeteiligung bleibt bei jedem Wahldurchgang gleich hoch. Keine Stimme wird verschenkt.
 - Am Ende steht ein auch nach außen eindeutiges und die SPD starkendes Wahlergebnis fest, bei dem eine Kandidatin bzw. ein Kandidat die absolute Mehrheit hat
 - Es hat die Kandidatin/ der Kandidat gewonnen, die/ der die größtmögliche Unterstützung aller SPD-Mitglieder hat.Labour in England hat mit dem Verfahren bei der letzten Wahl des Parteivorsitzenden gute Erfahrungen gemacht. Auch die Genossinnen und Genossen in Baden-Württemberg haben zur Nominierung ihres Landesvorsitzenden ein ähnliches Verfahren angewendet. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,35 Prozent. Die Zahl der ungültigen Stimmen lag bei 1,5 Prozent.
4. Die Auszählung erfolgt durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes unter Aufsicht der Schiedskommission bzw. alternativ durch eine Notarin/ einen Notar. Die Auszählung erfolgt parteiöffentlich. Die Ergebnisse werden vom Landesvorstand veröffentlicht.
5. Auch wenn der Mitgliederentscheid formal nur einen konsultativen Charakter haben kann, entfaltet er dennoch eine hohe selbstbindende Wirkung für die KandidatInnen, den Landesvorstand, den Landesparteitag und die Landeswahlkonferenz. Als Quorum wird analog zu § 21 der Satzung des Landesverbandes Schleswig-Holstein eine Beteiligung von mind. 25 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder am Mitgliederentscheid festgelegt.
6. Der Landesvorstand schlägt die Bewerberin bzw. den Bewerber, die bzw. der nach der Auszählung des Mitgliederentscheides die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, dem Landesparteitag zur Nominierung als Spitzenkandidatin bzw. Spitzenkandidat zur Landtagswahl vor. Von den unterlegenen KandidatInnen wird erwartet, dass sie sich hinter die Kandidatur der/ des im Mitgliederentscheid Gewählten stellen.

[Was ist ein Rangfolgeverfahren?](#)

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 29.10.2010, 19:33 Uhr - 1857 Clicks - Nr. 987

Ortsvereinszeitung der SPD-Schuby

Nach dem Jubiläum und der 100. Ausgabe der Ortsvereinszeitung (Dütt un Datt) waren wir wieder fleißig. Die neue Zeitung ist auf unserer Homepage zu finden.

Das wir so lange durchhalten mit unserer Zeitung und dabei immer besser werden, haben uns viele nicht zugetraut.

Schaut Euch mal die Zeitungen an. Wir sind gespannt auf Eure Kommentare.

<http://www.spd-net-sh.de/sl/schuby>

Kommentar von [Anne Marxen](#) vom 29.10.2010, 21:48 Uhr:

RE: Ortsvereinszeitung der SPD-Schuby

Liebe Helga, liebe Genossinnen und Genossen, herzlichen Glückwunsch zu eurer 100. Ausgabe von "Dütt und Datt". Es ist eine tolle Leistung und ich wünsche euch weiterhin viel Erfolg. Solidarische Grüße im Auftrag des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis, Anne Marxen

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.10.2010, 19:39 Uhr - 5369 Clicks - Nr. 988

Nur noch 2 Tage

Noch 2 Tage bis zur Oberbürgermeisterwahl und der Wahlkampf erreicht seinen Höhepunkt. Heute gab es nochmal prominente Schützenhilfe aus Kiel und Rendsburg. Torsten Albig und Andreas Breitner halfen Thede beim Anpunschen, wohlgermerkt mit ALKOHOLFREIEM aber verhext leckerem Punsch.



Politik ist eben nicht immer nur bieder ernst, Politik kann auch Spaß machen und den hatten heute alle Beteiligten bei den guten Gesprächen mit den Flensburgerinnen und Flensburgern.

Die Botschaft für heute:

Geht wählen, denn nur wer wählen geht, hat die Lizenz zum Meckern. Am 31.10. ist Oberbürgermeisterwahl in Flensburg.

Foto: Herbert Ohms

Kommentar von [Anne Marxen](#) vom 29.10.2010, 21:53 Uhr:

RE: Nur noch 2 Tage

Liebe Flensburger-SPD, ihr habt einen tollen Wahlkampf geführt und ich wünsche euch am Sonntag viel Erfolg. Ich bin überzeugt, dass Thede Boysen es schaffen wird! Solidarische Grüße Anne Marxen OV Steinfeld-Ulsnis

Kommentar von [Simone Lange](#) vom 29.10.2010, 19:58 Uhr:

RE: Nur noch 2 Tage

Das Vorfahrtstraßenschild auf Thedes Schulter ist hoffentlich ein gutes Zeichen für die bevorstehende Wahl. Die Aktion heute war ein voller Erfolg bei uns wohlgesonnenem Wetter. Es hat Spaß gemacht! Ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten! Simone

Plattdeutscher Abend in Norderbrarup

Der SPD-Ortsverein Norderbrarup organisiert wie in jedem Jahr einen Plattdeutschen Abend am Sonnabend 06. November 2010 um 20.00 Uhr (Einlass ab 19.30 Uhr) im Gasthof Norderbrarup, wozu die Niederdeutsche Bühne Schleswig e. V. mit einem spannenden Programm engagiert wurde.

Die Gruppe "De Rietsticken" wird das Publikum mit einigen Plattdeutschen Sketches unterhalten.

Der Eintritt beträgt 5,00 € inklusive einer Überraschung und einer Tombola.

Eingeladen sind SPD-Mitglieder aus Norderbrarup und Gäste aus den Nachbargemeinden als auch Interessierte aus dem Kreis Schleswig-Flensburg.

Keine Kommentare

Metropolrat gegründet

Die SPD-Landtagsfraktionen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen haben eingeladen zur Gründung eines Rates der Sozialdemokratischen Fraktionen in der Metropolregion Hamburg, der in der Kurzform Metropolrat heißen soll.

Die Hamburger waren zurückhaltend vertreten, weil der Fraktionsvorsitzende Michael Neumann in seiner Erkundungstour durch die Nachbarkreise viel Misstrauen erlebt hat. Sowohl aus Niedersachsen als auch aus Schleswig-Holstein waren alle politischen Ebenen vertreten. Bei der Diskussion über die Geschäftsordnung, die man immer dann brauchen wird, wenn sich jemand benachteiligt fühlt, wurde deutlich dass unterschiedliche Sichtweisen stark von der jeweiligen Kommunalverfassung geprägt sind. Durch einen sinnvollen Kompromissvorschlag von Ralf Stegner konnte das Problem aber erledigt werden. So dass die Geschäftsordnung einstimmig beschlossen wurde, genau wie die Gründung des Metropolrates. Als Vorstand wurden die Vertreter der Landtagsfraktionen gewählt: Ralf Stegner für Schleswig-Holstein, Michael Neumann für Hamburg und Andrea Schröder-Ehlers für Niedersachsen. Das Angebot Michael Neumanns, die Geschäftsstelle in Hamburg zu gründen wurde als sinnvolle und einzig praktikable Lösung angenommen. Vor der Selbstorganisation des Metropolrates hatte der Leiter der Geschäftsstelle der Metropolregion Herr Jakob Richter einen Überblick über die Aktivitäten in der Metropolregion gegeben. Aus seinen Ausführungen wurde deutlich, dass sich die SPD als erste Partei aufgemacht hat, die Entwicklung der Metropolregion politisch zu begleiten. Er sah es als sinnvolle Ergänzung zur weitgehend von den Verwaltungen geleisteten Arbeit in der Metropolregion an, dass auch im politischen Bereich die Weiterentwicklung der Metropolregion voran getrieben wird. Es bleibt abzuwarten, ob und wann andere Parteien die politische Begleitung der Arbeit in unserer Region aufnehmen. Wir sind eine von 11 Metropolregionen in Deutschland mit insgesamt 14 Kreisen, aus denen sich täglich 500 000 Menschen als Pendler auf den Weg machen. Damit wird deutlich, dass die Menschen sich wenig um die Verwaltungsgrenzen kümmern, die den Zuständigkeitsbereich der politischen Akteure begrenzen. Für die Sozialdemokraten wird die gemeinsame politische Überzeugung als Richtschnur ihrer Arbeit in der Metropolregion dienen. Das kommt auch in der Einbeziehung des Gewerkschaftsrates in unsere Arbeit zur Geltung und es wurde deutlich.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 30.10.2010, 16:23 Uhr:

RE: Metroplorat gegründet

@T Pennig: Dies ist die politische Selbstorganisation der SPD zu einer weitgehend von der Verwaltungsebene getragenen Konstruktion. Innerhalb der Gründungsversammlung wurde schon damit gerechnet, dass der genannt Verdacht aufkommen könnte. Deshalb hier in aller Deutlichkeit, dieses Gremium hat nichts mit der Wegbereitung für einen Nordstaat zu tun.

Kommentar von [T Pfennig](#) vom 30.10.2010, 09:28 Uhr:

RE: Metroplorat gegründet

Geht es hierbei etwa um die Vorbereitung der Bildung eines Nordstaates (wieder einmal)?

[SPD-Plön-Bösdorf](#) - veröffentlicht am 30.10.2010, 12:06 Uhr - 1511 Clicks - Nr. 991

Grünkohlessen der SPD - Plön-Bösdorf

Wir laden unsere Mitglieder, Freunde und Bekannte herzlich zu unserem traditionellen Grünkohlessen am 12. November 2010 um 19:00 Uhr in den Dörpskrug nach Rathjensdorf ein.

Neben Geselligkeit und anregenden Gesprächen sowie der Ehrung von verdienten Mitgliedern wird ein kleines Rahmenprogramm geboten. Weitere Informationen ...

Grünkohl oder Entenkeule kosten 12,-- Euro, das vegetarische Gericht ist für 7,-- Euro erhältlich.

Ein Fahrdienst kann für 2,-- Euro in Anspruch genommen werden. Wer den Fahrdienst in Anspruch nehmen will, wird gebeten, dies in der Anmeldung anzugeben.

Anmeldung bitte bis zum 10. November an Horst Thielscher.

Tel: 04522-749096

E-Mail: mail@spd-ploen.de

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 30.10.2010, 20:08 Uhr - 7977 Clicks - Nr. 992

Omega bis Alpha und bald Kappa und Epsilon?

Zur Sitzung des Untersuchungsausschusses zur HSH Nordbank am 29.10. sagte die finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion und Vertreterin der Fraktion im Untersuchungsausschuss, Birgit Herdejürgen:

„Besonderes Augenmerk auf die griechischen Buchstaben“ habe man in der Bank haben müssen. Neben dem bekannten Deal „Omega“ scheint die HSH Nordbank noch zahlreiche weitere Anleihen beim Alphabet vorgenommen zu haben.



Die Befragung des früheren Londoner Spitzenmanagers der HSH Nordbank, Luis Marti-Sanchez, hat noch einmal Einblicke in die Arbeitsabläufe der Bank geboten. Folgt man den Aussagen des Zeugen, hat der Vorstand weitere komplizierte Finanzprodukte in größerer Anzahl quasi auf Vorrat genehmigt, die später nicht mehr umgesetzt wurden. Falls sich dies durch weitere Zeugenbefragungen bewahrheitet, dürfte die Bank noch vergleichsweise

glücklich davongekommen sein – auch im Hinblick darauf, dass kaum jemand in der Bank so richtig verstanden zu haben scheint, wie die komplexeren Finanzprodukte im Detail funktioniert haben.

Die Ausführungen von Herrn Marti-Sanchez werden noch durch weitere Befragungen zu erhärten sein. Für die Befragung von Herrn Nonnenmacher am kommenden Montag sind zumindest einige neue Aspekte aufgetreten.

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 30.10.2010, 22:13 Uhr - 1565 Clicks - Nr. 993

Einladung Antragskonferenz zur Biogasanlage in Lutterbek am 02. November 2010

Die Firma des Betreibers lädt mit dem folgenden Schreiben zu einer Antragskonferenz am 02. November 2010 um 10.00 Uhr ins DGH ein.

Adressiert ist die Einladung an:

Kreis Plön

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Landesbetrieb für Verkehr

Amt Probstei und den

Bürgermeister der Gemeinde Lutterbek, der die Einladung an die Gemeindevertreter weitergeleitet hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie telefonisch besprochen schicke ich Ihnen hiermit den festen Termin für die Antragskonferenz der Biogasanlage Mönkemeier in Lutterbek.

In der Gemeinde Wendtorf wird zusätzlich ein externes BHKW beantragt.

Datum: 02.11.2010

Uhrzeit: 10 Uhr

Ort: Dorfgemeinschaftshaus Lutterbek, Am Dorfteich 2, 24235 Lutterbek

Sollte dieser Termin Ihnen jedoch nicht passen, dann wäre es gut, wenn an Ihrer Stelle eine Vertretung an der Antragskonferenz teilnehmen könnte.

Bitte teilen Sie mir mit, wenn weder Sie, noch eine Vertretung an der Antragskonferenz teilnehmen kann.

Ich danke Ihnen und verbleibe mit

freundlichen Grüßen

Tina Strowitzki

MT-Energie GmbH

MT-Energie GmbH

Ludwig-Elsbett-Straße 1

27404 Zeven

www.mt-energie.com

Keine Kommentare

Diskussion um Finanzen in den Kommunen

„Wie steht es um die kommunalen Finanzen?“ Das war die Frage, die der Ortsverein der SPD Bad Oldesloe im Rahmen einer Mitgliederversammlung in einer öffentlichen Diskussion nachgehen wollte. 40 Interessierte waren ins Oldesloer Rathaus gekommen um den Gästen auf dem Podium ihre Fragen zu stellen. Besonders über die Teilnahme an der Diskussionsrunde von Andreas Breitner, Bürgermeister von Rendsburg freuten sich die Genossen.



Daneben waren als weitere Vertreter am Podium beteiligt: Birgit Reichardt-Mewes, Vorsitzende des Oldesloer Finanzausschusses und Stefan Kehl, Großhansdorfer Finanzausschuss-Mitglied und Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag. Durch den Abend führte Hans Hermann Roden, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Bad Oldesloe.

Auf seine erste Frage, ob es sinnvoll sei, kommunale Projekte wie z.B. einen Schulneubau durch private Investoren mittels eines sogenannten PPP- Modells (PrivatPublicPartnership) zu finanzieren, konnte Frau Reichardt-Mewes berichten, dass die Stadt Bad Oldesloe schon einige Projekte durch dieses Finanzierungsmodell verwirklicht hat, z.B. die Sanierung der Sportanlagen, die Gesamtschule und den Bauhof der Stadt. Trotz allem wurde von den Zuhörern diese Finanzierung als kritisch gesehen: so waren sich das Publikum einig, dass dies nicht zu Aufträgen für Firmen aus der Region führe und nicht sichergestellt sei, dass nicht mit sog. Billiglohnfirmen gearbeitet würde.

Einig waren sich aber alle, dass Kommunen große finanzielle Aufgaben auszuführen hätten, die sie nicht alleine schultern könnten. Breitner: „Wir müssen Aufgaben erfüllen zu denen uns das Geld fehlt. Große Kommunen haben viele Aufgaben, die finanziert werden müssen. Die Gesetze hierzu werden in Kiel oder Berlin beschlossen und die Kommunen werden anschließend mit der Finanzierung allein gelassen. Dies kann nicht mehr so weiter gehen.“ Der Rendsburger Bürgermeister war sich aber mit dem Kreisfraktionsvorsitzenden der Grünen, Stefan Kehl, einig, dass deshalb Schulden für Bildung zu vertreten seien. Breitner regte an, „es müsste möglich sein, einen Vorbehalt bei Gesetzesbeschlüssen, die die Kommunen betreffen, einzubringen.“

Stefan Kehl betonte: „Das Konnexitätsprinzip muss verändert werden, der bisherige Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen klappt nicht mehr.“ Ganz deutlich formulierte es die CDU-Finanzausschussvorsitzende aus Bad Oldesloe: „Die Kommunen werden ausgeplündert!“ Sie wünschte sich, dass die Politiker in Kiel und Berlin mehr auf die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker hören sollten.

Ein Zuschauer aus Ammersbek brachte es auf den Punkt: „In den Kommunen sehen die Bürger, was mit ihren Steuern passiert. Wenn die Kommunen pleite sind und keine

Schwimmbäder oder Bücherhallen finanzieren können, wenn die Schulen nicht mehr saniert werden können, dann werden die Menschen unwillig Steuern zu zahlen.“

Auch die Frage eines Oldesloer Zuschauers ging in diese Richtung: „Ist der Einfluss der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker auf die hauptamtlichen Politiker in Berlin zu gering?“ Am Ende der angeregten Diskussion gab es dann einen Vorschlag, wie an dieser Thematik weiter gearbeitet werden könnte. Susanne Danhier, Kommunalpolitikerin aus Bargteheide und stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD in Stormarn bot an, überfraktionell die Kommunalpolitiker von Ahrensburg bis Reinfeld einzuladen und mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten dieser Region zu diskutieren, wie der Pleite der Kommunen Einhalt geboten werden kann, denn, wie sie sagte, „nur so kommen wir weiter und können unsere Erfahrungen nach Berlin und Kiel tragen.“

Foto von links nach rechts:

Birgit Reichardt-Mewes, Finanzausschussvorsitzende Bad Oldesloe, CDU,
Hans Hermann Roden, Ortsvereinsvorsitzender SPD Bad Oldesloe
Stefan Kehl, Fraktionsvors. Grüne im Kreistag
Andreas Breitner, Bürgermeister in Rendsburg
Susanne Danhier, stellvertr. Kreisvorsitzende SPD Stormarn

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 31.10.2010, 07:35 Uhr - 5187 Clicks - Nr. 995

Heute OB-Wahl: Jede Stimme zählt!

Liebe Flensburgerinnen und Flensburger,
heute ist es soweit – sie haben die Wahl. Es geht um den neuen Oberbürgermeister für unsere Stadt, es geht um die richtigen Weichenstellungen für unsere Zukunft. Seit Monaten führt Thede Boysen einen intensiven und überzeugenden Wahlkampf. Ganz viele Menschen in Flensburg wissen, dass er die richtige Wahl ist. Doch das Wissen darüber alleine genügt nicht.

Darum bitte ich Sie, unbedingt zur Wahl zu gehen. Auf jede einzelne Stimme kommt es an. Eine niedrige Wahlbeteiligung nützt denjenigen, die man eigentlich nicht wählen möchte. Eine Wahlbeteiligung von nur 29,9 % (und 31,5 % bei der Stichwahl) wie bei der letzten OB-Wahl ist auch nicht gut für die Demokratie.

Ich bitte Sie deshalb, heute überall im persönlichen Gespräch für den Urnengang zu werben: Beim Gespräch mit der Familie oder mit Freundinnen und Freunden, bei Treffen mit Bekannten und im normalen Straßengespräch, beim Hobby, beim Besuch von Veranstaltungen ... es gibt unendlich viele Möglichkeiten. Die zweite Botschaft ist ohnehin klar: Die Stimme gehört Thede Boysen, da gibt es für Flensburg überhaupt keine Alternative.

Er hat klar gemacht, dass Flensburg großes Potential besitzt, das man nutzen muss. „Es reicht nicht“, so Thede Boysen, "das Erreichte zu verwalten. Wir müssen die Weichen stellen für eine soziale, moderne und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Aus Zufriedenheit darf nicht Selbstzufriedenheit werden, ebenso wenig aus Sparzwängen Verzagttheit oder Mutlosigkeit. Die vielfältigen Potenziale der Stadt und ihrer Region gilt es klar zu erkennen und konsequent zu nutzen. Genau dazu möchte ich beitragen. Die Chancen, die sich bieten, müssen wir beherzt ergreifen.“

Deshalb bitte ich Sie, mit Ihrer Stimmangabe mit dafür zu sorgen, dass der Wahltag ein guter Tag für Thede Boysen und damit für ganz Flensburg wird.

Mit freundlichem Gruß
Ihr
Helmut Trost

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 31.10.2010, 12:04 Uhr - 24587 Clicks - Nr. 996

Atomlobbyismus statt Zukunftskonzept

Zur namentlichen Abstimmung im Bundestag über das Gesetzespaket zur Umsetzung des Energiekonzeptes der Bundesregierung mit verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke erklären der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze, und Stefan Bolln, Sprecher des Landesvorstands für Umwelt- und Energie :Gegen den Willen der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat der Bundestag heute in einem chaotischen Verfahren einer Laufzeitverlängerung für alle Atomkraftwerke zugestimmt.

Diese ist Bestandteil des Energiekonzeptes der Bundesregierung und im Kern nichts anderes als ein Einkommenssicherungsgesetz für die Atomwirtschaft. Sollte dieses Atomgesetz tatsächlich in Kraft treten, gibt es viele Verlierer, wie die Unternehmen der erneuerbaren Energien, die Stadtwerke und die Sicherheit der Menschen in Deutschland, aber nur wenige Gewinner: die großen Energiekonzerne.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen wollen sich am Bundesrat vorbeimogeln – entgegen der Einschätzung der deutlich überwiegenden Mehrheit von Juristen, die eine Zustimmung des Bundesrates für zwingend erforderlich halten. Daneben gibt es noch weitere heikle juristische Details zu klären, wie die Bedeutung eines nächtlichen Geheimabkommens der Bundesregierung mit der Atomwirtschaft, das dieser Ausstiegsklauseln bei der Finanzierung des neu geschaffenen Energie- und Klimafonds einräumt. Diese könnten zur Folge haben, dass ein Gesetz nachträglich geändert werden müsste. Die SPD auf Bundesebene hat bereits beim Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag eingereicht, um das Gesetz noch in diesem Jahr per einstweiliger Anordnung zu stoppen.

Schleswig-Holstein wäre durch die pauschale Laufzeitverlängerung auch für die beiden besonders störanfälligen AKW Krümmel und Brunsbüttel - ohne dass deren Sicherheit auf den notwendigen höchsten Stand gebracht werden muss – besonders betroffen und gefährdet. Wir fordern zum Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein die Landesregierung dazu auf, sich in der unvermeidbaren Bundesratsbeteiligung klar gegen die Laufzeitverlängerung zu stellen, so wie es Minister Schmalfuß und die FDP-Fraktion es bereits angekündigt haben. Wir brauchen weder in Schleswig-Holstein noch in ganz Deutschland Atomkraft und -lobbyismus, sondern ein klares Energie-Zukunftskonzept, das ausschließlich auf erneuerbare Energien setzt.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 31.10.2010, 13:58 Uhr - 3215 Clicks - Nr. 997

SPD-Pflanzaktion 2010

Wer im Frühjahr durch Osterrönnfeld fährt und am Kreisverkehr in der Ortsmitte vorbeikommt, dem werden sicherlich schon einmal die vielen Tulpen aufgefallen sein, die ringsum den Feldstein mit Wappen emporschießen. So wird der Kreisel Jahr für Jahr zum richtigen Hingucker. Verantwortlich hierfür sind die Mitglieder der SPD Osterrönnfeld.

Seit 2005 führt die SPD regelmäßig eine Pflanzaktion am Kreisel und den angrenzenden Grünflächen durch, so auch in diesem Herbst. Ende Oktober pflanzten fleißige Helfer rund 600 von der SPD



gespendete Tulpenzwiebeln in die Erde, damit das Farbbild am Kreisverkehr auch im Frühjahr 2011 sichergestellt ist.

Man kann also gespannt sein auf den kommenden Frühling, wenn die Resultate der Pflanzaktion erkennbar werden.

Weitere Bilder von der Pflanzaktion gibt es hier [\[mehr\]](#).

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 31.10.2010, 20:20 Uhr - 2388 Clicks - Nr. 998

**Die nächste Wahl ist nicht mehr fern, Grün mögen alle gern und rot noch lieber
Nun beginnt wieder die Saison
eines recht eigenwilligen
dunkelgrünem Gewächses,
durchaus freundlich, jedoch
nicht immer gut zu vertragen**

Grünkohl SPD Kropp

Es ist Grünkohlzeit!

Lange haben wir auf diesen Augenblick gewartet. In diesen Monaten ist es wahrlich genug mit den rhetorischen Schlachten. Vielmehr gehören „schlagkräftige Argumente“ auf den Tisch. Aus diesem Grund lädt die SPD Kropp recht herzlich zum diesjährigen Grünkohlessen ein.

Wir hoffen auf viele Gäste, mit denen bei Kohl mit Pinkel herzlich angeregt das eine oder andere (nicht)politische Thema diskutiert werden kann. Durchaus entstehen hierbei praktikable Vorschläge auch für die politische Arbeit auf kommunaler Ebene.

Wann: Freitag, dem 19. November 2010 um 19:00 Uhr

Wo: Gasthof Bandholz, Hauptstr. 6 , 24848 Kropp

Es wird ein Kostenbeitrag erhoben.

[Hier könnt ihr die Einladung runterladen](#)

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

Russee: Nahversorgungslücke rasch schließen SPD Russee regt Wochenmarktansiedlung im „Berliner Viertel“ an.

Die Ansiedlung eines neuen Wochenmarktes im „Berliner Viertel“ regen die Russeer SPD-Politiker Ratsherr Michael Wagner und der Vorsitzende des Ortsvereins Frank Hornschu an: „Mit der Schließung des sky-Marktes zum Jahresende wird in einem zentralen Bereich des Stadtteils mit hoher Bevölkerungsdichte eine Nahversorgungslücke entstehen. Russee erlebt hier wie andere Stadtteile (z.B. Wellsee) die Folgen eines bundesweit zu beobachtenden Trends hin zur Verlagerung des Lebensmittelhandels in größere Einheiten an dezentrale Standorte als Ergebnis des Wettbewerbs. Fußläufig ist dann ein örtlicher Versorger mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs nicht mehr erreichbar.

Es wäre keine gute Entwicklung, wenn die wegfallenden Einrichtungen mit Kundenfrequenz – der Lebensmittelmarkt und die Polizeistation – keine Nachfolger erhielten. Es besteht die Gefahr einer Abwärtsspirale, wenn zusätzlich eine Verödung im Neubaugebiet hin zur reinen Schlafstadt einsetzen würde, weil noch bestehende Läden wie der Drogeriehandel in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Schließung der Bäckereifiliale ist ein Alarmzeichen für diese Tendenz. Diesem sollte aus unserer Sicht mit den – beschränkten – kommunalen Möglichkeiten aktiv entgegengewirkt werden. Ein neuer Wochenmarkt in der Spreeallee könnte dazu ein Beitrag sein. Deshalb regen wir an, die Etablierung einer solchen regelmäßigen Verkaufsveranstaltung zu erproben. Die Stadt sollte die Chancen im Gespräch mit interessierten regionalen Händlerinnen und Händlern ausloten“.

Keine Kommentare

Wahlkreis - Mitgliederversammlung nach dem ersten Jahr im Landtag

Am 27. Oktober 2009 konstituierte sich der neue schleswig-holsteinische Landtag. Mit dabei war auch Martin Habersaat aus Barsbüttel, bis zum 26. Oktober 2009 Lehrer in Hamburg (Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW -Politik, Gesellschaft, Wirtschaft-). Seit einem Jahr vertritt der 33jährige Barsbüttler nun also für die SPD den Wahlkreis 34, bestehend aus Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek, im Landtag. Grund genug für eine erste Zwischenbilanz.

Dazu hatte Habersaat alle SPD-Mitglieder des Wahlkreises in die BeGe Neuschönningstedt eingeladen.

Im ersten Jahr seiner Landtagszugehörigkeit hat Martin Habersaat es zum stellvertretenden bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gebracht. Sein Arbeitsschwerpunkt im Bildungsausschuss ist die Hochschulpolitik. Er erzählt: „Gleich nach den ersten Monaten im Landtag wollte die Landesregierung die Universität Lübeck abwickeln, eine der



besten Mediziner-Ausbildungsstätten Deutschlands. Da war ich als Oppositions-Hochschulpolitiker gleich ‚mittendrin statt nur dabei‘. Auch mit dem Schulgesetzentwurf der Landesregierung hat sich der Bildungsausschuss zu befassen. „Leider!“, sagt Habersaat. „Die letzte große Schulgesetzänderung hatten wir erst 2007. Jetzt bräuchten die Schulen Ruhe, stattdessen versucht Dr. Klug nun, Elemente des dreigliedrigen Schulsystems durch die Hintertür wieder ins Land zu holen.“

Bildung sollte jedoch nicht das einzige Thema des jungen Abgeordneten sein: „Ich habe mir auch die Zuständigkeit für die Metropolregion Hamburg gewünscht und erhalten.“ So ist Martin Habersaat eines von drei SPD-Mitgliedern in der Enquete-Kommission des Landtages, die die Chancen einer vertieften norddeutschen Zusammenarbeit ausloten soll. Dabei werden verschiedene Themenbereiche mit Experten gemeinsam beleuchtet, im Oktober beispielsweise die Hochschulmedizin und die Gesundheitswirtschaft, im November Projekte der Verkehrsinfrastruktur und der ÖPNV. „Ende 2011 wird die Kommission ihren Abschlussbericht vorlegen. Ich habe den Eindruck, dass die Zusammenarbeit gerade mit Hamburg in vielen Bereichen verbessert werden kann. Das Gastschulabkommen ist da ein besonders trauriges Beispiel.“

Interessiert waren die Mitglieder auch an Fragen zur bevorstehenden Neuwahl. Das Landesverfassungsgericht hatte die Amtszeit des aktuellen Landtags bis maximal September 2011 begrenzt. Martin Habersaat rechnet allerdings schon im Frühjahr 2011 mit einer Einigung zum neuen Wahlrecht und „allerspätestens im Mai 2012“ mit vorgezogenen Landtagswahlen.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 31.10.2010, 23:14 Uhr - 1808 Clicks - Nr. 1001 **Barsbüttel - Tor zu Hamburg?**

„Barsbüttel übermorgen – lebendiges Tor zu Hamburg“ ist die Überschrift zum Entwicklungskonzept der Gemeinde. Über dieses Entwicklungskonzept wird in Barsbüttel diskutiert. Die SPD Barsbüttel lädt als erste Partei die Bürger zu einem Gespräch ein: Donnerstag, 4. November um 18.30 Uhr ins Bürgerhaus Barsbüttel Ort, Soltausredder.

Es geht um den Flächennutzungsplan (kurz: F-Plan) der Gemeinde Barsbüttel. Der alte Plan stammt noch aus der Zeit der Gemeindegebietsreform der 1970er-Jahre. Der neue Plan soll für die nächsten 15 Jahre festlegen, wie die Lebensbereiche Wohnen, Freizeit und Erholung, Verkehr und Wirtschaft sich entwickeln sollen.

Frühzeitig soll der Bürger beteiligt werden. Klaus-Jürgen Krüger, SPD-Mitglied der Gemeindevertretung und Moderator der Veranstaltung: „Wir haben aus den Ereignissen in Hamburg und Stuttgart gelernt, dass wir frühzeitig aktiv auf unsere Bürger zugehen müssen“.



Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 10:22 Uhr - 57715 Clicks - Nr. 1002

Zum Ausgang der OB-Wahl in Flensburg

Zum Ausgang der Oberbürgermeisterwahl in Flensburg erklärt der Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein, Amin Hamadmad:

"Der Ausgang des ersten Wahlganges ist für uns enttäuschend. Der Kandidat der SPD in Flensburg, Thede Boysen, hat den Sprung in den zweiten Wahlgang sehr knapp verpasst. Wir danken Thede Boysen für seinen starken persönlichen Einsatz für Flensburg und die SPD.

Unser Dank gilt auch den Wählerinnen und Wählern, die den Kandidaten der SPD unterstützt und gewählt haben. Thede Boysens Wahlkampf unter der Überschrift "Miteinander mehr möglich machen" war nicht vergeblich. Das Anliegen der SPD und ihres Kandidaten, in der Stadt und im Umland für mehr Gemeinsamkeit, Solidarität und Engagement zu werben, bleibt weiterhin aktuell und verpflichtet auch die verbliebenen KandidatInnen.

Die katastrophal niedrige Wahlbeteiligung entsetzt und enttäuscht. Es zeigt sich, dass mehr Auswahl nicht automatisch zu mehr Beteiligung führt. Die Partei "Die Linke" muss sich auch nach dieser Wahl fragen lassen, ob sie weiterhin durch eigene aussichtslose Kandidaturen dazu beitragen möchte, dass KandidatInnen jenseits des konservativen Spektrums geringere Wahlchancen als ihre Mitbewerber haben.

Die SPD in Flensburg wird nun eingehend die Situation zu beraten haben und darüber entscheiden, was aus ihrer Sicht jetzt die beste Option für die Fördestadt im Norden des Landes ist."

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes, MdB](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 10:24 Uhr - 7403 Clicks - Nr. 1003

Chemie-Gewerkschaft ehrte SPD-MdB Franz Thönnnes für 40-jährige Mitgliedschaft

In einem feierlichen Rahmen ehrte die IG Bergbau-Chemie-Energie am vergangenen Freitag in Bad Oldesloe Mitglieder, die ihr 25 und 40 Jahre angehören. Darunter war auch SPD-MdB Franz Thönnnes aus Ammersbek mit 40-jähriger Mitgliedschaft.



In seiner Laudatio dankte Gewerkschaftssekretär Alexander Suß von der Bezirksleitung der Gewerkschaft in Neumünster den Mitgliedern für ihre langjährige Treue und Verbundenheit zur Arbeitnehmerorganisation. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Stormarn-Segeberg, Herman Biehl freute sich, den Bundestagsabgeordneten als Mitglied in seiner Region zu wissen.

Im Herbst 1970 war Franz Thönnnes der damaligen IG Chemie-Papier-Keramik als 16-jähriger Auszubildender zum Industriekaufmann in einem Chemie-Unternehmen mit 2.000 Beschäftigten in Essen beigetreten. Hier wurde er auch später zum Vorsitzenden der Jugendvertretung und in den Betriebsrat gewählt. Im Ehrenamt gehörte er dem regionalen Vorstand seiner Gewerkschaft, dem Team der Bildungsreferenten und der Tarifkommission an. Nach einem Kurzstudium wechselte er dann aus der Wirtschaft 1979 hauptamtlich zur IG Chemie. Dies brachte ihn nach Hamburg. Dort war er acht Jahre als Gewerkschaftssekretär in der Bezirksleitung und dann sechs Jahre als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle und Vorsitzender der IG Chemie in der Hansestadt tätig. Verantwortung übernahm er hier auch als Aufsichtsratsmitglied beim Bremsbelaghersteller AlliedSignal, der heutigen Honeywell Bull in Glinde und als ehrenamtlicher Arbeitsrichter. 1994 wurde Thönnnes im Wahlkreis Segeberg - Stormarn-Nord erstmalig in den Deutschen Bundestag gewählt. Von 2002 bis zum Regierungswechsel 2009 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium. Derzeit ist er Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Parlaments.

Thönnnes: „Meiner Gewerkschaft verdanke ich vieles an Wissen und Erfahrung, was mir für meinen beruflichen Werdegang bis zur heutigen Arbeit im Parlament von unschätzbarem Wert ist. Ohne starke Gewerkschaften mit engagierten Mitgliedern und aufgeklärte Arbeitgeber, die

sich der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlen, hätten wir, trotz aller aktuellen Probleme, nicht unseren heutigen Wohlstand, um den uns viele in Europa beneiden.“

Bildunterschrift v.l.n.r.: Hermann Biehl, Franz Thönnies, Alexander Suß

Bild: Werner Staffen

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 11:03 Uhr - 3520 Clicks - Nr. 1004

Sozialdemokraten gründen Metropolrat

Die SPD in der Metropolregion Hamburg verstärkt ihre Zusammenarbeit. Zu diesem Zweck wurde ein Metropolrat gegründet, in dem Vertreter der SPD-Landtagsfraktionen von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen vertreten sind, ferner die SPD-Fraktionen aus den Kreistagen, Bezirksversammlungen und Stadtvertretungen in der Metropolregion. Stormarn war mit dem MdB Franz Thönnies, MdL Martin Habersaat, Ammersbeks Bürgermeister Horst Ansén und den Fraktionsvorsitzenden Hermann Hanser (Barsbüttel) und Klaus Fechner (Stapel Feld) vertreten.



Bei der konstituierenden Sitzung vereinbarte man, sich zunächst mit den länderübergreifend bedeutsamen Themen Katastrophenschutz, Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur zu beschäftigen. Auch mit dem Streit um das Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein soll sich das neu gegründete SPD-Gremium beschäftigen. Vorsitzende des neuen Metropolrats sind Michael Neumann, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Hamburger Bürgerschaft, der SPD-Fraktionsvorsitze im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Ralf Stegner, und die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende des Niedersächsischen Landtags, Andrea Schröder-Ehlers.

"Wir haben mit dem Metropolrat die Chance, eine politische Zusammenarbeit zu entwickeln, die an Kreis- oder Stadtgrenzen nicht halt macht", sagte Michael Neumann, der Gastgeber des Kongresses. „Die Frage der länderübergreifenden Zusammenarbeit in Norddeutschland darf nicht auf die Diskussion über Chancen und Risiken eines Nordstaats beschränkt werden. Es geht uns um praktische Lösungen für konkrete Probleme." Der SPD-Metropolrat verstehe sich auch als „Korrektiv für drei CDU-geführte Landesregierungen, die sich in wesentlichen Punkten nicht einig sind“.

Martin Habersaat ist seit 2004 Vorsitzender der SPD Stormarn und gehört der Landtags-Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ an. Er sagt: „Die Menschen in der Metropolregion pendeln selbstverständlich zwischen Hamburg und dem Umland, genauso selbstverständlich müssen gemeinsame Lösungen sein.“ Dabei nannte er das aktuelle Gezänk um das Gastschulabkommen als besonders negativ herausragendes Beispiel der jüngsten Zeit. Vielversprechend sei der Ansatz, die unterschiedlichen politischen Ebenen regelmäßig an einen Tisch zu bringen. „Außerdem brauchen wir Projekte, die die ‚Metropolregion Hamburg‘ von der Verwaltungseinheit zur erlebbaren Gemeinschaft weiterentwickeln.“

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 13:02 Uhr - 9662 Clicks - Nr. 1005

SPD Segeberg – Kreisparteitag in Todesfelde

Am 13. November findet in Todesfelde um 9:30 Uhr ein ordentlicher Kreisparteitag der Segeberger SPD im Gasthof „Zur Eiche“ statt. Auf der Tagesordnung stehen neben Personalentscheidungen Anträge zu zukünftigen politischen Entscheidungen.

Kreisvorsitzender Andreas Beran kandidiert ebenso für eine Wiederwahl wie die meisten anderen Mitglieder des Kreisvorstandes. Neue Kandidaten für die Ämter des Schatzmeisters und des Schriftführers stehen zur Wahl. Ergänzt wird der Vorstand durch zu wählende Beisitzer aus den Arbeitsgemeinschaften der SPD.

Neben einem Antrag zur Satzungsänderung werden politisch spannende Diskussionen zu den Herausforderungen nach dem Versagen der Finanzmärkte und zur Nutzung alternativer Energien im Kreis Segeberg erwartet.

Neue Wege sollen diskutiert werden in einem Antrag zur Anpassung des Wahlrechts in Schleswig-Holstein. „Soll die absolute Zahl der insgesamt zu verteilenden Mandate entsprechend der Wahlbeteiligung erfolgen?“, lautet die Fragestellung an die Delegierten des Parteitages. Ziel der Antragsteller ist es, die Wahl-Enthaltung ernst zu nehmen und ein Signal an die Nichtwähler zu senden. Auch zur neuen Gestaltung der Amtsordnung werden die Segeberger Sozialdemokraten ihre Vorschläge entwickeln.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 18:11 Uhr - 3417 Clicks - Nr. 1006

CDU und FDP auf getrennten Wegen zu einem neuen Wahlrecht?

Die Diskussion über Änderungen des Landeswahlrechtes schaltet sich nach dem öffentlichen Diskurs der Koalition nun auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt, ein.



Zu den Vorschlägen der CDU-Fraktion zur Änderung des schleswig-holsteinischen Wahlrechts erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Fragen des Wahlrechts und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Peter Eichstädt:

"Gut ist, dass die CDU jetzt ihre Punkte benennt und damit die Möglichkeit zu konkreten Gesprächen über die Änderung des Wahlrechts eröffnet. Erstaunlich ist, dass sie ihre Vorschläge ohne die FDP macht; auf deren Eckpunkte sind wir gespannt.

Der CDU-Vorschlag enthält interessante Punkte, die aber so sicher nicht 1:1 umgesetzt werden können.

Wir vermissen insbesondere Aussagen zum Ausgleich von Überhangmandaten und zum Wahltermin.

Wir streben eine Lösung an, die von möglichst allen Fraktionen mitgetragen werden kann."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 18:22 Uhr - 3537 Clicks - Nr. 1007

Atomlobbyismus statt Zukunftskonzept

Zur namentlichen Abstimmung im Bundestag über das Gesetzespaket zur Umsetzung des Energiekonzeptes der Bundesregierung mit verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke erklären der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze, und des SPD Landesverbandes Schleswig-Holstein, Stefan Bolln:



"Gegen den Willen der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat der Bundestag heute in einem chaotischen Verfahren einer Laufzeitverlängerung für alle Atomkraftwerke zugestimmt. Diese ist Bestandteil des Energiekonzeptes der Bundesregierung und im Kern nichts anderes als ein Einkommenssicherungsgesetz für die Atomwirtschaft. Sollte dieses Atomgesetz tatsächlich in Kraft treten, gibt es viele Verlierer, wie die Unternehmen der erneuerbaren Energien, die Stadtwerke und die Sicherheit der Menschen in Deutschland, aber nur wenige Gewinner: die großen Energiekonzerne.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen wollen sich am Bundesrat vorbeimogeln – entgegen der Einschätzung der deutlich überwiegenden Mehrheit von Juristen, die eine Zustimmung des Bundesrates für zwingend erforderlich halten. Daneben gibt es noch weitere heikle juristische Details zu klären, wie die Bedeutung eines nächtlichen Geheimabkommens der Bundesregierung mit der Atomwirtschaft, das dieser Ausstiegsklauseln bei der Finanzierung des neu geschaffenen Energie- und Klimafonds einräumt. Diese könnten zur Folge haben, dass ein Gesetz nachträglich geändert werden müsste. Die SPD auf Bundesebene hat bereits beim Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag eingereicht, um das Gesetz noch in diesem Jahr per einstweiliger Anordnung zu stoppen.

Schleswig-Holstein wäre durch die pauschale Laufzeitverlängerung auch für die beiden besonders störanfälligen AKW Krümmel und Brunsbüttel – ohne dass deren Sicherheit auf den notwendigen höchsten Stand gebracht werden muss – besonders betroffen und gefährdet. Wir fordern zum Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein die Landesregierung dazu auf, sich in der unvermeidbaren Bundesratsbeteiligung klar gegen die Laufzeitverlängerung zu stellen, so wie es Minister Schmalfuß und die FDP-Fraktion es bereits angekündigt haben. Wir brauchen weder in Schleswig-Holstein noch in ganz Deutschland Atomkraft und -lobbyismus, sondern ein klares Energie-Zukunftskonzept, das ausschließlich auf erneuerbare Energien setzt."

Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 01.11.2010, 19:03 Uhr - 2312 Clicks - Nr. 1008

Altstadt-Konzept: Lösungsvorschläge aus dem SPD-Workshop

Die Probleme der Möllner Altstadt sind vielen Bürgern seit Jahren bekannt. Ein Workshop des SPD-Ortsvereins mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern hat erste Vorschläge ausgearbeitet.

Die Lösungsansätze sind parallel zu den Oberbegriffen der Mind-Map „Altstadt Problemstellungen“ zu lesen und zielen auf konkrete Anträge der SPD-Fraktion ab. Wie immer: Wenn noch Ideen oder Kommentare da sind, immer her damit!

1. Verkehrsführung:

- eine Lösung für den Durchgangsverkehr könnte sich langfristig aus der Nordumgehung Mölln-Südumgehung Ratzeburg ergeben. Planungen laufen, schnell geht das nicht.
- eine Abstufung der Hauptstraße von beiden Seiten her (Wassertorbrücke, Bauhof) ist

unerlässlich. Die Einfahrt in die Hauptstraße darf nicht Priorität haben, sondern die alternative Fahrmöglichkeit. Wassertorbrücke läuft, da zurzeit so umgebaut wird. Bauhof sollte eingeführt werden.

- einschneidende Verkehrsmaßnahmen zur Hauptstraße/Altstadt sind notwendig. Dafür soll ein Gutachten in Auftrag gegeben werden, was auch dem ISEC entspricht. Dafür sind 1. Klare Zielvorgaben wichtig und 2. das Anbieten verschiedener Varianten, die geprüft werden sollen.

Zu 1:

- Der Durchgangsverkehr durch die Altstadt soll unterbunden werden.
- Die Aufenthaltsqualität in der Altstadt soll erheblich verbessert werden. Anwohner, Touristen, Shopper, Bummler etc., profitieren, wenn sie in der Altstadt verweilen mögen und nicht durchhetzen.
- Flächen aus dem derzeitigen Straßenraum sollen gewonnen werden für andere Angebote, die den Aufenthalt fördern, etwa Straßencafes.
- Anwohnerparkplätze, Taxiverkehr und Lieferverkehr sein.
- Verkehrslärm muss erheblich reduziert werden und eingehalten werden.

Zu 2:

Variante a)

Einbahnstraßenführung von Nord nach Süd. Umfahrung Hegesee verhindern durch doppelte Einbahnstraßenregelung an der Pinnaubrücke.

Variante b)

In der Mitte der Hauptstraße – etwa „Annabell-Pafümerie“ – durch Poller Durchfahrtsverbot, Zufahrt von Süd und Nord ermöglichen, Abfließen des Verkehrs über die Nebenstraßen. Eventuell macht auch eine „Pollerzone“ vom Bauhof bis Annabell Sinn.

Variante c)

Vom Bauhof bis Wassertorbrücke Fußgängerzone. Liefer- Anwohner- und Taxiverkehr wird ermöglicht.

- Mölln-Nord fehlen Parkplätze in unmittelbarer Stadtnähe. Parkplatz auf dem Gelände des ehemaligen Brandhauses wäre möglich.
- Busparkdauerplätze werden beim Schwanenhof und beim Quellenhof eingerichtet. Haltezonen für Busse direkt am ZOB und an der Wassertorbrücke.
- Alle PKW-Stellplätze für den Individualverkehr in der Hauptstraße werden abgeschafft. Taxistellplätze etwa Kurparkparkplatz.

2. Häuser und Geschäfte in der Altstadt:

- eingerichtet wird eine kommunale Beratungsstelle, die zuständig ist für: Mietberatung, Miettransparenz, Hausverkauf, Renovierung und Denkmalschutz, Energetik, Business und Geschäftsideen sowie Zusammenführung von Geschäftspartnern.
- Entwicklung eines Altstadtprofils, insbesondere für das Warenangebot des Einzelhandels, Ausweitung und Synchronisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Kooperation Mölln-Marketing).
- eine Qualitätsoffensive für Wohnen, Einkaufen und Erleben in der Altstadt.

3. Tourismus:

- Müllabfuhrtage bereinigen, damit weniger oft Säcke, Tonnen etc. an der Straße stehen.
- Zugang an die Seen verbessern. Ausgestaltung der vorhandenen Zugänge (Cafes) und Eröffnen neuer Zuwege (Gang Waldorf bis Hasenkamp) reagieren.
- Sauberkeit in der Stadt verbessern (Stadtkümmerer)

Download: [Mindmap zur Altstadt-Nutzung \(PDF\)](#)

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 10:20 Uhr - 10407 Clicks - Nr. 1009

SPD besucht AKN-Betriebszentrum

Die Tatsache, dass die Landesregierung darüber nachdenkt, die Anteile des Landes Schleswig-Holstein an der AKN zu verkaufen, hat kommunale Vertreter der SPD im Kreis Segeberg veranlasst, dem Eisenbahnunternehmen im Betriebszentrum Kaltenkirchen einen Informationsbesuch abzustatten.

Sie äußerten dabei die Befürchtung, dass das Land – obwohl verantwortlich für den Schienen-Personennahverkehr – mit dem geplanten Verkauf die wichtige Möglichkeit der Mitgestaltung und Mitbestimmung des Eisenbahnverkehrs in der Region aus der Hand geben würde.

Vertreter der AKN stellten das modern geführte Unternehmen vor und zeigten dabei die Vielseitigkeit der unternehmerischen Tätigkeiten im Eisenbahnwesen in Schleswig-Holstein auf. Dieses wurde zusätzlich unterstrichen während des Besuches der modernen Betriebswerkstätte der AKN. Das besondere Interesse der Kommunalpolitiker galt der Frage nach optimierten Anbindungen der Kommunen auf der Achse an die Hansestadt Hamburg. Es wurde in dem Zusammenhang auch betont, wie wichtig es sei, dass das Land endlich einen Verkehrsvertrag mit der AKN abschließt.

Ein Fazit nahmen die Sozialdemokraten aus der Veranstaltung mit. SPD-Sprecher Horst Ostwald: „Wünschenswert erscheint uns – weil mit weiteren Verbesserungen verbunden – eine S-Bahn-Anbindung vom Hauptbahnhof Hamburg bis Kaltenkirchen – natürlich durchgeführt durch die AKN. Ein Verkauf der Anteile durch die Landesregierung steht gegen die Interessen der Menschen auf den Entwicklungsachsen. Die SPD im Kreis Segeberg wird diese scheinbare Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung nicht still akzeptieren, sondern sich dafür einsetzen, die AKN zu einem zukunftsfähigen Verkehrsmittel zu entwickeln.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 11:08 Uhr - 7971 Clicks - Nr. 1010

Nichts substanziell Neues

Zur Vernehmung des Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank sagte die Vertreterin der SPD Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss, Birgit Herdejürgen:

Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank hat die Umstände um die Beschäftigung der Firma Prevent mit Sicherheitsmaßnahmen ausführlich beschrieben. Wir halten die angewandten Methoden nach wie vor für zweifelhaft. Die Verantwortlichkeiten sind hier aus unserer Sicht keineswegs abschließend geklärt. Erfreulich ist jedoch, dass die Bank inzwischen einen anderen Weg geht.



Zu den eigentlichen Fragen des Untersuchungsausschusses hat Prof. Dr. Nonnenmacher kaum Informationen liefern können, die nicht bereits bekannt waren

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 12:43 Uhr - 3916 Clicks - Nr. 1011

25 Jahre Kulturzentrum Schloss Reinbek

Am 31. Oktober 1985 wurde das Schloss Reinbek nach umfassender und aufwändiger Restaurierung der Öffentlichkeit übergeben. Seither hat es als Kulturzentrum überregionale Bedeutung erlangt. Zur Feier dieses Jubiläums hatten der Kreis Stormarn und die Stadt Reinbek als Eigentümer eingeladen, gemeinsam mit den Freunden des Schlosses Reinbek e.V.

Für ein Grußwort kam Dr. Ekkehard Klug, Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein, nach Reinbek. Als Festredner konnte Prof. Dr. Wolfgang Tarnowski gewonnen werden, Kultursenator a.D. der Hansestadt Hamburg. Unter den Gästen war auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.

Über 230 Gäste hatten sich im Festsaal versammelt, um den Grußworten, musikalischen Beiträgen und der Festrede zu lauschen. Viel Lob von allen Seiten gab es für den „Schlossherrn“ Bernd Kraske, der das Schloss mit Ideen und Leben erfüllt. Wolfgang Tarnowski zeichnete die Geschichte des Schlosses seit dem Baubeginn im Jahre 1572 nach. Es sei eines der ersten Schlösser in Nordelbien gewesen, die ohne Befestigungen angelegt wurden. Das Schloss sei ein Baudokument ersten Ranges, dessen Qualität sich dem Besucher auch heute erschließe. Im Laufe der Geschichte war das Schloss schon ein Hotel, ein christliches Erholungsheim, ein Altenheim oder zur Zeit des Nationalsozialismus ein „Institut für Ausländische und Koloniale Forstwirtschaft“. Heute sei es wieder in einem Zustand, der selbst dem Laien ein gehobenes Gefühl vermittelt.

Der Festredner beschrieb das „Wunder der Rettung“ des Schlosses in den 1970er-Jahren und lobte die Weitsicht von Kreis und Stadt, als es um den Kauf und die Restaurierung des Schlosses ging. Tarnowski kritisierte gleichzeitig die heutige Kulturpolitik in Hamburg und anderswo. Es sei ein Missverständnis zu glauben, Kultur sei eine Luxuspeise, auf die man in mageren Zeiten verzichten könne. Das Gegenteil sei der Fall: „Kultur ist ein Grundnahrungsmittel, ohne das wir seelisch verhungern würden. Sie schafft Heimat und Identität.“

Den Abschluss des festlichen Teils bildete Helmut R. Busch, der Vorsitzende der Freunde des Schlosses Reinbek. Er übergab den neuen Kronleuchter seiner Bestimmung, in dessen Lichtschein anschließend noch ein Empfang stattfand. Martin Habersaat: „Ich habe mich gefreut, in diesem schönen Rahmen viele Bekannte zu treffen, neue Menschen kennenzulernen und spannende Gespräche zu führen. Unter anderem hat mir der ausführende Bauleiter aus den Restaurationszeiten erzählt, wie damals überall im Land bauliche Details recherchiert wurden und man liebevoll jedes Einzelteil klärte.“

[Links:](#)

[Kulturzentrum Schloss Reinbek](#)

[Schloss Reinbek und Freunde des Schlosses Reinbek e.V.](#)

Kommentar von [Uwe Rasch](#) vom 02.11.2010, 14:27 Uhr:

RE: 25 Jahre Kulturzentrum Schloss Reinbek

Herr Tarnowski hat Recht: Kultur ist keine Luxusspeise sondern ein Grundnahrungsmittel. Allerdings in Reinbek ein Grundnahrungsmittel mit dem Preis einer Luxusspeise! Ursache dafür ist die Tatsache, dass wie in vielen anderen Gemeinden auch die Grundnahrungsmittel durch "Sterneköche" zubereitet werden. Man kann Kultur mit gleicher oder besserer Qualität auf die Beine stellen, und dennoch wesentlich weniger Geld ausgeben als bisher. Liebgewonnene Gewohnheiten müssen dafür überdacht werden. Uwe Rasch

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 17:11 Uhr - 1195 Clicks - Nr. 1012

Rot-Grün will Schutz vor Google Street View

SPD und Grüne haben passend zum Start von Google Street View in einigen Städten in Deutschland eine Initiative gestartet, mit der die Datensammelwut von Google in Kiel Einhalt geboten werden soll.

In einem Antrag an den Innenausschuss wird gefordert, dass die LH Stadt Kiel bei einer künftigen Veröffentlichung von öffentlichen Gebäuden oder Gebäuden, in denen sich schutzwürdige Personen aufhalten, bei Google Widerspruch einlegt.

„Soziale Einrichtungen wie Mädchen- oder Frauenhäuser, Unterkünfte von Flüchtlingen oder für Wohnungslose oder Beratungsstellen bedürfen eines besonderen Schutzes, für den wir mit unserem Antrag sorgen werden“, stellen Michael Wagner, innenpolitischen Sprecher der SPD und Karin Weichert, innenpolitische Sprecherin der Grünen fest.

Kommentar von [Thies](#) vom 02.11.2010, 22:31 Uhr:

RE: Rot-Grün will Schutz vor Google Street View

Gute Idee, dann müssen die (Ex-)Männer nicht mehr raten, wo ein Frauenhaus ist, sondern fahren einfach zu den Häusern die gepixelt sind und schauen nach... Street-View eignet sich aber einfach zu gut für populistische Aktionen als das man erst einmal nachdenkt oder informiert bevor man etwas beantragt...

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 17:15 Uhr - 3917 Clicks - Nr. 1013

Stormarn mit drei Landessiegern beim Handwerk

„Unser Team hat 5 Millionen Profis. Und alle kommen aus der eigenen Jugend.“ Mit diesem und anderen Slogans wirbt das Handwerk seit einiger Zeit, um sich als „Wirtschaftsmacht von nebenan“ zu profilieren. Die besten Nachwuchskräfte, die Landessiegerinnen und Landessieger im Leistungswettbewerb des Deutschen Handwerks, wurden jetzt in Lübeck ausgezeichnet. Als Gast dabei war Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn. Er freute sich besonders über drei Sieger, die in Stormarn ausgebildet wurden.



Die Feierstunde richteten die Handwerkskammern Flensburg und Lübeck gemeinsam aus, für eine Festansprache war Wirtschaftsminister Jost de Jager nach Lübeck gekommen. Ziel des

Leistungswettbewerbs ist es, begabte Lehrlinge, inzwischen allesamt Gesellinnen und Gesellen, in ihrer beruflichen Entwicklung zu fördern. Kammerpräsident Horst Kruse freute sich: „Der Leistungswettbewerb des Deutschen Handwerks stellt eine überzeugende Werbung für die Qualität und Vielseitigkeit des Handwerks dar.“ In 50 Wettbewerbsberufen wurden die Landessieger geehrt und von den Volksbanken Raiffeisenbanken mit einem Scheck über 300 Euro für die Erfüllung eines persönlichen Wunsches bedacht.

Martin Habersaat freute sich besonders darüber, dass auch drei Stormarner Betriebe Landessieger hervorgebracht haben. Orlando Miller, ausgebildet im Zimmereibetrieb Sven Johns und Enrico Jähning in Reinbek, wurde der beste Zimmerer. Die Glas TECHNIK Werny GmbH aus Bargtheide bildete mit Jan Schubert den besten Glaser aus. Und mit Christian Kruse wurde bei der Hauschild Kälte-Klima-Elektrotechnik GmbH in Bad Oldesloe der beste Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet. Habersaat: „So ein Sieg beim Landeswettbewerb spricht für den Sieger ebenso wie für Ausbildungsbetrieb. Solche Menschen und Firmen brauchen wir, um Stormarns wirtschaftlichen Erfolg auch in Zukunft fortzusetzen. Herzlichen Glückwunsch!“

[Link - Alle Landessieger 2011](#)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 22:16 Uhr - 3354 Clicks - Nr. 1014

Jetzt ist Schadensbegrenzung erforderlich!

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg

„Traurig, aber wahr, für uns jedoch nicht überraschend.“ So kommentiert der SPD-Fraktionsvorsitzende im Lauenburgischen Kreistag, Gunar Schlage, die Aufnahme der CDU/FDP-Standortkampagne in das bundesweite Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes.



Gunar Schlage: „Durch die Aufnahme in das Schwarzbuch und die damit einhergehende bundesweite Negativberichterstattung über den Kreis Herzogtum Lauenburg bekommen wir als Wirtschaftsstandort ein echtes Imageproblem. CDU und FDP haben der wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis einen echten Bärenienst erwiesen. Die Kritik und die Irritation in der gesamten Metropolregion Hamburg über diese Aktion war schon mehr als deutlich, jetzt erlangen wir dadurch auch noch bundesweit Berühmtheit - aber sicherlich nicht so, wie es gewünscht war.“

„Das kommt dabei raus, wenn aus einem CDU-Wahlkampfgag durch eine schwarz-gelbe Mehrheit im Kreistag politisches Handeln gegen jede Vernunft wird. Wer investiert in einen Kreis, wo die Kreistagsmehrheit so fahrlässig mit Steuergeldern in Millionenhöhe umgeht?“

Gunar Schlage weiter: „Der Steuerzahlerbund hat in seiner Analyse Recht. Arbeitsplätze in erster Linie aus der Metropolregion werden verlagert, unter dem Strich ist für die Steuerzahler mit einer teuren Werbekampagne hier nichts gewonnen. Wenn alle Kommunen ein teures Standortmarketing betreiben würden, ergibt sich ein ruminöser Wettbewerb, der die Steuerzahler nur viel Geld kostet. Insofern hat der Geschäftsführer der WFL Recht, wenn er feststellt, dass es bundesweit einmalig sein dürfte, wenn ein Kreistag für eine solche Kampagne Millionenbeträge aus Steuermitteln zur Verfügung stellt. CDU und FDP müssen sich fragen lassen, wieso dies wohl so ist.“

„Wir müssen hier einen „Stopper“ setzen. Ich werde deshalb meiner Fraktion noch in dieser

Woche vorschlagen, dass wir einen Antrag zur Kreistagssitzung im Dezember stellen, der die Kampagne ab 2011 haushaltstechnisch einstellt. Ansonsten befürchte ich noch mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Herzogtum Lauenburg. Man sollte der WFL wieder die Möglichkeit geben, ihre weitgehend erfolgreiche Arbeit der letzten beiden Jahrzehnte fortzusetzen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland lässt dies zu, dazu bedarf es nicht Millionenbeträge der Steuerzahler für Broschüren und Anzeigen am Hamburger Hauptbahnhof oder am Flughafen Fuhlsbüttel.“

„Nur mit einem Stopp sehe ich die Chance, dass wir den Wirtschaftsstandort Herzogtum Lauenburg wieder von diesem Negativimage befreien.“

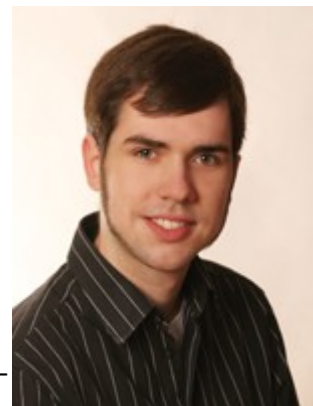
Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 22:26 Uhr - 2522 Clicks - Nr. 1015

Mit der Jugend für die Jugend

Im Schul-, Sport, Jugend- und Sozialausschuss der Stadt Mölln (SSJS) werden viele Themen behandelt, die unsere Jugend direkt und unmittelbar betreffen. Zu nennen sind hier z.B. Ausstattung der Schulen und KiTas, Maßnahmen gegen Vandalismusprobleme auf dem Schulberg oder Satzungserlasse zu Freizeitflächen, um nur drei zu nennen.

Bei allen diesen Vorhaben oder Planungen wurden die betroffenen Jugendlichen nie ausreichend mit in die Arbeit des Ausschusses einbezogen. Nach der Gemeindeordnung, müssen jedoch die Kinder und Jugendlichen bei eben diesen Komplexen angemessen beteiligt sein (GO-SH §47f).



Wer die Vorschläge und Sorgen der Jugend Möllns hören und ernst nehmen will, muss ihnen als erstes eine Stimme verschaffen und zwar laut, klar und ohne große bürokratische Hürden. Zwei Jugendbeisitzer des SSJS mit uneingeschränktem Rederecht, aber ohne Stimmrecht, garantieren die Jugend ausreichend und konsequent an den Sie betreffenden Themen zu beteiligen.

Als zweites muss garantiert sein, dass eben diese beiden Vertreterinnen oder Vertreter demokratisch legitimiert sind und für eine Mehrheit der Möllner Jugendlichen sprechen. Der Schülerrat, der sich aus den auf dem Schulberg befindlichen Schulen zusammensetzt, ist ein Gremium, welches den Großteil der Möllner Jugend angemessen repräsentiert. Vertreterinnen und Vertreter für den SSJS, gewählt aus der Mitte dieses Rates, wären ein starker Knotenpunkt zwischen der Jugend und der Politik. Jugendliche fühlten sich so ernst genommen und eine zunehmende Politikverdrossenheit würde verhindert werden.

Im Gegensatz zu Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Selbstständigen fehlt es der Jugend an einer angemessenen Lobby in den Ausschüssen und der Stadtvertretung der Stadt Mölln. Dies ist eindeutig ein Problem aller Parteien! Um diesem Fakt Rechnung zu tragen, ist die verstärkte Mitarbeit von Jugendlichen im SSJS ein erster aber wichtiger Schritt.

Projektarbeiten wie die des WiPo-Kurses des Marion-Dönhoff Gymnasiums - mit genauer Aufschlüsselung der Verkehrszahlen auf dem Schulberg - sind löblich und zu unterstützen. Dennoch dürfen unsere Schülerinnen und Schüler nicht von der Politik auf die Berichterstattung

oder Begutachtung von Möllner Problemen reduziert werden. Es geht um konkrete Beteiligung von Jugend an Jugendpolitik.

Zwei Jugendbeisitzer/innen mit beratender Stimme für den Möllner Schul-, Sport, Jugend- und Sozialausschuss, jetzt!

Stephan Voß

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 02.11.2010, 22:35 Uhr - 1597 Clicks - Nr. 1016

Der Betreiber informierte am 02. November 2010 die Träger öffentlicher Belange

Dazu wurde zu einer Antragskommission eingeladen, die heute am 02.11. um 10 Uhr im DHG in Lutterbek stattgefunden hat.

Teilgenommen haben 3 Mitglieder der Familie Mönkemeier mit ihrem Berater aus Wendtorf, 2 Vertreter der Firma MT-Energie GmbH aus Zeven (NRW) und Vertreter der zahlreich zu beteiligenden Behörden. Von der Gemeinde Lutterbek waren 3 Vertreter der CDU-Fraktion und zwei von der SPD Fraktion anwesend. Die Wählergemeinschaft war nicht vertreten. Für die Gemeinde Wendtorf nahm der Bürgermeister Steffen teil. Zudem war der Verwalter von der Kurhessischen Stiftung (Gut Panker/Schmoel) anwesend.

Das Vorhaben wurde mit den zu beteiligenden Behörden besprochen, die in die bisherigen Planungen bereits eingebunden wurden. Die Anlage soll so ausgeführt werden, wie sie der Betreiber auf der SPD-Infoveranstaltung im September vorgestellt hatte. Die Biogasanlage in Lutterbek soll mit einem kleinen Blockheizkraftwerk (BHKW) mit 171 kw gebaut werden. Mit der hier entstehenden Wärme soll die Anlage selbst und der betriebseigene Schweinestall versorgt werden. In Wendtorf wird ein größeres BHKW (400 kw) an der Kreisstraße nahe der Marina entstehen, das über eine 3 km lange Leitung entlang der B 502 und der K 44 mit Gas aus der Anlage in Lutterbek versorgt werden soll. Es ist geplant, dort mit dem Gas aus Lutterbek Strom und Wärme zu produzieren und an die Stadtwerke Kiel zu verkaufen. Wärme für Lutterbek wurde nicht erörtert. Beide Vorhaben sind jeweils für sich privilegiertes Bauen im Außenbereich, dem die Gemeinden zustimmen müssen; in Lutterbek als landwirtschaftlicher Betrieb und in Wendtorf als Einrichtung der öffentlichen Versorgung.

Der Bürgermeister von Wendtorf hält den jetzt gewählten Standort für wesentlich besser geeignet als den vorher angedachten und bat die weiteren dort angrenzenden Vorhaben (Erweiterung Abenteuerspielplatz und ein weiteres Baugebiet) nicht zu gefährden.

Der Bürgermeister von Lutterbek problematisierte, dass die Stromproduktion die für die Privilegierung begründete Menge von 500 kw mit beiden Blockheizkraftwerken übersteige. Dieses wurde auf der Grundlage eines Erlasses der Kieler Landesregierung für zulässig angesehen.

Wann die Gemeinde den konkreten Antrag erwarten kann, und eine gemeindliche Entscheidung zu treffen ist, ist derzeit nicht absehbar.

Kommentar von [Anwohner aus Lb](#) vom 03.11.2010, 16:53 Uhr:

RE: Der Betreiber informierte am 02.11.2010

Muss das wirklich sein, so eine Anlage? Keiner, außer einer, hat was davon? Muss das sein?

Das, was er da vorhat, will doch keiner! Die, die nicht gegen sein Vorhaben sind trauen sich nur nicht das öffentlich z.B. durch Unterschrift zu erklären. Ich, wir sind enttäuscht.

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 03.11.2010, 06:51 Uhr - 6004 Clicks - Nr. 1017

Nach der Wahl: Kreisvorstand der SPD stellt die Weichen für die weitere Arbeit „Flensburg – sozialdemokratisch ins nächste Jahrzehnt!“

Anerkennung für Thede Boysen – Keine formale Wahlempfehlung zur Stichwahl

Es war mehr als ein Dankeschön, das Thede Boysen in der Kreisvorstandssitzung der SPD erhielt. Mit Hochachtung sprach der Vorsitzende Helmut Trost über das, was der Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters geleistet hat. Ein halbes Jahr lang habe Thede Boysen mit beispielhaft

Immer sei er dabei glaubwürdig und authentisch geblieben, habe ständig die Bodenhaftung bewahrt und mit seiner Kompetenz überzeugt. Auch wenn er den Einzug in die Stichwahl um 246 Stimmen knapp verfehlt habe, sei dieser Einsatz nicht vergebens gewesen. Vieles von dem, was Thede Boysen an Ideen entwickelt und an Zielen formuliert habe, sei später bei anderen Kandidaten aufgetaucht und habe breite Anerkennung gefunden.

Für Flensburg sei es schade, dass sich dieser Einsatz nicht im Wahlergebnis wiedergespiegelt habe. Ein Fachexperte für das Rathaus, mit klaren Zielen und Visionen und dem Wissen darüber, wie man diese umsetzt, wäre ein Gewinn gewesen, so die SPD. Nach dem ersten Votum kommt es nun am 21. November zu einer Stichwahl zwischen Simon Faber und Elfi Heesch.

Nachdrücklich ruft der SPD-Kreisvorstand dazu auf, bei dieser Stichwahl vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. „Wer das Wahlrecht nutzt, der stärkt die Demokratie. Und wer es verschenkt, der verschenkt eine demokratische Errungenschaft, für die viele Menschen gekämpft haben und die noch längst nicht überall eine Selbstverständlichkeit ist“, meint Helmut Trost. Die SPD hofft deshalb auf eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als am vergangenen Sonntag.

Sie fordert die Wählerinnen und Wähler auf, sich sorgfältig zu informieren und sich ein persönliches Bild von den beiden verbleibenden Kandidaturen zu machen.

„Die Wählerinnen und Wähler in Flensburg sind mündig genug, ihr eigenes Urteil zu bilden“, meint der Kreisvorstand: „Sie benötigen niemanden, der ihnen – bildlich gesprochen - in der Wahlkabine die Hand führt.“ Deshalb wurde von einer formalen Wahlempfehlung abgesehen und auch kein Unterstützungsbeschluss gefasst.

Auf dem Vorstandstreffen, an dem auch alle Ortsvereinsvorsitzenden und Vertreter der verschiedenen SPD-Arbeitsgemeinschaften teilnahmen, richteten die Sozialdemokraten den Blick nach vorn. Für Anfang nächsten Jahr wird ein kommunalpolitischer Arbeitsparteitag geplant. „Flensburg – sozialdemokratisch ins nächste Jahrzehnt!“ - unter diesem Motto wollen sie sich dort programmatisch aufstellen und einen Orientierungsrahmen für ihre weitere Arbeit schaffen.

Keine Kommentare

„Dem Bauen gegen den Bürger einen Riegel verschieben!“

SPD macht Nägel mit Köpfen: 5 Punkte-Plan für Beteiligung und Transparenz.

Immer wieder sorgt es für Ärger und Proteste: Das sogenannte „Gemeindliche Einvernehmen“ zu Bauvorhaben – wenn es um Ausnahmen und Befreiungen geht, um die Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung oder um Maßnahmen nach § 34 Baugesetzbuch. Gerade dieser Paragraph, nach dem Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile genehmigt werden, sorgt immer wieder für Auseinandersetzungen in der Fördestadt. Jüngstes Beispiel ist der Konflikt um das JAW-Gelände an der Apenrader Straße.

Damit soll jetzt Schluss sein. Die SPD hat jetzt einen Vorstoß für mehr Information und Beteiligung bei solchen Bauvorhaben unternommen. Der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost beschreibt das Ziel der Initiative: „Wir wollen mehr Transparenz und eine qualifizierte Entscheidungsvorbereitung. Verbindliche Regeln sollen Fehlentscheidungen vermeiden und Beteiligung der Betroffenen sicherstellen.“ Die SPD hat dazu einen 5-Punkte-Plan entwickelt und dem Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung als Antrag vorgelegt.

Der planungspolitische Sprecher der SPD, Stephan Kienast, meint: „Es ist an der Zeit, verbindliche Regeln aufzustellen, die unnötige Konflikte im Vorfeld vermeiden. Wir müssen uns des Sachverständes der Bürger vor Ort bedienen und effektive Regeln für das Verfahren beim gemeindlichen Einvernehmen finden, ohne dabei zu einer Überreglementierung für Bauanträge zu kommen.“

Der 5-Punkte-Plan der SPD:

Keine Blitzbeschlüsse: Entscheidungen grundsätzlich nach zwei Lesungen

Ein Kernbestandteil der SPD-Initiative ist es, für die Zukunft Beschlüsse ohne ausreichende Beteiligung der Betroffenen zu vermeiden. Blitzbeschlüsse zu Bauvorhaben, die kaum oder überhaupt nicht bekannt sind, sollen ausgeschlossen sein. „Überraschungsbeschlüsse“, so Helmut Trost, „zu kritischen Vorhaben sollen dadurch vermieden werden, dass es grundsätzlich zwei Beratungen gibt.“

Konkrete Vorschläge zur Bürgerinformation: Presse, Internet und Einladungen

So intensiv wie irgendwie möglich soll die Öffentlichkeit vorher informiert werden, wenn es um das sogenannte „Gemeindliche Einvernehmen“ geht. Der SPD-Vorschlag: Mit der Einladung zur ersten Sitzung erfolgt eine gesonderte Pressemitteilung zum Vorhaben. Gleichzeitig erfolgt eine Veröffentlichung auf der Homepage der Stadt Flensburg unter „Bauen und Wohnen“ als „aktuelle Bauvoranfragen“.

Festes Zeitfenster für Stellungnahmen wird geöffnet.

Damit würde deutlich vor der ersten Behandlung des jeweiligen Vorhabens informiert. Bürgerinnen und Bürger hätten die Möglichkeit, sich damit zu beschäftigen. Nach der ersten Beratung sollen sie dann die Chance bekommen, ihre Einwände und Anregungen innerhalb von 10 Tagen vorzubringen.

Auch Bürgerforen, Runde Tische und Interessengemeinschaften erhalten das Wort.

Bürgerforen, Runde Tische und Interessengemeinschaften, die sich im Gebiet des Vorhabens mit Stadtсанierung- und Stadtentwicklung befassen, erhalten auf Wunsch die Möglichkeit, ihre Einwände und Anregungen dem Fachausschuss mündlich vorzutragen. Dies wäre dann vor Sitzungsbeginn beim Vorsitzenden des Fachausschuss anzumelden.

Alle Einwände kommen auf den Tisch – ohne Bewertung durch die Verwaltung.

Die Kommunalpolitiker sollen bei der zweiten Beratung alle Informationen ungefiltert und unbewertet erhalten. Darum erhalten sie, geht es nach der SPD, im Fachausschuss zukünftig sämtliche vorgebrachten Einwände und Anregungen. Ein „Abwägungsvorschlag“ der Verwaltung soll ausdrücklich nicht erfolgen, damit unvoreingenommen geprüft und bewertet werden kann.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 03.11.2010, 10:08 Uhr - 3846 Clicks - Nr. 1019

Auswahlverfahren der SPD zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl

13. Dezember

Schönberg, Hotel Stadt Kiel, Öffentliche Mitgliederversammlung, 19.30 Uhr

Mehr Demokratie wagen! – Auswahlverfahren der SPD zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl

Unser Anspruch ist, mit diesem Auswahlverfahren eine aktive Beteiligung der Mitglieder der SPD und auch der Öffentlichkeit zu erreichen. Auf diese Weise setzen wir unser Ziel „Mehr Demokratie wagen!“ in die Tat um.

Das ganze Verfahren soll gerecht, fair und für die Mitglieder der SPD mobilisierend sein - und mit Blick auf die Öffentlichkeit lebendig, interessant und attraktiv. Wir sind sicher, dass uns dies mit Ihrer und Euer Unterstützung auch gelingen wird.

Die Bewerber/innen

Die vom SPD-Landesvorstand gesetzte Bewerbungsfrist für die Kandidaturen für das Amt des Spitzenkandidaten bzw. der Spitzenkandidatin ist am 1. Oktober 2010 abgelaufen.

Es gibt eine Kandidatin und drei Kandidaten:

- * Torsten Albig, Oberbürgermeister der Stadt Kiel
- * Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn
- * Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- * Mathias Stein, Kiel

Der Kandidat Dieter Schnau hat seine Bewerbung am 3.10. zurückgezogen.

Das Auswahlverfahren

Das gesamte Verfahren zum Mitgliederentscheid wird im Auftrag des Landesvorstandes von einer 5er-Gruppe vorbereitet, der folgende Mitglieder angehören:

Der Geschäftsführende Landesvorstand (selbstverständlich ohne den Kandidaten Ralf Stegner), Bettina Hagedorn (Leitung), Andreas Breitner, Jörg Wenghöfer, den

Landesparteiratsvorsitzenden Andreas Beran und den Vorsitzenden der MdB-Landesgruppe Ernst Dieter Rossmann.

Das vom Landesvorstand beschlossene Auswahlverfahren besteht aus drei Stufen:

1. Die Mitgliederversammlungen in den fünfzehn Kreisverbänden der SPD und einer gemeinsamen Versammlung aller Arbeitsgemeinschaften
2. Der Mitgliederentscheid an dem alle ca. 20.000 Mitglieder der SPD teilnehmen können
3. Die Landesdelegiertenkonferenz der SPD wählt die Landesliste der SPD.

Die Mitgliederversammlungen

Die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen werden vom SPD-Landesverband an alle Mitglieder in den jeweiligen Kreisverbänden verschickt. Die Veranstaltungen sind zudem öffentlich, d.h. alle Bürgerinnen und Bürger, die sich persönlich ein Bild von unseren Kandidaten machen möchten, sind dazu eingeladen.

Eine Reihe von Kreisverbänden hat entschieden, dass es auf den Veranstaltungen ein Meinungsbild geben wird. Daran können sich in einigen Kreisverbänden auch Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die nicht Mitglieder der SPD sind.

Im Einvernehmen mit den Kandidaten wurden die Termine und die Reihenfolge der Veranstaltungen beschlossen. Eine Übersicht finden Sie auf unserer Terminseite.

Ablauf

Die Veranstaltungen werden folgende Blöcke enthalten:

- * Begrüßung durch die Kreisvorsitzenden
- * Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten
- * Vorstellungsreden von etwa 10 Minuten
- * Beantwortung von Fragen des Publikums
- * Schlussstatement der Kandidaten max. drei Minuten
- * Schlusswort der Kreisvorsitzenden

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 03.11.2010, 11:29 Uhr - 7361 Clicks - Nr. 1020

Thönnies: Jetzt für Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages bewerben

„Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Dabei sei es unerheblich, ob die Arbeiten in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen erschienen sind. „Über Beiträge aus meinem Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Nord würde ich mich freuen. Und die vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehene Auszeichnung ist immerhin mit 5.000 Euro dotiert“, führt der SPD-Politiker aus.



Die Bewerbungsfrist für das diesjährige Verfahren endet am 30. November 2010.

Der eingereichte Beitrag muss nach dem 30. Oktober 2009 erschienen sein. Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt. Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalisten.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag

Wissenschaftliche Dienste

Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik –

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de

Telefon: 030-227-38630

Fax: 030-227-36464

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 03.11.2010, 15:08 Uhr - 3149 Clicks - Nr. 1021

Nordische Filmtage ohne Qualitätsverlust erhalten!

Zur heutigen Eröffnung der 52. Nordischen Filmtage in Lübeck erklärt der medienpolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Die Nordischen Filmtage in Lübeck haben sich zu einem überregional und international wahrgenommenen Ereignis von herausragender Qualität entwickelt. Nirgendwo gibt es eine vergleichbare Vielfalt nordischer Filmkultur; die Woche in Lübeck ist ein international wahrgenommener Treffpunkt von Filmschaffenden, Künstlern, Filmwirtschaft und Kritikern geworden, vielseitig und mit großer Strahlkraft.

Die seit vier Jahren im Zusammenhang mit den Nordischen Filmtagen stattfindende Filmnacht mit der Verleihung des Norddeutschen Filmpreises verschafft dieser Woche des nordischen Filmes zusätzliche Aufmerksamkeit und Bedeutung.

Deshalb ist die Streichung der Mittel für diese Filmpreisverleihung und die Filmnacht durch die Landesregierung der falsche Weg. Die Kürzung um 120.000 Euro ist nicht ohne Qualitätsverlust für die Gesamtveranstaltung zu verkraften und gefährdet in der Folge Qualität und Bedeutung des Filmstandortes Schleswig-Holstein.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie in ernsthaften Gesprächen mit den Veranstaltern nach Wegen sucht, wie dieses für Schleswig-Holstein so wichtige Ereignis der Filmbranche in seiner Gesamtheit und Qualität erhalten werden kann. Der Schritt zurück in kulturprovinzielles Denken schadet dem Land und allen Kulturschaffenden."

Keine Kommentare

SPD-Mitgliederentscheid - Hagedorn: „Wir sind startklar!“ Landvorstand beschließt einstimmig das Verfahren

Der SPD-Landesvorstand hat gestern Abend unter Leitung der stellvertretenden Landesvorsitzenden Bettina Hagedorn einstimmig die Eckpunkte für das Verfahren und die Durchführung des Mitgliederentscheids zur SPD-Spitzenkandidatur für die kommende Landtagswahl beschlossen. Der Entscheidung vorausgegangen war eine Beratung mit den Kreisvorsitzenden der Partei.



Kern der gemeinsamen Lösung ist ein Verfahren, das klar und einfach für die Mitglieder nachvollziehbar ist und damit die höchst mögliche Wahlbeteiligung verspricht. Der Mitgliederentscheid wird ausschließlich als Briefwahl durchgeführt, bei der die Mitglieder nur eine Stimme für ihren Favoriten haben. Ausgezählt wird am Sonntag, den 27. Februar 2011 unter notarieller Aufsicht. Wenn in diesem 1. Wahlgang keiner der vier Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint, dann wird vier Wochen später das Stichwahlverfahren zwischen den beiden Bestplatzierten mit dem endgültigen Ergebnis des Mitgliederentscheides ausgezählt. Stimmberechtigt ist jedes SPD-Mitglied Schleswig-Holsteins, das bis zum 14. Januar 2011 der Partei beigetreten ist. Dieses Verfahren findet die Zustimmung aller vier Kandidaten, die verbindlich erklärt haben, das Votum des Mitgliederentscheides, das spätestens am 27. März 2011 feststehen wird, für sich als bindend zu betrachten und auf der förmlich beschließenden SPD-Landesdelegiertenkonferenz nicht zu kandidieren, wenn der Mitgliederentscheid sie nicht an Platz 1 gesetzt hat.

Bettina Hagedorn: „Wir stellen mit diesen beschlossenen Wahlverfahren unter Beweis, dass wir die Mitgliederbeteiligung ernst nehmen. Wir sagen nicht nur, wir wollen „Mehr Demokratie wagen“ – wir tun das tatsächlich und lassen uns an diesem Anspruch messen. Wir streiten nicht um Verfahren, sondern organisieren einen transparenten Wettbewerb um die besten Ideen und Köpfe für die künftige Politik unseres Landes. Bei den 16 öffentlichen Veranstaltungen im ganzen Land, zu deren Auftakt am kommenden Sonntag um 11 Uhr im Pinneberger Rathaus wir uns über viele Gäste auch außerhalb unserer Partei freuen, können alle Bürgerinnen und Bürger des Landes sich einen eigenen Eindruck von den vier Kandidaten Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Mathias Stein machen. Mehr Transparenz und Beteiligung geht nicht – darauf ist die SPD-Schleswig-Holstein stolz!“

Zur Erinnerung: Auf 16 öffentlichen Mitgliederversammlungen, die vom Landesverband und den Kreisverbänden gemeinsam organisiert werden, werden sich die Kandidaten bis zum 30.1.2011 vorstellen. Die erste Veranstaltung findet am kommenden Sonntag (7. November) um 11.00 Uhr im Rathaus der Stadt Pinneberg statt.

Der Beschluss des Landesvorstandes zum Mitgliederentscheid hat folgende Elemente:

Die Teilnahme der Mitglieder an dem Mitgliederentscheid erfolgt ausschließlich durch Briefwahl. Den Mitgliedern entstehen keine Kosten, auch das Rückporto zahlt die Landes-SPD. Der Versand der Wahlunterlagen an alle Mitglieder erfolgt am 11.2.2011 an alle Mitglieder per Infopost (Laufzeit 1-3 Tage). Einsendeschluss ist Samstag, 26.2.2011; die Anlieferung der postlagernd eingegangenen Stimmzettel und ihre Auszählung erfolgt unter notarieller Aufsicht

am Sonntag, 27.2.2011 ab 11 Uhr.

Auf dem Stimmzettel, der die vier Kandidaten enthält, hat jedes Mitglied eine Stimme. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen erhalten hat.

Der Mitgliederentscheid ist gültig, wenn sich mindestens 25% der Mitglieder daran beteiligen. Für die Stichwahl gilt kein solches Quorum.

Im Falle einer Stichwahl würden die Wahlunterlagen am 10.3.2011 verschickt; Einsendeschluss wäre am 26.3. und die Auszählung würde am 27.3.2011 erfolgen.

Der Landesvorstand wird den Kandidaten oder die Kandidatin, die nach dem obigen Verfahren den Mitgliederentscheid gewinnt, der Landesdelegiertenversammlung zur Wahl auf Platz 1 der Landesliste der SPD für die kommende Landtagswahl vorschlagen. Die unterlegenen Bewerber haben erklärt, dass sie den Mitgliederentscheid als bindend betrachten und auf der Landesdelegiertenversammlung nicht für Platz 1 der Landesliste kandidieren.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses werden jetzt in einer ausführlichen Richtlinie die organisatorischen und technischen Details des Mitgliederentscheids beschrieben. Diese Richtlinie wird der Landesvorstand am 22. November beschließen und allen Mitgliedern in der Parteizeitung VORWÄRTS bekannt machen.

Bettina Hagedorn: „Ich freue mich, dass es nach einer gründlichen Diskussion zu einem einfachen, klaren und transparenten Verfahren kommt. Wir freuen uns über alle Bürgerinnen und Bürger, die das Ergebnis dieses Verfahrens aktiv mitentscheiden wollen und bis zum 14. Januar 2011 Mitglied unserer Partei werden. Die Verfahrensfragen wurden vom Landesvorstand in einer gemeinsamen Lösung im Einvernehmen mit den vier Kandidaten und den Kreisverbänden abschließend geklärt, so dass wir uns jetzt auf 16 informative und kurzweilige öffentliche Veranstaltung in allen Regionen des Landes freuen und auf einen spannenden Mitgliederentscheid konzentrieren können. Wir sind startklar!“

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.11.2010, 22:19 Uhr - 2409 Clicks - Nr. 1023

60plus informiert über Patientenverfügung 17. November um 15:30 Uhr

„Ich, Lieselotte Beispiel, geboren am: 18.06.1926, wohnhaft in: Zechenstraße 623, 44581 Castrop-Rauxel, bestimme hiermit für den Fall, dass ich meinen Willen nicht mehr bilden oder verständlich äußern kann: ...“ So beginnt das Textmuster für eine Patientenverfügung auf den Webseiten des Bundesjustizministeriums.

„Weil es wirklich jeden treffen kann, sich nach Unfall oder Krankheit nicht mehr äußern zu können, und jeder sich mit den Folgen befassen sollte, wollen wir uns dieses Themas am 17. November mit der AG 60plus annehmen“, berichtet Jürgen Schneider.



Was passiert, wenn ich im Koma lande? Wer handelt dann für mich? „Fast alle glauben, dass

dann der Ehepartner oder Lebensgefährte berechtigt ist, zu handeln“, erklärt Heide Knaffel aus Delingsdorf, Vorsorgelotsin beim Betreuungsverein Stormarn. „ Das ist jedoch keineswegs der Fall. Der „Betreuer“ wird immer vom Gericht bestellt. Und wer keine Betreuungsverfügung gemacht hat, kann nicht sicher sein, dass eine Person seines Vertrauens ihn betreuen wird.“. Heide Knaffel wird im Rahmen eines „Bunten Nachmittags“ der AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn am Mittwoch, dem 17.11. um 15:30 Uhr im Kreisbüro der SPD (Bad Oldesloe, Kurparkallee 2) einen Überblick geben über Vorsorge-Vollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung.

Und damit es nicht ein gar zu trüber November-Nachmittag wird, liest Lieselotte Jürgensen aus Bargtheide wieder etwas vor. Kaffee und Kekse sollen ausreichen, deswegen wird um Anmeldung gebeten. Tel.:04531/84603 oder juergen.schneider@SPD-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 10:10 Uhr - 1170 Clicks - Nr. 1024

Schulen müssen zur Ruhe kommen

Zur Diskussion über G8 oder G9 an den Gymnasien erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, und die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kirsten Wegner:

„Wir begrüßen, dass sich zwei Kieler Gymnasien, die Max-Planck-Schule und die Hebbelschule, für G 8 entschieden haben. Wir hoffen darauf, dass weitere Gymnasien sich auch so entscheiden werden.

Rot-Grün-SSW werden die Schulen dabei unterstützen, den eingeschlagenen Weg erfolgreich fortzusetzen, um weitere Unruhe zu vermeiden. Nichts anderes verursacht schwarz-gelb mit der geplanten Änderung des Schulgesetzes, wonach Gymnasien die Wahlfreiheit bekommen sollen, ob sie beim 2008 eingeführten Turbo-Abi (G8) bleiben, zum Langsam-Abi (G9) zurückkehren oder gleich beide Abi-Modelle anbieten. Von der Landesregierung auf Abruf erwarten wir, dass sie die Finger davon lässt.

Viele Gymnasien haben jede Menge Zeit und Kraft investiert, um das Schulgesetz der Großen Koalition und den G8-Beschluss umzusetzen, welcher dem bundesweiten Standard entspricht. Die bisherige organisatorische und pädagogische Arbeit und getätigte Investitionen dürfen nicht umsonst gewesen sein und müssen auch fortgeführt werden.

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass schon jetzt eine Wahlmöglichkeit für Schüler und Eltern in Kiel zwischen G8 und G9 besteht: das Gymnasium mit Abiturmöglichkeit nach acht Jahren (G8) und an drei Gemeinschaftsschulen mit Abiturmöglichkeit nach neun Jahren (G9)!"

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 10:35 Uhr - 1939 Clicks - Nr. 1025

Städte und Gemeinden entlasten:

Erst Neuwahl, dann Sonderausschuss des Landtages

- SGK fordert Klarschiff machen für die Kommunen!

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker haben am Wochenende einen „Masterplan“ zur Stärkung der Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein vorgelegt. Sie fordern zügige

Neuwahlen, um eine legitime Basis für eine Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen zu schaffen.

Dazu soll der neue Landtag einen Sonderausschuss einrichten, der auch die kommunalen Verwaltungsstrukturen reformiert.

Die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse wird abgelehnt. Die Gleichstellungsarbeit soll geschützt sein.

Dies sind einige Kernpunkte des Beschlusses, den der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Rendsburg gefasst hat: In der ersten Sitzung nach den Neuwahlen soll der Landtag unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände und der kommunalpolitischen Vereinigungen der Parteien einen Sonderausschuss einsetzen.

Dessen Hauptaufgaben:

- Die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen sowie den Kommunen untereinander muss mit dem Ziel größerer Effizienz grundlegend neu geordnet werden.
- Die kommunalen Aufgaben und ihre Finanzierung müssen in einem Leistungsgesetz beschrieben werden.
- Eine kommunale Verwaltungsstrukturreform, vor allem im kreisangehörigen Bereich, muss umfassend in Angriff genommen werden.
- Das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt in der kommunalen Selbstverwaltung ist zu überprüfen, die Arbeitsbedingungen in den kommunalen Vertretungsgremien sind zu verbessern.
- Das Kommunalwahlrecht muss überarbeitet werden.

Das Urteil des Landesverfassungsgerichtes erfordert nach Auffassung der Sozialdemokraten keine übereilte Änderung der Amtsordnung noch vor der nächsten Kommunalwahl und schon gar nicht vor der Wahl eines neuen Landtages. Bei einer Änderung der Amtsordnung müsse sichergestellt werden, dass es zu keiner Verfestigung von neuen unwirtschaftlichen Strukturen kommt, etwa durch eine Vielzahl neuer zusätzlicher Zweckverbände. Bei einer Neuregelung der Aufgabenübertragung auf die Ämter müsse zeitgleich auch eine Änderung der Zusammensetzung des Amtsausschusses auf Grundlage der Einwohnerzahl der amtsangehörigen Gemeinden erfolgen, ohne dass die Zahl der Ausschussmitglieder erhöht wird.

Der Vorstand der SGK Schleswig-Holstein hält eine Änderung des Kommunalverfassungsrechts noch vor der Wahl des nächsten Landtages nicht für erforderlich. Zu den Vorschlägen des Innenministers sagen die Sozialdemokraten u.a.:

- Ein Verzicht auf Regelungen zu den Gleichstellungsbeauftragten, den Beiräten und den Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche wird abgelehnt.
- Für die Unterrichtspflicht, die Einwohnerversammlung, das Ehrenbürgerrecht und den Katalog des Bürgerentscheids /Bürgerbegehrens sind vereinfachende Regelungen zu prüfen; die Kommunen dürfen nicht "aus der Pflicht" genommen werden.

- Gemeinden ab 4.000 Einwohner/innen sollen selbst über die Bestellung eines/einer hauptamtlichen Bürgermeisters/in entscheiden. Der Einführung von Qualifikationsanforderungen für den Landrat und den Amtsdirektor wird zugestimmt.
- Einer Verlagerung der Kommunalaufsicht über die Städte ab 20.000 Einwohner/innen auf die Kreise wird abgelehnt. Die Wahrnehmung der Kommunalaufsicht durch den Innenminister hat sich bewährt; sie wird den besonderen Interessen der sogenannten Mittelstädte gerecht und ist wirtschaftlich.
- Die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse wird abgelehnt. Dieser Vorschlag trägt weder zur Entbürokratisierung noch zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bei. Er führt zu erheblich mehr Verwaltungsaufwand und entspricht auch nicht den Überlegungen der Förderalismusreform II. Vor der Diskussion um eine kommunale Schuldenbremse muss sicher gestellt werden, dass weder Bund und Land einseitig in die Kommunalfinanzen eingreifen.

Andreas Breitner, SGK-Vorsitzender und Bürgermeister der Stadt Rendsburg: „Die Landesregierung redet die Kommunen schlecht – wir kümmern uns um sie. Die Vorschläge der sozialdemokratischen Praktiker sind nicht so abgehoben wie die Kieler Regierungspolitik – wir sind nah dran an den Menschen und ihren Sorgen. Wir wollen Klarschiff machen für die Kommunen, das fängt mit einer schnellen Neuwahl an. Wir werden dem Innenminister deutlich machen, dass bei jeder Reform, die uns betrifft, neben den Kreisen und Gemeinden auch die Städte einbezogen sein müssen. Die Regionalkonferenzen genügen unseren Ansprüchen nicht. Während aus jeder Gemeinde jeder Gemeindevertreter eingeladen wurde, sind aus den Städten nur die Bürgermeister geladen. Schleswig-Holstein braucht keine Gutsherrenart a la Schlie, sondern moderne und bürgernahe Lösungen. Über eine kommunale Schuldenbremse sprechen wir erst, wenn Bund und Land die Füße von unserem Gaspedal nehmen. Jetzt würde durch sie, die Arbeit vor Ort abwürgt werden. Wir brauchen in Schleswig-Holstein zunächst einen gerechten Finanzausgleich und Entschuldungshilfen des Landes. Diese Reform wird nach der Neuwahl ein Sonderausschuss des Landtages entwickeln.“

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 10:52 Uhr - 1407 Clicks - Nr. 1026

Integration findet in den Kommunen statt -

Städte und Gemeinden brauchen vom Bund konkrete Hilfen und keine Symbolpolitik!

Vor dem mittlerweile 4. Integrationsgipfel der Bundesregierung erweckt die Regierungskoalition

den Anschein des Handelns. Sie bringt eine Mini-Novelle des Ausländerrechts auf den Weg, die kaum Neues enthält, und beteiligt sich an plakativen Debatten.

Doch der Entwurf des Bundeshaushalts für 2011 spricht eine andere Sprache. Denn genau dort, wo Integration vorangebracht werden muss, wird gekürzt: Bei den Mitteln für die soziale Stadtentwicklung. Reden und Handeln fallen bei dieser Regierung weit auseinander.

In Schleswig-Holsteins Gemeinden, Städten und Kreisen gelingt die Integration tausendfach. Aber es gibt auch Probleme bei mangelnden Sprachkenntnissen, aggressiven Jugendkulturen, fehlenden Aufstiegschancen und einer unzureichenden sozialen Infrastruktur in den Quartieren.

Zum Beispiel Rendsburg:

In der Stadt an Eider und Kanal weiß man durch Norddeutschlands größte Moschee und

intensive Diskussionen um den Gebetsruf sehr genau, wie dieses Thema geeignet ist, das städtische Gemeinwesen zu belasten. Aufgrund dieser Erfahrung will man mehr für Integration tun. Das, was jetzt für konkrete Maßnahmen fehlt, ist die notwendige finanzielle Unterstützung des Bundes. Und gerade dort sitzen diejenigen, die das Wort „Integration“ spätestens seit Sarrazin ständig im Mund führen, ohne Taten folgen zu lassen. Dabei brauchen die Kommunen wie Rendsburg dringend die finanzielle Unterstützung des Bundes. In den Kommunen entscheidet sich, ob das Angebot an Sprachkursen reicht. Hier entscheidet sich, ob Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden, in denen interkulturelles Lernen und die Gewinnung von Sprachkompetenzen gelingt. Projekte des Städtebauförderungsprogramms der „Sozialen Stadt“ sind vielerorts wichtige Bausteine für eine bessere Integrationspolitik vor Ort.

Es ist ein Skandal, wenn die Bundesregierung im Entwurf ihres Bundeshaushalts bezogen auf 2009 die Städtebauförderungsprogramme um die Hälfte auf 305 Mio. € kürzen will. Sie entzieht damit vielen überaus erfolgreichen Integrationsprojekten im Teilprogramm Soziale Stadt die finanzielle Grundlage. Im Nationalen Integrationsplan hatte sich der Bund noch selbst verpflichtet weiterhin mit dem Programm „Soziale Stadt“ die Integration vor Ort zu unterstützen. Die Bundeskanzlerin bezeichnete den Plan als „Meilenstein“ der Integrationspolitik. Gilt dieses heute nicht mehr?

Es ist beschämend, dass diese Bundesregierung das Umsteuern im Bildungsbereich zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung nicht konsequent vorantreibt. Die Kommunen brauchen mehr Unterstützung beim Ausbau der Kinderbetreuung, für die Errichtung von Ganztagschulen, für eine Verstärkung der Schulsozialarbeit.

Auch die im Bundeshaushalt 2011 vorgesehenen Kürzungen bei der Förderung von Ausbildungschancen im Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums um rund 80 Mio. € zeigen, wie Anspruch und Wirklichkeit auseinander klaffen. Die Bundesregierung sollte, statt Symbolpolitik zu betreiben, endlich Verantwortung übernehmen.

Anstatt inszenierter Gipfel sind konkrete Initiativen und Vorschläge gefragt, die die Integration vor Ort voranbringen.

„Dieser Integrationsgipfel darf nicht nach dem Motto „GUT-DASS-WIR-DRÜBER-GESPROCHEN-HABEN“ verlaufen, sondern muss konkrete Hilfen entwickeln.

Vor Ort entscheidet sich, ob Sarrazin recht bekommt“, erklärt der Vorsitzende der SGK Schleswig-Holstein, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 14:38 Uhr - 12317 Clicks - Nr. 1027

Thönnies im Betriebspraktikum: Mit Omas Messer in der Hotel-Küche aktiv

Das war bereits das 4. Betriebspraktikum von SPD-MdB Franz Thönnies in einem Unternehmen in Kaltenkirchen. Damit bleibt der Politiker seiner bisherigen Praxis aus 16 Jahren treu, nahezu jedes Jahr ein zweitägiges Betriebspraktikum in einem mittelständischen Betrieb oder einer Dienstleistungseinrichtung zu absolvieren.



Nach der Schinkenräucherei Schlimm, den Segeberger Werkstätten im Porsching und der der Interturbine GmbH war es Mitte dieser Woche das Landhotel Dreiklang.

Juniorchef Philipp Heymann und Franz Thönnies hatten sich anlässlich der Auszeichnung des Hotels für beispielhafte Berufsausbildung durch die Industrie- und Handelskammer

kennengelernt. Und als „Hobbykoch“ Thönnnes fragte, ob er sein diesjähriges Praktikum im „Dreiklang“ machen könne, hat Philipp Heymann spontan zugesagt.

So begann der Arbeitstag von Thönnnes am Dienstag um 9.00 Uhr mit einer Einführung in die Organisation des Hotelbetriebs. Anschließend folgte die Erläuterung der Arbeitsabläufe in der Rezeption. Hier standen bei Kerstin Jadzewski und Daniela Wessel alle Arbeitsschritte von der telefonischen und elektronischen Buchung, der Zimmerverwaltung bis hin zur Rechnungslegung und die Gästebetreuung auf dem Programm. Als Tagungshotel ist das Unternehmen sehr stark auf Betriebsseminare ausgelegt, so dass es auch um die konkrete Absprache von Gesamtarrangements geht. Hinzu kommen Buchungen für Familien- oder Betriebsfeiern. Auch wurden die Abläufe der Berufs- und Praktikantenausbildung dargestellt. Während eines Gespräches mit der Verkaufsleiterin Frau Steffanie Fröhlingdorf ging es um Fragen der Akquise von Bestandskunden und neuen Gästen. Im weiteren Verlauf des Tages nahm Thönnnes an Lieferantengesprächen zum Einkauf von Fischrohware und anderen Lebensmitteln teil.

Am zweiten Tag stand der Küchenbetrieb im Mittelpunkt. Um 9.00 Uhr startete die Arbeit für Thönnnes mit dem Schneebeesen. 12 Liter der Haus-Vinaigrette galt es zuzubereiten. Dann folgten Vorbereitungstätigkeiten mit Speck und Zwiebeln für Grünkohl, als eines der aktuellen Tagesgerichte. Dem schloss sich die Zubereitung von Zwiebeln, Fenchel, Möhren und Sellerie als Gemüsebeet für dann im Ofen zu schmorende Lammkeulen an. Am Nachmittag ging es nach der Fisch-Lieferung aus Dänemark darum zwei Kisten Schollen zu entgräten und küchenfertig zu machen. Thönnnes: „Frischer Fisch ist meine Lieblingsrohware und mit der scharfen Klinge von „Omas-Messer“ von Herrn Heymann ging das auch hervorragend.“

Philipp Heymann zeigte sich anschließend zufrieden mit seinem Mitarbeiter aus der Politik: „Ich freue mich, dass ein so ungewöhnlicher Praktikant mit so viel Spaß und Engagement zur Sache ging. Durch sein Hobby ist er ja auch ein Stück vorbelastet“, so der Juniorchef.

Thönnnes war sehr beeindruckt von dem überdurchschnittlichen Ausbildungsengagement des Hotels Dreiklang: „14 Auszubildende erhalten hier von der Hotelfachkraft bis zum Koch bei 46 Beschäftigten im Haus eine gute Qualifikation für ihr späteres Berufsleben.“ Ausdrücklich lobte der SPD-Politiker auch die Bereitschaft Philipp Heymanns jungen Menschen aus Berufseingliederungs-Maßnahmen der Arbeitsverwaltung oder auch älteren Bewerbern eine Chance für eine Ausbildung zu geben. Diese Praxis beugt nicht nur dem zukünftigen Fachkräftebedarf vor, sondern steht natürlich auch mit der hohen Fluktuation in der Branche in Verbindung.

„Manchmal ist es im Hotel als Dienstleistungsunternehmen wie in der Politik“, so der Bundestagsabgeordnete. Es geht um freundlichen Service, zuhören, Flexibilität, um schnell auf unterschiedliche Anforderungen reagieren zu können und Gelassenheit in Stresssituationen. Außerordentlich wohlgefühlt hat sich Thönnnes im kollegialen Küchenteam, das ihn offen aufnahm. „Da gibt natürlich der Küchenchef Philipp Heymann den Ton an. Aber anders kann es in der Küche bei dem harten Job auch gar nicht laufen“, so der Politiker. Schließlich komme es drauf an, dass hier zügig Hand in Hand gearbeitet wird und einer den Gesamtüberblick behält. In der späteren Mittagspause im Personalraum ging Thönnnes dann auch auf die Fragen seiner „neuen Kollegen“ zu seiner Arbeit im Wahlkreis und in Berlin ein. Damit sie dies selbst einmal hautnah erfahren können, lud er sie zu einer Abgeordnetenfahrt in den Deutschen Bundestag ein. Die gleiche Offerte machte Thönnnes ebenso Philipp Heymann. Im Rahmen des jährlichen Know-Transfer-Projektes der Wirtschaftsjuvenen der IHK könne der Juniorchef den

Bundestagsabgeordneten gerne drei Tage in einer Sitzungswoche in Berlin von morgens bis abends begleiten, umso den „Seitenwechsel“ auch im anderen Arbeitsfeld zu vollziehen.

Thönnnes war an den zwei Tagen nicht der einzige Praktikant. Mit ihm in der Küche arbeitete der 14-jährige Steve Theis aus Kaltenkirchen. Er will derzeit für drei Wochen die „Hotelküchenluft“ schnuppern, um seinen späteren Beruf zu finden. „Kochen macht mir Spaß und mal sehen was daraus wird“, so der Schüler. Auch dieses Engagement von Heymann stieß auf Lob von Thönnnes. „Das ist genau das, was wir brauchen, Unternehmer, die ihre Betriebe für die Schüler öffnen, damit diese rechtzeitig damit beginnen, ihre Berufswahl zu treffen, und nicht erst einige Monate vor Ausbildungsbeginn“.

Thönnnes bewahrt Kontinuität bei seinen Betriebspraktika. Neben seinen Kaltenkirchener Praktika war der Abgeordnete bereits beim Integrationsbetrieb di,hako in Trappenkamp, beim Wegezweckverband im Kreis Segeberg und der dortigen Müllabfuhr, der Norderstedter Agentur für Arbeit, dem Bauunternehmen Specht, im Gut Stegen, einer Behinderteneinrichtung der alsterdorfer assistenz umland gGmbH, der Bäckerei Schmidt in Bad Oldesloe, den Hako-Werken in Bad Oldesloe sowie im Sozialhaus in Bad Segeberg.

Thönnnes: „So erhalte ich gute Einblicke in verschiedene Unternehmen und Einrichtungen und deren betriebliche Arbeitsabläufe. Das gibt mir ein Gefühl für die Tätigkeit der Arbeitgeber und ihren Arbeitsalltag. Die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten bringt uns gut ins Gespräch und macht die jeweiligen Arbeitsbedingungen für mich konkret erfahrbar.“

Bildunterschrift v.l.n.r. Steve Theis, Philipp Heymann, Franz Thönnnes

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 16:05 Uhr - 1247 Clicks - Nr. 1028

Energie-Auszeichnung ein großer Erfolg!

Zur Auszeichnung für das Projekt „Mitlaufendes Licht“ bei der Energie-Olympiade der Innovationstiftung erklären der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister, der energiepolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Antje Danker (SSW):

„Kiel nimmt eine Vorreiterrolle in zukunftsgerichteter Energienutzung ein. Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung zum „leuchtenden Vorbild“ der Innovationstiftung Schleswig-Holstein (ISH). Das System „Mitlaufendes Licht“ wird Kiel als einer der ersten Städte einsetzen. Dies zeigt, welchen großen Stellenwert der sparsame und effiziente Energieeinsatz für SPD, Grüne und SSW hat. Dabei geht es uns neben aktivem Klimaschutz auch darum, Kosten zu sparen, um die angespannte Haushaltslage zu entlasten.“

Keine Kommentare

Gastschulabkommen: Die Unendliche Geschichte

Zu den weiterhin ergebnislosen Verhandlungen über ein Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Endlich einmal spannende Neuigkeiten in der Diskussion um das Gastschulabkommen!

Bisher saßen Monat für Monat Bildungsminister Dr. Klug und Staatssekretär Zirkmann im Bildungsausschuss und begründeten das Nicht-Zustandekommen einer Einigung mit Hamburg mit fehlenden Zahlen, von denen der Landesrechnungshof sagt, dass die Landesregierung sie längst besitzen müsse. Im November nun die frohe Botschaft: Über Zahlen wird nicht mehr gestritten.

Nur ist eine Lösung leider noch immer nicht in Sicht, denn Hamburg hat die schleswig-holsteinischen Verhandlungsführer mit einem neuen Vorschlag überrascht: Kommunale Schulträger aus Schleswig-Holstein sollen ihre Schülerinnen und Schüler nach Hamburg entsenden können und dafür Schulkostenbeiträge zahlen. Das Land hätte den Personalkostenanteil zu übernehmen (3/4 bis 4/5 der Kosten). In umgekehrter Richtung hätte Hamburg zu zahlen.

Das akzeptiert die Landesregierung nicht, und somit sind die Verhandlungen offenbar wieder auf Null gestellt. Die nächste Gesprächsrunde soll in zwei Wochen stattfinden. Und monatlich grüßt das Murmeltier...

Den Antrag auf eine gemeinsame Sitzung des Bildungsausschusses mit den KollegInnen des Hamburger Schulausschusses lehnten CDU und FDP mit ihrer Mehrheit ab. Groß scheint das Interesse an einer Einigung im Regierungslager nicht zu sein!

Kommentar von [Mareike Rettberg](#) vom 14.11.2010, 20:32 Uhr:

RE: Gastschulabkommen: Die Unendliche Geschichte

Guten Tag Herr Habersaat, was gedenken Sie hier unternehmen zu können? Im der Stadt Ahrensburg sind es immerhin 139 SchülerInnen, in Ammersbek 93, die zum 1.1.2011 aus Hamburger Waldorfschulen in die Orte umgeschult werden müssen, so Herr Dr. Klug keine kluge Entscheidung treffen wird. Da Ahrensburg SchülerInnen nach Großhansdorf schickt, ist wohl davon auszugehen, dass Ahrensburg nicht genug Schulplätze zur Verfügung hat; unabhängig davon dass Waldfschüler in Regelschulen schwer zu integrieren sind. Es sind viele Familien und vor allen Dingen Kinder, die nicht wissen, ob sie mit ihren MitschülerInnen weiterhin zur Schule werden gehen können. Viele Kindertränen sind inzwischen deswegen geflossen. Mit Verlaub gewinnt das jahrelange Ringen um das Gastschulabkommen einen Charakter der Mißachtung der Würde unserer Kinder. Herr Habersaat, Sie sind für uns Stormarner im Landtag. Wie werden Sie uns als betroffenen Familien dort vertreten? Was können Sie dazu beitragen, die drohende Umschulung abzuwenden? Wie stehen Sie grundsätzlich zur freien und Grenzen überschreitenden Schulwahl? mfg M. Rettberg

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 22:41 Uhr - 2133 Clicks - Nr. 1030

SPD Antrag zur Badebucht

SPD Antrag zur Badebucht abgelehnt

Badebucht für Alle!

SPD-Fraktion fordert in den Haushaltsberatungen 2011 erneut eine Sozialermäßigung für den Eintritt in die Badebucht.

Die SPD-Fraktion hat in den Haushaltsberatungen des Jugend- und Sozialausschusses am 2. November 2010 erneut eine Sozialermäßigung für bedürftige Wedeler Bürgerinnen und Bürger für die Nutzung der Badebucht gefordert. Leider hat die Schwarz-Grüne Mehrheit diesen sowohl gerechten wie auch wirtschaftlich sinnvollen Antrag auch in diesem Jahr ohne Bereitschaft zur gründlichen Prüfung unserer Argumente abgelehnt.

Stephan Bakan (SPD-Fraktion)

Antrag der SPD-Fraktion zu den Haushaltsberatungen 2011:

Hier: Sozialermäßigung Kombibad

Der Rat beschließt:

1. Stadtpassinhaber sollen eine Sozialermäßigung von 2 Euro für jeden Einzeleintritt in das Erlebnis-, Sport- und Sommerbad in der Badebucht Wedel bekommen.
2. Die Summe der Ermäßigungen wird der Kombibad Wedel GmbH von der Stadt Wedel erstattet.
3. Dafür wird im Haushalt ein Betrag von 12000 Euro zusätzlich beim Ansatz für den Ausgleich sozialer Ermäßigungen (HH-Stelle 3717-0100, p.291, Z.29) eingestellt.

Begründung:

Bis zur Schließung konnten Stadtpassinhaber die früheren Wedeler Bäder kostenlos nutzen. Für die Badebucht gibt es aber für diese bedürftige Personengruppe keinerlei Ermäßigung mehr. Da der Sinn des neuen Kombibades nach dem damaligen Ratsbeschluss nicht die Ausgrenzung wesentlicher Bestandteile der Wedeler Bevölkerung sein kann, wird eine adäquate Wiedereinführung der langjährig genehmigten Sozialzuschüsse angestrebt.

Aus der früheren Erfahrung könnte dieses Angebot jährlich bis zu 6000 mal genutzt werden, was einem Betrag von 12000 Euro entspricht.

Diese Maßnahme würde die leider viel zu geringen Besucherzahlen unseres Bades und damit auch die Eintrittserlöse erhöhen. Der Sozialzuschuss selbst wäre dabei für den städtischen Haushalt ein Nullsummenspiel, da er ja durch den vermiedenen Verlust den Zuschussbedarf der Badebucht gerade ausgleichen würde. Darüber hinaus würde der dennoch zu entrichtende Restbetrag die Erlöse der Badebucht zusätzlich erhöhen.

Insbesondere für die betroffenen Kinder wäre diese Unterstützung ein wertvoller Anreiz zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt.

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 04.11.2010, 23:20 Uhr - 1486 Clicks - Nr. 1031

Einladung Sitzung der Gemeindevertretung am 16. November 2010 - mit Kommentaren

Der Bürgermeister lädt zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung LUTTERBEK am 16. November 2010 ins DGH ein

Die nächste Sitzung der Gemeindevertretung Lutterbek findet am Dienstag, den 16. November 2010 um 19:30 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus statt.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2010
4. Bericht aus den Ausschüssen
5. Umbesetzung von Ausschüssen
6. Wahl eines Ausschussmitgliedes des Hauptausschusses
7. Wahl eines Vorsitzenden des Hauptausschusses
8. Genehmigung der Haushaltsrechnung 2009
9. Bestätigung des Gemeindeführers
10. Reparatur des Feuerwehrfahrzeuges
11. Finanzausgleich AZV
12. Bestellung der Spielgeräte für den Spielplatz
13. Hainbuche am Schulsteig
14. Sonstiges

- nicht öffentliche Sitzung -

15. Grundstücksangelegenheiten
16. Baugebiet
17. Sonstiges

Seitens der SPD werden wir die Aufnahme eines weiteren Punktes auf die Tagesordnung beantragen:

Aktueller Stand zur beabsichtigten Biogasanlage - weiteres Verhalten der Gemeinde

Kommentar von [Jürgen Brockmann](#) vom 11.11.2010, 23:20 Uhr:

RE: Sitzung der Gemeindevertretung am 16.11 2010

Das Thema "Baugebiet" ist vom Bürgermeister für den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung vorgesehen. Aus diesem Grund dürfen zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Informationen öffentlich bekannt gegeben werden. Jürgen Brockmann

Kommentar von [Christoph Corves](#) vom 10.11.2010, 21:44 Uhr:

RE: Sitzung der Gemeindevertretung am 16.11 2010

Bitte um Erläuterung, was sich hinter dem Punkt 16 "Baugebiet" versteckt.

[SPD-Plön-Bösdorf](#) - veröffentlicht am 05.11.2010, 01:37 Uhr - 1396 Clicks - Nr. 1032

SPD Fraktion Plön spricht sich gegen Einamung aus

In der Ratsversammlung der Stadt Plön haben sich alle Fraktionen sehr deutlich dagegen ausgesprochen, einer Einamung der Stadt in das Amt Großer Plöner See zuzustimmen. Wir streben immer noch eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Amt oder den einzelnen Amtsgemeinden an. Die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden stellt Hintergründe dar und begründet unsere Position. Der nachfolgend abgedruckte Text ist der Originalentwurf, der in der Rede leicht abgeändert oder stellenweise gekürzt wurde.

Herr Bürgervorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Im hier schon angesprochenen Erlass des Innenministeriums vom 17. September 2010 steht ein Satz, der die vor uns liegende Aufgabe sehr deutlich zusammenfasst:

„Insgesamt greift eine isolierte Entscheidung über die Ausamtungsanträge zu kurz; vielmehr bedarf es einer strukturellen Neugliederung des Raumes Großer Plöner See“

Man kann darüber spekulieren, welche Vorgänge den Innenminister dazu veranlasst haben, eine derartig weit reichende und in der jüngeren kommunalrechtlichen Vergangenheit einmalige Flurbereinigung der Verwaltungsorganisation einer ganzen Region anzuordnen und mit der Einamtung einer Kreisstadt für den Fall zu drohen, dass man keine freiwillige Lösung findet. Aber es müssen schon sehr gewichtige Gründe sein, die aus Sicht des Innenministers einen derartig weitgehenden Eingriff in das im Grundgesetz garantierte Recht auf kommunale Selbstverwaltung rechtfertigen.

Ich glaube nicht, dass hier allein die möglichen Synergieeffekte der Zusammenlegung von zwei Verwaltungen ausgereicht haben. Ich denke, dass vielmehr gravierende strukturelle und vielleicht auch persönliche Gründe maßgeblich waren. Und ich bin davon überzeugt, dass diese ihren Ursprung nicht in der Stadt Plön haben!

Aus diesem Grunde möchte ich meinen Ausführungen gleich voranstellen, dass die Stadt Plön aus Sicht der SPD-Fraktion auch nicht im Zwangswege für die Beseitigung der Folgen von Entwicklungen und Vorgängen herangezogen werden darf, die sich außerhalb unseres Einflussbereiches abspielen und abgespielt haben!

Wenn diese Ratsversammlung in freier Selbstbestimmung auf der Basis von fairen Verhandlungen einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten kann, wird meine Fraktion das nach Kräften unterstützen. Eine Zwangseinamtung der Stadt lehnen wir dagegen ohne wenn und aber ab!

Die Stadt Plön hat ihre Bereitschaft zu einer besseren Zusammenarbeit gegenüber dem Amt stets signalisiert und die beiden Verträge, die wir heute beschließen werden, sind der Beweis dafür, dass wir unseren Beitrag zur Schaffung leistungsfähiger und zukunftsorientierter Verwaltungsstrukturen in unserer Region leisten wollen und dies auch weiter hin tun werden. Aber:

Wer glaubt, dass stabile Verhältnisse in dieser Region dadurch geschaffen werden können, dass die Funktion eines zentralen Ortes und die Souveränität und Bedeutung einer Kreisstadt als Verwaltungseinheit durch eine Zwangseinamtung gegen den Willen der gewählten Mitglieder dieser Ratsversammlung geschwächt wird, begeht einen folgenschweren Fehler, der notfalls durch eine gerichtliche Entscheidung korrigiert werden muss. Dies sage ich in aller Deutlichkeit in Richtung des Innenministers!

Im Falle einer Einamtung hätte die Stadt Plön im Amtsausschuss keine Mehrheit. Bei wichtigen Entscheidungen von regionaler Bedeutung z.B. im Bereich Wirtschaftsförderung, Infrastruktur, Inanspruchnahme von Förderprogrammen etc. sähe sich die Stadt einer Mehrheit von kleinen Gemeinden gegenüber, die z.T. deutlich andere, aus deren Sicht auch nachvollziehbare Interessen als ein zentraler Ort wie wir verfolgen.

Ob die gesetzliche Regelung der Zusammensetzung des Amtsausschusses, die nach geltendem Recht zu diesem Ergebnis führt, bei der anstehenden Änderung der Amtsordnung auch reformiert wird, steht ebenso in den Sternen wie dessen künftige Aufgaben, oder der Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Gesetzesänderung.

Dies sind Umstände, die wir bei einer Entscheidung berücksichtigen müssen!

Und warum die vom Amt beabsichtigte Inthronisierung eines Amtsdirektors neben einem hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Plön auch bei einer Einamtung von Vorteil sein soll, müsste man mir und vielleicht auch den Steuerzahlern auch noch einmal erklären.

Ich kann mir vor diesem Hintergrund auch nicht vorstellen, dass die Zusammenarbeit im Amt Großer Plöner See Amt unter Beteiligung der Stadt Plön harmonischer und konfliktfreier abläuft, als dieses jetzt schon ohne uns der Fall ist, auch wenn Plön wieder alleiniger Sitz der Amtsverwaltung würde.

Aus diesem Gründen kommt für die SPD-Fraktion auch ein freiwilliger Beitritt der Stadt Plön

zum Amt Großer Plöner See nicht in Betracht!

Zudem bin ich der Überzeugung, dass diese Ratsversammlung auch nicht die demokratische Legitimation besitzt, einen solchen Schritt in dieser Wahlperiode zu beschließen. Keine der hier vertretenen Parteien hat die Einamtung der Stadt in ihrem Wahlprogramm stehen, kein Plöner Bürger hat – und ich vermute hätte – einem solchen Vorhaben durch seine Wahlentscheidung zugestimmt. Ich glaube eher, wer das im Wahlkampf 2008 gefordert hätte, würde hier garantiert nicht sitzen!

Hier geht es nicht um einen B-Plan, eine Investitionsentscheidung oder die Frage, wer das Abwasser beseitigen soll, – obwohl dieses, wie wir ja nun wissen, auch schon Volksaufstände auslösen kann – , hier geht es um eine der wichtigsten Entscheidungen in der Geschichte dieser Stadt mit weit reichenden Folgen für die wirtschaftliche, finanzielle und strukturelle Entwicklung unserer Stadt! Hier sollten die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden, oder zumindest mitreden dürfen!

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge bleibt für uns als Lösung der uns vom Innenminister gestellten Aufgabe nur die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft im Sinne § 19 a GKZ, entweder mit dem Amt Großer Plöner See oder mit dessen Gemeinden.

Diese Ratsversammlung hat das Angebot an das Amt und seine Gemeinden für entsprechende Verhandlungen zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft bereits zwei Mal beschlossen, heute werden wir diese Position noch einmal bekräftigen.

Die beiden Verträgen, die wir heute beschließen werden, könnten hier das Vorbild für eine Vereinbarung sein, mit der das Amt seine Souveränität und – vorbehaltlich der anstehenden Änderung der Amtsordnung – seine Struktur behält und gemeinsam mit der Stadt Plön eine Verwaltung aufstellt, die leistungsfähiger, bürgernäher und kostengünstiger als alle Lösungen sind, die wir jeweils separat erarbeiten könnten. Das wäre eine Situation zum beiderseitigen Vorteil.

Der Weg dahin könnten Verhandlungen zwischen dem Amt, seinen Gemeinden und der Stadt sein, die von uns auf Augenhöhe und mit der gleichen Offenheit und Professionalität geführt werden, wie wir auch mit Bösdorf und Ascheberg verhandelt haben.

Dies setzt aber den ernsthaften Willen von beiden Seiten voraus, sich an einen Tisch zu setzen und wirklich konstruktiv an der Erarbeitung einer Lösung im Rahmen des vom Innenminister vorgegebenen Korridors arbeiten zu wollen.

Der mir vorliegende Vermerk eines Gespräches zwischen Vertretern des Amtes, darunter dem geschäftsführenden Bürgermeister und dem Amtsvorsteher und dem Landrat des Kreises Plön vom 4.10.2010 lässt mich allerdings daran zweifeln, ob die Führung des Amtes schon so weit ist.

Da wird dem Landrat des Kreises Plön eine Stellungnahme des Amtes offensichtlich mit der Bitte um zustimmende Kenntnisnahme vorgetragen, in welchem bereits Details der vorgesehenen Einamtung Plöns geregelt werden. Mir ist nicht bekannt, dass ein Vertreter der Stadt vorher um eine Stellungnahme gebeten oder gar zu diesem Treffen eingeladen wurde. Diesen Vorgang kann man auch so verstehen, dass hier hinter dem Rücken und zu Lasten der Stadt Plön schon einmal bei der Kommunalaufsicht Fakten geschaffen werden sollten, welche eine ergebnisoffene Verhandlungen unmöglich machen.

Und der Herr Landrat, dessen herzliche Verbundenheit mit seiner Kreisstadt wir ja alle kennen, lässt sich auch nicht lange bitten. Nach der Ankündigung, sich in dieser Sache als untere Landesbehörde neutral verhalten zu wollen, empfiehlt er schriftlich die Einamtung der Stadt Plön mit der Begründung, dies sei auf Dauer die stabilere und wirtschaftlichste Lösung.

Begründung: Keine!

Ich muss nochmals darauf hinweisen, eine vorherige Anhörung der Stadt Plön hat, wie gesagt, nicht stattgefunden. Da können wir ja noch froh darüber sein, dass der Landrat dem Amt immerhin noch empfiehlt, der Stadt Plön ein Gesprächsangebot zu unterbreiten, dies schien

wohl auch nötig zu sein.

Die neutrale Tätigkeit einer unteren Landesbehörde, in deren Eigenschaft Sie das Gespräch wohl geführt haben, ich mir etwas anders vor, Herr Dr. Gebel!

Auch bei der bisherigen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Amt in dieser Frage gibt es, – um es vorsichtig zu sagen – noch Optimierungspotential.

Da wurden bis dahin einvernehmliche und konstruktive Gespräche über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft in der letzten Wahlperiode vom Amt, kurz bevor eine Einigung erzielt werden konnte, ohne Angaben von nachvollziehbaren Gründen beendet.

In der neuen Wahlperiode machte der Herr Bürgervorsteher einen Versuch, die Gespräche wieder aufzunehmen und lud Vertreter des Amtes ein. In der zweiten Gesprächsrunde wurde uns dann eröffnet, dass im Weiteren nur noch darüber zu verhandeln sei, wie die Einamtung der Stadt Plön erfolgen könne und zu welchem Zeitpunkt wir unsere Verwaltung, quasi besenrein, dem Amt zu übergeben hätten. Auf meine Nachfrage hin wurde noch gesagt, diese Position sei nicht verhandelbar.

Meine Damen und Herren, dieses Ansinnen haben wir seinerzeit natürlich abgelehnt und ich rätsele bis heute darüber, welche Strategie diesem seltsamen Auftritt der Vertreter des Amtes zugrunde lag. Interessant wäre auch die Frage gewesen, in welchem Gremium des Amtes dieses Angebot eigentlich beraten und beschlossen wurde.

Nachdem in den Gemeinden Bösdorf und Ascheberg schließlich über die Aufnahme von Vertragsverhandlungen mit der Stadt Plön über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft beraten wurde, geriet die Stadt Plön wiederum in den Focus des Amtes:

So vertrat die Führung des Amtes zum Thema Verwaltungsgemeinschaft äußerst seltsame Rechtsauffassungen. Da wurde den Gemeindevertretern des Amtes mit Schreiben vom 25.08.2009 vom Amtsvorsteher Leonhard unter Hinweis auf § 19 a Absatz 1 GKZ u.a. mitgeteilt, dass das Amt in einer Verwaltungsgemeinschaft keine Möglichkeit hätte, auf Personal- und Organisationsentscheidungen der Stadt Plön Einfluss zu nehmen, lediglich fachliche Weisungen seien nach dem Gesetz zulässig.

Herr Leonhard hat den Gemeindevertretern in seinem Schreiben allerdings den Absatz 2 des § 19 a GKZ vorenthalten. Dort steht folgendes:

„In dem öffentlich-rechtlichen Vertrag können dem Träger der Aufgabe (hier die Gemeinde oder das Amt) weitergehende Rechte, insbesondere bei der Bestellung von Dienstkräften, eingeräumt werden“

In der Kommentierung hierzu wird ausdrücklich auf Mitwirkungsrechte insbesondere bei der Einstellung des mit Verwaltungsaufgaben des Trägers befassten Personals sowie auf den Geschäftsgang verwiesen, diese können Zustimmungsvorbehalte vorstehen.

Meine Damen und Herren, eine solche „Information“ die uns vom Amtsvorsteher auch noch nachrichtlich mitgeteilt wurde, stellt für mich den Versuch dar, in den Mitgliedsgemeinden des Amtes Ängste zu schüren und eine unvoreingenommene Diskussion in den Gemeindevertretungen über die Bandbreite der Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zu verhindern.

Nach Bekanntgabe unseres Angebotes wurde dann von der Führung des Amtes in der Presse öffentlich behauptet, die Stadt Plön sei zur Abgabe eines solchen Angebotes gar nicht berechtigt gewesen, dieses sei schlicht illegal.

Meine Damen und Herren, der Vorwurf einer Verwaltung an eine andere, gegen das Recht zu verstoßen ist ein Vorgang, der so außergewöhnlich, dass man sich schon etwas genauer ansehen sollte. Zur Beantwortung der Frage, ob diese Behauptung denn hier berechtigt ist, erlauben Sie mir einen ganz kurzen Ausflug ins Vertragsrecht.

Nicht nur als Jura-Student, sondern sicher auch in einer ordentlichen Verwaltungsausbildung lernt man, dass ein Vertrag durch ein Angebot und dessen Annahme zwischen den Vertragsparteien zustande kommt, §§ 145 ff. BGB. Diese Regeln gelten gemäß § 129 Satz 2

LVwG auch für das Zustandekommen öffentlich-rechtlicher Verträge, binden somit auch die Verwaltungen.

Die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft, ist nichts illegales, im Gegenteil, sie wird als zulässige Organisationsform der Kommunalverwaltung durch § 19 a GKZ ausdrücklich zugelassen.

Da deren Zustandekommen jedoch den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages voraussetzt, wie es in Absatz 1 Satz 1 dieser Vorschrift gefordert wird, ist hierfür – Sie ahnen es schon – das Angebot einer der künftigen Vertragsparteien nicht nur rechtlich, sondern auch logisch zwingend erforderlich.

Hier sollte die Führung des Amtes doch einmal erklären, wie eine Verwaltungsgemeinschaft legal sein kann, die Voraussetzungen für ihre Gründung aber illegal sein sollen. Auf die Begründung wäre ich mal gespannt.

Und so geht es weiter:

Da wird unser –illegale – Angebot vom Amt seziert und empört festgestellt, dass die Stadt den Verwaltungskostenanteil, der von den künftigen Mitgliedern der Verwaltungsgemeinschaft an die Stadt zu zahlen sei viel zu niedrig angesetzt hat, sozusagen ein Dumping-Angebot unter dem Selbstkostenpreis um die Konkurrenz zu schädigen. Tatsächlich würden die Verwaltungskosten der Stadt je Einwohner doch viel höher liegen.

Das ist auch richtig, jedoch sind in den Verwaltungskosten der Stadt auch die Aufwendungen für die kommunalen Einrichtungen wie öffentliche Parkplätze, Bücherei, Soziales Dienstleistungszentrum, Schwimmhalle, Sportanlagen etc, sowie die Zuschüsse an Vereine und Verbände, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern der Umlandgemeinden gern und vor allem ohne eigenen Verwaltungskostenanteil genutzt werden enthalten. Diese Aufwendungen dürfen wir – leider – den Umlandgemeinden nicht in Rechnung stellen und haben dieses in den Angeboten daher auch nicht berücksichtigt.

Es fällt mir ehrlich gesagt schwer zu glauben, dass der Verwaltungsleitung des Amtes und dem Herrn Amtsvorsteher, beide immerhin seit Jahrzehnten im Geschäft, dieser Zusammenhang nicht bekannt war, immerhin ist die Unterfinanzierung der Infrastruktur der zentralen Orte schon lange Streitthema zwischen Städteverband und dem Gemeindetag. Es bleibt noch zu sagen, dass wir uns bei der Erstellung des Angebotes natürlich an die Vorgaben der KGSt gehalten haben, wie andere auch.

So rückte die Stadt Plön, obwohl wir nur der Bitte um die Abgabe eines Angebotes erfüllten, in den Mittelpunkt eines Konfliktes innerhalb des Amtes Großer Plöner See, und sehen uns plötzlich öffentlichen Anschuldigungen ausgesetzt, die nicht einfach hinzunehmen sind, zumal wenn sie sachlich derartig falsch sind.

Um eines hier deutlich zu sagen:

Die internen Meinungsverschiedenheiten, Personalquerelen und Streitigkeiten innerhalb des Amtes Großer Plöner See, die Gegenstand der Berichterstattung der letzten Monate waren, gehen uns hier ebenso wenig etwas an, wie die Motive der Gemeinden Ascheberg und Bösdorf, das Amt verlassen zu wollen. Ich gehe davon aus, dass die Mitglieder der beiden Gemeindevertretungen Ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle ihrer Bürger getroffen haben, mehr hat uns nicht zu interessieren.

Ich verwahre mich aber für meine Fraktion mit aller Entschiedenheit dagegen, dass den Mitgliedern dieser Ratsversammlung und der Verwaltung Rechtsbruch und der Versuch der Übervorteilung unterstellt wird.

Und wenn ich die Zielvorstellung der Amtsführung einmal aufgreife und mir vorstelle, was passiert, wenn ein Amtsdirektor als Vertreter der Amtsverwaltung in einer Sitzung eines städtischen Gremiums Vorlagen mit Inhalten der Art und Güte, wie ich sie eben vorgetragen habe, verteilt, dann sollte sich die Führung des Amtes vielleicht doch noch einmal gut überlegen ob sie die Einamtung wirklich wollen. Wir sind da einen anderen Standard gewohnt!

Meine Damen und Herren, auch wenn diese Ausführungen vielleicht unter der Überschrift standen, „das musste mal gesagt werden“, so schlage ich die Tür zu einer gemeinsamen Zukunft damit nicht zu. Ich denke aber, dass diese Ereignisse hier angesprochen werden mussten, zumal diese Dinge aus meiner Sicht nicht geeignet waren, zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu finden. Dies muss sich ändern.

Im Gegenteil! Meine Fraktion unterstützt die Einladung zu Gesprächen an die Vertreter des Amtes und wir werden uns konstruktiv daran beteiligen.

Wir erwarten allerdings, dass diese Verhandlungen fair, offen und auf Augenhöhe geführt werden. Wir haben Verständnis dafür, dass es vielleicht auf beiden Seiten Positionen gibt, die nach jetzigem Stand nicht verhandelbar sind. Wir sollten allerdings den Versuch machen, den noch verbleibenden Spielraum auszuloten, zu beraten und dann weiter zu entscheiden.

Wir gehen auch davon aus, dass das Amt wie auch wir bei der Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation auf demokratische Vielfalt achtet und sich auch bemüht, einen breiten Konsens aller, die davon betroffen sind zu erzielen. Unter diesen Voraussetzungen bin ich sicher, dass wir auch gemeinsam erfolgreich sein können.

Kommentar von [hans](#) vom 08.11.2010, 20:00 Uhr:

RE: SPD Fraktion Plön spricht sich gegen Einamtung aus Klasse Rede, klarer Standpunkt.

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.11.2010, 13:36 Uhr - 3838 Clicks - Nr. 1033

Bereit für ein spannendes Jahr 2011

Auf einer zweitägigen Klausurtagung im Bildungszentrum Reinfeld widmete sich der Kreisvorstand der SPD Stormarn um den Vorsitzenden Martin Habersaat der Planung der kommenden Monate. Nachdem das neunköpfige Team im Frühjahr 2010 neu gewählt wurde, nutzte man ein Herbstwochenende für eine erste Bilanz und einen Ausblick auf spannende Monate: Die SPD Schleswig-Holstein bestimmt ihren Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl, und auch die Wahl selbst scheint nicht mehr fern.



Gleich im Januar 2011 wird es für die Stormarner Sozialdemokraten spannend: Am 10. Januar kommen mit Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Matthias Stein die vier Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl nach Ahrensburg. Martin Habersaat: „Das ist wird eine öffentliche Veranstaltung. Der Kreisvorstand bereitet Fragen zur Landespolitik vor, die aus Stormarner Perspektive besonders interessant sind. Auch alle Gäste werden Fragen an die Kandidaten auf Karteikarten schreiben oder sie per Wortmeldung selbst stellen können.“ Über die Spitzenkandidatur entscheiden alle SPD-Mitglieder dann per Briefwahl im Februar 2011. Wählen dürfen alle, die bis zum 14. Januar 2011 in die Partei

eingetreten sind.

Am 20. Januar wird Michael Müller, der Vorsitzende der Naturfreunde Deutschland, nach Stormarn kommen, für den Februar ist zudem eine Veranstaltung zur Zukunft der Bundeswehr in Planung. Ebenfalls am Februar wird im Reinbeker Schloss der Olof-Palme-Friedenspreis der SPD-Stormarn verliehen. Besonderheit im kommenden Jahr: Der 28. Februar 2011 ist der 25. Todestag Olof Palmes.

Gesprochen wurde auch über die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand. Martin Habersaat: „Ich merke nach einem Jahr Landtagszugehörigkeit, dass meine Aufgaben in Kiel umfangreicher werden. Umso mehr freue ich mich über die gute Teamarbeit im Kreisvorstand.“ So werden die stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Susanne Danhier aus Bargteheide und Reinhard Niegengerd aus Großhansdorf den Kreisverband nach innen und außen verstärkt vertreten.

Besonders angetan hatte es den Vorstandsmitgliedern die Skulptur „Paradigma. Gemeinschaftliches Voranschreiten.“ Diese steht im Hof des Bildungszentrums und passte gut zur Stimmung der Klausur. Denn voran schreiten möchte die SPD nach einer Phase der Selbstreflexion und Erneuerung. Und dass es gemeinsam besser geht, zeigten die konstruktiven Beratungen bei guter Laune in freundschaftlicher Atmosphäre.

Foto mit Skulptur „Paradigma“, v.l.: Martin Habersaat (Vorsitzender), Gesa Tralau (Schatzmeisterin), Niklas Klinger (Beisitzer), Regine Schilde (Beisitzerin), Susanne Danhier (stv. Vorsitzende), Halina Waltz (Beisitzerin), Reinhard Niegengerd (stv. Vorsitzender), Bernd Marzi (Beisitzer), Monika Poppe-Albrecht (hauptamtliche Mitarbeiterin), Jürgen Schneider (Beisitzer).

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.11.2010, 20:33 Uhr - 6138 Clicks - Nr. 1034

Stolperstein für einen Stormarner Sozialdemokraten

Auf Initiative des Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ole Thorben Buschhüter wurde in Rahlstedt ein Stolperstein zum Gedenken an Rudolf Lüdemann verlegt. Lüdemann, der zur Zeit der Weimarer Republik stellvertretender Vorsitzender der SPD Stormarn war, lebte im Haus „Am Pulverhof 46“, als Rahlstedt noch ein Teil des Kreises Stormarn war. Die heutigen Eigentümer des Hauses, heute die Kindertagesstätte Petra Schiffler, haben zudem einen Schaukasten zur Biografie Lüdemanns installiert.



Viele Nachfahren Lüdemanns, dessen Frau nach dem Krieg bei der AWO in Rahlstedt viele Jahre aktiv und bekannt war, nahmen an der Gedenkveranstaltung teil, darunter auch einige Enkel. Auch Sozialdemokraten aus Stormarn waren gekommen: Der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, Reinhard Mendel als Vorsitzender der Kreistagsfraktion sowie seine Stellvertreterin Sigrid Kuhlwein und Heinz Hartmann als stellvertretender

Kreispräsident. Ulrich Bentfeld, ehemals Lehrer am Gymnasium Rahlstedt, würdigte das Leben Lüdemanns, der sich stets für ein besseres menschliches Zusammenleben einsetzte.

Rudolf Lüdemann, geboren 1885 in Billwärder, war gelernter Tischler. Als solcher fand er Kontakt zur Arbeiterbewegung und trat 1905 der SPD bei. Bildung war seit der Gründung der SPD immer eines ihrer Kernthemen, „Aufstieg durch Bildung“ spielte auch im Leben Lüdemanns eine wichtige Rolle. Er nutzte Fortbildungsangebote der Partei und seiner Gewerkschaft, förderte das Volkshochschulwesen. 1918 wurde Lüdemann zum Beigeordneten des Landrats gewählt, wurde Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Kreisausschusses. Er gab seinen Beruf als Tischler auf, wurde Beamter und leitete in der Folge das Wohnungs-, Arbeits- und Wohlfahrtsamt des Kreises Stormarn.

Doch 1933 erschleichen die Nationalsozialisten sich die Macht in Deutschland, in Stormarn setzen sie den Landrat Constantin Bock von Wülfigen ein. Dieser entlässt den Sozialdemokraten Lüdemann. Es sei nicht gewährleistet, dass dieser die Regierung Hitler unterstütze. Wie wahr... Die SA „verhört“ Lüdemann, er wird in Schutzhaft genommen. Sein Haus „Am Pulverhof 46“ muss er verkaufen, um seine Familie ernähren zu können. 1943 stirbt Lüdemann.

Martin Habersaat: „Es ist ein interessanter Zufall, dass wir auf einem Kreisparteitag im Oktober auf 90 Jahre SPD Stormarn und das Wirken des ersten Kreisvorsitzenden, Luis Biester, zurückblicken und einen Monat später nun die Sozialdemokraten in Hamburg an das Leben und Wirken von Rudolf Lüdemann erinnern. Beschäftigung mit der Geschichte schärft auch den Blick für die Zukunft. Und die SPD kann stolz auf ihre nun bald 150jährige Geschichte sein.“

Die Stolpersteine sind eine Idee des Künstlers Gunter Demnig. Messing-Gedenktafeln, die in den Boden eingelassen werden, sollen an das Schicksal von Menschen erinnern, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben. Sie werden vor den letzten frei gewählten Wohnorten der Opfer installiert. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hatte im letzten Jahr anlässlich des Holocaustgedenktes beschlossen, 45 Stolpersteine zum Gedenken an in der NS-Zeit verfolgte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu stiften. Ole Thorben Buschhüter: „Damit wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die Namen der Opfer von nationalsozialistischer Gewalt im Hamburger Stadtbild sichtbar bleiben - als Erinnerung und Mahnung gleichermaßen.“

Foto: Reinhard Mendel, Martin Habersaat, Ole Thorben Buschhüter, Heinz Hartmann vor Schaukasten und Haus

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 07.11.2010, 11:42 Uhr - 2775 Clicks - Nr. 1035

Öffentliche Mitgliederversammlung SPD Reinbek am 11. November 2010

Der SPD-Ortsverein Reinbek lädt zu seiner öffentlichen Mitgliederversammlung am 11. November 2010, 19.30 Uhr in der Begegnungsstätte Neuschönningstedt ein. Neben dem Thema "Integration und Meinungsfreiheit in Deutschland" soll über die Entwicklung Reinbecks diskutiert werden.

"Der Ruf des Muezzin und der Ruf des Sarrazin - Integration und Meinungsfreiheit in Deutschland" - unter dieser Überschrift steht die geplante Diskussion über die Integrationspolitik in Deutschland und die Thesen Thilo Sarrazins, an der sich die vom Ortsvereinsvorsitzenden Klaus-Peter Puls eingeladenen Gäste, Serpil Midyatli (MdL und

migrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Kiel) und Dr. Cebel Kücükkaraca (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein e. V.) beteiligen werden. Außerdem soll über das Thema "Reinbek 2020: Flächenplanung heute = Stadtentwicklung morgen" mit der Reinbeker SPD-Fraktion diskutiert werden.

Kommentar von [Oliver Sendzik](#) vom 09.11.2010, 14:38 Uhr:

RE: Öffentliche Mitgliederversammlung SPD Reinbek am 9. Nove

Tolles Thema liebe Genossen! Habe leider Nachtdienst, sonst wäre ich bestimmt erschienen. Icu wünsche euch eine lebhaftere, interessante Runde und verbleibe mit sozialdemokratischen Gruß aus Glinde Oliver Sendzik

[Ralf Wrobel](#) - veröffentlicht am 07.11.2010, 13:00 Uhr - 3473 Clicks - Nr. 1036

Straßenaktion in Kappeln

Der SPD-Kreisvorsitzende Schleswig-Flensburg Ralf Wrobel hat am 6. November 2010 die Straßenaktion des ver.di Ortsvereins Kappeln "Gerecht geht anders" unterstützt. "Die bundesweiten DGB-Aktionen sind absolut unterstützenswert und sie wollen mit ihren Aktivitäten auf die Nöte der Städte und Kommunen, Zwei-Klassen-Medizin und sozialem Kahlschlag die Bevölkerung aufmerksam machen" erklärt Ralf Wrobel.

Deshalb hat sich Ralf Wrobel an der Herbstaktion vom ver.di Ortsverein in Kappeln beteiligt, die mit einer Straßenzeitung und mit Warnschildern auf die Politik der sozialen Schieflage der Bundesregierung Aufmerksamkeit in der Fußgängerzone in Kappeln für große Aufmerksamkeit an dem November-Sonnabend sorgten. Außerdem hat der ver.di Ortsverein in Kappeln zur Teilnahme an der Großdemonstration am 18. November 2010 in Kiel aufgerufen.

Die Gewerkschaft ver.di und die anderen Einzelgewerkschaften im DGB wollen gegen die unsoziale und konjunkturschädliche Rotstiftpolitik, die Entsolidarisierung der Sozialsysteme und die einseitige Lobbypolitik der Bundesregierung protestieren.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 07.11.2010, 16:17 Uhr - 5382 Clicks - Nr. 1037

Jusos fordern Einführung des Faches "Lebenskunde – Ethik – Religionskunde"

Zum Kreisparteitag der Kieler SPD am vergangenen Samstag und dem Beschluss zur Gründung einer Kommission zum Unterrichtsfach „Lebenskunde – Ethik – Religionskunde“ (LER) erklärt der Kreisgeschäftsführer der Kieler Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos), Timm Wüstenberg, für den Juso – Kreisvorstand:

„Der Kreisparteitag war ein Erfolg! Neben den wichtigen Weichenstellungen in der Energie-, der Bildungs- sowie der Kulturpolitik für die Stadt Kiel haben wir kontrovers, aber vor allem konstruktiv auf Antrag des Juso – Kreisverbands Kiel über die Weiterentwicklung des konfessionsgebunden

Religionsunterricht zum Fach „Lebenskunde – Ethik – Religionskunde“ (LER) diskutiert. Als unterstützende Maßnahme zur Integration in einer multikulturellen Gesellschaft fordern wir Jusos die Einführung dieses Schulfachs zur Förderung von Verständnis, Dialogfähigkeit und Toleranz für andere Religionen und Kulturen. Die Trennung der Schülerinnen und Schüler nach ihrer unterschiedlichen Weltanschauung in einem Bereich, in dem es um wesentliche Fragen des menschlichen Zusammenlebens geht, wird den heutigen Anforderungen an die Schule nicht gerecht!



Im Fach „LER“ erlernen alle Schülerinnen und Schüler, egal welcher Religionszugehörigkeit, gemeinsam Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für das alltägliche Zusammenleben in der Gesellschaft nötig sind. Ziel des Faches „LER“ ist es dabei nicht den konfessionsgebunden Unterricht abzuschaffen, der weiterhin ebenso wie der Philosophieunterricht als Wahlfach erhalten bleiben soll.

Gerade auch die überdurchschnittliche Anzahl an Wortbeiträgen zum Thema zeigt wie wichtig eine Positionierung der SPD in diesem Bereich ist. Auch wenn dies nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein kann, begrüßen wir die Gründung einer Kommission, die sich mit der Entwicklung einer Vorlage für den nächsten Kreisparteitag zur Umsetzung des Faches beschäftigt. Dabei müssen wir diesen Diskussionsprozess offen und transparent führen und die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Die Jusos Kiel werden diesen Prozess weiter begleiten und in der SPD vorantreiben.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.11.2010, 18:04 Uhr - 8511 Clicks - Nr. 1038

Schüler nicht durchs Raster fallen lassen!

Herzlichen Glückwunsch zur Gründung der Schülerunion in Rendsburg-Eckernförde. Es ist wirklich sehr zu begrüßen, dass sich junge Menschen engagieren und sich organisieren, um ihre Ideen in reale Politik umzusetzen.



Noch mehr ist zu begrüßen, dass nun endlich deutlich wird, wofür CDU nahe Kreise im Kern in der Bildungspolitik wirklich stehen, wenn man die Worthülsen und Verklausulierungen abzieht: dreigliedriges Schulsystem, Abschaffung des Elternwillens und Eignungstests für Viertklässler. Es ist schon wirklich erstaunlich, wie Menschen, die schon auf der Sonnenseite des (Bildungs-) Lebens stehen, über andere Schülerinnen und Schüler denken. Dies ist leicht, wenn man selber nicht mehr Gefahr läuft, selbst durch dieses geplante System zu laufen bzw. durch dessen Raster zu fallen, da man ohnehin auf dem Gymnasium ist und kurz vor dem Abschluss steht.

Ist es wirklich richtig, auf die Anforderungen der modernen (Arbeits-) Welt mit den Rezepten aus der Kaiserzeit zu reagieren? Die Anforderungen an die Arbeitsplätze der Zukunft erfordern immer mehr Qualifikationen und Kompetenzen. Wir brauchen deutlich mehr hoch qualifizierte Menschen, um im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen zu können. Dies erreicht man auf keinen Fall durch Ausgrenzung und Aussortierung von kleinen Kindern schon nach 4 Jahren.

Wir brauchen vielmehr eine optimale Förderung von allen Kindern und auch eine zweite oder dritte Chance für den optimalen Bildungsabschluss. Die Bildungsoffensive der 1970er Jahre hat schon einmal gezeigt, wie sich Menschen erfolgreich weiter qualifizieren, hocharbeiten und dann genauso gut in ihrem Job bestehen können.

Angst vor Konkurrenz schon in der Schule bringt unser Land nicht weiter – Wir müssen gemeinsam an einem Strang ziehen und mehr Bildung für alle Menschen als Gewinn für uns alle ansehen!

Ulf Daude, stv. Kreisvorsitzender SPD RD-Eck

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 07.11.2010, 18:34 Uhr - 10799 Clicks - Nr. 1039

Erste Vorstellungsrunde der SPD im Kreis Pinneberg

Sehr gut besuchte SPD-

Mitgliederversammlung im

Pinneberger Rathaus

Die Menschen standen bis ins Foyer

vor dem Sitzungssaal des

Pinneberger Rathauses. Der

Rathaussaal war mit 300 Sitzen voll

belegt. Über 410 Teilnehmer der

Mitgliederversammlung wollten sich

eine Meinung über die 3 Bewerber

und die eine Bewerberin bilden, die

Spitzenkandidat oder -kandidatin für die nächste Landtagswahl der SPD werden wollen.



Und es waren nicht nur Parteimitglieder, die nach Pinneberg kamen. Rund 100 parteipolitisch nicht bei der SPD gebundene Bürger und Bürgerinnen aus dem Kreis kamen zu der Veranstaltung. Auch für Fernsehen, Rundfunk und die schreibende Zunft war die erste von 15 weiteren Mitgliederversammlung ein überregionale Ereignis.

Thorsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Mathias Stein stellten sich den Fragen aus dem Publikum und Moderator Carsten Kock –der durch die Veranstaltung führte- sorgte mit launigen Zwischenbemerkungen immer wieder dafür, dass die Vorstellungsrunde nicht zu einer drögen Politikveranstaltung wurde.

Am Ende der Veranstaltung bat der Kreisverband zur Meinungsbildung über die 4 Bewerber. 335 Besucher beteiligten sich an dem Meinungsbild mit folgendem Ergebnis:

Alle Besucher

Thorsten Albig - 134 Stimmen

Brigitte Fronzek - 90 Stimmen

Ralf Stegner - 104 Stimmen

Mathias Stein - 4 Stimmen

Nur Mitglieder des SPD-Kreisverbandes

Thorsten Albig - 91 Stimmen

Brigitte Fronzek - 70 Stimmen

Ralf Stegner - 79 Stimmen

Mathias Stein - 1 Stimme

Nicht parteipolitisch bei der SPD gebunden Besucher

Thorsten Albig - 43 Stimmen

Brigitte Fronzek - 20 Stimmen

Ralf Stegner - 25 Stimmen

Mathias Stein - 3 Stimmen

3 Stimmen waren ungültig.

„Die Mitgliederversammlung in Pinneberg“ –so Hannes Birke- „hat eindrucksvoll bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, unsere Parteimitglieder aber auch die Bürger und Bürgerinnen

um ihre Meinung über den zukünftigen Spitzenkandidat oder –kandidatin für die nächste Landtagswahl zu bitten“. Für Birke ist das Meinungsbild noch keine Vorentscheidung über den Spitzenplatz. Die fällt erst im Februar 2011, wenn die Mitglieder per Mitgliederentscheid den Spitzenkandidaten oder die Spitzenkandidatin wählen.

Foto (v.l.): Moderator Carsten Kock, Tosten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner, Mathias Stein.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 07.11.2010, 20:41 Uhr - 3704 Clicks - Nr. 1040

Bestätigung des Fraktionsvorstandes

Im Rahmen der Haushaltsklausur wurde auch der neue Fraktionsvorstand der Kreistagsfraktion gewählt. Reinhard Mendel kandidierte wieder für das Amt des Fraktionsvorsitzenden und wurde mit 100% der Stimmen gewählt. Auch die Stellvertreterinnen der ersten Legislaturperiode Margot Sinning und Sigrid Kuhlwein wurden im Amt bestätigt. Lediglich bei den Beisitzern gab es eine personelle Veränderung. Erstmals kandidierte Benjamin Freitag für ein Amt im Fraktionsvorstand und wurde neben den Kandidaten Angela Batty, Heinz Hartmann, Rene Wendland und Ulrich March einstimmig von der Fraktion gewählt.



Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 08.11.2010, 09:18 Uhr - 7744 Clicks - Nr. 1041

Konsolidierung des Haushaltes hat weiterhin Priorität

Zur Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums, derzufolge Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2012 mit 61 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen rechnen können als bisher eingeplant, erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Steuermehrereinnahmen sind natürlich schön, aber kein Grund für übermäßige Begeisterung und auch kein Grund, vom eingeschlagenen Konsolidierungskurs abzuweichen. Und sie bedeuten auch nicht, dass wir das Ziel, die Einnahmen des Landes zu verbessern, aufgeben können. Für uns ist klar: Die Mehreinnahmen müssen zur Schuldentilgung eingesetzt werden



Keine Kommentare

Olof-Palme-Friedenspreis 2011 - Preisträger gesucht

Die SPD Stormarn bittet wieder um Nominierungen für den Olof-Palme-Friedenspreis. Die Verleihung soll am 28. Februar 2011 stattfinden, dem 25. Todestag Olof Palmes. Die SPD Stormarn vergibt den Preis seit 24 Jahren an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für Alle engagieren.



Wer Menschen oder Vereine in Stormarn kennt, die sich in vorbildlicher Weise für den Frieden oder den weltweiten sozialen Ausgleich engagieren, kann diese bis zum 12. Dezember nominieren. Dazu sollten auch die Kontaktdaten der Nominierten und der Nominierenden und eine entsprechende Begründung geliefert werden. Ansprechpartnerin ist Monika Poppe-Albrecht in der Kurparkallee 2, 23843 Bad Oldesloe oder per Mail: [KV-Stormarn\[at\]spd.de](mailto:KV-Stormarn[at]spd.de).

Der Olof-Palme-Friedenspreis der SPD Stormarn wurde nach der Ermordung Olof Palmes am 28. Februar 1986 ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, erklärt mit Blick auf Debatten der jüngsten Zeit: „Gerade das Thema der Integration ist wieder auf die Tagesordnung gerückt. Der Friedenspreis der SPD Stormarn zeichnet immer wieder auch Menschen und Initiativen aus, die in diesem Bereich große Verdienste erworben haben. Das zeigt exemplarisch ein Blick auf die Preisträger 2010. Es gab und gibt in Stormarn zahlreiche Initiativen, kirchliche und nicht-kirchliche Gruppen und Personen, die sich um ein tolerantes und respektvolles Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kümmern.“ Wenn Deutschland in diesem Sinne weltoffen sei, sei „Multikulti“ nicht gescheitert, wie in den vergangenen Monaten des Öfteren behauptet. „Und das ist auch gut so!“

Ein fünfköpfiges Kuratorium wählt aus den eingegangenen Vorschlägen die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren. In den vergangenen Jahren wurden bereits über 140 Gruppen und Personen benannt, deren ehrenamtliche Tätigkeit sonst kaum öffentlich Erwähnung findet oder einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Der Preis, dotiert mit 1500 Euro, ist eine Anerkennung und Ehrung und soll damit zur Nachahmung und zum Weitermachen anregen. Preisträger 2010 waren der ehemalige Landtagsvizepräsident Alfred Schulz für sein Engagement für Flüchtlinge und Verfolgte, der Interkulturelle Gesprächskreis Stormarn an der VHS Ahrensburg und dessen Initiator Hans-Peter Weiß sowie das Spendenparlament Reinbek, vertreten durch dessen Vorsitzenden Dr. Wolfgang Walter.

Preisträger 2010, v.l.: Martin Habersaat, Dr. Wolfgang Walter, Cord Denker (Kuratoriumsmitglied), Alfred Schulz, Hans-Peter Weiß

28. Februar 2011 - 25. Todestag von Olof Palme

Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ist durch das Attentat am 28.02.1986 nicht nur

aus seinem Leben, sondern auch mitten aus seiner politischen Arbeit gerissen worden. Er hinterließ keine Memoiren und kaum systematische Schriften. Dennoch bleibt sein Lebenswerk bis heute unvergessen: So erneuerte und festigte der schwedische Sozialdemokrat das Modell des Dritten Weges in seinem Heimatland, wo der soziale Frieden gewahrt und die Arbeitslosigkeit im Hinblick auf andere Industriestaaten vergleichsweise niedrig ist.

Darüber hinaus war Palme weltpolitisch sehr aktiv, unter anderem als Mitglied der "Nord- Süd-Kommission" seines Freundes Willy Brandt, als Vorsitzender der "Palme- Kommission", die der UNO Abrüstungsvorschläge gemacht hat und als einer der vier Organisatoren der "Vier-Kontinente- Initiative", welche im Dezember 1985 einen Aufruf zum Stopp des Rüstungswettlaufes vorstellte. Für Verfolgte in Südafrika, Afghanistan und die Opfer vieler Diktaturen in der Dritten Welt, war Olof Palme mehr als nur ein Symbol für Solidarität.

In seiner Gedenkrede am 15. März 1986 sagte Willy Brandt, dass die Gemeinschaft der demokratischen Sozialisten und Sozialistinnen einen guten Freund verloren habe, „einen nimmermüden und höchst anregenden politischen Menschen, einen überragenden Genossen im Kampf um die Sicherung des Friedens, die Erweiterung der Möglichkeiten, unter denen die sozialen und individuellen Menschenrechte gedeihen können und um die Gewährung von mehr Gerechtigkeit, auch für jene Millionen Mitmenschen, die nicht genug zu essen haben in einer Welt, die alle ernähren könnte, wenn sie besser organisiert wäre.“ Olof Palme, ein Mensch, der für Solidarität, Gewaltverzicht, Versöhnung und vieles mehr stand, hinterließ, wie Willy Brandt schon bemerkte, ein wichtiges Erbe für die gesamte Menschheit.

Keine Kommentare

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 08.11.2010, 14:08 Uhr - 6343 Clicks - Nr. 1043

Anti-AKW auch in Glückstadt - Jusos Steinburg

Parallel zu den Großdemonstrationen im Wendland war die Anti-Atomkraftbewegung auch in Steinburg aktiv:

Der SPD-Jugendorganisation Jusos versorgte am verkaufsoffenen Sonntag in Glückstadt die Bürgerinnen und Bürger mit Informationen zum Thema erneuerbare Energien, sammelten über 100 Unterschriften für den Atomausstieg und rollten mit Schutzanzügen bekleidet Atommüllfässer durch die Innenstadt.

„Wir wollten die Steinburger Bürgerinnen und Bürger auch hier vor Ort für das Thema sensibilisieren, damit der Protest nicht nur abends auf der Mattscheibe ein Thema ist. Neben dem Kernkraftwerk Brokdorf befindet sich ebenfalls ein Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe. Da die Lösung der Endlagerfrage noch nicht einmal ansatzweise in Sicht ist und Schwarz-Gelb die AKWs deutlich länger am Netz lassen will, wird auch dieses Zwischenlager die nächsten Jahrzehnte wachsen – mitten in Steinburg!

Deshalb werden wir weiter für die Beibehaltung des Atomkonsens kämpfen, damit diese auf lange Sicht teuerste und gefährlichste Energiegewinnung bald Geschichte ist“, so der Juso-Kreisvorsitzende Arne Engelbrecht abschließend.

Mehr Informationen: www.jusos-steinburg.de

Keine Kommentare

Kieler SPD stellt wichtige kommunalpolitische Weichen!

Die Kieler SPD hat auf ihrem Kreisparteitag am 6. November 2010 wichtige kommunalpolitische Weichen gestellt und damit den Kurs für die nächsten Monate festgelegt.



- In einem Initiativantrag sprach sich der Parteitag einstimmig gegen die Zerschlagung des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Kiel aus. Dies bedeutet nicht nur den Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch die Aufhebung von Strukturen, die für die Sicherheit im Kanal und in der Schleuse wichtig sind. Die von der Bundesregierung angekündigte Reform der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sieht die SPD mit großer Sorge und steht an der Seite der Kieler Beschäftigten.

- Ein zentraler Schwerpunkt der Beratungen war die kommunale Energiepolitik. Die Kieler SPD spricht ganz eindeutig gegen Atomenergie und Kohlekraftwerke aus. Wir setzen auf regenerative Energie und aufs Energiesparen. Für Kiel können wir uns, der Empfehlung der Gutachter folgend, den Bau eines Gaskraftwerkes, den Ausbau der Fernwärme und den Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung vorstellen. Die SPD beginnt eine Reihe von Info-Veranstaltungen in der Partei, um im ersten Quartal 2011 auf einem Kreisparteitag über die zukünftige Energieerzeugung und Versorgung der Stadt zu entscheiden.

Prominenter Gast des Parteitages war der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion MdB Thomas Oppermann, der in einem Referat zur Bundespolitik auch die Energiedebatte ansprach. Er warf der Bundesregierung vor, sich mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten an die Atomindustrie verkauft zu haben und verwies auf die noch immer ungeklärte Entsorgungsfrage des Atommülls. Der Partei unterstützt die friedlichen Demonstrationen in Gorleben.

- Der Parteitag markiert zudem den Beginn einer kulturpolitischen Debatte, die im Frühjahr 2011 mit einem großen „Kulturparteitag“ abgeschlossen wird. Bis zum Februar des kommenden Jahres wird das „Kulturforum Kiel der Sozialdemokratie“ kulturpolitische Eckpunkte vorlegen. Ziel der Kieler SPD ist es, die aktuelle Kulturlandschaft Kiels zu sichern und ggf. im Dialog mit den Beteiligten zu reformieren. Politisches Ziel unseres „SPD-Kulturforums“ ist der Erhalt der fünf Sparten am Theater sowie der Stadtgalerie und des Kulturforums. Kiel muss ein noch stärkeres Bewusstsein als Landes-Kultur-Hauptstadt entwickeln.

- Unter dem Titel „Bildung in der Kommune“ legt die SPD eine EntschlieÙung vor, die sich mit der Entwicklung von Schule und Hochschule befasst. Wir werden in den kommenden Monaten ein „kommunales Netzwerk für Bildung“ knüpfen, in dem die neuen Strukturen diskutiert werden. Ziel ist es ein „Kommunales Bildungsbüro“ zu etablieren, in dem kontinuierlich Bildungsberatung angeboten wird. Zudem soll über die Veränderung von Verwaltungsstrukturen und den Aufbau eines neuen Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene gesprochen werden. Die Kieler SPD hält an den Gemeinschaftsschulen fest und unterstützt die landesweit angelaufene Elterninitiative mit der Zielsetzung eines „Schulfriedens“ in Schleswig-Holstein. Wir wollen keine Reform der Reform, wie sie

Bildungsminister Klug exekutieren will.

- Den Antrag der Jusos, das Fach LER (Lebenskunde, Ethik, Religionskunde) einzuführen wurde heftig diskutiert. Der Parteitag entschied letztlich, dass sich die verschiedenen Akteure, d.h. die Jusos, der SPD-Arbeitskreis „SPD und Kirchen“, der Kreisvorstand sowie interessierte Mitglieder, zusammensetzen und ein Konzeptpapier erarbeiten sollen.

- Der Antrag des OV Holtenau, den Kreisparteitagsbeschluss zur Verlängerung der Landebahn des Flughafens Holtenau vom 16.10.2001, aufzuheben, wurde einstimmig angenommen. Damit ist auch formal und endgültig die Beschlusslage zu Holtenau aufgehoben und der Weg frei für eine neue Nutzung des Geländes.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 09.11.2010, 14:15 Uhr - 9381 Clicks - Nr. 1045

Projekt „Dreibein“ zur Vermeidung von Wildunfällen

Anna Wehner lässt nicht locker – Das Projekt „Dreibein“ zur Vermeidung von Wildunfällen kommt wieder auf die Tagesordnung.

Mit der Ablehnung des „Projektes Dreibein“ zur Verhinderung von Wildunfällen durch die Vertreter von CDU, FDP und KWgP in den zuständigen Ausschüssen wird sich die SPD nicht abfinden. Auf Antrag der SPD wird sich auch der Umweltausschuss am 25. Nov. erneut mit dem Projekt befassen.



Für Anna Wehner, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, ist es völlig unverständlich, das lediglich eine Informationsveranstaltung über Anwendungsmöglichkeit im Kreis auf Ablehnung stieß. „Offensichtlich“ –so Anna Wehner- „haben sich die Vertreter der „Ablehnungsfront“ fachlich mit dem Projekt nicht auseinandergesetzt“. Das will Wehner mit der erneuten Antragstellung ändern.

Zur Vorbereitung die Sitzung verweist sie auf das Internet. Dort könne sich jeder Interessierte darüber Informieren, wie Wildunfälle mit einfachen Mitteln und geringen Kosten reduziert werden können. Wehner ist davon überzeugt, dass mit den einfachen signalrot gestrichenen Warnzeichen aus Holz Unfälle, die Menschenleben gefährden, vermieden werden können,

Das Argument gegen den SPD-Vorschlag, man wolle ein ähnliches Projekt des ADAC abwarten, lässt Wehner nicht gelten. Dieses Projekt sei in der Erprobungsphase an einer Bundesstraße. Es soll Autofahrer darauf hinweisen, dass ein Tier die Straße an einer Lücke des mit Wildzäunen gesicherten Straßenabschnittes überqueren will. Das lobenswerte Projekt – so Anna Wehner - sei keine Ausrede das Projekt „Dreibein“ von der Tagesordnung zu nehmen. Das Zeichen „Dreibein“ soll an allen gefährdeten Straßenabschnitten aufgestellt werden und nicht nur an hoch gefährdeten Stellen.

Sollte – was Wehner nicht hofft - ihr Vorstoß wieder im Ausschuss abgelehnt werden, würde die SPD den Antrag im Kreistag stellen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 09.11.2010, 16:50 Uhr - 2864 Clicks - Nr. 1046

Einweihung der Infotafel an Kriegsgräberstätte

Im Zuge des Volkstrauertages am 14. November 2010 soll die neue Infotafel an der Kriegsgräberstätte im Osterrönnfelder Schäferkatenweg eingeweiht werden. Die dort bisher fehlenden Hintergrundinformationen zu der Kriegsgräberstätte hatte die SPD Osterrönnfeld zum Anlass genommen, der Osterrönnfelder Gemeindevertretung vorzuschlagen, eine Infotafel für die Kriegsgräberstätte im Zuge eines Schulprojektes zu erstellen. Dieser Antrag wurde überfraktionell und einstimmig angenommen.



In einjähriger intensiver Rechercharbeit haben Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Schacht-Audorf gemeinsam mit ihrer Lehrerin, Frauke Rittscher, viele Informationen zu der Kriegsgräberstätte zusammengetragen und in hervorragender Weise in ihrer Freizeit aufgearbeitet. „Was die Schüler dort geleistet haben, kann sich wirklich sehen lassen. Die Recherchen und Ausarbeitungen sind hoch professionell und helfen, eines der dunkelsten Kapitel der Osterrönnfelder Geschichte aufzuarbeiten“, so der Gemeindevertreter, Jan-Niklas Potten, der dieses Projekt initiiert hatte.

Das aus den Recherchen hervorgegangene Infoheft haben die Schülerinnen und Schüler nun für die Verwendung in der neuen Infotafel aufbereitet, die im Anschluss an den Gottesdienst am Volkstrauertag im Schäferkatenweg eingeweiht werden soll. Alle Osterrönnfelderinnen und Osterrönnfelder sind hierzu recht herzlich eingeladen. Der Gottesdienst in der St. Michaelis Kirche findet um 10:00 Uhr statt, im Anschluss folgen die Kranzniederlegungen und die Einweihung der Infotafel.

Interessierte können sich bereits jetzt das Infoheft als Kopie im Bürgerbüro der Osterrönnfelder Amtsverwaltung aushändigen lassen.

Keine Kommentare

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 09.11.2010, 17:51 Uhr - 2308 Clicks - Nr. 1047

Verwaltungsleitung bei Simon Faber in den besseren Händen

Zu diesem Ergebnis kam der Vorstand des SPD-Ortsvereins Flensburg-Nord in seiner Sitzung am letzten Donnerstag. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Ergebnis des 1. Durchgangs der Oberbürgermeisterwahl, mit dem die Genossinnen und Genossen im Flensburger Norden aus zwei Gründen absolut nicht zufrieden sind: Zum einen kam der eindeutig beste Kandidat Thede Boysen nicht in die Stichwahl, zum anderen ist da noch die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung.

Bei der Stichwahl am 21. November können die Flensburgerinnen und Flensburger zeigen, dass es ihnen nicht egal ist, wer in ihrem Rathaus auf dem OB-Stuhl sitzt. Deshalb der Appell an alle wahlberechtigten Mitbürgerinnen und Mitbürger: Gehen Sie zur Wahl !

Ohne die Souveränität der Flensburger Wählerschaft bei ihrer Entscheidungsfindung auch nur

im geringsten in Frage stellen zu wollen, erlaubt sich der Ortsvereinsvorstand doch eine politische Bewertung: Beim Vergleich der Kandidatenprofile und der im Wahlkampf angesprochenen Politikschwerpunkte zeigen sich bei Thede Boysen und Simon Faber die meisten Übereinstimmungen. Bei der Stichwahl am 21. November zwischen Elfi Heesch und Simon Faber ist deshalb aus der Sicht der SPD Ortsvereinsvorstands Flensburg-Nord Simon Faber der geeignetere Kandidat, vor allem im Hinblick auf die soziale und kulturelle Vielfalt des Stadtteils.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 10.11.2010, 11:36 Uhr - 8087 Clicks - Nr. 1048

Große Übereinstimmung bei Haushaltsvorschlägen der Opposition

Zur den Änderungsanträgen und der Resolution von Bündnis 90/Die Grünen zum Landeshaushalt erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Die Haushaltsanträge der Grünen zeigen, dass es innerhalb der Opposition große Einigkeit über Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes und zur Schaffung von Gestaltungsspielräumen gibt. Wir finden in den Anträgen und der Resolution vieles von dem wieder, was auch in unserem Konsolidierungskonzept enthalten ist. Die SPD-Landtagsfraktion wird nach ihrer Haushaltsklausur Ende November eigene Änderungsanträge vorlegen



Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 10.11.2010, 15:28 Uhr - 3487 Clicks - Nr. 1049

Resolution zu den geplanten Änderungen im Schulgesetz

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg

Mit einer Resolution, die der Kreistag in seiner nächsten Sitzung am 09.12.2010 verabschieden soll, will die SPD-Kreistagsfraktion ein klares Signal Richtung Landesregierung und Landtag senden, die geplanten Änderungen im Schleswig-Holsteinischen Schulgesetz nicht vorzunehmen.



Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion Gitta Neemann-Güntner: „Es ist erschreckend und richtig zugleich, wie viel Protest die geplante Schulgesetzänderung in der Bevölkerung hervorruft. Seit Monaten wenden sich sowohl Kommunen als Schulträger von Lehrerverbänden, als auch Eltern und Schülerinnen und Schüler gegen die geplanten anarchonistischen Änderungen im Schulgesetz. Einen solchen Rückschritt kann sich das Land nicht leisten. Mit einer Resolution, die in der Kreistagssitzung am 09.12.2010 verabschiedet werden soll, erreichen wir noch planmäßig die Beratungen im Landtag, die in der darauffolgenden Woche erfolgen. Auch innerhalb der CDU werden die kritischen Stimmen immer lauter, doch Minister Klug schenkt Kritikern kein Gehör. Mit seiner Strategie „Verordnen statt Verhandeln“ stört er den seit vielen Jahren praktizierten Stil des wechselseitigen Austausches und stiftet damit sozialen Unfrieden in der Bildungslandschaft Schleswig-Holsteins.“

Gitta Neemann-Güntner: „Mit dieser Resolution wollen wir uns klar im Interesse der

Schulträger und Eltern und Kinder positionieren. Das 2007 verabschiedete Schulgesetz hat bei den Eltern, Lehrern und Schülern eine hohe Akzeptanz, diese warnen unisono vor einer erneuten Änderung des Gesetzes. Die jetzt geplanten Änderungen führen zu einem bildungspolitischen Fiasko.“

Neemann-Güntner weiter: „Wir glauben, dass die vorgelegte Resolution Aussicht hat, eine Mehrheit im Kreistag zu erhalten. In der CDU gibt es mit dem Kreispräsidenten einen Bildungspolitiker, der in der Vergangenheit sehr wohl gezeigt hat, dass er bildungspolitisch die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich durchaus von der Parteilinie abgewendet hat. Die Landesregierung wäre gut beraten, noch einmal in sich zu gehen und die Kritik aller Beteiligten vom Städtetag über Gemeindetag, über Eltern- und Schülervvertretung ernst zu nehmen.“

Download: [Resolution](#)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 11.11.2010, 00:00 Uhr - 3441 Clicks - Nr. 1050

Kleine Kinos – große Filme: In Schleswig Holstein bald Vergangenheit?

Zur Digitalisierung der Kinos in Schleswig-Holstein erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Die Digitalisierung vor allem kleiner und nicht kommerziell ausgerichteter Filmspielstätten ist eine kulturelle Herausforderung auch für das Land Schleswig-Holstein. Viele dieser Kinos können die Umstellung auf die fortschreitende Digitaltechnik nicht aus eigener Kraft realisieren, denn sie ist sehr kostenintensiv. Es wird aber künftig nur noch digitale Kinofilme geben, deshalb sind die kleinen Kinos mittelfristig in ihrer Existenz bedroht.

Bei Gesamtkosten von 70.000 Euro pro Leinwand ist die Umrüstung für kleinere und speziell Programmkinos kaum zu finanzieren. Obwohl die Landesregierung die Notwendigkeit der Digitalisierung anerkennt, gibt es bisher jedoch keine finanzielle Unterstützung seitens des Landes für diese Kinos, damit sie die Umstellung schultern können. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage hervor.

Wir sehen daher die Notwendigkeit, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch Schleswig-Holstein in den Genuss des vom Bund geplanten Förderprogramms kommt.

Werden die Kinos nicht unterstützt, werden vor allem kleinere und Programmkinos in ihrer Existenz gefährdet. Das bedroht die Kinovielfalt in Schleswig-Holstein. Gerade diese Kinos leisten aber einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Grundversorgung auch im kommunalen Bereich. Sie dürfen mit dem Problem der Umstellung auf digitale Projektionstechnik nicht alleine gelassen werden."

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 11.11.2010, 09:18 Uhr - 60523 Clicks - Nr. 1051

Genossenschaften - Moderne Gemeinschaftsunternehmen der Zukunft?

ABGESAGT!! Sind Genossenschaften die modernen Gemeinschaftsunternehmen der Zukunft, die sich damit dem reinen Profitdenken von Kapitalgesellschaften entgegenstellen? Kann die Stärkung des Genossenschaftsgedankens in Zukunft ein Gemeinschaftsmodell sein, um die Bürgerinnen und Bürger in Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zu stärken?

Der Arbeitskreis „Ideenwerkstatt – Nachhaltige Wirtschaftspolitik“ des Landesvorstandes und der Arbeitskreis Wirtschaft der SPD Landtagsfraktion lädt ein zum SPD-Genossenschaftstag am 20. November, 11 bis 15.30 Uhr, ins Landeshaus.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 11.11.2010, 17:40 Uhr - 2824 Clicks - Nr. 1052

Osterrönfelder Hobbymarkt 2010

Am kommenden Samstag, den 13.11.2010, findet von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr der traditionelle Osterrönfelder Hobbymarkt des SPD-Ortsvereins im Bürgerzentrum „Alter Bahnhof“ statt. Hobbyhandwerker und –bastler der Region stellen das eigene Handwerk vor und bieten eigene Werke zum Verkauf an. Bereits vor Beginn der Veranstaltung können die Organisatoren einen Anmelderekord verzeichnen.

So haben sich so viele Aussteller angekündigt, wie noch nie zuvor. Das zusätzliche und reichhaltige Kuchen- und Kaffeeangebot für Besucher rundet das Angebot des Hobbymarktes ab. Die hieraus erzielten Gewinne werden an das Jugendzentrum Osterrönfeld gespendet.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.11.2010, 18:26 Uhr - 3662 Clicks - Nr. 1053

Wer wird's? Die SPD findet ihren Spitzenkandidaten

In allen Kreisen und kreisfreien Städten stellen sich mit Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Mathias Stein die vier Bewerber um die SPD-Spitzendkandidatur bei der nächsten Landtagswahl vor. Am 10. Januar 2010 ist Stormarn dran, um 19.30 Uhr wird es im Ahrensburger Alfred-Rust-Saal losgehen, Einlass ist ab 19.00 Uhr.



Martin Habersaat,

Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn: „Die SPD hat ein transparentes und demokratisches Verfahren zur Bestimmung der Spitzenkandidatur entwickelt. Dass es ein Erfolg wird, hat sich bei der ersten Runde in Pinneberg gezeigt.“

Im Internet kann man alle Vorstellungsrunden über www.spd-sh.de live verfolgen.

Einen Link zur Aufzeichnung der ersten Runde in Pinneberg haben die Stormarner Sozialdemokraten auf ihrer Seite

www.spd-stormarn.de eingestellt.

Durch den Abend führen wird die Journalistin und Moderatorin Christiane Harthun-Kollbaum, die vor ihrer freiberuflichen Tätigkeit Erfahrungen in der Verlagsarbeit ebenso wie bei Fernsehproduktionen gesammelt hat und zehn Jahre als Pressereferentin im Deutschen Bundestag arbeitete. Habersaat: „Wir sind uns mit den Kandidaten einig, dass der Moderatorin

eine starke Rolle zukommen muss, um einen spannenden Abends zu gestalten. Dass alle vier jeweils nacheinander einen Fragenkatalog abarbeiten, entspricht nicht unseren Vorstellungen. Der Kreisvorstand bereitet Fragen zur Landespolitik vor, die aus Stormarner Perspektive besonders interessant sind. Auch alle Gäste werden Fragen an die Kandidaten auf Karteikarten schreiben oder sie per Wortmeldung selbst stellen können. Für Schwerpunktsetzungen und kritische Nachfragen sorgt Christiane Harthun-Kollbaum. "

Über 400 Interessierte hatten sich zur ersten Vorstellungsrunde in Pinneberg eingefunden, um die vier Kandidaten persönlich zu erleben. Darunter waren auch mehr als 100 Nicht-SPD-Mitglieder. Habersaat: „Alle Vorstellungsrunden sind öffentlich. Wer allerdings am Ende mitentscheiden will, wer es denn wird, der muss bis zum 14. Januar 2011 in die Partei eintreten.“ Dann könne man als LANDTAGSWAHLGWINNERBESTIMMER vorab über den nächsten Ministerpräsidenten entscheiden, fügt er augenzwinkernd hinzu. Über die Spitzenkandidatur entscheiden alle SPD-Mitglieder per Briefwahl im Februar 2011.

Und wann findet die Landtagswahl statt? Das Landesverfassungsgericht hat eine vorgezogene Neuwahl spätestens im September 2012 angeordnet. Martin Habersaat glaubt, dass es schneller gehen wird: „Wenn sich der Landtag, und danach sieht es aus, bis zum März 2011 auf ein neues Wahlgesetz geeinigt hat, gibt es keinen Grund, warum man dann noch eineinhalb Jahre warten muss.“ CDU und FDP würden nicht erklären können, warum sie 2009 aufgrund guter Umfragewerte eine Neuwahl binnen 40 Tagen herbeiführen konnten, dies nun aber bei für sie schlechten Umfragewerten nicht möglich sei...

Foto: Torsten Albig, Dr. Brigitte Fronzek, Dr. Ralf Stegner, Mathias Stein

Die Veranstaltung am 10. Januar wird folgende Blöcke enthalten:

- Begrüßung durch die Kreisvorsitzenden
- Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten
- Vorstellungsreden von etwa 10 Minuten
- Beantwortung von Fragen des Publikums
- Schlussstatement der Kandidaten max. drei Minuten
- Schlusswort der Kreisvorsitzenden

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 11.11.2010, 18:56 Uhr - 2616 Clicks - Nr. 1054

Lebhafter Diskussionstreff 60plus

Bürgerhaus Glinde - 30 Gäste hatten sich zu einem Nachmittag bei Kaffee und Kuchen bei dem von Marietta Exner organisierten Diskussionstreff 60plus eingefunden. Als Diskussionspartner war Martin Habersaat eingeladen, SPD-Kreisvorsitzender und seit einem Jahr Mitglied des Landtages. Weil das Thema Bildung bei den letzten Besuchen Habersaats im Mittelpunkt stand, hatte man sich für dieses Mal andere Schwerpunkte vorgenommen. Eigentlich - dazu später mehr.



Martin Habersaat berichtete zunächst aus seinem Zuständigkeitsbereich für die Metropolregion Hamburg. Sozialdemokraten aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben

kürzlich einen „Metropolrat“ gegründet, um die Metropolregion politisch zu begleiten und ihr mehr „Leben“ zu verleihen. Habersaat, der auch Mitglied in der Enquete-Kommission des Landtages „Norddeutsche Kooperation“ ist: „Einen Nordstaat wird es in den nächsten Jahren nicht geben. Wir brauchen aber mehr Dialog und Kooperation in Norddeutschland. Dafür spielen bestehende Strukturen wie die Metropolregion Hamburg eine wichtige Rolle.“

Im Folgenden berichtete der Abgeordnete über die bevorstehende Landtagswahl. Er erläuterte das Urteil des Landesverfassungsgerichts, das ein neues Wahlgesetz bis Mai 2011 und eine Neuwahl bis September 2012 notwendig macht. Habersaat selbst glaubt, dass eine Neuwahl nach dem Zustandekommen eines neuen Wahlgesetzes nicht so lange auf sich warten lassen wird. An dieser Stelle konnte er sich den ersten Exkurs zur Bildungspolitik nicht verkneifen: „Unser Bildungsminister weiß, dass er nur noch übergangsweise an der Macht ist. In dieser Situation sollte er darauf verzichten, an den Schulen mit einem neuen Schulgesetz für Unruhe zu sorgen!“

Schließlich berichtete Habersaat auch von den Diskussionen zur Integration, ausgelöst durch das Buch Thilo Sarrazins. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion über Deutschland als Einwanderungsland, die Pflichten von Einwanderern und das Recht des Gastlandes, beispielsweise das Erlernen der örtlichen Sprache zu erwarten. Und plötzlich war man doch mitten in einer bildungspolitischen Diskussion. Marietta Exner betonte die Bedeutung des Kindergartens gerade für Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen. Über Kindergärten und Schulen könne man zudem auch die Eltern erreichen. Und Martin Habersaat berichtete von seiner Erfahrungen als Lehrer in Hamburg mit Klassen, in denen 80% der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund hatten. Habersaat: „Ein türkisches Mädchen, das Abitur macht und Anwältin wird, hilft als Vorbild für Nachfolgende viel mehr als manche andere Maßnahme, die wir uns ausdenken.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.11.2010, 11:20 Uhr - 1070 Clicks - Nr. 1055

Abfallrecht: Nicht das Rad der Zeit zurückdrehen!

Zur Entschließung zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes in der Sitzung der Ratsversammlung am 18.11.2010 erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Mit der Entschließung zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes wehren sich SPD, GRÜNE und SSW dagegen, dass die Bundesregierung das Rad der Zeit in der Abfallpolitik zurückdrehen und allen Kommunen die Liberalisierung der Müllabfuhr verordnen will. Schließlich war es die Landeshauptstadt Kiel, die im Jahr 2009 erfolgreich vor dem Bundesverwaltungsgericht erstritten hat, dass Abfälle aus privaten Haushalten der Stadt zu überlassen sind. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft, die auch den Belangen der Ökologie, der öffentlichen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung Rechnung trägt. Diese Überlassungspflicht darf nicht ausgehöhlt werden. Der gewerblich betriebene Aufbau von Wertstoffsammlungen – parallel zu der kommunalen Wertstoffsammlung – soll nun wieder nahezu unbeschränkt ermöglicht und der Stadt Kiel jegliche Steuerungsmöglichkeit entzogen werden. Erlöse aus gewerblichen Abfallsammlungen kommen ausschließlich privaten Entsorgungsunternehmen zugute, fehlen dafür aber im Gebührenhaushalt der städtischen Müllabfuhr und sorgen für Gebührensteigerungen. Die Kielerinnen und Kieler würden den Preis einer solchen verfehlten Abfallpolitik der

Bundesregierung über höhere Gebühren zu bezahlen haben! Der „Kampf ums Altpapier“ hat gezeigt, dass ein unkontrollierter Wettbewerb um Wertstoffe aus Privathaushalten den öffentlichen Straßenraum mit uneinheitlichen Sammelbehältern beeinträchtigt und die Anwohner mit zusätzlichen Abholfahrten belastet. Wohngebiete dürfen nicht zu Wettkampfarenen privater Entsorgungsunternehmen werden.

Mit ihrem Vorschlag für ein liberalisiertes und zentralistisches Abfallrecht will die Bundesregierung langfristige Investitionen der Stadt Kiel entwerten und sowohl dem städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb als auch dem Kieler Müllheizkraftwerk, an welchem die Stadt beteiligt ist, Abfälle entziehen. SPD, GRÜNE und SSW protestieren gegen diese kommunalfeindliche und gegen die Interessen der Kielerinnen und Kieler gerichtete Abfallpolitik."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.11.2010, 15:01 Uhr - 1218 Clicks - Nr. 1056

Rot-Grün-SSW sehen sich im Ausbau von Ganztagschulen bestätigt!

Zum Ausbau von Ganztagschulen erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kirsten Wegner, und Antje Danker (SSW):

„Die bundesweite Studie vom Bildungsministerium in Berlin macht deutlich, dass sich der von SPD, Grünen und dem SSW in Kiel geförderte Ausbau von Ganztagschulen positiv auf die Lernfreude und Hilfsbereitschaft von Kindern auswirkt. Es hat sich aber auch gezeigt, dass insbesondere die Qualität des Angebots entscheidend für den Erfolg von Ganztagschulen ist. SPD, Grüne und SSW setzen sich genau aus diesem Grund dafür ein, dass mehr Schulsozialarbeiter an die Schulen kommen.

Auch muss es gelingen, dass Kinder aus Migranten- und schlechter gestellten Familien das Ganztagesangebot häufiger wahrnehmen und in dieses besser integriert werden. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit verschiedenen sozialen Einrichtungen notwendig. Außerschulische Kooperationspartner helfen mit, das Lernen in der Ganztagschule zu bereichern und geben sowohl Schülern als auch dem Lehrerkollegium neue Impulse. Daher haben SPD, Grüne und der SSW im letzten Jahr mit dem Antrag „Bildungsregion Kiel“ beschlossen, die Potentiale von Kindern und Jugendlichen durch die verstärkte Zusammenarbeit von Land, Schulen und kommunaler Jugendhilfe zu fördern und werden weiter kontinuierlich die Zahl der SchulsozialarbeiterInnen an Kiels Schulen erhöhen.“

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 13.11.2010, 09:36 Uhr - 2010 Clicks - Nr. 1057

Kreistag 11.11.

Rede von Arnold Wilken, dem Vorsitzenden der SPD Kreistagsfraktion Segeberg im Segeberger Kreistag am 11. November 2010

Herr Kreistagsvorsitzender,

sehr geehrte Frau Landrätin, sehr geehrte Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Pressevertreter

Ich will für die SPD gern zum TOP 3.2 Haushaltskonsolidierung sprechen.

Zunächst einige Worte zur Erinnerung.

1. Am 17.06.2010 legte die Kreisverwaltung den Gremien des Kreistages, wie von der Politik gewünscht, eine Übersicht über Einnahmeverbesserungen und Ausgabenreduzierungen vor. Die SPD bedankt sich für diese Beratungsgrundlage

2. Am 26.06.2010 wurden die Verwaltungsvorschläge im Hauptausschuss in einer nicht öffentlichen Sitzung beraten. Die SPD hat einer Reihe der Verwaltungsvorschläge zugestimmt. Die CDU dagegen hat diese Anträge, die die Kommunen und die Menschen belasten sollten, in schlimmster Weise verändert. Die SPD, FDP, GRÜNE und LINKE haben dagegen gehalten.

3. Die SPD hat in einer Reihe von Presseerklärungen ihren Standpunkt dargestellt und dabei energisch darauf hingewiesen, dass eine Erhöhung der Kreisumlage um mehr als 1,5% nicht mitgetragen wird. Alle Kürzungsvorschläge im Bereich der Bildung, Jugendförderung, bei den Musikschulen, der sportlichen Jugendarbeit, der Volkshochschulen und der Fahrbüchereien wurden zurückgewiesen. Die Streichungen im Sozialbereich, insbesondere bei der einkommensunabhängigen Geschwisterermäßigung in Tageseinrichtungen und Tagespflege hat die SPD abgelehnt. Die SPD hat die Schaffung einer neuen Sozialstaffel gefordert.

4. Der Zorn der Wählerinnen und Wähler erreichte die CDU und hatte Wirkung mit der Folge, dass die Christdemokraten sich weigerten in den öffentlichen Kreistagssitzungen im Juli und im September 2010 ihre Anträge zu begründen und zu beschließen. Die CDU beschränkte sich auf Beschimpfungen einzelner Mitarbeiter in der Kreisverwaltung. So zuletzt besonders heftig in der Hauptausschusssitzung am 28.10.2010.

Und nun zur Haushaltskonsolidierung

Konsolidierung heißt: Den Bestand der Kreises Segeberg mit seinem Budget und mit einem ausreichenden Personalstand in den einzelnen Ämtern zu sichern, damit der Kreis Segeberg die gesetzlich geregelten Aufgaben und die freiwilligen Aufgaben als Präventivmaßnahmen zweckmäßig und wirtschaftlich erledigen kann.

Die Kreistage haben schon in den letzten Jahren ständig Sparbeschlüsse gefasst. Mit der SPD geht es im Jugend-, Familien- und Sozialbereich nicht mehr so weiter. Mit der SPD können erst dann, wenn das Land Schleswig-Holstein die Fülle der gesetzlichen Aufgaben reduziert hat, weitere Sparmaßnahmen vereinbart werden.

Ich verweise auf die letzten Anträge der SPD vom 06.11.2010.

Die SPD hat inzwischen Gespräche mit den Verbänden, Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern geführt, die von den schlimmsten CDU-Sparideen getroffen werden sollten, Der Zorn nahm zu. Heute nun rückt die CDU nach den Pressemitteilungen von ihren Verirrungen ab. Die CDU rudert trotz einer katastrophalen

hohen Neuverschuldung in den nächsten Jahren zurück. In der Presse erweckt der Fraktionsvorsitzende der CDU den Eindruck, sie würde von den Verwaltungsvorschlägen abrücken. Herr Dingeldein, richtig ist, dass sie ihrer eigenen zusätzlichen Maximaleinschnitte korrigieren, die sie am 26.06.2010 im Hauptausschuss beantragt und beschlossen haben.

CDU Konferenz kritisiert Landrätin und Verwaltung

"dass, was vom Kreis kommt, taugt niemals etwas."

Die SPD weist diese unsachliche Kritik zurück und stellt fest, dass die Kernverwaltung unter der Leitung der Landrätin eine gute Arbeit leistet. Regelmäßig und zeitnah wird in den Fachausschüssen und im Hauptausschuss berichtet.

Am 09.11.2010 stellten Landrätin und der Fachdienst Steuerung und Finanzen die Entwicklung der Finanzen des Kreises unter Berücksichtigung der Steuerschätzung November 2010 und des Erlasses des Finanzministers des Landes – dieser war wenige Stunden vorher in der Verwaltung eingegangen – vor.

Wir wurden auch darüber informiert, dass das Vermögen des Kreises Segeberg schon im Jahre 2011 aufgezehrt ist und dass der Finanzminister für das Jahr 2011 noch einen neuen Haushaltserlass liefern will. Dabei wurde unterstrichen, dass z.Zt. die Höhe der Schlüsselzuweisung noch nicht berechnet werden kann.

Dies ist nur ein positives Beispiel der guten Verwaltungsarbeit.

Die SPD fordert sie auf, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung nicht weiter zu beschimpfen und zu demotivieren. Meine Kolleginnen und Kollegen werden sich zu denjenigen Anträgen zu Wort melden, die für die SPD und die Bürger und Bürgerinnen von Bedeutung sind.

Arnold Wilken

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.11.2010, 16:12 Uhr - 5873 Clicks - Nr. 1058

Volksinitiative Schulfrieden auf dem Südermarkt!

Verlässlichkeit in der Schule, inhaltliche Arbeit statt ständiger Strukturedebatten. Das will die "Eltern- und Volksinitiative Schulfrieden Schleswig-Holstein".

Unterstützt von drei Landtagsfraktionsvorsitzenden (Ralf Stegner, Robert Habeck, Anke Spoorendonk) sowie von Helmut Trost und Christian Reimer aus dem SPD-Kreisvorstand sammelte sie jetzt auf dem Südermarkt Unterschriften.



Die Initiatoren dieser Initiative sind Eltern aus Schleswig-Holstein und haben sich in den letzten Jahren im Bereich der Grund- und Gemeinschaftsschulen für die Interessen der Eltern eingesetzt und dazu beigetragen, den Eltrnwillen hörbar zu machen.

Sie wollen Klarheit in den Schulstrukturen. Bei der geplanten Schulgesetzveränderung sehen sie die Verlässlichkeit stark gefährdet: "Wir Eltern möchten uns gerne wieder in Ruhe um inhaltliche Dinge in den Schulen kümmern und nicht alle 2-3 Jahre immer neue Strukturdebatten führen", heißt es in dem während der Unterschriftensammlung verteilten Flugblatt.

Weitere Infos unter: [Schulfrieden - SH](#)

Keine Kommentare

[SPD-Schenefeld](#) - veröffentlicht am 13.11.2010, 17:14 Uhr - 5817 Clicks - Nr. 1059

Auf ein Wort: Neue Wählergemeinschaft in Schenefeld startet mit Ungereimtheiten

Haben Sie am Montag, 08. November 2010, den Artikel „Handeln ohne Fraktionszwang“ auf der Seite 11 der Norddeutschen Rundschau gelesen?

Waren Sie genauso erstaunt wie ich?

Da wird doch von Jens Polster, dem Diskussionsleiter eines Informationsabends, der vor Kurzem in Schenefeld stattgefunden hatte, allen Ernstes als Ziel der neuen, noch zu gründenden Wählergemeinschaft genannt: „Wir möchten parteiunabhängig sein, um wirklich für die Schenefelder Bürger hier vor Ort etwas Sinnvolles tun zu können.“ (Ende des Zitats).

Als wenn das in der Zeit, als die in dem Artikel genannten Akteure noch Mitglieder der SPD waren, nicht möglich gewesen sein soll!

Haben die ehemaligen Genossinnen und Genossen bisher nichts Sinnvolles in Schenefeld geleistet?

Mir ist nun wirklich nicht erinnerlich - zumindest, was die Zeit angeht, seitdem ich Mitglied der SPD-Fraktion der Schenefelder Gemeindevertretung bin - dass die Landes- oder Bundes-SPD jemals direkt irgendeinen Einfluss auf die Arbeit, geschweige denn, Beschlüsse der örtlichen Genossinnen und Genossen genommen hätte.

Auch hat es niemals in meiner Zeit einen „Fraktionszwang“ gegeben, so wie er weiter in dem Artikel nach der Aussage von Jens Polster suggeriert wird:

„ganz nach dem Slogan der Wählergemeinschaft: nachhaltig, sachkompetent, bürgernah und ohne Fraktionszwang.“

Und hier macht er sich nun wirklich unglaublich: Jens Polster war über sehr viele Jahre Fraktionsvorsitzender der SPD in der Gemeindevertretung, bis zu seinem Ausscheiden aus der SPD-Fraktion! Wenn es denn einen „Fraktionszwang“ gegeben haben sollte, dann wäre er doch wohl selbst dafür verantwortlich gewesen!



Mal sehen, was noch so alles auf uns Schenefelder zukommt, wenn erst die Wählergemeinschaft im Januar gegründet ist!
Glaubwürdigkeit ist für mich etwas Anderes!

Wir Genossinnen und Genossen der Schenefelder SPD werden ein wachsames Auge auf die Wählergemeinschaft haben!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Hass

Ortsvereinsvorsitzender und stellv. Fraktionsvorsitzender

Kommentar von [Hans-Joachim Giessmann](#) vom 17.11.2010, 08:37 Uhr:

Einigeln bringt Nichts

Das "Robin Hood" Image - wir einzig Aufrechten und Ehrlichen, "für das Volk" und frei von Zwang "gegen die Etablierten" - erscheint nur auf den ersten Blick attraktiv und ist doch arg durchschaubar. Wer sich einerseits auf die Überwindung von selbst mitverschuldetem Vergangenen beruft und dabei zugleich die eigene Verantwortung verschweigt, rebelliert zunächst einmal nur gegen sich selbst. Das muss Jede und Jeder vor allem mit sich selbst ausmachen. Wie aber soll Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern gerechtfertigt sein, wenn nur die Jacke gewechselt wird, sie aber nicht gereinigt wird. Das Ganze erinnert an des Kaisers neue Kleider. Was wird eigentlich anders sein, erheben dieselben Leute Anspruch auf einen Sitz in der Gemeindevertretung, die bisher (nur in anderer Kleidung) schon Verantwortung trugen? Ein Neuanfang wird suggeriert, der keiner ist! Und eigentlich, um im Bild zu bleiben, steht der Kaiser schon jetzt ohne Kleider da, da nicht zu erkennen ist, wofür er eigentlich steht. Reinigung ist gewiss anstrengender als Jacke oder Hemd zu wechseln - das erlebt die SPD im Augenblick durchaus selbst - es ist aber jedenfalls ehrlicher, als nur die Fassade zu wechseln. Den Wählerinnen und Wählern sollte erklärt werden, was künftig genau anders gemacht werden soll, als zuvor, als offenbar ja selbst alles sooo falsch gemacht wurde, dass man die eigene Erneuerung und jene der SPD nicht mehr mitmachen mochte. Das Argument des aufzugebenden "Fraktionszwangs" ist dünn und es ist auch nicht ehrlich, denn: wenn die Wählergemeinschaft etwas (anderes) als bisher (und gegen alle anderen) erreichen will, wird sie sich vielmehr sogar besonders fest zusammenschließen müssen, um überhaupt etwas "gegen die Etablierten" zu erreichen. Bleibt das Votum der gewählten Vertreterinnen und Vertreter aber beliebig, austauschbar und nur zweckbestimmt, werden sich die Wählerinnen und Wähler nach bald enttäuschten Illusionen beim nächsten Mal eher wieder an den Originalen im politischen Wettbewerb orientieren. Es ist gerade in politisch schwierigen Zeiten mit Recht "im Volk" gewünscht, klare politische Kante zu zeigen und ebenso klar erkennen zu geben, wofür man steht. Die Themen liegen bekanntlich auf dem Tisch! Sprechblasen und Rebellen-Image reichen auf Dauer nicht aus. Wer die Sorgen und Interessen der Menschen vertreten will, muss Profil zeigen und glaubwürdig sein. Da hat die SPD in den letzten Jahren viel Vertrauen verspielt und es gilt, dies in Kärnerarbeit zu korrigieren. Weglaufen ist da ebenso unsinnig wie Einigeln. Beides wird nicht nur nicht belohnt, es lohnt auch nicht. Schon gar nicht für Schenefeld. Es gibt aber noch einen Punkt, den jene bedenken sollten, die der Gemeinschaft künftig ihre Stimme leihen wollen. Das Schicksal unserer Gemeinde hängt nicht nur von eigenem gemeinschaftlichen Handeln ab - diese Absicht ist allen abzunehmen, die sich für die Gemeinschaft engagieren, auch den freien Wählergemeinschaften - sondern auch von Entscheidungen im Kreis, im Land, im Bund und - gerade auch in der LW - in der EU. Wo werden die Verbündeten der Wählergemeinschaft sein, die diese Interessen dort artikulieren können, wo für ihre Durchsetzung im Interesse unserer Gemeinde gesorgt werden muss?! Der Rückzug "ins Private", d.h. die Bildung einer starken, allein auf den Ort

beschränkten Kraft - ist da ebenso kurzsichtig wie problematisch. Vor allem übrigens für die Wählergemeinschaft selbst: Sie wird sich für diesen Zweck Koalitionen suchen müssen, die ihre Ziele übernehmen oder zumindest berücksichtigen. Es war und wird ein Trugschluss bleiben, dass durch unstete Koalitionen außerhalb unserer Gemeinde Einfluss zu gewinnen ist, um in politischer Partnerschaft mit anderen Parteien wirklich ernst genommen zu werden. Für unsere Gemeinde, für Schenefeld, ist die bevorstehende Zersplitterung zwar nicht tragisch, aber sie ist bedauerlich. Die Wählerinnen und Wähler werden abzuwägen haben, ob Kräfteverschiebungen allein im Lokalen unserer Gemeinde wirklich uns eher nutzen, als eine starke Stimme im Land, über die unsere Gemeinde bisher verfügt. Hans-Joachim Gießmann Schenefeld

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 14.11.2010, 19:07 Uhr:

RE: Auf ein Wort: Neue Wählergemeinschaft in Schenefeld star

Als Außenstehender kommt es mir so vor, als würde die Reihe der Merkwürdigkeiten nicht erst jetzt beginnen. Aber bisher hatten die Gemeindeverteter, die als SPD-Mitglieder gewählt wurden die Solidarität der Genossen auf ihrer Seite. Das ist natürlich vorbei, wenn sie zu politischen Gegnern werden, indem sie sich selbst dazu machen. Im Sinne der Gruppendynamik ist es zur Stabilisierung einer unorganisierten Gemeinschaft leichter sich zusammen zu finden, wenn man einen äußeren Feind hat. Schade, dass die ehemaligen Genossen sich dabei auf ihre alten Weggefährten richten. Da hätte ich etwas mehr Anstand erwartet. Rudolf Riep SPD-Steinburg

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 13.11.2010, 17:28 Uhr - 49322 Clicks - Nr. 1060

Diskussion in Rendsburg zur Reform der Europäischen Agrarpolitik

Mitte nächster Woche wird die EU-Kommission ihre Vorstellungen zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik offiziell verkünden, doch bereits jetzt wird die Diskussion um die anstehende Reform heiß geführt: Über die zentralen Fragen dieser Reform und die daraus resultierenden Konsequenzen für Schleswig-Holstein tauschten sich auf Einladung von Ulrike Rodust am Samstag Landwirte, Experten sowie Vertreter von Politik und Verbänden im Kulturzentrum Rendsburg aus.



Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete konnte als Redner den Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, begrüßen. Nach Statements des Direktors der naturpolitischen Abteilung von Euronatur, Lutz Ribbe, und des agrarpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, führte der Sprecher des Arbeitskreises ländliche Räume des SPD-Umweltforums, Friedrich-Carl Wodarz, durch die anschließende Diskussion.

Mit deren Qualität zeigte Rodust sich im Anschluss an die gut besuchte Veranstaltung hoch zufrieden. Den Beteiligten sei klar, dass ein leicht angepasster Status quo unter diesen Umständen nicht reichen werde, um 500 Millionen Europäer mit ausreichenden und qualitativ hochwertigen Produkten zur versorgen, ohne dabei die Interessen des Klimaschutzes und der

Biodiversität außen vor zu lassen. „Bei der anstehenden Reform ist mir wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen entlohnt werden: Eine Ausrichtung der Zahlungen an erbrachten Leistungen – etwa dem Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden – ist meiner Ansicht nach der einzig gangbare Weg. Denn: Nur wenn wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass hier gesellschaftlicher Mehrwert entlohnt und nicht pauschal Geld verteilt wird, lässt sich die nötige Akzeptanz für die gemeinsame Agrarpolitik erreichen.“ Ein freiwilliges Vertragssystem, bei dem die Höhe der Mittel an das Erfüllen festgelegter Standards gekoppelt ist, sei hier die beste Lösung: „Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben ein entsprechendes Modell vorgestellt und es gibt erste Signale, dass die Vorschläge der Kommission in eine ähnliche Richtung gehen.“

Kommentar von [Gunter Fleischmann](#) vom 15.11.2010, 22:25 Uhr:

RE: Diskussion in Rendsburg zur Reform der Europäischen Agra

Liebe Frau Rodust, vielen herzlichen Dank für die Debatte in Rendsburg. Mit Herrn Ribbe hatten Sie den richtigen Redner gewählt, pklar und provokant - letzteres aber nur für die konservativen Gäste. Bei dem Versuch, die alten Strukturen aufzubrechen, wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg. Mit freundlichen Grüßen G. Fleischmann

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 13.11.2010, 19:26 Uhr - 2750 Clicks - Nr. 1061

Schmucker gemeindeeigener Landgasthof in Steinfeld neu eröffnet

Am 12. November 2010 übergab der Architekt Gerd Bendixen nach monatelangen Modernisierungs- und Renovierungsarbeiten des Dorfgasthofes „Jäger`s Ruh“ in Steinfeld symbolisch einen großen Schlüssel an den Bürgermeister (BM) Heinrich Buch. Die Amtsvorsteherin des Amtes Süderbrarup und die Bürgermeister der angrenzenden Gemeinden lobten das attraktive Ambiente.

In der Umbauphase hat BM Buch von morgens bis abends neben den freiwilligen Helferinnen und Helfern die meisten Eigenleistungen am Bau erbracht. Jürgen Schacht als stellvertretender BM hob in seiner Rede den unermüdlichen Einsatz von Heinrich Buch hervor. Als Dankeschön überreichte Schacht ihm im Namen aller Gemeindevertreter einen Gutschein für eine 8tägige Erholungsreise in den Süden für sich und seine Frau.

Die Gemeindevertretung Steinfeld hatte vor über einem Jahr einstimmig beschlossen, den Dorfgasthof als Kommunikationszentrum für die Einwohner in Steinfeld zu erwerben. Das Gebäude aus dem Jahr 1846 wurde zur Bewilligung von Fördermitteln als Leuchtturmprojekt bei der AktivRegion eingereicht, da der Gemeinde im Vorfeld die Förderungswürdigkeit als sehr aussichtsreich von vielen Seiten in Aussicht gestellt wurde. Die Enttäuschung war sehr groß, dass die Fördermittel nicht bewilligt wurden. Daraufhin beschloss die Gemeindevertretung einstimmig nach dem Motto „Jetzt erst recht“ die Renovierung alleine zu übernehmen.

Viele Einwohnerinnen und Einwohner nutzten abends am 12. November 2010 die Gelegenheit, der Einladung vom Pächter und von der Gemeinde zu folgen und staunten, wie Jäger`s Ruh sich verändert hat.

Der SPD Ortsverein Steinfeld – Ulsnis gratuliert die Gemeinde Steinfeld zu dem neu renovierten Jäger`s Ruh und wünscht dem Pächterehepaar Thomas und Jeanette Göpfert einen guten und erfolgreichen Start.

Anmerkung:

Es ist schon erstaunlich, wie unterschiedlich die AktivRegion in Schleswig-Holstein Entscheidungen von unterstützungswürdigen Projekten trifft. Für die Gaststätte "Alter Bahnhof" in Langballig wurde von der Gemeinde Langballig haargenau das Konzept für die Genehmigung von Zuschüssen von der Gemeinde Steinfeld wortgerecht übernommen und eingereicht. Und siehe da: Sie erhielten einen Zuschuss von der AktivRegion mit öffentlichen Geldern von über einer halben Million Euro! Erinnern wir uns: Beim Objekt des Landgasthofs Jäger´´s Ruh in Steinfeld wurden keine Zuschüsse genehmigt mit der Begründung, dass für Gaststätten keine öffentlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Auffällig ist, dass es in Langballig einen CDU-Bürgermeister gibt, der vorher Landtagspräsident im Kreis Schleswig-Flensburg war! Da schwingt wohl bei den Entscheidungen über die Verteilung von öffentlichen Mitteln Parteipolitik mit.

In Steinfeld gibt es einen SPD-Bürgermeister mit einer SPD-Mehrheit in der Gemeindevertretung, die immer gute Arbeit in der Gemeinde für alle geleistet hat. Bei den Wahlen zur Europa-, Bundes- Landes- und Kommunalpolitik erhielt die SPD im letzten Jahrzehnt in der Gemeinde Steinfeld auch immer das höchste Wahlergebnis!

Wird hier in der AktivRegion gerecht entschieden? Das fragen sich Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Steinfeld.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.11.2010, 10:08 Uhr - 3207 Clicks - Nr. 1062

Vorstellung der Kandidaten für die Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl

Samstag, den 27. November 2010 um 10:00 Uhr
Rathaus Schwarzenbek, Festsaal

**Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder
und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.**



Einlass ist um 9:30 Uhr

Nach dem Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verfassungsgerichts, das eine Neuwahl des Landtages bis spätestens September 2012 angeordnet hat, will die SPD die Spitzenkandidatur für das Amt des Ministerpräsident bzw. der Ministerpräsidentin durch einen Mitgliederentscheid am 27. Februar 2011 entscheiden. Dieser Mitgliederentscheid dient als Wahlempfehlung für die Landesdelegiertenkonferenz, die voraussichtlich im April 2011 stattfindet und die Landesliste der SPD wählt. Für die SPD-Spitzenkandidatur haben sich der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, die Elmshorner Bürgermeisterin Brigitte Fronzek und der SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der Landtagsfraktion Ralf Stegner sowie Mathias Stein aus Kiel beworben.

In einer Veranstaltung werden sich die Kandidatin und die Kandidaten am Samstag, 27. November 2010 in Schwarzenbek im Festsaal des Rathauses, Ritter-Wulff-Platz 1, vorstellen. Veranstaltung beginnt um 10.00 Uhr (Einlass. 9:30 Uhr) und ist öffentlich. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich ein Bild von den Kandidaten der SPD zu machen und mitzudiskutieren.

Mit diesem Auswahlverfahren will die SPD ein Maximum an innerparteilicher Demokratie und Bürgerbeteiligung verwirklichen und durch ein faires, gerechtes und sicher spannendes

Verfahren die Attraktivität und Lebendigkeit der SPD im Vorfeld der Landtagswahl unter Beweis stellen.

Die Vitas der vier KandidatInnen stellen wir Ihnen nachfolgend zur Verfügung (externe Links):

- [Torsten Albig](#)
- [Brigitte Fronzek](#)
- [Ralf Stegner](#)
- [Mathias Stein](#)

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.11.2010, 10:11 Uhr - 10462 Clicks - Nr. 1063

Andreas Beran als Kreisvorsitzender bestätigt

Der 57jährige Landtagsabgeordnete Andreas Beran bleibt Chef der Sozialdemokraten im Kreis Segeberg. Das ist eines der Ergebnisse des SPD-Kreisparteitages am Samstag in Todesfelde. Seine Stellvertreterin bleibt Andrea Schuster aus Itzstedt, Stellvertreter ist auch weiterhin Marc-André Ehlers aus Nahe.

Ein bildungspolitischer Vortrag des Bundestagsabgeordneten und bildungspolitischen Sprechers der Fraktion Dr. Ernst-Dieter Rossmann hatte zu Beginn der Veranstaltung die 102 anwesenden Delegierten auf den Parteitag eingestimmt.

Rossmann betonte in seinem Referat die Bedeutung der Bildung und sprach davon, dass allein eine vernünftige Grundbildung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermögliche und dass berufliche Bildung als wichtiges Fundament Ausbildungsbegleithilfen benötige.

Er wünsche sich, dass der Einstieg in Schulsozialarbeit für alle Schulen eine Aufgabe für Land und Bund werde. Hierfür habe die SPD im Bundestag bereits 100 Millionen Euro vom Bund gefordert. „Sortiert eure Köpfe,“ rief er der schwarz-gelben Koalition zu, die auf der einen Seite Bildung in Kindertagesstätten ankündige und andererseits durch das Betreuungsgeld die Familien dazu bringe, ihre Kinder zu Hause zu behalten.

In der Antragsdebatte befasste sich der Parteitag unter anderem mit der geplanten Änderung der Amtsordnung, die nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes notwendig geworden ist und forderte, diese erst nach einer neuen Landtagswahl Schritt für Schritt umzusetzen. Die Umsetzung des Urteils soll dann im Rahmen einer landesweiten Verwaltungs- und Gebietsstrukturreform erfolgen.

Zur geplanten Änderung der Gemeindeordnung warf der Parteitag der Landesregierung vor, sie versuche, der CDU schon immer unangenehme Positionen zu streichen. Es dürfe keine Veränderungen bei den hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten (Verpflichtung für Städte und Gemeinden über 15.000 Einwohner) und keine Einschränkungen bei der politischen Beteiligung der Beiräte (Kinder- und Jugendbeiräte, Seniorenbeiräte) geben.



Foto: Kreisvorsitzender Andreas Beran und Bundestagsabgeordneter Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 15.11.2010, 12:12 Uhr - 9230 Clicks - Nr. 1064

Juniorchef Heymann vom Landhotel Dreiklang aus Kaltenkirchen bei Thönnies Mittelstandstag der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin:

Um den aktiven Dialog mit den Unternehmern fortzusetzen lud die SPD-Bundestagsfraktion am 11. November 2010 bereits zum dritten Mal zum Tag des Mittelstandes in den Deutschen Bundestag.



„Dieser Austausch von Politik und Wirtschaft ist wichtig, weil die rund 4,5 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen knapp die Hälfte der Nettowertschöpfung der Wirtschaft in Deutschland erbringen. Sie beschäftigen rund drei Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und stellen etwa 83 Prozent der Ausbildungsplätze bereit. Damit ist der Mittelstand Herz und Motor unserer Wirtschaft“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Nicht zuletzt die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise stellen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. Diese müssen bei dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung durch geeignete Maßnahmen in der Unternehmensfinanzierung wirksam unterstützt werden. Auch muss dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden, damit dieser nicht noch mehr zu einem Wachstumshemmnis wird.

„Während meiner letzten Woche im Hotel Dreiklang absolvierten Praktikums hatte ich dem Juniorchef Herrn Heymann angeboten, mich auch mal in Berlin zu besuchen. Deshalb freut es mich besonders, dass ich diese Einladung so schnell umsetzen konnte“, so Thönnies. Und Philipp Heymann ergänzt: „Berlin ist immer eine Reise wert und wenn man dann noch die Möglichkeit erhält, mit Politikern und vielen interessanten Mittelständlern ins Gespräch zu kommen, umso mehr.“ Besonders erfreut zeigte sich der Unternehmer aus dem Kreis Segeberg, dass viele der Teilnehmer ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen und z.B. gerade beim Thema Lehrstellen nicht passiv auf Aktivitäten der Politik warteten, sondern selbst mehr in die Ausbildung investierten. „Das entspricht meinem Verständnis von moralischer Verpflichtung der Wirtschaft“, erklärt Heymann.

Bildunterschrift v.l.n.r.: Sven Kaerkes, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD, Philipp Heymann und Franz Thönnies

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 15.11.2010, 13:03 Uhr - 4161 Clicks - Nr. 1065

Der Ruf des Muezzin und der Ruf des Sarrazin

„Der Ruf des Muezzin und der Ruf des Sarrazin - Integration und Meinungsfreiheit in Deutschland“ - unter dieser Überschrift stand die gut besuchte jüngste Mitgliederversammlung der SPD Reinbek. Der Ortsvereinsvorsitzende Klaus-Peter Puls hatte Serpil Midyatli (MdL und migrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Kiel) und Dr. Cebel Küçükcaraca (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein e. V.) eingeladen. Ebenfalls dabei waren Alfred Schulz und Martin Habersaat,

Vorgänger und Nachfolger von Klaus-Peter Puls im Landtag.

Serpil Midyatli, geboren und aufgewachsen in Kiel, berichtete von ganz persönlichen Erfahrungen und Hürden für Menschen mit Migrationshintergrund. Oft komme es vor, dass Menschen sie besonders laut und langsam ansprechen, im Landtag wurde die Abgeordnete auch schon einmal für eine Hausmeisterin gehalten. Midyatli freute sich, dass momentan an so vielen Orten über Migration gesprochen werde, ärgerte sich aber über die teilweise schlechte Qualität der Debatte. Etwa die Forderung nach „härteren Strafen für Migrationsverweigerer“ sei etwas für Schlagzeilen, aber kein sinnvoller Beitrag zu einer konstruktiven Debatte, weil die sogenannten Verweigerer einen sehr geringen Teil aller Menschen mit Migrationshintergrund ausmachten. In etwa einen genauso großen Anteil wie Integrationsverweigerer aus der Mehrheitsgesellschaft. „Oft wird ein soziales Schichtenproblem gemeint, wenn von Migrationsproblemen die Rede ist“, zitierte sie Klaus Wowereit. Allerdings: Erst seit 2002 gebe es ein Integrationskonzept für Schleswig-Holstein, Deutschland habe lange nichts getan. Dr. Cebel Kücükkaraca argumentierte in eine ähnliche Richtung. Zum Einen würden negative Beispiele immer stärker betont als positive, zum Anderen habe Deutschland durch die Lebenslüge, kein Einwanderungsland zu sein, lange die Augen vor notwendigen Schritten verschlossen. Deutschland müsse den Migranten zur Heimat werden, die Botschaft müsse lauten: „Du gehörst dazu.“ Zu erfolgreicher Integration gehörten Nehmen und Geben. Dem pflichtete Klaus-Peter Puls bei und erinnerte an einen Satz, der in vielen seiner Landtagsreden vorkam: „Wir können von den Menschen nicht erwarten, ihre kulturelle Identität an der deutschen Garderobe abzugeben.“

Neben der falschen Grundannahme, Deutschland sei kein Einwanderungsland, nannte Martin Habersaat weitere falsche Grundannahmen, die in der Vergangenheit dem Gelingen von Integration im Wege standen: „Die Familie wird es richten. Dieser Satz stimmt bei vielen Familien mit und ohne Migrationshintergrund nicht mehr. Kindergarten und Schule bekommen eine wichtigere Rolle, müssen Nachteile ausgleichen und Eltern verstärkt in ihre Arbeit einbeziehen.“ Auch die Annahme „Das Beste für Kinder ist, wenn sie im Alter von 10 Jahren auf drei Schularten sortiert werden“ sei falsch und glücklicherweise größtenteils überwunden. So seien Kinder mit Migrationshintergrund oft nur wegen ihrer Herkunft nicht aufs Gymnasium gekommen.

Was ist zu tun? Gemeinsam wurden in der Versammlung verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Kostenfreie Kindergärten mit verpflichtenden Angeboten in der Sprachförderung waren dabei, ebenso eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund, um deren Anteil bei den Lehrern und im öffentlichen Dienst zu steigern. Und am Wichtigsten: Miteinander reden, nicht nur übereinander.

Foto: Dr. Cebel Kücükkaraca, Klaus-Peter Puls, Serpil Midyatli

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 15.11.2010, 16:56 Uhr - 4944 Clicks - Nr. 1066

Zu Risiko und Nebenwirkungen - die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb!

Am vergangenen Freitag, nur wenige Stunden nach der Zustimmung der schwarz-gelben Koalition zur Gesundheitsreform von Gesundheitsminister Philip Rösler, begrüßte Andreas Hering (Kreis- und Fraktionsvorsitzender SPD Neumünster) den SPD Gesundheitsexperten und Bundestagsabgeordneten Karl Lauterbach zur Podiumsdiskussion in Neumünster. Vor ca. 100 interessierten Gästen kritisierte



Lauterbach das von der Bevölkerung bisher "völlig unterschätze" neue Gesetz, welches durch das Einfrieren des Arbeitgeberanteils und steigenden Zusatzbeiträgen den "Abriss unseres bisherigen, solidarischen Gesundheitssystem bedeute".

Unterstützt in seiner Einschätzung wurde Lauterbach von den Podiumsgästen Ralf Stegner (Landesvorsitzender SPD Schleswig-Holstein) und Jörg Klaenhammer (Vorsitzender des Betriebsrats im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster).

Kommentar von [Bernd Heinemann MdL](#) vom 16.11.2010, 17:21 Uhr:

RE: Zu Risiko und Nebenwirkungen - die Gesundheitspolitik vo

Liebe Neumünsteraner, lieber Andreas Hering, eine hochaktuelle wichtige Veranstaltung die vielen Mitgliedern und an sozialer Gerechtigkeit interessierten Menschen verdeutlicht, warum es richtig ist, sich in der oder für die SPD zu engagieren. Wir wissen, dass Gerecht anders geht, als es uns die Kampfvespen unter unsere soziale Haut jubeln wollen. Hier noch die Presseerklärung von Karl Lauterbach als PDF:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,54349,00.pdf Herzliche Grüße aus dem Landtag Bernd Heinemann Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.11.2010, 20:34 Uhr - 4669 Clicks - Nr. 1067

HaK muss bleiben!

Seit Monaten verfolgen die Jusos Segeberg die verlogene Debatte um die Fortexistenz des selbstverwalteten Jugendkulturzentrums Hotel am Kalkberg (HaK) mit großer Besorgnis. Trotz engagierter Debatten im HaK, mit politischen VertreterInnen im Beirat, mit dem Bürgermeister und der Stadtjugendpflegerin in den vergangenen zwei Jahren wurden die Jugendlichen immer wieder hingehalten – bis zuletzt.

Dutzende Aktive und hunderte SympathisantInnen stehen vor einem großen Scherbenhaufen, weil die politische Mehrheit ihre Unfähigkeit, Jugendkultur im Allgemeinen und selbstverwaltete Sub-Kultur im Besonderen zu verstehen, hinter vorgeschobenen Argumenten gegen Einzelfragen zu verstecken versucht.

Leider mehr als ein schlechter Scherz war die Entscheidung, kurzerhand 40.000 € für den Abriss des Gebäudes in den Nachtragshaushalt einzustellen, während man sich darüber echauffierte, das HaK koste der Stadt zu viel Geld. Dass es die Entscheidung der politischen Vertretung war, die Groß-Veranstaltungen zu verbieten (welche man rechtlich im übrigen in Zweifel ziehen kann) und somit einen gemeinnützigen Verein in den Ruin zu treiben, scheint man nicht mehr zu wissen. Für Politik braucht man ja nicht mehr als ein Kurzzeitgedächtnis. Die StadtvertreterInnen der politischen Mehrheit gegen das HaK scheinen kurz nach ihrer Geburt direkt ins Erwerbsleben oder sogar gleich in den Rentenbezug eingestiegen zu sein; anders lässt es sich eigentlich nicht erklären, warum an dieser Stelle jegliches Gespür für eine sich stark ausdifferenzierende Jugendkultur vollkommen ortsabwesend ist. Es gibt nicht „die“ Jugend in Bad Segeberg, es reicht nicht aus, für diese „eine“ Jugend ein einziges Jugendzentrum vorzuhalten, das weder attraktiv genug, noch mehr als eine Jugend-Subkultur zu bedienen in der Lage ist. Schon jetzt verteilen sich die Gruppen auf die Feuerwache, den Lokschuppen, die (nicht mehr vorhandene) Skater-Anlage, das JaM, die Mühle und die kirchlichen Jugendeinrichtungen. All diese Bezugsräume dienen einzelnen, aber nie allen Jugendlichen als Rückzugsort.

Hinter dem HaK aber steht keine bürgerliche, traditions- und prestigebeladene Institution. Hinter dem HaK stand und steht lediglich der Wille zu einer eigenen Subkultur innerhalb der Jugend Bad Segebergs, in der man keinen Vormund und keine Investitionen in Millionenhöhe benötigt, um jungen Menschen ein zweites zu Hause zu geben, das sie selbst, selbstbestimmt

und selbstverwaltet gestalten können.

JedeR mag ein eigenes Bild von der Welt, der Umgebung und den Abläufen in der Gesellschaft haben. Aber andere Menschen auszuschließen, weil sie in die eigenen Vorstellungen nicht hineinpassen, ist weder liberal, noch christlich, und schon gar nicht demokratisch.

Die Jusos Segeberg unterstützen den Demo-Aufruf des HaK für den 26.11.2010.
HaK bleibt. Für immer.

Keine Kommentare

[SPD-Plön-Bösdorf](#) - veröffentlicht am 16.11.2010, 00:16 Uhr - 1847 Clicks - Nr. 1068

Statt eines Leserbriefes

Am Wochenende äußerte Herr Schekahn in seinem Kommentar in der KN Kritik an der Ratsversammlung vom 3. November, in der sich alle Fraktionen gegen eine Einamtung der Kreisstadt aussprachen. Die "Blutgrätsche" ist mit Humor zu nehmen, zu den übrigen Vorwürfen äußert sich unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Pfau in einem Brief, der nachfolgend öffentlich gemacht wird. Zum Lesen auf das Feld "mehr" klicken

Sehr geehrter Herr Schekahn,

unter Politikern gilt es als Sakrileg, sich mit der Berichterstattung der Presse über das eigene Handeln kritisch auseinanderzusetzen. Von meinem früherer Chef, dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay habe ich glernt, dieses nur dann zu tun, wenn es wirklich unvermeidlich ist, um Schaden nicht nur von der eigenen Person, sondern vor allem auch von der Sache abzuwenden, für die man eintritt.

Nach der Lektüre Ihres Kommentars über das Verhältnis zwischen der Stadt Plön und dem Amt Großer Plöner See, sehe ich allerdings die Notwendigkeit, als Betroffener zu Ihrem Artikel Stellung zu nehmen, soweit dieser sich auf die Sitzung der Plöner Ratsversammlung vom 3. November 2010 bezieht.

Sie üben in Ihrem Kommentar erhebliche Kritik am Inhalt der Redebeiträge und fassen diese einleitend als Beleidigungen und Verunglimpfungen zusammen. Da Sie in Ihrer Bewertung der Redebeiträge in der Plöner Ratsversmmlung keine Differenzierung vorgenommen habe, darf ich wohl annehmen, dass Ihr Urteil über die Qualität der Debatte auch sich auch auf meinen Beitrag bezieht. Ich habe Ihnen daher das Manuskript meiner Rede vom 3.11.2010 beigefügt, an dessen Worlaut ich mich weitgehend gehalten habe und möchte Sie zunächst bitten, mir die Passagen daraus zu benennen, die nach Ihrer Auffassung geeignet sind, die Würde meiner Person und meines Amtes herabsetzen sowie Beleidigungen und Verunglimpfungen anderer Personen enthalten.

Sofern Sie auch meine Rede als Beitrag dazu sehen, die Stimmung künftiger Gespräche zwischen der Stadt und dem Amt zu beschädigen, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass ich in meiner Rede einige Vorgänge erwähnt und zum Teil durch wörtliche Zitate nachgewiesen habe, die aus meiner Sicht in der Tat dazu geeignet sind, konstruktive Gespräche nicht nur zu beschädigen, sondern diese schlicht unmöglich zu machen. Hierbei handelt es sich nicht nur um "Nickeligkeiten", sondern u.a. um schwerwiegende Vorwürfe der Führung des Amtes, die

jeder Grundlage entbehren und ersichtlich darauf abzielen, die Stadt Plön und ihre Vertreter zu diskreditieren. So wird die Stadt Plön mehrfach beschuldigt, rechtswidrig zu handeln, die Verhandlungspartner der Stadt bewusst zu täuschen und unerlaubt Einfluss auf die Willensbildung im Amt nehmen zu wollen. Zur Untermauerung dieser, z.T. auch in der Presse verbreiteten Behauptungen, werden Sachverhalte falsch dargestellt und wesentliche Umstände verschwiegen. Wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende Oliver Hagen in diesem Zusammenhang den geschäftsführenden Bürgermeister des Amtes, Herrn Mario Schmidt einen "Märchenonkel" nennt, mag dieses sicherlich übertrieben wirken. Angesichts der mir bekannt gewordenen Umstände muss ich jedoch zugeben, dass die Auswahl an Begriffen, mit denen man das Verhältnis von Herrn Mario Schmidt zur Wahrheit in diesem Kontext beschreiben könnte, etwas eingeschränkt ist. In diesem Zusammenhang darf ich einmal auf die Antwort des Innenministers auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Henning Höppner und Regina Poersch vom 28.06.2010 (Drs. 17/637) verweisen.

Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass ich es schon für erforderlich halte, diese Dinge zu klären, bevor wir gemeinsam mit dem Amt den Auftrag des Innenministeriums ausführen und über die künftigen Verwaltungsstrukturen verhandeln können. Ich halte es zudem auch für notwendig, diese Vorgänge in einer öffentlichen Sitzung unter Anwesenheit von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern der Amtsgemeinden anzusprechen, da die Beschuldigungen gegen die Stadt ebenfalls öffentlich erhoben wurden.

Nach meiner Kenntnis ist eine Vielzahl der Mitglieder der Gemeindevertretungen der Mitgliedsgemeinden des Amtes nur sehr unzureichend und einseitig über diese Vorgänge unterrichtet. Da ich selbst auch an einigen Entscheidungen beteiligt war, die Gegenstand dieser Vorwürfe waren, habe ich diese Gelegenheit genutzt, mich selbst gegen falsche Anschuldigungen zu verteidigen. Ich darf hoffentlich davon ausgehen, dass Sie mir dieses Recht nicht abstreiten wollen.

Wie Sie zudem in meinem Manuskript nachlesen können, habe ich diese Darstellung meiner Kritik an der Führung des Amtes auch damit begründet, dass dieses Verhalten der Führung des Amtes gegenüber der Stadt aufhören muss, damit eine vertrauensvollere Zusammenarbeit beginnen kann. Diesen Appell habe ich leider in keiner Zeitung, auch nicht in der Kieler Nachrichten, nachlesen können.

Es steht mir gewiss nicht zu, Ihre Berichterstattung über dieses Thema in den vergangenen Monaten zu kristallisieren und wenn sich Ihre Zeitung hier zu einer sehr zurückhaltenden Linie entschlossen hat, mag es hierfür gute Gründe geben. Das Verhalten der Führung des Amtes gegenüber der Stadt Plön in den vergangenen Monaten machte es aus meiner Sicht jedoch erforderlich, hierzu öffentlich Stellung zu nehmen, um dem falschen Eindruck, der durch die Verlautbarungen der Amtsführung über die Rolle der Stadt im Vorgang um die Ausamtungsanträge von Bösdorf und Ascheberg entstanden ist, entgegenzutreten. Hierzu waren auch einmal deutliche Worte erforderlich.

Man kann in einem Kommentar keine ausgewogene Darstellung erwarten, er ist eine Meinungsäußerung, die ich Ihnen nicht absprechen möchte. Erwarten darf man aber von einem langjährigen Beobachter der politischen Szene in dieser Stadt, dass er auch die Frage nach den Gründen für die Debatte stellt, die er so vernichtend kritisiert. Wenn hier nicht einmal der Versuch einer Differenzierung unternommen wird, könnte vor diesem Hintergrund schon der Eindruck der Parteinahme entstehen. Es ist Ihnen leider nicht gelungen, diesen vollständig zu vermeiden. Insofern fällt es mir nicht leicht, Ihrer Kritik an meinem Redebeitrag etwas

Konstruktives abzugewinnen.

Da die Kieler Nachrichten es ablehnt, Leserbriefe von Ratsmitgliedern abzudrucken, haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich dieses Schreiben nachrichtlich dem Bürgermeister, dem Bürgervorsteher sowie den anderen Vorsitzenden der Ratsfraktionen übersende und es auf der Internet-Seite der SPD Plön veröffentlichen werde.

Mit freundlichen Grüßen
Thorsten Pfau

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 16.11.2010, 09:04 Uhr - 3042 Clicks - Nr. 1069

Konnexitätsprinzip

Ermittlung der Kostendeckung vom Land Schleswig-Holstein bzw. Bund delegierter Aufgaben. Die SPD-Rathausfraktion fordert weitere Grundlagen für eine seriöse Haushaltsplanung bzw. Entscheidungsgrundlagen für den laufenden Haushaltskonsolidierungsprozess.

Die Landesverfassung in Schleswig-Holstein schreibt das Konnexitätsprinzip vor, d.h. wer die Musik bestellt, bezahlt auch. Überträgt der Landesgesetzgeber den Kommunen eine neue Aufgabe, muss das Land auch die zusätzlichen Kosten tragen.

Deshalb fordert SPD-Ratsherr Johna eine Auflistung über sämtliche nicht kostendeckend finanzierte delegierte Aufgaben. Hier ist der OB der Stadt Neumünster gefordert, die notwendigen konkreten Zahlen zur Verfügung zu stellen.

Nur Sparvorschläge sind nicht ausreichend, vielmehr müssen alle Fakten auf den Tisch, die für das gewaltige Haushaltsloch der Stadt Neumünster verantwortlich sind. Das Potential für weitere Sparvorschläge, ist nach der Umsetzung des derzeitigen laufenden Haushaltskonsolidierungsprozess begrenzt, daher sollte man dringend über den Tellerrand hinaussehen.

Allein mit dem vorgelegten Sparkonzept sind die Finanzen der Stadt Neumünster nicht zu sanieren, hier ist vielmehr eine härtere Gangart gegenüber dem Land erforderlich.

Daher stellt die SPD-Rathausfraktion folgende "Große Anfrage":

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

bitte setzen Sie folgende „Große Anfrage“ zur Kostendeckung delegierter Aufgaben auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung. Wir bitten um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Claus-Rudolf Johna
und Fraktion

Große Anfrage:

Für eine seriöse Haushaltsplanung bzw. für den laufenden Haushaltskonsolidierungsprozess ist die Kenntnis über sämtliche nicht kostendeckend finanzierte delegierte Aufgaben vom Land Schleswig-Holstein bzw. vom Bund unverzichtbar.

Deshalb fragen wir:

- 1) Welche Aufgaben erledigt die Stadt Neumünster im Auftrag des Bundes bzw. des Landes?
- 2) In welcher Höhe fallen tatsächlich Kosten an?
- 3) In welcher Höhe werden hierfür tatsächlich Finanzmittel zur Verfügung gestellt?

Eine tabellarische Darstellung über die derzeitige Situation der Stadt Neumünster wäre ausreichend.

Begründung:

Die Landesverfassung in Schleswig-Holstein schreibt das Konnexitätsprinzip vor, d.h. wer die Musik bestellt, bezahlt auch. Überträgt der Landesgesetzgeber den Kommunen eine neue Aufgabe, muss das Land auch die zusätzlichen Kosten tragen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 16.11.2010, 13:55 Uhr - 8556 Clicks - Nr. 1070

Walter-Damm-Preis 2010 für langjährigen Einsatz für das Frauenhaus in Wedel

Die unabhängige Jury des „Walter-Damm-Preises“ hat gestern Frau Stropahl und Frau Ravn den diesjährigen Walter Damm Preis zuerkannt. Nach ausführlicher und intensiver Beratung aller 25 Vorschläge entschieden sich die sechs Jury-Mitglieder einstimmig für die aus Wedel stammenden Preisträgerinnen.

Mit ihrer Entscheidung würdigte die Jury das jahrzehntelange ehrenamtliche Engagement der beiden Frauen im Verein „Frauen helfen Frauen“ e.V., dem Träger des Frauenhauses. Frau Stropahl und Frau Ravn gehören zu den Mitgründerinnen des 1983 gegründeten Vereins. Ihren Anstrengungen und Verhandlungsgeschick ist es zu verdanken, dass 1986 das autonome Frauenhaus in Wedel mit 15 Plätzen eröffnet werden konnte.

Als besonders preiswürdig befand die Jury, den immer noch fortdauernden und zuverlässigen Einsatz für das Frauenhaus neben beruflicher Tätigkeit und Kindererziehung. Ferner ihr außergewöhnliches Engagement für den Erhalt des Frauenhauses, das nach den Kürzungsbeschlüssen der Landesregierung geschlossen werden soll.

Der Preis wird am 21. November um 11 Uhr im Bürgerhaus in Appen im Rahmen einer Feierstunde überreicht. Die Würdigung der beiden Preisträgerinnen wird Olaf Scholz, stellvertretender Vorsitzender der SPD und ehemaliger Arbeits- und Sozialminister vornehmen.

Keine Kommentare

EU ohne Position bei Verhandlungen zum Roten Thunfisch ICCAT-Verhandlungen in Paris beginnen am Mittwoch

Den Mitgliedsländern der Europäischen Union ist es trotz intensiver Verhandlungen bisher nicht gelungen, eine einheitliche Position für die Jahrestagung der Internationalen Konvention zum Schutz des Roten Thunfisches (ICCAT), die vom 17. bis zum 27. November 2010 in Paris tagt, zu finden.

„Das ist äußerst ärgerlich, denn ohne Verhandlungsmandat geht das natürlich nicht!“ bewertet die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Ulrike Rodust die Situation. Schließlich müsse die Europäische Kommission für die gesamte EU mit den anderen Vertragsparteien verhandeln.

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird am Mittwoch, den 17. November, einen letzten Versuch unternehmen, zu einer Einigung zu gelangen – während in Paris bereits die ersten ICCAT-Arbeitsgruppen tagen.



Streitpunkt im Ministerrat ist die Frage, wie viel vom begehrten Sushi-Fisch im nächsten Jahr gefangen werden darf. Die Europäische Kommission will sich in Paris für eine weitere Reduktion der Fangmengen einsetzen, doch vor allem die am Thunfischfang interessierten Mittelmeer-Nationen lehnen das bisher ab. „Unser Ziel muss es sein, dass sich der Thunfischbestand bis 2020 wieder erholt – dazu haben wir uns als EU selbst verpflichtet! Ich bin empört, dass einige Mitgliedsstaaten sich lediglich aus kurzfristigen ökonomischen Gründen verweigern und jedwede Reduktion der Fangzahlen ablehnen!“, so die SPD-Fischereipolitikerin. „Die Entwicklung des Roten Thunfisches ist ethisch nicht vertretbar. Wir bringen nicht nur eine wertvolle Spezies an den Rand des Kollapses, wir tragen auch zum Hunger auf dieser Welt bei, wenn wir die Meere überfischen.“

Rodust fordert die Bundesregierung auf, sich stärker für eine Fangmengenreduzierung einzusetzen: „Bis jetzt höre ich nur aus anderen Ländern, wie den Niederlanden oder Österreich, Proteste gegen das Verhalten der Mittelmeerländer. Frau Aigner muss dafür sorgen, dass Deutschland sein Gewicht in der EU in die Waagschale wirft und seiner Rolle als Vorreiter in Fragen der Nachhaltigkeit gerecht wird!“, fordert Rodust abschließend.

Keine Kommentare

Wirtschaftsplan 2011: ABK erneut kommunaler Vorzeigebetrieb!

Zum Entwurf des Wirtschaftsplans des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) für das Jahr 2011 erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Erneut belegt der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) mit guten Zahlen, dass er ein kommunaler Vorzeigebetrieb ist. Noch einmal werden die Abfallgebühren gesenkt: Die Restabfallgebühr geht um 3% zurück, die Bioabfallgebühr sogar um 4,7%. Aufgrund dieser Gebührensenkungen werden die Kielerinnen und Kieler im Vergleich zum Vorjahr um ca. 800.000 Euro entlastet. Mit den Gebührensenkungen seit dem Jahr 2007 sind es insgesamt ca.

5,9 Mio. Euro Entlastung - ein starker Standortvorteil für Kiel und eine ausgezeichnete kommunale Daseinsvorsorge. Die Altpapiergebühr bleibt unverändert. Angesichts des für alle Kielerinnen und Kieler sichtbaren hohen Aufwandes während des harten und langen Winters zwischen den Jahren 2009 und 2010 sehr erfreulich: Die Straßenreinigungsgebühren steigen trotzdem nicht, sondern bleiben ebenfalls stabil.

In der Landeshauptstadt Kiel werden bislang die Mülltonnen in einem Drittel des Stadtgebiets durch den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb und in den anderen zwei Dritteln durch ein privates Entsorgungsunternehmen im Auftrag der Stadt geleert, das dafür eine seit Jahren gleich hohe Vergütung bekommt. Zusätzlich sind die Kosten des ABK für Energie, Kraftstoffe und Gehälter erheblich gestiegen. Gleichwohl wird die erneute Gebührensenkung möglich, weil innerhalb des städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes kontinuierlich die Geschäftsprozesse verbessert und die Effizienz der Aufgabenerledigung erhöht worden sind. Dies ist auch der Grund dafür, warum SPD, Grüne und SSW schon im Mai 2009 die Rekommunalisierung der gesamten Müllabfuhr in Kiel beschlossen haben und auch in Zukunft daran festhalten werden. Der Entwurf des Wirtschaftsplans 2011 sieht dafür die Beschaffung von Müllwagen und anderem Gerät vor, außerdem werden ab dem Jahr 2012 bis zu 40 zusätzliche Arbeitsplätze beim ABK entstehen.

SPD, Grüne und SSW werden dem Wirtschaftsplan 2011 des ABK zustimmen. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Personalrat und der Werkleitung für ihr Engagement und ihre oft schwere Arbeit für unsere Stadt."

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 15:06 Uhr - 3653 Clicks - Nr. 1073

Werben allein reicht nicht – Pflegeberufe attraktiver machen!

Zu der vom Sozialministerium, der Arbeitsagentur, dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe und dem Forum Pflege Gesellschaft ausgerufenen landesweiten Aktionswoche „Zukunftsbranche Altenpflege“ erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

Jede Initiative, die Pflege in den Fokus zu rücken, ist zu begrüßen. Es ist aber längst nicht ausreichend, nur darauf aufmerksam zu machen und für den Beruf zu werben. Entscheidend, um mehr Menschen für Pflegeberufe zu gewinnen, ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege selbst sowie in der Ausbildung. Das ist dringend notwendig, denn der Bedarf wird sich massiv erhöhen.

Angesichts des wachsenden Bedarfs ist es nicht länger hinnehmbar, dass junge Menschen für ihre Ausbildung in der Altenpflege bezahlen müssen, während z. B. das Medizinstudium kostenfrei ist. Wir müssen hier zu einer anderen Finanzierung kommen, wenn wir diesen Beruf für junge Menschen attraktiv machen wollen, um die Pflege von morgen zu gewährleisten. Der mühsam vereinbarte Mindestlohn in der Pflege von 7,50€ im Osten und 8.50 € im Westen kann nur die absolute Untergrenze sein, kein Handwerker nimmt dafür den Hammer in die Hand und in vielen Bereichen wird Reinigungspersonal mit 10 €/Std. bezahlt. Auch das ist ein Ausdruck der geringen Wertschätzung, den die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege



erfahren.

Unsere Pflegekräfte sind hoch motiviert und setzen sich vehement für die Belange der ihnen anvertrauten Patienten ein, oft genug sogar in der eigenen Freizeit und fast bis zur Selbstaufgabe. Ich würde mir wünschen, dass sie mit der gleichen Power für ihre eigenen Interessen kämpfen, selbstbewusster werden und sich entsprechend organisieren. Für die Politik besteht dringender Handlungsbedarf – sie ist gefordert, die Rahmenbedingungen in der Pflege effektiv und nachhaltig zu verbessern, damit auch künftig pflegebedürftige Menschen eine sach- und fachgerechte Pflege erhalten, ohne dass die Pflegenden „verschlissen“ werden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 17:29 Uhr - 1266 Clicks - Nr. 1074

Rot-Grün-SSW begrüßen den neuen Datenschutzbeauftragten

Zur Bestellung des Datenschutzbeauftragten erklären der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Für SPD, Grüne und SSW spielt die Sicherung der Privatsphäre von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine zentrale Rolle. Daher haben wir uns für die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten in der Landeshauptstadt Kiel eingesetzt und begrüßen die Bestellung von Herrn Walter Kreft. Er ist dem Oberbürgermeister direkt unterstellt. Dadurch ist er nicht befangen und kann ohne beschreiten des Dienstweges mögliche Missstände aufdecken.

Durch die voranschreitende Digitalisierung spielt Datenschutz in nahezu jedem Bereich eine wichtige Rolle. Denn durch die digitale Verarbeitung wird es immer leichter, viele Daten (auch behördenübergreifend) zu kombinieren, was aber nicht immer erlaubt ist. SPD, Grüne und SSW setzen sich dafür ein, dass der verantwortungsbewusste Umgang mit personenbezogenen Daten sichergestellt wird. Daher ist auch die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zu den Aufgaben des Datenschutzbeauftragten gehört, von besonderer Bedeutung.“

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 17.11.2010, 18:09 Uhr:

RE: Rot-Grün-SSW begrüßen den neuen Datenschutzbeauftragten

Aber was will eine Person alleine in einer Großstadt wie Kiel erreichen? Gebt ihm doch bitte noch einen Mitarbeiter!

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 17:36 Uhr - 3704 Clicks - Nr. 1075

SPD-Fraktion im Kreistag setzt auf personelle Kontinuität

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg

Auf personelle Kontinuität für die „zweite Halbzeit“ der laufenden Wahlperiode setzt die SPD-Kreistagsfraktion. Für die restliche Wahlzeit von 2 ½ Jahre hat die Fraktion jetzt die Weichen gestellt und bestätigte einstimmig den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Gunar Schlage in seinem Amt.



Ebenfalls wiedergewählt wurden Schlage's Stellvertre-terInnen Monika Brieger und Egon Siefert. Die Kasse der Fraktion führt weiterhin Wolfgang Warmer. Der Fraktionsvorstand wird

komplettiert durch Gitta Neemann-Güntner und David Welsch.

Für den aus beruflichen Gründen zurückgetretenen SPD-Kreistagsabgeordneten Bernd Brieger rückt Michael Grönheim aus Berkenthin in den Kreistag nach. Er wird weiterhin im Regionalentwicklungsausschuss aktiv sein, dem er bisher als bürgerliches Mitglied angehört. Neu in den Regionalentwicklungsausschuss wird die Fraktion Jürgen Holst aus Gudow nominieren.

Vertreter der SPD im Landkreistag für Bernd Brieger wird künftig Wolfgang Warmer sein.

Der alte und neue SPD-Fraktionschef Gunar Schlage: „Der Rücktritt Bernd Brieger's aus beruflichen Gründen war die erste personelle Veränderung in der laufenden Wahlperiode. Dies zeigt die Stabilität der SPD-Kreistagsfraktion und die Kontinuität in der politischen Arbeit im Lauenburgischen Kreistag.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 17:45 Uhr - 3070 Clicks - Nr. 1076

Peter Eichstädt: Wir brauchen eine Medienkompetenzstrategie!

Die Fähigkeit, mit Medien und ihren Inhalten kompetent und selbstbestimmt umgehen zu können, muss jungen Menschen vermittelt werden, führt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt, aus. Es sollen Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Grenzen und Gefahren des Internets und der neuen Medien insgesamt erkannt werden.



Die Landesregierung richtet bisher wenig Aufmerksamkeit auf die Prävention, die Vermittlung eines kritischen Umgangs mit den Medien sowie die Aufklärung über Gefahren und über den Datenschutz. Denn gedankenlose Einträge junger User in Internet-Plattformen führen zunehmend zu gravierenden Schwierigkeiten. Was wir dringend brauchen, ist eine Medienkompetenzstrategie, vernetzt über alle Instanzen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Das bringt, so Eichstädt, mehr als alle Regulierungen, Sperren und Kennzeichnungen.

Die Rede im Wortlaut:

Vor drei Jahren, als Schleswig-Holstein gemeinsam mit Hamburg die Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein gründete, gab es ein Ringen, ob die MA HSH auch die Aufgabe der Medienkompetenzförderung übernehmen sollte. Durch Druck der SPD kam sie dann noch rein. Inzwischen ist dies ein nicht wegzudenkendes Aufgabengebiet für die Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein.

Vor drei Monaten haben wir in diesem Hause heftig über die Frage diskutiert, wie Kinder und Jugendliche besser vor den Gefahren von neuen Medien, im Besonderen des Internets, geschützt werden können. Trotz unterschiedlicher Einschätzungen, ob in diesem Bereich mit Regulierung, Verboten, Kontrolle der richtige Weg beschritten wird, waren sich alle einig: Die wirksame und effektive Antwort auf die Herausforderung kann nur die Förderung der Medienkompetenz sein.

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer Welt auf, aus der das Internet und die digitalen

Medien nicht wegzudenken sind. Sie bewegen sich in dieser Welt häufig weitaus selbstsicherer, als die Erwachsenen das tun, sie profitieren von den unglaublichen Chancen und dem Segen des Internets, das, nur vergleichbar mit der Einführung des Buchdrucks zu Gutenbergs Zeiten, Wissen aus der Herrschaft weniger in die Hände aller Menschen gegeben hat. Auf der anderen Seite stehen aber die Risiken und die Herausforderungen, mit denen nicht nur junge Menschen lernen müssen umzugehen.

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion sollte Aufschluss darüber geben, wo wir in Schleswig-Holstein stehen und welche Ansätze für einen souveränen, selbstverantwortlichen und kompetenten Umgang mit neuen Medien entwickelt werden können.

Ich will zunächst all denen danken, die an der Beantwortung unserer Fragen mitgewirkt haben. Wir haben mit dieser Antwort eine gute Bestandsaufnahme, die Grundlage für die Entwicklung einer integrierten Strategie sein kann. Dass durch die Antworten auch Defizite deutlich wurden, ist kein Mangel, sondern in diesem Sinne hilfreich. Und ich weiß, dass viele Institutionen sehr viel umfangreicher Stellungnahmen abgegeben haben, als sie Eingang in diesen Bericht finden konnten. Also allen noch einmal Dank und Anerkennung für diese Arbeit.

Unter Medienkompetenz verstehen wir die Fähigkeit, mit Medien und ihren Inhalten kompetent und selbstbestimmt umgehen zu können. Es sollen ihre Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Grenzen und Gefahren erkannt werden. Dies ist eine Schlüsselqualifikation in unserer heutigen Informationsgesellschaft. Es ist unzweifelhaft so, dass diese Fähigkeiten zu einer zukunftsorientierten Persönlichkeitsbildung nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen, älteren Menschen gehören.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zeigt neben vielen positiven Ansätzen auch gravierende Defizite und Lücken auf. Zentraler Punkt: Es fehlt eine Medienkompetenzstrategie der Landesregierung; diese definiert ihre Rolle vielmehr als die eines Koordinators zwischen den Ressorts.

Die Vermittlung von Medienkompetenz an Kindertageseinrichtungen wird bisher noch zu wenig unterstützt, es bleibt den Einrichtungen weitgehend selbst überlassen, welche konkreten Angebote sie vorhalten. Weiter führt die Große Anfrage aus, dass die Medienkompetenz bisher nur unzureichend an den Schulen vermittelt wird. So ist Medienkompetenz in der Sekundarstufe 1 im Bereich „Aufgabenfelder von allgemeiner pädagogischer Bedeutung“ verankert, es gibt aber kein eigenes Fach, in dem auch Fragen der Prävention bei der Mediennutzung und der Datenschutz angesprochen werden sowie auf Gefahren hingewiesen und entsprechend sensibilisiert wird. In der Lehrerbildung gibt es kein verpflichtendes Fach, in dem sachgerechte Vermittlung von Medienkompetenz angeboten wird.

Und das Fazit: Die Landesregierung insgesamt zieht ihren Focus auf das Kennenlernen der neuen Medien, hat aber bisher wenig Aufmerksamkeit auf die Prävention, die Vermittlung eines kritischen Umgangs mit den Medien sowie die Aufklärung über Gefahren und über den Datenschutz gerichtet. Eine Medienkompetenzstrategie, vernetzt über alle Instanzen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Es gibt positive Ansätze, die sich aber noch nicht in eine erkennbare Strategie einordnen lassen.

Insgesamt bringt die Antwort der Landesregierung zum Ausdruck, dass in Schleswig-Holstein eine Reihe von Projekten zur Medienkompetenzförderung vorhanden sind, diese jedoch nicht ausreichen, um die Herausforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, zu bewältigen.

Die Ausstattung der Schulen mit entsprechender Hardware ist außerordentlich unterschiedlich, in der Lehrerfortbildung werden noch bei weitem zu wenige Schulungen für Pädagogen angeboten. Auch ist es noch nicht ausreichend gelungen, ein ausgewogenes und sich stimmiges Curriculum zu entwickeln, das die Vermittlung von Medienkompetenz fächerübergreifend von der Kindertagesstätte bis zur 13. Klasse beinhaltet.

Aber es gibt durchaus Positives, was sich allerdings erst in jüngster Zeit entwickelt hat. Dazu gehören neben den Aktivitäten der MA HSH und des Offenen Kanals sowie des IQSH die Initiativen und Angebote der verschiedensten Institute, Ministerien und Organisationen, die sich alle im „Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein“ zusammengefunden haben. Auch an der Universität Flensburg haben sich viele Fächer der Thematik angenommen und vermitteln Medienkompetenz.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit Medienkompetenzförderung noch einen Blick auf die Veränderungen werfen, die sich in der Lebenswelt von jungen Menschen durch die zunehmend intensive Nutzung des sogenannten Web 2.0 ergeben. Denn die neuen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten werden bei weitem nicht nur dazu genutzt, um Wissen abzufragen, zu sortieren und zu verwerten.

Facebook ist da nur das bekannteste Beispiel für diverse Netzwerke, die ihre Konzepte darauf ausgerichtet haben, möglichst viele Menschen mit z. T. erheblichem sozialen Druck in die Netzwerke einzubinden und sie dort zu halten mit dem Ziel, über die Auswertung der gewonnenen Daten Nutzer- und Persönlichkeitsprofile zu erstellen und diese kommerziell zu verwerten. Daten- und Persönlichkeitsschutz ist ein Fremdwort. Egal, was in Facebook kommuniziert wird – und das ist viel, weil vor allem Jugendliche, die nicht mitmachen, von vielen sozialen Kontakten abgekoppelt werden -, alles wird gespeichert und ausgewertet.

Gedankenlose Einträge in Schüler VZ und Facebook führen zunehmend zu gravierenden Schwierigkeiten, in die meistens junge Menschen geraten. Jeden Tag sitzen Millionen Kinder und Jugendliche am Computer und chatten in sozialen Netzwerken, setzen Fotos ins Netz und sammeln Freunde, ohne an die Gefahren zu denken. Je mehr Kontakte man in sozialen Netzwerken hat, so scheint es, umso besser. Viele Nutzer gehen dabei sorglos mit persönlichen Daten um. Sie veröffentlichen private Kontaktdaten oder persönliche Fotos und wissen in vielen Fällen gar nicht, dass jeder Netzwerknutzer sämtliche Daten einsehen kann.

Es ist verbreitet unter Firmen-Personalchefs, in sozialen Netzwerken zu recherchieren und nach Fotos zu suchen, um so das Bild von einem Bewerber/einer Bewerberin für sich abzurunden.

Nicht alle, die sich in sozialen Netzwerken bewegen, machen dies aus freundschaftlichen Motiven. Jugendliche nutzen Webseiten und soziale Netzwerke, um sich selbst zu inszenieren, aber auch um andere niederzumachen. Diese Erfahrung hat bereits jeder vierte User gemacht, er wurde beleidigt oder gar bedroht. Cyber-Mobbing ist ein vielen Jungen und Mädchen bekanntes Phänomen, oft zunächst als Scherz gemeint, aber mit gravierenden Folgen für die betroffenen Personen. Schilderungen über Morddrohungen, aber auch Selbstmorde auf Grund von Cyber-Mobbing sind keine Seltenheit mehr.

Es handelt sich bei all dem um keine kleine Randerscheinung. 68 % aller Deutschen zwischen 14 und 19 Jahren verbringen laut einer Studie der ZDF-Medienforschung regelmäßig Lebenszeit in solchen sozialen Netzwerken des Internets. Drei Viertel aller Jugendlichen haben bereits Fotos oder Filme von sich ins Netz gestellt. Jeder Vierte kennt Internet-Mobbing.

Das ganze Feld kann hier nur angerissen werden und ich hoffe, dass sowohl der Bericht als auch die Diskussion heute hier im Landtag dazu beiträgt, dass wir uns in Zukunft intensiver mit der dringend notwendigen Entwicklung einer Medienkompetenzstrategie für Schleswig-Holstein beschäftigen. Es sind, das zeigt die Antwort auf die Große Anfrage, gute Ansätze vorhanden, es gibt engagierte Akteure, aber es fehlt das Gesamtkonzept.

Eine Anhörung wird nicht nur spannend, sondern kann auch Initialzündung für die Fortentwicklung der Medienkompetenz sein. Und damit können wir mehr erreichen als mit allen Regulierungen, Sperrungen und Kennzeichnungen, wie wir sie zum Jugendmedienstaatsvertrag diskutiert haben.

Weitere Informationen: [Drucksache 17/861 Landtag \(PDF, extern\)](#)

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 17:53 Uhr - 2383 Clicks - Nr. 1077

Torsten Albig kommt nach Reinbek

Torsten Albig stellt sich am 26. November 2010 auf einer außerordentlichen öffentlichen Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Reinbek als Bewerber um das Amt des SPD-Spitzenkandidaten zur kommenden vorgezogenen Landtagswahl den südstormarner Genossinnen und Genossen vor.

Klaus-Peter Puls, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Reinbek, lädt alle südstormarner Genossinnen und Genossen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, am 26. November 2010 (Beginn 19.30 Uhr im Reinbeker Rathaus) Torsten Albig kennen zu lernen und mit ihm über seine Vorstellungen als möglicher Spitzenkandidat der SPD zur vorgezogenen Landtagswahl zu diskutieren. "Wir freuen uns sehr darüber, dass Torsten Albig sich bereit erklärt hat, neben den von den SPD-Kreisverbänden organisierten großen Vorstellungsrunden mit allen vier Bewerbern einen Extra-Abstecher zu uns nach Reinbek zu machen, damit wir ihn befragen können", so Klaus-Peter Puls.



Kommentar von [dieter schimmer](#) vom 17.11.2010, 18:30 Uhr:

RE: Torsten Albig kommt nach Reinbek

Guter Mann ,bringt unsere Partei voran!

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 17:55 Uhr - 2142 Clicks - Nr. 1078

Reinbeker SPD-Fraktion für Sanierung der Uwe-Plog-Halle

„Das Dach der Uwe-Plog-Halle muss schnellstmöglich saniert werden.“ Mit dieser klaren Ansage geht die Reinbeker SPD-Fraktion nach Auskunft ihres Fraktionsvorsitzenden Volker Müller in die Beratungen des Haushalts 2011. Die SPD-Fraktion werde daher, so Müller, bei den Beratungen der Fachausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung beantragen, die erforderliche Summe in Höhe von 1 Million EUR in den städtischen Haushalt einzuwerben.

„Es ist in den Reinbeker Sportlerinnen und Sportlern nicht länger zuzumuten, auf den Sport zu verzichten, sobald im Winter Schnee fällt und die Halle wegen der Einsturzgefahr des Dachs

gesperrt werden muss“, so Müller. Auch mache es aus finanzpolitischer Sicht keinen Sinn, die Dachsanierung weiter zu verzögern: „Die Kosten für die Dachsanierung steigen doch von Jahr zu Jahr.“

Unzufrieden zeigt sich die SPD-Fraktion mit dem Fortgang der Verhandlungen zwischen Stadt und TSV über einen neuen Vertrag, der die Zuschüsse der Stadt für die TSV regelt. „Wir erwarten, dass die TSV einsieht, dass die Stadt angesichts des Haushaltsdefizits die TSV nicht weiterhin im bisherigen Umfang bezuschussen kann“, so Müller. Daher werde man einer Verlängerung der alten Verträge letztmalig bis zum 31. März 2011 zustimmen. „Diese Frist muss genügen, um die Finanzbeziehungen zwischen Stadt und TSV auf eine neue, vernünftige Basis zu stellen“, führt Müller als Begründung an. Außerdem werde man beantragen, einen Teil der für die TSV vorgesehenen Zuschüsse mit einem Sperrvermerk zu versehen. „Wir wollen, dass die Stadt den Sport weiterhin fördert, erwarten aber auch, dass die TSV erkennt, dass die Ressourcen der Stadt begrenzt sind“, so Müller abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 17.11.2010, 18:39 Uhr - 3006 Clicks - Nr. 1079

3. Lesefest kam bei Suchsdorfern an!

Damit hatte der SPD-Ortsverein Suchsdorf nicht gerechnet: Fast 80 Besucherinnen und Besucher füllten das Café des AWO-Servicehauses in Suchsdorf. Stühle um Stühle mussten zusätzlich hineingetragen werden. Dann konnte Ratsherr Thomas Wehner die Gäste des 3. Suchsdorfer Lesefestes begrüßen, warb für eine Kultur des Lesens und die Stadtteilbücherei.

AWO-Servicehaus Leiter Marcus vanMeer führte daraufhin mit trockenem Humor durch das Programm. Das Motto: Bekannte Menschen aus Kiel lesen aus ihren Lieblingstexten.

Den Auftakt machte der Diakon der Matthias-Claudius-Gemeinde, Christoph Schröder-Walkenhorst, der Texte aus dem österreichischen „Ohrenschmaus“-Wettbewerb, einem Literaturpreis für Menschen mit Behinderung sowie dem russischen Schriftsteller Anton Tschechow vortrug und am Ende einen jüdischen Witz erzählte. Susanne Gaschke, Redakteurin der Wochenzeitung DIE ZEIT, folgte mit einem Auszug aus dem sehr eindringlichen Erzählband von Ferdinand von Schirach: „Verbrechen“. Behjat Moaali, bis vor kurzem Refugio-Koordinatorin, rezitierte vier Ghasal von Hafiz aus dem 14. Jahrhundert in persisch und deutsch. Der Kabarettist Wolfgang Röttgers las (gar nicht immer so unpolitische) Gedichte von Heinz Erhardt, begeisterte mit einem einstmals von Horst Jüssen gespielten Stück über antiautoritäre Erziehung und sang schließlich die Nationalhymne in mehreren Versionen.

Zum Schluss meinte Thomas Wehner, gerade die Unterschiedlichkeit der Texte machten den Charme des Lesefestes aus. Für den SPD-Ortsverein steht fest: Das Lesefest ist in Suchsdorf eine feste Einrichtung geworden, die gern angenommen wird.

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix: Ende der Solidarität

Am vergangenen Freitag hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Deutschen Bundestag die umstrittene Gesundheitsreform durchgewunken. Die SPD-Bundestagsfraktion hat geschlossen gegen dieses Gesetz gestimmt, denn nach unserer Auffassung ist es nicht geeignet, eine solide finanzielle Basis für die Gesetzliche Krankenversicherung zu schaffen.



Schlimmer noch: Die im FDP-geführten Gesundheitsministerium ausgedachte „Reform“ bedeutet nach unserer Auffassung die Abkehr von der solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, die sich über Jahrzehnte bewährt hat und auch im internationalen Umfeld als Vorbild dient.

Meine Befürchtung ist: Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik wird zur Spaltung unserer Gesellschaft beitragen, indem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig allein die Lasten steigender Gesundheitsausgaben schultern müssen. Die vom Einkommen unabhängigen Zusatzbeiträge, die die Kassen zukünftig erheben können, markieren darüber hinaus den Einstieg in die Kopfpauschale: Kleine Einkommen werden höher belastet als große. Denn natürlich trifft ein fester Zusatzbeitrag jemandem mit einem Einkommen in Höhe von 800 Euro stärker als Personen mit einem hohen Einkommen .

In welche Richtung Schwarz-Gelb steuert, zeigt auch das System Vorkasse, wonach gesetzlich Versicherte ihren Arzt öfter selbst bezahlen und sich das Geld von den Kassen zurückholen sollen.. Laut Schätzungen von Krankenkassen würden Patienten, die dieses Modell wählen, künftig auf der Hälfte der Behandlungskosten sitzen bleiben. Es liegt auch nahe, dass Ärzte und Ärztinnen ihren finanziellen Druck direkt an die gesetzlich Versicherten weitergeben und diejenigen bevorzugt behandeln, die finanziell auch in der Lage sind, in Vorkasse zu treten. Bisher gilt das Sachleistungsprinzip: Das Mitglied einer Krankenkasse oder ein mitversicherter Familienangehöriger wird vom Arzt ohne Rechnung behandelt. Mit der Einführung der Vorkasse öffnet Schwarz-Gelb den Weg in die Dreiklassenmedizin. Gut fahren die, die entweder privat versichert sind oder die Vorkasse wählen. Diejenigen, die ohnehin ein niedriges Einkommen haben und sich die Vorkasse nicht leisten können, werden das Nachsehen haben. Ich finde: Das ist ein Skandal!

Ich meine: Die Gesetzliche Krankenversicherung muss den Charakter eines bundesweiten Solidarsystems behalten. Gegen die Entsolidarisierung setzen wir seit 2004 das Konzept der Bürgerversicherung, das bis heute Grundlage für die SPD-Gesundheitspolitik ist. Die Grundpfeiler lauten: Alle Bürger zahlen einen bestimmten Prozentsatz aus der Summe aller eigenen Einkünfte. Und alle erhalten dieselben Leistungen. Die gesellschaftliche Entwicklung macht die Einführung einer Bürgerversicherung notwendiger denn je.

Keine Kommentare

Bericht von der Gemeindevertretung am 16. November 2010

Die positive Überraschung des Abends war die überwältigende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern aus unserer Gemeinde. Über 40 Gäste waren gekommen, wir mussten in den

großen Raum des DGH umziehen. Etwas, was sonst nur bei konstituierenden Sitzungen mit der Wahl eines neuen Bürgermeisters vorkommt. Offensichtlich bestand ein großes Interesse an der Vereidigung des wiedergewählten Wehrführers Thomas Krause und an dem Thema Biogasanlage.

Zu Beginn der Sitzung stellte die SPD-Fraktion mehrere Anträge zur Tagesordnung.

Angenommen wurde der Neue TOP 5. Biogasanlage in Lutterbek – aktueller Stand und weiteres Vorgehen der Gemeinde

In den Hauptausschuss wurden unser Anträge zu einem Bericht des Bürgermeisters zu der Organisationsentwicklung im Amt Probstei verwiesen.

Abgelehnt wurde die öffentliche Befassung der TOP 15 (alt) Grundstücksangelegenheit (am Dorfteich) und des TOP 16 (alt) Baugebiet in den öffentlichen Teil der Sitzung

Wir bedauerten, dass uns wieder keine schriftlichen Unterlagen zur Vorbereitung der Sitzung zur Verfügung gestellt wurden. Der Bürgermeister sicherte uns dieses für die zukünftigen Sitzungen zu.

Zu den Tagesordnungspunkten einige Anmerkungen.

- öffentliche Sitzung –

1. Eröffnung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2010
4. Bericht aus den Ausschüssen
5. Biogasanlage in Lutterbek – aktueller Stand und weiteres Vorgehen der Gemeinde

Bürgermeister Jens Peters informiert kurz über die stattgefundene Antragskonferenz am 02.11.2010 und gibt dem Betreiber Wolf Mönkemeier Gelegenheit aus seiner Sicht den Sachverhalt darzustellen. Er sei gern bereit auch für Häuser in Lutterbek Wärme zur Verfügung zu stellen, jedoch sei dafür eine Vergrößerung der Anlage erforderlich, da nach dem derzeitigen Stand der Planungen sämtliche von ihm nicht selbst benötigte Wärme in Wendtorf in dem dort bestehenden Nahwärmenetz eingesetzt werden soll. Derzeit ist insgesamt eine Leistung von ca. 570 kw geplant (Näheres siehe unseren separaten Bericht, in dem alle sachlichen Infos aufgenommen sind).

Wegen der besonders schwierigen Rechtslage zum Genehmigungsverfahren stellte die SPD den Antrag sich fachlich von einem externen Sachverständigen beraten zu lassen. Über diesen Antrag soll im nächsten Hauptausschuss beraten werden.

6. Umbesetzung von Ausschüssen
7. Wahl eines Ausschussmitgliedes des Hauptausschusses
8. Wahl eines Vorsitzenden des Hauptausschusses

Anlass für die TOP's 4-6 war der Rücktritt von Jörg Willms (WG) von der Aufgabe des Vorsitzenden des Hauptausschusses. Cai Lamp (CDU) hat seinen Sitz im Hauptausschuss an

Gerald Gleue (CDU) abgegeben. Gerald Gleue wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt.

9. Genehmigung der Haushaltsrechnung 2009

Die Haushaltsrechnung wurde einstimmig genehmigt.

10. Bestätigung des Gemeindeführers

Der wieder gewählte Wehrführer Thomas Krause wurde einstimmig von der Gemeindevertretung bestätigt und anschließend auf seine Aufgaben und Pflichten vereidigt.

11. Reparatur des Feuerwehrfahrzeuges

Die Reparatur des Feuerwehrautos fällt niedriger aus als ursprünglich befürchtet und kann aus dem Budget der FFW für das Jahr 2010 gezahlt werden.

12. Finanzausgleich AZV

Für die in den 80-er und 90-er Jahren von der Gemeinde Lutterbek an den Abwasserzweckverband übertragenen technischen Anlagen erwartet die Gemeinde eine Erstattung vom AZV in Höhe von ca. 150.000 €, die der AZV jedoch nicht zahlen will. Verbandsvorsteherin Heike Mews erhielt Gelegenheit die Position des Verbandes darzustellen. Dieser Streit ist bereits seit mehr als 10 Jahren nicht gelöst. Seitens der Gemeinde wird eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Schleswig erwogen. Das weitere Vorgehen soll im Hauptausschuss näher besprochen werden.

13. Bestellung der Spielgeräte für den Spielplatz

Die Spielgeräte werden wie vom Sozialausschuss vorgeschlagen bestellt. Wir bedauern, dass die Kinder und Jugendlichen an dem Verfahren nicht beteiligt wurden; das hatten wir wiederholt vorgeschlagen.

14. Hainbuche am Schulsteig

Die Buche wird nur beschnitten und nicht gefällt.

15. Sonstiges

- nicht öffentliche Sitzung -

16. Grundstücksangelegenheiten

Es wird eine Fläche am Dorfteich von ca. 140-150 qm verkauft.

17. Baugebiet

Ein weiteres Baugebiet am Horsenkrog wird nicht geplant.

18. Sonstiges

Kommentar von [Rolf Burmeister](#) vom 30.11.2010, 11:07 Uhr:

RE: Bericht von der Gemeindevertretung am 16. Nov. 2010

Es muß nicht immer ein Nachteil sein, wenn ein Thema nicht auf der Tagesordnung steht. Das gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, gezielt ihre Fragen in der jeder Sitzung voran gestellten Bürgerfragestunde an den Bürgermeister bzw. Gemeinderat zu richten. Es bringt dem Publikum in der Regel mehr als das reine Zuhören während einer Diskussion im Tagesordnungspunkt. Ist es nicht ein Regelverstoß im Sinne der Gemeindeordnung, wenn wie geschehen gegenteilig gehandelt wird, d.h. das Thema wird während der TO unter Einbeziehung des Zuhörerkreises erörtert? Es wäre ganz interessant zu wissen, wer für den

Verkauf der Fläche am Dorfteich gestimmt hat und welche Notwendigkeit dafür bestand. Zur Erinnerung: die Nordseite des Teiches wie auch der Teich selbst wurde vor 20 Jahren im Zuge der Dorferneuerung im Zusammenwirken der "Grüngruppe" mit dem Gemeinderat und dem leitenden Planer Werner Prell so gestaltet, wie sie heute ist. Es zeugt von einer großen Respektlosigkeit und Arroganz gegenüber den damaligen Beteiligten, wenn nun ohne triftigen Grund in nicht öffentlicher Sitzung ein Teil dieser Fläche verhökert wird. Irgendwann ist dann wohl auch der Dorfteich mal dran.

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 09:01 Uhr - 2985 Clicks - Nr. 1082

Müssen Städte wie Flensburg ein Opernhaus haben?

(Leserbrief an das Flensburger Tageblatt zu einem Artikel in der Ausgabe vom 13. November 2010)

Sehr geehrter Herr Stitz, liebe „Zeit“!

Allein diese Fragestellung zeigt, wie weit Sie von der wirklichen Problematik entfernt sind. Es geht nicht um ein Opernhaus für die Stadt Flensburg: Das Musiktheater des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters ist das einzige Musiktheater zwischen Aarhus und der gedachten Linie Kiel-Hamburg und

somit für die große Mehrheit der dort lebenden Menschen, vor allem der Jugend, die einzige Möglichkeit, Opern- und Ballettaufführungen zu besuchen.



2. Die Gesellschafter des SHLT haben die Wichtigkeit ihres Landestheaters für die Region erkannt und trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten die Gesellschafterbeiträge wieder dynamisiert. Die Landesregierung jedoch fährt einen bedrohlichen Kurs. In-Frage-Stellung der Universität Flensburg, Schließung der JVA Flensburg u.a. addieren sich mit der Deckelung der FAG-Mittel für die Theater in Schleswig-Holstein zu einer wirtschaftlichen Bedrohung des nördlichen Landesteils. Nur eine Kennzahl: Die Theaterförderung je Einwohner beträgt in Kiel 57,50 €, in Lübeck 46,50€, im Bereich des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters lediglich 19,13 €.

3. Es stimmt zwar, dass in der Zeit der letzten Generalintendanz trotz künstlerisch anspruchsvollster Inszenierungen (u.a. Nominierung des „Tannhäuser“ für den Deutschen Theaterpreis in der Sparte Beste Regie) die Zuschauer mehr und mehr fernblieben. Dieser Trend ist mit dem Ende der letzten Spielzeit und dem Beginn der neuen gebrochen worden. Zum ersten mal seit 10 Jahren steigende Abonnentenzahlen, ausverkaufte Premieren und Konzerte. Für die von der „Zeit“ als verzichtbares Musiktheater kritisierte Inszenierung des „Nabucco“ sind keine Karten zu bekommen, jede Vorstellung und auch die angebotenen Zusatzvorstellungen sind ausverkauft. Es scheint so, als sähe das Publikum klarer als der Kritiker, der Werktreue als hölzern und bieder titulierte in einer Zeit, in der das Ende des Regietheaters ausgerufen wird (Daniel Kehlmann auf den Salzburger Festspielen 2009). Das Signal der Zuschauer lautet unmissverständlich: Das ist Musiktheater, wie wir es wollen und auf das wir nicht verzichten möchten!

4. Natürlich muss eine Systemanalyse her. Aber genau die betreibt der erst seit August im Amt befindliche neue Generalintendant Peter Grisebach. Obwohl schon vieles in die Wege geleitet

und das Defizit beinahe halbiert wurde, braucht auch ein neuer Besen vor allem erst einmal Zeit, um gründlich zu arbeiten. Geben Sie Herrn Grisebach diese Zeit und fallen Sie nicht nach gerade mal 2 Monaten unqualifiziert über ihn her.

Burkhard Lange-Seynsche, Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Flensburg

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 11:36 Uhr - 3419 Clicks - Nr. 1083

Gemeinsam lernen 2020

Unter dem Motto „Gemeinsam Lernen 2020“ hatte der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion zu einer Fachtagung eingeladen. Der Arbeitskreisvorsitzende Dr. Henning Höppner sagte: „Natürlich beschäftigen uns momentan die Pläne der Landesregierung, das erst 2007 verabschiedete Schulgesetz schon wieder zu ändern. Wir wünschen uns aber eine Diskussion über die Tagesaktualität hinaus. Wie sollen die langen Linien von Bildungspolitik aussehen? Wie schaffen wir mehr Bildungsgerechtigkeit?“



Diese Fragen diskutierten in Rendsburg eingeladene Fachreferenten und über 100 Gäste, Bildungspolitiker, Lehrerinnen und Schüler. Außerdem waren besonders erfolgreiche Gemeinschaftsschulen aus Schleswig-Holstein eingeladen, dem Plenum ihre Schulprogramme vorzustellen.

Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Bildungssenator in Berlin, skizzierte in seinem Eingangsreferat die Verantwortung des Staates in einer Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft. Weil Bildung die persönliche Perspektive jedes Einzelnen bestimme und ein lebenslanger Prozess sei, müsse man neben der Schule auch den vorschulischen Bereich und die Weiterbildung in den Blick nehmen. Weil Geld keine Hürde sein dürfe, brauche man Gebührenfreiheit. Und weil nicht alle, die es brauchen, vorschulische Angebote annehmen, müsse im Einzelfall auch über eine Kita-Pflicht nachgedacht werden, um familienbedingte Nachteile auszugleichen. Mit Blick auf den Ausgleich von Nachteilen sagte Zöllner auch: „Ganztagsschule ist notwendig. Wenn Schule im Bereich der Bildung und Erziehung mehr leisten muss, braucht sie auch mehr Zeit.“ Zöllner forderte zudem, dass alle Schulen alle Abschlüsse anbieten, weswegen Schleswig-Holstein mit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen auf einem guten Weg sei. Große Aufmerksamkeit schenkte er dem Gedanken der Qualitätssicherung und verwies darauf, dass der internationale Schulleistungstest PISA einst von der SPD durchgesetzt wurde.

Prof. Dr. Matthias von Saldern von der Universität Lüneburg war um einen Vortrag zum Thema „Leistungsmessung und gemeinsames Lernen - ein Konflikt?“ gebeten worden. Eigentlich, so von Saldern, hätte ein einfaches „Nein“ als Antwort gereicht. „Noten sind so ziemlich das dümmste Rückmeldeverfahren.“ Und: „Wenn Differenzierung der richtige Weg wäre, bräuchten wir Extra-Schulen auch für ‚Nähnadelbegabte‘ und in der Konsequenz für jeden Schüler seine Schule.“ Das waren zwei der Thesen, die von Saldern vorstellte und begründete. Das dreigliedrige Schulsystem zum Beispiel versuche, Schülerinnen und Schüler nach Begabung

einzuteilen. Das funktioniere aber schon deshalb nicht, weil in der Schule nicht Begabung, sondern nur Leistung gemessen werde, in die auch Persönlichkeit und Umweltfaktoren hineinspielten. Noten wiederum wirkten teilweise beschämend, was im pädagogischen Raum zu vermeiden sei. Auch helfe einem Schüler die Information nicht weiter, besser oder schlechter zu sein als andere in derselben Klasse. Und nichts anderes können Noten aussagen. Wie nah ein Schüler den Lernzielen seiner Stufe ist, welche persönlichen Fortschritte er gemacht hat, darüber sagten Noten ihm nichts. Wichtig sei es, in der Schule Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Bei jedem Schüler müsse die Überzeugung geweckt werden, durch eigenes Handeln erwünschte Ziele und Ergebnisse zu erreichen. „Fördern und Fordern gehören zusammen“, sagte von Saldern an anderer Stelle. „Am Anfang muss eine Forderung an den Schüler stehen. Wenn er sie nicht erfüllen kann, muss die Förderung einsetzen.“ Es helfe dem kleinen Willi, der keine zwei Meter hoch springen kann, nichts, wenn er dies zehnmal versuchen dürfe und er zehnmal die Erfahrung des Scheiterns mache. Das Ziel müsse eine angstfreie Schule sein, die als echte Ganztagschule arbeite und die Intelligenz der Schüler fördere, wozu insbesondere musischer Unterricht gehöre. Diese Schule müsse Heterogenität nicht ignorieren, sondern akzeptieren. Deswegen müsse auf Sitzenbleiben, Abstufen und Überspringen verzichtet werden. Die Schule müsse weg von der Lehrerzentrierung hin zur Schülerzentrierung gelangen.

Der Reformpädagoge und Publizist Dr. Otto Herz leitete seine Überlegungen zu „Lehrerinnen und Lehrer als Chance einer Gesellschaft“ mit der Feststellung ein: „Lernen ist wichtiger als Unterricht.“ Ganztagschulen sah auch Herz als guten Weg in der Zukunft, warnte aber: „Ganztagschule darf nicht die Fortsetzung der falschen Halbtagschule über den ganzen Tag werden. Einfach zwei Stunden mehr erhöhen die Lernresistenz mehr als die Lernkompetenz.“ Er befasste sich mit der Frage, wie interessante Lehrerpersönlichkeiten gebildet werden können. Ein guter Lehrer müsse selbstreflektiert sein und etwas zu erzählen haben. Wer als Lehrer sage, von Haus aus sei er Germanist, müsse gefragt werden: „Wo war ihr Zuhause?“. Die eigene Biografie müsse auf dem Weg zum Lehrberuf befragt und verstanden werden, Lehrer müssten darauf vorbereitet sein, immer mit überraschenden Situationen konfrontiert zu werden. Herz forderte: „Ein Kollegium darf keine kollegiale Depressivität sein. Lehrer sind Modelle für die Gestaltbarkeit des eigenen Lebens.“ Und er riet angehenden Lehrern: „Macht ein Zeltlager mit. Begeht euch mit Jugendlichen in eine Situation, in der ihr kein anderes Machtmittel habt als die Wirksamkeit der eigenen Person. Wenn euch das nicht gelingt, werdet nicht Lehrer.“ In Deutschland müsse mit der Fehlkonstruktion gebrochen werden, dass gerade diejenigen, die mit den kleinsten Kindern umgehen, die geringste Qualifikation und Anerkennung hätten. Pädagogen sollten eine gemeinsame erste Ausbildungsphase durchlaufen, bei der auch die Abgrenzung zwischen Sozialpädagogen und Schulpädagogen überwunden werden müsse.

Dr. Brigitte Schumann befasste sich mit Inklusiver Bildung. Schleswig-Holstein sei bundesweit führend, weil bereits 53% aller Kinder mit besonderem Förderbedarf im Regelunterricht integriert seien. Das von der OECD verkündete Ziel von 85% hielt sie auf lange Sicht nicht für ausreichend. Inklusion sei an die Struktur einer „Schule für alle“ gebunden. Sie stellte fest: „Mit Ratifizierung der UN-Konvention ist Inklusive Bildung ein Menschenrecht. Das ist das stärkste Argument für gemeinsames Lernen überhaupt.“ Auch sie forderte die Ausweitung der Aktivitäten von Schule: „Wer Kinder stark machen will, muss auch Eltern stark machen.“

Abschließend stellte der Vorsitzende des SPD-Arbeitskreises, Dr. Henning Höppner, das bisher Erreichte vor. Die Gemeinschaftsschule sei mittlerweile die am weitesten verbreitete Schulart der Sekundarstufe in Schleswig-Holstein. Großen Nachholbedarf gebe es bei der Zahl der

Schülerinnen und Schüler, die das Abitur erreichten, besonders weil diese Quote regional extrem ungleich verteilt sei.

Die gut besuchte Veranstaltung musste nach 7 ½ Stunden beendet werden, obwohl noch viel Bedarf an Diskussion bestanden hatte. Henning Höppner und Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises, kündigten an, diese in anderer Form an verschiedenen Stellen fortzusetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 11:42 Uhr - 8679 Clicks - Nr. 1084

Birke als Fraktionsvorsitzender einstimmig wieder gewählt

Birke als Fraktionsvorsitzender einstimmig wieder gewählt - SPD-Fraktionsvorstand im Amt bestätigt. SPD signalisiert Bereitschaft zur fraktionsübergreifenden Haushaltssanierung.

Bis zum Ende der Amtsperiode des Kreistages 2013 hat die SPD-Kreistagsfraktion ihren Vorsitzenden Hannes Birke einstimmig wieder gewählt.

Mit Hans-Peter Stahl als 1. stellvertretenden Vorsitzenden, dem Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Fischer und den stellvertretenden Vorsitzenden Helga Kell-Rossmann, Nicolai Overbeck, Werner Harms und Sitrygg Beyersdorff stellten sich auch die anderen Vorstandsmitglieder zur Wiederwahl und wurde ohne Gegenstimme in ihren Ämtern bestätigt.



Für Birke war die Entscheidung der Fraktion ein großer Vertrauensbeweis auch in die zukünftige Arbeit des Vorstandes. In seinem Rechenschaftsbericht kündigte Birke die Fortsetzung der konstruktiven Oppositionsarbeit im Kreistag an. „Wir sehen -so Birke- unsere Arbeit nicht im destruktiven „Nein-Sagen, sondern werden mit eigenen Initiativen und Vorschlägen unser politisches Profil auch in Abgrenzung zu den anderen Fraktionen deutlich machen.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzsituation signalisierte Birke Bereitschaft, gemeinsam mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen konstruktiv an der Haushaltssanierung mit zu arbeiten. Dabei setzt die SPD auf eine langfristige Sanierungsstrategie, um nicht „in den Schulden zu versinken“. Eine solche Strategie muss sich für die SPD an den unverzichtbaren Leistungen im Bildungs-, Jugend- und Sozialbereich orientieren, finanzpolitische Fehlentscheidungen korrigieren und schmerzhaftes Kürzungen vornehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 12:24 Uhr - 1241 Clicks - Nr. 1085

Kiel – Heimathafen der Marine

Zur Veröffentlichung der Broschüre „Kiel. Heimathafen der Marine“ erklären der bundeswehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Rüdiger Karschau, der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und

Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Am 16.09.2010 hat die Ratsversammlung den Oberbürgermeister aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Strukturreform bei der Bundeswehr für den Standort Kiel zu werben. Die Ratsversammlung unterstützt seine Bemühungen, auf einen Verbleib möglichst vieler Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzuwirken.“

Zu diesem Zweck hat der Oberbürgermeister nun die Broschüre „Kiel. Heimathafen der Marine“ vorgestellt. Sie stellt ein gutes Hilfsmittel für die Werbung für den Bundeswehrstandort dar.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 14:34 Uhr - 7701 Clicks - Nr. 1086

Internationaler Tag der Kinderrechte am 20. November 2010

Thönnies: Kinder und Jugendliche im Kreis Segeberg von Kürzungen der Bundesregierung betroffen

In der nächste Woche wird im Deutschen Bundestag der Bundeshaushalt für das Jahr 2011 verabschiedet. Von den geplanten Kürzungen werden auch Kinder und Jugendliche im Kreis Segeberg betroffen sein.

„Die Jüngsten unserer Gesellschaft haben bei der aktuellen Bundesregierung keine starke Lobby. Denn das Kürzungspaket der schwarz-gelben Koalition führt gerade bei ihnen zu harten Einschnitten“, so der SPD-MdB Franz Thönnies.



So planen CDU/CSU/FDP beispielsweise bei der Jugendpolitik, der Arbeitsmarktförderung, dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, dem Wohngeld, dem Elterngeld sowie den Jugendfreiwilligendiensten Kürzungen. Andere wichtige Projekte wie der Ausbau der frühkindlichen Bildung würden vernachlässigt.

- **Beispiel Ausbildungsbonus:** Der Ausbildungsbonus zur Förderung von Lehrstellen für Altbewerberinnen und Altbewerber soll abgeschafft werden. Mit der Streichung dieses Arbeitsmarktinstruments werden die Chancen vieler Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt beschnitten. Die SPD fordert eine Verlängerung des Ausbildungsbonus um drei Jahre.
- **Beispiel frühkindliche Bildung:** Kinder haben ein Recht auf Bildung ab Geburt. Daher ist die frühkindliche Bildung besonders wichtig. Um mehr Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie eine Steigerung der Qualität der Angebote zu erreichen, muss der Bund sich noch stärker engagieren. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung bleibt untätig. Die SPD fordert seit Monaten die Einberufung eines neuen Krippengipfels mit Ländern und Kommunen, um den Ausbau voranzubringen.
- **Beispiel Städtebauförderung:** Die Bundesregierung kürzt die Städtebauförderung im kommenden Jahr um 150 Millionen auf 455 Millionen Euro. Die Kürzung geht überwiegend zulasten des Programms Soziale Stadt, das von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro zusammengestrichen wird. Die Kürzungen werden vor allem finanzschwache Städte unter Druck setzen und gefährden die Arbeit zahlreicher Projekte.

- Beispiel Wohngeld: Die Abschaffung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger wird einkommensschwache Familien und damit viele Kinder und Jugendliche hart treffen. Der Heizkostenzuschuss ist 2009 auf Betreiben der SPD eingeführt worden.
- Beispiel Elterngeld: Die geplanten Einschnitte beim Elterngeld werden zu Eltern und Kindern „erster und zweiter Klasse“ führen. Für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II soll es komplett gestrichen werden. Eltern mit mittlerem Einkommen müssen sich ab dem 1. Januar auf niedrigere Sätze einstellen.
- Beispiel Jugendfreiwilligendienste: Schwarz-Gelb plant Kürzungen der Mittel für benachteiligte Jugendliche und junge Migrantinnen und Migranten im Bereich der Jugendfreiwilligendienste. Diese konterkarieren eine wirkungsvolle Integrationspolitik.

„Diese Beispiele machen deutlich, dass die unsoziale Haushaltspolitik von CDU/CSU/FDP FDP vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche treffen wird. Die Politik ist aber mitnichten alternativlos, denn die SPD hat im Bundestag Alternativvorschläge vorgelegt, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern statt sie zu beschneiden“, so Franz Thönnies.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 14:34 Uhr - 48496 Clicks - Nr. 1087

„Agrargelder müssen bei den Familienbetrieben ankommen!“

Reformideen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 stützen soziale und nachhaltige Landwirtschaft

Einen Tag später als ursprünglich vorgesehen hat EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos heute in Brüssel die lang erwartete Kommissionsmitteilung zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Die Vorstellungen der Kommission, die Subventionen für die Landwirte ökologisch neu auszurichten und die Förderung von Klimaschutz und Biodiversität stärker in den Verteilungsfokus zu rücken, hält die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust für sinnvoll: "EU-Kommissar Ciolos hat mit seinem Papier wesentliche Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion aufgegriffen."



Die Kommissionsvorstellungen tendierten in eine ähnliche Richtung wie das Modell für die Direktzahlungen der Sozialdemokraten: „Wir wollen neben einem Grundbetrag, der an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt sein muss, zusätzlich Zahlungen für bestimmte Umweltdienstleistungen wie beispielsweise die extensive Weidewirtschaft“, so Rodust. Eine Agrarpolitik, die gleichermaßen sowohl auf die verlässliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Agrarprodukten ausgerichtet sei, als auch auf ein nachhaltiges Wachstum, benötige allerdings eine entsprechende finanzielle Grundlage, erklärte Rodust, die hier noch entsprechende Signale auch seitens der Agrarminister vermisst.

Positiv bewertete Rodust die Absicht der Kommission, die Beihilfen zukünftig aktiven

Landwirten zukommen zu lassen. In der Vergangenheit wurde immer wieder kritisiert, dass Großkonzerne von den Agrarzahungen aus Brüssel profitieren. "Wir müssen dafür sorgen, dass die Zahlungen bei den Familienbetrieben ankommen, denn diese Betriebe sorgen dafür, dass wir eine multifunktionale, nachhaltige und flächendeckende Landwirtschaft in Europa erhalten", bekräftigte Rodust.

Ein weiterer Punkt, den die SPD-Agrarpolitikerin in dem Kommissions-Papier für wichtig befindet, ist die Stärkung von lokalen und regionalen Strukturen: „Durch den Ausbau von lokalen Märkten schaffen wir wichtige Arbeitsplätze im ländlichen Raum und tragen dazu bei, dass dieser lebenswert bleibt“, betonte Rodust abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 18.11.2010, 15:17 Uhr - 1777 Clicks - Nr. 1088

Strom aus erneuerbaren Quellen und Photovoltaik

Pressemitteilung

Strom aus erneuerbaren Quellen und Photovoltaik

Strom für städtische Gebäude nur noch aus erneuerbaren Quellen und eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Matthias-Claudius-Schule – die SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“ hat zwei erste Teilziele formuliert für den Weg hin zu einer „Stadt mit sauberer Energie“.

Beide Anliegen wurden von der SPD-Fraktion im Reinfelder Rathaus einstimmig für gut und richtig befunden und liegen jetzt als Anträge für den Bau- und Umweltausschuss vor, der am 25.11. um 20 Uhr tagt.

„Ganz Reinfeld soll bis zum Jahre 2020 seine elektrische Energie nur noch dort beziehen, wo sie aus erneuerbaren Quellen stammt: Das sind in erster Linie Sonne, Wind und Wasser. Das ist unser Ziel.“ sagt dazu Gerd Herrmann für die Arbeitsgruppe.

Vorreiter soll die Stadtverwaltung sein. Im ersten Antrag geht es darum, dass bei der Ausschreibung von Stromlieferungen für städtische Gebäude und sonstige Verbrauchsstellen nur noch Anbieter mit Öko-Strom zum Zuge kommen. „Allerdings muss ein erträglicher und vertretbarer Preis gewährleistet sein. Wir meinen, dass der Öko-Strom nicht mehr als 15% teurer sein sollte. Ansonsten gibt's herkömmlichen Strom.“ ist die Meinung in der SPD-Fraktion.

Des Weiteren soll die Stadt Reinfeld ihr Interesse an der Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf der Matthias-Claudius-Schule deutlich machen.

Die Verwaltung soll die Möglichkeiten dafür überprüfen, z.B.:

- Errichtung und Betrieb durch den Schulverband,
- Anmietung der Dachfläche und Errichtung und Betrieb durch die Stadt Reinfeld,
- Anmietung der Dachfläche, Errichtung und Betrieb durch einen anderen Betreiber.

Die AG „Nachhaltiges Reinfeld“ sieht sich und ihre Arbeit auf einem guten Wege. „Große Lösungsentwürfe, die in einer Proklamation oder einer plakativen Forderung enden, sind nicht unser Ding.“ fasst Gerd Herrmann das Anliegen der AG zusammen. „Wir denken, das Wirken zu Gunsten unserer Umwelt und unseres Klimas ist am effektivsten in kleinen, aber handfesten Maßnahmen. Diese wollen wir in Gremien zu Beschlüssen werden lassen, damit sie anschließend konkret umgesetzt werden können.“

Keine Kommentare

Verkehrsschau in Nordhastedt

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Bericht der DLZ v. 20.10.2010 bzgl. der Verkehrssituation in der Kleinen Straße

Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass endlich etwas in der Kleinen Straße passieren soll. Bereits am 17.02.2009 hat die SPD-Fraktion beantragt, dass sich mit diesem Problem befasst wird, da wir bereits damals die steigenden Verkehrszahlen durch den Trainingsplatz und das Neubaugebiet erwartet haben. Am 11.03.2009 wurde dieses Thema, auf der Gemeindevertreterversammlung, in den Wegeausschuss der Gemeinde verwiesen, der sich auf seiner Sitzung am 03.09.2009 damit beschäftigte und zu keinem Ergebnis kam, sondern eine Verkehrsschau abwarten wollte.



Die jetzt in dem Bericht dargestellten Ergebnisse sind unserer Meinung nach aber nicht ausreichend. Wie bereits in der Vergangenheit fordern wir bauliche Maßnahmen in dem Bereich, der auch auf dem Foto zu sehen ist, die ein Überfahren des abgesenkten Bürgersteiges unmöglich machen (z.B. Baken, Poller o.ä.). Dazu sollte die Verkehrsführung auf diesem 60m Teilstück so aussehen, dass Begegnungsverkehr dort ausgeschlossen wird (Verbot der Durchfahrt bei Gegenverkehr). Außerdem sollte es ein generelles Verbot für Fahrzeuge ab einer gewissen Größe geben (breiter als 2m, schwerer als 7,5t). All diese Maßnahmen ließen sich schnell und kostengünstig umsetzen, und würden die Verkehrssicherheit positiv beeinflussen. Auch sollte die geplante Geschwindigkeitsregelung bereits jetzt umgesetzt werden.

Wir haben diese Maßnahmen auch bereits in der Vergangenheit den Gremien vorgestellt, konnten aber keine Mehrheit dafür finden. Trotzdem werden wir daran festhalten und werden auch weitere Maßnahmen vorschlagen, die einer langfristigen Planung bedürfen. Zudem gibt es in der Gemeinde noch weitere Gefahrenpunkte, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht (z.B. Hauptstr./Schule oder Gaushorner Str./Weg zum Schwimmbad).

Die Argumentation, auch seitens des Kreises, dass an diesen Stellen noch keine Unfälle geschehen sind und es deshalb keinen Handlungsbedarf gibt, erachten wir als nicht angebracht.

Wir werden weiter an der Verbesserung der Verkehrssicherheit in unserem Dorfe arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Breuer
Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

Schade, aber alles Gute, Ute!

Zu der Entscheidung von Ute Berg, nach Köln zu wechseln, erklärt der Kieler SPDKreisvorsitzende Rolf Fischer:

„Wir bedauern diesen Schritt nicht zuletzt deshalb, weil diese Position für die Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung ist. Hier soll weiterhin sozialdemokratische Handschrift sichtbar werden. In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft wollen wir Zeichen setzen. Deshalb benötigen wir eine aktive und aktivierende Dezernentin.“

Wir akzeptieren die Entscheidung von Ute Berg und wünschen ihr alles Gute.



Wir sind sicher, dass Ute Berg in der verbleibenden Zeit ihre Arbeit intensiv fortführen wird und streben nach ihrem wahrscheinlichen Ausscheiden eine schnelle Wiederbesetzung an."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.11.2010, 12:29 Uhr - 2797 Clicks - Nr. 1091

Zur Nominierung von Ute Berg als Wirtschaftsdezernentin in Köln

Zur Nominierung von Ute Berg, Kieler Stadträtin für Arbeit und Wirtschaft, zur Wirtschaftsdezernentin in Köln erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir bedanken uns bei Ute Berg für ihre engagierte Arbeit in Kiel.

Für Ute Berg, die aus Nordrhein-Westfalen stammt, liegt es nahe, den Ruf aus Köln für die Position der Wirtschaftsdezernentin anzunehmen.

Wir wünschen ihr für diesen weiteren Schritt in ihrer beruflichen Vita alles erdenklich Gute."

Keine Kommentare

[SPD-Kaköhl](#) - veröffentlicht am 19.11.2010, 12:55 Uhr - 3602 Clicks - Nr. 1092

Nachruf: Wir trauern um Hans-Peter Ehmke

Es ging wie ein Lauffeuer durch die Gemeinde Blekendorf:

Hans-Peter Ehmke ist gestorben und es war ein Schock, einfach unfassbar. Dass er nicht ganz gesund und zuletzt auch mal im Krankenhaus gewesen war, das war bekannt, aber dass es so Ernst sein würde, hatte keiner ahnen können.

Die große Zahl der Nachrufe, die riesige Beteiligung an der Trauerfeier zeigten es allen: Hier ist ein besonderer Mensch gestorben, der viel für andere geleistet hat und dafür geschätzt wurde.

Womit soll man anfangen? In die Gemeinde kam er 1969, wo er an der Schule als Lehrer tätig war und bald mit seiner Frau Heidi in die Alte Schule zog. 1974 wurde das neue gebaute Haus gegenüber bezogen. Da er an der Blekendorfer Schule bis zu seiner Pensionierung 2004 tätig war, lernten ihn Generationen von Kindern aus der Gemeinde als netten Lehrer kennen, der ihnen mit Humor u.a. das Rechnen beibrachte. Dies bewirkte große Bekanntheit und Beliebtheit in der Gemeinde.

Schon in früher Jugend in Kiel politisch interessiert, wurde er auch früh dort bei den Jusos aktiv und trat in die SPD ein, was fortan sein Leben maßgeblich bestimmen sollte. 1970 wurde er in den Plöner Kreistag gewählt, in dem er bis 2008 wirkte, war dort in wichtigen Funktionen tätig und vertrat gegen viele Widerstände immer die Positionen der Gemeinden.

Kommunalpolitik war und blieb seine Leidenschaft. Sehr schnell übernahm er im SPD-Ortsverein Kaköhl eine der führenden Rollen, kam 1973 in die Gemeindevertretung und erweiterte Partei und Fraktion zielstrebig um neue Mitglieder. Das schlug sich bald in den Wahlergebnissen nieder. 1978 gelang es erstmals, zwei Direktmandate in der Gemeindevertretung zu erreichen und 1986 dann der große Erfolg: Die SPD errang die

absolute Mehrheit und Hans-Peter wurde Bürgermeister.

Das war sein Leben. Er saß in der Kurverwaltung und „regierte“ und hatte sich sehr schnell in die nicht einfache Materie eingearbeitet. Er war dem Personal ein fürsorglicher, wenn nötig auch energischer Chef. Er drückte der Gemeindevertretung seinen Stempel auf, setzte auch gegen Widerstände das durch, was er für richtig hielt. Große Projekte waren der Kindergarten (gleich nach dem Amtsantritt in Angriff genommen, mit einem Anbau an die Schule), die DLRG-Wachstation am Strand, die „Jahrhundertaufgabe“ Zentrale Abwasserbeseitigung und umfangreiche Investitionen in Schule, Feuerwehrhäuser, sowie Verkaufsgebäude und Dünenübergänge am Strand. Bei strittigen Themen war er ein genialer Moderator, er konnte mit der von ihm ausgestrahlten Ruhe schon dadurch aufgeregte Gemüter besänftigen, ausgleichen, Wogen glätten. Er konnte so überzeugend argumentieren, dass oft beide Seiten mit gegensätzlichen Meinungen hinterher glaubten, Recht gehabt und bekommen zu haben.

Bürgern, die ein Anliegen hatten, widmete er Zeit, sie hatten nie das Gefühl, abgewimmelt zu werden. Er setzte sich für sie ein, auch auf höherer Ebene, ohne Ansehen der Person. Das machte ihn so beliebt, dass er auch bei den weiteren fünf Gemeindewahlen jeweils mit Abstand die höchsten persönlichen Stimmenzahlen erreichte. Dass 1998 eine Wählergemeinschaft in gemeinsamer Sache mit der CDU einen Bürgermeister installierte, konnte als Betriebsunfall gewertet werden, nach zwei Jahren war der Spuk vorbei. Dass 2008 trotz eines wiederum überragenden Wahlergebnisses eine Formation namens GUB wiederum am Wählerwillen vorbei einen anderen Bürgermeister wählte, hat ihn schwer getroffen. Das hatte der Wähler nicht gewollt, das hatte Hans-Peter Ehmke nicht verdient!

Den Kontakt zu seinen Bürgern suchte Hans-Peter auch bei hohen Geburtstagen bzw. besonderen Hochzeiten. Er hatte sich bei den Angehörigen akribisch kundig gemacht, wusste so in seiner Rede allerhand humorvoll Anekdotisches unterzubringen und auch kleine Spitzen wurden so verpackt, dass sie allen Freude machten.

Die Feuerwehren hatten in ihm einen großen Fürsprecher. Neue Fahrzeuge, Anbauten oder Neubauten der Gerätehäuser setzte er durch, auch hier nicht ohne Widerstände. Auch in punkto Ausrüstung konnten die Wehren mit ihm viel erreichen. Für seine Verdienste erhielt er 2004 anlässlich der Einweihung des Feuerwehrhauses in Blekendorf die höchste Auszeichnung, die ein Zivilist bekommen kann. Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hans-Peter Kröger, zeichnete ihn mit der Deutschen Feuerwehr-Ehrenmedaille aus.

Auch war er aus Überzeugung Mitglied in allen drei Totengilden der Gemeinde. In Blekendorf als Einwohner dabei, war seine Königsrede auf Platt beim Frühstück zu einer festen Institution geworden. Aber auch in Kaköhl kraft Amtes als Vorstandsmitglied und in Rathlau war er ein treuer Gildebruder. Die Gilden konnten immer auf seine Unterstützung bei den festen Zuschüssen und sonstigen Wünschen zählen. Das galt auch für die übrigen Vereine und Verbände der Gemeinde z.B. Sozialverband und Deutsches Rotes Kreuz.

Eine Herzensangelegenheit war ihm auch der SC Kaköhl. Hier war er anfangs noch gelegentlich aktiv, im Badminton kaum zu schlagen, später dann ständiger Zuschauer der ersten Fußballmannschaft, die er auch zu fast allen Auswärtsspielen begleitete, in guten wie in schlechteren Zeiten. Die Wünsche des Vereins fanden bei ihm offene Ohren, Unterstützung kam von ihm für einen festen jährlichen Zuschuss, für einen langfristigen Vertrag über die kostenlose Nutzung der Sportanlagen und für besondere Projekte.

Seine Familie war ihm jederzeit wichtig, trotz aller Funktionen und der vielen Zeit, die diese Tätigkeiten beanspruchten. Seine Frau Heidi, Kinder und später die Enkelkinder standen an erster Stelle. Das konnte er besonders in den jährlichen üblichen Dänemark-Aufenthalten ausleben, fern von dem Stress in der Heimat.

Gerne spielte er Skat und war ein pfiffiger und gewiefter Spieler, der aber – was bei Skatlern nicht selbstverständlich ist – auch gut verlieren konnte. Meistens kam er mit einem Preis nach Hause. Er war auch, was bei seiner Konstitution nicht unbedingt zu vermuten war, ein sehr guter Tänzer und schwebte sozusagen über das Parkett.

Für Nachbarn und überhaupt für alle Bürger war das Haus Ehmke ein offenes Haus, d.h. man konnte jederzeit -wirklich jederzeit - klingeln und war immer willkommen, meistens begrüßte einen erst einmal der Hund und dann nach einiger Zeit ging die Tür auf. Drinnen aber war Gastfreundschaft und viel Zeit für den Besucher angesagt, alles andere wurde bei Seite gelegt. Natürlich hatte Hans-Peter Ehmke bei allem Lob auch seine Ecken und Kanten, diese waren aber so gering, dass sie den Gesamteindruck nicht schmälern können.

Die Gemeinde Blekendorf hat mit Hans-Peter Ehmke einen Mann verloren, der unendlich viel für das Gemeinwesen geleistet hat. Die SPD Kaköhl trauert um ihren langjährigen Vorsitzenden, der die Seele des Ortsvereins verkörperte. Nachbarn und Freunde gedenken seiner In Dankbarkeit und werden ihn nicht vergessen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 19.11.2010, 14:05 Uhr - 8268 Clicks - Nr. 1093

Die politische Verantwortung wahrnehmen!

*In der Landtagsdebatte zur HSH Nordbank erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD, **Birgit Herdejürgen**:*

Nonnenmacher am 1.11.2020 im PUA: „ (...) wir brauchen Ruhe in der Bank, um den, wie ich hoffe, vorhin eindrucksvoll dargelegten Sanierungsprozess der Bank in Ruhe einfach fortführen zu können.“ Das ist nachvollziehbar. Wir würden dies im Interesse Schleswig-Holsteins natürlich auch gern unterstützen. Aber das Verhalten der Bank macht bereits innerhalb der Fraktionen die Diskussionen und nötigen Entscheidungen nicht leichter.



Die Leitung der HSH Nordbank hat schon in der Vergangenheit und ganz aktuell nicht verstanden, dass die Länderparlamente **ein besonderes Informationsbedürfnis** und auch einen besonderen Informationsanspruch haben: Abgeordnete werden in Verantwortung genommen, wenn es um „ihre“ Landesbank geht. Sie müssen sich in öffentlichen Auseinandersetzungen den Bürgerinnen und Bürgern stellen. Das muss JC Flowers nicht.

Die **Aufklärung in Sachen „Prevent“** halten wir für völlig unzureichend. Vorwürfe wie die Bspitzelung von Politikerinnen und Politikern sind zu ernst, um sie einfach abzutun. Wir müssen wissen, ob weitere Veranstaltungen beobachtet worden sind, ob verdeckt Kontakte hergestellt wurden und wer genau Aufträge erteilt, Berichte gelesen und Ergebnisse kontrolliert hat. Es geht uns nicht um Rechnungskontrolle. Das scheint zu sein und ist so mein Eindruck

Auffassung der HSH-Nordbank und ausschlaggebend für die Bewertung der Vorgänge durch die Bank. Uns geht es darum, ob eine von der HSH beauftragte Sicherheitsfirma die eigenen Anteilseigner bespitzelt hat und ob dies im Auftrag der Bank geschehen ist.

Die Transparenz und die Information, die wir grundsätzlich, aber eben auch in diesem Fall erwarten, fehlt ganz besonders nach dem **Abzug der Anteilseigner aus dem Aufsichtsrat**. „Es ist bekannt wir haben das ja verschiedentlich gesagt, dass die SPD dagegen war, die Regierungsmitglieder aus dem Aufsichtsrat der Bank abzuziehen. Wir halten diese Entscheidung nach wie vor für falsch. Schon bisher war es ausgesprochen schwierig, die Anforderungen des Landtags umzusetzen. Das wird in der neuen Konstruktion nicht besser.“ (Abg. Herdejürgen, Plenarprotokoll 18.11.2009)

Gibt es beispielsweise noch irgendjemanden, der Sorge dafür trägt, dass Kiel als ein gleichberechtigter und gleichwertiger Standort mit Hamburg erhalten bleibt und geprüft wird, ob die aktuelle Situation noch die Voraussetzungen des Staatsvertrags erfüllt.

So, wie Herr Sanio von der BaFin letzte Woche im Untersuchungsausschuss nichts mitteilen konnte, weil er es nicht aus erster Hand wusste, so wird auch die **Rechenschaftsfähigkeit unserer Regierungsmitglieder** durch ihre Abwesenheit im Aufsichtsrat gebrochen. Gerade die aktuelle Debatte um die Prevent-Affäre zeigt, dass die Kommunikationslinie Bank - Aufsichtsrat - Parlament ausgesprochen nicht funktioniert. Wobei ich ausdrücklich anerkenne, dass Minister de Jager sich redlich bemüht, im Sinne des Parlaments Informationen zu erhalten.

Es hat schon gute Gründe, dass ein Herr Kopper sich nach und nach aller politischen Vertreter im Aufsichtsrat entledigt. Unfassbar ist, dass sich die Regierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg darauf einlassen. Aber schließlich waren **Entscheidungen zur HSH Nordbank ein zentraler Punkt**, der die Große Koalition schließlich zum Platzen brachte. Die HSH Nordbank hatte gegen die ausdrücklichen Vorgaben des Parlaments in Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung eine Halteprämie von 2,9 Mio. € für den Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher beschlossen. „Unsere Aussagen waren und sind sehr deutlich: keine Abfindungen und Halteprämien, keine zusätzlichen Leistungen, mögen sie noch so „üblich“ sein, und Boni allerfrühestens dann, wenn das Land Schleswig-Holstein keine Verpflichtungen aus den gegebenen Garantien mehr zu erfüllen hat.“ (Abg. Herdejürgen, Plenarprotokoll 18.11.2009)

Die **beschlossene Deckelung wurde also nicht umgesetzt** und heute sind wir in einer Situation, die weitere Zahlungen sehr wahrscheinlich sein lässt. Die SPD fordert,

- dass die Beschlüsse des Landtags umgesetzt werden und nicht durch einen Aufsichtsrat, in dem die Regierung nichts mehr zu sagen hat, ausgehebelt werden,
- dass die Abberufung des Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher so umgesetzt wird, dass nach Möglichkeit vermieden wird, dass es für Schleswig-Holstein „eine teure Tasse Tee“ wird, wir hätten ihn schon früher ziehen lassen,
- dass vernünftige und korrekte Auskünfte über Inhalt und Umfang der Aufträge an „Prevent“ und ggf. andere Sicherheitsfirmen vorgelegt werden,
- dass die Schleswig-Holsteinische Landesregierung im Aufsichtsrat vertreten ist,
- dass die Informationen aus der HSH Nordbank uns als Anteilseigner zeitnah und umfassend erreichen.

Keine Kommentare

[SPD-Kaköhl](#) - veröffentlicht am 19.11.2010, 17:09 Uhr - 1477 Clicks - Nr. 1094

SPD fordert: Erst Subventionen streichen, dann Steuern erhöhen!

Die SPD-Fraktion hatte sich auf ihrer diesjährigen Klausursitzung am 12./13. November in der Heinemann-Bildungsstätte in Malente vor allem mit dem Haushalt und der Abwasserfrage befasst.

Weil unsere Bürger in 2011 durch die Anhebungen des Wasserpreises (um 5ct) und des Abwasserpreises (um zunächst 21 ct) belastet werden, sieht die SPD die vorgesehene Erhöhung der Grundsteuern um 30 bzw. 20 Prozentpunkte äußerst kritisch.



Aus der Gemeinde
Blekendorf

Dass bei der aktuellen Haushaltslage mit Sollfehlbeträgen etwas getan werden muss, ist dabei klar. Hier bringt die SPD – wie seit Jahren schon immer wieder von der Mehrheit abgeschmettert – die Umlage an den Gewässerunterhaltungsverband auf den Tisch: Die Gemeinde übernimmt freundlicherweise den Betrag mit mittlerweile 25.500 € jährlich und holt ihn sich nicht von den Anliegern (Grundstücksbesitzern) wieder. Im Amtsbereich erheben 8 (von 14) schon seit Jahren Benutzungsgebühren, es sind Kletkamp, Hohwacht, Dannau, Klamp, Högsdorf, Helmstorf, Schwartbuck und Giekau.

Die immer wiederholten Gegenargumente sind der Verwaltungsaufwand zur Erstellung einer neuen Satzung (was einmalig anfallen würde), die Belastung der Landwirtschaft und die Tatsache, dass eben einige Gemeinde es ebenfalls nicht tun.

Unsere Gegenrechnung: Was sind in den letzten Jahren für Summen verschenkt worden, hätte man die Gebühr seit Jahren erhoben, wäre kein Sollfehlbetrag entstanden und über Steuererhöhungen müsse gar nicht erst gesprochen werden. Und dass es einmalig Geld kostet, kann ernsthaft kein Gegenargument sein. Und Landwirtschaftspolitik wird in Brüssel, Berlin und Kiel gemacht, aber nicht von unserer Gemeinde! Und in den oben genannten Gemeinden gibt es auch Landwirte.

Unser Standpunkt: Stärkere Schultern müssen mehr tragen als schwächere! Also werden wir bei der Abstimmung über den Haushalt 2011 nur zustimmen, wenn es den bindenden Beschluss gibt, 2011 eine solche Satzung zu beschließen (die dann erst 2012 angewendet werden könnte).

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 19.11.2010, 17:55 Uhr - 3345 Clicks - Nr. 1095

Rede: Besser spät als nie...

Martin Habersaat; Landtagsrede vom 19. November 2010 (Zum Hochschulpolitischen Konzept der Landesregierung)

„Stell Dir vor, die Regierung hat ein Konzept, und keiner soll es hören...“ Der Wissenschaftsminister legt ein Hochschulpolitisches Konzept vor, über 100 Seiten, gespickt mit Daten, Fakten und politischen Aussagen. Aber die Regierung besteht nicht darauf, dass es auch diskutiert wird.



Der späte Freitagnachmittag der Plenartagung im Oktober sollte es erst sein, dann doch lieber der November und nun füllen wir im Programm immerhin die Lücke, die Minister Schlie heute lässt.

Eine solche Zusammenstellung von Strukturdaten über unsere Hochschulen ist auf jeden Fall nützlich und dafür bedanke ich mich bei den MitarbeiterInnen des Wissenschaftsministeriums. Die Tatsache, dass heute ein Hochschulpolitisches Konzept der Landesregierung vorliegt, macht aber auch eines klar: Es fehlte vorher.

Erst Konzeption, dann Aktion – das wäre in den vergangenen Monaten oft hilfreich gewesen. Im Sommer dieses Jahres hatten wir vor der Tür eine der größten Demonstrationen, die das Landeshaus je erlebt hat. Die Teilnehmer demonstrierten für eine Erkenntnis, die die Regierung heute selbst aufschreibt. In der Einleitung steht auf S.5: „Die Hochschulen sind wesentliche Akteure bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben.“ Hätte Herr Carstensen das für seine damalige Regierungserklärung nur schon gewusst...

Im Konzept steht auch ein Satz, den man in Lübeck, Flensburg und Wedel gerne lesen wird und sicher schon im Sommer begeistert gefeiert hätte. Zur „Ausgangslage“ heißt es auf S.7: „Die Landesregierung unterstützt die Hochschulen des Landes in ihrer eigenverantwortlichen Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen.“ Wenn das der Haushaltsstrukturkommission klar gewesen wäre! Vielleicht fürchtet die FH Wedel zu Unrecht die Insolvenz? Weiter schreibt die Landesregierung, sie wolle „die Erfolgsaussichten für die Fortsetzungs- und Neuanträge“ im Exzellenzbereich steigern. Und auf S.26 weiß man zu berichten: „Die medizintechnisch geprägte Wirtschaft Lübecks erleichtert darüber hinaus den Lübecker Hochschulen entsprechende Kooperationen bzw. die Einwerbung entsprechender Forschungsaufträge.“ Hätte man diese Sätze Herrn Kubicki doch für seine Besuche in Lübeck mitgeben können! Vielleicht würden die Professoren Born und Hilgenfeld heute in Lübeck forschen.

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen halten auch wir für richtig. Viele Aussagen sind ehrlich und wichtig.

- Natürlich müssen unsere Hochschulen in ausreichendem Umfang finanziell ausgestattet werden.
- Selbstverständlich müssen wir vor Entscheidungen zur Universität Flensburg die Empfehlungen der WKN (Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen) abwarten.
- Gewiss führen Hochschulpakt und doppelter Abiturjahrgang 2016 zu einem Bedarf an einer möglichst hohen Zahl an zusätzlichen Studienplätzen – unter möglichst guten Bedingungen.
- Sicherlich ist es ehrlich festzustellen, dass insgesamt betrachtet die Finanzierung der Hochschulen unterdurchschnittlich ist.
- Bestimmt ist Erkenntnis ein erster Schritt, wenn wir nun schriftlich haben, dass der Anteil von

Frauen an Professuren nur 11,1% beträgt und weit unter dem Bundesschnitt liegt.

Manch ein Satz ist so schön, dass er es einfach deshalb verdient, zitiert zu werden: „Die Konzentration auf wenige wettbewerbsfähige Bereiche und die damit verbundene Fokussierung auf die verfügbaren Mittel zur Erzeugung kritischer Masse verlangt zugleich mehr Vernetzung und Kooperation und führt im Ergebnis zu einer überregionalen Sichtbarkeit und Erfolg in Lehre und Forschung im zunehmenden Wettbewerb der Wissensregionen.“ (S.15). Kritische Masse – so etwas braucht man bei der Kernschmelzung. Was für ein Bild...

Es finden sich, wenn auch vorsichtig in der Formulierung, sogar visionäre Sätze:

- S.37: „Die normative Trennung zwischen Fachhochschulen und Universitäten bildet die realen Differenzierungsprozesse im Hochschulsystem möglicherweise nur noch unvollständig ab.“

- S.56: „Die Lehrerausbildung ist [...] zu einem zunehmend wichtigen, gleichrangigen Studienfeld an Universitäten geworden.“

Das ist fast etwas zu zaghaft. Wenn wir es ehrlich betrachten, müssen wir sagen, dass manch ein Institut ohne die angehenden Lehrerinnen und Lehrer nahezu bedeutungslos wäre. Dem müssen wir Rechnung tragen. Ich habe in der letzten Woche gelernt: „Einen Lehrer, der sagt, von Hause aus sei er Germanist, muss man fragen: Was ist denn das für ein Zuhause?“. Es wird einen Wandel geben müssen in der Lehrerbildung.

Es gibt auch kritischere Punkte. Das Mantra der Stiftungsuniversität als Allheilmittel für die Universität Lübeck kann so lange nicht überzeugen, wie wir nicht wissen, welche Stifter welche Aufgaben übernehmen können. Da hilft auch nicht, dass wir mit dem 1.1.2013 jetzt ein Datum kennen. Und wir bleiben dabei: Keine Studiengebühren bei Hochschulen in öffentlicher Verantwortung! Das gilt auch für Stiftungshochschulen.

Wir wollen den baulichen Masterplan für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit privaten Investoren umsetzen, aber nicht dadurch, dass wir den größten Arbeitgeber im Land und den einzigen Träger der medizinischen Maximalversorgung demnächst als Schnäppchenangebot bei ebay wieder finden.

Auf S.21 wird festgestellt: Die Bildungswege werden durchlässiger, die Angebote werden aber nur „zurückhaltend in Anspruch genommen“. Betrüblich. Und nun?

Auf S.22 wird konstatiert, dass Schleswig-Holstein - trotz aller Dänemark-, Ostsee-, HanseBelt-, und Meeresinitiativen – im Bereich der Internationalisierung nicht gut abschneidet. Bedauerlich. Wo ist unsere Perspektive für ein Europäisches Hochschulwesen?

Dieses Konzept wirft auch Fragen auf. Aber das ist gut. Für weitere Beratungen ist es eine gute Grundlage. Gut ist auch: Kurz vor Ablauf ihrer Amtszeit entdeckt diese Landesregierung das konzeptionelle Arbeiten. Besser spät als nie...

Keine Kommentare

Bahnhofsvorplatz: Gemeinsame Kieler Lösung angestrebt

Zur Vertagung der Platzumbenennung des bis dato anonymen Bahnhofsvorplatzes,

erklärt der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

„Die Vertagung bietet die Chance, doch noch am Ende zuzustimmen. Darum bitten wir FDP und CDU inständig. Die Benennung eines zentralen Platzes nach den Akteuren von 1918 ist ein politisches Zeichen, das über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus geht.

Dieses Zeichen sollte in größter Übereinstimmung der Demokraten getroffen werden.“



Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 20.11.2010, 17:14 Uhr - 2483 Clicks - Nr. 1097

Puls: " Innenminister Schlie (CDU) reitet vordemokratische Steckenpferde"

"Massiven Protest aus der gesamten kommunalen Familie in Schleswig-Holstein" erhofft und erwartet Reinbeks SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls als Reaktion auf die sogenannten " Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Kommunalverfassungsrechts", die Innenminister Klaus Schlie (CDU) zur Zeit auf vier Regionalkonferenzen den Städten und Gemeinden des Landes vorstellt.

Puls: "Die Eckpunkte der schwarz-gelben Landesregierung sind keine Weiterentwicklung, sondern Rückschläge für Bürgerbeteiligung und Gleichstellung in der kommunalen Selbstverwaltung." Was SPD-geführte Landtagsmehrheiten in den vergangenen 20 Jahren auf den Weg gebracht und als konkrete Bürgerrechte gesetzlich verankert haben, so Puls, solle "von Schwarz-Gelb offenbar noch vor der anstehenden Landtagsneuwahl in einem parlamentarischen Schnellverfahren kassiert werden". Puls war selbst als Landtagsabgeordneter (seit 1992) und als innen- und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion (von 1996 bis 2009) für die Kommunalgesetzgebung des Landes unmittelbar zuständig. Er weist darauf hin, "dass seit 1988 die Ausweitung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Bürgerinnen und Bürger eines der Kernprojekte sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein gewesen ist und dass jede Veränderung der Gemeindeordnung in die Richtung zielte: Mehr direkte Demokratie, mehr Partizipation, mehr Bürgerbeteiligung!" Noch zur Kommunalwahl 2003 habe der schleswig-holsteinische Landtag mit einem "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung" eine Reihe von Beteiligungs- und Gleichstellungsregelungen ausdrücklich bekräftigt und verbindlich formuliert, die jetzt, so Puls, "komplett storniert" werden sollen:

"1. Mit rot-grüner Landtagsmehrheit haben wir die Verpflichtungen zur Einwohnerunterrichtung , zur Einberufung regelmäßiger Einwohnerversammlungen und zur Durchführung von Einwohnerfragestunden in der Gemeindevertretung konkretisiert. Die aktuelle Landesregierung von CDU und FDP will auf konkrete Vorschriften zur Einwohnerunterrichtung und zu Einwohnerversammlungen und -fragestunden verzichten.

2. Mit rot-grüner Landtagsmehrheit haben wir konkrete Regelungen zur verpflichtenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und zur kommunalpolitischen Beteiligung von Beiräten, zum Beispiel Orts-, Jugend- und Seniorenbeiräten, getroffen. Die aktuelle Landesregierung von CDU und FDP will die Regelungen zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Beiräten streichen.

3. Mit rot-grüner Landtagsmehrheit haben wir gesetzlich festgelegt, dass "zur Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Mann und Frau" Gemeinden mit eigener Verwaltung kommunale Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen haben. Die aktuelle

Landesregierung von CDU und FDP hält die Regelungen zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten für überflüssig."

Klaus-Peter Puls abschließend: "Rot-Grün hat die kommunale Demokratie gestärkt, Schwarz-Gelb will die kommunale Demokratie abschaffen. Klaus Schlie hat das schon als CDU-Sprecher und -Staatssekretär versucht. Innenminister Schlie reitet weiterhin seine vordemokratischen Steckenpferde. Ob die Wähler ihn aus dem Sattel heben, entscheidet sich bei der nächsten Landtagswahl."

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 20.11.2010, 17:47 Uhr - 7649 Clicks - Nr. 1098

Gelb leuchtet die Abendsonne!

Die SPD-Landtagsfraktion hat zur Personalpolitik der FDP-geführten Ministerien einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Kai Dolgner:

Der vorerst gescheiterte Versuch, die Position des Generalstaatsanwalts durch einen Kandidaten zu besetzen, dessen besonderer Vorzug offensichtlich darin besteht,

ein FDP-Parteibuch besitzt, sowie die merkwürdigen Begründungen des FDP-Bildungsministers zur Notwendigkeit, eine zusätzliche Abteilungsleiterstelle (Besoldungsgruppe B 5) in seinem Hause einzurichten, machen es erforderlich, dass diese Vorgänge im Rahmen einer Landtagsdebatte näher beleuchtet werden.

Es beruhigt nur bedingt, dass der Justizminister angekündigt hat, die Stelle des Generalstaatsanwalts erneut auszuschreiben. Denn es ist vielmehr zu befürchten, dass sich der Justizminister beim nächsten Mal wieder so dilettantisch dabei anstellt, einen politisch passenden Kandidaten zu berufen, und das Verwaltungsgericht ihn wieder stoppen könnte. Und die nun durch die so genannte „Nachschiebeliste“ zum Haushaltsentwurf der Regierung bekannt gewordenen Personalveränderungen im Leitungsbereich der FDP-Ministerien verstärken aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion den Eindruck, dass kurz vor Torschluss noch Fakten geschaffen werden sollen, um vor dem absehbaren Ende einer Regierungsbeteiligung der FDP in den Ministerien die gelbe Sonne noch über den Wahltermin hinaus scheinen zu lassen.



Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 20.11.2010, 18:51 Uhr - 3123 Clicks - Nr. 1099

Sanierung wird fortgesetzt

Die Sanierung der beiden 20 Jahre alten Holzbrücken über die Wehrau (Ohldörp) und die Linnbek (Ostlandstraße) wird fortgesetzt. Zuletzt waren die für die Herbstferien geplanten Bauarbeiten aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle bei der ausführenden Baufirma verzögert worden. Nun soll die Sanierung vom 22. November an wieder aufgenommen werden.



Hintergrund der Sanierung der Holzbrücken ist der teils marode Zustand der Brücken. Da beide Bauwerke stark von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden, war eine grundlegende Sanierung erforderlich. Dies vor allem, um Unfälle zu verhindern, da Holzplanken im Bodenbereich bereits durchgerottet waren.

Nach Abschluss der Arbeiten sollen beiden Brücken mit einer witterungsbeständigen Kunststoff-/Stahlkombination versehen sein.

[\[Mehr zum Thema\]](#)

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 20.11.2010, 23:48 Uhr - 7522 Clicks - Nr. 1100

Es ist noch viel zu tun, um gute Arbeit durchzusetzen!

Wolfgang Baasch im Landtag:

Es ist ein leichtes, den Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit / Regionaldirektion Nord vom 28. Oktober positiv zu lesen. „Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit, im Vergleich zum Vormonat September minus 1.400, aktuell 97.600 Arbeitslose, Vorjahresvergleich positiv, 6.500 Arbeitslose weniger als im Oktober 2009. Arbeitslosenquote liegt bei 6,8 %.“

So ist die Zahl der Arbeitslosen bei den 55- bis 64-jährigen im Vergleich zum Vorjahr sogar um 11,3% das sind fast 1.300 – gestiegen. Also keine Entwarnung am Arbeitsmarkt und viele Probleme, die es noch zu bewältigen gibt.

Und diese Probleme werden auch noch durch politisches Handeln verschärft. So hat die flotte Arbeitsministerin Frau von der Leyen mit ihrer Politik dafür gesorgt, dass sich die Situation von Langzeitarbeitslosen nicht verbessert, sondern verschlechtert. 2009 waren 45,5 % der Erwerbslosen zwischen 15 und 64 Jahren in Deutschland länger als ein Jahr ohne Arbeit. Und wie sieht die Reaktion der Bundesregierung aus? Die von der Bundesregierung beschlossene Sparliste besagt, dass in der Arbeitsförderung allein im kommenden Jahr 2 Mrd. € gekürzt werden sollen. Langzeitarbeitslosigkeit und Armut werden so weiter zunehmen.

Oder schauen wir uns die Arbeit der Landesregierung an: In Lübeck diskutierte die Regionaldirektion unter der Überschrift „Alleinerziehende Perspektiven und Potentiale“, wie auch alleinerziehende Mütter und Väter, überwiegend Mütter, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schaffen. Auch die Landesregierung war mit einem Grußwort durch die Staatssekretärin vertreten. Aber gleichzeitig streicht die Landesregierung die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ in Schleswig-Holstein komplett zusammen, obwohl diese landesweit über 60

% der von ihnen betreuten Frauen in den ersten Arbeitsmarkt integriert haben. Das ist ein Skandal in der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Landes Schleswig-Holstein. Bundes- und Landesregierung sind aufgefordert, weiter eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, die für faire Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sorgt und für Löhne, von denen man auch leben kann. So muss der Leiharbeit, die als Lohndumping missbraucht wird, ein Riegel vorgeschoben werden. Der jüngste Tarifabschluss in der Stahlindustrie ist hier wegweisend. Die IG-Metall hat durchgesetzt, dass Leiharbeit genauso bezahlt werden muss wie die Arbeit von Festangestellten. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss überall gelten und auch die Dauer der Leiharbeit im Betrieb muss begrenzt werden.

Und es ist wichtig, endlich Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Die meisten Frauen wollen ebenso wie Männer ein Normalarbeitsverhältnis mit einer existenzsichernden und gerechten Bezahlung. Es ist nicht hinzunehmen, dass Frauen heute noch im Schnitt 23 % weniger bei vergleichbarer Arbeit als Männer verdienen. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen steigt stetig an. Fast 40 % aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit, eine ständig steigende Zahl von Frauen ausschließlich in einem Minijob. Und das nicht, weil sie es so wollen, sondern weil sie wegen fehlender Vollzeitstellen und fehlender Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, keine andere Wahl haben. Dies darf nicht länger hingenommen werden.

Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die die Entgeltgleichheit durchsetzt. Wir brauchen gezielte Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, damit Mütter nach der Familienphase und insbesondere Alleinerziehende zurück in den Arbeitsmarkt finden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das heißt in der Regel vor allem eine verlässliche Kinderbetreuung in Ganztages-Kindertagesstätten und Ganztagschulen, ist ebenso notwendig wie eine gezielte Beratung, zum Beispiel durch Einrichtungen wie „Frau und Beruf“.

Weil in Deutschland mindestens 1,3 Mio. Menschen nach der Arbeit noch staatliche Unterstützung erhalten, weil ihre Löhne zu niedrig sind, um wenigstens das gesetzliche Existenzminimum abzusichern, brauchen wir auch den gesetzlichen Mindestlohn. Aber nicht nur um Lohndumping zu verhindern, ist der Mindestlohn notwendig. Weil Mindestlöhne fehlen, werden faire Unternehmen mit Tariflöhnen im Handel und Handwerk und im Dienstleistungssektor zunehmend vom Markt verdrängt. Ihre Wettbewerber setzen sich durch, weil die von ihnen gezahlten Armutslöhne staatlich subventioniert werden. Diesem unfairen Wettbewerb gilt es einen Riegel vorzuschieben, den Riegel gesetzlicher Mindestlöhne.

Die Herausforderungen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bleiben weiterhin bestehen. Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich nur mit gezielter Förderung und Qualifizierung überwinden. Jugendliche brauchen einen guten Start ins Arbeitsleben, im Regelfall einen Ausbildungsplatz und nicht nur eine Maßnahme oder einen Minijob im Niedriglohnsektor. Frauen brauchen gerechte und gleiche Chancen am Arbeitsmarkt. Und all dies macht deutlich, dass noch viel zu tun ist, um gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 21.11.2010, 15:20 Uhr - 3201 Clicks - Nr. 1101

10. 11. 2010 . Pressemitteilung: Rückzug des Landes unverantwortlich und teuer

Pressemitteilung: Rückzug des Landes unverantwortlich und teuer Zu den Beschlüssen der Landesregierung, die Mittel für das Mädchenprojekt Trine in Preetz zu streichen, möchte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Plön, Helga Hohnheit, Stellung nehmen: Mit Unverständnis hat die SPD-Fraktion die Äußerungen und Bewertung der CDU-Kreistagsfraktion zum Rückzug des Landes aus der Förderung des Mädchenprojektes Trine

registriert. Auch wenn es gegen die eigene Landesregierung geht, ist die Gemeinsamkeit zum Erhalt von Trine im Kreis mehr denn je gefordert. Es kann nicht sein, dass unter dem Ansatz der Haushaltskonsolidierung die Arbeit in einem so wichtigen Bereich wie der Mädchenarbeit zum Erliegen kommt. Durch die Streichung der Landesmittel wird ein spezifischer Baustein in der Jugendarbeit für Mädchen auf Null gefahren. Der Wegfall dieses Angebotes, kann-neben den gesellschaftspolitischen Auswirkungen - auch zu einem späteren Kostenanstieg im Jugendhilfebereich des Kreises führen.

„Es ist von daher unverantwortlich, dass das Land gerade bei diesem Projekt seine Zuschüsse kürzt. Man kann sich dem Eindruck nicht erwehren, dass sie die Arbeit von der Organisation beenden will, dessen Ziele nicht in ihre schwarz-gelbe Politik passt. Der Mädchentreff setzt sich für die Belange von Mädchen und jungen Frauen ein und leistet ein umfangreiches Angebot, das sich an der Bedürfnis- und Lebenssituation der Mädchen orientiert.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird anl. der Haushaltsberatungen im Kreis 2011 selbstverständlich weiter an der Zuschusspraxis für Trine in Preetz festhalten. Sie wird sich dafür einsetzen, dass der Betrag von € 8400 weiterhin gezahlt wird, da sie die Arbeit des Mädchentreffs für äußerst wichtig hält.

Gerade in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit hat dieser Treff eine große Bedeutung für viele Mädchen in Preetz. Die Mitarbeiterinnen von Trine leisten wichtige Arbeit in schwierigen Situationen, sie setzen an den Stärken der Mädchen an und unterstützen sie in ihren Selbstverwirklichungsprozessen. Chancengleichheit, Partizipationsmöglichkeiten, Bildungs- und Entwicklungspotentiale stärken und stützen, dafür steht das Projekt Trine.

Helga Hohnheit: „Die Arbeit muss fortgesetzt werden, die SPD-Kreistagsfraktion wird dies weiterhin unterstützen

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 21.11.2010, 18:15 Uhr - 9530 Clicks - Nr. 1102

Olaf Scholz: Großartige Arbeit für Frauenhaus Wedel

„Es ist etwas Großartiges, was hier entstanden ist!“ Mit diesen Worten würdigte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Olaf Scholz die Arbeit der Preisträgerinnen Margit Ravn und Jutta Stropahl für den Trägerverein des Frauenhauses Wedel.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern habe seit den Anfängen des Grundgesetzes große Fortschritte gemacht. Häusliche Gewalt sei aber immer noch Realität. „Wir brauchen viele, mit Engagement getragene Frauenhäuser“, stellte der frühere Bundesarbeitsminister in seiner Laudatio fest. Er zeigte kein Verständnis dafür, dass solche Projekte jetzt Opfer der Sparbeschlüsse der Landesregierung werden sollen.

Die Preisträgerinnen nutzen die Gelegenheit, um über ihre Arbeit zu berichten. „Ehrenamt kann man nicht lernen, man muss es tun“, beschrieb Jutta Stropahl ihre Erfahrung. Eine „Überversorgung“ mit Frauenhausplätzen gebe es nicht. Das Frauenhaus biete bei geringen Kosten auch Schutz für die Kinder, die oft ebenso Opfer der häuslichen Gewalt seien. Nach den Plänen der schwarz-gelben Landesregierung soll das Frauenhaus Wedel 2012 schließen. Dagegen hat sich Widerstand formiert. 5000 Bürgerinnen und Bürger haben sich bereits mit ihren Unterschriften für den Erhalt der Einrichtung ausgesprochen. Die Auszeichnung und die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit empfinden die Preisträgerinnen als Rückenwind. „Gerade jetzt mit dem Walter-Damm-Preis ausgezeichnet zu werden, gibt neue Motivation“, erklärten sie zum Abschluss ihrer Dankesrede.

SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke erinnerte an den Namensgeber des Preises, den ersten

frei gewählten Landrat des Kreises Pinneberg: „Männer und Frauen wie Walter Damm haben nach dem Zweiten Weltkrieg die Wende zu einer freiheitlichen und den Menschenrechten verpflichteten Demokratie eingeleitet.“ 25 Vorschläge waren in diesem Jahr für den Preis eingereicht worden. "Eigentlich hätten sie alle den Preis verdient", bilanzierte Hannes Birke. Die unabhängige Jury habe sich jedoch nach intensiver Diskussion einstimmig für die Preisträgerinnen ausgesprochen. Der Preis ist mit 1500 Euro dotiert.

Für den musikalischen Rahmen sorgte wieder der Pop-Chor Rhythm & Voices aus Barmstedt.

Mehr Informationen über das Frauenhaus Wedel: <http://www.frauenhaus-wedel.de>
[Presseerklärung zur Preisverleihung.](#)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.11.2010, 19:08 Uhr - 8107 Clicks - Nr. 1103

Stärkung unserer Infrastruktur im demographischen Wandel

Vorstand SPD RD-ECK

Unser Programm bis 2012:

Stärkung unserer Infrastruktur im demographischen Wandel

- Bildung - Wohnen//Pflege/Medizin - Umwelt -
Demokratie/Bürgerengagement - Integration



In der neuen Wahlperiode hat sich der SPD-Kreisvorstand Rendsburg- Eckernförde zum Ziel gesetzt, das Thema „Entwicklung unserer Infrastruktur“ mit möglichst konkreten Bezügen zu unserem Kreis als Basis für alle wesentlichen politischen und programmatischen Themen und Initiativen zu bearbeiten.

hier geht es weiter :[Unser Programm bis 2012](#)

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 21.11.2010, 21:08 Uhr - 3681 Clicks - Nr. 1104

Für eine effektive Qualitätssicherung in der Pflege

Landtagsrede vom 17.11.2010 zu TOP 35, Berufsordnung für Pflegeberufe (Drucksache 17/993)

Eine Berufsordnung hört sich sehr bürokratisch an. Brauchen wir ein Instrument dieser Art überhaupt und dürfen wir an die Pflege noch mehr Ansprüche stellen? Der Landtag hat im vergangenen Jahr das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz auf den Weg gebracht.



Ein großes Merkmal dieses Gesetzes ist die Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung. Und ein Instrument, um die Pflegequalität nachhaltig zu sichern, ist die Berufsordnung.

Die Berufsordnung beschreibt ein klares Berufsbild und definiert verbindliche Ziele, Aufgaben und Verantwortungsbereiche. Die Berufsordnung regelt allgemeine Berufspflichten sowie die

Pflicht zur Kompetenzerhaltung und Qualitätssicherung für das Pflegefachpersonal. Erstmals wäre die Qualitätsanforderung an beruflich Pflegende in Schleswig Holstein geregelt. Wir wären das vierte Bundesland, welches einen entsprechenden Erlass einführt.

Bislang werden in Deutschland im Pflegedienst lediglich Ausbildungsziele bundeseinheitlich über das Alten- und Krankenpflegegesetz geregelt. Zusätzlich stellen die Einrichtungen selbst gewisse Ansprüche an ihr Personal oder aber auch nicht. Außerdem stellen die Prüfrichtlinien des MDK entsprechende Anforderungen oder auch nicht.

Warum ist die Qualitätssicherung so wichtig? Die steigende Zahl von Pflegebedürftigen sowie eine wachsende Pflegeintensität und die veränderten Ansprüche der Patienten an die Gesundheitsversorgung erfordern auch eine geregelte Qualitätsanforderung an berufliche Ausübung von Pflege. Bis 2050 wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen von jetzt 2,1 Mio. auf 4,4 Mio. mehr als verdoppeln. Doppelt so viele Menschen wie heute werden über 80 Jahre alt sein.

Auf diese Herausforderung müssen wir rechtzeitig reagieren. Wir müssen uns ganz massiv um die Ausbildung und Rahmenbedingungen in der Pflege kümmern, wenn wir nachhaltig das Personal für die Pflege gewinnen wollen. Die 20 zusätzlich geplanten landesgeförderten Ausbildungsplätze sind zwar gut, aber bieten keine ausreichende Antwort auf den wachsenden Personalbedarf; sie sind weniger als ein Tröpfchen auf einem heißen Stein.

Eine Berufsordnung dient dazu, die Qualität der beruflichen Tätigkeit sicherzustellen und das Ansehen des Berufsstandes zu wahren, besonders auch in Abgrenzung gegenüber anderen medizinischen Berufen. Sie ist keine Ergänzung des Krankenpflegegesetzes, sondern legt die Verhaltensgrundsätze für die Berufsangehörigen gegenüber Patienten fest. Die Berufsordnung stellt sicher, dass Pflege unter Berücksichtigung und ohne Bewertung von Nationalität, Glauben, politischer Einstellung, Kultur, sexueller Identität, Hautfarbe, Alter, Geschlecht oder sozialem Status ausgeführt wird.

Eine Pflegekammer in Schleswig-Holstein wäre auch an dieser Stelle sehr hilfreich. Aber auch andere Länder haben Berufsordnungen ohne eine Pflegekammer, z. B. Hamburg, wobei ich die Forderung nach einer Pflegekammer absolut unterstütze, das ist für mich der nächste Schritt.

Längst hat sich die wissenschaftliche Pflegeforschung an den Hochschulen etabliert und führt zu immer neuen Erkenntnissen. Der Wissenstransfer in den pflegerischen Alltag kann mit dieser Entwicklung nur durch regelmäßige Fortbildungen im Sinne des lebenslangen Lernens Schritt halten. Es entspricht damit den Ansprüchen von Pflegepersonal, die ihnen anvertrauten Menschen nach aktualisierten Maßstäben zu pflegen. So wird zusätzlich auch das Selbstbewusstsein der Fachkräfte gestärkt, die sich oft bis zur Selbstaufgabe unermüdlich um die Belange und Interessen der ihnen anvertrauten Menschen kümmern, aber leider schlecht selber ihre eigenen Interessen nach außen vertreten können.

Wir alle wollen ein gutes und effektives medizinisches Versorgungssystem. Der wesentliche Faktor dabei sind nachhaltig engagierte und gut ausgebildete Pflegekräfte. Die kontinuierliche Aneignung von aktuellem Fachwissen und Kompetenz gehört zu einer qualifizierten Berufsausübung in der Pflege. Auch die Einrichtungen würden von dem sich ständig fortbildenden Personal profitieren. Ich begrüße jegliche Aktivitäten, um auf die Situation in der Pflege aufmerksam zu machen und für sie zu werben wie die zur Zeit stattfindenden Messen, Ausstellungen, Tage der offenen Tür und auch die heroischen Worte bei Maybrit Illner gestern

Abend, Herr Garg.

Aber damit ist es nicht getan; den guten Worten müssen Taten folgen, das wäre jetzt nur eine von vielen Möglichkeiten, um die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass Menschen den Beruf der Pflege ergreifen und vor allem darin bleiben.

Dieser Antrag ist kein Blindflug. Diese Forderung nach einer Berufsordnung ist mit den Pflegeverbänden und dem deutschen Pflegerat abgestimmt und wird von ihnen und ihren Einrichtungen seit langem mit Recht gefordert.

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 21.11.2010, 23:38 Uhr - 6456 Clicks - Nr. 1105

Erfolgreiches Gendertraining der Jusos in Büsum

Vom 19-20.11 diskutierten in der Büsumer Jugendherberge 31 Genossinnen und Genossen aus ganz Schleswig-Holstein über feministische Theorien, und deren Auswirkungen auf unsere Praxis als feministischer Richtungsverband.

Nach der Anreise und dem Abendbrot am Abend des 19.11 wurde die Zimmereinteilung vorgenommen und passend zu unserem Seminarthema stellte sich die Frage machen wir geschlechtergetrennte Zimmer oder nicht. Nach kurzer Diskussion stand für uns fest keine Geschlechtertrennung (zumindest für die über 18-Jährigen) vorzunehmen.

Danach stellten alle TeilnehmerInnen des Seminars, nach kurzer Vorbereitungszeit, in einer lustigen Atmosphäre, andere TeilnehmerInnen vor. Es folgte eine Fishbowl-Runde (5 GenossInnen in der Mitte eines Stuhlkreises diskutieren bis sie von anderen Diskussionswilligen ausgewechselt werden) zu der Frage „Warum bin ich Juso?“. Dabei wurde nicht nur die SPD einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen, sondern auch deutlich, dass es keine „perfekte“ Partei gibt, sondern es immer auf das eigene Engagement und den eigenen Gestaltungswillen ankommt um Dinge zu verändern.

Danach folgte der gemütliche Teil des Abends bei dem viele interessante Gespräche geführt worden sind und neue Freundschaften entstanden, oder alte vertieft worden sind.

Am nächsten Morgen nach dem Frühstück wendeten wir uns dann endlich dem eigentlichen Thema „Feminismus und Gleichstellung“ zu. Nach einer Sensibilisierungsphase bei der die TeilnehmerInnen feststellten, dass es eben nicht egal ist ob mensch „Mann“ oder „Frau“ ist, dass Rollenbilder existieren und das unser Verhalten je nach Geschlecht in der gleichen Situation komplett unterschiedlich bewertet wird. Wichtig erschien uns außerdem die Unterscheidung von „sex“, das heißt biologischem, und „gender“ also sozialem Geschlecht.

Die TeilnehmerInnen forderten eine Bewertung des eigenen Individuums unabhängig vom Geschlecht ein und stellten dies als zentrales Motiv von Feminismus und Gleichstellung dar. Daraufhin folgte ein anregender Vortrag von Elena Pieper, die kooptiertes Mitglied des Juso-



Bundesvorstands für den Bereich Feminismus und Gleichstellung ist, zu feministischer Theorie und zur Geschichte der Frauenbewegung mit anschließender Diskussion welche Theorieansätze für unsere Verbandsarbeit brauchbar sind.

Am Ende hinterfragten wir unser eigenes Verhalten im Alltag und bei den Jusos kritisch und waren dafür die eine ständige Gleichstellungsarbeit, zum Beispiel durch ähnliche Gender-Seminare und das Weitertragen feministischer Ansätze vor Ort, in den Verband zu tragen. In der Gesellschaft hingegen wollen wir Rollenmuster bewusst durchbrechen und jedes politische Thema auch nach feministischen Gesichtspunkten untersuchen und nicht nur auf den Zusammenbruch des Kapitalismus warten wie einige TeilnehmerInnen scherzhaft vorschlugen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 15:55 Uhr - 2729 Clicks - Nr. 1106

Osterrönfelder Weihnachtsmarkt

Am Sonntag, 28.11.2010, findet ab 12:00 Uhr rund um das Bürgerzentrum „Alter Bahnhof“ der traditionelle Osterrönfelder Weihnachtsmarkt statt. Viele Vereine und Verbände sind wieder mit einem Stand vertreten und bieten unterschiedlichste Attraktionen und Leckereien an.

Auch die SPD Osterrönfeld ist, wie in jedem Jahr, wieder mit einem Punsch- und Waffelstand vertreten. Die hieraus erzielten Gewinne werden auch in diesem Jahr wieder gemeinsam mit den Gewinnen aus dem zurückliegenden SPD-Hobbymarkt an einen guten Zweck gespendet. In der Vergangenheit konnten davon bereits der Förderverein der Aukamp-Schule, die Osterrönfelder KITAS sowie die Osterrönfelder Tafel profitieren. Das Jugendzentrum Osterrönfeld ist in diesem Jahr Ziel der Spenden, das damit die Jugendarbeit in der Gemeinde weiter unterstützen kann.

Nutzen Sie den Weihnachtsmarkt doch auch für einen netten Plausch mit Ihren Gemeindevertretern und schnacken Sie wieder einmal ganz unkompliziert über neuste Entwicklungen in der Region.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 16:30 Uhr - 6199 Clicks - Nr. 1107

Peter Eichstädt: Dank der Partei an Bernd Bieger, alles gute Michael Grönheim!

Zum 05.11.2010 ist Bernd Bieger aus dem Kreistag ausgeschieden. Seine beruflichen Belastungen sind zur Zeit so groß, dass er sich nicht vollumfänglich um die wichtigen Aufgaben als Kreistagsabgeordneter kümmern kann.

Bernd Bieger war für die SPD-Kreistagsfraktion Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landkreistag und im Regionalbeirat Ostholstein/Lübeck/Lauenburg und hat im Regionalentwicklungsausschuss mitgearbeitet.



Wir danken ihm für die engagierte Mitarbeit und wünschen uns, dass er bald wieder neben seinen beruflichen Verpflichtungen Zeit für die politische Arbeit in der SPD hat.

Sein Nachfolger im Kreistag ist Michael Grönheim aus Berkenthin. Michael war bereits als bürgerliches Mitglied im Regionalentwicklungsausschuss tätig und wird nun den Ausschusssitz als Kreistagsabgeordneter von Bernd übernehmen.

Seine Schwerpunkte in der Vergangenheit waren Abfallwirtschaft und Umweltpolitik, beide Themen kann er sehr gut in diesen Ausschuss einbringen.

Alles Gute, Michael - und viel Erfolg für unsere gemeinsamen Ziele!

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 16:36 Uhr - 2895 Clicks - Nr. 1108

Schwerlasthafen in Osterrönfeld nimmt Formen an

Es ist eines der größten Infrastrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein. Der Bau des neuen Schwerlasthafens direkt am Nord-Ostsee-Kanal in Osterrönfeld befindet sich auf der Zielgeraden und auch die zahlreichen Baumaßnahmen rund um den neuen Hafen sind in vollem Gange, wie der nun erschienene Baubericht der SPD Osterrönfeld zeigt...



In Sichtnähe zur Eisenbahnhochbrücke samt Schwebefähre entsteht einer der Schwerlasthäfen in Schleswig-Holstein, über den zukünftig u. a. Windkraftanlagen verschifft werden sollen.

Stein des Anstoßes war die Ansiedlung des Windkraftanlagenherstellers REpower Systems AG, der zusätzlich zum bereits bezogenen Tech-Center ein neues Produktionsgebäude in Osterrönfeld plant...

Den Bericht sowie weitere Infos finden Sie auf auf folgender Seite [[bitte klicken](#)].

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 16:37 Uhr - 3021 Clicks - Nr. 1109

Kommunale Daseinsvorsorge erhalten und finanzieren

Zum gestrigen Forum „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“ der SPD-Landtagsfraktion sagen die Sprecher Kommunalpolitik und Infrastruktur, Thomas Rother und Olaf Schulze:

"Starke und lebendige Städte sind der Motor der regionalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind für die regionale und kulturelle Identität unentbehrlich.



Die Sicherung der in den größeren und kleineren Städten vorhandenen zukunftsfähigen

Strukturen wird in Zeiten des demografischen Wandels und damit rückläufiger Nachfrage und des Leerstands von Flächen sowie der Finanznot in den Städten immer wichtiger. Die Städte stehen dafür, akzeptable Standards an Infrastrukturen vorzuhalten und die kommunale Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

Der Oberbürgermeister von Kiel, Torsten Albig, wies auf das wachsende strukturelle Defizit der Städte hin. Allein in Kiel und Lübeck sind 1,8 Milliarden Schulden angewachsen, die angesichts der von anderen Ebenen vorgegebener Rahmenbedingungen von den Kommunen alleine nicht zurückgeführt werden können. Er mahnt einen kommunalen Altschuldenfonds an und fordert ein Umdenken von der blinden Sparpolitik der Landesregierung. Statt nur auf die Quantität der Einsparungen in Haushalten zu sehen, müsse die Qualität der Ausgaben im Vordergrund stehen. Das Streichen qualitativ hochwertiger Angebote der Daseinsvorsorge wie Bildung, Kinderbetreuung und solcher Sozialleistungen, die auf die Vermeidung von Folgekosten ausgerichtet sind, machen eine Stadt nicht besser, sondern entlasten den Haushalt nur kurzfristig. Sparer leisten nichts für das Gemeinwesen. Auch könne ein Landeshaushalt nicht dauerhaft saniert werden, ohne dass auch etwas für die Kommunen getan würde. Diese Zusammenhänge müssen auch den Bürgerinnen und Bürgern transparent gemacht werden.

Dr. Brigitte Fronzek berichtete anhand der Situation in Elmshorn über die Scheinentschuldung durch Ausgliederung von kommunalen Leistungen in GmbHs, die nicht zu einer Kostensenkung geführt hat und nur den tatsächlichen Schuldenstand der Kommunen verschleiert. Sollte die Schuldenbremse auch für Kommunen wirken, werden weitere sogenannte „freiwillige“ Leistungen der Kommunen für soziale und kulturelle Angebote entfallen. Sie kritisiert den Begriff der „freiwilligen Leistungen“, der suggeriere, diese Angebote seien entbehrlich. Tatsächlich würden hierdurch Chancengleichheit und die Gleichheit der Lebensverhältnisse, das Recht auf Teilhabe etc. realisiert. Dieses diene der Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes und sei Teil der Grundversorgung. Damit stünden diese Angebote nicht zur beliebigen Disposition und seien damit nicht freiwillig.

Detlef Palm vom Verband der kommunalen Unternehmen stellte die Renaissance der Stadtwerke in Deutschland und Schleswig-Holstein dar. Über die im Land laufende Diskussion über die Neuvergabe der Konzessionsverträge für die Stromnetze bestehe die Chance, vor Ort eine neue Energiepolitik zu gestalten. Nach seiner festen Überzeugung gehören alle Ver- und Entsorgungsnetze in kommunale Hand.

Markus Echt von der E.ON Hanse AG warb für ein Gegenmodell, bei dem über eine privat-öffentliche Partnerschaft (PPP) zwischen der E.ON Hanse und den Kommunen im Land gemeinsam eine Schleswig-Holstein Netz AG getragen werden könne, um so den Herausforderungen einer weltweit neuen Energiezukunft zu entsprechen.

Große Einigkeit bestand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums, dass die neoliberale Botschaft „der Staat hat viele Jahre über seine Verhältnisse gelebt“ nicht Richtschnur für die Politik in den Kommunen sein kann. Blindes Sparen in der Daseinsvorsorge führt nur kurzfristig zu besseren Haushaltszahlen, schafft aber für die Zukunft neue, dann viel teurere soziale Folgeprobleme. Vor Ort in den Kommunen müsse man sich diesem Kurs entgegen stellen. Steuern sind nicht ein zu reduzierendes Übel, sondern der Kraftstoff für den leistungsfähigen Motor einer funktionierenden Gesellschaft."

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 17:12 Uhr - 2393 Clicks - Nr. 1110

Ortsverein unterstützt Elterninitiative "Schulfrieden jetzt"

Der SPD Ortsverein Steinfeld-Ulsnis hat am Sonnabend, den 20. November 2010, die Unterschriften-Aktion "Schulfrieden" gegen eine Änderung des Schulgesetzes im Team-Bauzentrum in Süderbrarup unterstützt. Viele Bürgermeister des Amtes Süderbrarup, darunter auch der Steinfelder SPD-Bürgermeister Heinrich Buch, bekräftigten mit ihrer Unterschrift die Forderungen der Initiative.

Die Eltern- und Volksinitiative aus Schleswig-Holstein wollen keine Änderung des bestehenden Schulgesetzes und setzen sich u. a. ein für den Erhalt des "längeren gemeinsamen Lernens", die die Gemeinschaftsschulen anbieten, auch in der Gemeinschaftsschule des Amtes Süderbrarup. Die Bürgermeister des Amtes Süderbrarup haben sich bewusst für eine Gemeinschaftsschule entschieden.

Unterstützt wurde die Aktion auch von der Landtagsabgeordneten Birte Pauls.

Wetere Informationen über: <http://www.schulfrieden-sh.de/>

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 17:15 Uhr - 2700 Clicks - Nr. 1111

Skatabend!

18...20.... GEWONNEN

KONTRA, RE UND BOCK...!

Preisskat 2010 der SPD in Glinde

Regen Zuspruch hatte er auch dieses Jahr wieder, sehr zur Freude der Ausrichter. Der Zuspruch kam nicht nur aus Glinde, sondern auch aus den Nachbargemeinden.

Da ging es mit Eifer, Konzentration, Wagemut und doch manchmal vorsichtig zur Sache. Glück und Pech waren mit im Spiel, da half auch Können und Erfahrung nicht immer. Doch Wasser, Cola und Bier, sowie Wurst, Schnittchen und Kaffee halfen wieder auf „die Beine“.

Und das sind die drei vordersten Plätze und strahlenden Gewinner:

Erster Preis: (1000 Punkte)

Ralf Dietz (2. von li.)

Zweiter Preis: (895 Punkte)

Torsten Bernd (links)

Dritter Preis: (863 Punkte)

Martin Rahn (3. von li.).

Organisator: Heinrich Thomsen (re.)

Als Preis gab es eine Dithmarscher Weihnachtsgans und Kassler ab einem Meter abwärts und Wurst. Insgesamt waren 28 Preise ausgelobt.

Der Preisskat verlief harmonisch, war gut besucht und hat allen viel Spaß gemacht, auch denen, die nicht zu den „Siegern“ zählten.



[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.11.2010, 18:42 Uhr - 4011 Clicks - Nr. 1112

Die SPD – Lesung mit Michael Jürgs

Der stellvertretende SPD - Kreis- und OV-Vorsitzende, Reinhard Niegengerd, konnte am 19.11.2010 in Großhansdorf im voll besetzten Studio 203 vor ca. 90 Gästen den renommierten Hamburger Journalisten und Autor vieler Bücher, Michael Jürgs, begrüßen.

Zu Anfang ging Michael Jürgs auf die aktuelle Hamburger Senats-Diskussion der etwaigen Senkung des Kulturetats ein:



„Kleingeistige bzw. großenwahnsinnige Hamburger Volksvertreter, die in ihrer Kindheit außer beim Weihnachtsmärchen die Kultureinrichtungen nie betreten haben, wollen die Stadtkultur kaputtsparen und ignorieren, dass Bühnen und Museen nicht nur viel kosten, sondern noch viel mehr auszahlen. Wer an Kultur spart, muss künftig mit Mindereinnahmen rechnen und darf sich über den Bildungsnotstand nicht beschweren!“

Michael Jürgs las aus seinem Buch und diskutierte anschließend mit den engagierten Zuhörern über „Seichtgebiete – Warum wir hemmungslos verblöden“ oder wie anschließend Reinhard Niegengerd meinte, es hätte auch aus seinem Buch „Wie geht`s Deutschland“ sein können.

Die pauschale Gesellschaftskritik ist eigentlich eine aus der Mode gekommene Form des Essays. Wer traut sich heute noch an diese große Aufgabe und holt zum Rundumschlag gegen die ganze Gesellschaft und unsere Kultur aus? Michael Jürgs hat sich getraut, und von der ersten Zeile an merkt man, dass er sehr, sehr wütend ist, und das ist gut so. Das Buch eines „Angry old man“ der deutschen Gegenwartskultur, der fast alle Medienformate mit einem „Bah! Humbug!“ vom Tisch wischt, nichts Gutes mehr sehen kann und den Untergang des Abendlandes nicht mehr nur prognostiziert, sondern bis auf wenige Ausnahmen als einen bereits abgeschlossenen Prozess ansieht. Wütend wettet er gegen die „Quoten- und Zoten-Jäger“, denen kein Thema zu seicht und keine Talk-Show zu blöd ist, als dass sie nicht an den Studiotüren rütteln und telegen schreien würden: „Ich bin ein Depp, lasst mich hier rein!“. Unsere Kultur scheint sich endgültig aus den hohen Sphären verabschiedet zu haben und zu einer Proll-Kultur mutiert zu sein. Wie konnte es so weit kommen? Was ist geschehen?

Sarkastisch brodelt er durch die versammelte Medienlandschaft und lässt kein blondiertes Haar an den Stars und Sternchen, die nicht nur selbst verblödet sind, sondern – schlimmer noch – alles daran zu setzen scheinen, dass wir, das Publikum, ihnen nachfolgt und ebenso verblödet. Berufsziel: „Charity Lady“, „Superstar“ oder doch lieber gleich die Karriere vom italienischen Starlet zur Abgeordneten im Europa-Parlament?

Nein, das ist kein schönes Bild, das er von unserer Kultur malt. Jürgs würgt und spuckt aus, ist angeekelt von so viel belanglosem Schwachsinn und angewidert von der Selbstverständlichkeit, mit der die dumpfen Massen diesen sinnfreien Blödsinn auch noch mit Genuss zu konsumieren scheinen. Was ist los mit uns? Haben wir den Verstand verloren? Wo sind die Werte, der Anspruch und das Schulfernsehen geblieben?

Was ist so spannend daran, Menschen beim Aussiedeln, Renovieren ihrer Wohnung oder beim Partnertausch auf Zeit zuzuschauen? Der deutsche Durchschnitts-Voyeur mit Hartz-IV-Grundversorgung und Tagesfreizeit bekommt einen seichten Cocktail aus Appetizern (Kochsendungen, Promi-Dinner) und Aufregern (Juri-Shows, Beziehungsproblem-Shows) und Schulungsfernsehen (So – kauft man ein Haus / macht ein Schnäppchen bei... / kommt man auf dem Amt weiter / wird man seine Frau los /...) vorgesetzt.

Auf diese Weise geht der Tag vorbei, das Geld reicht auch bei Hartz-IV zum Überleben, und das Volk bleibt ruhig. Um die Literatur steht es nicht besser.

Gegen all die Pilawas, Eligmanns, Poths, Saleschs, Raabs, Pochers und Bohlens und ihr Heer der namenlosen Idioten, die im massenmedialen Durchlauferhitzer verheizt werden hat Michael Jürgs ein hervorragendes Rezept: mediale Diät: „Wer im Meer der Blöden verzweifelt schwimmend ein rettendes Ufer sucht, muss dennoch nicht verzweifeln. Es gibt werktäglich die versendete Rettungsinsel namens 3sat kulturzeit. Wenn sie Pause macht, am Samstag und am Sonntag, lässt sich die auf fünf vorhergegangenen Tagen gewonnene Information gewinnbringend umsetzen in selbst zu Erlebendes, in lebendiger Kultur – Theater, Oper, Musik, Bücher. Wer sich dem entschleunigt hingibt, gewinnt Zeit für sich und verliert träumend die Angst, etwas Wichtiges zu versäumen.“

Ein gutes Buch, ein schönes Glas Rotwein, und schon sieht der Untergang der Kultur gar nicht mehr so schlimm aus. Schon Kinder kennen diesen alten Trick: Wenn ich nicht hinsehe, sehe ich auch nichts Schlimmes und brauche keine Angst zu haben.

Michael Jürgs hat ein wütendes Pamphlet geschrieben. Auch Politiker bekommen ihr Fett weg, wie z. B. Westerwelle, Wowereit, von Beust oder vermeintlich Kulturschaffende des öffentl. rechtl. Fernsehens wie G. Struve und Andere. Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man sich bei der Lektüre köstlich unterhalten. Endlich mal wieder jemand, der auf den Tisch haut! Michael Jürgs Buch wird jedoch leider nichts an der Schieflage unserer Kultur, an unserer Medienpolitik und an der Fernsehlandschaft in Deutschland ändern, aber aufrütteln, das kann er und das auch noch sehr unterhaltend.

Den Spendenerlös des aufrüttelnden aber auch vergnüglichen Abends wird die SPD dem Kinderhaus des Deutschen Kinderschutzbundes Blauer Elefant in Ahrensburg übergeben. Laut Reinhard Niegengerd wird die SPD zukünftig häufiger ähnliche, nicht vordergründig parteipolitische Veranstaltungen durchführen.

Keine Kommentare

Pflegesituation im Kreis verbessern!

„Angesichts des demographischen Wandels wird der Bedarf an Pflegebetreuung und ärztlicher Versorgung künftig deutlich zunehmen“, erläutert Andreas Fleck, Mitglied im SPD-Kreisvorstand. Der Felder weist daraufhin, dass bereits 2009 rund 5% der Einwohner des Kreises Rendsburg-Eckernförde über 80 Jahren alt waren, in 15 Jahren werden es fast doppelt so viele sein. „Wir brauchen daher mehr und differenziertere Wohn- und Pflegeangebote und auch mehr qualifiziertes Betreuungspersonal.“

„Den Personalmangel werden wir nur über eine bessere Anerkennung der Arbeit von Pflege-rinnen und Pflegern erreichen“, so der SPD-

Kreisvorsitzende Sönke Rix. Dazu gehöre auch eine deutlich bessere Vergütungssituation. Auf diese Weise könnten auch mehr Auszubildende gewonnen werden. Rix, selbst als Bundestagsabgeordneter Mitglied im Ausschuss Familie, Frauen, Senioren und Jugend hatte sich in den vergangenen Wochen unter anderem bei Besuchen in Seniorenheimen in Hohenwestedt und Gettorf über die Lage im Pflegebereich informiert.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Ulrich Kaminski, berichtet, dass das Konzept der Pflegestützpunkte zum 1. Januar 2011 im Kreis umgesetzt werden wird. „Wir wollen auch unseren älteren Mitbewohnern möglichst lange die Gelegenheit geben in ihrem gewohnten Umfeld zu leben.“

Auch die ärztliche Versorgung werden wir, gerade im ländlichen Raum, mit neuen Konzepten sichern müssen“, war sich der Kreisvorstand einig. Der SPD-Kreisverband wird sich mit diesem Thema in einer „Werkstatt“ auseinandersetzen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten.



Für Rückfragen:

Sönke Rix 0170-4136538

Götz Borchert 0162-8751268

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 09:03 Uhr - 2788 Clicks - Nr. 1114

CDU-Zeuge lobt Heide Simonis

Zur heutigen Vernehmung des früheren Aufsichtsratsmitgliedes der HSH Nordbank, Hans-Peter Krämer, vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber:

Der von der CDU benannte Zeuge Hans-Peter Krämer, der als Vertreter der West LB von 2003 bis 2006 im Aufsichtsrat der HSH Nordbank saß, lobte ausdrücklich die Arbeit von Heide Simonis als Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bank. Der Zeuge bekundete, Heide Simonis hätte die Sitzungen kompetent und souverän geleitet und die Dinge zu jeder Zeit "im Griff" gehabt.

Auch konnte der Zeuge auf Nachfrage nicht bestätigen, dass von den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg als Anteilseigner der Bank übertriebene Renditeforderungen gestellt wurden, welche die Schieflage der Bank verursacht hätten.

Nach diesem Ergebnis wird die CDU wohl weiter nach einem Kronzeugen für die Legende suchen müssen, dass Heide Simonis und Ralf Stegner an allem schuld seien. Viel Glück!

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 09:05 Uhr - 2788 Clicks - Nr. 1115

Reform für mehr Demokratie nötig!

Zu der Initiative der Landtagspräsidenten, in den Landesverfassungen einen Passus zu verankern, demzufolge künftig bei EU-Vorhaben die Landesregierungen an Parlamentsbeschlüsse gebunden sind, erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

In der „Stuttgarter Erklärung“ vom 22. Juni 2010 haben die Landtagspräsidenten einstimmig festgelegt: „Zur Mitwirkungsmöglichkeit der Landtage über Informationsrechte hinaus ist die Möglichkeit, landesverfassungsrechtlich eine Bindung der Landesregierung an die Entscheidungen des Parlaments beim Stimmverhalten im Bundesrat und bei der Erhebung von Verfassungsklagen auf Bundesebene vorzusehen.“

Der Weg, den Landtagspräsident Geerds zusammen mit allen anderen Landtagspräsidenten in der Bundesrepublik geht, ist politisch richtig. Durch die „Bindungsklausel“ würden die Rechte des Parlaments und der Abgeordneten gestärkt. Bisher sind die Länder gegenüber dem Bund und die Parlamente gegenüber den Regierungen in EU-Angelegenheiten stark benachteiligt. Sie werden als letzte informiert und haben kaum Mitwirkungsrechte. Die neue Bindungswirkung könnte diesen Nachteil aufheben. Dies entspricht auch der Entscheidung des BVerfG, die Landtage in EU-Angelegenheiten zu stärken. Selbst wenn im Normalfall die Parlamentsmehrheit die Regierung stützt, wäre es trotzdem eine Stärkung der Fraktionen und ihrer Abgeordneten gegenüber der Regierung.

Wir fordern die Parlamentsfraktionen auf, sich dazu zu positionieren und im Europaausschuss, der auch Bundesratsausschuss ist, eine entsprechende Diskussion zu führen. Die Regierungen - egal welcher Farbe - werden eine solche Bindung kritisch sehen. Ich meine aber: 20 Jahre nach Inkrafttreten der Landesverfassung wäre es Zeit für eine fundamentale Reform für mehr Demokratie.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 15:48 Uhr - 49976 Clicks - Nr. 1116

„Rückendeckung für kleinere und mittlere Betriebe“ Plenum stimmt dem Kommissionsvorschlag zur Verlängerung des Branntweinmonopols bis Ende 2017 zu

Das Europäische Parlament will das Branntweinmonopol in Deutschland bis Ende 2017 verlängern. Mit deutlicher Mehrheit sprach sich das Plenum am Dienstag in Straßburg für einen in diese Richtung überarbeiteten Bericht der Europäischen Kommission aus. Nach deren ursprünglichen Vorschlägen wäre das Monopol Ende dieses Jahres ausgelaufen und hätte dazu geführt, dass gerade kleine und mittelgroße Betriebe ihr zweites Standbein aufgeben müssten.



In dem jetzt abgestimmten Vorschlag sprechen sich die EU-Abgeordneten dafür aus, das Monopol weiter fortbestehen zu lassen. „Dadurch helfen wir Familienbetrieben, die sich die Erzeugung von Alkohol als zusätzliche Einkommensquelle aufgebaut haben“, so die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament Ulrike Rodust.

„Viele dieser kleinen Erzeuger nutzen Streuobstwiesen und leisten damit einen wichtigen Beitrag um die Biodiversität im ländlichen Raum zu erhalten“, erklärte Rodust. „Der Zeitraum bis Ende 2010 wäre für viele dieser Erzeuger zu kurzfristig gewesen, um ihre Produktion zurückzufahren, oder umzustellen. Daher begrüße ich sehr, dass wir dem Bericht zugestimmt haben und so die Möglichkeit geschaffen haben, eine bessere Übergangslösung auszuarbeiten.“

„Wir müssen auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass wir einen lebenswerten ländlichen Raum erhalten und dies schaffen wir nur, wenn wir Arbeitsplätze in der Region bewahren“, betonte Rodust abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 15:58 Uhr - 2731 Clicks - Nr. 1117

Bürgerinformation zu Apenrader Str. 111

Die Bürgerinitiative Apenrader Straße 111 ruft zum Besuch der Bürgerinformationsveranstaltung der Stadt Flensburg auf.

Hier der Text des Aufrufes, den wir gern weitergeben:

Bürgerinitiative Apenrader Straße 111

Am Mittwoch, 24. November 2010 um 19:00 Uhr veranstaltet die Stadt Flensburg im großen Saal der Musikschule Sophiesminde Apenrader Straße 117 eine **öffentliche**

Bürgerinformation zum Thema „ALDI-Markt“ Apenrader Straße 111.

Herr Andreas Krause von der Firma Zündorf Projektentwicklungsgesellschaft mbH stellt zusammen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung die Rahmenbedingungen zur Verlagerung des ALDI-Marktes von der Sonderburger Straße auf das Grundstück des Jugendaufbauwerks an der Apenrader Straße 111 und die Standortkonzeption vor.

Bitte kommen Sie noch zahlreicher als bei der Veranstaltung vom 27. Oktober! Lassen Sie uns dem Investor, der Stadtverwaltung und vor allem den politisch verantwortlichen Ratsmitgliedern zeigen, was wir von dem Vorhaben halten. Durch unsere bisherigen Proteste und Demonstrationen haben wir immerhin erreicht, dass die Entscheidung der Ratsversammlung über den Verkauf des Grundstücks an den Investor zweimal verschoben wurde. Dieses Mal wollen wir unsere Geschlossenheit so machtvoll demonstrieren, dass die Ratsmitglieder ernsthaft über eine alternative Nutzung des JAW-Grundstücks nachdenken

und dann in ihrer Sitzung am 9. Dezember den Verkauf zum Zwecke der Errichtung eines Einkaufsmarktes endgültig ablehnen.

Deshalb kommen Sie bitte alle! Bringen Sie möglichst viele Nachbarn, Freunde und Bekannte mit. Es gibt in unserem Stadtteil immer noch Mitbürgerinnen und Mitbürger, die von der geplanten ALDI-Verlagerung nichts wissen. Geben Sie die Information weiter!

Mit freundlichen Grüßen

für die Bürgerinitiative

Franz Mahner

Tel. 4 10 80

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 17:19 Uhr - 3137 Clicks - Nr. 1118

Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit: Ein „Städtischer Ordnungsdienst“ für Norderstedt

Der Überfall auf zwei Senioren am U-Bahnhof Norderstedt-Mitte hat die politische Diskussion über das Ob und Wie von Sicherheitsmaßnahmen im Bahnhofsumfeld weiter verstärkt.

„Der neuerliche Angriff, der fast vor der Tür der Polizeistation stattfand, birgt die große Gefahr, dass der Bahnhofsbereich in den Abendstunden zu einer „No-go-Area“ verkommt.

Wir haben immer betont, dass wir Verständnis für das oft geäußerte Unsicherheitsempfinden vieler Norderstedter haben. Doch absolute Sicherheit gibt es nicht, nirgendwo. Nach wie vor halten wir den Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes im öffentlichen Raum für rechtswidrig und, wie im aktuellen Fall deutlich geworden ist, auch für ungeeignet. Da die mangelnde personelle Ausstattung der Norderstedter Polizei keine durchgehende Präsenz in diesem Bereich zulässt, ist jetzt die Stadtverwaltung am Zug mit einem klugen Mix aus Prävention, d.h. Straßensozialarbeit und Konsequenz nach vorne zu gehen.“, so Thomas Jäger, stellvertretender Vorsitzender der Norderstedter SPD.

Dazu ergänzt die SPD-Vorsitzende, Katrin Fedrowitz:

„In einem Gespräch mit Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote haben wir deshalb uns für die Einrichtung eines „Städtischen Ordnungsdienstes“ ausgesprochen.

Dieser soll mit Außendienstmitarbeitern des städtischen Ordnungsamtes ordnungswidriges und belästigendes Verhalten in der Öffentlichkeit unterbinden. Nach dem Vorbild der Bezirklichen Ordnungsdienste in Hamburg wären die Mitarbeiter auch für die Bekämpfung der illegalen Müllentsorgung, von Parkverstößen und für sogenannte Jugendschutzstreifen zuständig. Wir hoffen sehr, dass der Oberbürgermeister den politischen Gremien kurzfristig entsprechende Vorschläge für den Aufbau und die Personalausstattung eines Ordnungsdienstes machen wird. Allen Beteiligten ist klar, dass zügig etwas passieren muss, damit die Sicherheitslage nicht endgültig kippt. Dieser Vorschlag stellt sicher, dass ein profitorientierter privater Sicherheitsdienst nichts auf öffentlichem Grund und Boden zu bestimmen hat und dass die Bürger kompetente Ansprechpartner bekommen, die ihr Handeln nach dem Grundgesetz zu richten haben.“

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 23.11.2010, 21:04 Uhr:

RE: Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit: Ein „Städtischer Ordnungsdienst“

Dass ein privater Ordnungsdienst in der Besetzung, wie es in Norderstedt Mitte bisher stattfand, keine Lösung ist, trifft gänzlich meine Meinung. Ich bin regelmäßig in NoMi per Bahn unterwegs und fühlte mich durch diesen Dienst nicht besser geschützt als durch mich selbst. In vielen anderen Städten, welche oft finanziell auch schlechter situiert sind, haben bereits einen Außendienst beim Ordnungsamt, welcher mehr als nur Sicherheit abdeckt. Nämlich auch Ordnung. In solches Konzept sollte gefördert werden und so mehr sichere Stellen im öffentlichen Dienst schaffen.

SPD-Vorsitzende wirbt für neuen Kurs im Umgang mit Fraktionswechslern

Der aktuelle Fall des Fraktionsübertrittes von Doris Vorpahl von der SPD zur CDU hat gezeigt, dass die Kommunalpolitik die Grenze ihrer Glaubwürdigkeit erreicht hat. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an über die Motive von Frau Vorpahl zu spekulieren - das allein schon aus Rücksicht auf sie, erklärt Katrin Fedrowitz.



Der dritte Fall eines Fraktions- bzw. Parteiwechsels in dieser Wahlperiode belegt, dass keine Partei dagegen immun ist. Solche "Überläufer" wurden auch von uns stets mit der Forderung konfrontiert, ihr Mandat niederzulegen beziehungsweise herzlich willkommen geheißen, wenn die Entscheidung für einen Übertritt zu unseren Gunsten gefallen ist. Dieses Verhalten mag parteipolitisch gesehen nachvollziehbar sein; von außen betrachtet war es im Kern nicht vernünftig.

Das freie Mandat ist auch auf kommunaler Ebene durch das Grundgesetz geschützt. Egal, ob es im Wahlkreis oder über eine Parteiliste errungen wurde. Somit geht die besagte Forderung ins Leere.

Viel schwerwiegender ist für mich der Glaubwürdigkeitsverlust für die Kommunalpolitik insgesamt, der Wert der Wählerentscheidungen tendiert zunehmend gegen Null. Da müssten bei jedem Kommunalpolitiker eigentlich die Alarmglocken schrillen. Viele Norderstedter werden sich fragen, warum sie überhaupt noch ihre Stimme abgeben sollen, wenn einzelne Abgeordnete ohnehin beliebig mit ihrem Mandat umgehen. Von der Verlässlichkeit inhaltlicher Aussagen ganz zu schweigen. Das wird sich glasklar in der Wahlbeteiligung widerspiegeln - und mit Sicherheit nicht positiv.

Ich plädiere deshalb dringend für eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Parteien und Fraktionen der Stadtvertretung, den Wechsel von Stadtvertretern während einer Wahlperiode auszuschließen. Die Gewissensfreiheit sich politisch anders zu orientieren wird dadurch nicht eingeschränkt. Ich halte jedoch eine Wartezeit für zumutbar. Nur so können wir in Zukunft verhindern, dass der Eindruck entsteht Eigennutz und Machtgehebe würden den Ausschlag für einen Wechsel geben.

Die SPD wird deshalb verbindlich den Anfang machen:

Wir werden mit sofortiger Wirkung keine Fraktionswechsler mit Mandat mehr in unsere Partei aufnehmen und auch keine Aufnahme in unsere Fraktion befürworten. Ich werde in den kommenden Wochen mit allen Norderstedter Parteivorsitzenden darüber das Gespräch suchen. Einen solchen Wechsel-Zirkus wie in den vergangenen Monaten können und dürfen wir uns als Kommunalpolitiker nicht mehr erlauben und unseren Wählern auch nicht mehr zumuten.

Kommentar von [Hans-Günther Ott](#) vom 24.11.2010, 11:19 Uhr:

RE: SPD-Vorsitzende wirbt für neuen Kurs im Umgang mit Frakt

Parteien und Fraktionen sind keine Sammelbecken für Profilierungssüchtige! Die Gewählten sollten gefälligst das tun, wofür sie vom Wähler bestimmt worden sind. Und das einhalten, was sie ihren Wählern versprochen haben. Neurosenpflege können diese Herrschaften gerne Zuhause betreiben, aber nicht im Parlament. Der Vorschlag der SPD ist ein Anfang - folgen muss daraus, dass die Personalauswahl besser wird. Dann passieren solche Ausfälle auch nicht mehr.

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 23.11.2010, 21:00 Uhr:

RE: SPD-Vorsitzende wirbt für neuen Kurs im Umgang mit Frakt

Interessante Haltung... Nur nicht meine. Dies ist eine Symptombekämpfung, Aber keine Lösung. Wie schon Frau Basarici, wird auch Frau Vorpahl ihre Gründe gehabt haben. Jetzt sich gegen Aufnahmen von Fraktionswechslern auszusprechen, ist nur ein Beiseiteschieben der Probleme. Ich werde das freie Mandat nicht dadurch angreifen, dass ich Wechslern diese Möglichkeit nehme. Lieber rege ich an, dass Probleme vorzeitig besser kommuniziert werden.

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 19:42 Uhr - 3498 Clicks - Nr. 1120

Jetzt Vertrag mit Stiftung kündigen!

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg

Die SPD-Kreistagsfraktion spricht sich dafür aus den Vertrag mit der Stiftung Herzogtum Lauenburg umgehend zu kündigen. Im Zuge der aktuellen Haushaltsberatungen bringen die Sozialdemokraten die längst überfällige Kündigung erneut auf die Tagesordnung.



David Welsch, Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Kultur und Bildungsausschusses, kommentiert diese Forderung wie folgt: „Im Kulturhaushalt soll stellenweise drastisch gekürzt werden. Es ist nicht akzeptabel das beispielsweise die Sportvereine auf 50.000€ verzichten sollen und darüber hinaus der Kreissportverband jährlich 2% seiner Mittel gekürzt bekommt, dies dann mit Sparzwängen gerechtfertigt wird und im gleichen Atemzug die Stiftung ein „Weiter so“ bekommt!“

Die Stiftung ist vom Kreis mit der Kulturarbeit beauftragt worden und erhält dafür einen Jahresetat von 180.000€. Über den Einsatz dieses Geldes, wird aus Sicht der Sozialdemokraten, dem Kreis nicht ordentlich Bericht erstattet. „Niemand weiß was mit dem Geld passiert“, so Annemarie Argubi-Siewers, ebenfalls Mitglied im Kultur und Bildungsausschuss. „Dazu kommt das die Kulturarbeit der Stiftung im Südkreis de facto nicht existiert!“, so Argubi-Siewers weiter.

Das die der CDU nahestehende Stiftung von dem Sparvorschlägen ausgenommen ist, wird mit einem über fünf Jahre laufenden Vertrag zwischen Kreis und Stiftung gerechtfertigt. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, den Vertrag schnellstmöglich zu kündigen und die im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehenen Mittel um 5% zu kürzen. In den Folgejahren soll jedes Jahr um weitere 5% gekürzt werden.

„Die Stiftung ist keine heilige Kuh, an die nicht herangegangen werden darf. Die CDU muss klarstellen, dass auch eine ihr nahestehende Einrichtung, nicht unantastbar ist. Ansonsten wäre dies ein Schlag ins Gesicht für alle Vereine und Verbände die jetzt um ihre Arbeitsfähigkeit bangen müssen“, so Welsch für die Sozialdemokraten abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 19:45 Uhr - 3714 Clicks - Nr. 1121

Länderübergreifende Zusammenarbeit - SPD gründet Metropolrat

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg



Die Sozialdemokraten in der Metropolregion Hamburg rücken näher zusammen. Sie gründeten jetzt einen Metropolrat mit Politikern aus Land- und Kreistagen, Bezirks-versammlungen und Stadtvertretungen Hamburg/Schleswig-Holstein und Nieder-sachsen.

Für den Kreis Herzogtum Lauenburg nahmen der Landtagsabgeordnete Olaf Schulze sowie der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Gunar Schlage an dieser Gründungsversammlung teil.

Der Rat will sich künftig mit länderübergreifenden Themen wie Katastrophenschutz, Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur und vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolregion Hamburg beschäftigen.

Gunar Schlage: „Dabei ist schon deutlich geworden, dass in der Metropolregion isolierte Wege ohne Vernetzung, wie sie CDU und FDP durch die Standortinitiative gegangen sind, in der Metropolregion für kontraproduktiv gehalten werden.

Vorsitzende des neuen Metropolrates sind:

- Michael Neumann, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Hamburger Bürgerschaft
- Ralf Stegner, SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Schleswig-Holstein und
- Andrea Schröder-Ehlers, stv. SPD-Fraktionsvorsitzende im niederländischen Landtag.

Zielsetzung, so Gunar Schlage, ist eine politische Zusammenarbeit, die nicht an Kreis- und Stadtgrenzen Halt macht.

Für die SPD-Kreistagsfraktion soll künftig Gitta Neemann-Güntner aus Büchen im Metropolrat mitwirken.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.11.2010, 20:59 Uhr - 8093 Clicks - Nr. 1122

Öffentliche Mitgliederkonferenz der SPD

Die Bewerberin und die Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur stellen sich in Rendsburg vor – die SPD lädt dazu ein!

Die öffentliche Mitgliederkonferenz der SPD findet am Montag, dem 29. November um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Hohes Arsenal, Rendsburg statt. Hier werden sich die Bewerberin und die Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl vorstellen.

„Wir freuen uns auf einen interessanten Abend in Rendsburg. Es ist wichtig, dass sich unsere Mitglieder ein Bild von der Kandidatin und den Kandidaten machen können, bevor sie sich im Februar entscheiden“, meint der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix. „Die SPD geht mit diesem Verfahren einen völlig neuen Weg und ermöglicht allen Mitgliedern aktiv mitzuzentscheiden. Gleichzeitig sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen, sich ebenfalls frühzeitig ein Bild zu machen.“

Im Laufe des Abends werden aber nicht nur die Kandidierenden zu Wort kommen, auch Fragen aus dem Plenum sind herzlich willkommen.

Ablauf

- Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten
- Vorstellungsreden von etwa 10 Minuten
- Beantwortung von Fragen des Publikums
- Schlussstatement der Kandidaten max. drei Minuten
- Schlusswort der Kreisvorsitzenden

„Nach der Veranstaltung werden alle Mitglieder des SPD-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde und alle Gäste die Möglichkeit haben, mit ihrer Stimme an der Erstellung eines Meinungsbildes mitzuwirken. Wer aber für die SPD wirklich ins Rennen geht, entscheiden die Mitglieder im Februar 2011“, erläutert Schriftführer Götz Borchert. „Also noch dieses Jahr SPD-Mitglied werden!“

Für Rückfragen:

Sönke Rix 0170-4136538

Götz Borchert 0162-8751268

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 00:36 Uhr - 2659 Clicks - Nr. 1123

AfA Landesverband trifft Torsten Albig

Diskussion mit dem Kandidaten Torsten Albig

AfA Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden bzw. Vertreter aus acht Kreisen tagten mit dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig am 22.11. 2010 im Kieler Gewerkschaftshaus. Natürlich ging es auch um die parteiinterne Kandidatur zum Spitzenkandidaten der SPD für die anstehende Landtagswahl. Es wurde über die kommunalen Finanzpolitik, wie über die Verträglichkeit von Großprojekten und Initiativen für mehr



Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein diskutiert. Auch die Sozialpolitik mit den Themen Rente mit 67, Leiharbeit, Mindestlohn und Tariftreue waren heiß diskutierte Themen.

Zusammenfassend: "es ist ein gutes Zeichen für die Landespartei, dass wir neben unserem Landesvorsitzenden Ralf Stegner eine ganze Reihe von starken Mandatsträgern haben, die mit einer neue Landesregierung unter SPD-Führung Schleswig-Holstein bei "Guter Arbeit und Bildung" wieder voranbringen kann", fasste der AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädels die fast zweistündige Diskussionsrunde zusammen.

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 16:36 Uhr - 2053 Clicks - Nr. 1124

Antrag SPD-Fraktion zur GV Sitzung am 24.11.10 (freiwillige Leistungen)

Änderung der Tagesordnungspunkte:

- Die Gemeindevertretung beschließt, die Kündigung der Fahrbücherei mit sofortiger Wirkung zurückzunehmen. Die Gemeindevertretung geht davon aus, dass die Bürgerinitiative zum Erhalt der Fahrbücherei sich aktiv für die

Werbung zusätzlicher Mitglieder einsetzt und Vorschläge zur Reduzierung der Kosten und Erhöhung der Einnahmen erarbeitet und umsetzt. Der Beschluss wird Ende 2011 erneut überprüft.

- Die Gemeindevertretung beschließt, die Kürzungen der Zuschüsse für die Vereine/Verbände/Institutionen rückgängig zu machen.

- Die Gemeindevertretung beschließt, Jugendfreizeitfahrten im ursprünglichen Umfang mit z.Z. 2,00 € weiter zu fördern.

Begründung: In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.06.2010 wurde beschlossen, die freiwilligen Leistungen der Gemeinde um 14.700 € zu kürzen. Die Gemeindevertreter waren sich einig darüber, dass die Förderung wieder aufgenommen wird, wenn der Haushalt der Gemeinde dies wieder hergibt. Der Haushalt der Gemeinde Husby ist in 2010 und wird auch in 2011 ausgeglichen sein.

Husby, 22.11.2010

Für die SPD-Fraktion Husby

Agnes Kuhrau

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 16:39 Uhr - 2144 Clicks - Nr. 1125

Antrag SPD-Fraktion Husby zu GV Sitzung am 24.11.2010 (Wegenutzungsvertrag)

Änderung der Tagesordnungspunkte:

Die GV stimmt dem Abschluss eines Wegenutzungsvertrages mit der Schleswig-Holstein Netz AG zu mit folgenden Ergänzungen bzw. unter folgenden Voraussetzungen:

- der Wegenutzungsvertrag mit der Schleswig-Holstein Netz AG wird drei Jahre vor Ablauf des fünften Jahres gekündigt. Gleichzeitig wird eine Auskunft gemäß §6(2) beantragt.

- Nach Kündigung erfolgt eine Neuausschreibung des Wegenutzungsvertrages.

- Den anderen Gemeinden des Amtes wird über den Amtsausschuss vorgeschlagen, ebenso zu verfahren.

- Im Amt wird ab Frühjahr 2011 eine Arbeitsgruppe aus interessierten und sachkundigen Gemeindevertretern und Bürgern gebildet, die sich mit den Modalitäten einer Netzübernahme durch die Gemeinden beschäftigt und sachkundig macht.

- Falls die Formulierungen und Fristen in § 6 Abs. (1) dieser Vorgehensweise rechtlich entgegenstehen, werden diese im Wegenutzungsvertrag entsprechend geändert.

Begründung: Die Übernahme des Netzes durch die Gemeinden und der Betrieb des Netzes

gemeinsamen mit einem erfahrenen Netzbetreiber bietet den Gemeinden des Amtes eine Chance, zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften und mehr Einfluss auf die Ausgestaltung der Netze im Amt auszuüben. Durch den Rückzug der Stadtwerke Flensburg aber auch durch Abstimmungsprobleme und Informationsdefizite der Gemeinden des Amtes konnte diese Chance im Rahmen der jetzigen Neuverhandlungen nicht genutzt werden. Die Gemeinden sollten sich daher sachkundig machen und die Chance wahrnehmen zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Gespräche mit möglichen Anbietern wieder aufzunehmen. Dieser Prozess sollte durch sachkundige externe Berater (zB. Energieagentur, Gekom) begleitet werden.

Husby, 22.11.2010
Für die SPD-Fraktion Husby
Agnes Kuhrau

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 16:59 Uhr - 1211 Clicks - Nr. 1126

Regionale Kooperation schafft Bürgernähe und entlastet den Haushalt!

Zur engeren Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Kiel mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir freuen uns über die engere Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, die sich derzeit vor allem auf den Gebieten der Unterhaltssicherung, der Standesamtsaufsicht, der Stellenbewertung, der Fortbildungen und des Zensus anbieten. Denn so schaffen wir einen bürgernahen Service für die Menschen in Kiel und im Kreis Rendsburg-Eckernförde, und zugleich schonen wir die knappen öffentlichen Kassen. Deshalb haben SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung dieser Zusammenarbeit gerne zugestimmt.“

Durch regionale Kooperation kann der städtische Haushalt entlastet werden, indem Verwaltungsaufwand verringert wird. Bereits heute arbeitet die Kieler Stadtverwaltung mit anderen Kommunen auf dem Gebiet der Ausbildung von Verwaltungsnachwuchs, der Kraftfahrzeugzulassung, der Tierseuchenbekämpfung, der Bauaufsicht, der Gesundheitsverwaltung, im Verkehrsverbund, in der Abfallentsorgung und in der Straßenreinigung und in der Wirtschaftsförderung zusammen. Vorstellbar wären weitere oder intensivere Formen der Zusammenarbeit mit anderen kreisfreien Städten oder benachbarten Kreisverwaltungen, z.B. Gemeinsame Veterinärämter, Gemeinsame Rechtsämter, Gemeinsame Rechnungsprüfungsämter. Wir unterstützen Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) bei diesen richtigen Schritten zur Konsolidierung des Kieler Haushalts. Mit den durch regionale Kooperation allein erzielten Einsparungen werden die hohen Defizite in den Stadthaushalten aber nicht aufgefangen werden können. Neben den eigenen Haushaltskonsolidierungsbemühungen wird es daher auch weiterhin unerlässlich sein, auf landes und bundespolitischer Ebene auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden und die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu drängen.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 19:00 Uhr - 8938 Clicks - Nr.

Schwarz-Gelb verabschiedet sich Schritt für Schritt vom Sozialstaat

Die Kreis AG 60 plus des SPD-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde hatte zu einer Informationsveranstaltung zum Gesundheitswesen nach Eckernförde eingeladen. Der stellvertretende Landesvorsitzende der AG der SPD im Gesundheitswesen (ASG) Arno Jahner referierte zum Thema „Die Gesundheit ist uns teuer – wird sie auch teurer?“ Diese Frage konnte Jahner mit einem eindeutigen Ja beantworten.

Empört waren die Teilnehmer über die Einseitigkeit der zukünftigen Belastungen für gesetzlich Versicherte.

„Arbeitgeber werden entlastet – Arbeitnehmer und Steuerzahler zahlen doppelt. Diese Rösler Reform ist nichts anderes als der Versuch die Gesetzliche Krankenversicherung zu privatisieren,“ so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin, „Abzocke und Drei-Klassen-System durch Vorkasse !“

Union und FDP haben innerhalb eines Jahres das Vertrauen der Wähler restlos verschleudert – die Bedienung der eigenen Klientel wird auch im Gesundheitswesen vorangetrieben. Die Krankenversicherung wird zum 01. Januar 2011 auf 15.5 % steigen. Der Arbeitgeberanteil wird bei dauerhaft 7.3 % eingefroren. Zusätzlich sollen die gesetzlichen Krankenkassen künftig bei Finanzengpässen unbegrenzt Zusatzbeiträge erheben dürfen. Der erste Schritt zur Kopfpauschale, allein zu tragen durch die gesetzlich Versicherten.

Teurer wird es für die Versicherten auch, wenn sie das Prinzip der Vorkasse für sich wählen, die SPD warnt vor einer Drei-Klassen-Medizin, in der Privatversicherte und Vorkasse-Patienten bevorzugt behandelt werden. Dabei ist noch offen, wie viel Geld die Versicherten von ihrer GKV erstattet bekommen.

Ein Teilnehmer fasste seinen Eindruck mit den Worten zusammen: „Wenn man bedenkt, dass diese Regierung noch 3 Jahre im Amt bleibt, kann einem Angst und Bange werden!“

„Die AG 60 plus setzt sich für ein Gesundheitssystem ohne Klassenschranken ein,“ sagte Robin zum Schluss der Veranstaltung, „deshalb fordern wir die Bürgerversicherung durch gleiche Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 19:52 Uhr - 3125 Clicks - Nr. 1128

Wir streben weiter eine möglichst breite Mehrheit an

Zu dem von Grünen und SSW vorgelegten Entwurf für die Änderung des Wahlgesetzes erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Peter Eichstädt:

"Wir würden es bedauern, wenn sich die Grünen und der SSW aus dem gemeinsamen Bemühen um eine von einer breiten Mehrheit im Landtag getragene Lösung für ein verfassungsrechtlich sauberes Wahlgesetz verabschiedeten.



Die von beiden vorgeschlagene Zahl von 27 Wahlkreisen ist durch die Verfassung nicht legitimiert, weil sie die Verhältniswahl gegenüber der Persönlichkeitswahl bevorzugt; auch schmälert dies den direkten Einfluss der Wähler. Es würden dann 42 Abgeordnete über die

Landeslisten in den Landtag kommen. Die Verfassung gibt aber vor, dass die Zahl der direkt und indirekt gewählten Abgeordneten ungefähr gleich sein muss.

Das vorgeschlagene Auszählverfahren nach Sainte Laguë-Schepers ist in den Eckpunkten der SPD-Fraktion enthalten; diesen Vorschlag erhalten wir weiterhin aufrecht.

Wir werden weiter versuchen, zu einer Einigung zu kommen, die von einer breiten Mehrheit im Landtag getragen wird."

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 23:32 Uhr - 1518 Clicks - Nr. 1129

SPD Arbeitsgebiet Ostufer tagte zum Thema Biogasanlagen am 23. November 2010

Die SPD Ortsvereine vom Ostufer trafen sich am 23.11. in Lutterbek und berieten sich zu den zunehmenden Biogasanlagen im Kreis.

Die Berichte aus den Ortsvereinen ergaben, dass im Kreis Plön eine größere Anzahl von Biogasanlagen am Entstehen ist. Es bestand Einigkeit, dass Biogasanlagen grundsätzlich eine akzeptable Alternative zu Atomkraftwerken sind. Probleme bereiten sie, wenn sie wie zZt. in Schleswig-Holstein, in viel zu großer Anzahl ungesteuert entstehen. Die Landesregierung hätte im Landesentwicklungsplan im Sommer ähnlich wie bei Windkraftanlagen nach der Abwägung unterschiedlicher Interessen einen Rahmen vorgeben können. Sie hat diese Chance aber leider nicht genutzt.

Wie in Lutterbek müssen nun die unmittelbar betroffenen einzelnen kleinen Gemeinden die örtlichen und vor allem überregionalen Interessen einsammeln und in die konkreten Bauantragsverfahren einbringen. Eine Gesamtübersicht und -bewertung erfolgt nicht. Dieses wird in der Runde als sehr unbefriedigend angesehen.

Mit der SPD-Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden Anette Langner wurde vereinbart, dass sie das Gespräch mit dem Landrat suchen wird. Angedacht ist eine Biogasanlagen-Regionalkonferenz für den Kreis Plön. Dafür ist es wichtig, in den Gemeinden abzufragen, wie viele Biogasanlagen hier vor Ort überhaupt in Planung sind, auf welchen Flächen die landwirtschaftlichen Produkte für die Biogasanlage angebaut und über welche Wege in welchen Gemeinden transportiert werden. Nur unter dieser Voraussetzung können die Auswirkungen insgesamt bewertet werden, die der Kreis Plön und das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume dann hoffentlich in die Prüfung der Einzelanträge einbeziehen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 24.11.2010, 23:36 Uhr - 5501 Clicks - Nr. 1130

OB-Plan ist gut, weil er Arbeitsplätze schafft!

Zu den Plänen von OB Albig, auf dem Gelände des M F G 5 als Nachnutzung den Bau von Offshore-Anlagen zu etablieren.

„Die Gesamtkonzeption des Bereichs Flughafen/M F G 5 in Holtenau wird jetzt deutlich. Wir realisieren damit das Mischgebiet von Gewerbe, Wohnen und Freizeit. Auf dem ehemaligen Flugplatz im Nordbereich entsteht ein Gewerbegebiet, dem die Landebahn einen besonderen Akzent gibt. Im Südbereich des Geländes ist auch Wohnen möglich.

Im großen Bereich des M F G 5 könnte mit einem modernen Offshore-Hafen ähnliches



entstehen. Die Nähe zur Förde ist mit Lokalen, Schleuse, historischen Gebäuden und der entstehenden Badeanstalt für Holtenau und seine Gäste weiterhin sehr attraktiv.

Damit würden die Beschlüsse der Kieler SPD Wirklichkeit, falls die Bundeswehr tatsächlich ihren Standort verlagert.

Wir begrüßen besonders die mit den Plänen von OB Albig verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen. Statt auf die unsicheren Arbeitsplätze des Bauhafens zu setzen, können wir mit dem Windanlagen-Bau gute und qualifizierte Arbeit auf Dauer bereitstellen. Da geht es um mehrere hundert Stellen, wie Beispiele in anderen Städten belegen. Das stärkt nicht nur Holtenau sondern ganz Kiel," erklärte SPD Kreischef Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 25.11.2010, 07:56 Uhr - 3928 Clicks - Nr. 1131

SPD Norderstedt unterstützt ver.di-Kampagne „Handeln ausgezeichnet“

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu verstärken ist das erklärte Ziel der neuen SPD-Vorsitzenden Katrin Fedrowitz – so kam es, dass ver.di-Fachbereichsleiter Arno Peukes den Norderstedter Genossen am vergangenen Montag die Kampagne „Handeln ausgezeichnet“ vorstellte.



Ziel der Kampagne ist es, gemeinsam mit verschiedenen Akteuren – Gewerkschaft, Beschäftigte, Arbeitgeber, Kunden, Netzwerke, Kirchen, Verbänden und Parteien - die Arbeitsbedingungen der Einzelhandelsbeschäftigten

Dazu der ver.di-Fachbereichsleiter Arno Peukes:

„Wir erleben heute, dass Abschluss und Einhaltung der Tarifverträge allein auf die Ebene der Tarifvertragsparteien beschränkt sind. Ein wichtiger Akteur bleibt dabei bislang völlig unberücksichtigt: der Kunde. Mit unserer Kampagne wollen wir zeigen, welche Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten wahrnehmen und die Kolleginnen und Kollegen nach unseren Mindestkriterien beschäftigen. Hierdurch kann der Kunde mit seinem täglichen Einkauf mitentscheiden, ob er diese Unternehmen unterstützt.“

Die Kampagnenkriterien der Gewerkschaft sind der Beginn einer Diskussion um faire Arbeit, fairen Verdienst und fairen Handel:

Ordentliches Tarifgehalt – gerechte, tarifliche Eingruppierung – klar geregelte tarifliche Zuschläge – gute berufliche Ausbildung - notwendige Kontrolle durch Betriebsräte.

„Wir wissen, dass es für alle 3 Themenbereiche viele weitere Kriterien gibt. Diese werden wir gemeinsam mit allen Interessierten in den nächsten Jahren weiterentwickeln“ so Peukes. „Mit dem Start wollen wir aber eines deutlich zeigen: Verbesserung entsteht im Gehen, nicht im Stehen. Deshalb gehen wir jetzt los.“

Katrin Fedrowitz unterstreicht, dass der Wettbewerb im Einzelhandel nicht zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen werden darf. Um dies zu verhindern, sind neben einem verbindlichen Tarifvertrag auch starke Betriebsräte notwendig.

„Die Beschäftigten im Einzelhandel und deren Familien sollen von ihrer Arbeit anständig leben können. Aus diesem Grund sind Tarifverträge, die ein ausreichendes, festes und verlässliches Einkommen garantieren, notwendiger denn je. Aufgrund von Arbeitsverdichtung auf der einen Seite und Personalabbau auf der anderen Seite und der daraus resultierenden Belastung jedes Arbeitnehmers im Einzelhandel ist es umso wichtiger, dass es Betriebsräte und Mitbestimmungsstrukturen gibt. Auch Norderstedt ist Teil der Hamburger Einzelhandelsregion und wir erleben durch die in Norderstedt beheimatete REWE-Tochter Penny was es für die Beschäftigten bedeutet, wenn die Märkte bis 22 Uhr und teilweise auch darüber hinaus geöffnet bleiben. Die „Schmuddelkinder“ des Einzelhandelsbranche wie KiK, Schlecker und Netto, die in Sachen Mitbestimmung und tarifgerechter Entlohnung ihrer Mitarbeiter Lichtjahre vom Standard entfernt sind, finden wir bei uns in der Nachbarschaft. Deshalb geht die ver.di-Kampagne alle Norderstedter an. In Norderstedt gibt es eine Vielzahl von Lebensmittelläden. Die Preise sind angeglichen. Warum dann nicht in dem Laden einkaufen, der für gute Arbeit und einen fairen Lohn steht? Wir alle haben es jeden Tag aufs Neue in der Hand.“

Die Kampagne ist für ver.di ein erster Schritt, wenn es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Handel geht.

Wir werden sie in den nächsten Wochen verbinden mit der Veröffentlichung einer umfassenden Analyse über den Ist-Zustand des Hamburger Handels“, kündigt Peukes an.

„Auf der Grundlage der zu erwartenden Studie können wir dann umfassend die aktuellen Probleme der Beschäftigten aufzeigen und die dafür Verantwortlichen in die Pflicht nehmen. Diese sitzen häufig nicht nur in den Unternehmenszentralen, sondern sind auch in politischer Verantwortung. Die Kampagne ist also auch der Beginn einer politischen Diskussion über die Zukunft des Hamburger Einzelhandels“, sagt Peukes abschließend.

Wer mehr über die Kampagne erfahren möchte, findet sie auch im Internet unter www.handeln-ausgezeichnet.de

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 25.11.2010, 10:17 Uhr - 8496 Clicks - Nr. 1132

Protest und politischer Druck zeigt Wirkung

Protest und politischer Druck zeigt Wirkung – Kreis will 8 Mitarbeiter/rinnen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernehmen – SPD fordert zügige Lösung für die weiteren ARGE Beschäftigten.

Der Protest der 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE im Kreistag am 10. November hat seine Wirkung nicht verfehlt. Landrat Oliver Stolz schlägt jetzt dem Kreistag vor, sie in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis beim Kreis zu übernehmen. Die Ankündigung des Landesrates ist für den SPD Fraktionsvorsitzender Hannes Birke „Ein sozial gerechter und längst überfälliger Vorschlag, dem die SPD im Kreistag zustimmen wird“. Bei der bloßen unbefristeten Übernahme darf es für die SPD aber nicht bleiben. Der Kreis müsse bei den neuen Arbeitsverträgen die von den Mitarbeitern erworbenen Rechte insbesondere ihren Gehaltsstatus übernehmen.

Die Wende des Landrates kam überraschend. Noch in der letzten Kreistagssitzung hatte er auf den Protest der 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „ausweichend“ und „hinhaltend“ reagiert. Der Protest im Kreistag richtete sich gegen die nur einjährige befristete Übernahme durch den

Kreis. Sie wollten nicht als Opfer der Umstrukturierung bei der ARGE ihren sicheren Arbeitsplatz verlieren und forderten die Gleichbehandlung mit anderen, von den Kommunen an die ARGE delegierten Beschäftigten, die unbefristet vom Kreis übernommen werden sollen. Auch sie stehen - so die Sprecherin der Gruppe Wiegand - in einem langjährigen unbefristeten Beschäftigungsverhältnis in kreiseigener Beschäftigungsgesellschaft.

Mit der zu erwartenden Übernahme ist das Problem des Personalüberganges auf den Kreis nicht gelöst. 77 bei der ARGE Beschäftigte werden ab dem 1. Jan. 2011 vorerst nur für ein Jahr beim Kreis befristet eingestellt. Trotz der anstehenden schwierigen Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Arbeit über die Weiterbeschäftigung, müssen - so die SPD - zügig Entscheidungen über deren berufliche Zukunft getroffen werden. „Wir werden - so der Chef der Kreistagsfraktion - den Landrat im nächsten Kreistag auffordern, vor der Sommerpause 2011 eine arbeitsrechtliche Anschlussregelung für die übrigen befristet beschäftigten Mitarbeiter/innen dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“ Die SPD erwartet von Landrat Stolz, dass er in den anstehenden Verhandlungen auch für die verbleibenden Mitarbeiter eine dauerhafte Beschäftigung zu erworbenen Gehaltskonditionen erzielt.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.11.2010, 15:39 Uhr - 7118 Clicks - Nr. 1133

Öffentliche Vorstellungsrunde Spitzenkandidaturen zur nächsten Landtagswahl

Der SPD-Kreisverband Schleswig – Flensburg lädt ganz herzlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und SPD-Mitglieder ein zur öffentlichen Vorstellungsrunde der SPD-Kandidatin bzw. Kandidaten für die nächste Landtagswahl in Schleswig-Holstein am Freitag, den 3. Dezember 2010 um 19.00 Uhr, im Landgasthof, Bahnhofstraße 1, in Tarp. Nach dem Urteil des Schleswig-Holsteinischen



Verfassungsgerichts, das eine Neuwahl des Landtages bis spätestens September 2012 angeordnet hat, will die SPD die Spitzenkandidatur für das Amt des Ministerpräsident bzw. der Ministerpräsidentin durch einen Mitgliederentscheid durch Briefwahl bis zum 26.02.2011 durchgeführt haben. Alle Mitglieder erhalten diese Briefwahlunterlagen ab Mitte Februar 2011. Dieser Mitgliederentscheid dient als Wahlempfehlung für die Landesdelegiertenkonferenz, wo dann die Landesliste der SPD aufgestellt und gewählt wird.

Für die SPD-Spitzenkandidatur haben sich der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, die Elmshorner Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek und der SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner sowie der Gesamtpersonalrat der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Mathias Stein beworben.

In der Vorstellungsrunde in Tarp am 3. Dezember 2010 haben die anwesenden Gäste und Mitglieder die Möglichkeit, sich ein Bild von der Kandidatin und von den Kandidaten zu machen und Fragen an diese zu stellen.

Folgender Ablauf ist geplant:

- Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden
- Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten
- Vorstellungsreden von etwa 10 Minuten
- Beantwortung von Fragen des Publikums
- Schlussstatement der Kandidaten, Dauer max. drei Minuten
- Schlusswort des Kreisvorsitzenden

Mit dem Verfahren will die SPD ein Maximum an innerparteiliche Demokratie und Bürgerbeteiligung verwirklichen und durch ein faires, gerechtes und sicher spannendes Verfahren die Attraktivität und Lebendigkeit der SPD im Vorfeld der Landtagswahl unter Beweis stellen.

Der Kreisvorstand wird den gewählten Kandidaten bzw. Kandidatin (egal, wer es wird) mit aller Kraft bei der kommenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein unterstützen.

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 27.11.2010, 20:14 Uhr:

RE: Öffentliche Vorstellungsrunde Spitzenkandidaturen zur nä

woher wollen Kreisvorstand und Delegierte wissen, wie die Mitglieder bei der Briefwahl stimmen?????? Sollen die Briefwahlunterlagen beim Kreisbüro abgegeben werden? Das passt doch nicht!

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 08:59 Uhr - 3510 Clicks - Nr. 1134

Geplante Schließung des Mädchentreffs Zimtziecke e.v. in Schleswig

MdL Birte Pauls zur beabsichtigten Schließung des Mädchentreffen "Zimtziecke" in Schleswig:

„Es ist schon fatal mit welcher Arroganz und Ignoranz gegenüber Sach- und Organisationsargumenten die Regierung von CDU und FDP den sozialen Kahlschlag in Schleswig Holstein betreibt und u.a. auch hier in Schleswig.

Jahrelang hat der Mädchentreff Mädchen betreut, die sich in schwierigen Situationen befanden und haben ein breites Spektrum an präventiver Arbeit in Schleswig und auch im ganzen Kreis geleistet. Sie waren fester Anlaufpunkt für Mädchen, die sonst wenig Ansprache erfahren, haben diese Mädchen auch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gestärkt. Aber leider kann man Prävention nicht in Euro umrechnen.

Die jetzige Schließung wäre nicht notwendig gewesen, wenn CDU und FDP das Ehrenamt und die Sozialarbeit nicht nur bei Sonntagsreden für wichtig halten würden. Respekt hätte man gegenüber den Einrichtungen beweisen können, indem man einen Doppelhaushalt so strukturiert, dass die Einrichtungen Zeit haben, sich neu zu organisieren. Genau das wurde mir während meinen vielen Besuchen bei den sozialen Einrichtungen immer wieder gesagt: alle sind bereit zu sparen, zusammen zu arbeiten, dort wo es nicht nur räumlich, sondern vielleicht auch organisatorisch möglich ist. Aber das braucht eben Zeit, Zeit die der Mädchentreff jetzt nicht mehr hat, wenn er Arbeits- und Mietverträge fristgerecht kündigen muß.



Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 10:10 Uhr - 10813 Clicks - Nr. 1135

SPD-Kreisverband will Energieverbund

„Der SPD-Kreisverband unterstützt die Gründung eines Energieverbundes – Energieregion Segeberg – als Zusammenschluss von Energieerzeugern erneuerbarer Energie und den Stadt- und Gemeindewerken des Kreises Segeberg“ heißt es in einem Beschluss des SPD-Kreisparteitages.

Der Kreisverband sprach sich damit auch gegen die Abhängigkeit von den großen Energieversorgern und für dezentrale, kommunale Energielösungen aus. Dazu gehört die Konzessionsvergabe an eigene oder benachbarte Stadtwerke.

Verträge über Konzessionen werden hinsichtlich der Nutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze zum Zweck der Versorgung mit Energie auf kommunaler Ebene geschlossen. Die Gemeinde erhält im Gegenzug für die Gewährung des Leitungsrechts und des Verzichts auf eigene Durchführung der öffentlichen Versorgung vom Energieunternehmen die Konzessionsabgabe.

Weitere Möglichkeiten auf dem Weg in die energiepolitische Unabhängigkeit wären Kooperationen mit und Beteiligung an Stadtwerken, Werksneugründungen und Netzübernahmen durch Kommunen. Ein Maßnahmenpaket hierzu – vorgestellt vom SPD-Ortsverein Kaltenkirchen – soll in die zukünftige Diskussion der Kreis-SPD einfließen. Der Beschluss zur Abnabelung von Energiekonzernen ist auch ein Ergebnis der von der Kreis-SPD durchgeführten Energiekonferenzen zu alternativen Energien und zum Klimaschutz. Auf der vierten Konferenz in Hartenholm informierte Detlef Palm vom Verband kommunaler Unternehmen interessierte Kommunalpolitiker und Besucher über die Alternativen zu Konzessionsverträgen mit großen Energieunternehmen – im Kreis Segeberg im Normalfall eon-Hanse –, wenn diese in den nächsten Monaten und Jahren auslaufen. Sozialdemokratische Mandatsträger wollen diese Ideen nun aufgreifen und die Versorgung der Bürger mit Strom, Wärme und Gas so unabhängig wie möglich von reinen Wirtschaftsinteressen machen

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 10:21 Uhr - 5519 Clicks - Nr. 1136

SPD gratuliert Arno Jahner

SPD gratuliert Arno Jahner zur Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel. Der Vorsitzende der SPD-Rathausfraktion und des SPD-Kreisverbandes Neumünster, Andreas Hering, erklärt:

„Der langjährige Ratsherr der Stadt Neumünster, heutiger stellvertretender Stadtpräsident Arno Jahner wurde gestern im Rahmen einer Feierstunde im Stadttheater in Heide vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel für sein langjähriges kommunalpolitisches Engagement für Neumünster ausgezeichnet. Zu dieser Auszeichnung gratuliere ich Arno Jahner im Namen der SPD-Rathausfraktion und des SPD-Kreisverbandes ganz herzlich. Arno Jahner hat sich in vielfältiger Weise um Neumünster verdient gemacht.



Er gehörte der Ratsversammlung von 1982 bis 2000 ununterbrochen an und füllte dort verschiedenste Funktionen aus. So war er u. a. Mitglied des

Magistrats und Gesundheitsdezernent der Stadt Neumünster. In dieser Funktion hat sich Arno Jahner maßgeblich am Aufbau eines Notarzwagensystems und an der Einrichtung einer Suchtberatungsstelle beteiligt. Von 2000 bis 2005 war Arno Jahner als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Neumünster Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Auch dort hat er sich maßgeblich mit sozialpolitischen Fragen auseinandergesetzt. Denn gerade die Sozialpolitik war und ist ihm eine Herzensangelegenheit, mit der er auch beruflich befasst war.

Seit 2008 ist Arno Jahner wieder Mitglied der Ratsversammlung und dort derzeit Vorsitzender des Sozialausschusses und Erster stellvertretender Stadtpräsident.

Die SPD ist stolz darauf, einen so engagierten Mitstreiter für sozialdemokratische Politik in Neumünster in ihren Reihen zu haben. „Diese Auszeichnung gibt mir Kraft und Ansporn, mich auch in Zukunft für die Belange der Menschen in unserer Stadt einzusetzen“, erklärte Arno Jahner direkt nach der Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel durch Innenminister Klaus Schlie.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 12:07 Uhr - 9728 Clicks - Nr. 1137

SPD: „Von der Leyens Pläne sind bürokratischer Murks“

Kommunalpolitische Konferenz der Kreis Pinneberger SPD kritisiert „Teilhabe-Paket“ der Regierung für bedürftige Kinder.

Für die kommunale Ebene bringt das „Teilhabepaket“ der Bundesregierung für Kinder aus Familien, die Hartz IV erhalten, neue Probleme mit sich. Das wurde jetzt bei einer kommunalpolitischen Konferenz der SPD-Kreistagsfraktion in Pinneberg deutlich. Rund 30 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der SPD aus dem ganzen Kreis waren gekommen, um sich vom SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann über die Pläne der Bundesregierung zum so genannten „Teilhabe-Paket“ informieren zu lassen.

Der Politiker ging in seinem Referat hart mit den Plänen der Bundesarbeitsministerin ins Gericht. „Die Pläne der Arbeitsministerin“, so Rossmann, „sind leider sehr bürokratisch, kleinkariert und gehen bei der Bildungsinfrastruktur komplett am Problem vorbei.“ Statt 835 Millionen Euro auf komplizierte, verwaltungsaufwendige Einzelmaßnahme zu verteilen – so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion – ist die Alternative der SPD, gezielt in bessere Schulen und Kindertagesstätten zu investieren im Interesse aller Kinder die bildungspolitisch richtige Maßnahme.

Die Verwirklichung der Pläne zum 1. Januar 2011 – darüber waren sich die SPD-Kommunalpolitiker einig –, wird zu einem totalen Chaos bei den passgenauen Hilfen führen. Statt den ganzen Sommer mit der Ankündigung dubioser Chipkarten-Plänen zu verplempern, hätte von der Leyen klare, fachliche vertretbare Regeln für die Verteilung der Mittel vorlegen müssen, kritisierte Rossmann. Erste Anfragen bei der Kreisverwaltung, wie die Umsetzung „vor Ort“ erfolgen soll, wurden mit dem Hinweis „man tappe noch völlig im Dunkeln“, da es keine Ausführungsbestimmungen gebe, beantwortet, berichtete Thorsten Fischer, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses.

Der zusätzliche Verwaltungsaufwand wird bei der Einzelmaßnahme der Lernförderung und der

sozialen und kulturellen Teilhabe beispielhaft deutlich. Wenn es bei den derzeitigen Plänen bleibt, dann muss für jedes Kind mit jedem Nachhilfelehrer, jeder Musikschule und jedem Sportverein eine Vereinbarung getroffen werden. Den Verwaltungsaufwand des 700 Millionen-Euro-Maßnahmenpakets beziffert die Bundesregierung auf insgesamt 135 Millionen Euro. Schön gerechnet sagt der Paritätische Wohlfahrtsverband und schätzt die Verwaltungskosten auf 25 Prozent der Gesamtkosten. Hier wird ein „Bürokratiemonster“ geboren, das – so Birke – bereits vom Bundesrechnungshof scharf kritisiert wurde. In jedem Falle wären für ihn die 135 Millionen Euro bei den Kommunen besser aufgehoben.

Die fachliche Umsetzung der Pläne vor Ort, löste bei den Kommunalpolitikern völliges Unverständnis aus. „Es ist eine Schnapsidee, die Jobcenter entscheiden zu lassen, welches Kind gefördert wird und welches nicht,“ kritisierte auch Hans-Helmut Birke, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag. Denn, so Birke weiter: „Die Kompetenz zu entscheiden, welche Kinder hilfebedürftig sind und welche nicht, haben die Schulen und Jugendämter.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 13:33 Uhr - 9960 Clicks - Nr. 1138

Wir lesen vor

Bundesweiter Vorlesetag mit der Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen

Bereits zum siebten Mal riefen die Stiftung Lesen und DIE ZEIT gemeinsam mit dem Hauptpartner Deutsche Bahn zum bundesweiten Vorlesetag auf. Auch diesmal war die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen gemeinsam mit einigen Mitstreiterinnen dabei.



In Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek Itzehoe hatten Birgit Herdejürgen und die Itzehoer SPD-Stadträtin Dr. Karin Thissen einige Kindergärten und Schulklassen zu einer kleinen Vorlesestunde geladen.

In gemütlicher Kuschelrunde wurden wilde Drachen, hässliche Prinzessinnen und sprechende Bären lebendig. „ Ich habe große Freude an Büchern und liebe es durch das Vorlesen diese Freude weiterzugeben. Das war ein toller Vormittag mit den Kindern“ schwärmte die Landtagsabgeordnete.

Ein großer Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen der Stadtbibliothek, die diesen gemütlichen Vormittag möglich gemacht haben.

Ganz zum Schluss war noch einmal Karin Thissen gefragt. „Meine Muttersprache ist Französisch, was liegt dann näher, als ein französisches Buch zu lesen“.

Mit dem allseits bekannten „ Kleinen Nick „, der in seiner Ursprungssprache „le petit Nicolas“ heißt, erfreute sie die 9 d der KKS.

Dabei mussten die Schüler sich ordentlich anstrengen, um die Pointen des Buches zu verstehen.

„ Das machen wir nächstes Jahr wieder“, waren sich die Vorleserinnen einig.

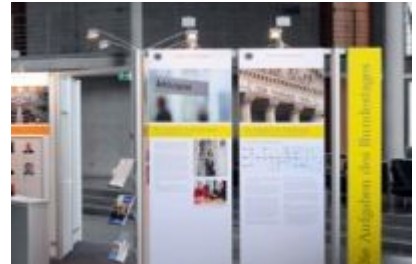
Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 15:49 Uhr - 8029 Clicks - Nr. 1139

Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in Norderstedt

Thönnies und die Stadtwerke laden vom 29.11. – 3.12.2010 ein:

Auf Initiative des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies gastiert die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages vom 29. November bis zum 3. Dezember 2010 im Foyer der Stadtwerke in Norderstedt, Heidbergstraße 101-111.



Thönnies: „Ich freue mich, dass wir bei diesem Bürgerangebot mit den Stadtwerken Norderstedt eine Kooperation eingehen konnten.“ In den Räumen des Dienstleisters haben Bürgerinnen und Bürger sowie Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit sich ausführlich über die Arbeit des Deutschen Bundestages zu informieren. Über Computerterminals und mit zahlreichen Info-Tafeln wird der Deutsche Bundestag in seiner Zusammensetzung und seinen Aufgaben anschaulich und ausführlich dargestellt. Informationsmaterial steht ebenso zur Verfügung. Dabei wird die Ausstellung vor Ort von einem Bundestags-Mitarbeiter aus dem Referat Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

„Die Ausstellung jetzt im Kreis Segeberg zeigen zu können, freut mich sehr. Dabei ist mir besonders wichtig, dass vor allem Schulklassen die Möglichkeit erhalten, den Bundestag näher kennen zu lernen“, erklärt Thönnies.

Bürgerinnen und Bürger sind herzlich zur Ausstellungseröffnung durch den Ersten Werksleiter Jens Seedorf, den SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies und den CDU-Bundestagsabgeordneten Gero Storjohann am

Montag, den 29.11.2010 um 11.00 Uhr im Foyer der Stadtwerke Norderstedt, Heidbergstraße 101-111, 22846 Norderstedt, eingeladen.

Die Ausstellung kann anschließend an diesem Tag noch bis 16.00 Uhr besucht werden. An den weiteren Tagen der Woche ist die Ausstellung am Dienstag und Mittwoch von 7.00 – 16.00 Uhr, am Donnerstag von 7.00 – 18.00 Uhr und am Freitag von 7.00 – 12.00 Uhr geöffnet. Führungen für Schulklassen und Gruppen sind nach vorheriger Anmeldung im Bürgerbüro von Franz Thönnies unter Tel. 04551-968383 möglich.

Bildquelle: DBT/Fritz Reuss

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 17:40 Uhr - 7127 Clicks - Nr. 1140

Entscheidung für Samsun muss jetzt zügig kommen!

Zur Debatte im Rat der Stadt Kiel über eine Partnerschaft mit der Stadt Samsun in der Türkei:

„Diese Entscheidung muss jetzt umgehend getroffen werden. Zum Einen gibt es von Samsun am Schwarzen Meer bereits eine eindeutige Absichtserklärung, zum Zweiten haben die Kieler mit türkischen Wurzeln ein Recht, bald Klarheit zu bekommen.

Eine Verzögerung oder gar ein politisches Taktieren wäre nur schädlich. Wir bekennen uns

zur möglichen Partnerschaft mit Samsun, weil wir diese Stadt von der Größe und vom Profil her für sehr geeignet halten. Neben den wirtschaftlichen Aspekten, von denen Kiel nur profitieren kann, bis zu den Bereichen Hafen (größter Hafen am Schwarzen Meer!) oder Universität, passt Samsun zu Kiel.



Dazu kommt eine überraschende historische Parallele: Kann Kiel auf die Revolution von 1918 verweisen, so rief Atatürk 1919 von Samsun den Kampf für die Unabhängigkeit der Türkei aus. Die Kieler SPD wäre bereit mit der CHP, der sozialdemokratischen Partei in Samsun, ebenfalls eine Kooperation einzugehen. Damit könnte diese Zusammenarbeit auch von politischer Seite mit Leben erfüllt werden.“ so SPD-Kreischef Rolf Fischer.

Kommentar von [Cetin Kocak](#) vom 04.01.2011, 21:10 Uhr:

RE: Entscheidung für Samsun muss jetzt zügig kommen!

Mit erstaunen habe ich Entscheidung der SPD für eine Städtepartnerschaft mit Samsun vernommen. Ich persönlich bin für eine Städtepartnerschaft Kiels mit einer Stadt in der Türkei, aber mit Samsun hat die SPD Kiel die denkbar ungünstigste Partnerwahl getroffen.

- Samsun wird seit 1980 von Parteien regiert die dem islamischen Spektrum angehören
- Die rechtsradikalen Parteien haben bei den Wahlen in Samsun einen Wählerpotential von ca. 20 %, diese Stadt gehört zu den Hochburgen der MHP, in Deutschland bekannt als die „Grauen Wölfe“ - In Samsun hat die CHP einen Wählerpotential von max. 25 % - Bei den Kommunalwahlen 2009 erhielt die CHP 21,5 % der Stimmen. Die AKP 48,4 % und die MHP 20,9 % - Der Vorsitzende der pro kurdischen Partei DTP wurde bei einem Gerichtstermin in Samsun von einem rechtsradikalen Täter tötlich angegriffen, seine Nase wurde gebrochen. In Samsun werden Kurden kaum geduldet, es leben dort kaum Kurden.
- Der türkische Menschenrechtsverein hat mehrfach die Existenz von paramilitärischen rechtsradikalen Bündeln in Samsun bestätigt. Der Attentäter des armenischen Journalisten Hrant Dink kam aus Samsun und hatte Kontakte zu den Geheimbünden. - Linke und kurdische Studenten an der Universität in Samsun werden von rechtsradikalen, aber auch von der Polizei vor Ort regelmäßig verfolgt und terrorisiert. Diese sind einige der Fakten über Samsun. Ich hätte mir gewünscht dass Kiel die Partnerschaft zu einer Kommune mit eher demokratischer Tradition und pro europäischen Haltung sucht. Es gibt in der Türkei genügend sozialdemokratisch regierte Städte. Die Begeisterung der SPD für Samsun kann ich nicht nachvollziehen, mir ist auch nicht klar warum dringend eine Entscheidung getroffen werden soll. Eine Städtepartnerschaft ist eine Bindung für sehr lange Zeit, daher rate ich zur einer durchdachten Entscheidung und Einbindung aller Parteien im Kieler Rathaus. Als Kieler muss ich sagen das die SPD in dieser Frage eindeutig eine falsche und für Kiel eine problematische Entscheidung getroffen hat. Ich hoffe dass diese Entscheidung nicht umgesetzt wird. Mit freundlichen Grüßen Cetin Kocak

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 17:43 Uhr - 3690 Clicks - Nr. 1141

Mahnwache zum Gastschulabkommen

Seit einigen Tagen steht tagsüber vor dem Landeshaus in Kiel eine Mahnwache. Bei Wind und Wetter harren Mitglieder des „Aktionsbündnis Gastschulabkommen“ aus, um darauf hinzuweisen, dass es nach über einem Jahr ergebnisloser Verhandlungen zwischen den Landesregierungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins noch immer keine Lösung für „grenzüberschreitenden“ Schulbesuch gibt. Jeden Tag von 8.00 bis 20.00 Uhr stehen die Eltern vor dem Landeshaus.



Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter und selbst ehemaliger Gastschüler, begrüßt den zusätzlichen Druck auf die Landesregierung. Er hört im Bildungsausschuss seit einem Jahr Berichte aus dem Bildungsministerium, die keinerlei Fortschritt erkennen ließen. „Immer heißt es, noch gebe es keine Lösung, aber sicherlich bei der nächsten Verhandlungsrunde. Im Dezember wollen sich Bürgermeister und Ministerpräsident erstmals selbst um die Sache kümmern. Das ist einerseits löblich, andererseits muss man fragen: Warum erst jetzt? Ist der Hamburger Rand zu weit von Kiel entfernt, um sich dieses Themas ernsthaft anzunehmen?“

Wenig zuversichts-steigernd sei der Auftritt des CDU-Landesvorsitzenden Christian von Boetticher auf dem Kreisparteitag der CDU Stormarn gewesen. Habersaat: „Einfach den Grünen und der FDP den schwarzen Peter zuzuschieben, bringt uns nicht weiter. Außerdem stellt die CDU in beiden Ländern den Regierungschef.“ Auch der Hinweis, Schleswig-Holstein nehme ja auch den Elbschlamm aus Hamburg, sei nur bedingt hilfreich.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 26.11.2010, 18:04 Uhr - 4069 Clicks - Nr. 1142

Zweiter U40-Stammtisch am 3. Dezember

CDU und FDP haben die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. SPD und Grüne waren dagegen. So klar ist es nicht immer, wenn Opposition und Regierung wieder einmal um das bessere Zukunftskonzept ringen. „Ich glaube, darin liegt einer der Hauptaspekte, warum vor allem junge Menschen sich immer seltener für Politik interessieren“, so Jonathan Stahn (21). In der Tat ist es oftmals auch für Erwachsene nicht ganz leicht, die in Berlin geführten Diskussionen vollends zu durchdringen, geschweige denn, sie jungen Menschen ansprechend zu vermitteln.



Das weiß auch Martin Habersaat (33), Stormarns SPD-Kreisvorsitzender und Mitglied des Landtags. Deshalb hat er zusammen mit seinem Wahlkreismitarbeiter den „U40-Stammtisch“ ins Leben gerufen. Zum nunmehr zweiten Mal laden die beiden ein zum Polit-Talk bei einem Bierchen, diesmal am 3. Dezember ab 20.00 Uhr in der StarBar in Glinde (Avenue St. Sebastien 8). „In dieser Runde können aktuelle Themen diskutiert und auch einmal Hintergrundfragen in Ruhe geklärt werden“, berichtet Habersaat von den ersten Erfahrungen. Jeder, der Lust hat, ist also herzlich eingeladen vorbeizuschauen und mitzuplaudern, wenn es wie zuletzt in Reinbek in gemütlicher Atmosphäre der Politikverdrossenheit an den Kragen geht. Weitere Informationen über Martin Habersaat und sein Team finden sich unter www.martinhabersaat.de.

Foto: Der erste Stammtisch in Reinbek

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 27.11.2010, 18:35 Uhr - 24468 Clicks - Nr. 1143

Schleswig-Holstein muss gentechnikfreies Land werden!

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.11.2010 in dem Normenkontrollverfahren gegen das Gentechnikgesetz erklärt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Gentechnikgesetz bestätigt und stärkt die Auffassung der SPD-Landtagsfraktion. Es gibt den Imkern und ökologisch arbeitenden Landwirten Sicherheit.

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen birgt ein hohes Risiko: Bio-Landwirte können ihre kontaminierten Nahrungsmittel nicht mehr als Bio-Produkte verkaufen, und Honig, der Blütenpollen gentechnisch veränderter Pflanzen enthält, ist nicht als Lebensmittel zugelassen und deshalb unverkäuflich.

Wir brauchen keinesfalls eine Liberalisierung des Gesetzes! Wer dies fordert und der Gentechnik-Forschung das Wort redet, ist auf dem Holzweg: Was angeblich durch genveränderte Organismen bewirkt werden kann, lässt sich ebenso, aber ohne Risiko durch eine vernünftige Saatgutentwicklung erreichen. Dass Gentechnik nicht hält, was ihre Befürworter versprechen, zeigt das Beispiel der „Grünen Revolution“, die in Wahrheit nie stattgefunden hat; profitiert haben nur Großkonzerne wie Monsanto, nicht jedoch die bäuerliche Landwirtschaft.

Schleswig-Holstein mit seiner landwirtschaftlichen Prägung sollte deshalb den Weg Thüringens gehen und das ganze Land zur gentechnikfreien Zone erklären.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 27.11.2010, 20:22 Uhr - 3158 Clicks - Nr. 1144

Gute Signale aus Brüssel für Landwirtschaft und Umwelt

Der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay sagt zu den Vorschlägen von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos für eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik:

Die Vorschläge der EU gehen in die richtige Richtung und sind zu begrüßen. Eine schrittweise Einstellung der Direktzahlungen in ihrer derzeitigen Form und stattdessen Zahlungen für ökologische öffentliche Güter und ergänzend für widrige Naturbedingungen werden gesellschaftliche Akzeptanz haben. Landwirte sollen auch in Zukunft hochwertige und gesunde Nahrungsmittel herstellen, sie sollen aber auch Klima, Wasser und Artenvielfalt schützen, erneuerbare Energien produzieren und Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten.

Ich hoffe sehr, dass der schwarze Fundamental-Widerstand in Kiel und Berlin gegen die Vorschläge der EU nun aufgegeben wird. Wer sich nicht bewegt, wird in der nun ansetzenden Diskussion nicht stattfinden. Frau Ministerin Rumpf ermutige ich, ihre wegweisenden Pläne aus dem letzten Jahr wieder aus der Schublade zu nehmen und mit einer modernen Agrarpolitik für die Landwirtschaft und alle Menschen in unserem Land zu streiten.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 27.11.2010, 20:36 Uhr - 2970 Clicks - Nr. 1145

Schleswig-Holstein muss gentechnikfreies Land werden!

Zum heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dem Normenkontrollverfahren gegen das Gentechnikgesetz erklärt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Gentechnikgesetz bestätigt und stärkt die Auffassung der SPD-Landtagsfraktion. Es gibt den Imkern und ökologisch arbeitenden Landwirten Sicherheit.

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen birgt ein hohes Risiko: Bio-Landwirte können ihre kontaminierten Nahrungsmittel nicht mehr als Bio-Produkte verkaufen, und Honig, der Blütenpollen gentechnisch veränderter Pflanzen enthält, ist nicht als Lebensmittel zugelassen und deshalb unverkäuflich.

Wir brauchen keinesfalls eine Liberalisierung des Gesetzes! Wer dies fordert und der Gentechnik-Forschung das Wort redet, ist auf dem Holzweg: Was angeblich durch genveränderte Organismen bewirkt werden kann, lässt sich ebenso, aber ohne Risiko durch eine vernünftige Saatgutentwicklung erreichen. Dass Gentechnik nicht hält, was ihre Befürworter versprechen, zeigt das Beispiel der "Grünen Revolution", die in Wahrheit nie stattgefunden hat; profitiert haben nur Großkonzerne wie Monsanto, nicht jedoch die bäuerliche Landwirtschaft.

Schleswig-Holstein mit seiner landwirtschaftlichen Prägung sollte deshalb den Weg Thüringens gehen und das ganze Land zur gentechnikfreien Zone erklären.

Keine Kommentare

Spitzenkandidaten stellten sich vor

Am Samstag, den 27 November fand im Schwarzenbeker Rathaus die Vorstellung der drei Bewerber und der Bewerberin für die Spitzenkandidatur der SPD Schleswig-Holstein statt. Elmshorns Bürgermeisterin Brigitte Fronzek, der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, der Fraktions- und Landesvorsitzende Ralf Stegner, sowie der Kieler Matthias Stein stellten sich den Interessierten Menschen vor.



Das Interesse an der Veranstaltung war groß. Unter den zahlreichen Anwesenden befanden sich nicht nur Genossinnen und Genossen, sondern auch viele interessierte Bürgerinnen und Bürger. Der Kreisvorsitzende Peter Eichstädt begrüßte die Gäste und hob noch einmal hervor, dass dieses Verfahren der Kandidatenfindung nicht nur einzigartig, sondern auch gut sei.

Nach dem Grußwort des Kreisvorsitzenden Peter Eichstädt führte die Moderatorin Christiane Harthun-Kollbaum durch die Veranstaltung.

Den Anfang bildete eine Fragerunde der Moderatorin, mit persönlichen Fragen an den jeweiligen Kandidaten. Danach bekam jeder Kandidat die Möglichkeit sich in einer etwa 10 minütigen Rede kurz vorzustellen.

Den weitaus längsten Teil der Veranstaltung bildeten die anschließenden Fragen des Publikums. Jeder hatte die Möglichkeit eine Frage an einen Kandidaten direkt, oder an alle zustellen. Von dieser Möglichkeit machte das Publikum gerne und reichlich gebrauch. So gab es Fragen zu kommunalen Finanzen, Bildung, Energiepolitik und der Fehmarn-Belt-Querung.

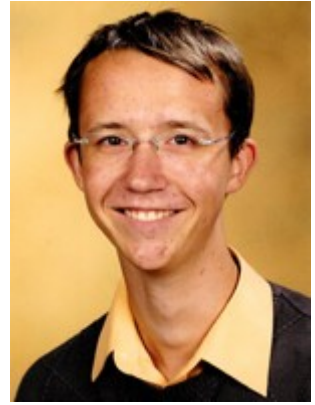
Eines wurde bei der Veranstaltung deutlich: Jeder der Bewerber ist ein würdiger Kandidat. Jeder hat seine eigenen Stärken und Schwächen. Jeder hat das Zeug zum Ministerpräsidenten. Dies ist ein gutes Signal, den der Gewinner des Mitgliederentscheides wird mit hoher Wahrscheinlichkeit der nächste Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Damit ist die SPD nicht nur inhaltlich, sondern auch personell für die Regierungsübernahme bereit.

David Welsch
Pressereferent

Keine Kommentare

Ein Prinzip des Förderns und Forderns

Marc Schieren äußert sich in einem Leserbrief zum Blauen Kasten seines ehemaligen Fraktionskollegen Stephan Voß (SPD) im Möllner Markt kritisch über das Verhalten von CDU und FDP in der langanhaltenden Diskussion um eine stärkere Einbindung von Kindern und Jugendlichen in kommunalpolitische Prozesse.



Seit Monaten diskutiert die Möllner Kommunalpolitik darüber, mehr Jugendliche an politischen Prozessen zu beteiligen. Nicht, weil die Politiker keine wichtigeren Themen hätten oder weil sie gerne jüngere Besucher in ihren Ausschusssitzungen haben möchten. Es geht darum, jungen Menschen, dem Souverän von Morgen, die Freiheit und Möglichkeit zu geben, seinen Lebensraum eigenständig zu gestalten.

Die SPD-Fraktion hat mehrere Initiativen gestartet, einen Kinder- und Jugendbeirat einzurichten. Dieser wäre von den Jugendlichen gewählt worden und hätte eigene Projekte starten und auf die Kommunalpolitik Einfluss nehmen können. Sie wurden von der „So-etwas-hatten-wir-noch-nie-und-dafür-haben-wir-keinen-Cent-Politik“ der Konservativen gestoppt. Ich erinnere an dieser Stelle nur einmal daran, dass es auch einen Senioren- und einen Ausländerbeirat gibt, an deren Legitimität – zu Recht! – nicht gerüttelt wird.

Nun hat die SPD einen erneuten Anlauf genommen. Jetzt ging es um eine sehr abgespeckte Fassung: Es sollten lediglich zwei Vertreter des Schülerrates beratende Mitglieder im Jugendausschuss benannt werden. Aber auch dies wurde von der eingefahrenen, aristokratischen Politik der letzten Jahrzehnte (oder Jahrhunderte?!) abgeschmettert. Dies hätte übrigens nichts gekostet und wäre zumindest ein erster und ausbaufähiger Schritt in die richtige Richtung gewesen!

Fördern und fordern. Der Jugend die Möglichkeit geben, ihre Interessen nachdrücklich zu artikulieren. Fordern, dass sie ihre Chancen nutzen. Das wäre eine nachhaltige Jugendpolitik. Leider ist Mölln davon zur Zeit meilenweit entfernt.

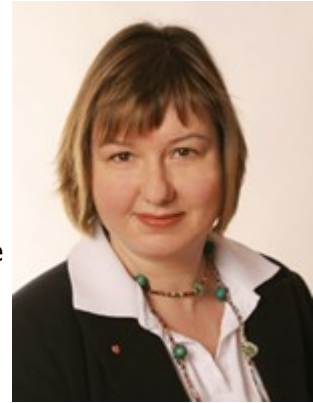
Warum spricht man Jugendlichen die Legitimation und die Fähigkeit ab, ihre eigene Lebensumwelt zu gestalten? Warum müssen Projekte für junge Menschen immer „von oben“ diktiert sein? Damit sich die Erwachsenen danach wieder auf die Schulter klopfen können, was sie doch wieder Tolles für die Jugend gemacht haben? Mitnichten. Viel stolzer könnte man auf seine Kinder sein, wenn man sagen kann: „Schau mal her, was unsere Kinder da Tolles selbst auf die Beine gestellt haben!“

Marc Schieren (SPD), ehemaliges Mitglied im Schul-, Sport-, Jugend- und Sozialausschuss der Stadt Mölln (wegen Studium umgezogen)

Keine Kommentare

Bildung für Schleswig-Holstein – das 10-Punkte-Programm der SPD

Die Ortsvereinsvorsitzende der Möllner SPD und Ratsherrin, Kirsten Patzke, hat ein 10-Punkte-Programm für die Bildung in Schleswig-Holstein aufgestellt.



Die Bildungspolitik ist unter der CDU/FDP-Regierung in die Schlagzeilen geraten – und zwar sehr negativ. Schon zweifeln viele daran, ob es überhaupt gut ist, dass es eine Landeszuständigkeit für Bildung gibt. Die Absicht, mit dem Schulgesetz bereits eingeführte Maßnahmen wieder zurückzunehmen, zeugt von dem Bestreben, auf Biegen und Brechen parteipolitisches Profil zu hinterlassen. Das ist für die Arbeit an den Schulen fatal und bedeutet letztlich, dass eine Regierung sich ihrer Verantwortung gegenüber den Schulen nicht bewusst ist.

Schulentwicklung braucht eine Vision, die langfristig angelegt ist und nicht dem Rhythmus der Legislaturperioden folgt – dafür stehen die folgenden 10 Punkte:

- 1.** Mit der erfolgreichen Einführung der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein unter dem SPD geführten Bildungsministerium der letzten Legislaturperiode wurde ein Paradigmenwechsel im Schulsystem vollzogen. Das dreigliedrige Schulsystem wurde aufgelöst, die Idee des „Gemeinsamen Lernens“ in den Gemeinschaftsschulen umgesetzt. Jede Gemeinschaftsschule hat ein eigenes Konzept entwickelt, dass auch von den Schulträgern auf breiter Front mitgetragen wird. Dieser richtige Weg soll weiter beschritten werden.
- 2.** Die Auflösung der traditionellen Familienstrukturen wie auch der gesellschaftliche Wandel haben zunehmend Probleme in die Schulen hineingetragen. Dem sozialpädagogischen Betreuungsbedarf an den Schulen muss Rechnung getragen werden. Es darf nicht länger weggeschaut und verdrängt werden. Die sozialpädagogische Betreuung an den Schulen braucht nicht nur Schulsozialarbeiter sondern darüber hinaus eine Struktur aus klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, die sich sinnvoll in die vorhandene Organisation der Schulen einpassen. Lehrkräfte müssen sich wieder auf das Kerngeschäft des Unterrichtens konzentrieren können.
- 3.** Ein zweigliedriges Schulsystem aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium ist ausreichend. Die Gemeinschaftsschule soll alle Abschlüsse anbieten können, auch das Abitur in G9. Daneben soll das Gymnasium das Abitur in G8 ermöglichen. Damit wird den Eltern gleichwertig eine echte Alternative angeboten. Sie entscheiden nach Entwicklungsstand ihres Kindes, welcher Bildungsgang der richtige ist. Die Gymnasien müssen von innen heraus verändert werden, damit sie dem individuellen Lernen besser gerecht werden können.
- 4.** Die Lehrerausbildung muss dringend modernisiert werden, insbesondere gehört der Bezug zum dreigliedrigen Schulsystem abgeschafft. Die Referendarsausbildung muss attraktiver werden, damit wir dem drohenden Lehrermangel in den nächsten Jahren vermeiden können.
- 5.** Die Schulen sollen mehr Autonomie erhalten. Das bedeutet nicht, dass sich ein Bildungsministerium auf vielen Gebieten aus der Verantwortung zieht, sondern dass den Schulen die Personalhoheit und eine Budgethoheit übertragen wird. Nur dann machen Schulprogramme Sinn, sind regionale Profile möglich und können Ressourcen vor Ort besser genutzt werden.

6. Alle Regelschulen werden in den nächsten Jahren zu Ganztagschulen ausgebaut. Damit soll mehr Zeit gewonnen werden für das Lernen und auch andere als nur kognitive Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Die Grundlage soll ein erweiterter Bildungsbegriff sein, der auch handwerkliche, sportliche, kreative und musische Kompetenzen beinhaltet. Ganztagschulen sind die beste Gewähr für soziale Gerechtigkeit im Schulsystem.

7. Die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems sollte sich daran bemessen, dass jedes Kind den ihm gemäßen Abschluss erhält. Kein Kind ohne Schulabschluss wird die Leitlinie unserer Bildungspolitik.

8. Neue Lehrerarbeitszeitmodelle sind zu prüfen. Dabei darf die Lehrerarbeitszeit nicht das Einsparpotential für einen defizitären Landeshaushalt sein. Sinnvoll ist ein stärker leistungsbezogenes und ein gerechteres Arbeitszeitmodell.

9. Bundeseinheitliche Regelungen sollen verstärkt angestrebt werden, etwa bei den zentralen Schulabschlüssen oder beim zweigliedrigen Schulsystem. Die Kleinteiligkeit des föderalistischen Bildungssystems wird den veränderten Erwartungen der Eltern nicht mehr gerecht und es passt auch nicht in unsere moderne Gesellschaft.

10. Schleswig-Holstein soll ein weitgehendes Elternrecht behalten. Durch Beratungstätigkeit an den Schulen sollen Eltern gestärkt werden und Orientierung für die Schulausbildung ihrer Kinder erhalten. In diesem Zusammenhang sind auch die Lernpläne als individuelle Förderpläne für Kinder mit Defiziten wieder einzuführen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 29.11.2010, 09:05 Uhr - 3380 Clicks - Nr. 1149

Gentechnik - Hoffnung für die Zukunft oder unkontrollierbare Risiken?

Die Risiken der Gentechnik sind viel zu hoch und überhaupt nicht absehbar. Deshalb fordert der Agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay: Wir wollen ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein!

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass beim Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) Abstände zu gentechnisch freien Flächen einzuhalten sind und dass bei Verunreinigungen derjenige zum Schadenersatz verpflichtet ist, der GVO einsetzt. Durch Wind und Bienen werden Pollen kilometerweit getragen. Auf herkömmliche Pflanzen werden die veränderten Gene übertragen. Einige Gentechnikpflanzen produzieren Gift, welches Lebewesen schadet und sich im Boden und im Wasser anreichert.

Es gibt keine Langzeitstudien, welche Wirkung Gentechnikpflanzen auf den Menschen haben.

Die Patente für Gentechnikpflanzen haben große Konzerne, das Saatgut dieser Pflanzen zu vermehren, ist eine strafbare Handlung. Gentechnisch veränderte Pflanzen erhöhen die Abhängigkeit der Landwirtschaft von ganz wenigen Großkonzernen.

Immer wieder wird von den Gensaat-Multis behauptet, Gentechnikpflanzen seien neue Wundermittel gegen den Hunger auf der Erde. Die Nachweise blieben die Multis bisher schuldig.

Die Risiken beim Einsatz von Gentechnikpflanzen sind unüberschaubar, deshalb muss den Mitgliedsländern der EU zugestanden werden, den Einsatz dieser Pflanzen zu verbieten.

Wir wollen ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein!

Keine Kommentare

Weihnachtsmarkt voller Erfolg

Der Osterröfnfelder Weihnachtsmarkt am 1. Advent war ein voller Erfolg. Minusgrade und Schnee verliehen dem Weihnachtsmarkt den nötigen Flair und so kamen hunderte Besucherinnen und Besucher zum Bürgerzentrum "Alter Bahnhof". Viele Osterröfnfelder Vereine, Verbände und weitere Institutionen lockten mit Attraktionen und Leckereien an ihre Stände. Mit dabei war auch die SPD Osterröfnfeld.



Der von der SPD betriebene Punsch- und Waffelstand erwies sich auch in diesem Jahr wieder als absoluter Renner. So kamen die Osterröfnfelder Sozialdemokraten kaum mit dem Waffelbacken nach und mussten sogar noch Punsch nachordern, was wohl auch an dem guten Zweck lag, den die SPD als Ziel für die erwirtschafteten Gewinne angab. So werden die Gewinne aus dem Weihnachtsmarkt ebenso wie die Überschüsse aus dem zurückliegenden SPD-Hobbymarkt an das Osterröfnfelder Jugendzentrum gespendet. Dies hat bereits gute Tradition und so werden alljährlich die Gewinne aus beiden Veranstaltungen an gemeinnützige Einrichtungen bzw. Institutionen in Osterröfnfeld gespendet, darunter in den letzten Jahren die Osterröfnfelder Kitas, der Förderverein der Aukamp-Schule und die Osterröfnfelder Tafel.

Neben dem Verkauf von Waffeln und Punsch kamen die persönlichen Gespräche aber nicht zu kurz und so konnten nette wie informative Gespräche geführt und einiges an Informationen an Politikinteressierte weitergegeben werden.

Und auch die anderen Osterröfnfelder Vereine konnten sich über die große Besucheranzahl freuen und verzeichneten ebenso einen sehr guten Absatz vor allem bei warmen Getränken und Speisen, dem Winterwetter sei dank.

Keine Kommentare

Erneuerbare auf den Weg gebracht

Pressemitteilung

Erneuerbare auf den Weg gebracht

Die von der SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“ vorgetragenen Anliegen „Energie aus erneuerbaren Quellen für die städtischen Liegenschaften“ und „Photovoltaik auf das Dach der Matthias-Claudius-Schule“ sind vom städtischen Ausschuss als Beschlüsse verabschiedet worden und damit aktuelle Reinfelder Beschlusslage.

Die AG freut sich über dieses Ergebnis und gibt den Termin ihres nächsten Treffens bekannt, das am 07.12. um 19.30 im Lilienweg 11 stattfindet. Interessierte sind wie immer willkommen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.11.2010, 15:00 Uhr - 1157 Clicks - Nr. 1152

Neue Premiumpartner stellen 'Kieler Woche' auf breite Basis!

Zum Abschluss der neuen Premiumpartnerverträge mit der Kieler-Woche-Marketing-GmbH erklären Ratsherr Falk Stadelmann, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dirk Scheelje, Mitglied des Kieler Woche Beirats der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Die 'Kieler Woche' ist das größte Volksfest Nordeuropas und eines der größten Segelsportereignisse weltweit. Ihre dauernde und stetige Popularität ist ein gemeinsamer Erfolg der Landeshauptstadt Kiel und ihrer privaten Partner. SPD, Grüne und SSW setzen auf ein gutes Zusammengehen von Stadt und privatem Engagement bei der 'Kieler Woche' und freuen sich nicht nur darüber, dass es der Kieler Woche Marketing GmbH gelungen ist, die Verträge mit den bisherigen Premiumpartnern HSH Nordbank AG, Audi AG und Veolia Umweltservice GmbH zu verlängern, sondern auch darüber, dass mit dem Softwarehersteller SAP AG ein vierter Premiumpartner an Bord gekommen ist. Auf diese Weise wird die Finanzierung dieser für Kiel so wichtigen Großveranstaltung auf eine breitere Basis gestellt. SPD, Grüne und SSW sehen ihren wirtschaftspolitischen Kurs zur 'Kieler Woche' umgesetzt und gratulieren der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der Kieler Woche Marketing GmbH zu ihrem Erfolg."

Keine Kommentare

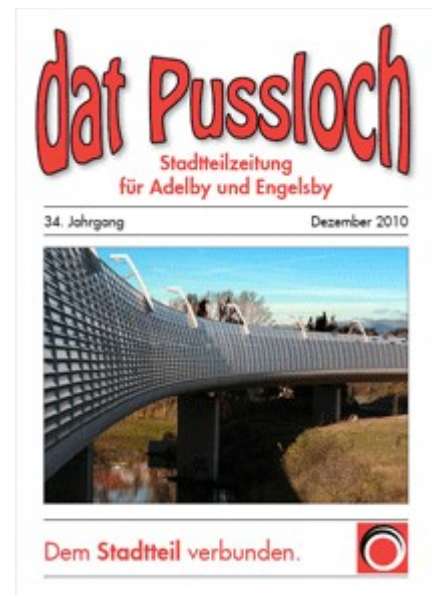
[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 30.11.2010, 15:32 Uhr - 2773 Clicks - Nr. 1153

Dat Pussloch - Ausgabe Dezember soeben erschienen

Sehr geehrte Pussloch-Leser die Dezember- und somit letzte Ausgabe für dieses Jahr ist soeben erschienen. Der e-Mailversand ist bereits erfolgt - die Briefkastenverteilung erfolgt ab dem 04. Dezember durch unsere Mitglieder.

Und diese Themen erwarten Sie:

- Hallo Engelsby
- Nachlese zur OB-Wahl in Flensburg
- Besuch bei der Freiwilligen Feuerwehr Engelsby
- Goldgräberstimmung im Straßenbau
- Radio Engelsby - Das Mitmach-Radio im Internet
- Bürger gestalten ihren Einkaufsmarkt
- und vieles mehr aus den Stadtteilen Adelby und Engelsby.



Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und eine besinnliche Adventszeit.

Die aktuelle Ausgabe können Sie hier [herunterladen](#).

Keine Kommentare

Haushaltskonsolidierung ist mehr als nur kürzen!

*Die SPD-Landtagsfraktion hat nach ihrer Haushaltsklausur heute ihr Antragspaket „Konsolidierung für Schleswig-Holstein“ abschließend beraten und beschlossen. Dazu erklären der Vorsitzende Dr. Ralf Stegner und die finanzpolitische Sprecherin **Birgit Herdejürgen**:*



Investitionen in die Zukunft, Veränderung von Strukturen, Kürzungen von Ausgaben und Verbesserung von Einnahmen sind die Grundlagen des Konsolidierungskonzeptes der SPD-Landtagsfraktion, an denen sich die Beschlüsse zum Doppelhaushalt 2011/2012 orientieren. Unser Antragspaket „Konsolidierung für Schleswig-Holstein“ enthält Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Regierung sowie Sachanträge und Anträge für Bundesrats-Initiativen. Schleswig-Holstein muss seine Stimme im Bundesrat zum Wohl des Landes nutzen und viel offensiver erheben, als die Landesregierung dies bislang tut! Unsere Konsolidierungsvorschläge führen zu einem insgesamt geringeren Ergebnis als die Vorlage der Regierung.

Schwerpunkte für **Investitionen** in die Zukunft sind Kinderbetreuung und Bildung. Diese ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Gute Bildung ist die beste Zukunftsvorsorge! Deshalb sind nach Ansicht der SPD im Bildungsbereich kaum Kürzungen möglich. Unsere Anträge zeigen, dass ein Kraftakt für Bildung möglich und finanzierbar ist – auch in einer schwierigen Haushaltssituation. Wir wollen Kinder individuell und bestmöglich fördern. Deshalb halten wir an der Einigung der Großen Koalition fest, einen Teil der „demografischen Rendite“, die sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen ergibt, im System zu lassen. Die CDU hat diesen Konsens aufgekündigt, wie sie überhaupt in ihren Haushaltsanträgen eher einen Zickzack-Kurs als eine gerade Linie verfolgt. Statt wie die Regierung je 300, wollen wir 2011 und 2012 nur jeweils 150 Lehrerstellen abbauen und den „Überschuss“ zur besseren Unterrichtsversorgung verwenden. Die obligatorische Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung lehnen wir ab. Die Förderung der Schulen der dänischen Minderheit soll weiterhin auf der Grundlage von 100 % der öffentlichen Schülerkostensätze erfolgen.

Der Landeszuschuss für die Kindertagesstätten wird von 60 auf 73 Mio Euro erhöht. Zum 1. August 2011 wollen wir die Beitragsfreiheit für das dritte Kita-Jahr wieder einführen. Bei den Hochschulen möchten wir den Beitrag für medizinische Forschung und Lehre überrollen. Bildungspolitik kann nur als gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen gelingen. Deshalb werden wir die Landesregierung auffordern, in einer Bundesratsinitiative auf die Änderung des Kooperationsverbotes nach Art. 91 Grundgesetz in ein Kooperationsgebot, das Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen umfasst, hinzuwirken. Die soziale Infrastruktur, die unter sozialdemokratischen Regierungen aufgebaut wurde, wollen wir erhalten, um für alle Lebenslagen soziale Unterstützung zu gewährleisten. Und anders als die Landesregierung wollen wir auch gesellschaftliche Teilhabe fördern und ausbauen. Deshalb wollen wir die Zuschüsse für den Kinderschutz nicht kürzen und auch das Landesblindengeld in der derzeitigen Höhe erhalten. Die Sozialverträge I und II wollen wir um vier Jahre verlängern. Zusätzlich möchten wir einen Sozialvertrag III (Fördermaßnahmen für Familie und Senioren)

und IV (Förderung von Kindern und Jugendlichen) einführen, die ebenfalls für vier Jahre geschlossen werden sollen mit einer Absenkung des Budgets um 10 Prozent ab 2012. Die bewährten Hilfestrukturen der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser haben wir von Kürzungen ausgenommen, weil wir sie für notwendig erachten und nicht in ihrer Existenz gefährden wollen.

Die SPD-Landtagsfraktion ist sich der Verantwortung gegenüber den Minderheiten bewusst. Deshalb werden wir beantragen, bei der Minderheitenförderung das Gros der Titel zu überrollen. Wir haben zudem bereits Gespräche mit den Verbänden geführt, um zu anderen Förderstrukturen zu kommen.

Im Kulturbereich schlagen wir eine Dynamisierung des Vorwegabzugs für die Theater um jährlich 2 Prozent vor.

Wer die Konsolidierung des Haushalts, der durch die Finanzkrise zusätzlich belastet wurde, nur durch Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bewältigen will, gefährdet den sozialen Frieden und letztlich unsere Demokratie. Deshalb setzt sich die SPD für ein einfacheres und gerechtes Steuersystem ein, das diejenigen stärker belastet, die durch hohe Vermögen und Einkommen mehr beitragen können. Auf Landesebene sehen wir die Möglichkeit zu **Einnahmeverbesserungen** durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab 2011. Die Feldes- und Förderabgabe soll auf 20 Prozent angehoben werden. Die von der Regierung vorgeschlagene Küstenschutzabgabe lehnen wir ab. Wir werden zudem die Landesregierung auffordern, in Berlin aktiv zu werden, um die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen rückgängig zu machen sowie eine Überarbeitung des Mehrwertsteuersystems zu erreichen.

Eine Möglichkeit, Kosten zu sparen, sehen wir in **Strukturveränderungen** in der Verwaltung. Wegen der Kürze der Legislaturperiode sind detaillierte Ausführungen dazu nicht möglich; wir halten jedoch Einsparungen von rund 80 Mio Euro für machbar. Der Ausbau der norddeutschen Kooperation kann durch Synergieeffekte ab 2015 aufwachsend bis 2020 zu Minderausgaben von bis zu 100 Mio Euro führen.

„Sparen“ sollen jedoch nicht nur die anderen; es wird auch einen Beitrag der Politik geben. Wir halten es allerdings für unabdingbar, dass sich nicht nur der Landtag, sondern auch die Regierung daran beteiligt: **Kürzungen** von 10 % haben wir bei den Fraktionszuschüssen und bei den Zulagen für Funktionsträger vorgesehen. Anders als die Landesregierung in ihrer Vorlage werden wir auch die Bezüge des Ministerpräsidenten, der Minister und Staatssekretäre entsprechend kürzen. Wir schlagen die Reduzierung der Anzahl der Landtagsvizepräsidentinnen von vier auf zwei und die Abschaffung der Institution des Mittelstands- und des Integrationsbeauftragten vor.

Weitere Kürzungen sind nach Ansicht der SPD bei der einzelbetrieblichen Förderung möglich, denn diese dient nicht der nachhaltigen Strukturförderung und Standortverbesserung.

Die SPD-Landtagsfraktion wird für einige Anträge namentliche Abstimmung im Parlament beantragen. Diese beziehen sich auf die Themengebiete Schülerbeförderungskosten, Landesblindengeld, Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser sowie auf die Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 30.11.2010, 19:39 Uhr - 8588 Clicks - Nr. 1155

Die Mitglieder haben das Wort!

SPD-Kreisvorstand zeigte sich mit dem Verlauf der öffentlichen Mitgliederkonferenz am vergangenen Montag zufrieden..

„Die öffentliche Mitgliederkonferenz der SPD in Rendsburg war ein voller Erfolg. Trotz der widrigen Wetterumstände, nahmen über 400 Menschen die Gelegenheit wahr, die Bewerberin und die Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur kennen zu lernen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix.

„Das zeigt: Die Menschen haben Interesse an dieser Frage. Sie wissen, wenn es in Schleswig-Holstein wieder bergauf gehen soll, muss die Regierung sozialdemokratisch geführt werden. Sie wollen die Menschen, die sich um dieses Amt bewerben, kennen lernen. Gesehen haben wir, dass die SPD über gute Personalien verfügt.“

Ralf Stegner, Torsten Albig, Brigitte Fronzek und Matthias Stein hätten sich alle angemessen präsentiert und ihre inhaltlichen Schwerpunkte vorgestellt. Im Anschluss an die Vorstellungen der Kandidaten nahmen viele Gäste die Gelegenheit wahr, Fragen zu stellen.



Im Anschluss an die Veranstaltung hatten alle Anwesenden Gelegenheit sich an der Erstellung eines Meinungsbildes zu beteiligen.

Das Meinungsbild ergab sich wie folgt:

Albig, Torsten: 148 Stimmen (davon Parteimitglieder: 117, Gäste: 31)

Fronzek, Brigitte: 42 Stimmen (davon Parteimitglieder: 25, Gäste: 17)

Stegner, Ralf: 149 Stimmen (davon Parteimitglieder: 115, Gäste: 34)

Stein, Matthias: 2 Stimmen (davon Parteimitglieder: 1, Gäste: 1)

Im Februar 2011 werden die Mitglieder bei einem Mitgliederentscheid über die Frage der Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl abstimmen. Sollte keiner der Bewerber mindestens 50% der Stimmen auf sich vereinigen können, wird eine Stichwahl stattfinden. Die Kandidatenliste für die Landtagswahl wird anschließend auf einem Landesparteitag beschlossen.

„Wer noch mitentscheiden will, ist in unserer Partei herzlich willkommen“, so Sönke Rix abschließend.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 30.11.2010, 22:35 Uhr - 3810 Clicks - Nr. 1156

Rückkehr Tornados von Afghanistan nach Jagel

Anlässlich der Rückführung der Tornados vom Einsatzgeschwader Mazar e-Sharif aus Afganistan erklärt Birte Pauls, MdL:



„ Mein Respekt gilt den Soldatinnen und Soldaten, die unter schwierigsten Bedingungen eine politische Entscheidung umzusetzen hatten.

Nach wie vor ist der Afghanistaneinsatz umstritten, was aber absolut nicht dazu führen darf, dass man die Arbeit und den persönlichen Einsatz der einzelnen Soldatinnen und Soldaten in Frage stellen darf. Ihnen gilt unser Dank und Respekt für das Geleistete. Es ist nicht einfach Kinder, Familie und Freunde zurückzulassen um in einem, nach wie vor unsicheren Land, den Dienst anzutreten. Deshalb sollten unsere Gedanken heute auch an die Soldaten gehen, die noch weiterhin in Afghanistan ihren Dienst verrichten müssen.

Ich wünsche allen heimgekehrten Soldaten, dass sie das Gesehene und Erlebte gut verarbeiten und die Advents- und Weihnachtszeit zu Hause genießen können."

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 30.11.2010, 22:39 Uhr - 3646 Clicks - Nr. 1157

Enttäuschung über neue Dänemark-Strategie

Zu der heute vorgestellten Dänemark-Strategie der Landesregierung erklärten die minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls, und der europapolitische Sprecher Rolf Fischer:

Die lange angekündigte Dänemark-Strategie ist ein gutes Beispiel für Politik-Recycling: Bekannte und schon praktizierte Arbeitsfelder werden in eine neue Form gegossen, substantiell kommt aber wenig Neues heraus.

Wir kritisieren, dass die Dänemark-Strategie sich ausschließlich auf Wirtschaft ausrichtet. Kooperationsfelder wie zum Beispiel Kultur, Minderheitenpolitik oder Soziales spielen keine Rolle. Zudem erscheint die Strategie als eine Unterstützungsmaßnahme für die umstrittene Fehmarnbelt-Querung, die die Region im Norden schwächt. Allein in fünf Aktionsfeldern geht es um die Frage der Fehmarnroute bzw. der -querung. Dass Minderheitenpolitik überhaupt nicht auftaucht, ist unverantwortlich und unterstreicht die negative Einstellung der Landesregierung zur Minderheitenpolitik. Fragwürdig ist, eine solche Strategie auf ganz Dänemark auszuweiten und damit die Grenzregionen einer neuen Konkurrenz auszusetzen. Die SPD-Landtagsfraktion wird Anfang 2011 ein eigenes Konzept für die Kooperation mit Dänemark vorlegen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 01.12.2010, 11:47 Uhr - 3126 Clicks - Nr. 1158

Enttäuschung über neue Dänemark-Strategie

Zu der am 30. 11. 2010 vorgestellten Dänemark-Strategie der Landesregierung erklärten die minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls, und der europapolitische Sprecher Rolf Fischer:

Die lange angekündigte Dänemark-Strategie ist ein gutes Beispiel für Politik-Recycling: Bekannte und schon praktizierte Arbeitsfelder werden in eine neue Form gegossen, substantiell kommt aber wenig Neues heraus. Wir kritisieren, dass die Dänemark-Strategie sich ausschließlich auf Wirtschaft ausrichtet. Kooperationsfelder wie zum Beispiel Kultur, Minderheitenpolitik oder Soziales spielen keine Rolle. Zudem erscheint die Strategie als eine Unterstützungsmaßnahme für die umstrittene Fehmarnbelt-Querung, die die Region im Norden

schwächt. Allein in fünf Aktionsfeldern geht es um die Frage der Fehmarnroute bzw. der -querung. Dass Minderheitenpolitik überhaupt nicht auftaucht, ist unverantwortlich und unterstreicht die negative Einstellung der Landesregierung zur Minderheitenpolitik. Fragwürdig ist, eine solche Strategie auf ganz Dänemark auszuweiten und damit die Grenzregionen einer neuen Konkurrenz auszusetzen. Die SPD-Landtagsfraktion wird Anfang 2011 ein eigenes Konzept für die Kooperation mit Dänemark vorlegen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 01.12.2010, 13:48 Uhr - 9408 Clicks - Nr. 1159

Soziale Schieflage im Haushalt bleibt

*Zu den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen zum Doppelhaushalt erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:*

Entgegen vollmundiger Ankündigungen in den Wahlkreisen ist es den Fraktionen von CDU und FDP nicht gelungen, die strukturellen Probleme des Haushaltes zu lösen. Frau Loedige feiert sich selbst für's „Sparen“, dabei meint sie damit schlicht Kürzen!

Gespart wird mit dem Konzept von Schwarz-Gelb mitnichten – denn Schleswig-Holstein macht nach wie vor jedes Jahr Hunderte Millionen Euro neue Schulden.



Dass CDU und FDP die Fortbildung der Prüfer des Landesrechnungshofes wegekürzen, wundert uns nicht, sind es doch diese, die der Landesregierung kritisch auf die Finger bzw. in die Bücher schauen.

Kaum vorstellbar wäre es, wenn die Koalitionsfraktionen ausgerechnet die Minister, Staatssekretäre und den Ministerpräsidenten von den Kürzungen ausnehmen wollten. Es muss sich um ein Versehen handeln, dass ausgerechnet die Hausspitzen – anders als Landtag und Fraktionen – keinen Konsolidierungsbeitrag für unser Land leisten sollen.

Mit der Einrichtung eines „Beirates für den Kommunalen Finanzausgleich“ wird neue Bürokratie aufgebaut – das Gegenteil hatte sich Schwarz-Gelb doch auf die Fahnen geschrieben.

Auch mit den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen behält der Doppelhaushalt, den die Regierung vorgelegt hat, seine soziale Schieflage. Soziale Ungerechtigkeit ist für unsere Gesellschaft langfristig teurer als nachhaltige Bildungs- und Sozialkonzepte. Sozialdemokraten setzen daher mit ihren Haushaltsanträgen auf Gerechtigkeit und Partizipation ab dem frühen Kindesalter.

Keine Kommentare

Ehrungen für 335 Jahre Mitgliedschaft in der SPD

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung wurden einige Genossinnen und Genossen für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Besonderer Gast der Versammlung war der Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst-Dieter Rossmann aus Elmshorn. Die Ehrung nahmen



die Ortsvorsitzende Natascha Böhnisch und der Fraktionsvorsitzende Helmut Jacobs vor. Die Geehrten erhielten eine Urkunde und einen Alt-Wilster-Kalender. Helmut Jacobs hielt als langjähriges Mitglied die Laudatio.

Auf dem Bild von links: Volker Harbaum, Robert Friedrichs, Carsten Schröder, Gerhard Voß, Wolfgang Plötz, Eike Starck, Ortsvereinsvorsitzende Natascha Böhnisch, Uwe Martensen und Fraktionsvorsitzender Helmut Jacobs

Auf dem Bild fehlt Reinhard Bunge, der noch einen Termin wahrzunehmen hatte.

10 Jahre in der SPD

Robert Friedrichs ist kürzlich nach Itzehoe verzogen. Der Wilsteraner Ortsverein bedauert diesen Weggang eines aktiven Genossen sehr. Er war im Ortsvorstand und jüngstes SPD-Mitglied der Ratsversammlung. 2003 zog er erstmalig als Ratsherr in die Stadtvertretung ein. 2008 wurde er erneut gewählt. Er war im Schulverband und zuletzt stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses. Er hat in der Fraktion stets kritisch mitgearbeitet und hat viele neue Ideen eingebracht. Sein Nachfolger in der Ratsversammlung wurde Manfred Schmiade.

20 Jahre in der SPD

Carsten Schröder hat sich schon als 14-jähriger Schüler für andere engagiert. Seinem Einsatz war es zu verdanken, dass Wilster im ehemaligen Amtsgerichtsgebäude in der Rathausstraße einen Jugendtreff erhielt. Über die Anti-Atomkraft-Bewegung ist er zur Grünen Liste gekommen. Als diese 1990 nicht mehr für die Ratsversammlung antrat, wurde er SPD-Mitglied. Hier machte er schnell Karriere und brachte es 1995 zum stellv. Kreisvorsitzenden. Dieses Amt übte er viele Jahre aus. Auf Ortsvereinsebene ist er seit fast 20 Jahren unser Kassierer. In der Ratsversammlung arbeitet er seit vielen Jahren als bürgerliches Mitglied im Bauausschuss mit. Nach seinem Abitur hat er zunächst in einem Feinoptikbetrieb gearbeitet. Das realisierte er auch 10 Jahre und brachte es bis zum Feinoptikermeister. Da er aber besonders gewerkschaftlich orientiert war und seine Chefin etwas gegen einen Betriebsrat hatte, schlug er nach vielen innerbetrieblichen Konflikten einen anderen beruflichen Weg ein. Er wurde Berufsschullehrer mit den Fächern Metalltechnik und Geschichte und hat es schnell bis zum stellvertretenden Schulleiter gebracht. Wenn er neben Beruf, Familie und Politik noch Zeit hat, dann geht er gern seinem Hobby nach: Das Segeln auf einem Traditionsschiff.

25 Jahre in der SPD

Reinhard Bunge hat schon früh mit der SPD sympathisiert. Sein Großvater, Wilhelm Bunge, hatte das Goldene Parteiabzeichen. 1985 ist Reinhard Mitglied geworden und war sofort bereit, auch aktiv in der SPD mitzuwirken. Er kandidierte 1986 erstmalig bei der Kommunalwahl und

wurde auf Anhieb Ratsherr. Als Gegner der Kernenergie setzte er sich vehement für alternative Energiegewinnung ein. Er trieb den Bau eines Blockheizkraftwerkes, das von der CDU als „Schnick-Schack“ bezeichnet worden war, für das Hallenbad voran. Auch die Rosengartenbrücke wurde auf seine Initiative erneuert. 1990 wurde er wieder Ratsherr und löste Helmut Jacobs, der Bürgervorsteher wurde, als Fraktionsvorsitzender ab. 1994 pausierte er in der Kommunalpolitik, um das Amt des Wehrführers auszuüben. Von 1998 bis 2003 war er wieder Ratsherr und Fraktionsvorsitzender. Heute ist er als bürgerliches Mitglied im Werkausschuss. Neben seinen kommunalpolitischen Ämtern gehörte er auch zeitweise dem Kreisvorstand und dem Ortsvorstand der SPD an. Stolz sind wir Sozialdemokraten, dass er den Vorsitz des Vereins zur „Förderung von Au und Schleuse“ von Willi Gilde übernommen hat.

Eike Starck war vor seinem Eintritt in die SPD bereits viele Jahre aktiver Gewerkschaftler. Er war Gründungsmitglied des Vereins „Jugend und Beruf“ und ist dort heute noch im Vorstand aktiv. 1986 wurde er erstmalig Mitglied der Ratsversammlung. Er wurde ebenfalls 1990, 1994, 1998, 2003 und 2008 gewählt. Seine kommunalpolitische Laufbahn begann er als Vorsitzender des Sozialausschusses. Heute ist er bereits in der vierten Legislaturperiode Finanzausschussvorsitzender. Er hat sich stets für den Kindergarten, das Jugendzentrum und andere soziale Einrichtungen engagiert. So ist es seiner Initiative zu verdanken, dass es einen Sozialpass gibt. Die Haushaltsberatungen führt er seit Jahren souverän durch und ein Finanzausschuss in Wilster ohne Eike Starck als Vorsitzender ist in Wilster inzwischen unvorstellbar. Seit Jahrzehnten übernimmt er die Aufgaben eines Vorsitzenden des DGB. Seit einigen Jahren hat er ein neues Hobby: Er singt in einem Chor.

35 Jahre in der SPD

Volker Harbaum war zunächst im Ortsverein Kleve aktiv. Dort hat er an der Seite von Peter Hintz und Ernst Studt einige Jahre aktiv Kommunalpolitik gemacht. Kleve war zu der Zeit eine Hochburg der SPD. Durch seinen Umzug nach Wilster brach diese Arbeit ab. In Wilster hat er sich nur gelegentlich politisch eingemischt, blieb aber immer der Sozialdemokratie treu. Während schwieriger Zeiten seiner Arbeitsstätte nutzte er sozialdemokratische Kontakte. Es gelang ihm gemeinsam mit anderen, darauf Einfluss zu nehmen, dass wichtige Arbeitsplätze in Wilster erhalten blieben. Bei der letzten Kommunalwahl stellte er sich auch für die SPD-Liste zur Verfügung.

40 Jahre in der SPD

Uwe Martensen hat sich früh zur SPD bekannt. Obwohl nicht gerade vom Elternhaus zum Sozialdemokraten erzogen, hat er sich seine eigene politische Meinung gebildet und sich der SPD angeschlossen. Seine Freunde gehörten eher dem bürgerlichen Lager an. 1980 bis 1982 war er sogar Ortsvereinsvorsitzender. Diese Aufgabe musste er aufgeben, weil er aus beruflichen Gründen mit seiner Familie nach Nordrhein-Westfalen verzog. In seinem neuen Wohnort, war er auch viele Jahre politisch aktiv. Als Rentner kam er nach Wilster zurück und übernahm sofort wieder Aufgaben im Ortsverein. Wenn Plakate gebraucht wurden, dann hat Uwe sie professionell gestaltet. Seit einigen Jahren hat er sich der Stadtbücherei, deren Leiter er seit einem Jahr ist, zugewandt.

Gerhard Voss gehörte zunächst 14 Jahre dem Ortsverein Nortorf an und war dort auch Vorsitzender. Dem Gemeinderat Nortorf gehört er 8 Jahre an. Dann baute er mit seiner Frau Elke in der Straße „Lütt Döörp“ ein Haus und wurde Wilsteraner. Von 1986 bis 2003 war er Mitglied der Ratsversammlung. Er war nacheinander Vorsitzender im Werk-, im Finanz- und im Bauausschuss. Insbesondere im Bauausschuss war er jahrelang mit Themen wie Klärwerk, Rumflether Feld, Straßenausbauten und Kanalisation befasst. In der

Fraktion hatte er die Geschäftsführung übernommen. In der Bürgergilde ist er als Schießwart aktiv und ist jahrelang in der Doosschen Gruppe als Bürgermeister Wichmann aufgetreten. Seinem Hobby als Jäger geht er heute noch leidenschaftlich nach.

Helmut Jacobs erklärte: Gerhard du bist heute ein vermögender Mann und kannst es dir leisten, mit deiner Frau eine Weltreise zu unternehmen. Du hast aber nie vergessen, woher du kommst. Deine sozialdemokratische Überzeugung ist geblieben und du hilfst, wo du kannst.

Wolfgang Plötz ist von seinem Ziehvater und Onkel Bruno Möller zum Sozialdemokraten erzogen worden. Es war für ihn selbstverständlich in die SPD einzutreten. Die längste Zeit gehörte er zum Ortsverein Nortorf. In der Wilsteraner Nachbargemeinde war er auch 12 Jahre im Gemeinderat aktiv. Vor einigen Jahren hat er sich mit seiner Frau Birgit, die auch fast 30 Jahre in der SPD ist, in Wilster ein Haus gekauft. Hier hat er sich zwar kaum politisch eingemischt, aber die Sozialdemokraten stets positiv begleitet. Helmut Jacobs wies darauf hin, dass er als selbständiger Handwerker nie seine Gesinnung verloren und der SPD immer die Treue gehalten habe. In diese Partei trete man ein, aber nie aus. Wolfgang war schwer krank. Zur Zeit seiner Ehrung war er wieder bei bester Gesundheit und freute sich, dass er seine schwere Krankheit besiegt hatte.

Eigentlich hätte die Mutter von Helmut Jacobs, Gerda Jacobs für 40 Jahre in der SPD geehrt werden sollen. Sie konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. Auch Dieter Weide, der ebenfalls 40 Jahre und Thorsten Waage, der 20 Jahre dabei ist, konnten aus terminlichen Gründen nicht zur Versammlung kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 01.12.2010, 19:41 Uhr - 2530 Clicks - Nr. 1161

Torsten Albig stellte sich in Reinbek vor

Torsten Albig, Bewerber um die Spitzenkandidatur der SPD bei der vorgezogenen Landtagswahl, stellte sich am 26. November den Reinbeker Genossinnen und Genossen vor. In der Mitgliederversammlung der Reinbeker SPD beantwortete Torsten Albig sowohl Fragen zu seiner Person als auch zu seinen Plänen im Falle eines Wahlsieges bei den vorgezogenen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.

"Ich muss investieren, damit ich später sparen kann" - so z. B. sein Credo zum Thema Bildung. Kurzfristige Einsparungen in diesem Bereich verursachten Folgekosten, die durch Verbesserung der Bildungsangebote gar nicht erst entstehen müssten. "Eine Volkswirtschaft gesundet nicht, wenn sie auf Einsparungen aufbaut."

Die derzeitige CDU/FDP-Regierung sei "grotteschlecht" und gehöre abgeschafft - eine Einschätzung, der sich alle Reinbeker Genossinnen und Genossen anschließen.

Keine Kommentare

Metropolregion - Workshop zur Innenentwicklung

„Mittendrin ist in“ - der siebte Zukunftsworkshop der Metropolregion Hamburg fand nun in Henstedt-Ulzburg statt. Themen waren die Attraktivität von Ortskernen, eine Innenentwicklung, die Flächenverbrauch reduziert und dem Werterhalt des Baubestands dient und die „Aktivierung“ von Flächen. Über Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Innenentwicklung sprach auch Wilhelm Thiele, Leiter des Fachbereichs Bauen, Planung und Entwicklung der Stadt Ahrensburg. Was tun, wenn der Ortskern



entwickelt werden soll und die Eigentümer von Gebäuden und Flächen nicht mitziehen können oder wollen?

Martin Habersaat, in der SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein für das die Metropolregion Hamburg zuständig, nahm an der Zukunftswerkstatt teil. „Die Entwicklung von Ortskernen ist ein Kernthema für jede Stadt oder Gemeinde. Das sehen wir in Barsbüttel, wo wir uns seit Jahren mit der Entwicklung des Ortskerns befassen und eine zufriedenstellende Lösung noch immer nicht erreicht ist. Auch Glinde und Reinbek stehen vor der Herausforderung, immer wieder viele verschiedene Akteure für gemeinsame Projekte unter einen Hut bringen zu müssen. Viele Städte haben das Problem, dass Einzelhandel auf die grüne Wiese verlegt wird oder wurde, und im Innenstadtbereich stehen dann Ladenzeilen leer oder es ziehen Ein-Euro-Shops ein.“

Seit 2001 versucht eine „AG Flächenverbrauch“ in der Metropolregion, diesem Thema zu begegnen. Erreicht werden soll nicht weniger als ein Bewusstseinswandel. Behutsame Entwicklung von Innenflächen soll den Vorzug bekommen vor der Neuausweisung von Außenflächen. Dass dabei oft komplizierte Eigentumsverhältnisse zu berücksichtigen sind, ist eine Hürde, aber keine, die man nicht überspringen könnte. „Am Ende der Wertschöpfungskette stehen immer die Immobilienbesitzer. Diese haben also immer ein Interesse daran, den Ort zu entwickeln.“ Das war das Fazit von Thomas Hammann, dem Geschäftsführer der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft von Neustadt an der Weinstraße, der das Konzept seiner Heimatstadt als Erfolgsmodell vorstellte.

Ein wichtiger Aspekt der Entwicklung von Ortskernen ist natürlich der Einzelhandel. Hat der Einzelhandel in Ortszentren noch Zukunft? Er hat, aber nur, wenn Stadtplaner steuernd eingreifen, alle Beteiligten an einen Tisch gebracht werden und gemeinsam an Zukunftskonzepten arbeiten. Der Umsatz im stationären Einzelhandel beispielsweise stagniert seit einigen Jahren, der Umsatz je Quadratmeter Ladenfläche ist sogar rückläufig. Es gibt aus der Forschung klare Empfehlungen, welche Einrichtungen in einer Gemeinde oder Stadt bestimmter Größe tragfähig sind. Trotzdem werden immer weitere Flächen ausgewiesen, selten wir ein Ortskern überplant und „renoviert“. Das liegt oft an der Schwierigkeit, alle Akteure an

einen Tisch zu bringen. Martin Habersaat: „Wo beispielsweise in einem Einkaufszentrum den Mietern Öffnungszeiten per Mietvertrag vorgegeben werden können, müssen in einer Innenstadt alle Geschäfte einzeln von den Vorteilen einheitlicher Öffnungszeiten überzeugt werden. Gleiches gilt für Events und Marketingkonzepte.“

Insgesamt gibt es in diesem Bereich viel zu tun. Städte und Gemeinden müssen erheben, welche Entwicklungspotentiale sie im Innenbereich haben. In vielen Gebieten gilt es, einen Generationswechsel zu gestalten. Wohnungswünsche der Bevölkerung ändern sich im Laufe der Jahre. Sind die Kinder aus dem Haus, wird eine schöne Wohnung in zentraler Lage interessanter - wenn es sie denn gibt. Einzelhandelsangebote müssen koordiniert, Flächen, Eigentümer und Bauherren sinnvoll eingebunden werden. Die achte Zukunftskonferenz zu diesem Thema findet am 5. Februar 2011 in Buxtehude statt. Alle, die an dem Thema interessiert sind, können sich anmelden.

Foto:

Podium (v.l. Gisela Ninnemann, Innenministerium Schleswig-Holstein, Dr. Michael Melzer, Institut Raum & Energie, Wilhelm Thiele, Bauamtsleiter Ahrensburg)

Links:

[Mittendrin ist in - http://www.mittendrin-ist-in.de/](http://www.mittendrin-ist-in.de/)

[Metropolregion Hamburg - http://metropolregion.hamburg.de/](http://metropolregion.hamburg.de/)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 01.12.2010, 22:42 Uhr - 3294 Clicks - Nr. 1163

SPD legt Gesetzentwurf zur Wahlgesetzänderung vor

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Vorschläge zur Änderung des Wahlgesetzes in einem Gesetzentwurf konkretisiert. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende Peter Eichstädt:



"Wir legen den Entwurf eines Artikelgesetzes vor, in dem wir die Anzahl der Abgeordneten aus der Landesverfassung herausnehmen. Den Wahltermin 13. November schreiben wir in der Verfassung fest.

Im Landeswahlgesetz regeln wir die Anzahl der Wahlkreise – 35 statt bisher 40 –, senken das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre und begrenzen die mögliche Abweichung in der Bevölkerungszahl eines Wahlkreises auf 20 Prozent des Durchschnitts aller Wahlkreise. Überhangmandate werden zukünftig voll ausgeglichen."

[Der Gesetzestext im Wortlaut \[extern\]](#)

Keine Kommentare

Torsten Albig stellte sich in Reinbek vor

Wer bis zum 14. Januar 2011 Mitglied der SPD wird, hat möglicherweise eine ganz besondere Chance: Er kann vorab entscheiden, wer der nächste Ministerpräsident oder die nächste Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein wird. Man könne „Landtagswahlgewinnerbestimmer“ werden, nennt das der Stormarner SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Gemeint ist die Möglichkeit, per Urwahl unter vier Bewerbern den Spitzenkandidaten der SPD zu bestimmen.



Einer der vier, der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, stellte sich nun auf Einladung des Reinbeker SPD-Vorsitzenden Klaus-Peter Puls im Reinbeker Rathaus vor.

Albig, 47, verheirateter Vater von zwei Kindern, kritisierte den Weg des „Sparens um jeden Preis“. Er sagte: „Keine Gesellschaft dieser Welt hat ihre Probleme bisher dadurch gelöst, dass sie weniger Lehrer einstellt.“ Man könne die Haushalte nicht nur zurecht kürzen, sondern brauche auch den Blick für die nächsten Jahre. Als Beispiel nannte er ein Kieler Projekt, SchülerInnen mit einem Hauptschulabschluss in eine Berufsausbildung zu bringen. Dieses Projekt habe zunächst 200.000 Euro gekostet - Geld, das eigentlich nicht da war - spare aber langfristig, wenn eben diese SchülerInnen später nicht von den sozialen Sicherungssystemen finanziert werden müssen.

Der ehemalige Sprecher des Finanzministers Peer Steinbrück sagte, es sei eben nicht sparen, was die CDU derzeit vielerorts betreibe. „Sparen heißt, Vorsorge zu treffen für die Zukunft.“ In Wirklichkeit gäben diejenigen Geld aus, das nicht da sei, die stetig steigende Sozialtransfers in Kauf nähmen. Albig: „Eine Streichliste nach der anderen reicht nicht. Wir müssen neue Antworten geben.“

Die anwesenden Gäste aus Reinbek und Umgebung nutzten die Chance, dem Bewerber zahlreiche Fragen zu stellen. Wie er die Wahl zum Oberbürgermeister in Kiel gewonnen habe, war eine davon. Albigs einfache Antwort: „Geschlossenheit in der SPD.“ Dem diene auch das demokratische und transparente Verfahren bei der Nominierung des Spitzenkandidaten. In seinem Schlusswort warb Albig für die nächste Landtagswahl: „Es ist nicht schwer, politische Vernunft zur Geltung zu bringen - man muss nur die Unvernünftigen abwählen!“

Alle vier Kandidaten stellen sich am 10. Januar 2011 auch im Kreis Stormarn vor, ab 19.00 Uhr im Ahrensburger Alfred-Rust-Saal.

Vorstellung der vier Kandidaten in Pinneberg: [Video](#)

Keine Kommentare

Engagierte brauchen Unterstützung über den 5. Dezember 2010 hinaus Internationaler Tag des Ehrenamtes:

Der Internationale Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember 2010 bietet den Anlass, den 23 Millionen bürgerschaftlich Engagierten unsere Wertschätzung und Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Unterstützung brauchen Sie aber über diesen Tag hinaus.

Denn ob im Sport- oder Musikverein, in Kirchen, in der Pflege, der Eine-Welt-Bewegung, in Eltern- und Umweltinitiativen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Sanitäts- und Rettungsdienst, bei Parteien und Gewerkschaften oder in weiteren Tätigkeitsfeldern, wer sich freiwillig engagiert leistet Tag für Tag einen Beitrag für den solidarischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für eine lebendige Demokratie, auch im Kreis Segeberg.



Die Freiwilligen brauchen die Politik als verlässlichen Partner an ihrer Seite und die SPD nimmt diese Forderung ernst. In den letzten Jahren haben wir die Grundlagen für das Engagement durch Verbesserungen im Vereinsrecht, bei Haftungsfragen und im Unfallschutz ausgebaut. Das Spenden und Stiften wurden erleichtert und transparenter gemacht. Wir haben die Jugendfreiwilligendienste ausgebaut, neue Einsatzfelder z.B. in den Sportvereinen, bei Jugendkunstschulen, Kulturvereinen und soziokulturellen Zentren geschaffen und Jugendlichen, die bislang keinen Zugang hatten, mit Modellprojekten Brücken zu den Freiwilligendiensten gebaut. Aber auch die Älteren konnten sich im generationenoffenen Dienst engagieren.

Die Regierungskoalition steht bei den 23 Millionen Aktiven im Wort - sie erwarten Unterstützung und Anerkennung. Dies kann aber nur mit einer Strategie über die Wahlperiode und Parteigrenzen hinaus erreicht werden. Daher hat die SPD bereits in der Großen Koalition den Prozess für eine nationale Engagementstrategie angestoßen und das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ ins Leben gerufen. Über 300 Expertinnen und Experten aus den Reihen der Bürgergesellschaft sowie aus Wissenschaft und Politik haben in den letzten eineinhalb Jahren Handlungsempfehlungen für eine zukunftsweisende Politik erarbeitet. Unter anderem gehören dazu:

- Ein Bundesgesetz zur nachhaltigen Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements;
- Der qualitative und quantitative Ausbau der Jugendfreiwilligendienste,
- Verlässliche und transparente Strukturen für eine systematische Weiterbildung, Qualifizierung und Begleitung von Freiwilligen und
- Regelungen für die Gleichbehandlung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen bei der Gewährung von Aufwandsentschädigungen.

Thönnies: „Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert dementsprechende verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 02.12.2010, 12:48 Uhr - 3695 Clicks - Nr. 1166

30. 11. 2010 Pressemitteilung SPD-Kreistagsfraktion schlägt Stephanie Ladwig als

30. 11. 2010

Pressemitteilung

SPD-Kreistagsfraktion schlägt Stephanie Ladwig als neue Landrätin vor

"Stephanie Ladwig soll neue Landrätin im Kreis Plön werden, so lautet der Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion", berichtet der Vorsitzende Lutz Schlüsen. " Die 44-jährige Juristin und stellvertretende Landrätin aus dem Kreis Nordfriesland hat mit einem sehr guten Gesamteindruck bei der Kandidatenpräsentation die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion überzeugt.

„Die parteilose Frau Ladwig ist die beste Kandidatin, sie verfügt über eine große Kompetenz, Integrationskraft, Kreativität und einen hohen Sachverstand. Das wird auch durch die positiven Signale über die Leistungen und die Zusammenarbeit in Nordfriesland deutlich. Wir sind der Auffassung, dass sie insbesondere geeignet sein wird, mit allen im Kreistag vertretenden Parteien und Wählergemeinschaften konstruktiv und verlässlich zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig möchten wir ein Zeichen setzen und würden uns freuen, wenn erstmalig eine Frau im Kreis Plön als Landrätin die Verwaltung leitet und als Repräsentantin unseren Kreis vertritt."

„Wir sind der Auffassung, dass wir mit dieser Kandidatin gemeinsam zukunftsorientiert die Politik im Kreis Plön gestalten können“, so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 02.12.2010, 14:11 Uhr - 7107 Clicks - Nr. 1167

SPD verschiebt Kandidatenvorstellung im Kreis Schleswig-Flensburg

Der SPD-Landesverband verschiebt die für morgen (3.12) in Tarp (Kreis Schleswig-Flensburg) geplante Vorstellungsrunde der KandidatInnen für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl.

"Aufgrund der aktuellen Wetterlage ist eine Verschiebung unserer Veranstaltung in den Januar des nächsten Jahres unausweichlich" so die stellvertretende Landesvorsitzende Bettina Hagedorn und der SPD-Kreisvorsitzende Ralf Wrobel.

Der SPD-Landesverband wird nun gemeinsam mit den KandidatInnen und dem Kreisverband Schleswig-Flensburg einen Ausweichtermin im Januar 2011 festlegen. Der genaue Termin wird in Kürze bekannt gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Amin Hamadmad

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 02.12.2010, 16:45 Uhr - 3613 Clicks - Nr. 1168

Punsch und Politik

Der SPD Ortsverein Schönberg hatte die Mitglieder und Gäste zu einem gemütlichen Abend unter dem Motto „Punsch und Politik“ eingeladen.

Die Gäste nahmen die Gelegenheit wahr, über das geplante Einkaufszentrum am alten Bahnhof zu diskutieren. Das Projekt wurde außerordentlich begrüßt. Einige Einwohnerinnen und Einwohner betonten aus Verbrauchersicht, dass ein größeres Angebot an Waren, die noch nicht

in Schönberg vorgehalten werden, für sie sehr attraktiv wäre. Gleichzeitig wurde wiederum die Verbindung zur Schönberger Fußgängerzone in den Vordergrund gerückt. „Verbesserungen in der Gestaltung und ein gemeinsames Marketing sind anzupacken, so der Bürgermeister Wilfried Zurstraßen.

Die Landtagsabgeordnete Anette Langner betonte die positive Entwicklung der Gemeinde und eine zeitgemäße Infrastruktur. 200 Parkplätze und eine Ampelanlage Ecke Kuhlenkamp und Bahnhofstrasse werden insbesondere den Fußgängern mehr Sicherheit geben.

Der Bürgermeister führte weiterhin aus, dass er damit rechnet, dass zusätzliche Kaufkraft aus dem Umland durch das Einkaufszentrum nach Schönberg kommt und neue Arbeitsplätze für Schönberger Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden können. Die Gemeindevertretung sei überzeugt, dass unterm Strich Wirtschaft und Bürgerschaft von diesem Einkaufszentrum eindeutig profitieren werden.

Ein weiteres Thema der Diskussion mit den Gästen war die Gemeinschaftsschule Probstei. Grundsatz dieser neuen Schulform ist das längere gemeinsame Lernen der Kinder. Das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler individuell nach ihren Leistungen und Fähigkeiten durch Unterrichtskräfte aller allgemein bildenden Schularten unterrichtet werden. Auf Fragen der Gäste nach der hohen Kosten für die Erweiterung der Schule sagte die stellvertretende Schulverbandsvorsteherin Antje Klein: „Der Schulverband wird ca. 2 Millionen Euro in den Ausbau der Schule investieren. Sie hatte am 1.9. 2010 einjähriges Bestehen und arbeitet seit dem 1. 9. 2009 erfolgreich mit dem neuen pädagogischen Konzept. Schulverband, Lehrerschaft und Eltern ziehen an einem Strang. Die Schule ist außerordentlich beliebt im Kreis Plön, das zeigt sich auch an den Anmeldungszahlen von rund 170 Schülerinnen und Schülern. Gemeinsam gestalten, um den Kindern die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, das bleibt unser Ziel.“

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 02.12.2010, 21:04 Uhr - 10627 Clicks - Nr. 1169

Appell gegen den beabsichtigten Verkauf der AKN-Anteile

SPD-Kreisverband und SPD-Kreistagsfraktion Segeberg appellieren in einem offenen Brief an den Kreistag und den Landtag, dem beabsichtigten Verkauf der schleswig-holsteinischen Landesanteile an der AKN nicht zuzustimmen.

Der Text des offenen Briefes im Wortlaut:

An die Mitglieder des Kreistages Segeberg
und Mitglieder des Schleswig-holsteinischen Landtages
Frau Katharina Loedige (FDP)
Frau Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
Herrn Wilfried Wengler (CDU)

Verkauf der schleswig-holsteinischen Landesanteile an der Altona-Kaltenkirchen-Neumünster-Eisenbahn AG (AKN)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der SPD-Kreisverband und die SPD-Kreistagsfraktion Segeberg appellieren eindringlich an Sie,

dem beabsichtigten Verkauf der schleswig-holsteinischen Landesanteile an der AKN nicht zuzustimmen.

Ein Verkauf würde zwar einen einmaligen Erlös erbringen und den Haushalt einmalig und kurzfristig entlasten. Dieses Einnahmeplus steht aber in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der durch den Wegfall des politischen Einflusses entsteht. Das Aufsichtsratsmandat der Landrätin des Kreises Segeberg würde zwangsläufig enden und damit auch der Einfluss des Kreises Segeberg.

Sie wissen nur zu gut, dass der immer wieder vermittelte Eindruck, nach einem Verkauf wäre das Land alle Sorgen in Bezug auf die AKN los, falsch ist.

Das Land ist für den Schienenpersonennahverkehr zuständig (SPNV), d.h. es muss so oder so zahlen. Im Übrigen hat auch der Kreis Segeberg in die Infrastruktur investiert – kreditfinanziert.

Sie, verehrte Frau Loedige, betonten am 4.10.2007 im Segeberger Kreistag, dass die FDP der - so Ihre Worte - „sittlich wertvollen Resolution (der SPD-Kreistagsfraktion) gegen den Verkauf der AKN“ zustimmen werde. Die Haushaltsstrukturkommission des Landes, der Sie angehören, befürwortet aber gerade den Verkauf.

Sie, verehrte Frau Rathje-Hoffmann, bezeichneten als damalige Planungs- und Umweltausschussvorsitzende diesen Resolutionsentwurf als vernünftig.

Sie, geehrter Herr Wengler, durch dessen Wahlkreis die AKN die weitesten Strecken fährt, fordern wir auf, sich im Interesse der Mitarbeiter der AKN für den Erhalt der Arbeitsplätze, die bei einem Verkauf als gefährdet angesehen werden müssen, einzusetzen. Anlässlich eines Informationsbesuches bei der AKN konnten wir uns davon überzeugen, dass die Mitarbeiter beunruhigt und verunsichert sind.

Im Mai 2007 hatte der Wirtschaftsminister Austermann die Ausschüsse des Landtages über Privatisierungsüberlegungen der Landesregierung informiert. Er führte u.a. aus : „Ein nennenswerter Verkaufserlös wird jedoch angesichts des stark negativen Ertragswertes, der hohen Kosten für die Infrastruktur (zweigleisiger Ausbau der A 1) und der Altlastenproblematik als fraglich betrachtet. Die bestellte Verkehrsleistung müsste auch nach einem Verkauf von den beiden Ländern (Hamburg und Schleswig-Holstein) finanziert werden. Aus Hamburger Sicht sollte daher vorrangig nach Lösungen gesucht werden, um das laufende Defizit der AKN zu reduzieren. Die Schieneninfrastruktur, die von beiden Ländern mit hoher Förderung ausgebaut wird, sollte nach Hamburger Auffassung weiterhin im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben und möglichst nicht an Dritte verkauft werden.“ (siehe auch Landtags-Umdruck 16/2055).

Anlässlich einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 21.3.2007 wurde herausgestellt, dass sich das Land Schleswig-Holstein seiner sozialen Verantwortung für die Beschäftigten bewusst ist.

Wir fragen Sie, was hat sich an dieser Einschätzung verändert, sodass Sie – entgegen Ihrer früheren Auffassung – jetzt die Verkaufsabsicht unterstützen könnten?

Ist der Landesregierung die Zukunft des Schienenpersonennahverkehrs und auch ihres eigenen Unternehmens gleichgültig ?

Erinnern möchten wir Sie an die Ziffer 2 der einstimmig verabschiedeten Kreistagsresolution, wonach eine enge Kooperation zwischen der AKN und den Verkehrsbetrieben in der Metropolregion die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens sichert.

Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Haushaltsstrukturkommission, mit der AKN einen Verkehrsvertrag und eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Wahrung der verkehrs- und finanzpolitischen Interessen abzuschließen.

Der Landesregierung hätte es gut angestanden, dies bereits zum 125-jährigen Jubiläum 2008 zu realisieren. Abgesehen von der Tatsache, dass die Kreistagsresolution genau diesen Vertrag schon 2007 gefordert hat, passiert ist nichts außer Ankündigungen und Versprechungen.

Nach Landeshaushaltsordnung soll sich das Land an einem bestehenden Unternehmen nur beteiligen, wenn

1. ein wichtiges Interesse des Landes vorliegt und sich der vom Land angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreicht wird.
2. ...
3. das Land einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat... erhält
4.

Ob ein wichtiges Interesse an einer Landesbeteiligung gegeben ist, lässt sich jedoch nur im Einzelfall beurteilen.

Seit Jahren befördert die AKN ihre Fahrgäste zuverlässig und pünktlich auf den Strecken der A1, A2, A3 und als Beteiligte an der Nordbahn in Fahrzeugen, die in Landesfarben gehalten sind. Einen derartigen Werbeträger verkauft man nicht aus kurzfristigen Haushaltsüberlegungen.

Wir setzen auf Ihren nicht nur finanz-, sondern auch verkehrspolitischen Sachverstand. Stimmen sie nicht als Landespolitiker für einen Verkauf und als Kreispolitiker gegen einen Verkauf der Landesanteile an der AKN! Sie machen sich sonst unglaubwürdig.

Mit freundlichem Gruß

Andreas Beran, MdL und Kreisvorsitzender

Arnold Wilken, Vorsitzender Kreistagsfraktion

Jürgen Sass-Olker, verkehrspolitischer Sprecher Kreistagsfraktion

Horst Ostwald, Pressereferent SPD-Kreisverband

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.12.2010, 10:33 Uhr - 7760 Clicks - Nr. 1170

Einladung zu zwei Info-Veranstaltungen "Schülerbeförderungskosten"

Die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten war vor ca. 3 Jahren bekanntlich ein sehr emotionales Thema. Viele Eltern haben sich an den Protesten beteiligt und letztendlich erreicht, dass von dem Gesetz mit seiner Kann-Bestimmung kein Gebrauch gemacht wurde. Jetzt ist das Thema wieder auf der Tagesordnung.

Die Landesregierung wird mit dem Haushaltsbegleitgesetz eine Änderung des Schulgesetzes bewirken. Dort wird aus der Kann-Bestimmung jetzt eine Muss-Bestimmung. Neu werden die Eltern mit mindestens 30% an herangezogen.

Hiergegen wenden wir uns als SPD-Kreistagsfraktion im Kreis Rendsburg-Eckernförde, denn die Kreise haben dieses Gesetz nachher in die Tat umzusetzen und ziehen damit den Protest der Eltern auf sich.

Die SPD-Kreistagsfraktion möchte im Vorwege zu diesem Gesetzesvorhaben viele Eltern über den neuen Sachverhalt informieren. Deshalb laden wir zu zwei Info-Veranstaltungen noch vor den Haushaltsberatungen des Landes und des Kreises ein.

**Im nördlichen Kreisgebiet findet diese
am Donnerstag, 09. Dezember
um 19:00 Uhr
in Rieseby
im Gasthof Rieseby Krog, Dorfstr. 37
mit Hennig Höppner (Schulpolitischer Sprecher SPD-Landtagsfraktion)**

**Im südlichen Kreisgebiet findet diese
am Freitag, 10. Dezember
um 19.00 Uhr
in Hanerau-Hademarschen
im Gemeindehaus, Probst Treplinweg
mit Ralf Stegner (Wahlkreisabgeordneter für diesen Bereich)**

statt.

Wir laden Sie hierzu herzlich ein und haben zugleich die Bitte, diese Information im Kreis der Eltern an ihren jeweiligen Schulen bekannt zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Kolls
Dorfstr. 51
24354 Rieseby
Tel.: 04355 / 13 08
Mail: jens.kolls@t-online.de

Otto Griefnow
Brandhei 38
25557 Hanerau-Hademarschen
Tel.: 04872/ 1300
Mail: griefnow.hademarschen@t-online.de

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.12.2010, 11:09 Uhr - 8340 Clicks - Nr. 1171

Resolution Schülerbeförderungskosten

Die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde beantragt für die Kreistagssitzung am 13.12.2010 folgende Resolution:

Der Kreistag möge in seiner Sitzung am 13.12.10 beschließen:

Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde fordert den Landtag von Schleswig-Holstein auf, im Haushaltsbegleitgesetz den § 114 Abs. 2 des Schulgesetzes nicht um die Pflicht zu ergänzen, zwingend in der Satzung eine Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung in Höhe von 30 % vorzuschreiben.

Ferner fordert der Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde das Land Schleswig-Holstein auf, die Einigung von Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden der Gemeinden und Kreise von 2008 zu respektieren und die dort vereinbarte jährliche Ausgleichszahlung des Landes weiterhin zu leisten.

Begründung:

Die vorgesehene Änderung in § 114 Abs. 2 des Haushaltsbegleitgesetzes würde die Kreise wie bereits 2007 dazu zwingen, Satzungen zu erlassen, die eine zwingende Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung vorsehen. Die Proteste der betroffenen Eltern würden sich verständlicherweise an die Kreise richten, obwohl die Kreise keinerlei eigenen Entscheidungsspielraum hätten. Weiterhin ist es nicht hinnehmbar, dass das Land schon jetzt trotz der Einigung und der Zusagen aus dem Jahr 2008 dem Kreis Rendsburg-Eckernförde die Ausgleichszahlung in Höhe von 695.000 Euro entzieht.

Insbesondere für die Eltern im ländlichen Bereich würde diese Änderung des Schulgesetzes eine starke finanzielle Benachteiligung darstellen.

Weiterhin würde die Erhebung der Elternanteile durch die jeweiligen Schulträger einen enormen Verwaltungsaufwand auslösen und damit würden erhebliche zusätzliche Verwaltungskosten entstehen.

Kommentar von [Friederike Rupprecht](#) vom 04.12.2010, 12:33 Uhr:

RE: Resolution Schülerbeförderungskosten

So spart die schwarz-gelbe Landsregierung für die Zukunft unserer Kinder... Gehts noch???

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.12.2010, 12:32 Uhr - 1643 Clicks - Nr. 1172

Haushalt 2011: Bildung und Teilhabe in einer sozialen und ökologischen Stadt Zum Kieler Stadthaushalt 2011 erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, Grüne und SSW werden dem von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) und Kämmerer Gert Meyer (CDU) vorgelegten Haushaltsentwurf um Änderungsanträge aus dem Bereich der Jugend-, Sozial-, Sport- und Kulturpolitik ergänzen, um ihm im Ganzen zuzustimmen. Denn er verwirklicht so Bildung und Teilhabe in einer sozialen Stadt.“

Die Städte und Gemeinden erleben derzeit ihre schwerste Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Angesichts eines Milliardendefizits aller Städte von 11 Mrd. Euro fordern wir mit dem Deutschen Städtetag von der Bundesregierung, die Gewerbesteuer etwa durch eine Einbeziehung der Selbständigen zu stärken, die angekündigte Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben rasch zu verwirklichen und neue Aufgaben der Kommunen durch Bund und Länder nur mit finanziellem Ausgleich zu beschließen.

Wir müssen mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesregierung starke Einschnitte im Bereich der Städtebauförderung vornimmt und insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ stark kürzt. Der Bund kürzt hier 2011 seine Mittel von 95 auf 28,5 Millionen Euro. Künftig soll das Programm nur noch auf Baumaßnahmen beschränkt sein. Das Programm „Soziale Stadt“ hatte für die Landeshauptstadt Kiel und insbesondere für die Entwicklung der Sozialräume Gaarden, Ostufer und Mettenhof eine entscheidende Bedeutung. Die künftig wegfallenden Mittel werden wir nicht ausgleichen können.

Die Zukunft unserer Stadt hängt davon ab, ob es uns trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen gelingt, die richtigen Weichenstellungen bei der Sozial- und Bildungspolitik und beim Klimaschutz vorzunehmen.

Der Landeshauptstadt Kiel wird es immer schwerer gemacht, die öffentlichen Kulturangebote und unsere soziale Infrastruktur aufrechtzuerhalten. In der Stadtentwicklung sehen wir uns außerstande, dringend benötigte Investitionen umzusetzen. Der Investitionsstau in unserer Stadt im Bereich der Infrastruktur, der energetischen Sanierung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und anderen öffentlichen Gebäuden wird zunehmend besorgniserregend.

Dennoch können wir anders als in vielen anderen Städten garantieren, dass die Daseinsvorsorge in Kiel gewährleistet wird. Wir investieren in die Bildung, wir halten die Kulturangebote aufrecht. Und wir packen die sozialen Probleme unserer Stadt an. Zur Finanzierung dieser Daseinsvorsorge werden wir moderate Erhöhungen bei der Grundsteuer A (von 350 % auf 400 %) und B (von 450 % auf 500 %) und der Hundesteuer vornehmen. Die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B trifft die Eigentümerinnen und Eigentümer und die Mieterinnen und Mieter größerer betrieblich oder privat genutzter Grundstücke mehr als jene, die nur über kleine Häuser und Wohnungen verfügen oder diese mieten. Wir begrüßen, dass die finanzielle Last so gerecht von starken Schultern auch in größerem Maße getragen werden soll. Gleichzeitig werden wir die Abfall- und Straßenreinigungsgebühren noch einmal senken.

Vorrang für Bildung

Mit dem vorgeschlagenen Anstieg des Nettoaufwandes für Kindertagesstätten in Höhe von 53,5 Mio. Euro (2010: 47,2 Mio. Euro), für Schulen in Höhe von 55 Mio. Euro (2010: 53,9 Mio. Euro) und – ganz wichtig – mit der diesjährigen Tranche für die Verwirklichung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) in Höhe von 4,3 Mio. Euro wird der von der Rathauskooperation aus SPD, Grünen und SSW verfolgte „Vorrang für Bildung“ in unserer Stadt von Kämmerer und Oberbürgermeister konsequent umgesetzt.

Zum „Vorrang für Bildung“ gehören auch Investitionen im Schul- und Kindertagesstättenbereich in Höhe von 9,7 Mio. Euro. Davon sind 1,3 Mio. Euro für den Umbau und das Inventar von Fach- und Klassenräumen für die Profiloeberebene, 2 Mio. Euro für den

Umbau der Friedrich-Junge-Schule im Stadtteil Schreventeich, weitere 1,5 Mio. Euro für einen Ersatzbau für die städtische Kindertageseinrichtung im Stadtteil Russee und 0,9 Mio. Euro für die städtische Kindertageseinrichtung Schützpark im Stadtteil Südfriedhof sowie insgesamt 1,6 Mio. Euro an Investitionszuwendungen für die freien Träger von Kindertagesstätten vorgesehen.

Insgesamt steigern wir den Ansatz bei der Kindertagesbetreuung von 62 Mio Euro im Jahr 2010 auf 70 Mio. Euro im Jahr 2011.

Damit werden wir dann 2013 eine Versorgungsquote bei Kindern unter drei Jahren von 35 % erreichen, bei Elementarkindern von 97 % und bei Grundschulkindern von 50 %.

Damit ist für uns das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Wir wollen die Versorgungsquote insbesondere bei Kindern unter 3 Jahren noch weiter steigern.

Klimaschutz

Für die Umsetzung des energiepolitischen Arbeitsprogramms der Landeshauptstadt Kiel auf der Grundlage der jüngst vorgelegten Gutachten werden wir eine zeitlich befristete Verstärkung des Energiemanagements der Stadtverwaltung sichern und eine Stelle einer/eines Diplom-Ingenieurin/Klimaschutzmanagerin einrichten. Bei der Schaffung dieser Stelle gehen wir von einer Förderung durch das Bundesumweltministeriums von 50% aus.

Die Gutachten sehen drei Handlungsfelder vor:

1. Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom, die energieeffiziente Sanierung des Gebäudebestandes, Stromsparkampagne in Gewerbe, Kleinverbrauch und öffentlichen Liegenschaften.
2. Nutzung regional verfügbarer Biomasse, biogene Reststoffe, in einem Biomasseheizkraftwerk, Nutzung von regional erzeugten Biogas in dezentralen Blockheizkraftwerken.
3. Ausbau der Fernwärme und Neubau eines Gas- und Dampf-Heizkraftwerks.

Die Kooperation steht für eine moderne Verkehrspolitik. Wir stehen zur StadtRegionalbahn und stellen für die weitere Planung 250.000 Euro zur Verfügung.

Für den weiteren Ausbau der Velorouten stehen insgesamt 300.000 Euro bereit.

Soziale Balance gehalten – niemand bekommt weniger als heute

Der Haushaltsentwurf hält die richtige soziale Balance und ermöglicht Menschen die Teilhabe am Alltag, denen es schlechter geht als anderen. Die Aufwendungen für Transferaufwendungen im Bereich der Zuwendungen für laufende Zwecke haben sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal erhöht (von 81,5 Mio. Euro auf 88,3 Mio. Euro). Bei diesen Zuwendungen handelt es sich um Zuschüsse an die Träger nichtstädtischer Kindertagesstätten, an städtische Unternehmen, an Pflegeeinrichtungen, an das Land im Rahmen der Krankenhausförderung und an andere Organisationen. Viele der Zuschüsse sind gesetzlich vorgeschrieben. Wo sie vertraglich geregelt sind, wollen wir gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und der Sozialverwaltung noch weitere Optimierungsmöglichkeiten suchen. Dabei gilt: Bei Sozialaufwendungen soll nicht bei den Empfängern von Sozialleistungen gespart werden. Aber bei den Erbringern von Sozialleistungen, die zu diesem Zweck Verträge mit der Stadt geschlossen haben, ist zu überprüfen, ob diese – in der Regel befristeten – Verträge nach deren Ablauf sowohl zum Vorteil der Stadt als auch zum Vorteil der Leistungserbringer verbessert werden können. Wir wollen eine gezielte Erbringung von sozialen Beratungsleistungen in Sozialräumen bzw. Stadtteilen und eine gleichzeitige Senkung der allgemeinen Aufwendungen. Wir glauben, dass für die Beratungsstellen eine gemeinsame Nutzung von technischer Ausstattung, Verwaltungsinfrastruktur, Gebäuden u.ä. – bei Wahrung

der Identität der eigenen Beratungsstelle – erstrebenswert ist. Es wird mit uns aber kein virtuelles Sparen geben, mit dem nur vorhandene Strukturen zerstört werden sollen, wie es Konservative und Liberale fordern.

Besondere Bedeutung des Sports

Der städtische Haushaltsentwurf von Kämmerer und Oberbürgermeister betont die besondere Bedeutung des Sports für unsere Stadt. Wir freuen uns besonders darüber, dass jeweils 1,0 Mio. Euro für den Neubau der Mensa und die Sporthalle der Schulen am Heidenberger Teich im Stadtteil Mettenhof und für die Sporthalle an der Ricarda-Huch-Schule im Stadtteil Ravensberg eingeplant sind, deren vorgezogenen Bau SPD, Grüne und SSW in den Stadthaushalten 2009 und 2010 gegen die Stimmen aller anderen Ratsfraktionen durchgesetzt hatten.

Städtebau und Hörnbad

SPD, Grüne und SSW sehen im vorgesehenen Ausgabenschwerpunkt „Städtebau“ – 1,7 Mio. Euro für das Programm „Soziale Stadt“ und 5,3 Mio. Euro für „Aktive Stadtteilzentren“ – die Fortsetzung unserer guten Politik zur wirtschaftlichen Kräftigung der Innenstadt und unserer Stadtteile. Dazu gehört auch die Errichtung eines neuen Sport- und Freizeitbades an der Hörn (2011: 4,0 Mio. Euro; Gesamtinvestition 17,5 Mio. Euro), mit dem in Zukunft Schwimmen für alle Kielerinnen und Kieler zu bezahlbaren Preisen ermöglicht wird statt in veralteten und nur für unerhört teures Geld zu sanierenden Bädern.

Stadtgalerie als „Bürgergalerie“

SPD, Grüne und SSW begrüßen, dass der Kämmerer und der Oberbürgermeister das Konzept einer „Bürgergalerie“ umsetzen wollen und dazu Mittel für die Stadtgalerie und das Kulturforum in den Haushaltsentwurf eingestellt haben. Diese sehen auch die Zuwendungen von Dritten (48.000 Euro) vor. Im gemeinsamen Kooperationsvertrag haben SPD, Grüne und SSW vereinbart, dass die Stadtgalerie, die Galerien und die Museen ein Entwicklungskonzept erhalten, dass die Angebote in Einklang bringt, die Stärken der einzelnen Einrichtungen betont und Synergien freisetzt.

Deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus

Der Haushaltsentwurf setzt auch ein deutliches Zeichen gegen den Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt, indem er den Ansatz der zur Rechtsextremismusbekämpfung vorgesehenen Mittel verdoppelt. Dazu werden auch weiterhin 30.000 Euro für Projekte der Jugendarbeit des Kieler Jugendrings vorgesehen. Hinzu kommen neu weitere 30.000 Euro im Kulturbereich für öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Theater, aufsuchende Arbeit von Kultureinrichtungen an Schulen. Den größten Erfolg im Kampf gegen Extremisten hat der, der in der Bildung dafür sorgt, dass menschenverachtende Parolen in den Köpfen und Herzen unserer Kinder und Jugendlichen nie auf fruchtbaren Boden fallen.

Geplantes Defizit bleibt unterhalb der Vorgabe der Ratsversammlung

Der Haushaltsentwurf wahrt die finanzpolitische Verantwortung in einer Zeit, in der sich die Finanzausstattung der Landeshauptstadt Kiel immer weiter verschlechtert. Das eingeplante Defizit des Vorjahres in Höhe von 76,1 Mio. Euro wird im Vollzug voraussichtlich verringert. Angesichts geplanter Steuereinnahmerückgänge und Mindereinnahmen aus dem Kommunalen

Finanzausgleich bei gleichzeitig steigenden Ausgaben, zu deren Leistung die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, erwartete der Kämmerer Gert Meyer (CDU) noch im Frühjahr 2010 für den Haushalt 2011 ein Defizit von 114 Mio. Euro. Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) hatte daraufhin im März 2010 mit Zustimmung der Mehrheit der Ratsversammlung – und zwar sowohl der Kooperation von SPD, Grünen und SSW als auch der CDU und der FDP – angekündigt, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der das Defizit um weitere 24 Mio. Euro auf 90 Mio. Euro senken würde. Dies ist gelungen: Der Haushaltsentwurf 2011 sieht ein Defizit von 88,1 Mio. Euro vor, bei weitem weniger als noch im Frühjahr 2010 befürchtet und unterhalb der Höchstgrenze, die der Oberbürgermeister der Verwaltung gesetzt hatte. Berücksichtigt man, dass gleichzeitig eine zusätzliche rechnerische Verschlechterung durch die erstmalige flächendeckende Einberechnung von Abschreibungen auf unser Anlagevermögen in Höhe von netto 7,5 Mio. Euro in den neuen Zahlen enthalten ist, dann ergibt sich sogar eine reale Verbesserung gegenüber der bisherigen Planung für das Jahr 2011 von über 33 Mio. Euro. Dazu gratulieren wir dem Kämmerer und dem Oberbürgermeister.

Anträge von SPD, Grünen und SSW

SPD, Grüne und SSW ergänzen diesen sehr guten und verantwortungsvollen Haushaltsentwurf in einigen Schwerpunkten:

- Wir fördern zusätzliche Wochenstunden für Kindertagesstätten in Sozialräumen mit hoher Problemdichte. Dafür stellen wir im nächsten Jahr Personal- und Sachmittel in Höhe von 200.000 Euro bereit und verstetigen die Ausgaben in folgenden Jahren.
- Wir finanzieren die Beschaffung von notwendigem Essgeschirr, d.h. von Tellern, Tassen, Wärmewagen, für Einrichtungen, in denen Kinder aus armen Familien eine warme Mahlzeit einnehmen können sollen, wo es aber heute noch an der nötigen Grundausstattung fehlt. Dafür sehen wir zunächst 25.000 Euro vor.
- Wir bilden aus für die Bildung und unterstützen fünf Konsultations-Kindertagesstätten für innovative Konzepte. Dafür sollen zusätzlich 30.000 Euro aufgewendet werden. Außerdem stellen wir Mittel bereit für die Erarbeitung eines Konzepts „Kieler KITA-Qualitätssiegel“ (30.000 Euro) und erhöhen die Mittel für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Kindertagesstätten (plus 9.500 Euro).
- Für Maßnahmen der regionalen Bildungsplanung werden wir erstmalig 50.000 Euro zur Verfügung stellen. Damit wollen wir eine qualitative Schulentwicklung, etwa durch die Umsetzung von Stadtteilschulen sicherstellen.
- Wir ermöglichen Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe am Alltag, indem wir einen „Fonds für Menschen mit Behinderungen“ einrichten und mit 150.000 Euro unterlegen. Das Geld wird vom Sozialausschuss freigegeben für Maßnahmen, z.B. für die Einrichtung eines Kfz-Pannendienstes für Menschen mit Behinderungen, für das integrative Theater, für die Begleitung von Menschen mit Behinderungen in den Ruhestand.
- Wir engagieren uns stetig für die Dänische Minderheit in Kiel und fördern auch in Zukunft den Büchereibus des „Dansk Centralbibliothek e.V.“, der dänische Literatur an ausgewählten Standorten in Kieler Stadtteilen zum Verleih anbietet. Die Ausleihzahlen erfordern einen Anstieg der Förderung auf 32.000 Euro.

- Wir fördern Hilfsangebote im Stadtteil Gaarden, indem wir den Verein „Frauen Sucht Gesundheit e.V.“ (20.000 Euro) und die Drogenberatung Szene Gaarden (30.000 Euro) unterstützen.
- Am 19.2.2009 hat die Ratsversammlung beschlossen, ein Integrationsmonitoring aufzubauen. Im kommenden Jahr werden wir das künftige Konzept für ein kommunales Integrationsmonitoring beschließen. Dazu ist eine personelle Ausstattung erforderlich, die wir durch Umwidmung einer bestehenden Stelle sichern,
- Wir verstetigen die Sanierung der Kieler Sportstätten, indem wir ein mehrjähriges Sonderprogramm „Sportstättenanierung“ (2011-2014) auflegen und es jährlich mit zusätzlich 100.000 Euro unterlegen. Im Haushaltsjahr 2011 wird es durch die hälftige Kürzung des Ansatzes für den Grünzug Hörn/Eidertal gegenfinanziert, für den ohnehin noch nicht alle Verträge abgeschlossen sind.
- Wir starten eine Kooperation mit den Hochschulen, indem wir einen Fonds (30.000 Euro) einrichten, aus dem gemeinsame Projekte zwischen Hochschule und Stadt, die Fortbildung städtischer Führungskräfte und die Vergabe von Abschlussarbeiten z.B. zur Untersuchung strategischer Zielsetzungen der Landeshauptstadt Kiel finanziert werden können. Damit knüpfen wir ein noch engeres Band zwischen der Stadt und ihren Hochschulen.
- Wir unterstützen den Breitensport, indem wir zusätzlich zu den aus dem Jahr 2010 übertragenen Sportfördermitteln die Projekte Schülerstraßenlauf (6.000 Euro), Jugendkutterprojekt (13.000 Euro), Fördetriathlon (6.000 Euro), Schulfußballcup (2.000 Euro) und Drachenbootrennen (4.000 Euro) fördern.
- Wir fördern auch in Zukunft die Erwachsenenbildungsarbeit des „Dansk Skoleforening e.V.“ und unterstützen damit die Dänische Minderheit in Kiel (2.400 Euro).
- Wir wollen das Lessingbad nicht still liegen lassen, sondern für einzelne Kulturprojekte nutzen und sehen dafür 25.000 Euro vor, freizugeben durch den Kulturausschuss.
- Wir wollen, dass nicht nur alle zwei Jahre an den Matrosenaufstand in Kiel erinnert wird (durch eine Veranstaltung für 10.000 Euro), sondern sehen eine jährliche, dafür kleinere Veranstaltung für jeweils 5.000 Euro vor.
- Wir wollen im Haushaltsjahr 2011 eine Aktion „Tag der StadtNatur“ durchführen (5.000 Euro).
- Wir wollen die beschlossenen Städtepartnerschaften mit der Türkei und Tansania beleben und sehen dafür 10.000 Euro vor.
- Wir wollen eine wirksame Graffitibeseitigung in Kiel, auch um Verschmutzungen durch Hakenkreuzschmierereien zu wehren, und erhöhen den im Haushaltsentwurf von 150.000 Euro auf 30.000 Euro verringerten Ansatz wieder auf 60.000 Euro.
- Wir stellen sicher, dass die kinder- und familienorientierte Veranstaltung „Open Park“ im Volkspark im Rahmen der Kieler Woche auch 2011 stattfinden kann. Dafür werden ca. 20.000 Euro haushaltsneutral umgeschichtet.

Gegenfinanzierung der Anträge von SPD, Grünen und SSW

Alle Änderungsanträge von SPD, Grünen und SSW sind gegenfinanziert: Durch Umschichtungen im Haushalt, vor allem durch derzeit nicht benötigte Sachmittel aus dem Schulbereich, die in den Bereich der Kindertagesstätten verschoben werden (ca. 350.000 Euro), und durch Minderausgaben im Bereich nicht in Anspruch genommener Kosten der Unterkunft (376.000 Euro) sowie durch bislang nicht eingerechnete Kostenerstattungen des Landes für geleistete Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfen (500.000 Euro). Durch diese Gegenfinanzierungen verbessert sich der Haushalt noch einmal um über 500.000 Euro.

Mit diesen Änderungsanträgen werden SPD, Grüne und SSW dem Haushaltsentwurf 2011 von Kämmerer Gert Meyer (CDU) und Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) zustimmen.

Gemeinsame Haushaltsverantwortung - Angebot an die Opposition

Der Haushalt der Landeshauptstadt Kiel wird von allen demokratisch gewählten Mitgliedern der Ratsversammlung verantwortet. Auch als Mehrheitskooperation wenden wir uns an die Ratsfraktionen von CDU, FDP, Die Linke und „Direkte Demokratie und appellieren an diese gemeinsame Verantwortung. SPD, Grüne und SSW werden sich vernünftigen und gegenfinanzierten Ergänzungsanträgen zum Haushaltsentwurf aus den Reihen der Opposition nicht verschließen, wenn diese nicht im inhaltlichen Widerspruch zur Haushaltsvorlage von Kämmerer und Oberbürgermeisters und zu den Änderungsanträgen von SPD, Grünen und SSW stehen. Im Gegenzug für die Einbeziehung solcher Ergänzungsanträge erwarten wir dann eine Zustimmung zum gesamten Haushalt 2011 – Verantwortung ist nicht teilbar.

Keine Kommentare

[SPD-Ellerau](#) - veröffentlicht am 03.12.2010, 13:15 Uhr - 2978 Clicks - Nr. 1173

GV-Sitzung am 02. Dez. 2010

TOP 5 Bericht des Bürgermeisters

1. In der Angelegenheit, Schließung des Fußgänger-Bahnüberganges „Am Felde“, hat es am 21. Okt. 2010 einen Ortstermin unter Leitung des Vorsitzenden Richters am OVG Schleswig und am 25. Nov. 2010 einen Verhandlungstermin in Schleswig gegeben.

Ergebnis: Wie sich schon beim Ortstermin abzeichnete hat das Gericht die Klagebefugnis der Gemeinde angezweifelt, da die Gemeinde selbst nicht unmittelbar und nachhaltig in ihren hoheitlichen Rechten (z. B. Planungshoheit) betroffen sei. Im Verhandlungstermin, bei dem Ellerau durch das Rechtsamt und den Bürgermeister vertreten war, wurde diese juristische Hürde nochmals ausführlich erörtert. Die sachlichen Einwendungen gegen die beabsichtigte Schließung sind zwar nochmals zur Sprache gekommen, jedoch nicht in die Beratung zur Beschlussfassung einbezogen worden. Der Vorsitzende Richter der mit 5 Richtern (3 Juristen, 2 Laien) besetzten Kammer riet dringend dazu, die Klage zur Vermeidung weiterer Prozesskosten zurückzuziehen. Nach Beratung mit dem Rechtsamt ist das dann auch erfolgt.

2. Mit Datum vom 08. November 2010 ist nunmehr ein Einführungserlass zur DIN 1986, Teil 30 (Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen) des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume herausgegeben worden. Für Ellerau bedeutet das, dass alle Grundstücke die im Wasserschutzgebiet Zone III liegen, die besagte Überprüfung bis zum 31.12.2015 erfolgen soll. Zuständig sind hier die Grundstückseigentümer. Zuvor müssen

jedoch die öffentlichen Abwasserleitungen durch den Träger der Abwasserbeseitigungspflicht auf Dichtheit geprüft werden. Zuständig für die Einhaltung der Überprüfungspflicht ist die „Untere Wasserbehörde“ beim Kreis.

Zweckmäßig ist es, ein Konzept für die Abarbeitung zu erstellen und den Grundstückseigentümern entsprechende Hilfestellung zu geben. In aller Regel reicht zunächst eine optische Überprüfung der Entwässerungsleitungen in Form einer Kamerainspektion.

3. Der Landesentwicklungsplan 2010 ist am 04.10. 2010 durch Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft getreten. Je ein Exemplar haben alle Fraktionen bekommen. Der SHGT hat für Anfang 2011 ein Informationsveranstaltung hierzu angekündigt. Wir werden uns im neuen Jahr im Bau- und Planungsausschuss mit den Inhalten befassen.

4. In 2011 ist ein Zensus, eine europaweite Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung vorgesehen. Sie soll im Wesentlichen als registergestütztes Verfahren (also basierend auf in den Behörden und Ämtern vorliegenden Zahlen) durchgeführt werden. Ein Termin wird noch bekanntgegeben.

5. Am 01. November wurde die Krippengruppe in der Einrichtung „Uns Lütten“ eröffnet und in Betrieb genommen. Eine Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VII wurde uns mit Datum vom 21.10.2010 erteilt.

6. Am 22. November 2010 fand die Verbandsversammlung des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg statt. Der Wirtschaftsplan 2011 wurde beschlossen. Die Reinigungsgebühr für das übernommene Abwasser beträgt weiterhin 1,17 €/m³. Durch den zurückgehenden Wasserverbrauch und zurückgehende Fremd-wassermengen musste die Reinigungsgebühr im vergangenen Jahr erhöht werden.

7. Die Verbandsversammlung des WZV findet erst in der nächsten Woche statt. Aus der Sitzung des Verbandsbeirats ist zu berichten, dass keine Erhöhung der Abfallbeseitigungsgebühren für 2011 vorgesehen sind. Allerdings wird die Gebühren-Ausgleichsrücklage nahezu aufgebraucht, so dass zukünftig mit einer Erhöhung zu rechnen sein wird.

8. Die Ausschreibung zur Grundinstandsetzung der Moortwiete mit Erneuerung der Schmutz- und Regenwasserleitungen musste aufgehoben werden, da die Wirtschaftlichkeit für die Erneuerung der Leitungen offensichtlich nicht gegeben war. Eine Teilung des Auftrages kam aus vergaberechtlichen Gründen nicht in Frage. Es erfolgt nun eine getrennte Ausschreibung der Maßnahmen, die Ausführung kann dann erst 2011 erfolgen.

9. Die Beseitigung von Winterschäden an den Fahrbahndecken der innerörtlichen Straßen konnte kurz vor Einbruch der Frostperiode beendet werden. Als Zuschuss erhielt die Gemeinde 50 % der Kosten, maximiert auf € 75.000.

10. Der Verein „Wir für Ellerau“ hat dankenswerterweise wieder einen geschmückten Weihnachtsbaum vor dem Rathaus aufgestellt, diesmal mit ganz neuer und sehr ansprechender Dekoration. Herzlichen dank hierfür.

11. Weiterhin hat der Verein die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes an der Bushaltestelle „Vorderer Kamp“ organisiert und finanziert. Es soll evtl. ein Prototyp werden, mit dem ggf. auch alle anderen Bushaltestellen in der Gemeinde, dann aber auf Kosten der Gemeinde,

ausgestattet werden.

12. Termine:

Die Seniorenweihnachtsfeier findet am kommenden Sonntag in der Erich-Stein-Halle statt. Den Ausschussmitgliedern und allen weiteren Helferinnen und Helfern sei an dieser Stelle schon für ihren Einsatz zur Vorbereitung und Organisation herzlich gedankt.

Der Neujahrsempfang 2011 mit Sportlerehrung findet am 09. Januar 2011 um 11.00 Uhr hier im Bürgerhaus statt. Die Einladungen sind bereits verschickt worden.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 03.12.2010, 17:51 Uhr - 4239 Clicks - Nr. 1174

Bad Segeberger SPD-Fraktion und Vorstand nach erfolgreicher Klausur-Tagung

Zwei Tage lang haben sich die Mitglieder der SPD-Fraktion und Teile des Vorstandes des SPD-Ortsvereins über künftige Ziele und Anträge beraten.

So stehen nach laut Fraktionschef Joachim Wilken-Kebeck "die Details für die Parkraumbewirtschaftung stehen aus unserer Sicht jetzt endgültig fest: Der Investor Hoffmann erstellt ein neues Parkhaus und die Stadt bewirtschaftet ihre Parkplätze selbst. Parken bleibt nachts und sonntags gebührenfrei. Die Parkgebühr soll 80 Cent betragen und beinhaltet die Taktung von 4x 20 Cent, wobei die ersten 12 Minuten kostenfrei bleiben sollen." Man zahle so, nach SPD-Berechnungen, "für eine halbe Stunde Parken nur 40% der bisherigen Kosten."

In Sachen "Neue Seepromenade" sind sich die Bad Segeberger Genossen einig, aber ganz und gar nicht der Meinung des Bad Segeberger Bürgermeisters. "Die Investition von zwei Millionen Euro für den Neubau einer Seepromenade wird von uns entschieden abgelehnt. Auch eine Mögliche Bezuschussung von einer Million Euro für "Küstenschutzmaßnahmen" durch die Kieler Landesregierung kann nicht darüber hinweg täuschen, dass wir uns diese hohe Summe kreditfinanziert schlicht nicht leisten können."

Nach Ansicht der SPD sollen die Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen Anlage "mit Hochdruck voran getrieben werden". Dennoch sollten die Mittel für Ganztagsschulangebote in Bad Segeberg 2011 in der gleichen Höhe wie 2010 zur Verfügung gestellt werden. Da die Schulen unterschiedliche Bedarfe haben, soll ein Deckungsring dafür sorgen, dass die Mittel zielgenau eingesetzt werden können. "Skateralage und Ganztagsschulangebote finanziell irgendwie miteinander zu verknüpfen, können wir uns in keinem Fall vorstellen", ergänzt SPD-Pressesprecher Tobias Gellert.

Stadtvertreter Jens Lichte regte während der Tagung nahe Travemünde zur Diskussion über die Zukunft von Kulturangeboten an. Durch die Auflösung der Stadtmarketing GmbH würden viele Kulturangebote gestrichen werden, befürchtet Lichte. "Wir wollen diese Angebote zum Teil erhalten oder mit verminderten Finanzmitteln mit Hilfe der Einzelhändler und "WIR für Segeberg" zu neuem Leben erwecken." Als Beispiele nennt Lichte die Innenstadt Bühne vor der Volksbank, die zum Segeberger Sommer regelmässig zum Einsatz kam. "Wir wollen, dass einzig die auftretende Gruppe bezuschusst wird, das Rahmenprogramm sollten die anliegenden Einzelhändler organisieren." Kurkonzerte sollten abwechselnd am See und im Rosengarten am Kurpark stattfinden. Die Stilrichtungen sollen ausdehnt werden auf Jazz, Folk und Blues. Ausstellungen im Rathaus sollen weiterhin stattfinden, allerdings sollten der Kulturbeauftragte der Stadt sowie in erster Linie die Künstler selbst für die Organisation der Ausstellung sorgen.

Tobias Gellert ergänzte einmal mehr, dass "Kultur" auch Veranstaltungen für junge Menschen

beinhaltet. "Wir dürfen nicht vergessen, die jüngeren - und damit meine ich alle Bad Segeberger, die jung sind und/oder sich jung fühlen - auch mit zu nehmen, ihnen Lesungen, Konzerte oder gar Festivals an zu bieten", ergänzt Gellert, der selbst jahrelang als Mitveranstalter von Parties und Lesungen das Bad Segeberger Kulturleben gefördert hat. Junge Leute sollten in unserer Stadt nicht verteufelt werden. Und erst recht nicht vergessen. Der Stadtvertreter wählt hierzu passend den warnenden Hinweis, den zuletzt die Sympathisanten des HaK in der vergangenen Woche verwendeten: "Ohne Jugend seht ihr alt aus!"

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.12.2010, 22:08 Uhr - 3831 Clicks - Nr. 1175

Regionalkonferenz 2010 der Metropolregion Hamburg

Wissens- und Technologietransfer in Norddeutschland

Die diesjährige Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg beschäftigte sich mit unterschiedlichen Aspekten von Wissens- und Technologietransfer im Wirtschaftsraum Norddeutschland. Einen ganzen Tag lang kamen in der Leuphana Universität Lüneburg VertreterInnen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen.



Dabei waren auch Martin Habersaat, der in der SPD-Landtagsfraktion sowohl für die Metropolregion Hamburg als auch für die Hochschulpolitik zuständig ist, und Detlev Buder, der sich vor allem für die „Weiße Biotechnologie im Norden“ interessierte.

Martin Habersaat: „Mit diesem Thema setzt die Metropolregion Hamburg einen Impuls, der sich auf ganz Norddeutschland bezieht. Die Frage, wie wir einerseits an unseren Universitäten junge Menschen ausbilden, andererseits hochklassige Forschung ermöglichen und drittens aus dieser Forschung dann Produkte entwickeln, die den Wissenschafts- und Wirtschaftsraum Norddeutschland stärken, ist eine zentrale Zukunftsfrage zur Sicherung unseres Wohlstands.“ Nicht zu diesen Erkenntnissen passe jedoch, dass die Landesregierung die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) abwickeln wolle. Die ISH ist eine „Public-Private-Partnership“ von Land und E.ON Hanse/E.ON Energie. Sie unterstützt den Wissenstransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und fördert auf den Aufgabenfeldern Technologie, Energie und Klimaschutz innovative Entwicklungen und deren Markteinführung.

Wissens- und Technologietransfer, die Schnittstelle zwischen Forschung und Wirtschaft, müsse auch Aufgabe der öffentlichen Wirtschaftsförderung sein, befindet der Abgeordnete. Gerade mittelständische Unternehmen kämen noch zu selten auf die Idee, zur Entwicklung neuer Produkte oder zur Verbesserung von Produktionsabläufen die Zusammenarbeit mit den

norddeutschen Hochschulen zu suchen. Habersaat: „Es gibt gute Beispiele für erfolgreiche Austauschprozesse und Kooperationsmodelle zwischen Wissenschaft und Praxis.“ Aus Schleswig-Holstein nahmen aus diesem Bereich unter anderem die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), die IZET Innovationszentrum Itzehoe - Gesellschaft zur Technologieförderung Itzehoe GmbH und das Forschungs- und Entwicklungszentrum der Fachhochschule Kiel, vertreten durch den GmbH-Geschäftsführer Björn Lehmann-Matthaei teil.

In einem kurzen Vortrag beleuchtete Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister Situation und Perspektiven der Metropolregion Hamburg. Er bezeichnete die Metropolregion Hamburg als Erfolgsmodell, was unter anderem durch den Wunsch Mecklenburg-Vorpommerns, Lübecks und Neumünsters nach einer Aufnahme zu belegen sei. Kooperation bringe mehr als die Debatte um den Nordstaat, die an den hohen verfassungsrechtlichen Hürden scheitere. Garanten des Erfolges seien effektive Strukturen in der Metropolregion, das Anpacken aktueller Herausforderungen (z.B. Flächenentwicklung) und das eine starke Oberzentrum, das der Region auch den Namen gebe. So weit, der Empfehlung amerikanischer Wirtschaftsexperten zu folgen, Niedersachsen als „South of Hamburg“ zu vermarkten, mochte der Ministerpräsident allerdings nicht gehen. McAllister: „Wovon wir mehr brauchen, sind konkrete Projekte, die die Menschen mit der Region verbinden können, etwa in der Verkehrsinfrastruktur das Abarbeiten der ‚Ahrensburger Liste‘.“ In Ahrensburg hatten sich die Regierungschefs Norddeutschlands auf verschiedene Projekte der Verkehrsinfrastruktur geeinigt, die gemeinsam angepackt werden sollen.

Foto:

Detlef Buder und Martin Habersaat beim anschließenden Empfang im Huldigungssaal des Lüneburger Rathauses

Links:

[WTSH - http://www.wtsh.de/wtsh/de/](http://www.wtsh.de/wtsh/de/)

[FuE - Zentrum FH Kiel - http://www.fh-kiel-gmbh.de](http://www.fh-kiel-gmbh.de)

[Innovationsstiftung Schleswig- Holstein - http://www.i-sh.de/](http://www.i-sh.de/)

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 04.12.2010, 15:06 Uhr - 6268 Clicks - Nr. 1176

Gemeinschaftsschule Harksheide: Konsens in letzter Minute

Zum Beschluss des Ausschusses für Schule und Sport, die Gemeinschaftsschule Harksheide für rund 12 Millionen Euro umzubauen, erklärt die Vorsitzende der Norderstedter SPD und Mitglied im Ausschuss für Schule und Sport, Katrin Fedrowitz:

„Die von der Stadtverwaltung vorgelegte Variante, das Gebäude der ehemaligen Hauptschule Falkenberg zu nutzen und in eine 3-zügige Gemeinschaftsschule mit den Optionen



auf eine 4-Zügigkeit und der Einrichtung einer Oberstufe umzubauen, ist unter den Berücksichtigung der knappen politischen Mehrheitsverhältnisse vernünftig.“

Während sich die SPD von Anfang an für die Vierzügigkeit eingesetzt habe, sei im Verlauf der Diskussionen im fraktionsübergreifenden Arbeitskreis festgestellt worden, dass das „Durchdrücken“ eines so schwerwiegenden Beschlusses mit denkbar knapper Mehrheit unverantwortlich wäre.

„Unsere Position zur Vierzügigkeit haben wir deshalb zur Verhandlung gestellt. Umso erstaunter waren wir, als die CDU im Verlauf der Ausschusssitzung die Dreizügigkeit per Beschluss zementieren wollte. Eine nachträgliche Ergänzung zur Vierzügigkeit, die durch hohe Anmeldezahlen gerechtfertigt würde, wäre damit unmöglich geworden. Die Einrichtung einer Oberstufe wäre ebenso „elegant“ abgeboten worden.

Unser Kompromissangebot schien ausgeschlagen worden zu sein – erst durch eindringliches „Zureden“ des Oberbürgermeisters schwenkte die CDU in letzter Minute auf die Beschlussvorlage der Verwaltung um.“

Unter dem Strich zähle, so Katrin Fedrowitz, dass der Ausschuss gemeinsam etwas für die Schüler, Lehrer und Eltern am Schulstandort Harksheide bewegt hat.

„Die nächste Baustelle liegt allerdings mit der Regionalschule Garstedt vor uns. Auch hier wird ein hoher Millionenbetrag erforderlich sein, um die Schule auf Vordermann zu bringen. Der finanzielle Kraftakt für den Schulumbau ist erheblich.

Der komplizierte und langwierige Weg über Doppel- und Nachtragshaushalte das Geld für den Gebäudeunterhalt bereitzustellen, tut der Gebäudesubstanz nicht gut, energetische Maßnahmen müssen zwangsläufig auf die lange Bank geschoben werden. Hier stehen wir mit dem Oberbürgermeister in Kontakt um mittelfristig neue Wege beim Neubau und in der Gebäudeverwaltung zu gehen.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.12.2010, 19:49 Uhr - 3728 Clicks - Nr. 1177

700 demonstrieren für ein neues Gastschulabkommen

Mehrere hundert Eltern, Schüler und Lehrer demonstrierten am Rande der jüngsten Sitzung des Bildungsausschusses vor dem Kieler Landeshaus für ein neues Gastschulabkommen. Seit über einem Jahr konnten die Landesregierungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins sich nicht über einen grenzüberschreitenden Schulbesuch einigen. Der Stormarner SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat sprach auf der Kundgebung und forderte die Regierung auf, einzelne Teilbereiche zu lösen, wenn es nicht im



Ganzen gehe.

Waldorfschüler, Grundschüler, Gymnasiasten - Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schularten sollen in einem Gastschulabkommen vermengt werden. Aber nicht nur die. Bildungsminister Klug möchte im selben Zug auch eine Regelung für Heimkinder aus Hamburg treffen. Und CDU-Chef von Boetticher würde gerne Elbschlick und Frauenhäuser mit in die Rechnung aufnehmen. Martin Habersaat: „Kein Waldorf-Schüler hat etwas davon, nun von Dr. Klug gehört zu haben, dass es nicht an ihm liegt. Fakt bleibt, es gibt noch immer kein Gastschulabkommen. Die Regierung sollte sich nun auf die Lösung einzelner Teilaspekte konzentrieren, wenn sie den Gordischen Knoten nicht als Ganzes durchschlagen kann.“

Vor dem Landeshaus in Kiel hatten sich trotz Eis und Schnee etwa 700 Demonstranten versammelt. „Bei Sonne könnte es ja jeder“, scherzten die Organisatoren. Gleichzeitig machte dieser Einsatz deutlich: Die Metropolregion Hamburg wartet dringend auf eine Einigung. Im Anschluss an die Demonstration tagte der Bildungsausschuss. Auch hier gab es wenig Neues. FDP- und CDU-Politiker taten ihre Hoffnung kund, dass nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Hamburger Senat eine Einigung leichter zu finden sei. Martin Habersaat: „Mir ist eigentlich egal, ob CDU und FDP jetzt aus parteitaktischen Gründen intensiver an einer Einigung mit Hamburg arbeiten - Hauptsache, es kommt endlich zu einer Einigung.“

Für eine „Schule ohne Grenzen“ steht seit einiger Zeit eine Mahnwache aus besorgten Eltern vor dem Landeshaus. Unterschriftensammlungen und Demonstrationen sollen den Druck auf die Regierung erhöhen, die von Kiel aus die Probleme in der Metropolregion Hamburg offenbar nur unvollständig wahrnimmt. Dennoch gleichen sich die Sitzungen des Bildungsausschusses seit Monaten: Das Bildungsministerium bedauert, dass bei der jeweils letzten Gesprächsrunde keine Einigung zustande kam, sieht der jeweils nächsten aber zuversichtlich entgegen. Martin Habersaat, bis zum Einzug in den Landtag Deutschlehrer in Hamburg, hatte die Zustände im September als „kafkaesk“ bezeichnet. Im November nun hatte er ein passendes Schiller-Zitat parat: „Wo die Tat nicht spricht, kann auch das Wort nicht viel helfen.“ Jetzt sei es an der Zeit, Lösungen zu präsentieren, und seien es auch nur Lösungen für Teilbereiche.

Link: <http://schuleohnegrenzen.de/>

Mehr Fotos: [hier](#).

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 05.12.2010, 00:32 Uhr - 3006 Clicks - Nr. 1178

Blinder Glaube an den Bund statt Einhaltung der Schuldenbremse

Zu den Aussagen von Finanzstaatssekretär Dr. Olaf Bastian im Finanzausschuss über mögliche Steuerausfälle des Landes durch die Einführung der Kernbrennstoffsteuer sagt der steuerpolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

"Klarer als durch Dr. Bastian kann die fehlende Verantwortlichkeit für den Landeshaushalt gar nicht gesagt werden.



Weil die Atomkraftwerksbetreiber die Kernbrennstoffsteuer als Betriebsausgaben von der Steuer abziehen können, entstehen Mindereinnahmen für die Haushalte von Ländern und Gemeinden. welcher Höhe der Bund bereit sein wird, für abzusehende Steuerminderungen in den

Haushalten von Ländern und Gemeinden. Ob und in welcher Höhe der Bund bereit sein wird, diese Steuerausfälle zu kompensieren, steht in den Sternen.

Der blinde Glaube an die finanzielle Fairness des Bundes steht im Widerspruch zu der Resolution zur Schuldenbremse, die auch von Schwarz-Gelb angenommen wurde. Sie verbietet es, finanzielle Verpflichtungen einzugehen, die negative Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben. Dies ist durch die Zustimmung im Bundesrat zur Kernbrennstoffsteuer jedoch geschehen."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 05.12.2010, 00:34 Uhr - 3485 Clicks - Nr. 1179

SPD-Fraktion lehnt Staatsvertrag zum Jugendmedienschutz ab!

Zur anstehenden Beschlussfassung des Landtages über den Jugendmedienschutzstaatsvertrag erklären der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt und der innenpolitische Sprecher Dr. Kai Dolgner:



"Die SPD-Fraktion hat beschlossen, gegen die Verabschiedung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages zu stimmen.

Denn die Anhörung hat unsere Auffassung bestätigt, dass die in diesem Staatsvertrag verankerten Maßnahmen nicht geeignet sind, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Netzinhalten zu schützen. Schon die in dem Entwurf erwähnten technischen Voraussetzungen sind überhaupt nicht vorhanden. Eltern wird suggeriert, es gäbe im Netz Sicherheit für ihre Kinder, doch in der Realität existiert diese Sicherheit nicht. Der Vertrag wird vor allem eine Funktion haben: eine Gelddruckmaschine für Abmahnanwälte.

Wir sind der Meinung, dieser Staatsvertrag sollte schnellstens vom Tisch, weil er die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Stattdessen sollten wir effektive Maßnahmen entwickeln und umsetzen, die ohne Netzsperrungen für eine breit angelegte Medienkompetenz sorgen. Der überraschende Wunsch der FDP, im Fachausschuss diesen Antrag noch nicht zur Abstimmung zu stellen weil bei ihr noch Beratungsbedarf besteht, lässt hoffen, dass sich zumindest beim kleinen Regierungspartner noch etwas bewegt. Wer so lange über dieses Thema nachdenkt, kann eigentlich nur zu einem Ergebnis kommen: Ablehnung!"

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 05.12.2010, 12:31 Uhr - 4715 Clicks - Nr. 1180

Legienstraße 40 erhalten!

Die Legienstraße 40 kämpft zur Zeit um ihr Überleben. Das Gebäude beherbergt die Schaubude und es war mit dem Tamen-T und dem L'Étage seit Jahrzehnten fester Bestandteil der Kieler Szene. Die Kieler Volksbank will das Gebäude abreißen und in ein Wohn- und Geschäftshaus umwandeln. Die SPD setzt sich für den Erhalt ein.



Der baupolitische Sprecher SPD-Fraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen (SPD) und Ratsherr Falk Stadelmann haben in Absprache

mit den Kooperationspartnern von den GRÜNEN und dem SSW in der Sitzung des Bauausschusses vom 2. Dezember 2010 verlangt, dass das Gebäude in der Legienstraße 40 erhalten bleibt.

Die Mittel des Denkmalschutzrechts reichen dafür nicht. Allerdings besteht baurechtlich die Möglichkeit, dass die Ratsversammlung einen Bebauungsplan beschließt, der eine Erhaltungssatzung für das Gebiet vorsieht.

Bis zur Entscheidung über diesen Bebauungsplan (das dauert aufgrund vorgegebener Fristen und Beteiligungsrechte) kann rechtlich eine Veränderungssperre erlassen werden, die den Abriss des Gebäudes und die voreilige Schaffung von Fakten verhindert.

Die Stadtverwaltung, vertreten durch den zuständigen Stadtrat für Stadtentwicklung und Umwelt, Bürgermeister Todeskino (Die GRÜNEN), hat im Bauausschuss mitgeteilt, dass er das Gebäude als erhaltenswert betrachtet und dies auch für die Schaubude gilt. Dies kann so weit gehen, dass die Stadt die Übergabe des Grundstücks verlangen wird - gegen Zahlung eines entsprechenden Kaufpreises. Die weiteren Entwicklungen werden von der SPD-Ratsfraktion konstruktiv und steuernd begleitet.

Dieser Vorgang zeigt, es besteht bereits jetzt eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der SPD-Ratsfraktion und der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit: **Die Kulturbetriebe sollen erhalten bleiben.**

Mehr als 3500 Unterstützerinnen und Unterstützer haben bereits die [Online-Petition](#) gezeichnet. Mehr als 1600 halten sich bei [Facebook](#) auf dem Laufenden. Kommentar von [Ratsherr Falk Stadelmann \(SPD\)](#) vom 12.12.2010, 12:21 Uhr:

RE: Legienstraße 40 erhalten!

Ich freue mich über den großen Rückhalt der Schaubude in Kiel, der sich nicht zuletzt durch die vielen Unterschriften für den Erhalt dieser traditionsreichen Kulturstätte zeigt. Und ich unterstütze Bürgermeister Todeskino in seinen Bemühungen, durch eine baurechtliche Veränderungssperre das Gebäude zu erhalten. Mit diesem Instrument kann die Stadt aktiv handeln.

Kommentar von [Dirk Spee](#) vom 09.12.2010, 11:43 Uhr:

RE: Legienstraße 40 erhalten!

Liebe SPD, was dieser Aktion fehlt ist die Presse. Die KN tut so, als ginge sie das nichts an. Der Artikel vom Samstag war doch beschämend. KN und Volksbank sind geschäftlich eng verbunden und darum kommt da nichts. Verleihen sie der Legienstr.40 eine Stimme. Zu ihnen müsste die KN doch kommen, wenn sie rufen oder?

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 05.12.2010, 15:49 Uhr - 3278 Clicks - Nr. 1181

Jobcenter zukunftsfest aufgestellt

SPD-Kreistagsfraktion

Helga Hohnheit

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

4. 12. 2010

Jobcenter zukunftsfest aufgestellt

In der Kreistagssitzung am 9. 12. 2010 steht die Neuorganisation der bisherigen Arge

auf der Tagesordnung. Mit der Beschlussfassung über die Ausgestaltung der gemeinsamen Einrichtung, die in Zukunft den Namen „ Jobcenter im Kreis Plön „ tragen wird, legt der Kreistag den dauerhaften Grundstein für eine verfassungskonforme und zukunftsfeste Struktur der SGB II-Verwaltung

Damit wird die bisherige vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur und Kreis fortgesetzt.

Das Jobcenter in Plön wird mit seinen Außenstellen in Preetz, Heikendorf und Lütjenburg ab dem 01.01.2011 noch besser als bisher in der Lage sein, über das zentrale Prinzip der Grundsicherung, über die Hilfen aus einer Hand, Langzeitarbeitslose und Jugendliche in Arbeit und Beruf, einzugliedern. Die nun vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung beinhaltet drei wesentliche Forderungen der SPD-Kreistagsfraktion, die für die SPD, neben den gesetzlich festgelegten Vorgaben, von besonderer Bedeutung sind.

1. Die Priorität der Förderung und Vermittlung junger Menschen unter 25 Jahre:

2. Die Einführung eines Niederschweligen Beratungsangebotes, ein sogenanntes Konfliktmanagement

3. Erhalt der Außenstellen des Jobcenters in Preetz, Heikendorf und Lütjenburg

Die SPD-Fraktion hat seit 2005 die Arbeit der Arge stets positiv begleitet. Trotz der großen Herausforderungen, die die Umsetzung der Hartz VI Gesetze mit sich brachte, lagen die Vermittlungsergebnisse der bisherigen Arge im Bundesvergleich immer im vorderen Bereich. Das verdient Anerkennung. Gleichwohl hat sich für die SPD Fraktion gezeigt, dass die Vermittlungsquote von Jugendlichen unter 25 Jahre in Arbeit und Beschäftigung nicht zufrieden stellend war. „In diesem Bereich haben wir zurückliegend einen gewissen Optimierungsbedarf der Arge gesehen“, so die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit. „Deshalb begrüßen wir es außerordentlich, dass die Vermittlung und Förderung junger Menschen nun eine besondere Priorität erhalten soll.“

Mit der festgeschriebenen Zielvorgabe, über eine Vernetzung auch die Kompetenzen anderer lokalen Angebote wie z.B. ASD, Jugendämter, Streetworker usw. mit einzubeziehen, kann die unterstützende Beratungspalette erfolgversprechend

erweitert werden. Ein weiteres Thema, auf das die SPD zurückliegend durch entsprechende Anfragen aufmerksam gemacht hat, war die hohe Zahl der Widerspruchs- und Klageverfahren gegen die Leistungsbescheide. Allein in 2008 waren es 1640 Fälle, die von der Rechtsbehelfsstelle der Arge bearbeitet werden mussten. Dass die Trägerversammlung des neuen Jobcenters nun prüfen will, ob die Einführung eines Niederschweligen Beratungsangebotes im Vorfeld der Widersprüche, zu einer Minimierung der Widerspruchs- und Klageverfahren führen kann, wertet die SPD Fraktion

als Erfolg ihrer Bemühungen. Es wird ab dem 01.01.2011 darauf ankommen, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit die Zielvorgaben für das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm der Grundsicherung im Kreis Plön zu

vereinbaren. Dass dies gleichberechtigt zu geschehen hat, versteht sich von selbst, auch wenn der Gesetzgeber die Stellung der Bundesagentur insgesamt auch bei der neuen Gesetzgebung weiter gestärkt hat. Hier sind die drei Kreisvertreter in der Trägerversammlung des neuen Jobcenter besonders gefordert. „Ich bin mir sicher, dass wir mit der Neuorganisation des Jobcenters im Kreis Plön die Grundsicherung für Arbeitssuchende auf nachhaltige, bürgerfreundliche und leistungsfähige Beine stellen“, erklärt Helga Hohnheit abschließend.

Keine Kommentare

Schulfrieden jetzt! Unterschriftensammlung in Bad Oldesloe

Habersaat: „Nicht jeder Bildungsminister sollte sein Revier durch ein eigenes Schulgesetz markieren!“

Ruhe für die Schulen - mit dieser Forderung ging die CDU in den letzten Landtagswahlkampf. Die Elterninitiative „Schulfrieden jetzt“ erinnert die Regierungsparteien CDU und FDP jetzt an dieses Anliegen. Das Schulgesetz von 2007, beschlossen mit einer großen Landtagsmehrheit, soll sich bewähren und nicht von der aktuellen Übergangskoalition mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit geändert werden



Dafür werden überall im Land Unterschriften gesammelt. Der Kreiselternbeirat der Gemeinschaftsschulen in Stormarn informierte und sammelte jetzt in Bad Oldesloe, unterstützt vom SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat.

„Wir haben viele Jahre Elternarbeit geleistet, um für unsere Schulen eine Teilhabe an modern ausgerichteten Konzepten zu erreichen. Das möchten wir nicht in Frage gestellt wissen“, begründeten Sigrun Dietl und Sven Höper vom Kreiselternbeirat ihr Engagement. Ziel ist ein Schulfrieden bis 2013 - also eine Zeit, in der die Schulen sich ohne Systemänderungen entwickeln können und in der man Stärken und Schwächen des geltenden Gesetzes evaluieren kann. Die Landesregierung hingegen will kurzfristig ermöglichen, in Gemeinschaftsschulen „abschlussbezogene Klassenverbände“ einzurichten, also Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen ab Jahrgang 5, längeres Gemeinsames Lernen soll nicht mehr der Kerngedanke sein. Neue Oberstufen soll es eher nicht geben. An den Gymnasien wurde erst das Abitur nach acht Jahren (G8) eingeführt. Nun sollen Gymnasien zum Abitur nach neun Jahren (G9) zurück können, wenn sie wollen.

Martin Habersaat, heute Landtagsabgeordneter und bis 2009 Gymnasiallehrer: „Das Schulgesetz 2007 war ein ‚großer Wurf‘. Schulträger investierten in neue Strukturen und die Schulen machten sich auf den Weg. Im Schuljahr 2010/11 sollte die Umstellung des Schulsystems abgeschlossen sein. 2010 haben wir es nun aber mit einem FDP-Minister zu tun, der das Rad zurück drehen möchte. Das darf nicht sein.“ Auch das Problem an G8, die Überlastung der Schüler, werde mit dem neuen Gesetz nicht gelöst. „Dafür wird ein neues geschaffen: Für eine Handvoll G9-Klassen wird kein Schulbuchverlag eigene Bücher auflegen.“

Am 8. Dezember will Mitinitiator Stefan Hirt, der auch die Unterschriftensammlung in Bad Oldesloe besuchte, den Zwischenstand der Unterschriftensammlung verkünden. Dann findet im Rahmen einer Sitzung des Bildungsausschusses im Landeshaus eine Anhörung zum Gesetzentwurf statt, der nach aktueller Planung im Januar in zweiter Lesung vom Landtag beschlossen werden soll. Martin Habersaat: „Bereits 2011 oder Anfang 2012 wählen wir wieder. Es sollte nicht der Ehrgeiz des aktuellen Bildungsministers sein, in dieser kurzen Zeit sein

Revier durch ein eigenes Schulgesetz zu markieren.“

Kritik an dem neuen Entwurf des Schulgesetzes kam auch vom Landesrechnungshof. Gemeinschaftsschulen beispielsweise liefen Gefahr, durch den Wegfall des Prinzips des längeren gemeinsamen Lernens ihren „Wesenskern“ zu verlieren. Einer der Ersten, die in Bad Oldesloe die Eltern mit ihrer Unterschrift unterstützten, war der ehemalige Justizminister Klaus Klingner.

Links:

Stellungnahme des Landesrechnungshofs: [hier](#).

Elterninitiative: <http://www.schulfrieden-sh.de/>

Foto: Martin Habersaat, Sven Höper, Dr. Klaus Klingner

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 06.12.2010, 14:51 Uhr - 1787 Clicks - Nr. 1183

Wir fordern Schulfrieden in Schleswig-Holstein

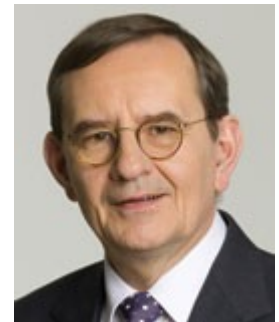
Barsbüttel ist Standort der Erich Kästner Gemeinschaftsschule, der Grundschule Barsbüttel und der Grundschule Willinghusen.

Als verantwortlicher Schulträger hat sich die Gemeinde auch dafür zu interessieren, was mit dem Schulgesetz passiert. So sehen es zumindest die Barsbütteler Sozialdemokraten und haben eine Resolution in die Gemeindevertretung eingebracht, die nun beschlossen wurde. Die einzige Gegenstimme kam von der FDP.

Hermann Hanser, der Fraktionsvorsitzende der SPD Barsbüttel: „Das geltende Schulgesetz aus dem Jahr 2007 konnte sein volle Wirkung noch gar nicht entfalten. Es ist unverantwortlich, jetzt schon wieder eine neue Sau durchs Dorf zu treiben.“

Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, nennt Kritikpunkte am neuen Schulgesetz: „Die Idee des längeren gemeinsamen Lernens wird geschwächt. Künftig sollen Kinder wieder früher und stärker sortiert werden können. Gymnasien, die nach acht und / oder neun Jahren das Abitur anbieten, verkomplizieren das Schulsystem, das bisher das Abitur nach acht Jahren am Gymnasium und nach neun Jahren an der Gemeinschaftsschule vorsah.“

Das Schulgesetz von 2007 wurde mit großer Mehrheit im Landtag beschlossen und sollte im Sinne von Verlässlichkeit und Planbarkeit weiterhin gelten, finden die beiden SPD Politiker. Das müsse umso mehr gelten, als binnen eines Jahres schon wieder Neuwahlen zum Landtag anstehen könnten.



Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 06.12.2010, 14:53 Uhr - 1900 Clicks - Nr. 1184

Stellungnahme der Gemeinde Barsbüttel zum Schulgesetz

Stellungnahme der Gemeindevertretung Barsbüttel zum Schulgesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung:

Im Oktober 2010 hat der schleswig-holsteinische Landtag in erster Lesung einen Schulgesetzentwurf des Bildungsministers Dr. Ekkehard Klug beraten. Die zweite Lesung soll im Januar 2011 erfolgen. Derzeit befindet sich der Gesetzentwurf im Anhörungsverfahren. Dieses

ist der richtige Zeitpunkt für die Gemeinde Barsbüttel als Schulträger dazu Stellung zu nehmen.

Die Stellungnahme ist vom Bürgermeister der Gemeinde Barsbüttel dem Bildungsministerium und den Fraktionen des Landtages zu übersenden.

1. Der Landtag hat im Jahr 2007 eine weitgehende Umgestaltung des schleswig-holsteinischen Schulwesens auf den Weg gebracht. Auf dieser Grundlage haben die Kommunen und Kreise ihre Entscheidungen für die Schulentwicklungsplanung mit langfristigen investiven Folgen getroffen, die nicht kurzfristig korrigiert werden können. Die Gemeinde Barsbüttel hat die Umwandlung der Gesamtschule Barsbüttel zur Erich Kästner Gemeinschafts-schule Barsbüttel konstruktiv begleitet.

2. Wenn der Landtag in der laufenden 17. Legislaturperiode, die durch einen Beschluss des Landesverfassungsgerichts vorzeitig enden wird, erhebliche Teile dieser Reform ändern bzw. rückgängig machen würde, wäre dies die zweite einschneidende Änderung innerhalb von vier Jahren bedeuten. Von „Ruhe an den Schulen“, wie oft gefordert und versprochen, kann dann keine Rede sein. Das geltende Schulgesetz hat bei Lehrerverbänden, Eltern- und Schülervertretungen eine hohe Akzeptanz, diese warnen unisono vor einer erneuten Änderung. Diese macht es Schulträgern zunehmend unmöglich, mit einem verantwortbaren Aufwand an Steuermitteln Investitionen in den Schulen durchzuführen und nachhaltig zu planen.

3. Aus Gründen der Planungssicherheit sollte das Schulwesen in seiner Struktur so einfach und so durchlässig wie nur möglich gestaltet werden. Mittelfristig sollte es daher nur zwei Schulen der Sekundarstufe I geben – Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Dieses Ziel wird unterlaufen, wenn es zwei verschiedene Typen von Gymnasien gibt, in denen das Abitur nach acht oder nach neun Jahren abgelegt wird. Gerade im Hinblick auf die Sicherung des gymnasialen Angebots einschließlich der gymnasialen Oberstufe in der Fläche darf es nicht zu einem Wettbewerb der Gymnasien und der Gemeinschaftsschulen um die leistungsstärksten Schüler kommen. Es sollte daher dabei bleiben, dass das Abitur am Gymnasium nach acht und an den Gemeinschaftsschulen nach neun Jahren abgelegt wird.

4. Wir begrüßen es, dass die Landesregierung beabsichtigt, auch die Gemeinschaftsschule künftig zur örtlich zuständigen Schule zu machen. Gerade deshalb sollte sie beim Grundprinzip des binnendifferenzierenden Unterrichts bleiben und die erfolgreich arbeitenden Gemeinschaftsschulen nicht durch Einführung einer äußeren Differenzierung (nach Schulabschlüssen) zu einer Art Kooperativer Gesamtschule zurückentwickeln.

5. Die ständig wechselnden Entscheidungen über die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten schaffen ebenfalls Planungsunsicherheit und örtliche Konflikte. Die Landesregierung möchte eine Elternbeteiligung von 30% festschreiben. Auch hier sollte es bei der derzeitigen Regelung – keine Elternbeteiligung - bleiben.

Beschlossen auf der Sitzung der Gemeindevertretung am 18. November 2010.

Keine Kommentare

Erdrückt von Anspruch und Wirklichkeit

Seitdem vor wenigen Monaten die Kürzungspläne der schwarz-gelben Landesregierung öffentlich wurden, ebbt die Protestwelle im Land nicht ab. Ganz vorne dabei sind die Kindertagesstätten (Kitas), die seit Jahren unter einer massiven Unterfinanzierung leiden und nun zusätzlich durch die Streichung des erst kürzlich eingeführten beitragsfreien Kita-Jahres belastet werden. Das Land will hierdurch rund 35 Millionen Euro sparen.



Dabei gehört Schleswig-Holstein bereits jetzt zu den bundesweiten Schlusslichtern bei der Finanzierung der frühkindlichen Bildungseinrichtungen. Die Wunschliste der schwarz-gelben Koalition gegenüber den Kitas ist dennoch keineswegs anspruchslos. „Flexiblere Öffnungszeiten, besser ausgebildetes Fachpersonal, Sprachförderung, engere Zusammenarbeit mit den Grundschulen und das bei niedrigen Elternbeiträgen“. Die Forderungen sind zahlreich wie unrealistisch in Anbetracht der finanziellen Ausstattung der Kitas.

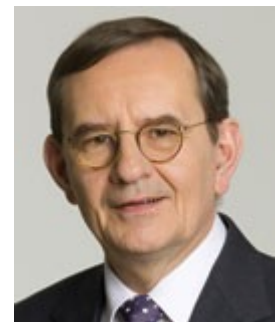
Doch ist die mangelhafte Finanzausstattung der Kitas nicht das einzige Problem. Es deutet sich bereits jetzt ab, dass die Kitas in Schleswig-Holstein bald mit einem massiven Fachkräftemangel zu kämpfen haben werden. Allein für die Betreuung der unter Dreijährigen werden bis 2013 rund 3000 neue Fachkräfte benötigt, damit der in drei Jahren geltende Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz überhaupt personell gewährleistet werden kann. Neben zusätzlichen Ausbildungsmaßnahmen für Kita-Fachkräfte ist vor allem eine von der Politik vorzunehmende Anerkennung des bisher unzureichend unterstützten Bildungsauftrages der Kitas gefordert.

Bessere Bildungsangebote dürfen nicht nur in Sonntagsreden vorkommen, denn: „Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung - keine Bildung“ (Zitat: John. F. Kennedy, ehem. US-Präsident).

Keine Kommentare

Gemeindevertretung Barsbüttel zum Schulgesetz

Barsbüttel ist Standort der Erich Kästner Gemeinschaftsschule, der Grundschule Barsbüttel und der Grundschule Willinghusen. Als verantwortlicher Schulträger hat sich die Gemeinde auch dafür zu interessieren, was mit dem Schulgesetz passiert. So sahen es zumindest die Barsbüttler Sozialdemokraten und haben eine Resolution in die Gemeindevertretung eingebracht, die nun beschlossen wurde. Hermann Hanser, der Fraktionsvorsitzende der SPD Barsbüttel:



„Das geltende Schulgesetz aus dem Jahr 2007 konnte sein volle Wirkung noch gar nicht entfalten. Es ist unverantwortlich, jetzt schon wieder eine neue Sau durchs Dorf zu treiben.“

Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, nennt Kritikpunkte am neuen Schulgesetz: „Die Idee des längeren gemeinsamen Lernens wird geschwächt. Künftig sollen Kinder wieder früher und stärker sortiert werden können. Gymnasien, die nach acht und / oder neun Jahren das Abitur anbieten, verkomplizieren das Schulsystem, das bisher das Abitur nach acht Jahren am Gymnasium und nach neun Jahren an der Gemeinschaftsschule vorsah.“ Das Schulgesetz von 2007 wurde mit großer Mehrheit im Landtag beschlossen und sollte im Sinne von Verlässlichkeit und Planbarkeit weiterhin gelten, finden die beiden SPD Politiker. Das müsse umso mehr gelten, als binnen eines Jahres schon wieder Neuwahlen zum Landtag anstehen könnten. Habersaat: „Nicht jeder Bildungsminister sollte sein Revier durch ein eigenes Schulgesetz markieren wollen.“

Die Stellungnahme wurde mit großer Mehrheit von der Gemeindevertretung Barsbüttel beschlossen. Die einzige Gegenstimme kam von der FDP, zwei Enthaltungen von der Wählergemeinschaft DUB. In der Bürgerfragestunde hatten sich zuvor auch Lehrer der Gemeinschaftsschule für einen entsprechenden Beschluss ausgesprochen.

Der Beschluss im Wortlaut:

Stellungnahme der Gemeindevertretung Barsbüttel zum Schulgesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung:

Im Oktober 2010 hat der schleswig-holsteinische Landtag in erster Lesung einen Schulgesetzentwurf des Bildungsministers Dr. Ekkehard Klug beraten. Die zweite Lesung soll im Januar 2011 erfolgen. Derzeit befindet sich der Gesetzentwurf im Anhörungsverfahren. Dieses ist der richtige Zeitpunkt für die Gemeinde Barsbüttel als Schulträger dazu Stellung zu nehmen.

Die Stellungnahme ist vom Bürgermeister der Gemeinde Barsbüttel dem Bildungsministerium und den Fraktionen des Landtages zu übersenden.

1. Der Landtag hat im Jahr 2007 eine weitgehende Umgestaltung des schleswig-holsteinischen Schulwesens auf den Weg gebracht. Auf dieser Grundlage haben die Kommunen und Kreise ihre Entscheidungen für die Schulentwicklungsplanung mit langfristigen investiven Folgen getroffen, die nicht kurzfristig korrigiert werden können. Die Gemeinde Barsbüttel hat die Umwandlung der Gesamtschule Barsbüttel zur Erich Kästner Gemeinschafts-schule Barsbüttel konstruktiv begleitet.

2. Wenn der Landtag in der laufenden 17. Legislaturperiode, die durch einen Beschluss des Landesverfassungsgerichts vorzeitig enden wird, erhebliche Teile dieser Reform ändern bzw. rückgängig machen würde, wäre dies die zweite einschneidende Änderung innerhalb von vier Jahren bedeuten. Von „Ruhe an den Schulen“, wie oft gefordert und versprochen, kann dann keine Rede sein. Das geltende Schulgesetz hat bei Lehrerverbänden, Eltern- und Schülervertretungen eine hohe Akzeptanz, diese warnen unisono vor einer erneuten Änderung. Diese macht es Schulträgern zunehmend unmöglich, mit einem verantwortbaren Aufwand an Steuermitteln Investitionen in den Schulen durchzuführen und nachhaltig zu planen.

3. Aus Gründen der Planungssicherheit sollte das Schulwesen in seiner Struktur so einfach und so durchlässig wie nur möglich gestaltet werden. Mittelfristig sollte es daher nur zwei Schulen der Sekundarstufe I geben – Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Dieses Ziel wird

unterlaufen, wenn es zwei verschiedene Typen von Gymnasien gibt, in denen das Abitur nach acht oder nach neun Jahren abgelegt wird. Gerade im Hinblick auf die Sicherung des gymnasialen Angebots einschließlich der gymnasialen Oberstufe in der Fläche darf es nicht zu einem Wettbewerb der Gymnasien und der Gemeinschaftsschulen um die leistungsstärksten Schüler kommen. Es sollte daher dabei bleiben, dass das Abitur am Gymnasium nach acht und an den Gemeinschaftsschulen nach neun Jahren abgelegt wird.

4. Wir begrüßen es, dass die Landesregierung beabsichtigt, auch die Gemeinschaftsschule künftig zur örtlich zuständigen Schule zu machen. Gerade deshalb sollte sie beim Grundprinzip des binnendifferenzierenden Unterrichts bleiben und die erfolgreich arbeitenden Gemeinschaftsschulen nicht durch Einführung einer äußeren Differenzierung (nach Schulabschlüssen) zu einer Art Kooperativer Gesamtschule zurückentwickeln.

5. Die ständig wechselnden Entscheidungen über die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten schaffen ebenfalls Planungsunsicherheit und örtliche Konflikte. Die Landesregierung möchte eine Elternbeteiligung von 30% festschreiben. Auch hier sollte es bei der derzeitigen Regelung – keine Elternbeteiligung – bleiben.

Beschlossen auf der Sitzung der Gemeindevertretung am 18. November 2010.

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 07.12.2010, 00:55 Uhr - 1557 Clicks - Nr. 1187

Kurzbericht vom Hauptausschuss am 06. Dezember 2010 - mit Kommentaren

Die heutige Sitzung des Hauptausschusses machte noch einmal deutlich, wie eng der Handlungsrahmen für die Gemeinde ist. Drei wichtige Themen standen zur Diskussion: Die heutige Sitzung des Hauptausschusses machte noch einmal deutlich, wie eng der Handlungsrahmen für die Gemeinde ist. Drei wichtige Themen standen zur Diskussion:

- Stand Biogasanlage
- Finanzausgleich mit dem AZV
- Haushalte 2010 und 2011

Stand Biogasanlage:

Zu Beginn bezog Vorsitzender Gerald Gleue sich auf die aktuelle Kommentierung im Probsteier Herold: Diese bezeichnete er als völlig überzogen. Die Gleichsetzung der Auseinandersetzung um die Biogasanlage mit einem Krieg und einem Kampf um jeden Mann habe überhaupt nicht den Charakter als Krieg im Dorf. Dieser Meinung schlossen sich alle Ausschussmitglieder an. Jürgen Brockmann berichtete in diesem Zusammenhang, von dem Treffen der SPD-Ortsvereine am 23. November im Lutterbeker. Dort war über die aktuelle Entwicklung der Biogasanklagen im Kreis beraten und die SPD-Landtagsabgeordnete beauftragt worden, beim Landrat des Kreises bessere Möglichkeiten einer breiten Bürgerbeteiligung am Genehmigungsverfahren einzufordern.

Der Antrag der SPD auf rechtliche Beratung beim Zuge des Antragsverfahrens wurde bei nur 2 Jastimmen und 5 Neinstimmen abgelehnt. In der Ausschusssitzung, in der über den Antrag beraten werden wird - sofern überhaupt ein Antrag gestellt wird – soll der Bauamtsleiter des Kreises Plön eingeladen werden.

Finanzausgleich mit dem AZV

Bgm. Jens Peters berichtete von der letzten Vorstandssitzung des AZV. Dort ist eine Arbeitsgruppe benannt worden, die für alle Beteiligten eine tragbare Lösung finden soll. Jens Peters ist Mitglied dieser AG. Vor weiteren rechtlichen Schritten der Gemeinde soll das Ergebnis

dieser Arbeitsgruppe abgewartet werden.

Haushaltsituation:

Die Gemeinde pfeift aus dem letzten Loch. Der Nachtragshaushalt 2010 schließt mit einem Defizit in Höhe von 14.800 €, der Haushalt für 2011 sogar mit einem Defizit von 30.700 € ab. In beiden Jahren werden wir die laufenden Kosten der Gemeinde aus eigenen Mitteln nicht decken können. Und das, obwohl die Steuern im vergangenen Jahr auf 310 Punkte erhöht wurden; das brachte uns aber nur 4.100 zusätzliche Einnahmen. Das strukturelle Defizit werden wir aus eigenen Mitteln nicht erwirtschaften bzw. einsparen können. Beide Haushalte wurden der Gemeindevertretung einstimmig zur Annahme empfohlen.

Kommentar von [Rolf Burmeister](#) vom 12.12.2010, 19:00 Uhr:

RE: Kurzbericht vom Hauptausschuss am 06. Dezember 2010 -

Ich kenne den Artikel von Frau Butzke zwar nicht, aber wenn sie als Außenstehende (und dadurch mit dem nötigen Abstand zu Thema) Formulierungen wie Krieg und Frieden benutzt geht das zunächst mal in Ordnung. Das Unverständnis des Hauptausschusses rührt vermutlich daher, dass die ganzen Diskussionen um ein sehr bedeutsames Thema für Lutterbeker Verhältnisse in der Tat human und in einigermaßen geordneten Bahnen abliefen. Das war in der Vergangenheit bei weitaus harmloseren Angelegenheiten nicht immer der Fall. Schleimen statt anecken ist bei uns immer noch die bessere Alternative. Wehe, du widersprichst dem überzogenen Selbstverständnis einer Gruppe oder legst dich mit seiner Leitfigur an: du wirst es zu spüren bekommen. Und das kann unangenehm werden. Zu einem anderen in der Sitzung vom Bürgermeister angesprochenen Thema: Die Anschaffung und das Anbringen von Rauchmeldern im Gemeinschaftshaus. Vier oder fünf Stück sollen es sein. Gesamtkosten 20 Euro. Es gäbe aber auch eine Alternative: Melder, die miteinander kommunizieren können, so der Bürgermeister. Im Klartext: merkt einer, hier stinkt, schreien auch alle anderen. Allerdings wäre das mit erheblichen Mehrkosten verbunden (Lt. Baumarktwerbung ungefähr das Doppelte. Der Verfasser). Aus diesem Grund wolle er lieber die einfachen Melder besorgen. - Nanu. Kein Widerspruch aus der Runde? Vor Jahresfrist galten solche Einsparbeträge doch noch als Pille Palle. Ein Sinneswandel? Ermutigt durch solche Entwicklung von mir ein paar mehr oder weniger bekannte Einsparvorschläge: Der verantwortungsvolle und ehrliche Gemeindevertreter(in) geht mit gutem Beispiel voran: 1. Reduzierung des Sitzungsgeldes von 10 auf 1em Euro. 2. Die Angleichung (nicht Erhöhung!) der DGH – Benutzungsgebühr für örtliche Vereine. Das könnte bei fairer Betrachtungsweise für mehr Gerechtigkeit sorgen und höhere Einnahmen für die Gemeinde bringen. 3. Die Zusammenlegung und zeitliche Streckung der regelmäßigen Ausflugsfahrten (Gemeinde und AWO zusammen wie früher erfolgreich praktiziert) für Bürger der Gemeinde. Das stärkt auch das Zusammengehörigkeitsgefühl. Wir leben auf der nördlichen Erdhalbkugel. Soweit oben, dass wir sogar die Mittsommernächte spüren: Lange Tage, helle Nächte. Darum 4. Völlige Abschaltung der Straßenbeleuchtung zwischen Mitte Mai und Mitte August.

Kommentar von [Gabriele Butzke](#) vom 07.12.2010, 08:29 Uhr:

RE: Kurzbericht zur Sitzung des Hauptausschusses am 06. Deze

Guten Morgen, ich konnte gestern leider nicht bei der Hauptausschusssitzung dabei sein – sonst hätte ich meinen unter dem Eindruck der letzten Gemeindevertreter Sitzung entstandenen Kommentar im „Probsteier Herold“ selbst erläutert. Ein Großteil der Lutterbeker kämpft (ich bleibe mal bei diesem Ausdruck) gegen den Wildwuchs der Biogasanlagen und damit auch gegen eine Vermaischung der Region. Die Probstei sollte dankbar dafür sein, dass sich diese Lutterbeker für alle anderen einsetzen und sogar den Frieden im eigenen Dorf riskieren (auch hier bleibe ich mal beim Bild Krieg/Frieden). Nichts anderes wollte ich mit

meinem Kommentar sagen. Am Tag nach dem Erscheinen des Kommentars hat mich eine alte Probsteierin in den Arm genommen und weinend gesagt: „Unsere schöne Probstei geht kaputt.“ Sie hat den Artikel richtig verstanden. Dass sich alle Mitglieder des Hauptausschusses gegen den „Krieg im Dorf“ ausgesprochen haben, kann ich nur begrüßen. Ich hoffe mit allen Beteiligten darauf, dass Lutterbek gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgeht und eine Lösung findet, mit der alle gut leben können. Viele Grüße Gabriele Butzke

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 07.12.2010, 10:09 Uhr - 9204 Clicks - Nr. 1188

Betreuung und Pflege älterer Menschen sicherstellen

Hans-Peter Stahl - sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion - fordert Sofortmaßnahmen von der Landesregierung

Angesichts des demographischen Wandels wird die Betreuung und Pflege älterer Menschen zu einer gesellschaftspolitischen Aufgaben, die nicht weiter vernachlässigt werden darf. So begründet der sozialpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Hans-Peter Stahl die Resolution seiner Fraktion, die im nächsten Kreistag beschlossen werden soll.

Von der Landesregierung und den Landtagsfraktionen fordert die SPD ein Maßnahmenbündel, um den schon heute sich abzeichnenden Pflegenotstand zu begegnen. In ihrer Resolution fordern die Sozialdemokraten ein „Drei – Säulen – Modell“ in der Altenpflegerausbildung, um die Betreuung und Pflege älterer Menschen zukunftssicher zu machen.

So soll nach dem Vorbild des nach dem Vorbild des Landes Niedersachsen die Landesregierung die Finanzierung des dritten Umschulungsjahres für Pflegefachkräfte zu übernehmen. Bislang wurde das 3. Ausbildungsjahr von der Agentur für Arbeit aus dem Konjunkturpaket II finanziert und läuft jetzt aus.

Die bislang von der Landesregierung landesweit finanzierten 1200 Ausbildungsplätze decken, so Stahl, nicht den Bedarf in der Altenpflege. Seine Fraktion fordert die Aufstockung um weitere 200 Ausbildungsplätze.

Von der Landesregierung erwartet die SPD, dass sie sich für eine vereinfachte und schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen einsetzt. Für Stahl ist es ein Unding, dass vor dem Hintergrund der zum Teil schon heute in den Pflegeheimen bestehenden Personalnot, qualifizierte Arbeitskräfte mit Examen aus anderen Ländern als Taxifahrer ihren Unterhalt bestreiten.

Die Dringlichkeit zu schnellen und durchgreifenden Lösungen belegt Stahl mit der Situation im Kreis Pinneberg. Bereits jetzt gibt es in einigen Heimen des Kreises Wartelisten für die Aufnahme älterer Menschen. Sollte sich der schon jetzt dramatische Fachkräftemangel nicht verbessern, müssten Pflegeheime aufgrund gesetzlicher Vorgaben einen Belegungsstopp verhängen. Tatenlosigkeit –so Stahl- wird dieses Situation weiter verschärfen und verweist auf die Altersentwicklung. Lag die Zahl der über 80-Jährigen im Kreis Pinneberg 2006 noch bei etwa 13 000, wird ihre Zahl 2025 nach Berechnungen der Statistiker auf mehr als 27 000 steigen.

Keine Kommentare

Konsolidierung: Fordern und fördern gehören zusammen!

Zu den Haushaltsvorschlägen der Kieler FDP-Ratsfraktion erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Die FDP-Ratsfraktion hat den Appell von SPD, Grünen und SSW angenommen, den Kieler Stadthaushalt gemeinsam mit den Mehrheitsfraktionen zu verantworten. Wenn ihre Forderung nach gemeinsamer Konsolidierung in einer gemeinsamen Haushaltskommission tatsächlich ernst gemeint ist, wird sie die Konsolidierung durch ihre Zustimmung zum Stadthaushalt 2011 jetzt auch fördern.

Denn Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) und Kämmerer Gert Meyer (CDU) haben mit dem Haushaltsentwurf eingehalten, was die Ratsversammlung ihnen im Frühjahr 2010 zur Haushaltskonsolidierung vor allem aufgetragen hat: die Verringerung des geplanten Defizits von 114 Mio. auf 90 Mio. Euro - tatsächlich konnte das Plandefizit auf 88 Mio. Euro Defizit reduziert werden. Die Änderungsanträge von SPD, Grünen und SSW haben dieses Ergebnis noch einmal um eine halbe Million Euro verbessert.

SPD, Grüne und SSW werden sich vernünftigen und gegenfinanzierten Ergänzungsanträgen der FDP-Fraktion nicht verschließen, wenn diese nicht im inhaltlichen Widerspruch zur Haushaltsvorlage des Oberbürgermeisters und des Kämmerers oder zu den Änderungsanträgen von SPD, GRÜNEN und SSW stehen. Warum z.B. die Streichung des Begrüßungsgeldes für Studierende vernünftig sein soll, durch dessen Auszahlung ja gerade die Ummeldung von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern nach Kiel beschleunigt werden soll, muss die FDP-Ratsfraktion erläutern - schließlich übersteigen die Finanzausgleichszuweisungen des Landes für neue Einwohnerinnen und Einwohner das ausgezahlte Begrüßungsgeld um mehr als das Dreifache (vgl. Geschäftliche Mitteilung des Stadtrates für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten 0919/2006).

SPD, Grüne und SSW setzen weiter auf die Verwirklichung der "Stadt-Regional-Bahn" und unterscheiden sich damit von der FDP, die dieses Projekt ablehnt. Bei einem Gesamthaushalt von annähernd 800 Millionen Euro liegt es bei der FDP zu entscheiden, ob sie die Verantwortung für die gesamte Stadt wegen einer von ihr abgelehnten Einzelmaßnahme von sich werfen darf oder nicht.

Nach wie vor bieten SPD, Grüne und SSW das Gespräch über die Änderungsanträge der FDP-Ratsfraktion an. Im Gegenzug erwarten wir die Zustimmung der FDP-Ratsfraktion zum gesamten Haushalt 2011."

Keine Kommentare

Quotenjagd darf nicht zu mehr Risikobereitschaft im Fernsehen führen

Zur Debatte nach dem Unfall bei der ZDF-Sendung „Wetten, dass“ erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:

"Natürlich lebt die erfolgreiche Sendung „Wetten, dass“ davon, dass die Wetten ein gewisses Risiko beinhalten. Es gibt auch andere Sendungen, die genau von diesem „Nervenkitzel“ leben, wie eben auch jede Zirkusnummer am Hochtrapez oder im Löwenkäfig.

Aber zumindest im Nachhinein kann man zu Recht fragen, ob hier vielleicht doch das Risiko zu groß war, dass etwas passiert. Eine Rolle spielt dabei für mich auch, dass es sich um eine



ausgesprochene Familiensendung handelt, die von vielen Kindern gesehen wird.

Auf gar keinen Fall darf, schon gar nicht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, der Wettbewerb um höhere Einschaltquoten zu mehr Risikobereitschaft führen. Es gibt allerdings auch andere Sendungen, wo ich mir wünsche, dass die Darsteller - egal ob bei Wetten oder bei Castings - besser vor sich selbst geschützt würden. Vielleicht kommt ja jetzt eine Diskussion über eine TV-Ethik in Gange; dann gehört aber auch das Erniedrigen von jungen Menschen z.B. bei TV-Castings mit hinein.

Dass dieser Unfall bei „Wetten, dass“ jetzt passiert ist, ist tragisch. Aber in der Situation selbst haben sich das ZDF und auch Thomas Gottschalk mit dem sofortigen Schwenk weg von dem Verletzten und dem Abbruch der Sendung korrekt verhalten. Ob das auch bei anderen Sendern so gewesen wäre, bleibt Spekulation."

Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 07.12.2010, 17:02 Uhr - 1991 Clicks - Nr. 1191

Anträge der SPD-Fraktion zur Stadtvertretersitzung am 16. Dezember

Die Möllner Stadtvertretung beschäftigt sich in ihrer nächsten Sitzung am 16. Dezember auf Antrag der SPD-Fraktion mit der Beteiligung von Jugendlichen in kommunalpolitische Prozessen und einem Verkehrskonzept für die "Problemzone" Altstadt.



Beteiligung von Jugendbeisitzer/innen in allen Fachausschüssen der Stadt Mölln mit beratender Stimme

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Aus dem Schülerrat des Schulberges – ein Gremium, in dem alle Schülervvertretungen der Schulen des Schulberges vertreten sind, - können zwei Jugendbeisitzer/innen delegiert werden, die mit beratender Stimme an den Fachausschusssitzungen der Stadt Mölln teilnehmen können.

Begründung:

Nach §47f GO muss die Kommune bei Vorhaben und Planungen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.

Die Entsendung von Delegierten aus dem Schülerrat in den Fachausschuss mit beratender Stimme soll bereits vorhandene Beteiligungen von Jugendlichen und Kindern an Projekten nicht ersetzen, sondern sie ergänzen.

Der Schülerrat ist ein geeignetes Gremien für die Jugendbeisitzer/innen, da er von allen Schülern/innen des Schulberges gewählt wird und somit legitimiert ist, den überwiegenden Teil aller Kinder und Jugendlichen in Mölln zu vertreten.

Viele Entscheidungen des Fachausschusses berühren Interessen von Kindern und Jugendlichen, sodass es sehr hilfreich ist, die Jugendlichen im Ausschuss selbst anzuhören. Ziel ist es, die Sichtweise von Jugendlichen in die Beratungen der Fachausschüsse einzubringen; die

Entscheidungsfindung soll wie geregelt stattfinden.

Verkehrsführung in der Möllner Altstadt

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Auf der Grundlage des ISEK wird ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass die Prüfung einer geeigneten Verkehrsführung zum Inhalt hat.

a) Die Zielvorgaben für das Gutachten sollen sein:

1. Der Durchgangsverkehr durch die Altstadt soll unterbunden sein.
2. Die Aufenthaltsqualität in der Altstadt soll für alle Nutzer/innen erheblich verbessert werden.
3. Flächen aus dem derzeitigen Straßenraum der Altstadt sollen für eine andere Nutzung, die dem Aufenthalt dient, gewonnen werden.
4. Anwohnerparkplätze, Taxiverkehr und Lieferverkehr müssen ermöglicht werden, bzw. anfahrbar sein.
5. Der Verkehrslärm muss erheblich reduziert werden. Die Geschwindigkeitsbegrenzung muss eingehalten werden.

b) Geprüft werden sollen folgende Varianten:

1. Eine Einbahnstraßenführung von Nord nach Süd durch die Hauptstraße. Eine Hegeseumfahrung soll durch eine doppelte Einbahnstraßenregelung an der Pinnaubrücke verhindert werden.
2. Durch Setzen von Pollern in der Mitte der Hauptstraße kann von Norden und Süden in die Hauptstraße hineingefahren werden, aber der Durchgangsverkehr wird unterbunden. Das Abfließen des Verkehrs erfolgt über die seitlichen Nebenstraßen.
3. Die Hauptstraße wird zur Shared-Space-Zone.
4. Die Hauptstraße wird zur Fußgängerzone.

c) Die Finanzierung erfolgt über die Maßnahme „Mobilitätskonzept“, Haushaltsplan 2010, 1. Nachtrag, Produktsachkonto 51100/5431071 mit 30.000,- Euro, da die Zielsetzung und die Schwerpunktsetzung identisch sind (vgl. Beratungen Bauausschuss vom 11.11.10).

Begründung: erfolgt mündlich.

Keine Kommentare

[Jusos Neumünster](#) - veröffentlicht am 07.12.2010, 19:48 Uhr - 7173 Clicks - Nr. 1192

Nachtrag: Volkstrauertag 14.11.2010

Am 14. 11. 2010 hielt Christian Richter vom Vorstandskollektiv der JUSOS-Neumünster die Rede zum Volkstrauertag. Danach folgte die traditionelle Kranzniederlegung. Hier ist der vollständige Text der Rede:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
wir haben uns hier und heute versammelt, um den Opfern des Nationalsozialismus und den beiden Weltkriegen zu gedenken.



Allen denen Gewalt durch Krieg, Terror, Rassenhass, Wahnsinn aber auch durch politisches Kalkül angetan wurde. Der Volkstrauertag wurde vor 88 Jahren als Gedenktag in der Weimarer Republik eingeführt.

Damals standen den Menschen die Schrecken des ersten Weltkrieges noch allzu deutlich vor Augen. Heimkehrende Kriegsversehrte und unzählige zu beklagende Opfer machten die Gräueltaten des Ersten Weltkrieges im Alltag präsent.

Dennoch kam es nur knapp zwei Jahrzehnte später zum wohl grausamsten und unmenschlichsten Krieg der neueren Geschichte. Motiviert durch eine kranke und wahnsinnige Ideologie plante und führte das nationalsozialistische Regime das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte aus.

Vieles von dem erscheint uns heute sehr weit weg, und die meisten Menschen haben heutzutage keinen direkten Bezug mehr zu diesen beiden großen Übeln unserer Geschichte. Gerade deshalb ist dieser Gedenktag so wertvoll.

Wir leben in einer Zeit, in der die Opfer von planmäßiger menschlicher Gewalt zwar täglich vor unserem Auge sichtbar sind - sei es in Fernsehberichten oder in den Nachrichten der Zeitungen - aber unseren direkten Alltag berühren sie in den seltensten Fällen. Die wenigsten Menschen sind persönlich von den heutigen Konflikten betroffen, die meisten haben keinen Angehörigen, der in Afghanistan gefallen ist, oder sind vor Ort und erleben die Grausamkeiten heutiger moderner Kriege, so genannter „Konflikte mit niedriger Intensität“. Soldaten entscheiden heutzutage 1000de Kilometer weit entfernt von den Konfliktherden über Leben und Tod, so genannte Drohnen können per Knopfdruck ferngesteuert töten. All das Leid wird immer fiktiver, auf eine unpersönliche Ebene gehoben, auf der es keinem mehr möglich ist die entsetzlichen Folgen seiner Handlung selbst zu sehen und sich dadurch gezwungenermaßen selbst zu hinterfragen. Wir sollten dennoch nicht vergessen, dass alle diese Opfer MENSCHEN sind.

Ob es sich um den Afghanistankrieg, den Irakkrieg oder um ethnisch motivierte Konflikte in Afrika, wie in Sierra Leone, dem Kongo oder dem Sudan handelt. Immer sind die Opfer MENSCHEN.

MENSCHEN wie sie oder ich, mit Hoffnungen für die Zukunft, mit Liebsten, die Zuhause auf eine Rückkehr warten, mit Träumen, Sehnsüchten und der Angst vor der eigenen Vergänglichkeit. Diese MENSCHEN haben und hatten es nicht verdient, Opfer von Gewalt zu werden.

Etwa 56 MILLIONEN MENSCHEN kamen im Verlauf des 2ten Weltkrieges ums Leben.

Etwa 17 MILLIONEN sind im ersten Weltkrieg gestorben.

1,7 MILLIONEN MENSCHEN ließen ihr Leben im Sudan.

350.000 Starben im Verlauf des Golfkrieges 1991.

44 deutsche Soldaten ließen bisher im Afghanistankonflikt ihr Leben.

Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Und sie beweist einmal mehr die scheinbare Unfähigkeit der Menschheit, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Nun stehen wir hier am Volkstrauertag alle versammelt, um all denen zu gedenken, die Opfer von Gewalt durch andere Menschen geworden sind. Es ist gut, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, uns zu besinnen und gemeinsam zumindest zu versuchen, dieser schier unvorstellbar großen Zahl an Gewaltopfern zu gedenken. Aber lassen wir es nicht zu, dass uns das Leid, welches Menschen anderen Menschen zufügen, nur an Gedenktagen präsent ist; versuchen wir, uns immer unserer Verantwortung anderen Menschen gegenüber gewahr zu sein.

Abschließend möchte ich aus einem Brief eines Soldaten im zweiten Weltkrieg vorlesen.

9. März 1942

„Die Bilder gefallener Kameraden ziehen vor meinem Auge vorüber mit den furchtbaren Wunden. Vom grauen Mantel zugedeckt, in der Kälte frühzeitig erstarrt, stumm und leblos liegen sie da, mit den vom Frost zerfallenen Gesichtern und lichtlosen Augen. Selten konnte sich das Lächeln der Erlösung noch um die Mundwinkel legen; ein erbarmungsloser, harter Tod. Nach manchen Kampftagen lagen lange Reihen nebeneinander. Jede Stunde war erfüllt vom Zwilicht des Todes. Vergessen wir nie die Gesichter dieser Toten und Lebendigen. Was wir hier sehen, ist das Antlitz des Krieges, und vielleicht der letzte, unerreichbare Ausdruck unserer Zeit.“

Der Verfasser des Briefs verstarb 19 Tage nachdem er dies geschrieben hatte selbst.

Lassen sie uns einen Augenblick im stillen Gedenken verweilen.

-PAUSE-

Ich danke ihnen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 07.12.2010, 21:21 Uhr - 4453 Clicks - Nr. 1193

Medizin als Motor für den HanseBelt

Um Medizin, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft als Impulsgeber für die Wirtschafts- und Wissenschaftsregion HanseBelt ging es bei einem Kongress in den Lübecker Mediendocks. Prof. Heinz Lohmann referierte über Megatrends der Gesundheitswirtschaft, verschiedene Experten diskutierten über Chancen und Perspektiven der Medizinwirtschaft in Lübeck und Umgebung. Mit dabei waren auch der die SPD-Landtagsabgeordnete Hans Müller (Lübeck) und Martin Habersaat (Barsbüttel).



Wirtschaft, Wissenschaft und Politik haben sich vorgenommen, gemeinsam an der starken Zukunft des Standortes und der Region zu arbeiten. Dabei ist die Gesundheitswirtschaft ein zentrales Geschäftsfeld. Ein wichtiges Bekenntnis, nachdem die Landesregierung die Existenz der Universität Lübeck im vergangenen Jahr noch infrage gestellt hatte. Bernd Saxe, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, forderte einen Schlusstrich unter solche Gedanken und richtete den Blick nach vorne.

Prof. Heinz Lohmann gehört zu denen, die den Begriff „Gesundheitswirtschaft“ prägten. Er machte deutlich, wie groß die Zahl der Beschäftigten schon heute und wie wichtig Innovation in diesem Bereich ist. Auf der Seite der Patienten seien zwei Trends erkennbar: Zum Einen steigt die Bereitschaft, Geld für Gesundheit auszugeben, sei es bei Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) beim Arzt oder für spezielle Versicherungen, etwa für Brillen

oder Zahnersatz. Bei den Krankenkassen erwartet Lohmann in den kommenden Jahren eine Entwicklung zu weniger Krankenkassen, die sich unterschiedlich profilieren werden. Bei Produkten und Dienstleistungen werden Netzwerke an Bedeutung gewinnen, wie von Hamburg und Schleswig-Holstein bei der NORGENTA begonnen. Künftig werde es, ähnlich den bekannten Reiseanbietern, eine Markenmedizin geben, die unterschiedliche Leistungen bei verschiedenen Anbietern kaufe. Lohmann: „Künftig werden sich Krankenhäuser kein Röntgengerät mehr kaufen, sondern die benötigten Bilder oder gleich den Befund.“

Martin Habersaat: „Die Lübecker Hochschulen sind innovativ, leistungsfähig und wichtig für die ganze Region. Die Gesundheitswirtschaft ist so auch für Stormarn ein bedeutender Faktor.“ 23.000 Mitarbeiter sind in der Region in diesem Bereich tätig und erzielen einen Jahresumsatz von 4 Milliarden Euro. Durch den demographischen Wandel sei weiteres Wachstum in diesem Bereich garantiert. Und: Gesundheitsleistungen könnten nicht so einfach ins Ausland verlagert werden. Hans Müller: „Wir erwarten gespannt, wie die Stärken der Hansestadt Lübeck im ‚Konzept Hochschulmedizin 2020‘ der Landesregierung aufgegriffen werden.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 07.12.2010, 22:27 Uhr - 3977 Clicks - Nr. 1194

Europatour

Bargteheide – Die Bargteheider SPD hat Neuland betreten und erstmals zu einer Bus-Reise eingeladen. Die Sozialdemokraten charterten zwei Busse für eine viertägige Fahrt nach Belgien. Neben Stadtbesichtigungen stand auch ein Besuch des EU-Abgeordnetenhauses und Gespräche mit Mitarbeitern der Parlamentarier auf dem Reiseprogramm. 98 Mitreisende besteigen den Bus in Bargteheide. Es sind viele SPD-Anhänger dabei, aber auch Interessierte aus den Kreisen.



„Ich bin durch ein Stellschild darauf aufmerksam geworden“, sagt eine Teilnehmerin aus dem Kreis Bad Segeberg. Andere haben in der Arbeitsgruppe „60-plus“ der SPD von der Fahrt erfahren. „Über die Internetseite der Landes-SPD habe ich davon erfahren“, sagt Gerd Günther, Kommunalpolitiker in Schmalfeld bei Kaltenkirchen. Die Teilnehmer kommen aus 25 Städten und Gemeinden im Land, drei Viertel sind über 60 Jahre alt.

Reinhold Bilz vom Bargteheider Ortsverein hatte die Reise vorbereitet. „Wir wollten den Bürgern die Europäische Union näherbringen und die verbreitete Verdrossenheit dagegen abbauen“, sagt er. Etwa 80 Prozent gehören der SPD an, viele sind Kommunalpolitisch aktiv, auch ein Bürgermeister fährt mit. Reiseführer sind Susanne Danhier, die Vorsitzende der Bargteheider SPD und stellvertretende Kreis-vorsitzende sowie Andreas Bäuerle, Stadtvertreter und Vorsitzender des Europaver eins.

Der Bus fährt nach Brüssel, einem der Hauptsitze der Europäischen Union. Sind dort die Bürokraten, die sich vor allem mit der Normung von Gurken beschäftigen? „Nein, diese Norm wurde längst wieder aufgehoben“, sagt Bodo Lehmann, persönlicher Referent von Energie-Kommissar Günter Oettinger im Frühstücksraum des Hotels. Die Politiker und ihre Mitarbeiter

arbeiteten hart an wichtigeren Fragen. „Von 8 bis 23 Uhr ist mein Chef eingespannt“, sagt Lehmann. Gerade sei die Richtlinie über die Entsorgung nuklearer Abfälle erarbeitet worden. In Vorbereitung sei ein Thementag über die künftige Energieversorgung mit Schwerpunkt auf den erneuerbaren Energien. „Deren Anteil soll in den kommenden zehn Jahren auf 20 Prozent ausgebaut werden“, sagt Lehmann.

Lehmann kommt verspätet ins Hotel der Reisegruppe, die Organisatoren sind schon beunruhigt darüber. Zweimal ruft Oettinger seinen Referenten während des Vortrags auf dem Handy an. Ob sich Oettinger gegen ein atomares Endlager in Baden-Württemberg ausgesprochen habe, will ein Mitreisender wissen. „Beim nächsten Anruf kann ich ihn selbst fragen“, scherzt Lehmann. Schon nach einer Stunde entschwindet er wieder. „Länger kann ich wirklich nicht bleiben“, sagt er noch und nimmt eine Flasche Sekt von Susanne Danhier entgegen, der und Ortsvorsitzende in Bargteheide. Eigentlich hatte Oettinger selbst zugesagt, dann wurde als Ersatz ein Treffen mit Hick angekündigt.

Höhepunkt für viele der politisch Interessierten ist die Begegnung mit Jo Leinen (SPD), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen und Fischerei. „Klimaschutz wird das Topthema im 21. Jahrhundert“, sagt er, „noch in diesem Jahrzehnt wird sich entscheiden, ob wir die Probleme packen.“ Nach der Pleite von Kopenhagen hofft er auf die nächste Runde der Klimakonferenz, die im kommenden Dezember in Mexiko geplant wird.

Auch beim Elektroschrott strebt die EU eine umweltfreundlichere Lösung an. „Hersteller sollen ihre Produkte wieder zurücknehmen“, sagt Leinen. Bisher werde ein Großteil des europäischen Schrotts in Westafrika unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen zerlegt. Die EU strebe eine Rücknahme-Quote von 85 Prozent an. Bereits ab 2014 soll eine entsprechende Verordnung gelten.

Bei der Stadtführung in Brügge wird auch der Konflikt zwischen Flamen und Wallonen deutlich, den zwei Bevölkerungsgruppen Belgiens. Seit sechs Monaten hat das Land nur eine geschäftsführende Regierung, eine Neubildung ist bisher misslungen. „Wir sind sechs Millionen, Wallonien hat nur vier Millionen Einwohner“, sagt der flämische Reiseführer. Die Flamen alimentierten den Französisch sprechenden Süden mit zwölf Milliarden Euro pro Jahr: „Das geht jetzt nicht mehr“, findet der Stadtführer. Er betont die Verwandtschaft von deutscher und flämischer Kultur sowie der Sprache. Über die Franzosen weiß er viel Schlechtes zu berichten. „Die Revolutionstruppen haben Brügge 1799 verwüstet“, sagt er.

Im Bus herrscht gelöste Stimmung während der Rückfahrt. „Alle sind zufrieden, trotz der Pannen“, sagt Susanne Danhier. Der Aufzug im Hotel hatte die letzten beiden Tage gestreikt. sagt Gudrun Wramp. Ehemals Leitende Verwaltungsbeamtin im Amt Bargteheide-Land. Sie ist jetzt im Ruhestand, doch weiterhin politisch interessiert. „Ich bin kein SPD-Mitglied“, betont sie, „doch es hat mir gefallen. Die Reise war gut und nicht parteipolitisch geprägt, ich habe von allen Seiten etwas erfahren“, sagt sie. Dietmar Bittner, Gemeindevertreter in Henstedt-Ulzburg, hätte gern noch mehr Politisches erfahren: „20 Stunden Busfahrt für zwei Stunden EU sind etwas wenig.“

„Wir haben bewiesen, dass wir Roten das auch organisieren können“, sagt Susanne Danhier während der Rückfahrt. Zu Beginn kommenden Jahres möchte der Bargteheider Ortsverein einen „Belgien-Abend“ veranstalten, mit belgischem Bier, Nationalgerichten und natürlich den Fotos von der Reise. Alle Mitreisenden werden dazu eingeladen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 08.12.2010, 10:25 Uhr - 3617 Clicks - Nr. 1195

SPD stärkt den Landesteil Schleswig

„Die SPD-Landtagsfraktion zeigt mit ihren Beschlüssen zum Doppelhaushalt 2011/2012, wie der Landesteil Schleswig gestärkt werden kann“, erklären die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Birte Pauls (Schleswig) und Lothar Hay (Flensburg):

„Damit setzen wir ein Gegengewicht zu den Vorschlägen der CDU-FDP-Regierung, die den Norden überproportional stark belasten und neben der sozialen Verantwortung auch eine regionale Ausgewogenheit vermissen lassen.

Die geplanten Kürzungen für die Schulen der dänischen Minderheit lehnen wir ab, im Landtag wird die SPD beantragen, dass die Förderung auf der Grundlage von 100% der öffentlichen Schülerkostensätze erfolgt. Die SPD bekennt sich damit zur Gleichstellung der Minderheit.

Auch die von Schwarz-Gelb vorgesehene Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten lehnen wir ab, denn dies belastet besonders Familien in einem Flächenkreis wie Schleswig-Flensburg. Wir wollen unge Familien entlasten und deshalb auch die Beitragsfreiheit für das 3. Kindergartenjahr wieder einführen.

Die SPD möchte die Zukunft des Landestheaters sichern und schlägt vor, dass die Theaterfinanzierung 2011 und 2012 aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) um jeweils 2% steigt.

Wir wollen Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser und Mädchentreffs wie die Schleswiger „Zimticken“ erhalten und ihnen Planungssicherheit geben, statt ihre Existenz zu gefährden.“

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 08.12.2010, 17:40 Uhr - 4558 Clicks - Nr. 1196

Pflegeberufe brauchen bessere Rahmenbedingungen!

Zur Verleihung des Altenpflege-Preises erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:



Ich gratuliere den Preisträgern ganz herzlich! Aber auch allen anderen, die ihre Projekte für den diesjährigen Altenpflegepreis eingereicht haben, spreche ich meine Anerkennung aus. Denn sie alle leisten wichtige, großartige Arbeit!

Neben dem stressigen Alltag in der Pflege haben die Preisträger und die Träger der anderen eingereichten Projekte es geschafft, sich mit Themen zu beschäftigen, die die Pflege in einem wirklich positiven Licht zeigen. Diese Darstellung attraktiver Projekte kann auch dazu beitragen, für den Pflegeberuf positive Werbung zu machen, weil sie mit den Vorurteilen aufräumt, die junge Menschen von der Pflege Abstand nehmen lassen.

Aber wir brauchen nicht nur gute Projekte, sondern wir müssen unbedingt die Rahmenbedingungen ändern – bessere Bezahlung, attraktive Arbeitszeitmodelle und mehr Zeit, um den Anspruch an eine humane Pflege umzusetzen, sowie ein Ausbau der Ausbildungskapazitäten sind nötig, um dem Fachkräftemangel schnell entgegen zu wirken. Das

ist eine der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen und fraktionsübergreifenden Aufgabe der nächsten Zeit.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.12.2010, 18:16 Uhr - 3295 Clicks - Nr. 1197

Soll ehrenamtliches Engagement abkassiert werden?

8. 12. 2010

SPD-Kreistagsfraktion:

Soll ehrenamtliches Engagement abkassiert werden?

Mit Verwunderung und Unverständnis nimmt die SPD-Kreistagsfraktion die Vorgehensweise der Kreisverwaltung in Zusammenhang mit den gestellten Fragen zum Notarztstandort Lütjenburg in der Einwohnerfragestunde des Sozialausschusses zu Kenntnis.

Wie so oft, gibt es im Nachgang von Ausschusssitzungen, nicht selten unterschiedliche Auffassungen von deren Abläufen. Richtig ist, dass der Sozialausschuss von sich aus eine Einwohnerfragestunde auf die Tagesordnung genommen hat, um den Bürgern aus der Region Lütjenburg die Gelegenheit zu geben, ihre Fragen zu der Auswertung der Saisonzahlen 2010 stellen zu können. Das war eine gute Entscheidung, denn über diese Fragestellungen wurde neben vielen offenen und relevanten Fragen auch offensichtlich, dass der Verwaltung bei der Auflistung ein nicht ganz unwesentlicher Rechenfehler unterlaufen ist. Da verständlicherweise nicht alle Fragen von der Verwaltung sofort beantwortet werden konnten, bat der Ausschussvorsitzende Norbert Maroses, die Fragen schriftlich an die Verwaltung zu richten. Im Protokoll der Sitzung ist nachzulesen, dass die Verwaltung gebeten wird, diese Fragen schriftlich zu beantworten und den Mitgliedern eine Durchschrift der Antworten zu kommen zu lassen.

Das war die Forderung der SPD-Mitglieder, denn nur nach Vorlage dieser Antworten kann eine abschließende Bewertung der Saisonzahlen 2010 des Notarztstandortes Lütjenburg erfolgen. Die Ausschussmitglieder stimmten zu und haben den entsprechenden Teilbeschluss verfasst. „Damit ist der Fragenkatalog Bestandteil der nächsten Ausschussberatung und deckungsgleich mit dem Nachfragebedarf der Abgeordneten. Deshalb ist aus meiner Sicht die Anwendung des Gesetzes zur Regelung des Zuganges zu Informationen (IFG) nicht gegeben“, erklärt die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

„Die Kreisverwaltung ist nicht gut beraten, in dieser Art und Weise mit dem berechtigten Anliegen des Aktionsbündnisses zu verfahren. Sollte die Verwaltung nach Studiums ihres eigenen Protokolls dieser Sitzung vom 03.11.2010 nicht von ihrer Auffassung abweichen, wird die SPD-Fraktion diesen Fragenkatalog übernehmen und um die Beantwortung der Fragen bitten. Erst durch das intensive Hinterfragen des Aktionsbündnisses zum Erhalt des Notarztstandortes Lütjenburg sind viele zusätzliche Bereiche beleuchtet worden, die für eine abschließende Festlegung von hoher Bedeutung sind. Diesem bürgerschaftlichem Engagement dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden, das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis,“ so Helga Hohn

Keine Kommentare

Abwarten, was im Weihnachtspaket drin steckt!

Zu Meldungen über ein neues Gastschulabkommen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Die SPD-Landtagsfraktion hofft, dass das heutige Verhandlungsergebnis tatsächlich so günstig für Schleswig-Holstein ist, wie es die ersten Meldungen hergeben.

Wenn die künftige finanzielle Grundlage für Schleswig-Holstein tatsächlich nur eine Mehrbelastung von 3,15 Mio. € im Jahr 2011 und dann jeweils 200.000 € zusätzlich in jedem folgenden Jahr bedeutet, dann wäre das ein Erfolg, zu dem wir dem Minister gratulieren. Aber wir sagen ebenso: Das wurde auch Zeit!

Allerdings liegen uns bisher noch keine näheren Details vor. Wir müssen daher sehr genau prüfen, ob dieses Weihnachtspaket nicht noch unangenehme Überraschungen beinhaltet zu Lasten der schleswig-holsteinischen Kinder und Jugendlichen, die Schulen in Hamburg besuchen oder besuchen wollen.

Eine Öffnung der Grenzen, wie sie von den Menschen im Hamburger Rand gewünscht wird, scheint es nicht zu geben; freie Schulwahl sieht anders aus. Die Kuh ist noch nicht ganz vom Eis; deshalb werden wir uns auch in den nächsten fünf Jahren um sie kümmern.

Nachtrag:

Inzwischen zeigt sich, dass z.B. die Eltern von Privatschülern wohl draufzahlen müssen und der Besuch eines Gymnasiums in Bergedorf von Reinbek aus nicht gewünscht ist. Es bleibt abzuwarten, wie das in der Praxis umgesetzt wird. Ein ausführlicher Bericht folgt später.

Keine Kommentare

Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2011

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Es liegt ein ereignisreiches Jahr hinter uns. Beim Blick auf das Jahr 2010 fällt auf, dass wir uns streiten können wie die Kesselflicker – manchmal frage ich mich sogar, ob das Ausmaß der Diskussionen dem Thema noch gerecht wird. Aber das ist eine andere Angelegenheit.

Es fällt aber doch auch auf, dass (fast) die gesamte Ratsversammlung zusammensteht, wenn es drauf ankommt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Direkten Demokratie, der Linken, der FDP und der CDU: Ich bedanke mich bei Ihnen nicht nur für den politischen Streit, den wir miteinander ausfechten. Ich bedanke mich in besonderer Weise bei Ihnen dafür, dass wir es gemeinsam geschafft haben zu erkennen, an welchen Stellen sich das „Sprechen mit

einer Stimme“ für unsere Heimatstadt, für unser Kiel auszahlt.

Dazu zwei Beispiele:

1. Die Kieler Ratsversammlung hat nach einigen Umwegen die Zusammenarbeit mit der MVV Energie AG gefunden – die Landeshauptstadt Kiel hält aktuell nur noch 49 Prozent an den Kieler Stadtwerken. Mittlerweile besteht diese Zusammenarbeit seit über sechs Jahren. Gemeinsam mit dem Mannheimer Partner ist es gelungen, die Marktfähigkeit der Stadtwerke Kiel besser zu optimieren, als es uns allein gelungen wäre. Doch dann kam das Strategiekonzept „MVV 2020“ und – sozusagen in dessen Windschatten – das Umsetzungskonzept „Einmal gemeinsam“. Da schrillten die Alarmglocken. Plötzlich hatten wir nicht mehr das Gefühl, dass es um Zusammenarbeit auf Augenhöhe geht. Vielmehr gab es offenbar Zentralisierungsbestrebungen; wichtige Steuerungsfunktionen sollten nach Mannheim verlegt werden; die Stadtwerke Kiel drohten zu einer Außenstelle von Mannheim zu werden; die Regionalität schien gefährdet zu sein. Es sollte wohl nur noch „Einmal gemeinsam“ und danach alles nach der Mannheimer Pfeife gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich sage Ihnen: das entschlossene und geschlossene Vorgehen der Kieler Ratsversammlung hat in Mannheim Eindruck gemacht und immer wieder für Bewegung gesorgt. Erst nach unserer ersten Intervention in der Ratssitzung, mit der wir den Erhalt der Eigenständigkeit der Stadtwerke Kiel gefordert haben und uns gegen eine einseitige Verlagerung von Aufgaben und Arbeitsplätzen nach Mannheim gewandt haben, ist bei der MVV Dialogbereitschaft zu erkennen gewesen. Und es war wiederum die Ratsversammlung, die in ihrer Septembersitzung zunächst mit dem Warnschuss, das Projekt komplett von der Tagesordnung der Aufsichtsratssitzung zu nehmen, und dem dann verabschiedeten Fünf-Punkte-Papier die inhaltlichen Eckpfeiler eingezogen hat. Die letzten Punkte haben wir erst wieder im Vorfeld der November-Ratsversammlung hinbekommen und können jetzt sagen: Wir haben uns in allen strittigen Punkten durchgesetzt. Wir haben die Entscheidungen einstimmig getragen und wir haben unser gemeinsames Vorgehen auch transparent gemacht. Nur durch dieses konzertierte Vorgehen sind wir so erfolgreich gewesen. Dafür nochmals vielen Dank.

Mein besonderer Dank gilt aber an dieser Stelle auch den stillen politischen Helfern im Hintergrund in unseren Geschäftsstellen. Wir wissen zu schätzen, was Sie für unsere Arbeit hier in der Ratsversammlung alles vorbereiten und welche Wege Sie ebnen. Vielen Dank!

2. In der März-Sitzung der Ratsversammlung habe ich an genau dieser Stelle einen sehr bewegenden Moment erlebt. Wir haben gemeinsam eine Resolution verabschiedet, mit der wir unsere Solidarität mit dem Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 27. März in Lübeck zum Ausdruck gebracht haben.

Hier zu stehen und zu spüren, von links bis rechts, von der Direkten Demokratie und der Linken, über SPD, Grüne und SSW bis zu FDP und CDU getragen zu werden, war für mich überwältigend und muss unserer Gesellschaft genug Kraft und Zusammenhalt geben, damit wir auch zukünftig nicht Gefahr laufen, dem unsäglichen Geschwätz von der Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ in einem neuen „Deutschen Reich“ zu erliegen. Ich danke Ihnen allen für diese Geschlossenheit.

Mögen wir uns in der Bewertung im Umgang mit Neonazis auch im Detail unterscheiden, so

sind wir uns doch im Kern einig: Wir geben im Kampf gegen braunes Gedankengut keinen Zentimeter preis!

Wir sind uns einig: Wir stellen uns in demokratischer Einigkeit gegen jede Form von Extremismus, der auf die Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzielt.

Wir stehen für ein friedliches, demokratisches und solidarisches Schleswig-Holstein.

Der beste Weg, mit der sich unsere Gesellschaft schützen kann, ist Bildung. Schützen vor rechtsextremem Gedankengut; Schützen aber auch vor Perspektivlosigkeit. Nur durch Bildung schaffen wir mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel zum sozialen Aufstieg.

Und obwohl das so ist, ist der Bildungsbereich die größte Baustelle – auch in Kiel. Ich kann aber – nicht ganz ohne Stolz – hinzufügen, dass es in Kiel nicht nur negativ zu verstehen ist, wenn ich von einer Baustelle spreche. Im Gegenteil: Mit dem Haushalt 2011 beschließen wir ein weiteres gutes Jahr für die Bildung. Das ist auch bitter nötig:

- In den beruflichen Schulen haben wir den Schülerinnen und Schülern bisher zugemutet, unter teilweise katastrophalen Umständen mit zugengelbten Fenstern und Schimmel an den Wänden zu lernen. Das ist eine Schande. Deshalb haben wir bereits 2009 mit der Gründung der Regionalen Berufsbildungszentren ein gewaltiges Neubau- und Sanierungsprogramm mit einem Volumen von insgesamt über 100 Millionen Euro aufgelegt. In 2011 sind 4,3 Millionen Euro städtische Mittel eingeplant.
- „Vorrang für Bildung“ bedeutet für uns auch Investitionen im Schul- und Kindertagesstättenbereich in Höhe von fast 10 Millionen Euro. Davon sind 1,3 Millionen Euro für den Umbau und das Inventar von Fach- und Klassenräumen für die Profiloberstufe, 2 Millionen Euro für den Umbau der Friedrich-Junge-Schule im Stadtteil Schreventeich, weitere 1,5 Millionen Euro für einen Ersatzbau für die städtische Kindertageseinrichtung im Stadtteil Russee und 0,9 Millionen Euro für die städtische Kindertageseinrichtung Schützpark im Stadtteil Südfriedhof sowie insgesamt 1,6 Millionen Euro an Investitionszuwendungen für die freien Träger von Kindertagesstätten vorgesehen.
- Im Rahmen des Konjunkturpaketes II haben wir insgesamt – also inklusive des städtischen Eigenanteils – über 16 Millionen Euro in die Bildungsinfrastruktur gesteckt. Über 30 teilweise umfangreiche Baumaßnahmen werden umgesetzt.
- Wir werden in 2011 einen Nettoaufwand von 53,5 Millionen Euro im Bereich der Kindertagesstätten und von 55,7 Millionen Euro im Bereich der Schulen haben. Über 100 Millionen Euro insgesamt. Das ist eine Steigerung von über 8 Millionen Euro.
- Insgesamt steigern wir den Ansatz bei der Kindertagsbetreuung von 62 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 70 Millionen Euro im Jahr 2011. Damit werden wir dann 2013 eine Versorgungsquote bei Kindern unter drei Jahren von 35 % erreichen, bei Elementarkindern von 97 % und bei Grundschulkindern von 50 %. Damit ist für uns das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Wir wollen die Versorgungsquote insbesondere bei Kindern unter 3 Jahren noch weiter steigern
- Die Schulsozialarbeit wird weiter ausgebaut. In 2011 kommen zunächst zwei weitere Stellen hinzu, weitere sollen folgen.

Einen starken Bildungsaspekt hat auch das neue Sport- und Freizeitbad, das in 2011 mit vier Millionen Euro zu Buche schlägt. Denn die aktuelle Schwimmfläche in Kiel reicht nicht einmal aus, um flächendeckend Schwimmunterricht an den Kieler Schulen anbieten zu können. Eine

Renovierung von Lessinghalle und Schwimmhalle Gaarden würde in etwa gleichviel kosten wie ein Neubau. Das Problem der zu geringen Schwimmfläche wäre damit nicht gelöst. Mit dem interfraktionell getragenen Neubau werden wir das jetzt hinbekommen. In diesem Zusammenhang: Wir gratulieren den drei Architekturbüros zum Gewinn der ersten drei Preise.

Alle drei Entwürfe werden jetzt genauer unter die Lupe genommen. Dann werden wir sehen, welchen der drei Entwürfe wir umsetzen werden.

Wir freuen uns, mit Ihnen das Sport- und Freizeitbad bauen zu können.

All das ist ein gewaltiger finanzieller Kraftakt.

Wir alle wissen, dass die Finanzausstattung der Kommunen völlig unzureichend ist. Es besteht nur Uneinigkeit darüber, wie dieses Problem gelöst werden kann. Eines steht aber fest: Die „Finanzkrise der Kommunen“ ist eine stille und durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise allenfalls verschärfte, aber nicht verursachte Krise. Die „Finanzkrise der Kommunen“ ist strukturell bedingt. In der Kneipe gilt: „Wer bestellt, zahlt auch die Zeche!“ In unseren Kommunen erleben wir hingegen, dass Bund und Land den Kommunen mehr und mehr aufbürden, sich andererseits aber immer häufiger aus der finanziellen Verantwortung stehlen – mal durch die Hintertür, mal auf direktem Weg. Es darf doch nicht wahr sein, um nur ein kleines Beispiel anzuführen, dass wir durch einen Ergänzungsantrag der Kooperation 25.000 Euro in den Haushalt stellen müssen, damit wir die Schulen in die Lage versetzen, die Mahlzeiten für Schülerinnen und Schüler, die über das Bildungspaket finanziert werden sollen, überhaupt ausgeben zu können. Das Prinzip der Konnexität darf nicht ausgehöhlt werden!

Andernfalls wird das dramatische Defizit der Landeshauptstadt Kiel weiter anwachsen. Vor einem Jahr gingen wir für 2011 noch von einem Defizit von 114,3 Millionen Euro aus. Nach gewaltigen Anstrengungen in unserer Verwaltung sah der erste Entwurf für 2011 98,1 Millionen vor. Mittlerweile wird das Defizit „nur“ noch 87,1 Millionen Euro betragen. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen wird deutlich: Wir als Kommunen werden uns nicht aus der Krise raussparen können. Das entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, unseren Anteil zu einer Konsolidierung des Haushaltes beizutragen.

Eines sage ich aber ganz deutlich: Bei allen Kürzungsbestrebungen wird es eine Kürzung bei den Leistungen, die Kielerinnen und Kieler dringend im täglichen Leben benötigen, mit uns nicht geben!

In diese Kategorie fällt insbesondere ein Antrag der CDU-Fraktion. Insgesamt liegen von der CDU über 20 Anträge vor – eine inhaltliche Substanz können wir maximal bei zwei Anträgen erkennen – alles andere ist polemisches Geschwafel.

Zum einen handelt es sich um den Antrag, die beiden zusätzlichen Sozialpädagogenstellen an Schulen, die zunächst für 2011 vorgesehen sind, wieder zu streichen. Diesem Antrag zunächst als Begründung: „erfolgt mündlich“ hinzuzufügen, ist schon eine Frechheit und soll wohl dazu dienen, Herr Ehmke, zu verschleiern, dass Sie sich nicht trauen, Ihre wahren auf soziale Kälte, auf die „Leistungsgesellschaft“ gerichteten Gründe auch noch aufzuschreiben. Sie können von Glück reden, dass Ihr unbegründeter Antrag überhaupt zur Beratung zugelassen wurde. Er ist aber natürlich nicht nur formal unbegründet gewesen, er ist es in der Sache erst recht – und zwar immer noch. Denn wir wissen doch, welchen großen Beitrag zum Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler die Schulsozialarbeit leistet. Darüber sind wir uns doch alle einig! Ihr Antrag zeigt doch in eine deutliche Richtung: Wir sparen, koste es was es wolle. Es gibt nur eines, das teurer ist, als im Bereich der Bildung und damit auch bei der Schulsozialarbeit zu

investieren und die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler kontinuierlich zu verbessern. Teurer als diese Investitionen in die Zukunft unserer Kinder ist es nämlich, es nicht zu tun.

Das letzte Thema, das ich kurz aufgreifen will, ist die Erfolgsgeschichte des neuen Dezernats für Arbeit und Wirtschaft. Es ist unbestritten, dass wir mit Ute Berg eine leistungsstarke Dezernentin haben – ja sogar so erfolgreich, dass sie in Kürze nach Köln wechseln wird – ebenfalls als Wirtschaftsdezernentin. Wir bedauern den Wechsel sehr, wünschen Dir, liebe Ute, aber auch gleichzeitig alles Gute am Rhein! Hoffentlich ist der Tausch der Kieler Woche, dem größten Segelereignis der Welt, gegen den Kölner Karneval auf Dauer für Dich persönlich die richtige Wahl.

Wir können feststellen, dass das Dezernat für Arbeit und Wirtschaft eine dermaßen überzeugende Idee ist, dass mittlerweile sogar die CDU ihren Widerstand dagegen aufgegeben hat. Diesen politischen Erfolg haben wir bereits errungen und den können Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, auch nicht mehr zurückdrehen. Für diese Einsicht herzlichen Dank!

Egal, wer am Ende eines geordneten Auswahlverfahrens die Nachfolge von Ute Berg antreten wird: Wir werden uns das Geplärre der CDU, dass das Dezernat für Arbeit und Wirtschaft überflüssig sei, nicht mehr anhören müssen.

Ich lade alle Fraktionen herzlich ein, sich an Auswahlverfahren für neu zu besetzende Dezernatenstellen konstruktiv zu beteiligen. Wir werden ohne Vorfestlegungen in die Auswahlverfahren gehen und dann am Ende die Besten auswählen und der Ratsversammlung zur Wahl vorschlagen.

Wie bei allen anderen Themen, die wir hier im Rat und in den Ausschüssen beraten, geht es auch hier darum, das Beste für unsere Stadt zu erreichen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen kurzweilige und konstruktive Haushaltsberatungen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.12.2010, 12:02 Uhr - 1556 Clicks - Nr. 1200

Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Flughafen

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ende gut, alles gut, möchte man fast sagen.

Und in der Tat kommen wir heute zum vorläufigen Ende einer sehr langen – mir an der einen oder anderen Stelle zu langen – Diskussion, die aber auch ihre Vorzüge hatte.

Fakt ist doch, dass nach der Entscheidung, den Flughafen Kiel nicht auszubauen, der Flughafen nur noch vor sich hingedümpelt ist. Von Entwicklung keine Spur. Weder das Land als Mehrheitsgesellschafter noch die Stadt – an der Spitze damals übrigens eine Wirtschaftsdezernentin und Oberbürgermeisterin in Personalunion – haben spürbare Aktivitäten entwickelt, um das stetig wachsende Defizit der Kieler Flughafengesellschaft zu reduzieren.

Seit einem Jahr haben wir das Thema wieder auf der politischen Agenda: Während die Einen

reflexartig die Schließung des Flughafens gefordert haben, haben die Anderen – genauso reflexartig – die Fortführung des Flughafens verlangt; Letzteres mit dem Argument, dass öffentliche Regionalflughäfen – quasi gottgegebenweise – eben defizitär seien.

Die SPD hat weder das eine noch das andere gesagt. Wir waren es, die dem Druck sich festzulegen, widerstanden haben. Wir haben gesagt:

- Erst die Fakten sammeln,
- dann mit den Betroffenen ins Gespräch kommen,
- dann intern bewerten,
- dann mit dem Kooperationspartner über das weitere Vorgehen beraten und zu einem Konsens kommen,
- dann entscheiden.

Ich mache keinen Hehl daraus: das war nicht leicht. Es war nicht leicht, die Diskussion über ein Jahr auszuhalten und erst zu einer Entscheidung zu kommen, als alle Fakten bekannt waren. Es ist ja viel einfacher, aus dem Bauch heraus für etwas oder gegen etwas zu sein.

Und es war auch nicht leicht, die interne Diskussion zu führen. Ich erinnere daran, dass noch im Januar hier im Rat gesagt wurde: „Unser Kooperationspartner braucht noch Bedenkzeit.“ In Klammern dahinter stand in etwa: „um zu erkennen, dass die Schließung des Flughafens die richtige Lösung ist.“ Nun, heute scheint es, dass der Satz „Unser Kooperationspartner braucht noch Bedenkzeit“ sehr zutreffend war, allerdings wohl ins falsche Manuskript gerutscht war. Damit Sie das nicht in den falschen Hals bekommen: ich will unseren Kooperationspartner nicht kritisieren – im Gegenteil. Wir alle wissen doch, wie schwierig es ist, von einer vorgefassten Festlegung wieder abzurücken. Umso mehr ist das Thema Flughafen ein Beweis für das vertrauensvolle Funktionieren der rot-grünen Kooperation, in der gute tragfähige Ergebnisse erzielt und gemeinsam vertreten werden. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie werden hier heute aus der Kooperation niemanden hören, der sich noch gegen den Flughafen ausspricht!

Gleichzeitig werden wir einen dauerhaften Betrieb des Flughafens, der jährlich siebenstelligen Zuschussbeträge verschlingt, nicht dulden!

Grundlage der heutigen Beratungen ist die Beschlussvorlage der Verwaltung, den Flughafen zu einem Airpark, einem Gewerbegebiet mit Landebahn, weiterzuentwickeln. Das Dezernat V und der Eigenbetrieb Beteiligungen haben im Verlaufe dieses Jahres wirklich geackert, um den engen Zeitplan einzuhalten. Dafür herzlichen Dank!

Wir haben zur Verwaltungsvorlage drei Konkretisierungen eingebracht:

1. Uns ist es mit der Defizitreduzierung ernst. Diese Ernsthaftigkeit findet sich darin wieder, dass wir den ersten Überprüfungszeitpunkt mit Ende 2012 in den Beschlussteil aufgenommen haben.
2. Wir haben definiert, was wir unter „mittelfristig“ verstehen. Demnach wollen wir bis zum Wirtschaftsplan 2016 den direkten städtischen Zuschuss an die KFG auf null bringen. Auch das ist sicher eine sinnvolle Ergänzung.
3. Wir wollen prüfen, ob insbesondere im südlichen Bereich des Flughafengeländes eine Wohnbebauung möglich ist.

Wichtig ist jetzt vor allem, die Kaufverhandlungen mit der BIMA zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Und dann müssen wir Investitionssicherheit für die bestehenden Unternehmen und für die schaffen, die zusätzlich zu uns kommen werden. Diese Ansiedlungen dürfen nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgen – vielmehr müssen wir darauf achten, dass die Neuansiedlungen zu den

bisherigen Unternehmen passen. Sie sollten sich im Idealfall ergänzen und sich nicht gegenseitig die Butter vom Brot nehmen. Wir werden dafür sorgen, dass die Unternehmen, die bereits vor Ort sind, eng in diesen Prozess – Wer passt zu uns? Welche Unternehmen wollen wir ansiedeln? – eingebunden werden.

Wenn wir eine gute Entwicklung am Airpark Kiel einleiten können, wird der Flugbetrieb dauerhaft gesichert sein. Ich bin sicher, dass wir das schaffen können und auch schaffen werden. Wir stellen die Weichen für die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Um das jedoch zu erreichen, darf sich jetzt keiner auf den scheinbaren Lorbeeren ausruhen. Ich will beispielhaft an eines erinnern: Es war die Kieler Wirtschaft, die besonders laut für den Erhalt des Linienverkehrs getrommelt hat. Und es war ebenso die Kieler Wirtschaft, die den Linienverkehr nicht ausreichend genutzt hat, so dass es zur Einstellung des Linienverkehrs im Oktober 2006 gekommen ist. Das darf nicht wieder passieren.

Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür sorgen, dass wir die Weiterentwicklung des Flughafens Kiel zum Airpark Kiel erfolgreich gestalten.

Helfen Sie alle mit, dass wir den Airpark Kiel auch dauerhaft zu einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte machen!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kommentar von [Markus Bartels](#) vom 17.12.2010, 13:05 Uhr:

RE: Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Flughafen

Stellen wir uns vor wir hätten ein Geschäft, vielleicht einen kleinen, einfachen Tante Emma Laden. Er läuft nicht besonders gut, aber im Umkreis sind keine anderen Geschäfte, um die Nachbarschaft zu versorgen, was insbesondere für die die alten Menschen ein Problem ist. Nun stellen wir fest, dass unsere Kundschaft nach und nach abwandert. Wenn wir unseren Laden nicht schließen wollen, dann kann ich zwei Wege einschlagen: 1. Obwohl unsere Preise schon deutlich über den Preisen anderer Geschäfte sind, erhöhen wir sie nochmals deutlich und verkürzen unsere Ladenöffnungszeiten. Wir hoffen damit am Ende des Jahres mehr in der Kasse zu behalten. 2. Ich mache meinen Laden attraktiver und senke die Preise. D.h. ich erweitere das Angebot, erhöhe die Ladenöffnungszeiten und nehme andere mit in mein Geschäft (z.B. Brötchendienst durch die Nachbarskinder, Poststelle, etc.). Jedem ist klar, dass der Weg 1 dazu führen wird, die Situation unseres Ladens zu verschlechtern. Das Ende unseres Tante Emma Ladens würde nur beschleunigt. Warum aber ist dies der Weg, den man für den Flughafen Kiel eingeschlagen hat? Obwohl Kiel mit den im weiten Umkreis höchsten Preisen für Flugtreibstoff und hohen Landegebühren, in Deutschland einmalig sogar auch für landende Fallschirme (!), bereits für die Fliegerei sehr unattraktiv gemacht wurde, sind nun ganz jüngst die Landegebühren erhöht worden und sollen die Öffnungszeiten ab 2011 um zwei Stunden täglich deutlich verkürzt werden. Viele Flugzeugbesitzer sind bereits auf die umgebenden Plätze in Rendsburg und Hohenlockstedt ausgewichen, weitere werden folgen. Die hohen Fixkosten des Flughafens werden zukünftig von noch weniger Pachteinahmen und weniger Landungen getragen. Ein Betriebswirtschaftler würde mit diesem Konzept durchfallen. Ist das der Weg, um Unternehmen am Flughafen anzusiedeln und um die Fliegerei in Kiel attraktiv zu machen? Wenn damit erreicht werden soll, dass der Flughafen trotz eines positiven Beschlusses der Ratsversammlung doch über kurz oder lang geschlossen werden muss, dann gut so. Die Ankündigungen und die Absichtserklärungen, den Flughafen Kiel aus den roten Zahlen zu bringen, lesen sich nett. Umsetzbar kann das nur sein, wenn man die Interessen der bestehenden und der anzusiedelnden Unternehmen genauso berücksichtigt, wie die derjenigen, die eine gute Auslastung des Flugbetriebs gewährleisten. Markus Bartels

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 09.12.2010, 12:51 Uhr - 48790 Clicks - Nr. 1201

„Marktmacht der Milcherzeuger europaweit stärken!“

Brüssel/Kiel: „Die Verhandlungsposition der Milcherzeuger gegenüber Molkereien und Lebensmittelunternehmen muss gestärkt werden: Die Europäische Union wird ein Machtgefälle zu ihren Lasten nicht hinnehmen.“

Mit diesem ersten Fazit reagierte die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust auf den Kommissionsvorschlag zum Milchmarkt, den EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos am Donnerstag auf einer Sondersitzung des Agrarausschusses im Europäischen Parlament in Brüssel vorlegte. Der vorgestellte Legislativvorschlag baut auf den Ergebnissen der hochrangigen Expertengruppe Milch auf. Er sieht unter anderem vor, die Bildung von Erzeugergemeinschaften und Branchenorganisationen im Milchsektor innerhalb der Europäischen Union zu erleichtern. Zudem soll es mehr Preistransparenz für den Sektor geben.

„Die Milcherzeuger haben ein langes Tal der Tränen hinter sich. Auch wenn der Milchpreis sich mittlerweile ein wenig erholt hat, müssen wir dafür sorgen, dass wir in aufkommenden Krisenzeiten die Milcherzeuger weiterhin unterstützen“, sagte die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten. „Wir können nicht einen Sektor der jahrelang politisch geregelt war plötzlich dem freien Markt überlassen“, bekräftigte Rodust ihre Forderung nach einem Sicherheitsnetz für Milcherzeuger.

Gerade kleine und mittlere Familienbetriebe, die Milch erzeugen, sind von dem Auslaufen der Milchquote betroffen. „Diese Betriebe leisten einen wichtigen Beitrag für Arbeitsplätze im ländlichen Raum und die multifunktionale, nachhaltige und flächendeckende Landwirtschaft in Europa, die sich die Bürger wünschen“, betonte Rodust. „Niemand will sich die bayrischen Alpen oder Schleswig-Holstein ohne das idyllische Bild der grasenden Milchkühe vorstellen“, so Rodust.

„Die Kommission geht mit ihren Vorschlägen zum Milchmarkt in die richtige Richtung“, erklärte die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten. „Auch wenn einige der vorgeschlagenen Regelungen in Deutschland bereits heute Standard sind begrüße ich es, dass es durch den Vorschlag der Kommission zu einer Angleichung in Europa kommt“, so Rodust weiter.

„Bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik müssen wir ein Sicherheitsnetz schaffen, dass in schlechten Zeiten für die Milcherzeuger in Europa greift“, meinte Rodust.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 09.12.2010, 17:06 Uhr - 9635 Clicks - Nr. 1202

Küstenschutz muss nationale Aufgabe werden

Menschen an den Küsten dürfen nicht allein gelassen werden, fordert Thomas Hölck - ehemaliger Landtagsabgeordneter

Die Einführung einer Küstenschutzsteuer, die nur Bürgerinnen und Bürger in Sturmflut gefährdeten Gebieten zusätzlich belasten soll, wird vom SPD-Kreisverband Pinneberg abgelehnt. Aufgrund der Klimaveränderungen werden die notwendigen Aufwendungen für den Küstenschutz in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stetig steigen. Küstenschutz ist gemäß

dem Schleswig-Holsteinischen Wassergesetz eine Landesaufgabe, die aber zukünftig nicht mehr von Schleswig-Holstein allein bewältigt werden kann. Die weltweiten Ursachen für den Klimawandel und die Folgen sind gesamtgesellschaftlich zu tragen und dürfen nicht einseitig den Bewohnern der Festlandsküsten, der Inseln und Halligen aufgebürdet werden.

Nach Auffassung des SPD-Kreisverbandes Pinneberg handelt es sich um eine klassische Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. „Die Aufgabe, den Schutz von 300 000 Menschen und einem Viertel des Landes vor Überflutungen sicherzustellen, ist eine nationale Angelegenheit, die nur gesamtstaatlich gelöst werden kann“, fordert der ehemalige Landtagsabgeordnete und Mitglied des SPD-Kreisvorstands, Thomas Hölck. Das Verursacherprinzip könne nicht einfach außer Kraft gesetzt werden, indem man Küsten-, Insel- und Halligbewohner einseitig belastet. Die Menschen dürften nicht alleingelassen werden, das Solidarprinzip müsse weiterhin gelten, so Hölck.

Außerdem mahnt er: Viele Bewohner und landwirtschaftliche Betriebe in den Küstenschutzregionen würden mit der Einführung der Küstenschutzsteuer doppelt belastet, da sie als Mitglieder in den Siel-, Wasser- und Bodenverbänden bereits Gebühren für den Hochwasserschutz bezahlen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 09.12.2010, 19:26 Uhr - 8993 Clicks - Nr. 1203

Schulbuskosten: Die CDU-Abgeordneten sollen Farbe bekennen!

Es ist sicher sehr begrüßenswert, wenn die CDU-Kreistagsfraktion auch gegen die Elternbeteiligung ist. Dreist ist es aber, wenn sie versucht uns als populistisch zu diffamieren, nur weil wir die betroffenen Eltern über diese Mehrbelastung informieren. Das wäre eigentlich die Aufgabe der schwarzgelben Landesregierung gewesen! Immerhin soll die Gesetzesänderung schon nächste Woche (!) im Landtag beschlossen werden.

Was nützen denn danach "Runde Tische" mit der Kreisverwaltung? Dann heißt es doch nur noch: Tut uns sehr leid, wir müssen das Gesetz ausführen, das sei nicht mehr zu ändern. Wer jetzt noch auf Zeit spielt, will das Gesetz gar nicht verhindern, sondern sucht nur nach einer Möglichkeit, nicht Farbe bekennen zu müssen. Wir Politiker müssen endlich aufhören, in solche politischen Trickkisten zu greifen. Wir verspielen sonst den letzten Rest Bürgervertrauens.

Ich bin mir sicher, dass das auch Herr Wendt und Frau Höffken das wissen.

Wenn die CDU-Kreistagsfraktion wirklich gegen die Elternbeteiligung ist, gibt es eine ganz einfache Möglichkeit: Die drei Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion, die auch im Landtag sitzen, stimmen nächste Woche im Landtag dagegen. Dann wäre Ihnen der tosende Applaus der Eltern gewiss.



Dr. Kai Dolgner

Mitglied des Landtages

Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Keine Kommentare

SPD-Stadtvertreterin Ingeborg Illgmann zur geplanten "Neuen Seepromenade"

Die Bad Segeberger Seepromenade soll neu gestaltet werden. Das will zumindest die Verwaltung der Kalkbergstadt. Die SPD-Fraktion in der Bad Segeberger Stadtvertretung sieht dafür keine Notwendigkeit. Ingeborg Illgmann, Stadtvertreterin und Fraktionsmitglied der SPD spricht das aus, was viele Bad Segeberger denken.

Zum Traum „Neue Seepromenade“ gab es schon im Oktober realistische Stellungnahmen aller Fraktionen in der örtlichen Presse: BBS: „...dass man nichts kaufen könne, was man sich nicht leisten kann“; SPD „wir können froh sein, wenn wir ein paar Bäume pflanzen können“; FDP „... leider aber dürfte das Ganze an den Finanzen scheitern“; Grüne: „Für soziale Projekte ist kein Geld da, aber für die Promenade?“; CDU „...generell gilt, die Stadt hat so gut wie kein Geld mehr“.

Die Stadt Bad Segeberg scheute finanzielle Engagements mit Risiken bislang nicht. Die beachtlichen Defizite der Projekte Altenheim Eichenhof, Fledermauszentrum Noctalis, Soleförderung, Stadtmarketing und ähnlichen mehr., allesamt einst als „Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Segebergs“ gepriesene wirtschaftliche Flops, leeren die Stadtkasse noch für lange Zeit.

Die Sanierung der Segeberger Finanzen steht auf der Prioritätenliste Bürgermeister Schönfelds seit seiner Wahl zu Recht ganz oben.

Die luxuriöse Neugestaltung der Seepromenade für etwa 2, 4 Mio Euro Schätzkosten (!) passt da nicht ins Bild. Sie passt ins Bild der alten Fehler, ins „weiter so, als wenn nichts wäre“.

Ein Antrag auf Förderung beim Land zu stellen und erst nach Gewährung zu entscheiden, ob und wie dann eine Promenade gebaut werden soll, wie es derzeit der Bürgermeister vertritt, ist unrealistisch. Erstens ist damit die Basis der Kostenschätzung fraglich; zweitens wird er hinterher kaum dem Land sagen wollen: „Nein, jetzt haben wir festgestellt, wir können und wollen aus Geldmangel nicht mehr bauen. Ihr habt umsonst getagt, beraten und genehmigt“.

Auch die hälftige Finanzierung aus Landesmitteln, u.a. aus dem Topf Küstenschutz (eine seltsame Zweckbindung von an der Küste dringend benötigten Finanzmitteln), ändert nichts daran, dass mehr als eine Million Euro (verteilt auf 2 Jahre zu je ca. 500 000 Euro) plus Folgekosten (vermutet werden 50 bis 70 Tausend Euro jährlich) kreditfinanziert (dafür wäre eine Ausnahmegenehmigung einzuholen lt. Bürgermeister) an der Stadt hängen bleiben. In jedem Falle zahlen die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, einmal als Bürger/Bürgerinnen des Landes und einmal als ebensolche der Stadt.

Von Mitgliedern der Stadtvertretung abgegebene lockere Worte wie „wir geben für so viele andere Dinge auch Geld aus, da machen die 100 000 Euro jährliches Abstottern für die Seepromenade auch nichts mehr“, erscheint mir als nicht ernsthaft diskutierbar. Schon gar nicht bei einer Haushaltslage, die wie geplant zu Steuererhöhungen (Beispiele Grund- und Hundesteuer), Kürzungen (Zuschüsse an Vereine, Verbände, VHS usw.), Gebührenerhebungen und -erhöhungen(Anliegerbeiträge für Straßensanierungen, Parkgebühren u.ä.), Wegfall von Förderung beim Schulessen, Ganztagsschulangeboten etc.) und vielen weiteren schmerzhaften Einsparungen zwingt.

Für mich ist der Begriff Investition auch mit dem Begriff einer langfristigen Rendite verbunden,

die auch denen zugute kommt, die die Schuldenlast unserer Stadt eines Tages tragen müssen, unseren Kindern. Investitionen müssen sich rechnen. Wie rechnet sich eine neue Seepromenade? Wem bringt sie Nutzen und Ertrag? Der Stadtkasse? Sind es Dritte – wie steht es dann um deren Kostenanteile?

Werden mehr junge Familien in die Stadt ziehen, weil sie an einer neuen Promenade spazieren können? Brauchten die nicht eher gut ausgestattete Schulen, günstige Mittagessen und kostenlose Schülerbeförderung, Jugendzentren und Skateranlage, günstige Grundsteuern? Auch die Stadt Segeberg kann ihre Einnahmen nur einmal ausgeben. Dass Kinder und Jugendliche die Zukunftsfähigkeit der Stadt bedeuten, ist jedenfalls weitgehend unstrittig.

Die luxuriöse und ziemlich kunstwelt-mäßige Gestaltung der Seepromenade im Stil eines Funparks mit starken Eingriffen in die bislang weitgehend naturbelassene Seelandschaft wäre, wenn die Anhänger dieses Prestigeobjektes auf Pump ihre Mehrheiten finden, auch noch sehr lebhaft zu diskutieren. Bad Segeberg im Wettbewerb mit den Promenaden bekannter Ostsee-Bäder? Bislang ist Bad Segebergs schönste Ecke deshalb für die meisten Menschen so anziehend, weil hier ein Stück Natur weitgehend erhalten und stadtnah erlebbar ist. Ein wertvolles Alleinstellungsmerkmal für unsere Stadt.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 10.12.2010, 13:43 Uhr - 50950 Clicks - Nr. 1205

"Den Fischbeständen eine Chance geben!"

EU-Fischereiminister entscheiden über Fangmengen für Nordsee und Atlantik

Im Vorfeld der anstehenden Entscheidung am kommenden Montag (13. Dezember) über die nächstjährigen Fangmengen für Fische in der Nordsee und im Atlantik appelliert die SPD-Europaabgeordnete und fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Ulrike RODUST an die Vernunft der EU-Fischereiminister: „Viele Fischbestände in der Nordsee und im Atlantik sind in einem schlechten Zustand. Wissenschaftler und Kommission empfehlen in vielen Fällen eine Reduktion der Fangmengen. Für die Fischer ist das hart, aber wir müssen dafür sorgen, dass die Fischbestände sich erholen können. Langfristig zahlt sich das auch für die Fischer aus.“

Besonders schlecht ist der Zustand des Kabeljaus in der Nordsee. Die Europäische Kommission hat sich zuvor mit Norwegen bereits geeinigt, die Fangmenge um 20 Prozent zu reduzieren. Diesem Abkommen müssen aber die EU-Fischereiminister noch zustimmen. Für andere Fanggebiete, beispielsweise die Irische See und den Kattegat, die allein von der EU befischt werden, schlägt die Kommission eine drastische Kürzung um 50 Prozent bei der Kabeljauquote vor.

"Der Ministerrat hat Montag die Chance zu beweisen, dass für ihn Nachhaltigkeit kein Fremdwort ist", fordert Ulrike RODUST die Minister auf, den Vorschlägen der Kommission zu folgen. „Leider hat der Ministerrat in der Vergangenheit die Quoten häufig zu hoch angesetzt und so kräftig mitgeholfen, die Europäische Fischerei in die Krise zu führen.“

Im Hinblick auf die anstehende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik setzt Ulrike RODUST sich für eine konsequente Reduzierung des Beifangs ein: "Das Hauptproblem für den Kabeljaubestand in der Nordsee besteht darin, dass mehr als ein Drittel der Fänge als

Rückwürfe wieder im Wasser landen - meistens tot. Hier müssen wir die Regeln grundlegend ändern!" Die Fischereipolitikerin begrüßte in diesem Zusammenhang, dass das Abkommen mit Norwegen eine Fortsetzung des Pilotprojektes zur Beifangvermeidung erlaubt. Teilnehmende Fischer dürfen keinen Fisch mehr zurückwerfen und müssen dies durch Kameraaufnahmen dokumentieren. Als Belohnung gibt es für die Teilnehmer eine erhöhte Fangquote. Auch deutsche Fischer nehmen an dem Programm teil.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrörfeld](#) - veröffentlicht am 10.12.2010, 17:59 Uhr - 2979 Clicks - Nr. 1206

Neues Infoblatt für Osterrörfeld

Dieser Tage wird in Osterrörfeld eine neue Ausgabe des SPD-Infoblattes verteilt, das nun den Namen "Osterrörfelder Echo" trägt. Durch die engagierte Arbeit von zahlreichen Helfern und Unterstützern erhalten die rund 5200 Osterrörfelderinnen und Osterrörfelder in den kommenden Tagen das Infoblatt in den heimischen Postkasten und das trotz Schnee und Eisglätte.



Ab Sonntag, 12.12.2010, ist das Infoblatt zudem als Online-Version auf der Internet-Seite der SPD Osterrörfeld zu finden [[mehr](#)].

Alle Leserinnen und Leser sind wieder herzlich aufgerufen, sich mit Anregungen, Kritik und Hinweisen zur neuen Ausgabe an die SPD Osterrörfeld zu wenden. Denn so kann die nächste Ausgabe des "Osterrörfelder Echo" weiter verbessert werden [[mehr](#)].

Die SPD Osterrörfeld wünscht allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr!

Keine Kommentare

[SPD-Osterrörfeld](#) - veröffentlicht am 10.12.2010, 18:10 Uhr - 3790 Clicks - Nr. 1207

Unterstützung fürs Jugendzentrum Osterrörfeld

Der im November stattgefundenene Hobby- und Weihnachtsmarkt hat sich sichtlich gelohnt. 200 Euro konnten Regina Baldes, Detlef Strufe und Jan-Niklas Potten von der SPD Osterrörfeld nach Abschluss der beiden Veranstaltungen an das Jugendzentrum (JUZ) übergeben.

Wenn die SPD alljährlich zu ihrem Hobbymarkt einlädt, kommen Hobbykünstler aus Osterrörfeld und der Region ins Bürgerzentrum „Alter Bahnhof“, um ihre handwerklichen Tätigkeiten vorzustellen und eigene Werke zum Verkauf anzubieten. So waren es in diesem Jahr so viele Aussteller wie noch nie zuvor. Auch der [Weihnachtsmarkt](#) der Gemeinde zwei Wochen danach war ein voller Erfolg. Viele Besucher konnten sich bei idealem Winterwetter an den Ständen der Osterrörfelder Vereine und Verbände über diverse Leckereien und Attraktionen freuen,



darunter der von der SPD betriebene Punsch- und Waffelstand, der sich auch in diesem Jahr wieder als richtiger Renner erwies.

Neben dem regen Besucherandrang freuen sich die Mitglieder der SPD zudem über die aus beiden Veranstaltungen erwirtschafteten Gewinne, die aber keinesfalls in der eigenen Vereinskasse landen, sondern wie in jedem Jahr einer gemeinnützigen Einrichtung bzw. Initiative übergeben werden. In den letzten Jahren konnten hiervon u. a. die Osterröndfelder Kitas, der Förderverein der Aukamp-Schule sowie die Osterröndfelder Tafel profitieren.

Die in diesem Jahr an das Jugendzentrum Osterröndfeld überreichte Spende in Höhe von 200 Euro soll der Jugendarbeit in der Gemeinde zu Gute kommen und aktuelle Projekte des JUZ unterstützen, wie etwa die Einrichtung einer Jugendbücherei. Freuen können sich die Jugendlichen vom JUZ und der Jugendbeauftragte der Gemeinde, Manfred Ahrens, zudem über eine Seifenkiste, die der SPD-Ortsverein bisher ungenutzt im Keller stehen hatte. Diese Seifenkiste können die Jugendlichen nun als Grundlage zum Bau eines eigenen Rennflitzers nutzen, um damit an Seifenkistenrennen in der Region teilnehmen zu können.

Übrigens: das Osterröndfelder Seifenkistenrennen von SPD und OTSV wird 2011 aus organisatorischen Gründen ausgesetzt und findet daher 2012 das nächste Mal wieder statt!
[Mehr Infos unter www.ofelder-seifenkiste.de](http://www.ofelder-seifenkiste.de)

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 11.12.2010, 19:50 Uhr - 1789 Clicks - Nr. 1208

Weihnachten bei der SPD Barsbüttel

Bei deftigem Grünkohl und gemütlichem Kerzenschein trafen sich die Mitglieder des SPD Ortsvereins Barsbüttel zur ihrer Weihnachtsfeier 2010. Gemeinsam wurde ganz unpolitisch geklönt, zwischendurch blickten die Sozialdemokraten aber auch auf das ablaufende Jahr zurück, besprachen Pläne für die kommenden Monate und ließen sich von „ihrem“ Landtagsabgeordneten Martin Habersaat Aktuelles aus der Landespolitik berichten.



Andrea Johann und Paul Donning hatten die Feierlichkeiten organisiert. Sie hoben in ihrem Jahresrückblick die Bemühungen des Ortsvereins hervor, SPD-Politik transparent zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger Barsbüttels zu informieren. Dazu haben regelmäßige Marktstände beigetragen, mit Informationsblättern zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik, etwa zum Zustand und zur Zukunft des Rathauses. Mitorganisator Holger Gettschat: „Es ist wichtig, auch außerhalb der Wahlkampfzeiten präsent zu sein und Rede und Antwort zu stehen. Das haben wir getan. Entsprechend positiv waren die Rückmeldungen, die wir erhalten haben.“

In die Rubrik „Information und Diskussion“ fielen ebenso Veranstaltungen der SPD im Bürgerhaus Barsbüttel zum Planungsstand des neuen Flächennutzungsplans für die Gemeinde und zur Bildungspolitik in Barsbüttel, aber auch in Schleswig-Holstein insgesamt. Auch im Internet gibt es verschiedene Angebote, der Ortsverein ist unter www.spd-barsbuettel.de zu finden, eine Online-Zeitung für Barsbüttel unter www.oton-aktuell.de und der Landtagsabgeordnete unter www.martinhabersaat.de. Gesucht werden noch Online-Redakteure, die Interesse an Kommunalpolitik haben.

Martin Habersaat berichtete vom neu abgeschlossenen Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Zwar sei es schön, dass es nach über einem Jahr des Bangens nun Sicherheit für Eltern und Kinder gebe, bedauerlich sei aber, dass eine freie Schulwahl für Alle innerhalb der Metropolregion Hamburg noch immer nicht erreicht sei. Möglicherweise steht im Jahr 2011 nicht nur in Hamburg eine Bürgerschaftswahl an, sondern auch in Schleswig-Holstein eine Landtagswahl. Martin Habersaat: „Ich vermute, dass die Fraktionen im Landtag sich auf einen Termin zwischen November 2011 und Mai 2012 einigen werden.“ Lediglich die FDP wolle aufgrund der aktuellen Umfragewerte am liebsten überhaupt nie wieder wählen, fügte er augenzwinkernd hinzu.

Foto: Paul Donning, Andrea Johann, Heinrich Dippel, Martin Habersaat

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 12.12.2010, 00:41 Uhr - 3538 Clicks - Nr. 1209

Wird aus der Panne eine Chance?

*Zur Ablehnung des **Jugendmedienschutzstaatsvertrages** im Innen- und Rechtsausschuss erklären der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt, und der innen- und rechtspolitische Sprecher Dr. Kai Dolgner:*



"Die wahren Gründe für das Scheitern des Jugendmedienschutzstaatsvertrages bleiben im Dunkeln.

Er ist bei der Abstimmung im Innen- und Rechtsausschuss durchgefallen, weil kurz zuvor ein Abgeordneter einer Koalitionsfraktion die Sitzung verließ und damit der Koalition die Mehrheit fehlte.

Es war wohl eher eine Panne, die da CDU und FDP im Ausschuss unterlief - oder vielleicht doch nicht?

Auf alle Fälle ist das Scheitern des Staatsvertrages zum Jugendmedienschutz eine gute Gelegenheit für FDP und CDU, noch einmal nachzudenken... Manchmal ist eine Panne eine Chance zur Kurskorrektur. Vor allem die FDP sollte sie nutzen.

Die SPD-Fraktion wird den Jugendmedienschutzstaatsvertrag jedenfalls auch im Landtag ablehnen. Mit den in diesem Staatsvertrag vorgesehenen Maßnahmen können Kinder und Jugendliche nicht vor gefährdenden Netzinhalten geschützt werden. Was wir brauchen, sind effektive Maßnahmen, die ohne Netzsperrungen für eine breit angelegte Medienkompetenz sorgen."

Keine Kommentare

Regierung muss nicht bei sich sparen - sagen CDU und FDP

Zu den Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss und im Finanzausschuss zu Einsparvorschlägen der Opposition erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Der Offenbarungseid der regierungstragenden Fraktionen ist perfekt. Im Ausschuss waren sie nicht bereit, eine haushaltswirksame Einsparung bei den Minister- und Staatssekretärsgehältern zu beschließen.

Das bedeutet, dass die Regierung zwar dem Parlament Einsparungen verordnet, sich jedoch vornehm ausnimmt. Und ihre Fraktionen decken dieses Vorgehen.

Dabei hatte der Ministerpräsident selbst in einer Pressekonferenz am 26.5. (Überschrift der PI: „...Weniger Geld für Politiker“) erklärt, das Sparen beginne beim politischen Spitzenpersonal. Dieses scheint für ihn Geschwätz von gestern zu sein und ihn deshalb nicht mehr zu interessieren – oder betrachtet er sich und sein Kabinett nicht als politisches Spitzenpersonal?

Offensichtlich hat die Regierung die volle Kontrolle über die Fraktionen der FDP und der CDU übernommen. Wer das Parlament sparen lässt, bei der Regierung aber zaudert, macht sich vollends unglaubwürdig."

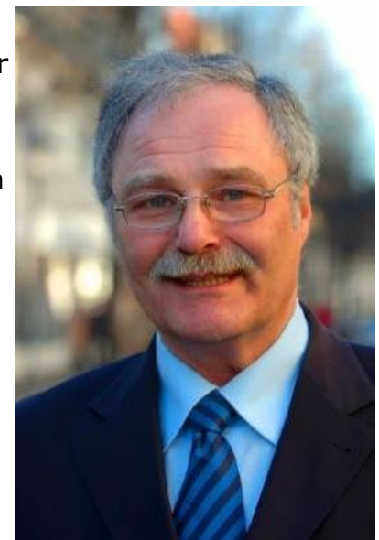
Keine Kommentare

Stormarn bleibt sozial und solide

Der Haushalt des nächsten Jahres, wie er sich im Kreistag abzeichnet, ist kein Grund zum Jubeln und doch ein Zeichen sozialer und solider Finanzpolitik in Stormarn.

Die Stellen der Sozialpädagogen an den beruflichen Schulen werden aufgestockt, das im nächsten Jahr auslaufende Modell der Busbegleiter bei der Schülerbeförderung wird fortgesetzt, zusätzliche Mittel für Pflegekräfte bei der Woldenhornschule werden bereit gestellt,

die Mittel für psychosoziale Betreuung von Hartz-IV Empfängern werden deutlich erhöht, der Kreis wird weitere Verhütungsmittel für Geringverdiener bezahlen und auch ein weiteres Anrufsammeltaxi wird eingeführt.



Im vergangenen Jahr hatten sich alle Fraktionen darauf verständigt, aufgrund der etwas verbesserten Finanzsituation des Kreises, die aber noch keine Absenkung der Kreisumlage zuließ, den Kommunen zusätzliche Haushaltsmittel durch eine Erhöhung des Kindergartenzuschusses zukommen zu lassen. Angesichts des jetzt zu erwartenden Millionendefizits soll zwar ebenfalls keine Änderung der Kreisumlage erfolgen, der Erhöhungsbetrag für die Kindergärten aber nicht mehr an die Kommunen gezahlt werden. Wer das jetzt nicht mehr als Instrument des Finanzausgleichs im Kreis sondern als soziale Kürzung

bezeichnet, hat ein sehr kurzes Gedächtnis und stellt seine Verlässlichkeit für weitere gemeinsame Haushaltsberatungen in Frage.

Dass sich die Fraktionen nicht auch auf eine - wie auch immer geartete - Erhöhung der Stundenzahl der Gleichstellungsbeauftragten einigen konnten, ist bedauerlich. Die SPD-Fraktion war hier zu jedwedem Kompromiss bereit. Die gute Arbeit, insbesondere zum Thema Frau und Beruf, wird auch von der Wirtschaft lautstark gelobt, zusätzliche Projekte hier würden den Menschen und allgemein dem Arbeitsmarkt helfen. Es ist zu hoffen, dass zukünftig nicht wieder einzelne Fraktionen die Zustimmung zum Haushalt von einem solchen Einzelpunkt abhängig machen.

Wer dann noch meint, der Kreis solle in seinem Haushalt die Mittel für Leistungen bereit stellen, die vom Land in dessen Haushalt voraussichtlich gestrichen werden, kann nicht mehr ernst genommen werden. Und dann soll nach diesen Traumvorstellungen dem Land eine „gepfefferte Rechnung“ präsentiert werden? Der Finanzminister wird sicher nichts Besseres zu tun haben, als solche Rechnung umgehend zu überweisen, vielleicht mit Skontoabzug....

Diejenigen, die etwas vom Haushalt verstehen, wissen, dass ohnehin viele der vom Land beabsichtigten Kürzungen im Sozialbereich zu Mehrausgaben bei den Pflichtaufgaben der Kreise führen. So ist die Kürzung des Blindengeldes nicht nur im höchsten Maße unsozial, sie wird auch wegen des erhöhten Bedarfs bei Blinden zu Mehrausgaben beim gesetzlichen Träger der Sozialleistungen führen, und das ist der Kreis. Solche Maßnahmen des Landes sind nämlich keine Einsparungen sondern Ausgabenverschiebungen zu Lasten der Kreise und Kommunen. Wir müssen also ohnehin wieder einmal die „Segnungen“ des Landes ausbaden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.12.2010, 10:11 Uhr - 4767 Clicks - Nr. 1212

Stichwahl in Oststeinbek am 9. Januar

Oststeinbek - Über ihren neuen Bürgermeister wird die Gemeinde Oststeinbek - Havighorst im Rahmen einer Stichwahl entscheiden. Diese wird am 9. Januar stattfinden.

Der SPD-Bewerber Kai Riebesel kam im ersten Wahlgang auf 44,28% der Stimmen, knapp hinter der CDU/FDP-Bewerberin Martina Denecke (48,40%). Die Wahlbeteiligung in den fünf Wahlkreisen lag zwischen 32% und 45%. Scurril: 40 Stimmen entfielen auf Knut Ruckert, der seine Kandidatur zwischenzeitlich zurückgezogen hatte.

[Die Ergebnisse](#)

Nachtrag:

Leserbrief an das Hamburger Abendblatt (Stormarn-Teil) zum Artikel „Oststeinbek hat die Wahl“

Zunächst einmal gratuliere ich Martina Denecke und Kai Riebesel herzlich zum Erreichen der Stichwahl am 9. Januar.

Eine Aussage von Frau Denecke bringt mich dazu, diesen Glückwünschen noch etwas



hinzuzufügen. Sie schrieb am 11. Dezember: „Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass speziell die SPD-Landesführung einen Zusammenschluss zu größeren Verwaltungseinheiten fordert. Die Selbstständigkeit Oststeinbeks ist damit stark abhängig vom Ausgang der Landtagswahlen.“

Dazu stelle ich fest:

1. Der Begriff „Landesführung“ ist dem Denken und Wesen der Sozialdemokratie fremd.
2. Es existiert in der SPD kein Beschluss, der die Selbstständigkeit Oststeinbeks gefährdet.

Beiden Kandidaten wünsche ich für die Stichwahl alles Gute. Dem Wahlkampf wünsche ich, dass sich beide auf ihre eigenen Stärken konzentrieren.

Grüße aus Barsbüttel,
Martin Habersaat, MdL
Vorsitzender der SPD Stormarn
12.12.2010

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 13.12.2010, 10:13 Uhr - 8608 Clicks - Nr. 1213

Thönnies bleibt am Ball: Mehrgenerationenhaus in Kaltenkirchen erhalten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Eckpunkte für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser vorgelegt. Die bestehenden und erfolgreichen Mehrgenerationenhäuser sollen mit einem neuen Schwerpunkt Prävention und Gesundheitsförderung weiter geführt und gefördert werden. Bereits im August 2010 hat Franz Thönnies, SPD-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Nord, auf die auslaufenden Förderprogramme hingewiesen. Der



Politiker kritisiert Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die bislang noch keine Anschlussfinanzierung geklärt habe. Thönnies: „In meinem Wahlkreis sind die Mehrgenerationenhäuser „OASE“ in Bad Oldesloe und „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen von auslaufenden Bundesfördermitteln betroffen. Die CDU-geführte Bundesregierung lässt sich viel zu lange Zeit, einen Vorschlag zu präsentieren. Das zeigt deutlich, wie wenig die schwarz-gelbe Koalition unternimmt, um die Kommunen vor Projekt ruinen zu bewahren.“

Thönnies und seine Fraktion wollen verhindern, dass ab dem Herbst 2011 die ersten Häuser schließen müssen. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel ist eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit von verschiedenen lokalen Akteuren notwendig. „Wir wollen, dass die Generationen füreinander einstehen und intergenerationelle Orte des Zusammenhalts entstehen. Und wir setzen und dafür ein, dass die Mehrgenerationenhäuser wie bisher unter selbst gewählten Schwerpunkten weiterarbeiten können – mit besonderen Angeboten für Kinder, Jugendliche, junge Familien, Senioren oder Menschen mit Migrationshintergrund. Neue Aktivitäten im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung können generationenübergreifend in allen Lebenslagen wichtige und neue Impulse setzen.“

„Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, so schnell wie möglich ein Anschlusskonzept vorzulegen oder eine Übergangsförderung für die Mehrgenerationenhäuser bereitzustellen“,

so Thönnes abschließend.

Der Antrag „Mehrgenerationenhäuser erhalten und weiterentwickeln – Prävention stärker fördern“ (Bundestags-Drs. 17/4031) ist im Internet abrufbar.

Bildquelle: Dieter Schütz / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 13.12.2010, 10:29 Uhr - 4258 Clicks - Nr. 1214

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: Herzlichen Glückwunsch Stephanie Ladwig

SPD-Kreistagsfraktion Plön:

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: Herzlichen Glückwunsch Stephanie Ladwig

am vergangenen Donnerstag, dem 9. 12. 2010 hat der Kreistag eine neue Landrätin für den Kreis Plön gewählt. Lutz Schlüsen: „Wir sind sehr froh und glücklich über die Wahl von Frau Ladwig. Sie war die Favoritin der SPD-Kreistagsfraktion. Wir haben versucht, möglichst viele Kreistagsabgeordnete für ihre Wahl zu gewinnen. Sie bekam im ersten Wahlgang 31 Stimmen. Das war eine kleine Sensation

Zur Person der neuen Verwaltungschefin:

Frau Ladwig hat bereits in Nordfriesland als stellvertretende Landrätin gearbeitet. Sie bringt die besten Voraussetzungen für eine Verwaltungschefin mit.

Ihre Biografie weist eine umfassende Tätigkeit und Erfahrung in allen Feldern der Kreispolitik aus. Sie ist eine zielstrebige, verantwortungsbewusste und entscheidungsfreudige Persönlichkeit. Ihre Vorstellung in den Gremien des Kreises hatte viele von uns überzeugt

Frau Ladwig ist parteilos. Das hat sie zur besonders attraktiven Kandidatin für die Wahl gemacht, denn es gibt insgesamt 8 verschiedene Gruppierungen im Kreistag, die oft sehr unterschiedliche Auffassungen haben. Es war in der Vergangenheit oft problematisch, Kontinuität und Verlässlichkeit in die Politik zu bringen, auch aufgrund des Wirkens eines CDU-Landrates. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass mit einer parteipolitisch unabhängigen Landrätin die Weichen für eine zukunftsorientierte Politik für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Plön geschaffen werden. Ihre Arbeit und Erfahrung in Nordfriesland zeigten, dass sie ausgeprägte integrativen Fähigkeiten und Führungsqualitäten hat. Die sind absolut notwendig, um zu positiven Ergebnissen für die Menschen in unserem Kreis zu kommen.

Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit mit ihr.

Alles Gute und viel Erfolg Stephanie Ladwig!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.12.2010, 15:15 Uhr - 1463 Clicks - Nr. 1215

Oberbürgermeister, Kämmerer und Kooperation konsolidieren gemeinsam!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung haben gemeinsam mit Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) und Stadtkämmerer Gert Meyer (CDU) einen klugen Konsolidierungshaushalt beschlossen. Bestandteil dieses Konsolidierungshaushaltes ist auch eine Stellenbewirtschaftung, mit der Personalkostensteigerungen bis zum Jahr 2020 „eingefroren“ werden, indem nur jede zweite bis dahin freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden soll. So hat es der christdemokratische Stadtkämmerer in seinem Vorbericht (S. 23) angekündigt, und so haben SPD, Grüne und SSW die geplanten Aufwendungen für Personal um 6 Mio. Euro gesenkt. SPD, Grüne und SSW unterstützen, was Stadtkämmerer Gert Meyer (CDU) in seiner Haushaltsrede erläutert hat: „Die konsequentere Stellenbewirtschaftung senkt im ersten Schritt die Personalkosten. Im zweiten Schritt erwarten wir dadurch eine verstärkte Prozessoptimierung und Aufgabenkritik in den einzelnen Bereichen der Verwaltung. Ziel ist es, eine der Aufgabenfülle angemessene Personalausstattung zu bekommen oder – um es andersrum zu formulieren – eine der Personalausstattung angemessene Aufgabenfülle.“

Die schrillen Misstöne einzelner CDU-Fraktionsmitglieder können die mittlerweile für alle erkennbare Führungskrise innerhalb der Kieler Union nicht überdecken. Der christdemokratische Kämmerer bringt gemeinsam mit dem Oberbürgermeister einen vernünftigen und guten Konsolidierungshaushaltsentwurf ein – und der CDU-Fraktionschef demontiert seinen Kämmerer, indem er die Ablehnung dieses Haushaltsentwurfes befiehlt. In der Haushaltsdebatte tragen jene Teile der CDU-Ratsfraktion, die überhaupt noch an der Diskussion teilnehmen dürfen, hanebüchene Behauptungen vor, während die sachkundigen Expertinnen und Experten aus der CDU-Ratsfraktion verbissen schweigen zu einem Stil, der unter ihrer Würde ist. Und am Redepult setzen sich Konservative Hampelmannmützen auf und tragen Knüttelverse vor, als wäre die Ratsversammlung unserer Stadt ein Stammtisch!

Wir sagen: Schluss damit. SPD, Grüne und SSW fordern von der CDU die Rückkehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung über das Gemeinwohl. Die interne Führungskrise der CDU darf nicht auf dem Rücken der Kielerinnen und Kieler ausgetragen werden.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.12.2010, 17:38 Uhr - 1235 Clicks - Nr. 1216

Verantwortung ist nicht teilbar und schließt FDP ein!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, erklären:

"Die Rathauskooperation wird der FDP auch weiterhin mit Geduld und Freundlichkeit begegnen, bis die Kieler Liberalen den Mut finden, über Haushaltskonsolidierung auch wirklich zu entscheiden und nicht nur allgemein darüber zu sprechen. Unsere Tür bleibt offen. Schließlich sind wir alle dem Gemeinwohl unserer Stadt verpflichtet. Verantwortung ist nicht teilbar."

Keine Kommentare

Osterrönfeld als Drehkreuz für Offshore-Offensive

Der Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein wird zunehmend durch Offshore-Windparks realisiert. Mehrere Milliarden Euro sollen mittelfristig für den Bau im Offshore-Bereich investiert werden. Der derzeit im Bau befindliche Schwerlasthafen in Osterrönfeld soll dabei zukünftig eine zentrale Rolle übernehmen. Dies wurde während der Kooperationsunterzeichnung von neun schleswig-holsteinischen Häfen bekannt, die am 13. Dezember 2010 in Rendsburg/Osterrönfeld stattgefunden hat.



Die Windenergiebranche wird durch die geplanten Offshore-Windparks vor große Herausforderungen gestellt, die nicht nur mit dem Bau einhergehen, sondern auch anschließend für die Unterhaltung und den Service der Windparks entstehen. Vor allem logistischen Fragestellungen im Hafenbereich stehen derzeit ganz oben auf der Agenda der grünen Economy. Aus diesem Grund haben die schleswig-holsteinischen Nordsee-Häfen ein Kooperationsabkommen unterzeichnet und treten fortan unter dem Namen „Hafen-Kooperation Offshore-Häfen Nordsee SH“ gemeinsam bei Fachmessen und Konferenzen auf. Mit dabei sind die Häfen in Brunsbüttel, Büsum, Dagebüll, Helgoland, Husum, Osterrönfeld, Wyk auf Föhr sowie die Sylter Häfen List und Hörnum. Ziel soll es sein, den Unternehmen der Windkraftbranche ein attraktives Logistikangebot zu unterbreiten, indem die Häfen ein ausgefeiltes und eng miteinander abgestimmtes Logistikportfolio erstellen. Durch die unterschiedlichen Stärken der beteiligten Häfen können der Offshore-Branche attraktive und maßgeschneiderte Lösungen für die logistischen Herausforderungen angeboten werden, so die Organisatoren der Hafen-Kooperation.

So sehen erste Konzepte vor, die beiden schwerlastfähigen Häfen in Brunsbüttel und Osterrönfeld mit einem "Shuttle" zu verbinden, da vor allem in Osterrönfeld erhebliches Potenzial bei der Errichtung von Windkraftanlagen gesehen wird. Hierfür seien der im Bau befindliche Neue Hafen Kiel-Canal und die angrenzenden neu entstehenden Gewerbeflächen ein ausschlaggebendes Zeichen. So könnten in Osterrönfeld zentrale Bestandteile für die Windkraftanlagen gebaut und dann auf direktem Weg nach Brunsbüttel zur Vormontage geliefert werden, von wo aus dann der Transport zu den Offshore-Windparks in der Nordsee erfolgen könnte. Hieraus sollen vor allem Kosten- und Zeitersparnisse realisiert werden, indem eine eng verzahnte Produktionskette für zukünftige Windparks errichtet wird.

Mit der Ansiedlung des Windenergieunternehmens REpower Systems AG ist Osterrönfeld hierbei bereits auf gutem Wege, zumal die Bauarbeiten für den Neuen Hafen Kiel-Canal sowie angrenzende Gewerbeflächen und Zubringerstraßen in 2011 fertiggestellt werden.

Weitere Infos zum Schwerlasthafen in Osterrönfeld sowie allen weiteren Themen finden Sie hier [\[mehr\]](#)

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 14.12.2010, 08:03 Uhr - 3498 Clicks - Nr. 1218

Politische Kontrolle von Haftung und Risiko erforderlich!

Zur Vernehmung des ehemaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber:

Danke, Peer Steinbrück!

Peer Steinbrück hat in der ihm eigenen kurzen und prägnanten Weise deutlich gemacht, dass die Verantwortung für die Rettung der HSH-Nordbank allein in den Händen der Anteilseigner lag. Daher ist es völlig unverantwortlich, dass das Land im Aufsichtsrat nicht mehr durch Ministerinnen oder Minister direkt vertreten ist.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 14.12.2010, 09:13 Uhr - 8370 Clicks - Nr. 1219

SPD-MdB Franz Thönnies: Engagement in der Selbsthilfe braucht Unterstützung

In den Selbsthilfegruppen im Kreis Segeberg sind rund 1.400 Menschen aktiv. Diese Zahl beeindruckte den SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies bei seinem Besuch in der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KIS) in Bad Segeberg.



Der Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Heinrich Westphal, und KIS-Mitarbeiterin Sabine Ivert-Klinke informierten den Politiker über die Aufgaben der Kontaktstelle, die vom Kreisverband Segeberg der Arbeiterwohlfahrt (AWO) getragen wird, sowie über die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen. Die Einrichtung KIS wie auch die einzelnen Selbsthilfegruppen werden vor allem durch die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen finanziell unterstützt.

„Die KIS vermittelt Interessierte in geeignete Selbsthilfegruppen, hilft beim Aufbau neuer Gruppen und berät bestehende Gruppen etwa beim Stellen der Förderanträge an die Krankenkassen“, fasste Sabine Ivert-Klinke zusammen. Heinrich Westphal betonte, wie wichtig die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand, allen voran des Landes, für die Selbsthilfearbeit sei. „Wir machen uns Sorgen, weil der soziale Vertrag vom Land gekündigt ist und wir mit erheblich weniger Fördergeld rechnen müssen“, betonte Westphal.

„Eine Selbsthilfegruppe kann weder chronische noch psychische Erkrankungen heilen, oft begegnen Betroffene erst in einer Gruppe anderen Menschen, von denen sie sich verstanden fühlen. Ich habe den Eindruck, so tanken die Mitglieder Kraft für den Alltag“, berichtete Frau Ivert-Klinke. Besondere Sorge macht Thönnies, dass immer mehr Menschen am „Burn-Out“ und Depressionen erkranken. Die Gesprächsteilnehmer sehen hier eine Ursache auch im wachsenden Druck an vielen Arbeitsplätzen. Gerade hier seien die Selbsthilfegruppen-Angebote eine wertvolle Ergänzung im Gesundheitswesen. „Gerade deshalb ist das Engagement auch weiterhin auf öffentliche, finanzielle Unterstützung angewiesen, für die ich mich auch einsetzen werde“, so der SPD-Politiker.

Foto: v.l.n.r.: Heinrich Westphal, AWO-Kreisvorsitzender, Sabine Ivert-Klinke, KIS-Koordinatorin, Franz Thönnies, SPD-Bundestagsabgeordneter

Keine Kommentare

Weihnachtswunschbaum und Spende für das Frauenhaus

Durch ein Gespräch mit Mitarbeitern des Frauenhauses Itzehoe hatte die Landtagsabgeordnete und AsF-Kreisvorsitzende Birgit Herdejürgen die Idee. Statt Blumen und Präsente zur Einweihung des neuen SPD-Büros, sollte für eine Spende zugunsten des Fördervereines „Itzehoer Frauenhaus“ geworben werden. 200 € kamen zusammen.

Anlässlich des Aktionstages „Gegen Gewalt gegen Frauen“ wurde diese Spende durch den „Weihnachtswunschbaum“ erweitert.



Die AsF-Mitstreiterinnen hatten auf dem Itzehoer Marktplatz einen Weihnachtsbaum aufgestellt und baten die Marktbesucher auf vorbereiteten roten Pappsternen Wünsche für die Bewohnerinnen des Frauenhauses niederzuschreiben, um dann mit den Wünschen den Baum zu schmücken.

Mut, Vertrauen, Neuanfang, Hilfe waren nur einige der Wünsche der Menschen. „Das ist eine gute Möglichkeit auf das Thema aufmerksam zu machen, Die Leute mussten sich mit dem Thema richtig auseinandersetzen“, erklärte die Landtagsabgeordnete. Die Aktion kam gut an. „Das machen wir nächstes Jahr wieder“, sind sich die sozialdemokratischen Frauen einig.

Zusammen mit der Spende überreichten Kreisvorsitzender Rudolf Riep, seine Vertreterin Kristin Fuchs, sowie Birgit Herdejürgen den geschmückten Baum und zahlreiche Schokoladenweihnachtsmänner an Frauenhaus Mitarbeiterin Sabine Bahlo.

Mit der Spende können Dinge finanziert werden, die sonst nicht möglich sind und gerade in der Weihnachtszeit die Frauen und Kinder auf andere Gedanken bringen. Plätzchen backen, Kinobesuch, ein Ausflug auf den Weihnachtsmarkt und ähnliches. „Denn für diese Dinge ist im Haushalt des Frauenhauses nichts vorgesehen, da die Kosten pro Platz in Zeiten leerer Kassen mehr als knapp bemessen ist“, berichtet Sabine Bahlo.

„Der Druck auf das Itzehoer Frauenhaus wird sich noch erhöhen, wenn die im Haushaltsentwurf der schwarz-gelben Regierung geplanten Kürzungen für Frauenhäuser und die Schließung einer Einrichtung im Land realisiert werden“, kritisierte die Landtagsabgeordnete erneut die Pläne der Regierung.

Keine Kommentare

Segeberger SPD-Mitglieder bei der EU

Die Bargtheider SPD hat Neuland betreten und erstmals zu einer Bus-Reise eingeladen. Die Sozialdemokraten charterten zwei Busse für eine viertägige Fahrt nach Belgien. Neben Stadbesichtigungen stand auch ein Besuch des EU-Abgeordnetenhauses und Gespräche mit

Mitarbeitern der Parlamentarier auf dem Reiseprogramm.

98 Mitreisende besteigen den Bus in Bargteheide. Es sind viele SPD-Anhänger dabei, aber auch Interessierte aus den Kreisen Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Bad Segeberg dabei.

„Ich bin durch ein Stellschild darauf aufmerksam geworden“, sagt eine Teilnehmerin aus dem Kreis Bad Segeberg. Andere haben in der Arbeitsgruppe „60-plus“ der SPD von der Fahrt erfahren. „Über die Internetseite der Landes-SPD habe ich davon erfahren“, sagt Gerd Günther, Kommunalpolitiker in Schmalfeld bei Kaltenkirchen. Die Teilnehmer kommen aus 25 Städten und Gemeinden im Land, drei Viertel sind über 60 Jahre alt.

Reinhold Bilz vom Bargteheider Ortsverein hatte die Reise vorbereitet. „Wir wollten den Bürgern die Europäische Union näherbringen und die verbreitete Verdrossenheit dagegen abbauen“, sagt er. Etwa 80 Prozent gehören der SPD an, viele sind Kommunalpolitisch aktiv, auch ein Bürgermeister fährt mit. Reiseführer sind Susanne Danhier, die Vorsitzende der Bargteheider SPD und stellvertretende Kreisvorsitzende sowie Andreas Bäuerle, Stadtvertreter und Vorsitzender des Europavereins.

Der Bus fährt nach Brüssel, einem der Hauptsitze der Europäischen Union. Sind dort die Bürokraten, die sich vor allem mit der Normung von Gurken beschäftigen? „Nein, diese Norm wurde längst wieder aufgehoben“, sagt Bodo Lehmann, persönlicher Referent von Energie-Kommissar Günter Oettinger im Frühstücksraum des Hotels. Die Politiker und ihre Mitarbeiter arbeiteten hart an wichtigeren Fragen. „Von 8 bis 23 Uhr ist mein Chef eingespannt“, sagt Lehmann. Gerade sei die Richtlinie über die Entsorgung nuklearer Abfälle erarbeitet worden. In Vorbereitung sei ein Thementag über die künftige Energieversorgung mit Schwerpunkt auf den erneuerbaren Energien. „Deren Anteil soll in den kommenden zehn Jahren auf 20 Prozent ausgebaut werden“, sagt Lehmann.

Lehmann kommt verspätet ins Hotel der Reisegruppe, die Organisatoren sind schon beunruhigt darüber. Zweimal ruft Oettinger seinen Referenten während des Vortrags auf dem Handy an. Ob sich Oettinger gegen ein atomares Endlager in Baden-Württemberg ausgesprochen habe, will ein Mitreisender wissen. „Beim nächsten Anruf kann ich ihn selbst fragen“, scherzt Lehmann. Schon nach einer Stunde entschwindet er wieder. „Länger kann ich wirklich nicht bleiben“, sagt er noch und nimmt eine Flasche Sekt von Susanne Danhier entgegen, der und Ortsvorsitzende in Bargteheide. Eigentlich hatte Oettinger selbst zugesagt, dann wurde als Ersatz ein Treffen mit Hick angekündigt.

Höhepunkt für viele der politisch Interessierten ist die Begegnung mit Jo Leinen (SPD), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen und Fischerei. „Klimaschutz wird das Topptema im 21. Jahrhundert“, sagt er, „noch in diesem Jahrzehnt wird sich entscheiden, ob wir die Probleme packen.“ Nach der Pleite von Kopenhagen hofft er auf die nächste Runde der Klimakonferenz, die im kommenden Dezember in Mexiko geplant wird.

Auch beim Elektroschrott strebt die EU eine umweltfreundlichere Lösung an. „Hersteller sollen ihre Produkte wieder zurücknehmen“, sagt Leinen. Bisher werde ein Großteil des europäischen Schrotts in Westafrika unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen zerlegt. Die EU strebe eine Rücknahme-Quote von 85 Prozent an. Bereits ab 2014 soll eine entsprechende Verordnung gelten.

Bei der Stadtführung in Brügge wird auch der Konflikt zwischen Flamen und Wallonen deutlich, den zwei Bevölkerungsgruppen Belgiens. Seit sechs Monaten hat das Land nur eine geschäftsführende Regierung, eine Neubildung ist bisher misslungen. „Wir sind sechs Millionen, Wallonien hat nur vier Millionen Einwohner“, sagt der flämische Reiseführer. Die Flamen alimentierten den Französisch sprechenden Süden mit zwölf Milliarden Euro pro Jahr: „Das geht jetzt nicht mehr“, findet der Stadtführer. Er betont die Verwandtschaft von deutscher und flämischer Kultur sowie der Sprache. Über die Franzosen weiß er viel Schlechtes zu berichten. „Die Revolutionstruppen haben Brügge 1799 verwüstet“, sagt er.

Im Bus herrscht gelöste Stimmung während der Rückfahrt. „Alle sind zufrieden, trotz der

Pannen", sagt Susanne Danhier. Der Aufzug im Hotel hatte die letzten beiden Tage gestreikt. sagt Gudrun Wramp. Ehemals Leitende Verwaltungsbeamtin im Amt Bargteheide-Land. Sie ist jetzt im Ruhestand, doch weiterhin politisch interessiert. „Ich bin kein SPD-Mitglied“, betont sie, „doch es hat mir gefallen. Die Reise war gut und nicht parteipolitisch geprägt, ich habe von allen Seiten etwas erfahren“, sagt sie. Dietmar Bittner, Gemeindevertreter in Henstedt-Ulzburg, hätte gern noch mehr Politisches erfahren: „20 Stunden Busfahrt für zwei Stunden EU sind etwas wenig.“

„Wir haben bewiesen, dass wir Roten das auch organisieren können“, sagt Susanne Danhier während der Rückfahrt. Zu Beginn kommenden Jahres möchte der Bargteheider Ortsverein einen „Belgien-Abend“ veranstalten, mit belgischem Bier, Nationalgerichten und natürlich den Fotos von der Reise. Alle Mitreisenden werden dazu eingeladen.

von Hans-Peter Meier
Journalist

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 14.12.2010, 15:17 Uhr - 11101 Clicks - Nr. 1222

„Auch Religionen betreiben Wahlkampf um die besten Ideen“

Segeberger Sozialdemokraten im Gespräch über Integration und andere Themen.

Die SPD im Kreis Segeberg probierte eine neue Form der inhaltlichen Arbeit aus und lud zur „Roten Werkstatt“ in die Jugend- und Begegnungsstätte „Haus Rothfos“ nach Mözen ein. Einen Tag lang konnten Mitglieder und Sympathisanten der SPD im Kreis Segeberg über verschiedene Themen abseits der Kommunalpolitik diskutieren.

Zur Debatte um Integration, die Rolle des Islam in unserer Gesellschaft und zur Diskussion über die Äußerungen von Thilo Sarrazin lud der SPD-Kreisverband zur abendlichen Gesprächsrunde mit Habib Tariq, Präsident der Ahmadyya Muslimt Jamat Gemeinde aus Nahe und Serpil Midyalti, der Sprecherin für Integration der SPD-Landtagsfraktion, ein.

Habib Tariq brachte den interessierten Zuhörern die religiösen Überzeugungen seiner Religionsgemeinschaft nahe, räumte mit Vorurteilen auf und nahm Stellung zur aktuellen Auseinandersetzung über Integrationsprobleme von Ausländern in Deutschland. Deutlich wurde, dass es seiner islamischen Gemeinde keineswegs darum geht, missionarisch tätig zu sein. Dass jede Glaubensgemeinschaft von ihrer eigenen Idee überzeugt ist, ist „wie ein Wahlkampf der Religionen“. Am Ende müsse sich jeder selbst entscheiden, welcher Idee man seine Stimme gibt, wie bei Wahlen von Parteien. „Ist das nicht legitim?“, fragte er kritisch. Serpil Midyatli stellte besonders heraus, dass die Ursachen der immer wieder benannten Probleme und Ungleichheiten nicht in der religiösen Unterschiedlichkeit in unserer Gesellschaft zu suchen seien. Soziale Probleme hängen von vielen Faktoren ab: Bildung, Wahlstand, Umfeld und Erziehung. Die Religion spielt dabei kaum eine Rolle.

Am Vormittag wurde gemeinsam mit dem SPD-Landesvorstandsmitglied Stefan Bolln aus Barmstedt über die Zukunft der Energie und eine sichere Versorgung mit Strom und Wärme diskutiert. Dabei spielte sowohl die Kritik an der verbreiteten Nutzung von Biogas eine Rolle, als auch die bedeutende soziale Dimension der Energie-Frage.

Mit Gottlieb Förster - Kreisvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen - verschafften sich die Teilnehmer einen Überblick über die Rentenpolitik der SPD und der schwarz-gelben Bundesregierung und bekräftigten die Forderung der Kreis-Partei, von der Rente mit 67 in ihrer jetzigen Form abzuweichen.

In einer weiteren Arbeitsgruppe wurde zu dem Thema „Demokratie und Partizipation im Jahre 2020“ gearbeitet. Hier haben die Teilnehmer erste Impulse für eine breit angelegte Diskussion

über die zukünftig notwendige Ausgestaltung unserer Demokratie vor dem Hintergrund von Fehmarn-Belt-Querung, Stuttgart 21 und sinkender Wahlbeteiligung gelegt.

Prof. Rainer Burchardt, Dozent an der Fachhochschule Kiel und ehemaliger Chefredakteur des Deutschlandfunks, führte interessierte Mitglieder in die Tricks und Kniffe der Pressearbeit für SPD-Ortsvereine ein.

Kommentar von [Katrin Fedrowitz](#) vom 15.12.2010, 15:42 Uhr:

RE: „Auch Religionen betreiben Wahlkampf um die besten Idee

Ein toller Start in die "Rote Werkstatt" mit vielen neuen Impulsen. Ich empfehle allen GenossInnen aus dem Kreis Segeberg, die Chance zu ergreifen und an einem der nächsten Termine teilzunehmen. Vielen Dank an die Organisatoren!!!

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.12.2010, 02:20 Uhr - 3396 Clicks - Nr. 1223

SPD und Grüne unterstützen Volksinitiative "Schulfrieden Schleswig-Holstein"

Eine ungewöhnliche Aktion starten die SPD und Bündnis 90/Die Grünen am Samstag vor dem vierten Advent:



An zwei Ständen im Kreis werben sie gemeinsam mit Vertretern der Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig–Holstein“ für Unterschriften.

Die Volksinitiative will erreichen, dass die Schulen im Lande Sicherheit und Ruhe für ihre Entwicklung erhalten und dass die Landesregierung bis zum Jahr 2013 deshalb auf neue Gesetze im Schulbereich verzichtet.

Die Kreisverbände von Bündnis90/Die Grünen und der SPD haben beschlossen, diese Initiative zu unterstützen.

Möglichst noch in diesem Jahr müssen 20.000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden, damit die Volksinitiative erfolgreich ist. Dann muss der Schleswig–Holsteinische Landtag sich mit dem Anliegen befassen. Wenn er ihm nicht folgt, kann die Initiative ein Volksbegehren anschließen.

Doch zunächst geht es darum, 20.000 Unterschriften zu sammeln, damit die Volksinitiative die erste Hürde nimmt.

Die beiden Stände, an denen jeder Schleswig–Holsteiner eine Unterschrift leisten kann, werden in Mölln vor dem ehemaligen Karstadt–Gebäude in der Hauptstraße und in Geesthacht in der Bergedorfer Straße zu finden sein, jeweils Samstag, den 18.12. von 10 bis 12 Uhr.

Hintergrund (Quelle: www.schulfrieden-sh.de)

Die (Volks-) Elterninitiative „Schulfrieden-Schleswig-Holstein!“, fordert eine sofortige Aussetzung der vorgesehenen Änderungen des Schulgesetzes in Schleswig-Holstein und den Erhalt des derzeit gültigen Schulgesetzes. Zudem fordern wir einen verbindlich festgelegten Schulfrieden bis zum Juli 2013.

Seit 2007 arbeiten im ganzen Lande allein fast 300 weiterführende Schulen (134 Gemeinschaftsschulen, 61 Regionalschulen und 100 Gymnasien) nach dem gültigen Schulgesetz. Die Schulen, Eltern und Schulträger speziell der Gemeinschafts- und

Regionalschulen haben sich im Vorfeld der 2007 erfolgten Neuordnung der schleswig-holsteinischen Schullandschaft viele Gedanken über die zukünftige Form ihrer Schulen und ihres Unterrichts gemacht und diese in verbindlichen, vom Ministerium genehmigten pädagogischen Konzepten nieder gelegt. Dabei war für die Gemeinschaftsschulen absoluter Kernpunkt das „Längere Gemeinsame Lernen“. Dieses „Herzstück“ der Gemeinschaftsschulen war für die Eltern im Lande dann auch der entscheidende Punkt, mit überwältigender Mehrheit eine Gemeinschaftsschule als weiterführende Schule für ihre Kinder zu wählen. Wer eine andere Art des Unterrichts bevorzugte, konnte und kann bis jetzt ebenso eine Regionalschule oder ein Gymnasium für seine Kinder anstreben. Die vorgesehene Änderung des Schulgesetzes verwässert nun diese relativ klaren Profile der verschiedenen Schulformen durch die Beliebigkeit der Möglichkeiten. Wir brauchen aber in diesem Stadium der „Findung“ keine Beliebigkeit, sondern im Gegenteil Verlässlichkeit! Die neu eingeführten Schulen müssen erst einmal wenigstens einen kompletten Durchlauf OHNE so gravierende Änderungen des laufenden Systems durchleben können, um dann überlegt nach zu bessern, statt jetzt mitten in der Entwicklung verunsichert zu werden. Lehrer und Schulen, wie auch die Eltern, müssen mit den neuen Systemen erst einmal klar kommen, Strukturen innerhalb der Schulen müssen geschaffen werden, um Anfangsschwierigkeiten zu beheben, neue Methoden zur Gewohnheit werden. Unsere Kinder, egal welchen Schulabschluss sie anstreben, sollen optimale Möglichkeiten haben, diesen ohne allzu viel Stress zu erreichen. All das braucht Zeit und Verlässlichkeit, nur durch diese Verlässlichkeit wird nach gründlicher Auswertung der Erfahrungen, z.B. durch eine einzusetzende Einigungskommission aller Beteiligten, dann eine sinnvolle Bewegung an den Schulen möglich sein. Wir fordern darum einen verbindlichen Schulfrieden bis Juli 2013, um die ständigen, nur halb durchdachten Nachbesserungen und daraus resultierenden Verunsicherungen für Schulen, Schulträger und Eltern zu stoppen.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.12.2010, 13:11 Uhr - 3629 Clicks - Nr. 1224

AfA SL-FL begrüßt BAG-Urteil zur Leiharbeit

Die AfA SL-FL begrüßt die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, wonach die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) nicht tariffähig ist. Nach Auffassung der Richter ist die CGZP trotz der vielen von ihr abgeschlossenen Tarifverträge keine Gewerkschaft, da ihr aufgrund fehlender Mitglieder die dafür erforderliche Tarifrächtigkeit fehle.

Mit dem Urteil des BAG hat die Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Gefälligkeitstarifverträge auch in der Leiharbeitsbranche zu unterbinden, in der höchsten Instanz Erfolg gehabt.

Nach Auffassung des Gerichts hat die CGZP überwiegend Gefälligkeitstarifverträge abgeschlossen. Sie besitzt keine wirkliche Durchsetzungskraft gegenüber ihrem sozialen Gegenspieler. Die CGZP ist keine Gewerkschaft oder gewerkschaftliche Spitzenorganisation im Sinne eines Rechtssystems. Derartige Organisationen drohen das Tarifvertragssystem durch Billigkonkurrenz vollständig auszuhöhlen. Das Urteil stärkt daher auch die Tarifautonomie.

Mit Blick auf die Leiharbeitsbranche ist jetzt die Bundesregierung am Zuge. Die schwarz-gelbe Koalition muss endlich gesetzliche Lösungen zum Schutz der über 900.000

Leiharbeitsbeschäftigten vor Lohndumping entwickeln. Generell muss gesetzlich sicher gestellt werden, dass vom ersten Tag an das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ angewandt wird. Darüber hinaus muss die Branche ins Arbeitnehmerendengesetz aufgenommen und der bereits ausgehandelte Mindestlohtarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Keine Kommentare

Fraktionsvorstand

... der alte ist auch der neue ...

Auf ihrer Dezembersitzung wählte die SPD-Fraktion turnusgemäß ihren neuen Vorstand.

An der Spitze steht wieder Hannes Kröger. Ihm zur Seite stehen Bernd Wersel als sein Stellvertreter sowie neu als Geschäftsführer Werner Braun.



Der Vorstand wünscht euch weiterhin ein gutes Händchen und viel Einsatz bei den anstehenden schwierigen Aufgaben, die in Glinde auf uns warten.

Frank Lauterbach
1.Vorsitzender der SPD Glinde

Keine Kommentare

„Fischereiminister müssen an die Leine“

EU-Fischereiminister folgen bei Fischfangmengen erneut nicht dem Rat der Wissenschaftler / Europäisches Parlament fordert Mitspracherechte

Die EU-Fischereiminister haben in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch nach langen Verhandlungen über die Fischfangmengen in der Nordsee für das kommende Jahr entschieden. Den Vorschlag der Europäischen Kommission, der auf den Empfehlungen neutraler Wissenschaftler basiert, folgten die Minister in entscheidenden Punkten nicht.

„Auffallend ist, dass dort, wo die Minister durch so genannte Langzeitmanagementpläne nur einen eingeschränkten Spielraum haben, vernünftig Entscheidungen getroffen wurden. Bei anderen Beständen hingegen sind die Minister teilweise massiv von den Forderungen der Kommission und Wissenschaft abgewichen“, kommentierte die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Ulrike Rodust das Ergebnis der Verhandlungen.

Besonders kritisierte Rodust die Entscheidungen zu den irischen Fanggebieten: Obwohl der Kabeljaubestand in der irischen See und westlich von Schottland zusammengebrochen sei und die Fischerei schrittweise eingestellt werden müsste, dürfen im kommenden Jahr 75 Prozent der Fangmenge aus 2010 gefischt werden.

Um ähnliche Ergebnisse für die Zukunft zu vermeiden, fordert Rodust den Entscheidungsspielraum der Fischereiminister im Sinne einer nachhaltigen Fischereipolitik einzuschränken: "Die letzte Nacht zeigt: Unsere Minister müssen an die Leine – und diese Leine wären mehr Langzeitmanagementpläne. Leider will der Rat das nicht und blockiert die Verabschiedung weiterer Pläne." Hintergrund ist, dass der Ministerrat versuche, den Lissabon-

Vertrag zu umgehen und eine Beteiligung des Europäischen Parlaments an den Plänen zu verhindern.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.12.2010, 16:05 Uhr - 1205 Clicks - Nr. 1227

Gesamtstädtisches Einzelhandelskonzept

Zum Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept erklären die wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann:

„Das Gesamtstädtische Einzelhandelskonzept (GEKK) wird die Grundlage bilden für die zukünftige Entwicklung der Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt und den Stadtteilzentren. Dabei kommt dem GEKK sowohl eine städteplanerische als auch eine wirtschaftspolitische Bedeutung zu.

Mit der Umsetzung des Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzepts wollen SPD und Grüne Einzelhändlern, Investoren und Grundeigentümern Sicherheit in ihren Planungen geben, was schnellere Investitionsentscheidungen zur Folge haben wird. Wir werden dafür sorgen, dass das GEKK auch konsequent umgesetzt wird.

Wichtig ist für SPD und Grüne auch, dass die Kieler Innenstadt mit seiner außergewöhnlichen Lage an der Kieler Förde besonders geschützt und weiterentwickelt wird. Wir wollen das „Veröden“ von Innenstädten verhindern und die Attraktivität der Kieler Innenstadt für die Bewohnerinnen und Bewohner erhalten.

SPD und Grüne setzen sich weiterhin dafür ein, dass mit Hilfe des Konzepts eine flächendeckende, wohnortnahe Grundversorgung im Gebiet der Landeshauptstadt Kiel gesichert und ausgeweitet wird. Insbesondere wollen wir, dass jede Kielerin und jeder Kieler wohnortnah und somit fußläufig einkaufen gehen kann. Eine Gefährdung dieser Situation durch Einkaufszentren auf der grünen Wiese muss begrenzt werden.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 15.12.2010, 17:32 Uhr - 9417 Clicks - Nr. 1228

MdB Sönke Rix: Ein verlorenes Jahr

Vor etwas mehr als einem Jahr ist diese Bundesregierung angetreten, die Politik in Deutschland zu verändern. Dem Höhenflug folgte schnell eine Bruchlandung: Keine Regierung vorher hat so schnell das Vertrauen verspielt. Politisch war dies für die meisten Bürgerinnen und Bürger ein verlorenes Jahr:

Mit der Gesundheitsreform werden Kostensteigerungen künftig allein auf die Versicherten abgewälzt. Die Krankenversicherungsbeiträge steigen auf 15,5 Prozent, hinzu kommen Zusatzbeiträge, die allein die Versicherten tragen müssen. Das ist der Einstieg in die ungerechte Kopfpauschale. Unser Konzept für eine Bürgerversicherung sieht dagegen vor, alle Einkommen zu beteiligen.



Eine gute Versorgung darf nicht vom sozialen Status des Einzelnen abhängen.

Statt das Elterngeld auszuweiten, kürzt Schwarz-Gelb bei Gering- und Normalverdienern. Langzeitarbeitslosen streichen sie das Elterngeld sogar ganz. Reiche Familien hingegen haben keine Einbußen. Und statt den Ausbau von Kitas voranzutreiben, will Schwarz-Gelb ab 2013 ein Betreuungsgeld für Familien zahlen, die ihr Kind nicht in den Kindergarten schicken. Bei der Neuregelung von Arbeitslosengeld II hat Schwarz-Gelb für Kinder eine Nullrunde beschlossen. Das zusätzliche Bildungspaket ist völlig unzureichend.

Eine moderne Kinder- und Bildungspolitik wäre darauf ausgerichtet, allen Kindern gleiche Rechte und Leistungen zu bieten statt Sonderregelungen für „Bedürftige“ zu schaffen. Wir wollen deswegen vor allem die Infrastruktur vor Ort an Schulen und Kindertagesstätten ausbauen, damit allen Kindern und Jugendlichen ein angemessener und freier Zugang zu Bildung, Betreuung und Teilhabe ermöglicht wird. Es reicht nicht, ein warmes Mittagessen in ein Gesetz zu schreiben, es muss an den betreffenden Schulen auch eine Mensa geben.

CDU/CSU und FDP blockieren weiter den Mindestlohn. Damit handeln sie gegen jede ökonomische Vernunft, denn faire Löhne fördern die Kaufkraft und stärken die Wirtschaft. Wir finden: Wer hart arbeitet, der soll von seinem Lohn auch leben können und nicht auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen sein. In der letzten Legislaturperiode konnten wir immerhin in einigen Branchen einen Mindestlohn durchsetzen. Doch unser Ziel, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen, haben wir mit der Union nicht erreicht.

Wir werden unsere Konzepte für eine gerechte und solidarische Politik auch im Neuen Jahr weiterentwickeln und für unsere Positionen werben.

Bis dahin wünsche ich allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten, eine besinnliche Zeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 16.12.2010, 00:29 Uhr - 1378 Clicks - Nr. 1229

Kurzbericht zur Gemeindevertretung am 13.Dezember 2010

Wichtige Themen wie die Biogasanlage und der Haushalt der Gemeinde standen auf der Tagesordnung

1. Die Tagesordnung wurde wie vom Bürgermeister vorgeschlagen genehmigt, die Vertretung war beschlussfähig.
2. Aus der Einwohnerschaft wurde eine Frage zum Busverkehr und der damit verbundenen Straßenbelastung gestellt.
3. Das Protokoll der Sitzung vom 16.11.2010 wurde ohne Änderungen genehmigt.
4. Bericht vom Hauptausschuss: Vorsitzender Gerald Gleue berichtet von der Sitzung am 06.12.2010, insbesondere über die desolante Haushaltssituation der Gemeinde.
5. Stand Biogasanlage: Ein Bauantrag ist bislang weder beim Bauamt noch bei der Gemeinde eingegangen.

Bürgermeister Peters berichtet, dass Susanne Hanebuth ihm ihre Bereitschaft erklärt hat, die Gemeinde rechtlich zu unterstützen. Die Gemeindevertretung nimmt dieses dankend an. Daraufhin zieht die SPD ihren Antrag auf weitere sachverständige Beratung zurück. Auch zu der Forderung der Gemeinde gegen den Abwasserzweckverband hat der

Bürgermeister Susanne Hanebuth bei der rechtlichen Analyse einbezogen und wird sie ggf. zu Gesprächen mit dem AZV mitnehmen.

J. Brockmann berichtet, dass sich die SPD-Landtagsabgeordnete Anette Langner an den Landrat des Kreises gewandt hat, um die Genehmigungsverfahren von Biogasanlagen im Kreis in regionalen Konferenzen vorzubereiten.

Auch im Landtag wurde zu den landesweiten Auswirkungen ein Antrag von der SPD-Fraktion eingebracht. Er wurde unter den Anwesenden verteilt.

6. Nachtragshaushalt 2010: Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 schließt mit einem Defizit in Höhe von 14.800,00 € ab. Grund dafür ist, dass die eingeplante Erstattung vom AZV-Ostufer für die von der Gemeinde in den 90-er Jahren bezahlten Regenwasserleitungen nun doch nicht fließen. Die Erhöhung der Grundsteuern auf 310 % brachte zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 4.000 €, trotzdem kann die Gemeinde die laufenden Kosten nicht bezahlen, sondern muss einen Kredit aufnehmen. Angesichts des langen vergangenen Winters (Kosten von ca. 9.900 €!!!) ist das nicht so ganz verwunderlich.

Wie soll es erst im nächsten Jahr werden, wenn der Schnee schon am 01. Dezember kniehoch liegt?

7. HH-Plan 2011: Auch im nächsten Jahr wird die Gemeinde neue Schulden aufnehmen müssen. Bereits in der Planung beträgt das Defizit 14.800,00 €. Ein so hohes Defizit kann nicht durch noch so große Sparmaßnahmen ausgeglichen werden. Hier muss das Land über eine Reform der Gemeindefinanzierung (Lastenausgleich) tätig werden.

Auch eine weitere Reform der kommunalen Verwaltung steht beim Thema Kosten sparen ganz oben auf der Tagesordnung.

8. Sonstiges: Der Bericht über die Amtsorganisation wird im neuen Jahr gemeinsam mit dem Amtsdirektor Körber diskutiert.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 16.12.2010, 13:19 Uhr - 59723 Clicks - Nr. 1230

Die Arbeit des Europäischen Parlaments – für Kinder erklärt

Einen wichtigen und spannenden Beruf hat ihre Nachbarin, findet Mia aus Holzdorf. Denn diese Nachbarin ist Europaabgeordnete. Wie genau deren Arbeit im Europäischen Parlaments aussieht, erklärt das Mädchen den kleinen Leserinnen und Lesern des von Ulrike Rodust herausgegebenen Büchleins „Meine Nachbarin ist Europaabgeordnete“.

Auf 24 Seiten erzählt Mia, wie und wo das Europäische Parlament arbeitet, und wie sich die in Brüssel und Straßburg getroffenen Entscheidungen auch auf ihr eigenes Leben in Schleswig-Holstein auswirken.

Das Büchlein zum vorlesen lassen oder selber lesen ist von der Kieler Künstlerin Rita Erven liebevoll illustriert.

Es ist unentgeltlich über das [Europabüro von Ulrike Rodust](#) in Kiel erhältlich und kann auch im Internet unter http://www.spd-net-sh.de/rodust/images/user_pages/pdf/rodust_buechlein_final.pdf eingesehen werden.



Keine Kommentare

Vattenfalls späte Einsicht in die eigene Unfähigkeit

Zu den Presseberichten, dass der Energiekonzern Vattenfall seine Anteile an den AKW Krümmel und Brunsbüttel voraussichtlich an den Konkurrenten E.on abgeben will, sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Klarer als von Vattenfall mit der Absicht, die Betriebsführung seiner beiden Pannenreaktoren in Schleswig-Holstein abzugeben, kann die eigene Unfähigkeit als AKW-Betreiber gar nicht dokumentiert werden.

Vattenfall sieht sich offenbar alleine nicht in der Lage, die ggf. neuen Sicherheitsanforderungen in seinen Reaktoren zu gewährleisten. Offensichtlich zermürbt durch immer neue Pannen in den AKW und die Probleme, eine neue Werksleiterin in Krümmel einzusetzen, setzt Vattenfall die weiße Fahne aufs Dach.

Alleine die Nachricht, dass künftig E.on statt Vattenfall in unserem Land die Sicherheit über die beiden AKW gewährleisten soll, macht diese Reaktoren noch nicht sicherer. Die beste Nachricht wäre: Beide Pannenreaktoren werden erst gar nicht wieder angefahren."

Keine Kommentare

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist tot!

Zur Verschiebung der Abstimmung über den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag auf die Januar-Tagung des Landtages erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist offenbar für jede Überraschung gut! Nachdem er gestern schon in NRW ins Straucheln gebracht wurde, hat Schleswig-Holstein ihm heute den Rest gegeben.

Mit der Verabredung, die Debatte und Abstimmung auf die Januar-Tagung zu verschieben, ist der Staatsvertrag gestorben, denn er hätte wie unter den Ministerpräsidenten vereinbart bis 31. Dezember beschlossen werden müssen.

Mit dieser Entscheidung ist Schleswig-Holstein endlich mal an der Spitze!

Da der Staatsvertrag unserer Ansicht nach völlig unzureichend war und unsere Erwartungen nicht erfüllt hat, weinen wir ihm keine Träne nach.

Jetzt kann die Arbeit für einen sinnvollen und effektiven Medienschutz beginnen!"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.12.2010, 15:22 Uhr - 1163 Clicks - Nr. 1233

Mit dem Konjunkturprogramm Arbeit und Wirtschaft stärken!

Zum Bericht des Bürgermeisters über die Umsetzung der Konjunkturprogramme in Kiel zum 30.09.2010 (Drs. 1034/2010) erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann:

"Bis zum 30. September 2010 hat die Landeshauptstadt Kiel drei Viertel (rd. 16,5 Mio. Euro) der zusätzlichen Mittel aus der Konjunkturförderung des Bundes (rd. 22,0 Mio. Euro) über öffentliche Aufträge vergeben. Die Rathauskooperation aus SPD, Grünen und SSW begrüßt, dass weit über die Hälfte (rd. 9,3 Mio. Euro) dieser Aufträge an mittelständische Unternehmen aus der Region Kiel gegangen sind. Das Geld wird für die Herrichtung von Schulgebäuden, für energetische Sanierungen, für Fassadenarbeiten und für Straßenbaumaßnahmen verwendet. Damit unterstützt die Stadt die regionale Wirtschaft und sorgt für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Kiel und im Umland. Das ist aktive und sinnvolle Wirtschaftspolitik, von der Beschäftigte, Unternehmen und die Kielerinnen und Kieler durch bessere Schulen, Straßen und öffentliche Gebäude gleichermaßen profitieren."

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 16.12.2010, 17:31 Uhr - 2501 Clicks - Nr. 1234

Rede von Stadtvertreterin Ingeborg Illgmann am 14.12.2010

In der Bad Segeberger Stadtvertretung am 14. Dezember haben sich die Mitglieder der SPD-Fraktion gegen die geplante neue Seepromenade in Bad Segeberg ausgesprochen. Stadtvertreterin Ingeborg Illgmann hat dazu eine Rede ausgearbeitet und vorgetragen, die auch widerspiegelt, dass die SPD-Fraktion trotzdem weiter hinter dem Bad Segeberger Bürgermeister Dieter Schönfeld steht.

Unter diesem link lässt sich die Rede Ingeborg Illgmanns als pdf-Datei herunterladen!

http://www.spd-net-sh.de/seg/bad-segeberg/images/user_pages/_Rede_Ingeborg_Illgmann_doc.pdf

Diesen Link in Ihren Browser kopieren und dann erscheint die Rede!

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 16.12.2010, 23:41 Uhr - 4328 Clicks - Nr. 1235

„Sternstunde“ war soziale Bankrotterklärung

Zur Haushaltsdebatte im Landtag erklären die Wahlkreisabgeordneten Birte Pauls (Schleswig) und Lothar Hay (Flensburg):

Der Ministerpräsident bezeichnete die Haushaltsdebatte als Sternstunde des Parlaments Sternstunde? Kaum, wohl eher der Stoff für eine apokalyptische Finsternis. Die Auswirkungen des von CDU und FDP verabschiedeten Haushalts sind verheerend. Sozialer Kahlschlag im Land ist die Folge. Jedenfalls da hält der Ministerpräsident Wort, der in seiner Regierungserklärung sagte: „Wohlfahrt kann erdrücken“. Kürzung der Sozialverträge um 30%, des Landesblindengeldes um die Hälfte. Einzelne Einrichtungen bekommen von jetzt auf gleich gar kein Geld mehr und das alles, ohne dass man

mit den Betroffenen überhaupt gesprochen hat.

Die Schulpolitik von Minister Klug ist die Rolle rückwärts in die 60er Jahre.

Es war vielleicht handwerklich nicht alles gut, was wir in unserer Regierungszeit auf den Weg gebracht haben, aber inhaltlich ist es richtig, die Kinder gemeinsam lernen zu lassen und Förderangebote auszuweiten. Deshalb sollten wir den Schulen dafür Arbeitsruhe geben, damit sie Fehler erkennen und diese dann gemeinsam behoben werden können. Aber nach jedem Regierungswechsel einen Wechsel in der Schulpolitik herbeizuführen, ist gegenüber Schülern, Eltern und Lehrern verantwortungslos.

Das gemeinsam beschlossene beitragsfreie Kindergartenjahr wieder abzuschaffen und gleichzeitig auf Bundesebene eine finanzielle Belohnung einzuführen für Eltern, die ihre Kinder zu Hause behalten, zeigt die Rückwärtsgewandtheit von CDU und FDP. Der frühkindliche Besuch einer Kita stärkt nicht nur die Bildungschancen, sondern auch die sozialen Kompetenzen von Kindern.

Auch wir haben unsere Vorschläge für den Haushalt vorgebracht. Auch wir bekennen uns zur Haushaltskonsolidierung, auch wir wollen sparen. Und auch wir haben Kürzungen in vielen Bereichen vorgeschlagen, die uns weh tun werden, weil es Bereiche sind, die wir für wichtig halten. Aber kürzen allein reicht uns eben nicht. Wir brauchen neben einem sozial ausgewogenen Sparkonzept eine Verbesserung auf der Einnahmenseite z. B. durch Erhöhung der Grunderwerbsteuer und Überarbeitung der Mehrwertsteuersätze. Und weiterhin gilt für uns: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache!

Außerdem schlagen wir Strukturveränderungen in vielen organisatorischen Bereichen vor, z. B. den Abbau von bürokratischen Doppelstrukturen, Bürgernähe dort, wo sie notwendig ist; denn vieles kann auf Grund moderner Kommunikationsmittel auch neu organisiert werden.

Wir werden in Bildung und Klimaschutz z.B. an öffentlichen Gebäuden investieren und wir planen weitere Sozialverträge für Familien-, Senioren- und Jugendarbeit in Absprache mit den Dachverbänden, um soziale Netzwerke zu sichern und ihnen vor allem Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum zu geben. Auch das Ehrenamt braucht Strukturen, um die vielfältigen Aufgaben im sozialen Bereich zu erfüllen.

Die Haushaltsbeschlüsse, die mit den Stimmen der örtlichen Abgeordneten Johannes Callsen, Heike Franzen, Petra Nicolaisen, Susanne Herold (alle CDU) und Peter Brodersen (FDP) gefasst wurden, haben Auswirkungen auch auf den Kreis Schleswig-Flensburg. Sie belasten den Norden überproportional stark und lassen neben der sozialen Verantwortung auch eine regionale Ausgewogenheit vermissen.

Kürzungen für die Schulen der dänischen Minderheit von 100%

auf 85 % der Schülerkostensätze öffentlicher deutscher Schulen; damit wird die Minderheitenpolitik in die 70er Jahre zurückgeworfen.

Belastung der Eltern bei den Schülerbeförderungskosten: das betrifft besonders einen Flächenkreis wie Schleswig Flensburg. Doch der Zugang zu weiterführenden Schulen darf nach unserer Meinung nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Weitere Kosten, für z.B. das 3. Kindergartenjahr, die die Regierung wieder eingeführt hat, treffen besonders Familien stark.

Da die Dachverbände außer in wenigen Fällen selbst über die Zuwendungen entscheiden, ist es z. Zeit nicht möglich, genau aufzulisten, welche Bereiche stark betroffen sein werden. Auch Selbsthilfeeinrichtungen, z.B. KIBIS, die Familienbildungsstätten in Schleswig, Kappeln und Flensburg, Frauenberatungsstellen, die Jugendarbeit, die Eingliederungshilfe also die

Werkstätten für Menschen mit Behinderung – und viele weitere Bereiche sind von Kürzungen betroffen. Die Schließungen von „Frau und Beruf“ und „Zimtzicken“ sind geplant bzw. schon geschehen.

Die Zukunft des Landestheaters muss gesichert werden. Die SPD stellte den Antrag, dass die Theaterfinanzierung 2011 und 2012 jeweils aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs um 2% steigt. Das haben CDU/FDP abgelehnt.

Eine Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg wird es mit uns nicht geben, weil die Wirtschaftlichkeit einer Schließung durch das Justizministerium nicht nachgewiesen ist. CDU/FDP verschieben die Entscheidung zwar ins Jahr 2012, doch alles, was nicht negativ haushaltsrelevant ist, kann trotzdem ausgeführt werden, also auch die Schließung.

Auch die Grenzverbände sind stärker belastet, weil sie als Träger verschiedener Angebote von mehrfachen Kürzungen bedroht sind.

Die geplante Schwerpunktsetzung der Regierung in Zusammenarbeit mit Dänemark im Bereich der festen Fehmarnbelt-Querung lässt den nördlichen Landesteil in verantwortungsloser Art und Weise auf der Strecke bleiben.

Wir brauchen eine dauerhafte und ständige Zusammenarbeit mit dem südlichen Landesteil Dänemarks als direkten Partner, wenn wir uns auch weiterhin als Region behaupten wollen, und um Arbeitsplätze zu sichern. Dazu gehören auch die grenzüberschreitenden Studiengänge an der Universität in Flensburg in Kooperation mit der Syddansk Universität, die wir auch weiterhin stärken wollen. Hier setzt die Regierung auf private Finanzierungshilfen.

Für die sozialen Einrichtungen und Verbände planen wir weitere Sozialverträge, so dass die Einrichtungen Planungssicherheit über mehrere Jahre haben.

Die Vorhaben von CDU/FDP haben schon viele Menschen wachgerüttelt; diese beteiligen sich an unzähligen Protestaktionen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gegen diese unsoziale und wenig durchdachte Politik, die angeblich für die Kinder von morgen die Zukunft sichern will, dabei aber die Kinder von heute vergisst.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.12.2010, 10:07 Uhr - 1322 Clicks - Nr. 1236

Innenstadt

Zur heutigen Presseberichterstattung über Matrix und GEDO erklären die baupolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Hans-Friedrich Traulsen und Dirk Scheelje:

1. Der Bauantrag von Matrix bestätigt erneut die klare politische Standortvorgabe der Kooperation für das zentrale Gelände in der Altstadt. Nun kann und muss es hier endlich losgehen.

2. Bevor Herr Dr. Friedrich lautstark via Presse von der Politik Entscheidungen für die Rathausgalerie fordert, sollte er seine Neuplanungen auf den Tisch legen und mit der Verwaltung abstimmen. Die Vorgaben der Kooperation sind auch dabei ganz klar: Mehr Wohnen als in den bisher bekannten Planungen sowie eine deutliche Öffnung zur mittleren Holstenstraße.

Keine Kommentare

Über 1000 Bürger aus der Region 2010 bei Thönnies in Berlin

„Wieder eine vierstellige Zahl an Besuchern“, so kommentierte SPD-MdB Franz Thönnies die Bilanz seiner Gäste aus den Kreisen Segeberg und Stormarn sowie aus Neumünster 2010 in Berlin. Genau 1046 Bürgerinnen und Bürger haben der Parlamentarier und sein Team in diesem Jahr betreut.



Den größten Anteil stellten die vielen Klassen aller Schulformen, die das Reichstagsgebäude besuchten, an einer Infoveranstaltung oder Plenarsitzung im Deutschen Bundestag teilnahmen und danach mit Thönnies diskutierten. „Mir liegt sehr viel daran mit jungen Menschen über die Demokratie zu sprechen“, so der SPD-Politiker. Aber auch viele Einzelbesucher oder Kleingruppen von Verbänden und Vereinen aus seinem Wahlkreis konnte der Abgeordnete 2010 nach Hausführung und Kuppelbesuch begrüßen. Dreimal in diesem Jahr lud er 50 politisch Interessierte aus Segeberg, Stormarn und Neumünster zu einem dreitägigen Mix aus Politik und Kultur ein. „Besonders gefreut hat mich dabei, dass die anspruchsvollen Programme für diese Bildungsreisen weiterhin auf so große Zustimmung und Interesse gestoßen sind“, erklärt Thönnies. Auch die von ihm wegen der regen Nachfrage zusätzlich angebotenen Berlinfahrten, die auf Selbstzahlerbasis in Kooperation mit dem Unternehmen „Dienstwerker“ durchgeführt werden, fanden Zuspruch. 2010 konnte wieder eine dieser Reisen angeboten werden.

Im zurückliegenden Jahr besuchten auch Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Betriebsräte, Werkstatträte, Selbstständige oder junge Menschen aus dem Wahlkreis den Deutschen Bundestag im Rahmen von Konferenzen, Gesprächsrunden, dem Mittelstandstag oder den Jugendpressetagen der SPD- Bundestagsfraktion oder Veranstaltungen wie dem „Girls Day“.

„Der gute Kontakt zu so vielen Menschen aus meinem Wahlkreis, die die Gelegenheit nutzen, meinen politischen Arbeitsplatz kennenzulernen und mit mir ins Gespräch zu kommen, passt genau zu meinem politischen Motto „da sein – zuhören – handeln“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete weiter. Die hierfür aufgebrachte Zeit sei eine gute Investition in unsere Demokratie. „Dass so viele junge Leute darunter sind, zeigt mir, dass entgegen manch anderer Meinung doch Interesse an Politik da ist“, bewertet Thönnies den enormen Zuspruch.

Und die Nachfrage hält an. Für das Jahr 2011 haben sich bereits jetzt knapp 900 Interessierte, darunter Schüler- und Jugendgruppen sowie Bürger aus dem Wahlkreis, für einen Besuch des Deutschen Bundestages angemeldet.

Bildunterschrift: Franz Thönnies mit einer Schulklasse der Klaus-Groth-Schule aus Bad Oldesloe

Keine Kommentare

CDU und FDP haben sich schulpolitisch ins Abseits gestellt

„Es ist wirklich unglaublich, was CDU und FDP in der vergangenen Kreistagsitzung in der Bildungspolitik abgegeben haben,“ so äußerte sich Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion.



„Ich kann damit leben, einen Antrag im Kreistag zu verlieren, doch wir haben als SPD eine Resolution vorgelegt, mit der wir erreichen wollten, dass der unsinnige Plan, jetzt noch Änderungen im Schulgesetz vorzunehmen, auf Landesebene noch einmal gründlich diskutiert und abgewogen wird.“ Das haben die Redner von CDU und FDP gar nicht begriffen. Statt dessen wurde mit viel Polemik diskutiert, FDP-Bildungsexpertin Anna Remus versuchte kläglich, mit Zitaten aus dem Internet zu punkten und verteidigte wenig praxisnah die Pläne ihres Parteikollegen, Bildungsminister Klug.

David Welsch, SPD-Kreistagsabgeordneter: „Die Art und Weise, wie sich wieder einmal der CDU-Bildungsfachmann und ehemalige Schulleiter Michael Rebling im Kreistag aufgeführt hat, ist Schule vor 30 Jahren. Wie ein Oberlehrer verteidigte er antiquierte bildungspolitische Ansichten, fiel anderen Rednern besserwissend ins Wort und stellte bewusst Falschaussagen über GS auf. Ebenso verbreitete beharrlich Unwahrheiten über SPD-Positionen. Das war keine Sternstunde von christdemokratischer Kreistagsarbeit.“

Auch das Verhalten des Kreispräsidenten muss an dieser Stelle einmal deutlich hinterfragt werden. In öffentlichen Reden, wie z.B. der Einweihung der Gelehrtenschule, kritisiert Meinhart Füllner die Planungen von CDU/FDP auf Landesebenen, stimmt allerdings im Kreistag mit seiner Partei, so Neemann-Güntner weiter. In anderen Kreises Schleswig-Holsteins haben sich CDU und FDP anders verhalten - da gab es nicht den Grundsatz "soldatische Parteiräson vor schulpolitischer Vernunft" - ein Armutszeugnis für die schwarzgelbe Mehrheit im Herzogtum!

Die CDU hat sich mit ihrem Auftritt weit von Eltern, Schülern, Lehrerverbänden, Kommunen und Schulträgern entfernt, die alle insgesamt endlich Schulfrieden fordern. Deutlicher wie in der Anhörung im Landtag konnte die Kritik an den geplanten Änderungen am Schulgesetz nicht sein. Soviel einvernehmliche Kritik an einem Gesetzentwurf hat es in Kiel wohl schon lange nicht gegeben. Wir rufen an dieser Stelle alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises auf, die Bürgerinitiative „Schulfrieden“ mit Unterschriften zu unterstützen, damit das bildungspolitische Chaos auf Landesebene per Unterschriftenliste gestoppt wird.

Keine Kommentare

Gerechte Finanzausstattung der Kommunen

Wie in den anderen Städten auch steigen in Neumünster die städtischen Schulden rasant. Das für Neumünster vorhergesagte laufende Haushaltsdefizit liegt in diesem Jahr bei ca. 28 Mio. Euro.

Durch die Beantwortung einer von mir eingebrachten Großen Anfrage in der letzten Ratsversammlung kam heraus, dass die vom Bund und Land der Stadt aufgebürdeten Pflichtaufgaben bei weitem nicht kostendeckend erstattet werden. Daher meine Forderung:

Zukünftig dürften nur noch Aufgaben an die Kommunen weitergereicht werden, wenn es einen 100% Ausgleich durch Bund oder Land gibt.

Alles andere stellt Diebstahl aus den kommunalen Kassen dar.

In einem für viele Betroffene schmerzhaften Kraftakt hat die Stadt nun Einsparungen von über 10 Mio. Euro beschlossen. Aber all diese Maßnahmen reichen nicht aus, dass die städtischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind. Meiner Auffassung nach können die Finanzen der Stadt nur dauerhaft stabil bleiben, wenn es eine gerechte und ausreichende Finanzausstattung von Bund und Land an die Kommunen gibt. Ferner wird ein kommunaler Entschuldungsfonds benötigt. Was bei den Banken möglich ist, sollte für die Kommunen und somit den Menschen vor Ort erst recht möglich sein.

Euer Claus-Rudolf Johna

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 19.12.2010, 14:45 Uhr - 4463 Clicks - Nr. 1240

Förderung des Neubaus für das Schlei-Klinikum Schleswig

Im Rahmen einer kleinen Anfrage hat MdL Birte Pauls am 17. Dezember 2010 im Landtag gefordert, dass die Landesregierung endlich eine Zusage zur Förderung eines Neubaus für das Schlei-Klinikum in Schleswig realisiert.



Hier der Wortlaut der Pressemitteilung von Birte Pauls:

Wir brauchen in Schleswig dringend den Neubau des Schlei-Klinikums. Er sichert vorhandene Arbeitsplätze, bietet Möglichkeiten, den Gesundheitsstandort Schleswig zu stärken und auszubauen, neue Ausbildungsplätze im Gesundheitswesen anzusiedeln und den Gesundheitstourismus zu fördern. Dieser Neubau hat große, nachhaltige Bedeutung für die Schleswiger Wirtschaft. Daher freut es mich sehr, dass die Schleswiger Wirtschaft zusammen mit der IHK gegenüber der Landesregierung und allen im Landtag vertretenen Fraktionen in ihrem Brief vom 1. Dezember diesen Krankenhausneubau fordert. Er ist das wichtigste und greifbarste Projekt für Schleswig.

Die SPD-geführte Landesregierung hatte seinerzeit die Förderung dieses Vorhabens zugesagt und sie hat auch immer dazu gestanden. Anders die schwarz-gelbe Regierung: Mehrmals habe ich mündlich wie schriftlich bei der Landesregierung bezüglich der Krankenhausfinanzierung für diesen Neubau nachgefragt. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom März wurde ich mit dem Hinweis auf laufende Gespräche auf den Sommer vertröstet. Dann hieß die Auskunft immer, dass man den Haushalt und die damit verbundene Änderung der Krankenhausfinanzierung abwarten müsse, um Entscheidungen zu treffen.

Ich erwarte jetzt von der Landesregierung nach beschlossenenem Doppelhaushalt, in dem unsere Region stärker von Kürzungen betroffen ist als andere Gebiete, dass die Zusage über die Förderung schnell erfolgt, so dass die Damp-Holding ihre Pläne umsetzen kann. Eine erneute Kleine Anfrage diesbezüglich habe ich heute gestellt.

Der Wortlaut der Vorbemerkung zur kleinen Anfrage:

"Das Schlei-Klinikum Schleswig plant einen Neubau des Akutkrankenhauses. Das Krankenhaus ist mit 2100 Mitarbeitern neben der Bundeswehr der größte Arbeitgeber in der Region. Es ist für die Stadt und die Region das wichtigste Projekt zur Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen und hat eine große Bedeutung für die lokale Wirtschaft. Bei Abschluss des Kaufvertrages mit der Damp Holding AG im Jahre 2004 ist der Neubau fester Bestandteil der Planungen gewesen. Die Damp Holding AG ist nach eigener Aussage bereit, neben dem Eigenanteil die avisierten Fördermittel des Landes vorzufinanzieren.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage, Drucksache 17/7425, von März 2010 heißt es, das bis zum Sommer 2010 nach Finanzierungsalternativen gesucht werden solle.

Nach Verabschiedung des Haushaltes 2011/2012 und dem Haushaltsbegleitgesetz und der damit verbundenen Änderung der Krankenhausfinanzierung frage ich die Landesregierung:

1. Wann, in welcher Höhe und in welchen Stufen wird eine Förderung erfolgen?
2. In welcher Höhe werden Eigenmittel von der Damp Holding AG erwartet?" Zitat Ende der Vorbemerkung zur kleinen Anfrage.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 19.12.2010, 15:38 Uhr - 4253 Clicks - Nr. 1241

Kommunale Daseinsvorsorge erhalten und finanzieren

Zu einem Forum zur „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“ hatte die SPD-Landtagsfraktion interessierte KommunalpolitikerInnen ins Kieler Landeshaus eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Rolle der Städte und Gemeinden für das Leben der Menschen. „Starke und lebendige Städte sind der Motor der regionalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind für die regionale und kulturelle Identität unentbehrlich“, erklärten Thomas Rother und Olaf Schulze.



Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig, wies auf das wachsende strukturelle Defizit der Städte hin. Allein in Kiel und Lübeck sind 1,8 Milliarden Schulden aufgewachsen, die angesichts der von anderen Ebenen vorgegebenen Rahmenbedingungen von den Kommunen alleine nicht zurückgeführt werden können. Er mahnte einen kommunalen Altschuldenfonds an und forderte ein Umdenken von der blinden Sparpolitik der Landesregierung. Statt nur auf die Quantität der Einsparungen in Haushalten zu sehen, müsse die Qualität der Ausgaben im Vordergrund stehen. Das Streichen qualitativ hochwertiger Angebote der Daseinsvorsorge wie Bildung, Kinderbetreuung und solcher Sozialleistungen, die auf die Vermeidung von Folgekosten ausgerichtet sind, machen eine Stadt nicht besser, sondern entlasten den Haushalt nur kurzfristig. „Sparen“, so Albig, „ist im ursprünglichen Wortsinne das Treffen von Vorsorge für die Zukunft.“

Dr. Brigitte Fronzek berichtete anhand der Situation der Stadt Elmshorn, in der sie Bürgermeisterin ist, über die Scheinentschuldung durch Ausgliederung von kommunalen Leistungen in GmbHs, die nicht zu einer Kostensenkung geführt hat und nur den tatsächlichen Schuldenstand verschleierte. Sollte die Schuldenbremse auch für Kommunen wirken, würden weitere sogenannte „freiwillige“ Leistungen der Kommunen für soziale und kulturelle Angebote

entfallen. Sie kritisiert den Begriff der „freiwilligen Leistungen“: „Dieser Begriff suggeriert, diese Angebote seien entbehrlich. Tatsächlich werden hierdurch Chancengleichheit und die Gleichheit der Lebensverhältnisse realisiert.“

Detlef Palm, ehemals Bürgermeister von Reinbek und heute Geschäftsführer des Verbands der kommunalen Unternehmen, stellte die Renaissance der Stadtwerke in Deutschland und Schleswig-Holstein dar. Über die im Land laufende Diskussion über die Neuvergabe der Konzessionsverträge für die Stromnetze bestehe die Chance, vor Ort eine neue Energiepolitik zu gestalten. Er befand: „Alle Ver- und Entsorgungsnetze gehören in kommunale Hand.“

Große Einigkeit bestand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums, zu denen auch Martin Habersaat und Hermann Hanser aus Barsbüttel sowie Peter Lange aus Trittau gehörten, dass die neoliberale Botschaft, der Staat habe viele Jahre über seine Verhältnisse gelebt, nicht Richtschnur für die Politik in den Kommunen sein kann. „Blindes Sparen in der Daseinsvorsorge führt nur kurzfristig zu besseren Haushaltszahlen, schafft aber für die Zukunft neue, dann viel teurere soziale Folgeprobleme“, sagt Habersaat. Vor Ort in den Kommunen müsse man sich diesem Kurs entgegen stellen. Steuern sind nicht ein zu reduzierendes Übel, sondern der Kraftstoff für den leistungsfähigen Motor einer funktionierenden Gesellschaft.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 19.12.2010, 15:49 Uhr - 3870 Clicks - Nr. 1242

PISA 2009 – Was Eltern daraus lernen können

Im Dezember 2010 wurden die Ergebnisse der Internationalen Schulleistungsstudie PISA 2009 vorgestellt. Deutsche Schülerinnen und Schüler haben leichte Fortschritte gemacht, aber: 18,5% der 15jährigen können beim Eintritt ins Berufsleben Texte nur auf dem Niveau eines Grundschulers lesen, unterschiedliche soziale Herkunft führt noch immer zu sehr unterschiedlichen Bildungschancen. Was können Eltern aus den PISA-Ergebnissen lernen? Ein Gespräch mit Martin Habersaat.



Herr Habersaat, fangen wir mit der wichtigsten Frage an: Was können Eltern aus der neuen PISA-Studie lernen?

Martin Habersaat: Die Kernaussage ist, dass solche Schülerinnen und Schüler die besten Ergebnisse erzielen, die gerne lesen, kritisch denken und strategisch lernen.

Was ist denn „strategisches Lernen“?

MH: Wichtig ist zum Beispiel, sich zunächst zu überlegen: Was genau muss ich eigentlich gerade lernen? Wenn dann Texte zu bearbeiten sind, sollte sichergestellt werden: Habe ich verstanden, was ich da gerade gelesen habe? Und schließlich ist es immer hilfreich, auch zu benennen, was noch nicht verstanden wurde. Bei allen Punkten sind Gespräche zwischen Eltern und Kind hilfreich, genauso gut können aber auch Kinder untereinander sich hier helfen.

Kinder und Eltern können gemeinsam das Lernen lernen?

MH: Ja. Bei der PISA-Studie haben beispielsweise die Schülerinnen und Schüler am besten abgeschnitten, die geeignete Strategien beherrschen, Gelesenes zu verstehen und zu behalten. Es hilft, wichtige Textpassagen zu unterstreichen, Kernbegriffe zu markieren, sich Notizen zu machen und mit anderen über den Inhalt zu sprechen. Das alles ist in den meisten Stunden ein selbstverständlicher Teil des Unterrichts, sollte zuhause aber auch gelebt werden. Gemeinsam ein Wort aus dem Radio nachschlagen, das man nicht kannte, ist auch so ein Punkt.

Kinder sollen „gerne lesen“ – das wünscht sich doch jeder für seinen Nachwuchs...

MH: Leider nicht immer. Bücher gehören heute nicht mehr in allen Familien zum Alltag, auch eine Tageszeitung gibt es nicht überall – oder wenn, eine zum Angucken und nicht zum Lesen. Wichtig ist auch das sogenannte Leseengagement der Eltern: Vorlesen ist wichtig. Märchen, Romane, Geschichten. Gerne auch solche, die man hinterher im Kino ansehen kann. Und hinterher: Über das Gelesene sprechen. Später können Tageszeitungen und Sachbücher hinzukommen. Auch Online-Leseaktivitäten wirken sich laut PISA positiv aus – etwa E-Mails, Chat, Nachrichten und die Informationssuche im Internet. Nur Comics helfen nicht wesentlich weiter.

Bleibt „kritisches Denken“. Wie kann man das fördern?

MH: Als Lehrer habe ich immer versucht, aktuelle Themen mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren. Kinder und Jugendliche bekommen es zum Beispiel mit, wenn ein Castortransport stattfindet und viele Menschen demonstrieren. Oder dass Griechenland pleite ist und Hilfe braucht. Solche Themen müssen in der Schule aufgegriffen werden, darüber kann man aber auch zuhause sprechen. Wichtig sind Spielregeln: Nicht Lautstärke zählt, sondern Argumente. Und wenn man genau hinsieht, merkt man, dass es stärkere Argumente gibt und schwächere.

Warum schneiden die Jungen so viel schlechter ab als die Mädchen?

MH: Im OECD-Schnitt liegen die Jungen bei der Lesekompetenz ein Schuljahr hinter den Mädchen zurück. Sie gehen weniger positiv an das Lernen heran und lesen im Schnitt weniger gerne. Mädchen lernen zum Beispiel auch, um der Lehrerin zu gefallen, können länger stillsitzen usw. Die Schulen müssen darauf achten, in Didaktik und Methodik auch den Bedürfnissen der Jungen entgegen zu kommen. Aber auch Eltern können helfen: Jungen und Mädchen haben nicht von Natur aus unterschiedliche Interessen und schulische Stärken, diese werden größtenteils erworben und sozial anerzogen. Natürlich kann auch die Bildungspolitik eine Menge besser machen, aber darum sollte es dieses Mal ja nicht gehen...

Martin Habersaat (33) ist stv. bildungspolitischer Sprecher der SPD- Landtagsfraktion. Bis zu seinem Einzug ins Parlament unterrichtete er Deutsch, Geschichte und PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) am Hamburger Emil-Krause-Aufbaugymnasium.

Keine Kommentare

SPD Ortsverein NMS-Faldera ehrt langjähriges Mitglied

Am Samstag, 18. Dezember 2010 war es wieder soweit. Der guten, alten Tradition des Ortsvereins folgend, traf sich der SPD-Ortsverein Faldera mit Mitgliedern, Freunden und Gästen zum traditionellen Grünkohlessen mit Jubilarehrung.



Unter den über 30 Gästen des Abends begrüßte der Ortsvereinsvorsitzende Oliver Sundermann SPD-Landeschef Ralf Stegner mit seiner Frau Sibylle sowie den Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Hering.

"Selbstverständlich freue ich mich, unser Mitglied Rüdiger Reichert für seine 40jährige Mitgliedschaft zu ehren", erklärte Ralf Stegner. "Trotz vieler schwieriger Situationen unserer Partei bist Du immer an Bord geblieben und hast uns bei der Verwirklichung unserer gesellschaftlichen Ziele unterstützt."

Keine Kommentare

Fraktions- und Kreisvorsitzender A. Hering am 19.12.10 in der Prima Sonntag

Liebe Neumünsteranerinnen, liebe Neumünsteraner, das Jahr 2010 neigt sich dem Ende zu und 2011 wirft seine Schatten voraus. Die vergangenen 12 Monate waren für Neumünster eine schwierige Zeit, große Anstrengungen und Herausforderungen mussten bewältigt werden. Die Kommunalpolitik sah sich einem riesigen Haushaltsdefizit gegenüber.

Es von jetzt auf gleich auszugleichen faktisch unmöglich. Die Neumünsteraner SPD hat sich der Haushaltskonsolidierung nicht verweigert. Vielmehr haben wir jedoch eigene Akzente gesetzt: Für uns Sozialdemokraten war und ist die Bildungspolitik oberste gesellschaftliche Priorität. Dies haben wir mit unseren Anträgen auch deutlich gemacht. Wir wissen, dass dieses Paket nur ein Anfang war, unser Kompass für zukünftige „Spar-Runden“ ist klar: Zuerst der Mensch, dann die Interessen von Lobbygruppen.



Unsere Aufgabe für 2011 ist klar: Wir werden Neumünster weiter modernisieren. Und zwar gemeinsam mit den Menschen. Neumünster hat ein riesiges Potenzial – namhafte Investoren buhlen um Standorte in unserer Stadt.

Aber: 2010 hat auch gezeigt: Bei großen Veränderungsprozessen müssen die Menschen frühzeitig mit eingebunden werden. Politik funktioniert nur mit und nicht gegen die Menschen. Dafür stehen wir Sozialdemokraten seit fast 150 Jahren – auch in Neumünster!

Wir wünschen uns für das Jahr 2011 möglichst schnell Neuwahlen zum Landtag – denn diese

Landesregierung hatte schon abgewirtschaftet bevor sie begonnen hatte. Das nun unter merkwürdigen Bedingungen verabschiedete Sparpaket der Landesregierung kennt aus Neumünsteraner Sicht nur Verlierer: Die Stadt muss mehr Aufgaben bewältigen, bekommt dafür vom Land aber weniger Geld. Neben den notwendigen aber ausgewogenen Einsparungen durch das kommunale Sparpaket müssen viele Träger auch noch mit Kürzungen aus dem Landeshaushalt leben – faktisch unmöglich. Für uns gilt weiterhin: Wer bestellt, der bezahlt auch. Daran werden wir die „Landesregierung (immerhin ohne eigentliche Mehrheit) immer wieder erinnern! Und wir wünschen uns, dass wir in Zukunft wieder größere Spielräume für sozialdemokratische Politik bekommen. Am meisten wünschen wir jedoch den Neumünsteranerinnen und Neumünsteranern ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2011.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 20.12.2010, 18:43 Uhr - 3793 Clicks - Nr. 1245

SPD-Grünkohlessen mit Rekordbeteiligung

Über eine "Rekordbeteiligung" von mehr als 120 Gästen freute sich Reinbeks SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls beim diesjährigen traditionellen Grünkohlessen zum Jahresausklang in "Prahls Gasthof " bei Hackmack in Ohe. Puls begrüßte "mit besonderer Freude nicht nur Genossinnen und Genossen, sondern auch viele Noch-nicht-Parteimitglieder".

Mit Bürgervorsteher Zug, Bürgermeister Barendorf und Pastor Benedikt Kleinhempel sei darüberhinaus "nahezu alles erschienen, was Reinbek an weltlichen und geistlichen Würdenträgern zu bieten hat". Als kleines Dankeschön für ihre ehrenamtliche Arbeit hatte der SPD-Ortsverein in diesem Jahr die beiden Reinbeker Teams der Bergedorfer Tafel zum Essen eingeladen, die in der Begegnungsstätte Neuschönningstedt Woche für Woche das Essen ausgeben. Geehrt für langjährige SPD-Mitgliedschaft wurden Luise Gumtau (10 Jahre), Bernd Syska (25 Jahre), Martin Dillmann (40 Jahre), Anne und Volker Schmidt (40 Jahre), Ursula und Helmuth Key (50 Jahre) und Wulfried Jedicke (60 Jahre). Als Nachtisch zum Grünkohl servierte Klaus-Peter Puls ein paar Weihnachtslieder zur Gitarre - "mit freundlicher Kritik", so der Autor, ""an der Kriegsberichterstattung aus Afghanistan ('Der gute Gutti'), an der medialen Streitschlichtung in Stuttgart ('Der schlichte Heiner') und an einer weiteren unendlichen Geschichte in Reinbeks Kommunalpolitik, wo die TSV Reinbek seit Jahren vergeblich auf die überfällige Sanierung ihrer Uwe-Plog-Halle wartet". (Foto: Günther Heitmann)

Mehr Infos, Bilder und die Liedtexte im Menu links unter "Ortsverein aktuell"

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.12.2010, 22:22 Uhr - 5521 Clicks - Nr. 1246

Klaus Klingner - ein Citoyen wurde 75

Am 14. Dezember 1935 wurde Klaus Klingner in Potsdam geboren. Heute lebt er in Bad Oldesloe. Anlässlich seines Ehrentages hatte der SPD-Ortsverein Bad Oldesloe einen Empfang für sein prominentes Mitglied organisiert, und viele Freunde und Weggefährten kamen.

Ministerpräsident a.D. Björn Engholm ließ es sich nicht nehmen, die Festrede für seinen ehemaligen Justizminister selbst zu halten. Außerdem sprachen Martin Habersaat als SPD-Kreisvorsitzender und Eckart Kuhlwein für die Naturfreunde.



Björn Engholm ging auf die Biografie Klaus Klingners ein und zeichnete zahlreiche Stationen eines erfolgreichen Berufslebens nach, wobei er ein besonderes Augenmerk auf gemeinsam Erlebtes legte: „Wir hatten eine gute Zeit!“ Klingner war von 1988 bis 1996 Justizminister des Landes Schleswig-Holstein. Seit 1966 ist er Mitglied der SPD, 1990 trat er als SPD-Spitzenkandidat bei der ersten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an, unterlag aber dem CDU-Bewerber Alfred Gomolka. Von 1971 bis 1996 gehörte er dem Landtag an. Engholm sparte nicht mit Komplimenten, bezeichnete Klingner als „Citoyen schlechthin“, der stets aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnehme. Engholm wünschte sich für die heutige Jugend ein ähnliches Engagement, wenn man ruhiger in die Zukunft blicken wolle. Dabei sei die goldene Regel aus dem Matthäus-Evangelium ein guter Wegweiser: „Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen!“

Martin Habersaat, heute Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, hatte Klingner als Geschenk einen Stollen mitgebracht. Gebacken in der Küche der Justizvollzugsanstalt Neumünster, die der Justizminister Klingner dort einst hatte einbauen lassen, um den Gefangenen eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten. Habersaat freue sich besonderes, mit Klaus Klingner „einen ‚Altvorderen‘ im Kreisverband zu haben, der auch heute noch bereit ist, seine Partei zu unterstützen, wenn sie ruft.“ Zuletzt hatte Klingner für die Veranstaltung „90 Jahre SPD Stormarn“ einen Rückblick auf die Geschichte der Kreispartei erarbeitet. Sein Fazit damals: „Die Stärke der SPD liegt darin, sich immer wieder neu erfinden zu können.“ Diesen Satz zitierte Habersaat und schloss: „Und ich danke dir, lieber Klaus, dass du daran noch immer aktiv mitwirkst!“

Der Jubilar selbst bedankte sich für die Beiträge und nahm die vielen Komplimente mit Humor: „Man sagt jungen Frauen nach, sie seien besonders empfänglich für Komplimente. Aber das ist nichts im Vergleich zu alten Männern.“ Überhaupt sei das Älter-Werden eigentlich nicht schlecht - vor allem, wenn man an die Alternative denke...

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 21.12.2010, 12:27 Uhr - 3797 Clicks - Nr. 1247

Die seltsamen Methoden des Dr. No

Zur heutigen Vernehmung des ehemaligen Mitglieds des Vorstandes der HSH Nordbank, Frank Roth, vor dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten, Jürgen Weber, MdL:

Die Aussage des ehemaligen Mitglieds des Vorstands der HSH Nordbank Frank Roth ermöglichte seltene Einblicke in die Arbeit des Vorstandes der Bank unter der Führung von Prof. Nonnenmacher. So führte das Misstrauen des Vorstandsvorsitzenden und dessen Angst vor Weitergabe interner Informationen an Dritte wohl dazu, dass auch Vorstandsmitglieder keine Sitzungsvorlagen zur Vorbereitung erhielten, sondern mit Beamer-Präsentationen in der Sitzung auskommen mussten.

Im Gegensatz zu dieser Geheimhaltungsstrategie sollen aber externe Berater an Vorstandssitzungen teilgenommen haben, die jedoch nach Wahrnehmung des Zeugen eher für Prof. Nonnenmacher als für den Vorstand tätig gewesen sein sollen.

Die Entscheidung zur Abberufung dieses Vorstandsvorsitzenden war offensichtlich mehr als überfällig. Eine Landesbank lässt sich nicht aus einer Wagenburg mit ständig wechselnder Reiterstaffel heraus führen.

Keine Kommentare

Bettina Hagedorn legt Einnahmen und Ausgaben von 2009 offen

Der Steuerbescheid für das Jahr 2009 ist da - und einer bereits seit vielen Jahren geübten Tradition folgend veröffentlicht die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn ihn jetzt, denn ihre Diätenbezüge und steuerlich wirksamen Ausgaben legt sie seit Beginn ihrer Abgeordnetenzeit im Oktober 2002 offen. Alle Angaben sind seitdem auf ihrer Homepage (www.bettina-hagedorn.de) unter dem Stichwort „Gläserne Abgeordnete“ nachzulesen.



„Seit Jahren bestätigen mir viele Menschen immer wieder, dass sie es schätzen, dass ich Aufklärung und Transparenz sowohl in den politischen Entscheidungen wie auch bei den Finanzen ganz selbstverständlich für mich zur Regel gemacht habe. Immer wieder bestätigen sie mir, dass das ein wirksames Mittel gegen Politikverdrossenheit sei, “ so Hagedorn.

Ihre Einnahmen und steuerlich wirksamen Ausgaben sahen 2009 wie folgt aus: Sie erhielt im Jahr 91.763 Euro Diät – Diäten werden grundsätzlich brutto ausgezahlt. Darauf hat sie 26.734,75 Euro Einkommenssteuern und Solidaritätszuschlag gezahlt und 7.298,58 Euro Beiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung entrichtet. Für die Alterssicherung zahlte sie 2008 in private Versicherungen 5.464,38,- Euro ein, da Abgeordnete bis zur 2008 gesetzlich geänderten Diätenreform erst nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag eine zu versteuernde Pension ab dem 65. Lebensjahr erhielten. Berücksichtigt man diese Abzüge, dann verblieben 52.265,29 Euro oder 4.355,44 Euro netto monatlich.

Allerdings haben SPD-Abgeordnete weitere finanzielle Verpflichtungen – insbesondere zur Unterstützung der Partei. Verschiedene SPD-Gliederungen erhielten 2009 von Bettina Hagedorn Beiträge und Spenden in Höhe von 13.478,24 Euro, von denen natürlich nur 1.650 Euro steuerlich absetzbar war. Hagedorn: "In der SPD ist es üblich, dass Abgeordnete für den nächsten Wahlkampf Rücklagen bilden und monatlich größere Summen an SPD-Gliederungen spenden – in einem Wahlkampfjahr natürlich noch stärker als in anderen Jahren. So machen wir uns als Partei im Wahlkampf von privaten Spendern gerade aus der Wirtschaft unabhängig." Berücksichtigt man auch diese Ausgaben, dann blieben 2009 38.787 Euro verfügbar oder effektiv 3.232,25 Euro monatlich. Darüber hinaus hat die Abgeordnete 1.536,39 Euro an gemeinnützige Vereine und Organisationen gespendet – sie unterstützt allein mehr als 20 Vereine und Verbände in der Region durch ihre Mitgliedschaft.

Nebeneinkünfte bezieht Bettina Hagedorn nicht: „Bei gewissenhafter Arbeit im Sinne des Mandats bleibt gar keine Zeit für Nebentätigkeiten - die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und im Wahlkreis zu vertreten ist mehr als ein Fulltime-Job. Ich bin froh, dass die gesetzliche Offenlegungspflicht aller Abgeordneten – schon 2005 beschlossen und nach langer Klage seit 2008 endlich in Kraft - umgesetzt wird. Die Politik kann nur Glaubwürdigkeit erlangen, wenn es bei allen Tätigkeiten und Einkünften von Abgeordneten absolute Transparenz gibt.“

Kommentar von [Dieter Bethke](#) vom 21.12.2010, 21:57 Uhr:

RE: Bettina Hagedorn legt Einnahmen und Ausgaben von 2009 of

Bravo. Ein vertrauensbildender und sehr sympathisch erscheinender Entschluss, diese Veröffentlichung. Mögen noch viele Politiker, Amtsinhaber und Entscheidungsträger diesem

Beispiel folgen. Besonders herausheben möchte ich dabei den Satz über die Unvereinbarkeit von Nebentätigkeiten und verantwortungsvoll wahrgenommenem Mandat.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.12.2010, 15:24 Uhr - 1278 Clicks - Nr. 1249

Winterdienst in Kiel geht weiter!

Zur Androhung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Winterdienst auf den Straßen wegen zu hoher Kosten einzustellen, erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann:

"Auch wenn die Witterung hart ist - der Winterdienst auf den Kieler Straßen kann weitergehen und wird nicht eingestellt. Im Gegensatz zu anderen Städten ist ausreichend Streusalz gelagert, um die Kieler Straßen von Eis und Schnee zu befreien. Der für den Winterdienst zuständige Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) hat gut vorgesorgt: Fast 1.600 Tonnen Salz liegen in den Hallen der Betriebshöfe zum Ausstreuen bereit. SPD, Grüne und SSW stützen ausdrücklich das Vorgehen des Abfallwirtschaftsbetriebes, der Verkehrssicherheit - d.h. Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger - den Vorrang vor allem anderen einzuräumen und zuerst die vielbenutzten Hauptstraßen und anschließend die Nebenstraßen zu räumen und zu streuen. Wir erinnern daran, dass Grundstückseigentümer auf den Gehwegen vor ihren Grundstücken selbst Schnee räumen und streuen müssen. Nur durch diese geteilte Verantwortung für den Winterdienst - Straßen durch die Stadt, Gehwege durch die Bürgerinnen und Bürger - können die Straßenreinigungsgebühren in Kiel so günstig gehalten werden, wie sie heute sind.

SPD, Grüne und SSW begrüßen die Erklärung von Landesverkehrsminister Jost de Jager (CDU), der Verständnis dafür geäußert hat, dass Städte und Gemeinden bei dieser Witterung nicht in der Lage sind, alle Straßen und Wege gleichzeitig zu räumen. In Kiel werden alle Straßen und Wege noch in geordneter Folge geräumt und gestreut, während in anderen Kommunen der Winterdienst aus Mangel an Geld vollständig eingestellt werden soll: Dies möge sich vor Augen halten, wer in Zukunft - wie die Kieler CDU-Ratsfraktion - bei schweren Winterlagen noch zusätzliche Leistungen über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit hinaus abfordert."

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.12.2010, 11:07 Uhr - 2540 Clicks - Nr. 1250

„Wir brauchen eine Kultur des Miteinanders – auch beim Bauen in Flensburg“ Lehren aus der Diskussion um die Handwerkskammer!

Die „hauchdünne Mehrheit für die Handwerkskammerplanung“- eine Überschreitung der Baugrenze im noch nicht einmal ein Jahr alten, mit dem Ende der Sanierung beschlossenen Bebauungsplan - offenbart unterschiedliche Denkmuster, die das politische Handeln der SPD-Kommunalpolitiker (und die sie unterstützenden anderen Parteien) einerseits und die Antragsteller (Handwerkskammer) sowie Grüne, CDU und SSW andererseits bestimmen. Nachhaltig, transparent, in der Öffentlichkeit mit Bürgerbeteiligung beschlossen – so sollen politische Entscheidungen nach dem Willen der SPD getroffen werden und nicht kurzfristig pragmatisch auf Grund von offensichtlichen Versäumnissen der Antragsteller. Auch bei einer ersten Ablehnung der Ausnahmegenehmigung verbunden mit der Pflicht zur Überarbeitung der Pläne der HWK hätte sich noch eine einvernehmliche Lösung finden lassen, die durch das

aktuelle Ergebnis ausgeschlossen ist.

Die Fehler liegen im Denken. Anders als bei der Verlegung des ALDI-Markts in der Apenrader Straße hatten sich die Anwohner- viele von ihnen geschulte und konstruktive Begleiter des gelobten 20jährigen Sanierungsprozesses von seinem Beginn an – frühzeitig an die HWK mit der Bitte um Beteiligung an den Beratungen über die Neugestaltung (der energetischen Sanierung) der Fassade von Haus A gewandt. Vergebens – die HWK“ zog ihr Ding“ durch und präsentierte das fertige – für das Quartier fremdartige - Ergebnis in der Presse, verbunden mit der Ankündigung weiterer kostenintensiver Maßnahmen. Erneute Angebote zur Beteiligung der Nachbarn daran wurden ignoriert.

Einen Bauantrag, ohne die Mitwirkung der städtischen Bauverwaltung eingereicht, lehnte der Planungsausschuss wegen architektonischer und anderer Mängel ab. Auf Einladung des Vereins zur Erhaltung der östlichen Altstadt e.V. und der IG-St. Johannis wurden die Pläne erstmals in der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Möglichkeit des Zurückweichens des größeren Baukörpers wurde durch den Vertreter der HWK angesprochen und eine Verlagerung des baufälligen Internats in ein anderes Gebäude von den Bürgern vorgeschlagen. Oberbürgermeister Tscheuschner handelte einen „Behördenkompromiss“ aus, der einen Architektenwettbewerb für die Gebäudefassade einschloss, eine Genehmigung der Baugrenzenüberschreitung jedoch in Aussicht stellte und Grundlage der letzten Abstimmung im Planungsausschuss war. Weiterhin sollte die Bevölkerung mit der Aussage „Der Neubau wird ein Geschoss niedriger!“ beruhigt werden. In Wahrheit wird das Gebäude jedoch nur 70 Zentimeter (Geschosshöhe i.d.R. 2,80 Meter) niedriger, dafür aber zusätzlich knapp 10 Meter länger, das Volumen wird größer.

Ein subjektiver Zeitungsbericht über den gelungenen Fassadenentwurf suggerierte den Lesern ein nicht vorhandenes Einverständnis der Anwohner, ohne mit ihnen gesprochen zu haben. Sie versuchten vergeblich durch eine Plakataktion in ihren Fenstern („Keine Überschreitung der Baugrenzen! Auch für die Handwerkskammer muss das Baurecht gelten“) die herbei geschriebene Zustimmung zu korrigieren.

Die SPD hat sich mit Erfolg für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz in den Bauverfahren eingesetzt. Sie will eine Kultur des Miteinanders erreichen und hat sich daher konsequent im abgelaufenen Verfahren positioniert. Wenn eine angebotene Bürgerbeteiligung durch Bauherren (hier: HWK) nicht angenommen wird, müssen Fachverwaltung und Kommunalpolitik beratend tätig werden, wie in unserem Fall geschehen - jedoch ohne den zentralen Punkt des Einhaltens der Baugrenze ohne Begründung wegfallen zu lassen. Warum sollten sich konstruktive Bürger in Zukunft noch Gedanken über Verbesserungen machen, wenn diese dann doch nicht einbezogen werden? Bis heute beruft sich die HWK auf die vor 60 Jahren von der Stadt längst überholte Fehlplanung einer „Behördenmeile“, um ihre Bauentscheidungen am jetzigen Standort bedauernd zu begründen. Aber sie erlebt doch wenigstens seit 20 Jahren die Sanierung direkt vor ihrer Nase. Sie sieht ein beliebtes Touristenziel und lebendiges, kleinteiliges Wohnviertel um sich herum entstehen. Wie lässt sich hier ein erträgliches Miteinander, ein Ausgleich der unterschiedlichen Interessen herstellen? Alle wollen ja, dass die HWK im Oberzentrum Flensburg bleibt.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 22.12.2010, 11:43 Uhr - 9118 Clicks - Nr. 1251

Thönnies: Jetzt bewerben - Workshop für junge Medienmacher im Deutschen Bundestag

Bürger, Parlament, Medien – Partizipation zwischen Facebook und Parteibuch



„Vom 21. bis 25. März 2011 haben Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren die Möglichkeit einen Blick hinter das parlamentarische und mediale Geschehen in der Hauptstadt zu werfen. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Reichstagsgebäude“, beschreibt SPD-MdB Franz Thönnies das Programm des Medienworkshops.

Hierzu lädt der Deutsche Bundestag mittlerweile zum achten Mal gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland 40 junge Journalistinnen und Journalisten nach Berlin ein.

„Bürger, Parlament, Medien – Partizipation zwischen Facebook und Parteibuch“ – ist der Titel der Veranstaltung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit der Frage auseinandersetzen, wie politische Teilhabe im 21. Jahrhundert aussieht oder aussehen könnte, welche Bedeutung dem Parlament zukommt, welche Rolle dabei das Internet spielt, und sie werden die Themen aus ihrer Perspektive hinterfragen.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem Artikel oder einem Video-/Audiobeitrag zu einem Thema, das auf der Homepage <http://www.jugendpresse.de/bundestag> näher erläutert ist. Bewerbungsschluss ist der 29. Januar 2011.

„Nähere Informationen können auch in meinem Bürgerbüro unter Tel. 04551-968383 erfragt werden“, bietet Thönnies an.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 22.12.2010, 22:04 Uhr - 2589 Clicks - Nr. 1252

Ein frohes Weihnachtsfest !

....wünscht euch allen der SPD Ortsverein Glinde.

Ein spannendes, arbeitsreiches Jahr geht für uns zu Ende. Jetzt gilt es ein paar Tage Politik aus den Köpfen zu bekommen. Es gibt auch noch anderes, wichtigeres, hoffentlich. Familie, Freunde, oder einfach mal die Seele baumeln lassen.

Es gilt, Kraft zu tanken für das nächste Jahr. nicht nur Schnee schieben ist angesagt, nein, auch die ersten Termine sollen uns mögliche Langeweile vertreiben.

So laden wir, Der OV Glinde, in alter Tradition die Südstormarner SPD Ortsvereine zum gemeinsamen Neujahrsempfang am 11.01.2011 in den Mehrzweckraum unseres Rathauses ein. Eine schriftliche Einladung geht zwischen den Feiertagen noch an die Vorsitzenden raus.

Einen Tag vorher sehen wir uns hoffentlich alle zur Kandidatenkür in Ahrensburg. Wem aber der Weg zu weit ist oder wer keine Zeit hat, hat die Gelegenheit, am 07.02.2011 Ralf Stegner bei uns in Glinde näher kennenzulernen. Nähere Infos folgen.

Mit sozialdemokratischem Gruß,

Frank Lauterbach
1.Vorsitzender SPD Glinde

Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 23.12.2010, 11:08 Uhr - 2470 Clicks - Nr. 1253

Presse zu den Problemen der Möllner Altstadt

Neben der Verabschiedung des Haushaltes war die Möllner Altstadt das zweite große Thema auf der Stadtvertreterversammlung am letzten Donnerstag. Die Verabschiedung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt wäre aus unserer Sicht notwendig gewesen, aber dazu kam es nicht.

CDU und FDP wollten einen gemeinsam von der SPD und den Grünen gestellten Antrag nicht einfach so passieren lassen, sondern um eigene Vorstellungen erweitern. Das wiederum wollten aber die Grünen nicht, weshalb jetzt alle Anträge zur Beratung in den Bauausschuss verwiesen wurden.

Schade, dass die Fraktionen in der Stadtvertretung einen Konsens in der Sache nicht finden konnten. Der ursprünglich von der SPD gestellte Antrag hätte dafür eine gute Voraussetzung geboten.



Wir haben zunächst klare Ziele formuliert, die insgesamt auch unstrittig sind: Der Durchgangsverkehr soll unterbunden werden, die Aufenthaltsqualität in der Altstadt erheblich verbessert werden, Raum für Begegnung und Kommunikation geschaffen werden, die Wohnqualität gesteigert werden, der Verkehrslärm reduziert werden.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn wir Einschnitte in die Verkehrsführung vornehmen. Der Verkehr nimmt für die Lösung der Altstadtprobleme die Schlüsselrolle ein. Dafür haben wir 4 verschiedene Varianten zusammengestellt, die in Frage kommen: die Einbahnstraßenregelung von Nord nach Süd, das Setzen von Pollern in der Mitte der Hauptstraße mit abfließendem Verkehr über die Seitenstraßen, die Shared-Space-Lösung (ein Raum für alle) und die Fußgängerzone.

Welche der vier Varianten am besten geeignet ist, sollte unserer Meinung nach ein externer Verkehrsexperte prüfen und eine Rangfolge vorlegen (Varianten-Check). Damit wollen wir einerseits sicherstellen, dass die Durchführung nicht an verkehrstechnischen Schwierigkeiten scheitert und andererseits geht es uns auch um eine breite Akzeptanz für eine Verkehrsregelung über alle Fraktionen hinweg. Ein weitreichender Eingriff in den Verkehrsraum der Altstadt darf nicht polarisieren, dann ist er zum Scheitern verurteilt. Das zeigen auch die

Erfahrungen der Vergangenheit.

Die CDU und die FDP haben diesen Weg als angeblich unsinnige Gutachterlösung abgetan und nun eine historische Aufarbeitung aller Verkehrsgutachten der letzten 40 Jahre (seit 1971 !) gefordert. Wir meinen, dass das Bauamt weitaus wichtigere Aufgaben zu erledigen hat, als solch aufwendige Archiv-Studien zu betreiben, zumal letztlich ja doch wieder eine Variantenübersicht das Ergebnis wäre. Diese liegt doch aber bereits vor.

Sollte sich hinter dem CDU/FDP-Antrag der Versuch verbergen, die Lösung der Altstadtprobleme auf die lange Bank zu schieben, werden wir uns entschieden dagegen wenden. Parteien wurden gewählt, damit sie Probleme lösen. Alle müssen nun dieser Aufgabe gerecht werden.

Ich wünsche Ihnen friedliche Weihnachtstage und viel Schwung für das neue Jahr.

*Kirsten Patzke, SPD-Ortsvereinsvorsitzende in Mölln
Erschienen im Möllner Markt am 22. Dezember 2010*

Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 23.12.2010, 11:33 Uhr - 2145 Clicks - Nr. 1254

Presse zu den beantragten Jugendbeisitzern Wichtige Chancen vertan

Möllner Stadtvertretung lehnt den SPD-Antrag auf Einsetzung von Jugendbeisitzern ab

In ihrer letzten Sitzung hat die Möllner Stadtvertretung mit den Stimmen von CDU und FDP sowie einer Stimme der FMW den Antrag der SPD auf Einsetzung von Jugendbeisitzern in allen Fachausschüssen der Stadt abgelehnt.

"Damit wurden Chancen vertan, Jugendliche aus dem Schülerrat auf dem Schulberg, in dem alle Schüler/innen der Möllner Schulen vertreten sind, an den Entscheidungen der Stadtpolitik zu beteiligen. Die Sichtweise von Jugendlichen ist doch bei den Beratungen ein Gewinn. Außerdem hatten die Jugendlichen des Schülerrates dieser neuen Aufgabe bereits zugestimmt," erklärte Kirsten Patzke, Ortsvereinsvorsitzende der SPD in Mölln.

Die Gemeindeordnung schreibe in §47f die Beteiligung von Jugendlichen bei allen Vorhaben und Planungen der Kommune zwingend vor. „Die auf einzelne Aspekte und zeitlich begrenzte Beteiligung von Jugendlichen in Form von Projekten befürworten wir sehr, aber sie ist nicht ausreichend. Wenn wir die Interessen von Jugendlichen wirklich ernst nehmen – und die SPD will das – dann müssen Jugendvertreter/innen dauerhaft mit am Beratungstisch sitzen,“ ergänzte Uwe Schlegel, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Jugendlichen politische Verantwortung zu übertragen und ihnen einen Platz in der Gesellschaft zu geben, sei gerade im Zuge des demografischen Wandels, also der zahlenmäßigen Zunahme der älteren Generation, unerlässlich.

„Der schleswig-holsteinische Landtag hat gerade durch eine fraktionsübergreifende Verfassungsänderung die Rechte Jugendlicher verstärkt. Dies soll nach dem Willen der CDU

und der FDP nun nicht für Mölln gelten“, sagte Niels Christian Weiß, Stadtvertreter der SPD. Es sei bedauerlich, dass CDU und FDP den Jugendlichen so wenig zutraue und deren Meinung ganz offensichtlich nicht geschätzt werde.

„Wir werden das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung an kommunalen Planungen weiter im Auge behalten und weiter nach Wegen suchen, dieses Anliegen zu stärken,“ so Kirsten Patzke.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.12.2010, 11:53 Uhr - 7739 Clicks - Nr. 1255

Weihnachts- und Neujahrsgrüße des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg

Mit dem „KV-Intern“ wünscht der KV Schleswig-Flensburg eine besinnliche und friedliche Weihnachtszeit und für den Jahreswechsel und für das Jahr 2011 viel Gesundheit und Erfolg. In der Anlage berichtet der KV über die Aktivitäten des Jahres 2010.

[KV Intern Dezember 2010](#)

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 23.12.2010, 18:31 Uhr - 1628 Clicks - Nr. 1256

Anette Langner erfolgreich im Kreis und im Landtag

Anette Langner, SPD-Vorsitzende im Kreis Plön und Landtagsabgeordnete, setzt sich erfolgreich für eine Koordinierung der zahlreich entstehenden Biogasanlagen ein.

Auf Kreisebene hat sie ein Gespräch mit dem Landrat geführt, der weiteres in die Wege leiten wird.

Lutz Schlüsen, SPD-Fraktionsvorsitzender und Birgit Malecha-Nissen (SPD-Kreistagsmitglied im Umweltausschuss) werden versuchen, das Thema in den Kreistag einzubringen.

Am 12. Dezember 2010 hat die SPD-Fraktion im Landtag einen Antrag eingereicht zu dem Thema „Biogasnutzung nachhaltig sichern“. Er ist unter der Drucksache 17/1111 auf dem Internet-Auftritt zu finden. Wenn er eine Mehrheit finden sollte, wird der Landtag die Landesregierung auffordern, sich auf allen politischen Ebenen einzusetzen, die vorhandenen Rechtsmöglichkeiten, insbesondere Bau- und Planungsrecht, am Ziel der nachhaltigen Sicherung der Biomasse- und Biogasnutzung auszurichten und zu optimieren. Dazu werden verschiedenen Maßnahmen vorgeschlagen, z.B.

- Naturschutzfachliche Kriterien als Grundlage für den Betrieb von Biogasanlagen im Rahmen des (Bundesgesetzes) EEG festzulegen, damit ein naturverträglicher Biomasseanbau gewährleistet und die biologische Vielfalt der Landschaft erhalten bleibt;
- auf Ebene der Landesplanung den Bereich „Energie aus Biomasse“ zu integrieren und fortzuschreiben;
- auf Regionalplanungsebene Konzepte zu erarbeiten, um ähnlich wie bei der Windenergie zu abwägungssicheren rechtlichen Lösungen zu kommen;
-

Ganz aktuell haben ALLE Fraktionen im Landtag beantragt und beschlossen "Biomasse im Rahmen der EEG-Novellierung nachhaltig sichern". Dazu wird die Landesregierung gebeten, sich für eine Bundesratsinitiative einzusetzen.

Keine Kommentare

Weihnachtsgrüße des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis

Der Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und für das Jahr 2011 viel Gesundheit, Frieden und Zufriedenheit.

Das Jahr 2010 ist wie im Flug vergangen und war durch eine Vielzahl von Aktivitäten begleitet.

In der Gemeinde Steinfeld lag der Schwerpunkt in der Fertigstellung des gemeindeeigenen Landgasthofes „Jäger´s Ruh“, das am 12. November 2010 unter großer Beteiligung der Dorfbevölkerung und auch von außerhalb wiedereröffnet wurde. Die Gemeinde Ulsnis präsentierte eine neue Dorfchronik mit 400 Seiten am 4. Dezember 2010, woran maßgeblich Richard Krohn und Johanna Heyland mitgewirkt haben.

Im Jahr 2011 stehen einige wichtige Entscheidungen an. Die am 3. Dezember 2010 vorgesehene Vorstellungsrunde der 4 Kandidaten für das Spitzenamt zur kommenden Landtagswahl in SH in Tarp musste aus Witterungsgründen kurzfristig abgesagt werden. Diese Veranstaltung wird nunmehr am 31. Januar 2011 in Tarp stattfinden. Wir bitten euch um Mithilfe, bei allen Mitgliedern in den Ortsvereinen für die Teilnahme an der Briefwahl der Spitzenkandidatur zu werben. Die Briefwahlunterlagen werden Mitte Februar an alle Mitglieder verschickt.

Den Termin für die Jahreshauptversammlung haben wir für den 4. Februar 2011 um 19.30 Uhr im Landgasthof Jäger´s Ruh in Steinfeld vorgesehen, wo als Schwerpunktthemen über die Aktivitäten des Ortsvereins des Jahres 2010 berichtet wird und es werden Wahlen stattfinden. Unsere MdL Birte Pauls hat ihren Besuch angekündigt und wird über aktuelle Themen aus dem Landtag berichten.

Wir als Ortsverein bedanken uns für das vergangene Jahr und wünschen allen für die bevorstehenden Festtage alles Gute.

Keine Kommentare

Kultur in Stormarn

Einige Kreistagsabgeordnete haben sich gemeinsam mit dem inzwischen pensionierten Kulturreferenten Dr. Johannes Spallek getroffen, um die Kulturpolitischen Leitlinien des Kreises Stormarn aus 1992 und 1998 zu überarbeiten und zu aktualisieren. Das Ergebnis ist dem Kreistag vorgestellt worden. Nicht alle Ideen sind ausformuliert oder liegen als fertiges Konzept vor, vieles soll, so bekräftigt die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion Sigrid Kuhlwein, noch weiter gedacht werden.

"Die Leitlinien beinhalten eine allgemeine Bestandsaufnahme der Kulturangebote im Kreis und in den Gemeinden und wagt in einem zweiten Teil eine vorsichtige Zukunftsperspektive," erläutert Kuhlwein. "Einige der Projekte, die vor mehr als 10



Jahren wichtig waren, finden nicht mehr statt, wie beispielsweise die Kunstausstellungen im Kreistag oder das Recyclinglager für alte Baustoffe. Oder viel gravierender, die Mitfinanzierung des Kreises an den Standbüchereien in den Gemeinden. Ziemlich gravierend, weil die Kommunen diesen Teil übernehmen mussten."

Auch wenn das viel zitierte und 1913 beschlossene Heimatmuseum wohl keine Realisierungschance haben wird und inzwischen andere Konzepte auf dem Tisch liegen, soll das Internet genutzt werden, um Schwerpunktthemen aus der Geschichte Stormarns attraktiv zu präsentieren. Das Tourismuskonzept für den Kreis bietet die Chance, einen Mühlenweg zu konzipieren, der als Rad- und/oder Wanderweg zu den verschiedenen Mühlen, die frühe Gewerbebetriebe waren, führt.

"Das Kreisarchiv ist "Highlight" der Kreiskulturpolitik in den letzten 20 Jahren", lobt Sigrid Kuhlwein die bisherige Arbeit, die landesweit beispielhaft ist und allgemeine Beachtung findet. "Kein Kreisarchiv in Schleswig-Holstein ist soweit vernetzt mit den Kommunalen Archiven wie das Stormarner. Und bietet so vielfältige Veranstaltungen wie Fachtagungen, Ausstellungen und Vortragsreihen zu aktuell interessierenden Themen." Von der interessierten Öffentlichkeit wird das Findbuch im Internet gern angenommen, weil es das Finden von Dokumenten erleichtert.

Attraktive Standorte für Kultur stärken das Profil einer Region. Ohne das beispielhafte Engagement der Sparkasse Holstein und der Kulturstiftung Stormarn allerdings wäre der Kreis um viele Kulturangebote ärmer. Sigrid Kuhlwein: "Ich denke an die Restaurierung des Ahrensburger Marstalls und das Ausstellungsprogramm Zeitgenössischer Kunst oder an das Kulturprogramm und die Förderung von Künstlern durch das Wohn- und Arbeitsstipendium in der Trittauer Wassermühle und das Atelierhaus mit den vier Ateliers". Und die vielen weiteren Aktivitäten.

Meldungen über drastische Kürzungen im Kulturhaushalt in Schleswig-Holstein und Hamburg schrecken auf, sie passen nicht zu den allgemein formulierten Vorstellungen über die Notwendigkeit und Wichtigkeit von kultureller Bildung auf allen Ebenen und für alle Altersgruppen. Sigrid Kuhlwein aus dem Enquete-Bericht des Bundestages in 2007 zur Kultur in Deutschland: "Kultur ist kein Ornament. Sie ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht. Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Keine Kommentare

[SPD-Kaköhl](#) - veröffentlicht am 25.12.2010, 17:32 Uhr - 2226 Clicks - Nr. 1259

Aus der Gemeinde Blekendorf Es gibt sie doch noch, die GUB!

Zu Weihnachten wurde ein Blättchen verteilt, das Informationen über die kommunalpolitischen Ereignisse des Jahres aus deren Sicht enthält. Das geschieht in durchweg sachlicher Weise.

Wenn es aber um die SPD geht, ist das anders.

So wünscht die GUB sich, dass „die unbestritten vorhandenen Stimmen in den Reihen der Sozialdemokraten lauter werden, die sich ortsverbunden



**Aus der Gemeinde
Blekendorf**

und fachkompetent für die Belange unserer Gemeinde einsetzen, die Belange ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger kennen und hören und bei anstehenden Entscheidungen fair und sachlich diskutieren und argumentieren, um letztendlich unabhängig zu entscheiden.“

Das hört sich im ersten Moment sehr vernünftig an. Über die Fachkompetenz von Gemeindevertretern kann man ja verschiedener Meinung sein. Aber, Fleiß kann man uns nicht absprechen, zehn Fraktionssitzungen im Jahr 2010 sind ein Beleg dafür. Aber, woher nimmt die GUB das recht, Sozialdemokraten als nicht „ortsverbunden“ zu bezeichnen. Das empfinden wir als dreist und unverschämt!

Weiterhin wird mehrfach auf parteipolitische Vorteile und parteipolitische Äußerungen angespielt. Das wird unterschwellig als negativ gesehen und ist offensichtlich nur auf die SPD gemünzt. War denn die Durchsetzung eines Bürgermeisters gegen den offensichtlichen Wählerwillen seitens der CDU keine Parteipolitik und hat da nicht die „unabhängige“ GUB bereitwillig mitgemischt? Und wenn es um diese Unabhängigkeit geht, warum hat dann bisher die GUB immer nur mit der CDU gestimmt, nicht ein einziges Mal anders?

Und wenn es schon um Beurteilungen anderer politischer Richtungen geht, wo bleibt denn die von der GUB immer so vollmundig versprochene Information der Bürger in Bezug auf die Angelegenheit Lentzer? Dieser wurde am 30.8.2009 (!) aus der GUB ausgeschlossen, behielt aber zum Ärger der GUB sein Mandat. Die Bürger wissen bis heute nicht, was da los war und warum er ausgeschlossen wurde. Stattdessen sitzt man freundlich nebeneinander und stimmt immer gemeinsam ab (siehe oben).

Und was ist aus den Stammtischen geworden, die doch jeden Monat stattfinden sollten, dann aber nach einiger Zeit sanft eingeschlafen sind? Auch darüber erfährt der Bürger nichts!

Gerd Thiessen, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Gemeinde Blekendorf

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 26.12.2010, 13:11 Uhr - 3300 Clicks - Nr. 1260

Eisschollen auf dem Nord-Ostsee-Kanal - Eisbären noch nicht gesichtet

Minustemperaturen und das schon seit Wochen: nun zeigt auch der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) erste Anzeichen einer Winterlandschaft. Während an Land Schnee und Eis seit Wochen das Landschaftsbild bestimmen, zieht der NOK jetzt nach.



Unzählige Eisschollen bilden teilweise eine fast geschlossene Eisschicht, die nur durch die vorbeiziehenden Schiffe wieder in der Fahrrinne gebrochen wird.

Viele Winterspaziergänger in Osterröfeld und Rendsburg konnten dieses Winterbild mit der Eisenbahnhochbrücke und Schwebefähre im Hintergrund an den Weihnachtstagen genießen.

Die auch in der kommenden Woche angekündigten Minusgrade werden den NOK sicherlich weiter zufrieren lassen. Es bleibt dabei zu hoffen, dass die Kanal-Fähren dadurch keine Schwierigkeiten bekommen und ihren Dienst nicht einschränken müssen.

Aber solange keine Eisbären auf den Eisschollen gesichtet werden, ist die Lage sicherlich noch beherrschbar...

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 26.12.2010, 18:32 Uhr - 2164 Clicks - Nr. 1261

Ortsvereinszeitung Schuby - Dütt un Datt 102

Zu Weihnachten haben wir wieder unsere Ortsvereinszeitung aufgelegt und sie auf der Homepage als PDF zum Download veröffentlicht.

[Dütt un Datt Nr. 102](#)

Der SPD-Ortsverein Schuby wünscht allen ein frohes Fest und alles Gute für das neue Jahr.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 27.12.2010, 11:00 Uhr - 2538 Clicks - Nr. 1262

Neujahrsempfang

der "Südstormarner" in Glinde !

Sehr geehrte Damen und Herren ,

Die „Südstormarner SPD“ lädt herzlich zum traditionellen öffentlichen

Neujahrsempfang

Am Dienstag, 11. Januar 2011, 19.00 Uhr

in das

Rathaus Glinde, Markt 1, Mehrzweckraum (IV.Stock)

ein.

Wir möchten uns an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit allen Parteien, Vereinen und Verbänden bedanken und wünschen uns für unsere Kommunen ein erfolgreiches Jahr 2011.

Lassen Sie uns gemeinsam darauf anstoßen !

Herzliche Grüße

Im Namen der SPD Südstormarn

Frank Lauterbach

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 27.12.2010, 15:24 Uhr - 3831 Clicks - Nr. 1263

Zebrastreifen kommt im Frühjahr

Die bereits Mitte des Jahres 2010 angekündigte Einrichtung eines Fußgängerüberweges ("Zebrastreifen") im Bereich Kieler Straße - Mühlenweg (wir berichteten) verzögert sich aufgrund der Witterungsbedingungen weiter. Nach Informationen der zuständigen Verkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde wird der Zebrastreifen nun im Frühjahr 2011 eingerichtet.



Durch diese Maßnahme soll das Queren der vielbefahrenen Kieler Straße für Fußgänger erleichtert werden, die vor allem auf dem Schulweg sowie zum Einkaufen diesen Überweg rege nutzen. Dies bisher allerdings oft mit dem Problem, lange warten zu müssen, bis sich eine Möglichkeit ergibt, über die Straße zu kommen. Der Fußgängerüberweg soll hier nun Abhilfe schaffen.

Fahrradfahrer müssen jedoch weiterhin beachten, dass sie vor dem Queren der Straße mittels Zebrastreifen absteigen müssen, da sie ansonsten nicht vorfahrtsberechtigt sind. Autofahrer wiederum haben den Fußgängern (auch abgestiegenen Radfahrern) die Querung zu ermöglichen und müssen ggf. anhalten.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.12.2010, 21:32 Uhr - 3958 Clicks - Nr. 1264

Landtagswahlgewinnerbestimmer Mitgliederentscheid der SPD zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl: Kandidatenvorstellung am 10. Januar 2011 in Ahrensburg

Nachdem das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht eine Neuwahl des Landtages bis spätestens September 2012 angeordnet hat, will die SPD die Spitzenkandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten bzw. der Ministerpräsidentin durch einen Mitgliederentscheid bestimmen.



Für die SPD-Spitzenkandidatur haben sich der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, die Elmshorner Bürgermeisterin Brigitte Fronzek und der SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der Landtagsfraktion Ralf Stegner sowie Mathias Stein aus Kiel beworben.

In einer Veranstaltung werden sich die Kandidatin und die Kandidaten am

Montag, 10. Januar 2011
im Alfred-Rust-Saal/ Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule

22926 Ahrensburg, Wulfsdorfer Weg 71

vorstellen.

Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr (Einlass 19.00 Uhr) und ist öffentlich. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen sich ein Bild von den Kandidaten der SPD zu machen und mitzudiskutieren. Moderiert wird die Veranstaltung von der Journalistin Christiane Harthun-Kollbaum.

Mit diesem Auswahlverfahren will die SPD ein Maximum an innerparteilicher Demokratie und Bürgerbeteiligung verwirklichen und durch ein faires, gerechtes und sicher spannendes Verfahren, die Attraktivität und Lebendigkeit der SPD im Vorfeld der Landtagswahl unter Beweis stellen.

Wer bis zum 14. Januar 2011 Mitglied der SPD wird, kann schon vor der Wahl „Landtagswahlgewinnerbestimmer“ werden; so nennt das der Stormarner SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Gemeint ist die Möglichkeit, per Urwahl unter vier Bewerbern den Spitzenkandidaten der SPD zu bestimmen. Ausgezählt wird am Sonnabend, dem 26. Februar 2011. Wenn in diesem 1. Wahlgang keiner der vier Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint, dann wird vier Wochen später das Stichwahlverfahren zwischen den beiden Bestplatzierten mit dem endgültigen Ergebnis des Mitgliederentscheides ausgezählt.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.12.2010, 22:08 Uhr - 4384 Clicks - Nr. 1265

www.martinhabersaat.de – Bilanz 2010

„Diese Seite ist meinen 11.836 Wählerinnen und Wählern gewidmet und denen, die es beim nächsten Mal werden wollen. Willkommen sind natürlich auch alle, die nicht im schönsten Wahlkreis des Landes wohnen!“ So empfängt der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (33) die Gäste auf seiner Webseite www.martinhabersaat.de. Im Jahr 2010 waren das mehr als 7500.



Auf den Seiten stellt der Landtagsabgeordnete sich und seine Arbeit vor, seine Schwerpunktthemen sind neben der Bildungspolitik die Energiepolitik und die Metropolregion Hamburg. Die meisten Besucher (974) kamen es im November, die wenigsten (492) im August. Habersaat vermutet die Aufregungen um Schulgesetz und Gastschulabkommen bzw. die Sommerpause als Gründe für die Ausschläge. „Außerdem verweise ich seit einiger Zeit über ‚Twitter‘ auf einzelne Artikel, das hat ebenfalls zu mehr Gästen geführt“. Am häufigsten angeklickt wurden die Foto-Galerie und die

Rubrik „Zur Person“. Der meistbesuchte inhaltliche Artikel beschäftigte sich mit dem „Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg“. Auch seine Landtagsreden dokumentiert Habersaat hier.

Auch, woher die Besucher kamen, lässt sich erkennen, wenn sie einem Link zum Internetangebot folgten. 426 Besucher klickten einen Link auf dem SPD-Angebot www.spd-net-sh.de an, 160 kamen von Habersaats Facebook-Profil und 85 vom Wikipedia-Artikel über den Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden der SPD Stormarn. Der meint: „Das Internet sollte sicherlich nicht der einzige Weg politischer Kommunikation sein. Es ist aber eine immer bedeutsamer werdende Möglichkeit, umfangreich über meine Arbeit zu berichten und transparent zu machen, was so ein Landtagsabgeordneter eigentlich den ganzen Tag tut und wo inhaltliche Schwerpunkte liegen. Aktuelle Berichte über meine Arbeit sind für mich auch eine Verpflichtung meinen Wählerinnen und Wählern gegenüber. Entwicklungswünsche an die Seite nehmen mein Team und ich gerne auf.“

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 31.12.2010, 14:49 Uhr - 2271 Clicks - Nr. 1266

KEINE Biogasanlage in Lutterbek

Dazu berichten die Kieler Nachrichten am 31.12.2010:

„Die Biogas-Diskussion in Lutterbek ist so jäh zu Ende, wie sie vor sieben Monaten begonnen hat: Es wird keine Biogas-Anlage in Lutterbek geben. Im KN-Gespräch hat Wolf Mönkemeier gestern bestätigt, dass er den Bauantrag für die von ihm geplante Anlage zurückgezogen hat.

Hintergrund der Entscheidung ist ein Erlass der Landesregierung, der am 24. November mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten war. Darin ist die Energiemenge, die in einer privilegierten Anlage erzeugt werden darf, von 1,5 Megawatt auf 1,2 Megawatt gesenkt worden. „Damit“, so Mönkemeier, „lässt sich die geplante Anlage nicht zuverlässig wirtschaftlich betreiben“. Mönkemeiers Problem sind vor allem die hohen Investitionskosten für eine Gasleitung nach Wendtorf, zumal die erzeugte Wärme nur zum kleinen Teil in Lutterbek Verwendung finden kann“.

Dazu weitere Hintergründe der SPD-Lutterbek

1. § 35 Absatz 1 Nr. 6 Baugesetzbuch des Bundes erlaubt Bauen im Außenbereich durch energetische Nutzung von Biomasse im Rahmen eines landwirtschaftlichen Betriebs, wenn „... die installierte elektrische Leistung der Anlage nicht 0,5 MW (entspricht 500 KW) überschreitet“.

Das Landwirtschafts- und Innenministerium hatten diese gesetzliche Regelung in einem internen Erlass an die Kreisbauämter von 2007 großzügig ausgelegt und eine höhere Menge an Feuerungswärmeleistung zugelassen. „Die Intention des Gesetzgebers bei der Ausgestaltung der Privilegierungsvoraussetzungen für Biomasseanlagen war im Rahmen des Strukturwandels in der Landwirtschaft das Schaffen einer weiteren, zusätzlichen Einkommensquelle für den Inhaber des jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebes“. Unter dieser Voraussetzung konnten die Betreiber mehr Wärme und Strom produzieren und verkaufen. Die Biogasanlagen ließen sich damit wirtschaftlicher betreiben. Dieser Erlass wurde jetzt aktuell geändert, in dem die Menge der zulässigen Feuerungswärme reduziert wurde. Damit werden die gesetzlichen Vorgaben des Bundesbaugesetzbuches jetzt strikt eingehalten und umgesetzt. Die Landesregierung hat damit eine Möglichkeit genutzt, die Anzahl der Biogasanlagen in Schleswig-Holstein zu begrenzen.

Hintergrund der Vorgaben des Landes ist die technische Entwicklung. Der produzierten Strommenge von 500 KW entsprach nach dem alten Stand der Technik eine Wärmemenge von 1.500 KW. Mit einer verbesserten Technik konnte die Effektivität der Blockheizkraftwerke verbessert werden, mit der Folge, dass entweder mehr als 500 KW Strom pro Biogasanlage zulässig wären (in Lutterbek waren 571 KW geplant) oder die Anlagen entsprechend kleiner gebaut werden müssen. Den letzteren Weg schreibt der neue Erlass der Landesregierung nun eindeutig vor. Positive Folge dieser Änderung ist, dass nun pro Biogasanlage weniger Maisflächen erforderlich sein werden. Das politische Ziel, die Vermaisung der Landschaft zu begrenzen, ist so in einem ersten Schritt erreicht.

Damit können die Betreiber mit privilegierten Biogasanlagen weniger Wärme und Strom produzieren und verkaufen. Das kann dazu führen, dass sich manche Biogasanlage nicht mehr wirtschaftlich betreiben lässt.

2. Bei der geplanten Biogasanlage in Lutterbek kam hinzu, dass die meiste Wärme im Nachbarort in Wendtorf im weiter entfernten Außenbereich Richtung Marina-Wendtorf produziert werden sollte. Dazu bedurfte es einer 3-km-langen Gasleitung nach Wendtorf, die mit sehr hohen Investitionskosten verbunden wäre. Mit der Reduzierung der Anlage auf 500 KW elektrischer Energie reduzierte sich die Menge der zu verkaufenden Menge an Wärme und Strom, was wiederum zur Folge hat, dass in Wendtorf zu wenig Wärme für die dort zu versorgenden Grundstücke ankäme.

3. Der Strompool Probstei arbeitet aktuell an einem Konzept einer (möglichst) energieautonomen Region Probstei. Die SPD Lutterbek wird sich daran aktiv beteiligen. In dieses Konzept müssen alle Formen der regenerativen Energieformen einbezogen werden: Windkraft, Solarenergie und auch die Nutzung der Biomasse. Die Erarbeitung dieses Konzeptes muss viele Aspekte berücksichtigen, von den aktuellen Konzessionsverträgen mit den Stromversorgern, der Ausstattung des vorhandenen Leitungsnetzes, bis hin zum Energieverbrauch in der Probstei und vieles andere mehr. Vor der Beschlussfassung des Konzeptes in den Dörfern und im Amt werden sicher noch auf vielen Veranstaltungen viele Diskussionen geführt werden. Denn nur wenn aus den betroffenen Menschen beteiligte Bürger werden und die alternativen Energieformen nach Abwägung aller Interessen mit dem Allgemeinwohl in Einklang zu bringen sind, kann ein solches Vorhaben erfolgreich sein. Die spätere Umsetzung wird, wenn überhaupt, schrittweise erfolgen müssen.

Wer Interesse hat sich einzubringen, ist herzlich willkommen - und wendet sich gerne an die Vorsitzende Susanne Hanebuth in Lutterbek (hanebuth@t-online.de).

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 31.12.2010, 15:08 Uhr - 3634 Clicks - Nr. 1267

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles zum Jahreswechsel

2010 war ein wichtiges Jahr für die deutsche Sozialdemokratie. Nach der schweren Wahlniederlage im September 2009 standen wir alle gemeinsam vor der Aufgabe, wieder Tritt zu fassen. Es ging darum, mit der Erneuerung der Partei zu beginnen, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und Vertrauen aufzubauen.

Wir haben vor einem Jahr versprochen, dass wir lebendige Diskussionen in der Partei wollen. Wichtige Fragen kann man nicht ausschließlich in Gremien und Hinterzimmern entscheiden, sie brauchen das Licht der Öffentlichkeit. Deshalb haben wir wichtige Debatten geführt: Ob zur

Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan, zu einer fairen Arbeitsmarktpolitik oder zum flexibleren Eintritt in die Rente – den Beschlüssen gingen jeweils intensive Auseinandersetzungen in der Partei voraus. Das hat der Positionierung der SPD gut getan. Wir haben den Protest gegen die unsoziale Kopfpauschale der Bundesregierung und den Ausstieg aus dem Atomausstieg auf die Straße gebracht.

Darüber hinaus haben wir in sechs Zukunftswerkstätten die großen Themen unserer Zeit bearbeitet und neue programmatische Ideen entwickelt. Daran wollen wir 2011 intensiv weiter arbeiten. Die Aufarbeitung der Regierungszeit und der schweren Wahlniederlage war wichtig. Aber sie ist nun abgeschlossen.

Jetzt geht es darum, die Konturen der SPD scharf zu zeichnen. Auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2011 werden wir die Programmatik zu einem Gesamtbild bündeln. Wir werden deutlich machen, dass wir die Partei des neuen Fortschritts sind. Wir wissen seit 147 Jahren, wie eine Politik geht, die das Leben der Menschen morgen besser macht.

Vor uns liegen aber nicht nur inhaltliche Klärungen, sondern auch organisatorische Veränderungen. Grundlage dafür ist die Ortsvereinsbefragung, die wir in diesem Jahr durchgeführt haben. Ihre Ergebnisse werden derzeit in Werkstattgesprächen diskutiert. Wir haben uns vorgenommen, Ende des Jahres auf dem Parteitag ein organisationspolitisches Grundsatzprogramm zu beraten und zu verabschieden, mit dem wir das Selbstverständnis und die Strukturen unserer Partei auf die Höhe der Zeit heben wollen.

Wir sind eine moderne Partei mit großer Tradition. Was gelingen kann, wenn wir zusammenstehen, das haben wir am Wahlabend in Düsseldorf gesehen, als Hannelore Kraft das Land Nordrhein-Westfalen für die SPD zurückerobert hat. Mit Blick auf die Wahl in Hamburg und die zahlreichen Landtagswahlen im kommenden Jahr sind wir sicher: Das war nur der Anfang!

Wir haben Tritt gefasst. Wir sind auf dem richtigen Weg ein gutes Stück vorangekommen.

Wir wünschen Euch in diesem Sinne persönlich alles Gute für das neue Jahr!

Keine Kommentare